 C 21734 D



Die SPD vor dem Parteitag S. 13/14

Arbeiterkampf
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 3 DM Förderpr. DM 5
Jg12 Nr 219 22.3.82

Endlich: Hamburg hat seine GAL, S. 38 ff

Reagan-Besuch wird zur Kraftprobe

Als Mitte Februar bekanntgegeben wurde, daß am 9./10. Juni die NATO-Frühjahrstagung in Bonn stattfinden soll und daß US-Präsident Reagan bei dieser Gelegenheit die BRD heimsuchen soll, waren die politischen Absichten schwer zu erkennen. Daß Reagans Aufenthalt Massenproteste provozieren würde, war schließlich voraussehbar. Daß das nicht gerade der erwünschten Zurschaustellung von „deutsch-amerkanischer Freundschaft" dienen würde, war gleichfalls von Anfang an klar. So gesehen mußte die Einladung an Reagan als sinnlose außenpolitische Dummheit erscheinen.

Inzwischen sind die Absichten dieser Inszenierung deutlicher geworden: **Die CDU/CSU, vermutlich im Bunde mit Teilen der FDP, strebt anläßlich des Reagan-Besuchs eine Kraftprobe an, die vielleicht auch von entscheidender Bedeutung für den Fortbestand der Bonner Regierungskoaltion sein wird.** In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß Außenminister Genscher als Urheber und Übermittler der Einladung an Reagan aufgetreten ist.

Am 8. März gab der CDU-Parteivorstand bekannt, daß er am 5. Juni in Bonn eine Großdemonstration unter dem Motto „Frieden in Freiheit" organisieren wird. Mindestens 100.000 Teilnehmer würden erwartet, sagte Helmut Kohl. Gleichfalls am 5. Juni soll eine Großkundgebung der CSU in München stattfinden.

Zu ihrer Anti-Breschnew-Demonstration im vergangenen November hatte die CDU 30-40000 Menschen nach Bonn mobilisiert. Wenn sie am 5. Juni keine Blamage erleben will, wird sie deutlich über dieser Teilnehmerzahl landen müssen. Das bedeutet eine erheblich schärfere Mobilisierung der Parteibasis. Kohl kündigte inzwischen an: **„Sie werden erleben, daß wir die größte Demonstration organisieren, zu der je eine politische Partei nach dem Kriege aufgerufen hat... Wir werden mit unseren Familien, mit unseren Frauen, mit unseren Kindern zusammen kommen. Wir wollen ein Bild von Deutschland zeigen, daß die schweigende Mehrheit zum ersten Mal vor aller Augen präsentiert".** („Frankf. Rundschau", 18.3.).

Die CDU wird also ihre allerletzten Reserven zu mobilieseren versuchen, um in Bonn „die wahre Meinung des deutschen Volkes" als Schmierenkomödie vorzuführen. Zugleich würde eine erfolgreiche Massenmobilisierung den Anspruch der CDU/CSU bekräftigen, die „schweigende Mehrheit" zukünftig auch in Bonn als Regierungspartei zu repräsentieren. Umgekehrt kann in dieser ganzen Angelegenheit die Zerrissenheit der SPD und die Labilität der Regierungskoalition nur umso deutlicher hervortreten. Diesem Zweck dient auch der Plan der CDU/CSU, zum selben Zeitpunkt, Anfang Juni, im Bundestag eine außen- und sicherheitspolitische Show-Debatte zu veranstalten, bei der die SPD an der „Nachrüstungs"frage in die Enge getrieben werden soll.

Fortsetzung Seite 2



USA erklären Mittelamerika zum „globalen Konfliktherd"

Unter dem Druck der Erkenntnis, El Salvador militärisch nicht halten zu können, haben die USA eine neue politische Offensive gestartet. Hauptsächlich konzentriert sich ihre Propaganda gegenwärtig darauf, den mittelamerikanischen Konflikt zu internationalisieren und zu einem Konflikt mit der SU hochzustilisieren. In diesem Sinne führte Haig vor Journalisten aus, die USA sähen *„die Krise in El Salvador zunehmend unter einem 'globalen' Aspekt"* und dächten immer mehr *„an eine politische Einbeziehung der Sowjetunion, Kubas und an dem Konflikt beteiligter lateinamerikanischer Staaten"* (FAZ, 15.3.82). Konkret heißt dies, daß immer lauter an der Legende gesponnen wird, die SU sei verantwortlich für die Konflikte in Mittelamerika und ruste für ein militärisches Eingreifen mittels Nicaragua und Kuba. Als „Beweis" wurden den Journalisten Luftaufnahmen von Nicaragua vorgelegt. Belegt werden konnte damit die sensationelle Erkenntnis, daß es in Nicaragua Militär gibt und daß dieses (wahrscheinlich) sowjetische Panzer besitzt. Dies wurde jedoch nie bestritten und ist wohl auch das mindeste, was einem Land in der Situation von Nicaragua zur Selbstverteidigung zugebilligt werden muß. Völlig unbewiesen blieben dagegen die Behauptungen, in Nicaragua seien 6.000 Kubaner stationiert, das Militär sei mit sowjetischen Angriffsflugzeugen ausgerüstet (Typ MiG 17 oder 19), und es würden Start-und Landebahnen für diese Flugzeugtypen gebaut. Interessanterweise weigert sich die USA denn auch, öffentlich Beweise für diese Behauptungen anzutreten. Stattdessen wird hinter verschlossenen Türen loyalen Abgeordneten 'Material' gezeigt, daß sie dann „absolut überzeugt" (Welt, 19.3.). Öf-

Fortsetzung auf Seite 2

Deutschland erwacht

Die rassistische Welle rollt!

Nach dem spektakulären Erfolg der rassistischen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", die bei den Kommunalwahlen vom 7.3. auf Anhieb 3,77% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, ist es nun auch in Hamburg soweit: Zu den diesjährigen Bürgerschaftswahlen hat eine „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung" (HLA) ihre Kandidatur angemeldet, um mit ausländerfeindlichen Forderungen auf Stimmenfang zu gehen. Wie in Kiel ist auch hier der neonazistische Hintergrund dieses Projektes offensichtlich: Herbert-Heinrich Meyer, der presserechtlich Verantwortliche für das einzige bisher erschienene HLA-Flugblatt, ist zugleich Mitglied im Hamburger NPD-Landesvorstand. Darüberhinaus ist auch das Postfach der HLA identisch mit dem der Hamburger NPD.

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß das Kieler Beispiel alsbald in weiteren Orten und Bundesländern seine Nachahmer findet.

Die Propagierung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist bei Neofaschisten jeglicher Coleur mittlerweile ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt. Nicht ohne Grund versprechen sich diese Kreise hierüber eine erhebliche Ausweitung ihres Einflusses: Das von Medien und Regierungsbeschlüssen hochgepeitschte ausländerfeindliche Klima schafft schließlich die denkbar besten Voraussetzungen für rassistische Bestrebungen aller Art.

Die Folgen dieser Entwicklung werden sich mit Sicherheit nicht in der Bildung neuer rassistischer Kleinst-Zirkel erschöpfen. Was droht, ist eine rassistisch-chauvinistische Massenmobilisierung in einem Ausmaß, wie es sie dieses Land nach 1945 nicht mehr erlebt hat. Die antifaschistische Warnung „Wehret den Anfängen" muß heute als überholt gelten, denn die



Welle des schwarz-braunen Rassismus ist bereits angerollt...

Fortsetzung auf Seite 3



Das Präsidium des Recklinghausener „Forums"

„Demokratische Sozialisten" haben mit der Bildung einer Partei begonnen

Recklinghausen, 20. März '82: 1.500 Menschen aus allen Teilen des Bundesgebiets und auch einige aus Westberlin waren dem Aufruf zum „Forum Demokratische Sozialisten" gefolgt, um dabei sein zu können, wenn das Startsignal zum Aufbau einer neuen, links von der SPD agierenden Partei gegeben würde.

Gegründet wurde zwar noch nicht — dafür fehlten eingestandenermaßen jedwede Voraussetzungen — aber nach Recklinghausen soll nunmehr zügig an den Aufbau von Ortsgruppen, Kreis- und Landesverbänden gegangen werden. Hierfür votierten die Versammelten nahezu einstimmig — trotz zahlreicher Warnungen und Ermahnungen (namentlich aus dem Spektrum der Grünen Partei).

Im nächsten AK werden wir uns ausführlich mit der Initiative Demokratische Sozialisten, den Erfahrungen von Recklinghausen und den Perspektiven dieses Parteiansatzes beschäftigen.

Einige Artikel in dieser Ausgabe des AK beschäftigen sich bereits mit dem Thema, siehe Seite 42ff.

Reagan-Besuch

Fortsetzung von Seite 1

Umso wichtiger wird nun die Gegen-Mobilisierung gegen den Reagan-Besuch, gegen die Kriegspolitik der NATO und gegen den Aufmarsch der CDU/CSU sein. Es muß eine Stärke und Breite der Gegen-Mobilisierung erreicht werden, die es der CDU/CSU unmöglich macht, sich vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit als Sprecherin einer „schweigenden Mehrheit" zu präsentieren, die die Kriegspolitik der NATO willig mitträgt und die blind bereit ist, sich für die Interessen des „Freien Westens" aufopfern zu lassen. Die Gegenmobilisierung müßte zugleich deutlich machen, auf welchen massiven Widerstand eine Regierungsübernahme durch die CDU/ CSU stossen würde.

Die Gegenmobilisierung zum 10. Juni bekommt dadurch eine Bedeutung, die über eine bloße Friedensdemonstration (wie am 10. Oktober des letzten Jahres in Bonn) hinausgeht. Speziell die Mitglieder, Anhänger und Wähler der SPD sind aufgefordert, nicht der selbstmörderischen Politik der SPD-Spitze zu folgen, sondern sich massenhaft an der Gegen-Mobilisierung zu beteiligen.

Geplant ist bisher eine Großdemonstration am 10. Juni in Bonn, die im Wesentlichen denselben Trägerkeis haben wird wie die Demonstration am 10. Oktober. Vorstösse einzelner Gruppierungen, eine Großdemonstration entweder ganz zu verhindern oder zumindest von dem kritischen Datum wegzuschieben, stiessen nicht auf viel Sympathie. Das schließt nicht aus, daß es in den nächsten Wochen doch noch zu problematischen Debatten und zu Querschüssen SPD-naher Kräfte kommt, zumal Regierung und Polizei bereits entschlossen scheinen, eine Demonstration am 10. Juni in Bonn auf keinen Fall zuzulassen. (vgl. „Spiegel" vom 15.2.).

Umso wichtiger wird sein, daß – entsprechend den Vorschlägen von verschiedener Seite – bereits in der Woche vor dem 10. Juni zahlreiche örtliche Demonstrationen stattfinden, die unsere Entschlossenheit zeigen, uns das Demonstrationsrecht am 10. Juni in Bonn nicht nehmen zu lassen. **NATO-Tagung und Reagan-Besuch müssen zu einem außenpolitischen und propagandistischen Fiasko erster Ordnung werden.** Das wird auch eine wichtige Ermutigung und Unterstützung für die US-amerikanische Friedensbewegung sein, die sich am 12. Juni zu einer Riesendemonstration in New York treffen will. D a s ist ganau die Art von deutsch-amerikanischer Übereinstimmung und Solidarität, die es zu fördern gilt.

USA erklären Mittelamerika zum „globalen Konfliktherd"

Fortsetzung von Seite 1

fentlich kann dieses 'Material' dann aber aus 'Sicherheitsgründen' nicht gezeigt werden. Hierfür gibt es nur eine Erklärung: Die USA befürchten den gleichen Reinfall wie mit dem vorgelegten „Weißbuch" im vergangenen Jahr oder dem gerade stattgefundenem Desaster mit einem Nicaraguaner, der angeblich im Auftrag seiner Regierung in El Salvador operierte. Ein solches Geständnis war ihm nachweislich unter Folter abgezwungen worden, so daß die „Neue Zürcher Zeitung" besorgt kommentiert, die USA gerate *„immer tiefer in eine Glaubwürdigkeitskrise hinein"* (16.3.).
Als ebensolche Farce erweist sich beim näheren Hinsehen die us-amerikanische 'Bereitschaft', der mexikanischen Initiative für politische Verhandlungen mit Nicaragua und Kuba nachzugeben. Gefordert wird dabei eine Erklärung, die Unterstützung der Guerilla in El Salvador aufzugeben, also genau das, was die Regierung Nicaraguas immer bestritten hat.
Wie ernsthaft solche 'Verhandlungsangebote' sind, zeigen folgende Begleitumstände: Die Reagan-Regierung hat gerade einen Plan gebilligt, eine 500 bis 1.000 Mann starke paramilitärische Truppe zum Einsatz gegen Nicaragua aufzustellen (SZ, 11.3.); von Florida aus operierende Gruppen von ehemaligen Nationalgardisten sprengten zwei Brücken in Nicaragua; am 8. März begann in der Karibik ein Flottenmanöver der Nato, *„mit denen die westliche Allianz zehn Tage lang die Sicherheit der Seewege in der aus Washingtoner Sicht bedrohten Region testen will"* (FR, 10.3.). Diese Manöver finden unter Beteiligung der Bundesmarine statt! Dies alles zeigt, daß mensch sich keinerlei Hoffnung hingeben sollte, es stände tatsächlich eine politische Verhandlungslösung an. Es bewahrheiten sich im Gegenteil alte Erfahrungen aus Vietnam: Der US-Imperialismus wird das Feld nur g e s c h l a g e n verlassen!

Zum Karibikplan der USA siehe S.

Zwei Jahre Knast für einen 16jährigen Schüler

Am 13. Juli 1981 wird das Gerücht verbreitet, daß ein besetztes Haus am Heinrichplatz in Kreuzberg geräumt werden soll. Dort finden sich dann in den Abendstunden einige Leute ein, und wo es „Ansammlungen" gibt, ist die Polizei nicht weit.

Mannschaftswagen fahren auf. Einige Steine sollen nun in Richtung Polizeifahrzeuge geworfen worden sein.

Festgenommen wird — laut Polizeizeugen aus einer Gruppe von ca. 30 „Punks und Langhaarigen" — ein 15-jähriger. Er wird in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verbracht, sitzt dort zunächst als Untersuchungshäftling für zwei Monate, sitzt dann weiter in „Vollstreckungshaft", da er wegen Autodiebstahls bereits zu zwölf Monaten mit Bewährung verurteilt worden war.

Endlich, im Februar 82 beginnt der Prozeß gegen ihn, unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

„Die Verteidigung hatte Fotos in das Verfahren eingebracht, die __ und an der Authenzität der Bilddokumente zweifelte das Gericht nicht __ beweisen, daß zum Tatzeitpunkt keine Menschenmengen den Heinrichplatz bevölkerten" („TAZ", 24.2.82).

Durch zwei Steinwürfe des 15-jährigen soll an Polizeifahrzeugen ein Sachschaden von 100,— DM entstanden sein.

Das Gericht verurteilte den Jugendlichen dann trotzdem wegen „schwerem Landfriedensbruch" und „schwerem Widerstand" zu unglaublichen zwei Jahren Haft ohne Bewährung. *„Zwei Monate Untersuchungshaft sind darin nicht angerechnet, die noch nicht abgesessene Reststrafe von 4 1•2 Monaten ist damit allerdings zusammengezogen"* („TAZ", 24.2.82).

Tatsächlich bedeutet dies, daß der heute 16-jährige Schüler insgesamt über zweieinhalb Jahre im Knast bleiben wird, sollte es nach diesem Urteil zugehen. Die Verteidigung sprach von „Rechtsbeugung" durch das Gericht und wird in Berufung gehen. Die Staatsanwaltschaft hatte gleich zweieinhalb Jahre gefordert!

... und dreieinhalb Jahre für den 19jährigen Jan

Zwei Polizeibeamte, die am Abend des 21.9.81 in ein Haus in der Görlitzerstraße gerufen worden sein sollen, belasten Jan, er habe ein Beil gezielt in ihre Richtung geworfen, als sie das Haus inspizierten.

In dem Bericht vom September 81, der von einem der beiden Beamten stammt, heißt es, er hätte *„ ,eine Person mit kahlgeschorenem Kopf im Lichtkegel unserer Handscheinwerfer weglaufen sehen. Die Person drehte sich um und zielte genau auf meinen Kollegen. Das Beil schlug neben mir in die Hauswand ein. Mein Kollege und ich haben ihn dann sofort festgenommen' "* („TAZ", 26.2.82) — sozusagen auf frischer Tat also.

Daß sich der Vorfall so nicht ereignet hat, dafür gibt es neben Jans Einlassungen, der vor Gericht bestritt, das Beil geworfen zu haben, eine ganze Reihe weiterer Anzeichen.
— Aus den „Handscheinwerfern" vom September 81 wurden vor Gericht eine jener kleinen Taschenlampen, wie sie jeder Beamte zum Ablesen von Klingelschildern bei sich führt. Wahrlich nicht die besten Voraussetzungen für eine einwandfreie Identifizierung bei Nacht in einem dunklen Hausflur!
— Keiner der beiden Beamten konnte vor Gericht angeben, wer denn Jan nun tatsächlich festgenommen hat, sie wollten es jedenfalls nicht gewesen sein. Das paßt zu Jans Einlassungen, der ausgesagt hatte, er sei von ganz anderen Beamten festgenommen worden, und erst eine zeitlang nach diesem Vorfall.
— Bei dem Rechtsanwalt von Jan meldete sich wenige Tage nach dessen Verhaftung ein gewisser Gerd, der ihm gegenüber aussagte, das *„Beil im Treppenhaus weggeworfen"* („TAZ", 26.2.82) zu haben.

Gerd war damals nicht festgenommen worden. Um sich nicht selbst zu belasten, wollte er auch vor Gericht nicht als Zeuge aussagen. Auf Druck von Besetzern schrieb er jedoch einen Brief an das Gericht, in dem er einräumte, das Beil geworfen zu haben und darüberhinaus die Unschuld von Jan betonte.

Das Gericht war jedoch von seinem Verurteilungskurs nicht mehr abzubringen, machte in der mündlichen Urteilsverkündung aus einem Beilwurf kurzerhand zwei, und verurteilte Jan, der mit dem Beilwurf offensichtlich nicht das geringste zu tun hat, zu dreieinhalb Jahren Knast wegen „versuchtem Totschlag" allein aufgrund der Aussagen der beiden Polizeibeamten. Für Jan gibt es keine Berufungsmöglichkeit mehr, sondern lediglich Revision!

Anti-Repressionskommission
KB Westberlin

„Einfach injorieren!"

Die „Modernen Zeiten" (Zeitschrift der „Initiative Sozialistische Politik") veröffentlichte in ihrer Nr. 2/82 einen Bericht und Kommentar zum Kongreß des KB, der im Januar stattgefunden hatte. Verfasser des Artikels war Willi K. Goltermann (Leitungsmitglied der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der „Modernen Zeiten").

Der Artikel enthielt eine Reihe von sachlich falschen Darstellungen und groben Unwahrheiten. Hierauf machten wir die Redaktion der „MOZ" schriftlich aufmerksam und baten um Abdruck unserer Richtigstellung in der „MOZ". (Wortlaut des Artikels von Willi K. Goltermann und unseres Briefes an die „MOZ" im AK 218). Eine Reaktion der „MOZ"-Redaktion dazu liegt bis heute, einen Monat später, nicht vor.

Ähnliches hatten wir mit der „Z" (inzwischen eingelstellte Zeitschrift der Gruppe Z) schon wiederholt erlebt. Daß die „Modernen Zeiten" an diese Praxis anzuknüpfen scheinen, ist eine Erfahrung, auf die wir lieber verzichtet hätten.

Kommunistischer Bund, 21.3.82

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Osnabrücker Friedenstreffen: Am 10.6. nach Bonn!

Am 20./21.3. trafen sich über 400 Mitglieder und Vertreter aus fast 100 Friedensinitiativen und Organisationen zu einem Arbeitstreffen. Eingeladen hatten die Gruppen, die einen Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF) durchführen wollten, der im Februar auf einem Redaktionstreffen zunächst abgesagt worden war (vgl. AK 218).

Als Schwerpunktthemen wurden auf diesem Treffen behandelt, ob und wie ein solcher Kongreß doch noch stattfinden könnte sowie der Reagan-Besuch im Juni. Daneben gab es eine AG zur IDEE in Hannover , vom 18. - 20. 5. (siehe Artikel in diesem AK); außerdem unterstützte das Treffen den Aufruf und das Vorgehen der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen zum SPD-Parteitag am 17.4. in München.

Der wichtigste Beschluß des Arbeitstreffens war der einhellig beschlossene Aufruf zur Anti-Reagan-Demo am 10.6. in Bonn. Der vorliegende Bonner Aufrufentwurf wurde einerseits als Fortschritt gegenüber dem Aufruf zum 10.10.81 gewertet (zumal er ausdrücklich nur als Vorschlag zum Bonner Treffen am 4.4. gedacht ist und auch die Frage der Trägerschaft noch offen gelassen wurde), andererseits als nicht weitgehend genug (s. Erklärung), daher wurde der obenstehende Aufruf verabschiedet.

Wenn auch der für dieses Wochenende geplante BAF nicht als solcher stattfand, so liegt doch inzwischen ein Reader vor (232 Seiten, DM 6,-, zu bestellen über: Osnabrücker Friedensinitiative), und es gab weitere Vorschläge zur Koordinierung der autonome Friedensbewegung: zum einen der Vorstoß der Buli Freiburg, den auf der Redaktionskonferenz am 13.2. auch von ihnen mit gekippten BAF jetzt in eigener Regie in Freiburg am 20.5. durchzuführen, was einstimmig abgelehnt wurde; auf der anderen Seite der Vorschlag eines Anti-Nato-Gipfels am 5.6. (KdK Bremen),. Dafür fand sich aber, ebenso für einen erneuten BAF, keine Trägergruppe; es wurde aber beschlossen, am BAF-Konzept festzuhalten und im Herbst einen Kongreß durchzuführen, sobald der gemeinsame Diskussionsstand der Unterstützergruppen es erlaubt.

Zur Organisierung des Informationsflusses und als Ansprechadresse hat sich die Hamburger Friedenskoordination bereit erklärt:

Kontaktadresse:
Bernd und Christel Kruse
Jungfrauenthal 16
2000 Hamburg 13.

Vorschlag für einen Aufruf zur Demonstration gegen den Nato-Gipfel am 10.6. in Bonn

In einer Zeit ...
-in der immer mehr Menschen sich der Friedensbewegung anschließen, sich aussprechen gegen Rüstungswahnsinn und Kriegstreiberei
- in der der Widerstand gegen die Nato-'Nach'rüstung wächst, auch in den Reihen von SPD und FDP
- in der der Protest gegen die verbrecherische Politik der Reagan-Administration gegenüber El Salvador und anderen Staaten wächst

... in dieser Zeit laden Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher den amerikanischen Präsidenten am 10.6.82 zu einem Nato-Gipfeltreffen nach Bonn ein. Wir halten dies für eine ungeheure Provokation aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik, auf die wir eine entsprechende Antwort geben müssen.

Schmidt und Genscher wollen mit der Einladung ein "Signal für deutsche Bündnistreue" setzen. Sie verbünden sich damit mit einer Politik, die ...

- die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt wie aktuell gerade in El Salvador, wo ein Volk direkt oder indirekt durch die USA auf grausamste Weise niedergehalten und eine US-Intervention vorbereitet wird.
- die sich schon immer in der offenen Unterstützung faschistischer Regimes hervorgetan hat wie in Chile und der Türkei und neuerdings wieder verstärkt in Südafrika
- die offen über den möglichen Sieg in einem Atomkrieg nachdenkt und entsprechende Schritte zu seiner Vorbereitung in Angriff nimmt
- die eine 'schnelle Eingreiftruppe' aufbaut, die überall in der Welt schnell militärisch intervenieren kann, wenn dies zur Wahrung 'vitaler Interessen' der USA für notwendig erachtet wird

Allein die Anwesenheit des Hauptvertreters dieser Politik, Präsident Reagan, in Bonn ist für uns Grund genug, unsere Ablehnung und Abscheu vor einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen.

Doch Reagan kommt nicht allein. Mit ihm kommen sämtliche Regierungschefs der Nato-Länder, um über die weitere Nato-Politik zu verhandeln. Teil dieser Politik ist das Festhalten am Nato-'Nach'rüstungsbeschluß. Mit der Stationierung von cruise missiles und Pershing II in Mitteleuropa - beides Waffensysteme, die sich ihrer hohen Zielgenauigkeit wegen für die Strategie des atomaren Erstschlags eignen - soll ein Krieg wieder 'gewinnbar' gemacht werden. Dies ist die Fortsetzung der Nato-Strategie der 'flexiblen Reaktion', einer Strategie des langsam eskalierenden Atomkriegs.So wird der -zunächst begrenzte - Atomkrieg wieder zu einem kalkulierbaren Mittel der Politik gemacht. Schauplatz eines solchen begrenzten Atomkriegs wäre Mitteleuropa und in dessen Zentrum die beiden deutschen Staaten.

Verteidigungsminister Apel sagte einmal, die größte Friedensbewegung sei die Nato! Mitnichten ist sie das. Die Beschlüsse der Nato in den letzten Monaten machen das deutlich:
- Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe der USA durch Bereitstellung von Stützpunkten und Überflugrechten in Europa. Ausbau der westdeutschen zivilen Flughäfen - begonnen wird mit dem Bau der Startbahn West in Frankfurt - nach den Erfordernissen von US-Großraumflugzeugen für den Truppen- und Waffentransport. Schon im Vietnam-Krieg war die BRD ein wichtiger Stützpunkt für die USA.
- Ausweitung des Nato-Zuständigkeitsbereiches auf praktisch die ganze Welt - zur Verteidigung 'vitaler Interessen' des Westens
- Bereitstellung von 100000 Mann der Bundeswehr zur Unterstützung von US-Verstärkungstruppen in Krisenfällen
- Nato-Manöver in instabilen Zonen zur Einschüchterung und als Machtdemonstration wie jetzt in der Karibik

Die Nato ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Mitgliedsländer, um ihre Vormachtstellung in der Welt sicherzustellen und auszudehnen - gegebenenfalls auch mit Krieg.

Gleichzeitig hat die Nato immer wieder versucht, auf die Innenpolitik einzelner Mitgliedsländer massiv Einfluß zu nehmen:
- nach der Revolution der Streitkräfte in Portugal 1974 drohte die Nato offen mit Intervention und unterstrich diese Drohung durch ein Landemanöver an der portugiesischen Küste
- In Italien erhob die Nato Ende der 70er Jahre Einspruch gegen eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung
- im September 1980 putschten in der Türkei rechte Militärs - geschützt durch gleichzeitig stattfindende Nato-Manöver in der Türkei
- die USA versuchen innerhalb der Nato die europäischen Mitgliedsländer zu einer Steigerung der Rüstungshaushalte zu pressen - zu Lasten der Sozialausgaben.

Innerhalb der BRD wird eine Militarisierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens betrieben (Frauen zum Bund, Ausbau des Zivilschutzes, Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall)

Trotz einiger - zum Teil schwerwiegender Differenzen - haben die Nato-Länder ihre Gründe, Mitglied der Nato zu bleiben. Denn die Politik der Nato und der USA sichert ihnen die Teilhabe an der Weltmacht und damit den Zugang zu Rohstoffen sowie Arbeits- und Absatzmärkten. Der Öffentlichkeit in den eigenen Ländern gegenüber wird die Nato als "Schutzbündnis" gegen eine bevorstehende Aggression der Sowjetunion verkauft. Aber die Nato ist für uns kein Schutz, sondern eine Bedrohung:
- Sie verpflichtet uns auf die Unterstützung der kriegstreiberischen Politik der USA
- Sie macht uns zum Sprungbrett für amerikanische Interventionen in der 3. Welt und bezieht uns damit unweigerlich in kriegerische Konflikte ein
- Sie kalkuliert bewußt einen begrenzten Atomkrieg ein, der die Vernichtung Mitteleuropas zur Folge hätte

Wir können uns aus der geographischen Lage zwischen den beiden Großmächten nicht befreien. Wir können aber dafür eintreten, daß wir weder für die Interessen der einen noch der anderen Großmacht den Kopf hinhalten und wir können verhindern, daß die Bundesrepublik die offene Interventions- und Kriegspolitik der USA und der Nato unterstützt.

Wir haben keinerlei Vertrauen in die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt die Politik der USA und der Nato durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das "andere" Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.
Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Ausnahme und überall auf der Welt.

In einer machtvollen Demonstration wollen wir in Bonn am 10.6. während des Nato-Gipfeltreffens unsere Ablehnung der Nato und der Reagan-Politik zum Ausdruck bringen.

Das Nato-Gipfeltreffen darf nicht ungestört stattfinden!

Wir fordern alle Menschen auf, sich an der Kundgebung und den Aktionen zu beteiligen unter den Forderungen:

Rücknahme des Nato-'Nach'rüstungbeschlusses
Austritt der Bundesrepublik aus der Nato
Auflösung von Nato und Warschauer Pakt
Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa
Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen
Keine Startbahn West in Frankfurt
Schluß mit der Interventionspolitik in El Salvador

Erklärungen zur Funktion des Aufrufes und unserem Vorgehen auf der Aktionskonferenz am 4. 4. in Bonn

Unser Aufruf wird als politisches Ergebnis der Beratungen der Friedensinitiativen am 20./21. März in das Bonner Treffen eingebracht, zusammen mit unserer Kritik an dem Aufrufvorschlag, den 37 Organisationen am 16.3. beraten haben, und zusammen mit dem Vorschlag zu dezentralen Aktionen im Rahmen einer Anti-Nato-Woche.

Wir betrachten das Treffen am 4.4. als demokratisches Entscheidungsorgan der gesamten Friedensbewegung in Bezug auf die Demonstration gegen den Nato-Gipfel.

Wir fordern eindringlich alle Friedensinitiativen und Gruppen auf, sich an den Beratungen am 4. 4. in Bonn zu beteiligen.
Unsere wichtigsten Kritikpunkte am Aufrufvorschlag der 37 Org. sind:

- Mangelnde Präzisierung der Politik der Nato
- Orientierung auf die Genfer Verhandlungen als Voraussetzung für eine wirkliche Abrüstung

Eine Verschiebung der Demonstration auf einen anderen Zeitpunkt oder Ort lehnen wir entschieden ab.
Wir treten dafür ein, daß ein Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung und der Befreiungsbewegung der 3. Welt auf der Kundgebung zu Wort kommen.
In der Trägerschaft der Demonstration sollten alle Strömungen der Friedensbewegung vertreten sein und dies muß sich auch auf der Kundgebung ausdrücken.

Wir werden auf der Grundlage der Ergebnisse des 4. 4. entscheiden, ob und wie wir die gemeinsamen Beschlüsse mittragen und welche Rolle die heute von uns verfaßte Erklärung dabei spielen wird.

Der Aufrufvorschlag mit den genannten Änderungen und diese Erklärung wurden auf dem Plenum des Arbeitstreffens der Friedensinitiativen am 20./21. März bei ca. 400 Anwesenden aus fast hundert verschiedenen Gruppen gegen 4 Neinstimmen und bei 17 Enthaltungen angenommen.

Osnabrück, 21.3.82

Deutschland erwacht



Die rassistische Welle rollt!

Fremdenhaß und Rassismus war von jeher das Geschäft der Nazis. Mit einem Gespür für politische Entwicklungen haben die westdeutschen Neonazis bereits vor geraumer Zeit die Weichen gestellt: Spätestens mit Beginn der 80'er Jahre sind die wichtigsten Gruppierungen dieser Szene dazu übergegangen, die sogenannte „Ausländerfrage" ins Zentrum ihrer Politik zu verlagern. Allen voran begann die NPD mit ihrer „Bürgerinitiative Ausländerstopp", die im Januar 1980 aus der Taufe gehoben wurde, dieser *„ungeheuren Bedrohung unseres Volkes"* entgegenzutreten; es folgten dann weitere Gründungen und Aktivitäten aus dem braunen Spektrum. Von der „Deutschen Nationalzeitung" bis hin zu den „Deutschen Aktionsgruppen" des Nazi-Terroristen Manfred Röder wurde das „Ausländerproblem" zunehmend als d i e Chance begriffen, dem organisierten Neonazismus wieder eine relevante Aktionsbasis zu verschaffen.

Allerdings zeigte sich zunächst, daß der richtige „Riecher" für eine politisch brisante Fragestellung a l l e i n keineswegs ausreichte, um den Nazis auch nur annähernd den erhofften Zuwachs zu bescheren. Sichtbar wird dies am Beispiel der NPD, die es
in der jüngsten Vergangenheit trotz
ten Zuwachs zu bescheren. Sichtbar wird dies am Beispiel der NPD, die es
in der jüngsten Vergangenheit trotz Verlagerung ihres Aktivitätsschwerpunktes an die „Ausländerfront" n i c h t vermocht hat, den Abwärtstrend der Partei auch nur zu stoppen, geschweige denn ihn umzukehren.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen allerdings nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, am selbstgewählten Politikschwerpunkt „Ausländerhetze": Denn ohne Zweifel läßt sich auf der ausländerfeindlichen Schiene hier und heute erfolgreich Politik machen. Daß die Nazis bis vor kurzem trotzdem nur auf vergleichsweise geringe Früchte ihrer Hetzpropaganda verweisen konnten, hatte wesentlich zwei Gründe:

1) Die Nazis hatten zunächst das Problem, daß sie mit ihrer Kampagne einfach „zu früh" gekommen waren. Ausländerfeindliche Positionen in der Bevölkerung – natürlich gab es die auch damals schon und sicherlich nicht zu knapp. Aber ein deutscher Durchschnittschauvinist drängt nicht gleich zur politischen Aktion, nur weil der Nazi trommelt. Die „Politikfähigkeit" unseres Bürgers ist im allgemeinen doch recht gering ausgeprägt, und wenn erst noch der „höhere Segen" fehlt, dann läßt er lieber gleich die Finger davon. Und so war es ja auch: Während die Neonazis bereits ihrer „Ausländer raus"-Propaganda nachgingen, hatte das von etablierter Politik und bürgerlichen Medien geprägte „öffentliche Klima" das in der Tat absehbare Scheitern der sogenannten „Integrations"-Politik in diesem Maße noch gar nicht thematisiert. Die Nazis standen – zumindest im Bewußtsein der „Öffentlichkeit" – mit ihrem Konzept zur „Lösung" der „Ausländerfrage" allein auf weiter Flur, während die Medien in ihrer Mehrheit noch unter dem Eindruck der „Integrations"-Linie operierten und eher geneigt schienen, offen ausländerfeindliche Versionen zu tabuisieren.

2) Ein weiteres Handikap für die Nazis lag in dem Umstand begründet, daß sie es kaum vermocht hatten (oder es auch gar nicht darauf anlegten), den doch arg diskreditierenden „braunen Hinkefuß" zu verbergen oder zumindest halbwegs herauszuhalten. NPD, „National-Zeitung" und dergleichen Firmen mehr sind in breitesten Bevölkerungskreisen nun einmal als Naziunternehmungen bekannt und verrufen; diesen Schuh wird sich gerade der Durchschnittschauvinist nur ungern überstreifen wollen.

Die Fähigkeit jeder wie auch immer gearteten reaktionären oder faschistischen Strömung, auf M a s s e n e b e n e an Einfluß zu gewinnen, wird auf absehbare Zeit entscheidend mit davon abhängen, ob diese Kräfte es zumindest der Öffentlichkeit gegenüber schaffen, sich von verschlissenen Kostümen zu trennen (dies wird nicht leicht sein und unsere Aufgabe ist es, derartige Verwandlungskünstler zu entlarven).

Mittlerweile haben sich in beiden Punkten wichtige Veränderungen ergeben, die auch die Aussichten für eine rechtsextreme ausländerfeindliche Mobilisierung in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür haben freilich nicht die Nazis, sondern die etablierten Parteien geschaffen:

Spätestens seit den Erlassen zur Einschränkung des Familiennachzugs
schaffen:
Spätestens seit den Erlassen zur Einschränkung des Familiennachzugs
von Ausländern im November letzten Jahres hat sich das „öffentliche Klima" eindeutig und schlagartig in eine Richtung verändert, die ausländerfeindliche Strömungen jeder Art begünstigt und ihnen darüber hinaus auch noch ihre politische Berechtigung zugesteht. Während in Kreisen der etablierten Parteien bereits weitere Projekte in Sachen Ausländerbegrenzung und -Diskriminierung vorbereitet werden (weitere Verschärfung der Nachzugsregelung, des Ausländergesetzes, des Asylrechts u. a. m.), ergießt sich parallel dazu ein Strom unverschämter chauvinistischer Hetzpropaganda in die Bevölkerung.

Daß die sogenannte „Integration" noch erstes und vornehmstes Ziel staatlicher Ausländerpolitik sei, wird mittlerweile nicht einmal mehr von der SPD-Führung vertreten. Der SPD-Bundesvorstand hat sich erst jüngst dazu bekannt, die „Begrenzung" des Ausländerzuzugs als oberstes Ziel sozialdemokratischer Ausländerpolitik festzuschreiben (vergl. „Spiegel" vom 1.3.82). Und von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz wird diese Kursänderung als „Trend zum Realismus" verkauft.

Noch um einiges „realistischer", als das die SPD k a n n, hat sich der hessische CDU-Vorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dregger, in der Bundestagsdebatte zur Ausländerpolitik geäußert: *„Er forderte, neben den Interessen der Ausländer müßten auch die berechtigten Interessen der Deutschen berücksichtigt werden. Ein Land könne nur eine begrenzte Zahl von Ausländern aufnehmen, ohne seine nationale Identität zu verlieren. Man müsse dabei auch nach Herkunft unterscheiden. Mit Ausländern aus dem ‚europäischen Kulturkreis' verbinde die Deutschen ‚die gemeinsame christliche Wurzel europäischer Kultur'. Größte Schwierigkeiten bereiten aber die Türken, meinte Dregger. Aus dem Kreis des Islams kommend, seien sie nur in Ausnahmefällen zu integrieren oder gar zu assimilieren"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 5.2.82).

assimilieren" („Frankfurter Rundschau" – „FR", 5.2.82).

Was Dregger hier abläßt, sind unverhüllt völkisch-rassistische Positionen, die zumindest in i d e o l o g i s c h e r Hinsicht dem Anliegen der Neonazis exakt entsprechen dürften. Was anderes meint denn „Nationale Identität", als engsten und engstirnigen Chauvinismus? Durch was verliert „der Deutsche" denn „seine" Identität? Durch schlichte A n w e s e n h e i t von Ausländern, oder gar durch die Vermischung mit ihnen?? So oder so: Die Antworten darauf k ö n n e n ganz einfach nur rassistisch ausfallen. Und daß er das weiß und daß er das auch w i l l, dokumentiert Dregger, wenn er vom *„berechtigten und natürlichen* (!!) *Gefühl der Mitbürger"* spricht, dem Zuwiderzuhandeln darauf hinauslaufen würde, *„einem neuen Rechtsradikalismus den Weg"* zu bereiten. Auch das ist exakt die Leier der neuen Nazis: Wir sind ja gar nicht rechtsradikal, wir sind natürlich auch nicht linksradikal, wir sind eben d e u t s c h!

Sichtbar wird jedenfalls, daß die CDU/CSU keinesfalls in Gefahr laufen möchte, sich in Sachen Ausländerfeindlichkeit von den Neonazis die Show stehlen zu lassen. In der Tat gibt es in der Union ja auch einen hinreichenden Bestand rechtsextremer Politiker, die dieser „Gefahr" entgegenwirken könnten. Ermutigend könnte in dieser Hinsicht auch das folgende Dregger-Statement sein, welches er am 24. Februar in Frankfurt anläßlich seiner Aschermittwochrede absonderte: *„Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers hervorzutreten – wir müssen wieder normal werden"* (zitiert nach „die tat" vom 12.3.82).

Um also wieder zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Die „Ausländerfrage" ist mittlerweile in weitesten Kreisen „in" und zwar genau unter jenen Vorzeichen, die Rassisten und Nazis jeglicher Couleur den zügigen Fortgang ihrer Geschäfte ermöglichen. Ob und inwieweit die „traditionellen" Nazi-Vereinigungen aus dieser Situation Kapital schlagen können bzw. entsprechenden Zulauf erhalten, muß angesichts der Konkur-
dieser Situation Kapital schlagen können bzw. entsprechenden Zulauf erhalten, muß angesichts der Konkur-
renz, die ihnen hier durch die CDU/CSU erwächst, zunächst dahingestellt bleiben. Sicher aber ist in jedem Fall, daß – direkt oder indirekt – die von den Neonazis propagierte „Lösung" des „Ausländerproblems" zukünftig ganz erheblich an politischem Gewicht gewinnen dürfte. Wobei immer klar sein sollte, daß es sich hierbei nur im „engeren" Sinne um die „Ausländerfrage" handelt: Angesichts ihrer Verknüpfung mit jeglichen Folgen imperialistischer Krisenentwicklung (Arbeitslosigkeit, „soziales Netz", Kriminalität, politischer Widerstand u. a. m.), geht es vermittelt über die „Sündenbock"-Ideologie vielmehr um die Entwicklung und Verwirklichung einer rechtsextremen „Innenpolitik" großen Stils.

Und auch was den zweiten der eingangs genannten Punkte anbetrifft, haben sich interessante Entwicklungen ergeben: Da wäre zunächst einmal der Versuch Kieler Neonazis und Rassisten, ausschließlich auf das Thema Ausländerhetze begrenzt, eine Liste zu den Kommunalwahlen aufzustellen, wobei sie peinlich darum besorgt waren, die sonstigen Steckenpferde rechtsextremer Politik zunächst einmal auszuklammern, den „braunen Hinkefuß" also etwas zu verbergen.

Nicht ohne Erfolg: Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" erzielte im ersten Anlauf 3,77 % der abgegebenen Stimmen, also w e i t a u s mehr als jede andere Nazi-Gruppierung, die in den letzten Jahren in einer westdeutschen Großstadt kandidierte.

Da wären desweiteren die Professoren um das sogenannte „Heidelberger Manifest", ein rassistisches Dokument, das neben Alt- und Neonazis auch durchaus „honorige" Professoren aus dem „konservativen" CDU/CSU-nahen Spektrum unterzeichnet haben. Wenn auch der neonazistische Hintergrund diverser Personen in diesem Fall dank antifaschistischer Ermittlungen und Veröffentlichungen rasch bekannt wurde, hat das Rassisten-Manifest dennoch einen vergleichsweise großen publizistischen
rasch bekannt wurde, hat das Rassisten-Manifest dennoch einen vergleichsweise großen publizistischen
Erfolg erzielt; desweiteren wird an diesem Beispiel deutlich, daß und wie sich auf Basis gemeinsamer rassistischer Überzeugungen in der „Braunzone" zwischen CDU/CSU und Neonazis ein weites Feld für gegenseitige Kontakte und gemeinsame Unternehmungen auftut.

Wesentlich in d i e s e m Spektrum sind die Initiatoren, Wortführer und Propagandisten jener ultrareaktionären „Volksbewegung" zu finden, die sich hochgezogen am „Ausländerproblem" vor unseren Augen zu formieren b e g i n n t und mit Sicherheit ein erhebliches Ausmaß annehmen kann.

Es hat lange den Anschein gehabt, als beinhalte der sich in der BRD vollziehende Prozeß der Rechtsentwicklung bzw. Faschisierung ausschließlich die in diese Richtung weisenden Veränderungen im Staatsapparat und seinem engeren Umfeld. Andererseits wurde gerade auch das „Ausbleiben" einer „faschistischen Massenbewegung" oft und gern als B e w e i s für die These präsentiert, daß für die BRD die Gefahr eines neuen Faschismus nicht absehbar sei.

Beides sind rein akademische Spekulationen, die mit der Wirklichkeit immer weniger in Einklang zu bringen sind. Das ob und wie einer solchen Formierung kann nicht länger Gegenstand allein abstrakter Debatten sein; auch die Gefahr einer rassistischen Mobilisierung auf Massenebene ist mittlerweile akut und muß als solche thematisiert und politisch beantwortet werden. Zwar ist der Kampf gegen Ausländerunterdrückung und gegen Ausländerfeindlichkeit zunächst ein Kampf für die Rechte der A u s l ä n d e r; aber es ist darüber hinaus auch ein a n t i f a s c h i s t i s c h e r Kampf und es wird viel davon abhängen, ob und wie schnell die westdeutsche Linke dies begreift.

AG Ausländer

Unterzeichner-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums.

Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestopp um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren.

Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, desse Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist.

Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus. Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung"). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. „Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn).

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht nicht aus vom Begriff „Nation" als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff „Volk", und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde."

Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes.

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung.

Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen? Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern — und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative wie individuelle Mitgliedschaft ermöglicht.

Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten.

Über die Aufgaben dieses Bundes soll auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Beirat wachen. Eine Pressestelle soll die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

Für den Heidelberger Kreis: Professor Dr. phil. habil. Bambeck, Professor Dr. Fricke, Professor Karl Götz, Professor Dr. phil. Haverbeck, Professor Dr. rer. nat. Illies, Professor Dr. theol. Manns, Professor Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a. D., Professor Dr. jur. Rasch, Professor Dr. Riedl, Professor Dr. med. Schade, Professor Dr rer. nat. Schmidt-Kaler, Professor Dr. rer. nat. Schröcke, Professor Dr. med. Schürmann, Professor. Dr. phil. Siebert, Professor Dr. phil. Stadtmüller.

Eine Wandlung im Lichte der Öffentlichkeit: Oben der ursprüngliche Text des „Heidelberger Manifests" — in reinrassiger Nazisprache. Unten der nach den ersten öffentlichen Reaktionen bereinigte Text — der Geist ist derselbe!

Öffentlichkeits-Fassung

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der — ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik — dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahre 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken.

Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.

Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung eine parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht — im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern —, das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems so erschwert, ist die Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird. Wie betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Linksextremismus wenden.

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung"). Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden.

„Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn).

Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5. 4. 1981 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell gegeben.

Obgleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff „Volk", und zwar vom deutschen Volk, ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung den Amtseid leisten:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde." Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können,
daß es das deutsche Volk ist, um dessen „Erhaltung" es geht. Wer aus diesem Begriff folgert, daß es auch nichterhaltenswerte Völker gäbe, interpretiert gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet gröblich unser Anliegen.

Wir scheuen uns auch nicht, daran zu erinnern, daß das von der
Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs schwerste gefährdet werden könnte.

Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden?

Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern — und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat — selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen — wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten.

Nahezu keiner der Verantwortlichen und Funktionäre der großen gesellschaftlichen Körperschaften hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen, geschweige denn ein realistisches Konzept einer langfristigen Politik vorzuschlagen. Wir halten deshalb die Bildung einer überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für notwendig, die allen Verbänden, Vereinigungen usw., die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur, Religion und Lebensweise widmen, aber auch Einzelpersonen Mitarbeit ermöglicht.

Gerade wir Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es nach wie vor gehört, Ausländern (insbesondere aus der sog. 3. Welt) eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung in unserem Lande zu ermöglichen, müssen auf Grund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage und die bedrohlichen Konsequenzen der im Gang befindlichen Entwicklung in aller Öffentlichkeit hinweisen.

Mainz, den 31. 1. 1982

Prof. Dr. phil. Bambeck (Frankfurt), Prof. Dr. rer. pol. R. Fricke (Karlsruhe), Prof. Dr. phil. W. Haverbeck (Vlotho), Prof. Dr. rer. nat. J. Illies (Schlitz), Prof. Dr. theol. P. Manns (Mainz), Prof. Dr. jur. H. Rasch (Bad Soden), Prof. Dr. nat. W. Rutz (Bochum), Prof. Dr. rer nat. Th. Schm.-K. (Bochum), Prof. Dr. med. K. Schürmann (Mainz), Prof. Dr. phil. F. Siebert (Mainz), Prof. Dr. phil. G. Stadtmüller (München).

„Heidelberger Manifest"

Rassistisches Pamphlet aus der „Braunzone"

Für Furore hat das sogenannte „Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981" gesorgt, ein von 15 Professoren unterzeichnetes Machwerk, in dem die „Unterwanderung des deutschen Volkes" sowie die „Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums" durch Ausländer angeprangert wird. Dabei ist das „Manifest" als solches weder sensationell, noch ist es sonderlich intelligent formuliert; Sprache und Begriffswahl weisen es vielmehr als eines jener zahllosen Produkte aus der Küche völkischer „Blut- und Boden"-Ideologie aus, die seit Jahr und Tag aus dem braunen Sumpf emporschwappen.

Interessanter ist schon der Kreis, der sich als Unterzeichner dieses Pamphlets zusammengefunden hat. Neben Alt- und Neonazis finden sich dort auch solche Professoren, die eher als „konservativ" gelten und vermutlich mehr der CDU/CSU zuneigen, als etwa der NPD oder DVU. Darunter z. B. auch der Bochumer Prof. Schmidt-Kaler, der über das Ausländerthema bereits Kontakte zu einflußreichen Kreisen von Wirtschaft („Rhein-Ruhr-Club") und Politik (Lummer, Stoltenberg) knüpfen konnte ...

Dies jedenfalls verweist das Projekt „Heidelberger Manifest" (HM) in die Galerie jener Unternehmungen, die in der sog. „Braunzone" zwischen CDU/CSU und Neonazis angesiedelt sind. Nicht zuletzt die Tatsache, daß scheinbar „ehrenwerte" Professoren zu den Mitunterzeichnern des HM gehören, hat diesem Dokument seine enorme und streckenweise auch wohlwollende Publizität in den bürgerlichen Medien beschert. Darüberhinaus hat — ob pro oder contra — der
chen Medien beschert. Darüberhinaus hat — ob pro oder contra — der
Umstand eine Rolle gespielt, daß es deutsche Professoren sind, die — wieder einmal! — rassistischen Ambitionen die „wissenschaftliche" Weihe verleihen wollen. Daß hierbei zumindest einige der HM-Unterzeichner eine bemerkenswerte historische „Kontinuität" an den Tag legen, ist ihren nebenstehend dokumentierten Lebensläufen zu entnehmen.

Den Startschuß gibt die Nazi-Presse

Schon Wochen bevor das „Heidelberger Manifest" in der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, war es von einschlägigen Blättern bereits publiziert worden: Zum ersten Mal tauchte es am 6.11.81 in der „Deutschen Wochenzeitung" auf, einer neonazistischen Postille, für die Ex-NPD-Chef Adolf von Thadden als Mitherausgeber verantwortlich zeichnet. Das nächste Mal erschien das „Manifest" in der Dezember-Ausgabe von „Nation Europa", der führenden „Theorie"-Zeitschrift der westdeutschen Neofaschisten. Noch immer aber nahm ansonsten niemand von dem Machwerk Notiz, bis schließlich im Januar Münchner Studenten die Sache an die Öffentlichkeit brachten. Der Text war in Kopie in einer Bonner Telefonzelle gefunden worden und von dort an die Münchner gelangt.

Dieser Sachverhalt ist insofern interessant, weil hieran deutlich wird, daß der Staatsschutz von sich aus kein Interesse verspürt hat, diesen Vorgang öffentlich zu thematisieren. Immerhin wird in VS-Kreisen die DWZ wie auch „Nation Europa" regelmäßig gelesen und ausgewertet, so daß theoretisch die Möglichkeit bestanden hatte, diese Schweinerei bereits zwei Monate vorher aufzudecken. Diese Untätigkeit der Staatsorgane steht allerdings vollauf in Einklang mit der Tatsache, daß bis heute gegen keinen der unterzeichnenden Hochschullehrer Disziplinarmaßnahmen ergriffen oder auch nur erwogen wurden (und nichts spricht dafür, daß sich hieran in den nächsten Wochen etwas ändert).

Als erstes brachte dann die „taz" (18.1.), vier Tage später die „Frankfurter Rundschau" einen Beitrag zum „Heidelberger Manifest". Aus dem Kreis der Unterzeichner war es bis dato zu keiner weiteren Stellungnahme gekommen, ausgenommen Prof. Schröcke (Uni München), der, von Studenten attackiert, sich der Presse gegenüber unverzüglich zu dem braunen Pamphlet bekannte.

Stelldichein beim rechtsradikalen „Schutzbund"

Im „Manifest" ist die Rede von der Gründung eines „Dachverbands", der die Koordinierung sämtlicher ausländerfeindlichen Aktivitäten und Vereinigungen übernehmen solle. Tatsächlich wurde in Heidelberg denn auch ein „Schutzbund für das Deutsche Volk" (SDV) konstituiert, der sich sogar um eine Anerkennung als „gemeinnütziger Verein" bemüht. Am 23.1., also nachdem das „Heidelberger Manifest" bereits in der Öffentlichkeit ruchbar geworden war, hielt dieser „Schutzbund" eine erste Versammlung in Heidelberg ab. Erschienen waren dazu Personen aus dem neonazistischen Spektrum (die SDV-Vorsitzende Brigitte Finkeissen-Frank ist ebenfalls dieser Szene zuzurechnen), aber auch die „Manifest"-Unterzeichner Schröcke, Fricke, Stadtmüller und Schmidt-Kaler. Letztere waren als Referenten geladen und absolvierten diesen Part zur vollsten Zufriedenheit der ca. 50 erschienenen
absolvierten diesen Part zur vollsten Zufriedenheit der ca. 50 erschienenen
Rechtsextremisten. Alle, auch jene Professoren, die sich später vom SDV „distanzierten", waren sich vollauf bewußt, vor welcher Art von Publikum sie hier sprachen und es schien sie auch keineswegs zu stören. Schmidt-Kaler versuchte sich der Versammlung gegenüber gar noch mit taktisch gemeinten „Ratschlägen" zu profilieren: *„Vermeiden Sie völkische Ausdrucksweisen"*, riet er, und: *„Man sagt dann eben Solidarität statt Treue, das ist so einfach"*. Nicht gerade unwichtig ist außerdem, daß sich Schmidt-Kaler auf der SDV-Veranstaltung außerordentlich befriedigt über die enorme öffentliche Resonanz zeigte, die das „Manifest" zu diesem Zeitpunkt bereits gefunden hatte. Dabei sei es, so S.K., zunächst einmal unerheblich, wie es in den Medien bewertet werde: *Es genügt, wenn sie das Wort verbreiten"*.

Von Bedeutung sind diese Äußerungen nicht zuletzt deshalb, weil Schmidt-Kaler nur wenige Tage später zum Wortführer jener Gruppe von „Manifest"-Unterzeichnern avancierte, die sich scheinheilig von der Veröffentlichung des Manifests „distanzierte" ...

„Distanzierung" und noch ein Manifest

Nachdem aus ersten Reaktionen der Medien sichtbar geworden war, daß das „Heidelberger Manifest" wie auch Teile des Unterzeichnerkreises einfach zu offensichtlich auf neonazistischen Hintergrund schließen ließen, sah sich der größere Teil der „Manifest"-Unterstützer der Öffentlichkeit gegenüber zu leichten Absetzbewegungen veranlaßt. Nach einem Treffen dieser Gruppe am 31.1.82 in Mainz einigte man sich dabei auf folgende Sprachregelung:

— Das „Heidelberger Manifest" sei lediglich ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter vorläufiger Entwurf gewesen. Eine endgültige Fassung habe man stattdessen auf Basis eines erweiterten Unterzeichnerkreises im März/April d.J. in Bonn präsentieren wollen. Das „Manifest" sei dann allerdings durch *„Indiskretionen, für die*

die Unterzeichner nicht verantwortlich zu machen sind'', vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt (Presseerklärung vom 31.1.82). Wer, wenn schon nicht die Unterzeichner, für diese ,,Indiskretion'' denn nun eigentlich verantwortlich ist, wurde allerdings n i c h t mitgeteilt ...

— Die *,,versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in unser Vorhaben''* mache u.a. die Klarstellung nötig, daß der *,,Schutzbund für das deutsche Volk''* weder *,,politisch noch nach seiner Kompetenz in der Lage [sei], die Aufgaben des in der vorläufigen Fassung des 'Heidelberger Manifests' erwähnten Bundes wahrzunehmen. Wir sind nicht Mitglieder dieses Vereins. Der Verein ist nicht berechtigt, für uns oder in unserem Auftrag irgendwelche Mitteilungen zu machen oder Äußerungen zu verbreiten''* (ebenda).

Gleichzeitig wurde ein von Schmidt-Kaler ,,überarbeitetes'' Manifest vorgelegt, das zwar bestimmte ,,Reizworte'' des ursprünglichen Textes ausspart, ihm ansonsten aber vollkommen inhaltlich entspricht (vgl. hierzu unsere Dokumentation der beiden ,,Manifeste''). Des weiteren wurde ein umfangreicher Katalog ausländerfeindlicher Maßnahmen beigefügt, in dem sich Forderungen finden wie z.B.:

— *,,Anwendung des Rotationsverfahrens [klare zeitliche Begrenzung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung] ...''*

— *,,Erhalt von Arbeitslosenunterstützung beziehungsweise Sozialhilfe muß mit der Rückkehrpflichtr nach einem angemessenen Zeitabstand verknüpft werden''.*

— *,,Verbot politischer Betätigung von Ausländern und Kontrolle des Verbots''.*

— *,,Ausweisung von straffälligen Ausländern''.*

— *,,Einführung eines Straftatbestandes Asylbetrug''.*

Die Presseerklärung, das neue ,,Manifest'' sowie der letztgenannte Forderungskatalog werden von folgenden ,,Heidelberger Manifest''-Unterzeichnern unterstützt: Bambeck, Fricke, Haverbeck, Illies, Manns, Rasch, Schmidt-Kaler, Schürmann, Siebert und Stadtmüller. Zu dieser Gruppe stieß außerdem noch Prof. Rutz (Uni Bochum), der das ,,Heidelberger Manifest'' nicht unterzeichnet hatte.

Die „Braunzone" wie sie leibt und lebt

Ebensowenig wie sich das neue Manifest seiner Intention nach vom Heidelberger unterscheidet, ist auch der Versuch seiner Unterzeichner ernstzuneh-

Die „Braunzone" wie sie leibt und lebt

Ebensowenig wie sich das neue Manifest seiner Intention nach vom Heidelberger unterscheidet, ist auch der Versuch seiner Unterzeichner ernstzunehmen, sich vom Neonazismus ,,abzugrenzen''. Eine Zumutung liegt allein schon in der Behauptung, das ,,Heidelberger Manifest'' sei eigentlich gar nicht zur Veröffentlichung gedacht gewesen. Abgesehen davon, daß es für die Einordnung der Unterzeichner keinerlei Unterschied macht, ob sie den dort verzapften Schmutz nur ,,nichtöffentlich'' vertreten, stellt sich die Frage, in welcher Absicht dieses Pamphlet denn überhaupt verfaßt wurde?! Und außerdem: W e n n den Unterzeichnern tatsächlich daran gelegen gewesen wäre, die Veröffentlichung des ,,Heidelberger Manifests'' zu verhindern, warum wurden die Unterschriften denn nicht bereits nach der Veröffentlichung des Textes in der ,,DWZ'' (gut drei Monate v o r der ,,Distanzierung'') zurückgezogen?

Absurd ist des weiteren die Behauptung, es sei ,,versucht'' worden, rechtsradikale Kräfte in das Projekt ,,einzuschleusen''. Unsere nebenstehende Auflistung des Unterzeichner- und Unterstützerkreises beweist demgegenüber, daß ,,Rechtsradikale'' und Neonazis gar nicht erst ,,eingeschleust werden mußten, sondern von Anfang an dazugehörten. Schmidt-Kaler & Co. wissen das natürlich selbst nur allzu genau, weshalb sie es in dieser Angelegenheit auch vorziehen, sich lediglich in nebulösen Andeutungen zu ergehen, anstatt einmal N a m e n zu präsentieren. Warum denn auch: Schließlich ist auch bei den Unterzeichnern des n e u e n ,,Manifest'' die Alt-Nazi-Riege (z.B. Haverbeck und Stadtmüller) wiederum vertreten ...

Alle uns verfügbaren Erkenntnisse deuten im übrigen darauf hin, daß Neonazis beim ,,Heidelberger Manifest'' nicht einfach nur mitgewirkt, sondern ü b e r h a u p t die Initiative für ein derartiges Projekt ergriffen haben.

So fand vom 29. bis 31.8.1980 in Kassel ein Kongreß der rechtsextremen ,,Gesellschaft für freie Publizistik'' (GfP) stat, auf dem das Lieblingsthema der HM-Unterstützer im Zentrum des Geschehens stand: ,,Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht''. Nun ist die GfP beileibe nicht irgendeine Nazi-Gesellschaft, sondern der Dachverband nahezu sämtlicher rechtsextremen Verlage und Ideologieproduzenten. GfP-Aktivitäten können in dieser Szene etwas bewirken, und sie haben es in diesem Fall vermutlich auch getan. Gleich zwei Referate hielt der Heidelberger Manifest-Unterzeichner Prof. Schade auf diesem Kongreß. Als Rednerin trat auch Frau Finkeissen-Frank in Erscheinung, die später den Vorsitz des ,,Schutzbundes'' übernehmen sollte. Desgleichen Hans-Dietrich Oeter, Ex-Schriftleiter des ,,Deutschen Ärzteblattes'', der dann wiederum auf der Veranstaltung des SDV am 23.1.82 als Mitdiskutant gesichtet wurde ...

Die auf dem GdP-Kongreß gehaltenen Referate wurden dann zu einer Broschüre zusammengefaßt, die im neonazistischen ,,Nation Europa-Verlag'' herauskam. Unter der Rubrik ,,Weiterführende Literaturhinweise'' werden in dieser Broschüre weitere Autoren zum Thema empfohlen, darunter auch Illies, Haverbeck und Schmidt-Kaler, die später das ,,Heidelberger Manifest'' unterzeichneten. Schmidt-Kaler hatte sich in ,,Nation Europa'' übrigens schon vorher mit einem Beitrag in Empfehlung bringen können. Prof. Schröcke wiederum war den Nazis durch einen Leserbrief in der ,,FAZ'' aufgefallen; man war von seinen Ausführungen derart angetan, daß sie flugs in der ,,Nation Europa''-Ausgabe vom Februar 1981 dokumentiert wurden: *,,Völker''*, so hieß es dort u.a., *,,sind [kybernetisch und biologisch] lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden''.* Nahezu die

den Nazis durch einen Leserbrief in der ,,FAZ'' aufgefallen; man war von seinen Ausführungen derart angetan, daß sie flugs in der ,,Nation Europa''-Ausgabe vom Februar 1981 dokumentiert wurden: *,,Völker''*, so hieß es dort u.a., *,,sind [kybernetisch und biologisch] lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden''.* Nahezu die

gleiche Formulierung dieser These biologistisch-rassistischen Schwachsinns taucht dann auch im ,,Heidelberger Manifest'' (erste Fassung) auf.

Man braucht also nur noch zwei und zwei zusammenzuzählen, um zu der zwingenden Schlußfolgerung zu gelangen, daß — ausgehend von dem Kreis um ,,Nation Europa''/GfP (Schade, Oeter, Finckeissen-Frank u.a.) — g e z i e l t die ohnehin bekannten Professoren aus dem ultrakonservativen Lager angesprochen wurden, um das GfP-Thema via ,,Heidelberger Manifest'' auf ,,Wissenschaftlichkeit'' und Breitenwirkung zu trimmen.

So oder ähnlich wird sich die Angelegenheit jedenfalls abgespielt haben und die Erstveröffentlichung des HM ausgerechnet in der Nazi-Presse darf als weiteres Indiz für diese These gelten. Hier noch von ,,Einschleusung'' oder ,,Unterwanderung'' reden zu wollen, hieße die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

SCHUTZBUND
FÜR DAS
DEUTSCHE VOLK

SCHUTZBUND 6900 Heidelberg Postf. 251163

SDV e.V. gemeinnützig ,b)

Bez. Sparkasse 69 Heidelberg 1
Kto. 8559 (BLZ 672 500 20)

Ihre Nachr.
Unser Z. FR 283 14.1.82

EINLADUNG

Im Namen von Herrn Professor Dr. Schmidt-Kaler laden wir Sie ein zum ersten
SDV-PODIUMSGESPRÄCH IN HEIDELBERG.

Die Referenten sind Universitätsprofessoren und Sachverständige des HEIDELBERGER KREISES. Ihren Kurzreferaten schließen sich eingehende Aussprachen an, unter Mitwirkung der Teilnehmer.

Thema: WISSENSCHAFTLICHE UND ETHISCHE GRUNDLAGEN des „HEIDELBERGER MANIFESTES VOM 17. JUNI 1981".

aus: „UZ", 26.2.82

Unterzeichner und Unterstützer des „Heidelberger Manifestes"

- **Bambeck, Prof. Dr., Manfred** aus Frankfurt; Unterzeichner des H.M. Stellte sich auf Anfrage der „Zeit" voll hinter den Text, der ihm von B. Finckeissen-Frank zugeleitet worden sei. Was ihn nicht hindert, wenig später der „FR" gegenüber zu behaupten, daß sein Name „irrtümlich" unter das Manifest geraten sei (vgl. „Zeit" v. 5.2., „FR" v. 18.2.82). Unterzeichnete auch die zweite Version des Manifestes v. 31.1.81.
- **Deckert, Günter** aus Weinheim; Oberstudienrat, NPD-Stadtrat und Kreisvorsitzender, „Kopf" der sog. „Kurpfälzer Überfremdungsinitiative". D. wurde als Teilnehmer der SDV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg gesichtet.
- **Dollinger, Dr. Robert** aus Bubenreuth bei Erlangen; ehem. Theologe, arbeitete u.a. mit dem berüchtigten „NSDAP"-Aktivisten Erwin Schönborn zusammen, um 1981 einen „Holocaust-Kongreß" in Nürnberg zu veranstalten. D. ist Vorsitzender der „Bürgerinitiative zur Rettung des Deutschen Volkes" und meldete sich auch im Mitteilungsblatt des „Schutzbund für das deutsche Volk" (SdV) mit einem Beitrag zu Wort.
- **Finckeissen**; Teilnehmer der SdV-Veranstaltung vom 23.1., Ehemann der SdV-Vorsitzenden B. Finckeissen-Frank.
- **Finckeissen-Frank, Brigitte** aus Heidelberg; Hausfrau, 1. Vorsitzende der Heidelberger BI „Kein Japan Center" e.V., die sich gegen die Ansiedlung von Japanern in H. wehrt, Herausgeberin der „Gelben Blätter" gegen japanische Einwanderung in H.

  Referentin auf dem GfP-Kongreß am 29.8.-31.8.80 in Kassel, 1. Vorsitzende des neugegründeten „Schutzbund für das deutsche Volk" und Referentin auf der SdV-Veranstalung am 23.1.
- **Fricke, Prof. Dr. R.** aus Karlsruhe, Unterzeichner des H.M. sowie der Version vom 31.1., Teilnehmer der SdV-Veranstaltung am 23.1.
- **Götz, Prof. Karl** aus Stuttgart; Unterzeichner des HM, Vortrag beim GfP-Kongreß 1977 in Stuttgart, Mitwirkender bei den „Deutschen Kulturtagen" des neonazistischen DKEG (ebenfalls 1977), Autor in „Nation Europa" sowie Buchveröffentlichungen im rechtsradikalen „Hohenstaufen-Verlag".
- **Haverbeck, Prof. Dr. Werner (Georg)** aus Vlotho; Unterzeichner beider Fassungen des HM, seit 1974 Präsident der Sektion BRD des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL). H. hat auch eine bemerkenswerte NS-Karriere hinter sich. 1929

Kulturtagen" des neonazistischen DKEG (ebenfalls 1977), Autor in „Nation Europa" sowie Buchveröffentlichungen im rechtsradikalen „Hohenstaufen-Verlag".
- Haverbeck, Prof. Dr. Werner (Georg) aus Vlotho; Unterzeichner beider Fassungen des HM, seit 1974 Präsident der Sektion BRD des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL). H. hat auch eine bemerkenswerte NS-Karriere hinter sich. 1929

Mitglied der Reichsleitung des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes", ab 1933 „Reichsbund für Volkstum und Heimat", Leiter der Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit der NSDAP, Leiter des Reichsamtes Volkstum und Heimat der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", später Auslandsdienst im auswärtigen Amt und Kriegseinsatz, desweiteren zahlreiche NS-Veröffentlichungen.
- **Hohensee**; Journalist, Diskussionsleiter der SdV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg.
- **Illies, Prof. Dr. Joachim** aus Schlitz bei Fulda; Unterzeichner beider Fassungen des „HM", Leiter der limnologischen Flußstation in Schlitz (Max Planck-Institut), Prof. für Zoologie und Ökologie an der Uni Gießen, berufener Synodaler der EKD. Redner beim CSU-nahen „Brüsewitz-Zentrum" (Aug. 1979), Referent beim Jahrestreffen des „Gelben Kreises" (29.3.80) in Celle. Ko-Autor von Christa Meves (rechtsextreme „Psychagogin") „Lieben - was ist das?", Mitarbeiter des „Rheinischen Merkur", Autor der Zeitschrift „Konservativ heute" u.a.m.
- **Kern, Dr.**, trug auf der SdV-Veranstaltung das Referat eines Dr. Künast vor, der für diesen Termin verhindert war. Es handelt sich hier offenbar um

  Dr. Rudolf Künast, der als Autor beim „Thule-Seminar" des rechtsextremen „Grabert-Verlages" tätig ist. Das „Thule-Seminar" widmet sich der Aufgabe, die „Ideen" der französischen „Neuen Rechten" („Nouvelle Ecole" GRECE) in der westdeutschen Nazi- und ultrakonservativen Szene populär zu machen.
- **Kistner, Frau K.** arbeitet in einer Bahnhofsmission und trat auf der SdV Veranstaltung am 23.1. als Referentin auf.
- **Kornhuber, Prof.**; Teilnehmer der SdV-Veranstaltung und Mitdiskutant. Erschien der Mehrheit der Versammlungsteilnehmer als zu „gemäßigt" und wurde niedergebrüllt.
- **Mann, Prof, Dr. Peter** aus Mainz; Unterzeichner des HM und der „überarbeiteten" Fassung vom 31.1. M. ist an der Uni Mainz (Institut für europäische Geschichte) als Hochschullehrer tätig und versieht darüber hinaus in den Gemeinden Grau-Bischofsheim und Herxheim das Priesteramt. Trotz HM-Unterzeichnung stellte sich der Gemeinderat von Grau-Bischofsheim hinter M., ebenfalls wurde ihm im Namen der zuständigen Bistumsleitung das Vertrauen ausgesprochen.
- **Mikisch**; Frau M. trat als Referentin bei der SdV-Veranstaltung in Heidelberg auf.
- **Oberländer, Prof. Dr. Theodor** aus Bonn; Unterzeichner des HM. Oberländer ist Nazi der „ersten Stunde" und hat eine entsprechende Karriere hinter sich: 1923 Teilnahme am Hitlerputsch in München, später SA-Hauptsturmführer, Leiter des „Bund Deutscher Osten", führend an der Aufstellung der NS-Sonderheit „Nachtigall" beteiligt", die in der Sowjetunion grausame Massaker unter der Zivilbevölkerung anrichtete (allein in Lwow 3.000 - 5.000 Tote), Leiter der Sondertruppe „Bergmann", die 1942/43 an Vernichtungsaktionen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung und Partisanenbewegung beteiligt war. In der DDR in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, in der BRD in Freiheit und weiterhin einschlägig aktiv: Gründer und Führer des rechtsextremen BHE, 1953-60 Bundesvertriebenenminister, von 1956-65 Mitglied der CDU, CDU-MdB 1963-65, Mitbegründer der GfP, westdeutscher Vertreter der rechtsextremen „World Anti-Communist League" (WACL) u.a.m.
- **Oeter, Hans-Dietrich (Ferdinand)**; nahm an der SdV-Veranstaltung am 23.1. in Heidelberg teil, hauptamtlicher Schriftleiter des „Deutschen Ärzteblattes" bis 1966, Referent auf dem GfP-Kongress v. 29.8. – 31.8.80 in Kassel.
- **Philipp, Dr. Wolfgang** aus Mannheim; Rechtsanwalt; trat auf der SdV-Veranstaltung am 23.1. als Referent auf. Beitrag in der „renommierten" „Neuen Juristischen Wochschrift" vom 26.8.81, wo P. für die Auffassung wirbt, das im Grundgesetz „verankerte" Grundrecht auf Asyl sei „verfassungswidrig". Des weiteren Verfasser eines ausländerfeindlichen Kommentars in der FAZ vom 27.1.82.
- **Rasch, Prof Dr. Harold**, aus Bad Soden; unterzeichnete beide Versionen des H.M.
- **Reichenbach**; Teilnehmer der Heidelberger SdV-Veranstaltung.
- **Riedl, Prof. Dr. Franz Hieronymus** aus Bozen (Südtirol); Unterzeichner des HM. Vor '45 Mitarbeiter von NS-Zeitungen, nach '45 Mitbegründer einer „Südosteuropa-Gesellschaft", Vors. des „Vereins der Freunde des wiss. Instituts Deutsche

vom 27.1.82.
- Rasch, Prof Dr. Harold, aus Bad Soden; unterzeichnete beide Versionen des H.M.
- Reichenbach; Teilnehmer der Heidelberger SdV-Veranstaltung.
- Riedl, Prof. Dr. Franz Hieronymus aus Bozen (Südtirol); Unterzeichner des HM. Vor '45 Mitarbeiter von NS-Zeitungen, nach '45 Mitbegründer einer „Südosteuropa-Gesellschaft", Vors. des „Vereins der

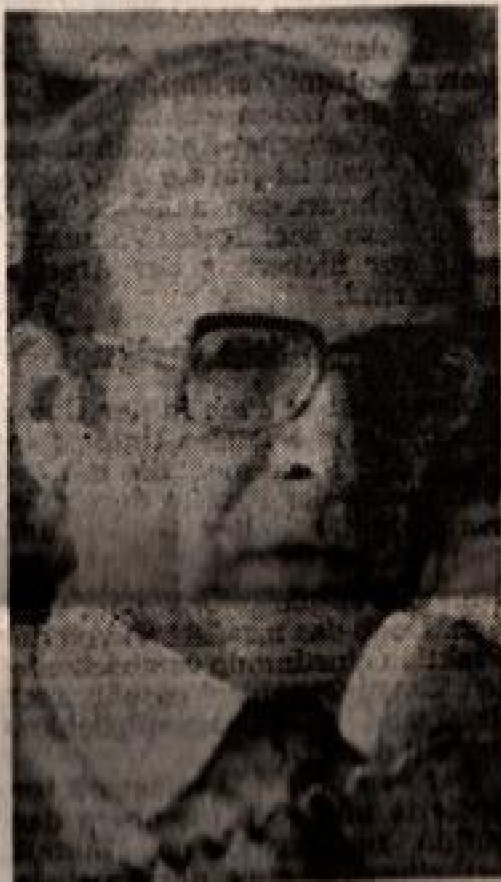
Freunde des wiss. Instituts Deutsche Burse" in Marburg. Das Revanchistenblatt „sudentendt. Zeitung" lobpreiste R. anläßlich seines 75. Geburtstages (Ausgabe v. 3.4.81).
- **Rutz, Prof. Dr. W.** aus Bochum. Unterzeichner der „überarbeiteten" HM-Fassung v. 31.1.82.
- **Siebert, Prof. Dr. Ferdinand**; Unterzeichner beider HM-Versionen. S. lehrt neuere und neueste Geschichte an der Uni Mainz. Im Mitteilungsblatt des SdV wurde ein Beitrag von S. abgedruckt, in dem er die HM-Unterzeichner vehement verteidigt. Originalton: *„Diese wollen ja aus tieferem Einblick in die Geschichte, in die genetischen Gesetze... nur für den Schutz... unserer ererbten deutsch-christlich-abendländischen Kultur und Wertvorstellungen vor der Überrollung durch eine Flut aggressiven Asiatentums eintreten".*

  Kurioserweise behauptet S. mittlerweile, er habe mit dem „Schutzbund" *„überhaupt nichts zu tun" (vgl. „FR" v. 16.3.82).*
- **Schade, Prof. Dr. Heinrich**; Unterzeichner des HM. 1933 promoviert, 1933-35 Assistent in München und Königsberg, ab 1935 im Universitäts-Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt tätig. Leiter des Rasse-Instituts war O.V. Verschuer, als Assistent war dort auch Josef Mengele tätig, der später als Lager„arzt" in Auschwitz an der Ermordung tausender Häftlinge mitwirkte und sich heute – immer noch in Freiheit! – in Lateinamerika aufhält (zeitweise als beratender „Arzt" im Foltergefängnis „Libertad" in Uruguay tätig).

  S. hatte nach '45 zunächst Berufsverbot, ab 1954 wieder als Prof. für Humangenetik an der Uni Münster tätig, ab 1965 in Düsseldorf (Direktor des Inst. f. Anthropologie u. Humangenetik der Uni Düsseldorf), 1975 emeritiert. Diverse Buchveröffentlichungen in neonazistischen Verlagen, Beiträge in „Nation Europa" und „Deutsche Annalen", Mitglied der GfP, im Beirat der englischen Rassistenzeitschrift „Mankind Quarterly" und der „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur" des DKEG, Referent beim „Arbeitskreis Südwest", bei Riegers „Gesellschaft für biologische Anthropologie", beim DKEG sowie auf dem GfP-Kongreß 1980 in Kassel.
- **Schmidt-Kaler, Prof. Dr. Theodor** aus Witten (Anschrift: Steinhügel 105, 581 Witten); Unterzeichner des HM, Autor und Unterzeichner der „bereinigten" Fassung vom 31.1.

  SK ist Direktor des Astronomischen Instituts an der Ruhr-Universität Bochum. Hielt am 9.10.81 ein Referat vor dem industriellen „Rhein Ruhr-Klub e.V." im Düsseldorfer Hilton-Hotel. Thema: „Was kostet es, ein Volk zu zerstören?". SK spricht auch dort über sein Lieblingsthema: *„Da sich die Ausländer in den Ballungsräumen häufen, ist keineswegs auszuschließen, daß noch vor 1990 an vielen Stellen der kritische Punkt überschritten wird, an dem es zu Krawallen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt..."* Nach diesem Referat kommt es zu Kontakten mit dem Westberliner Innensenator Lummer, der sich wenig später bei Verkündung seines berüchtigten Ausländererlasses sogar auf Schmidt-Kalers „Analyse" beruft. Interessiert zeigt sich auch CDU-Stoltenberg, der sich ebenfalls bei SK meldet.

  SK hielt desweiteren das Hauptreferat auf der Versammlung des rechtsextremen SdV am 23.1. in Heidelberg, veröffentlichte in „Nation Europa" aber auch in der „Schriftenreihe der Jungen Union Westfalen-Lippe".



Prof. Theodor Schmidt-Kaler



Prof. Theodor Schmidt-Kaler

- **Schröcke, Prof. Dr. Helmut**, am Institut für Kristallographie und Mineralogie an der Uni München tätig; Unterzeichner des H.M., Referent bei der SdV-Veranstaltung in Heidelberg. Hat sich stark für die erste Fassung des H.M. eingesetzt, das den Formulierungen nach zu gehen, mit aus seiner Feder stammt.
- **Schürmann, Prof. Dr. Kurt** aus Mainz; hat beide Manifeste unterzeichnet. Neben seiner Stelle als Prof. an der Uni Mainz ist er auch als Direktor der Neurochirurgischen Uniklinik tätig.
- **Stadtmüller, Prof. Dr. Georg**; Unterzeichner beider Versionen des HM. Stadtmüller hat Jahrzehnte als Südost- und Osteuropa-„Experte" gewirkt. 1935-38 Abteilungsleiter am Breslauer Osteuropa-Institut, ab 1938 Prof. für Geschichte und Kultur Südeuropas in Leipzig. NSDAP-Mitglied St. verfocht in dieser Eigenschaft die imperialistische NS-Politik gegenüber den Ost- und Südosteuropäischen Staaten: *„Die nationalsozialistische Revolution in Deutschland hat auch in der Geschichte des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Randvölkern ein neues Zeitalter eingeleitet... Der gegenwärtige Krieg verbürgt und beschleunigt die endgültige Lösung dieser Fragen mit der begonnenen Neuordnung Europas"* (1941). Nach '45 betätigte sich St. u.a. als Mitarbeiter der Verteidigung bei den Nürnberger NS-Prozessen, seit 1955 Prof. an der Uni München, CSU-Mitglied und Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, zeitweise Vorsitzender der rechtsextremen „Abendländischen Aktion", 1966-68 Vorsitzender der CSU-nahen „Deutschland-Stiftung" (nach Differenzen mit DS-Geschäftsführer Ziesel ausgeschieden), Autor in diversen Blättern ultrakonservativer Richtung („Konservativ-heute", „Cripticon", „Epoche").

  St. hielt bei der Veranstaltung des rechtsextremen „Schutzbundes" in Heidelberg das Einleitungsreferat.
- **Thies**; Teilnehmer der SdV-Veranstaltung am 23.1. Hat in München eine „Deutsche Familienpartei" gegründet.
- **Wetzel**; Teilnehmer der Heidelberger SdV-Veranstaltung.

Stimmen zum „Heidelberger Manifest"

Daß sich die Nazi-Presse — DWZ, „Deutscher Anzeiger", „Nation Europa" usw. — überaus begeistert zum „Heidelberger Manifest" äußern würde, war von vornherein nicht anders zu erwarten. Aber auch in Kreisen der „etablierten" bürgerlichen Presse haben die „Heidelberger" Professoren durchaus Zuspruch gefunden. So z.B. in Springers „Welt", die am 11.2. weite Passagen des „Manifests" außerordentlich wohlwollend präsentierte und zudem Schmidt-Kalers Versuch publizistisch stützte, seine Combo vom Geruch des Rechtsradikalismus zu befreien.

Die „FAZ" berichtete ein wenig neutraler, hatte aber bereits am 27.1. einen e i g e n e n Kommentar zur Ausländerpolitik gebracht, der in seiner Widerwärtigkeit noch um einiges über die in dieser Zeitung ansonsten übliche Ausländerfeindlichkeit hinausging. Das „*Grundrecht auf Asyl*" werde in „*gemeingefährlichem Ausmaß mißbraucht*", hieß es dort; rund 95 % der Asylbewerber seien ganz einfach „*Asylbetrüger*"; „*Wohnungsnot für Deutsche und Milliarden[!!]belastungen der öffentlichen Haushalte*" seien die Folge. des weiteren sei bekannt, „*daß Türken vielfach den Bezug von Kindergeld erschleichen*", und überhaupt: „... *wenn Ausländer im Spiel sind, wird mit zweierlei Maß gemessen, unser Schuldkomplex zwingt offenbar zusätzlich zu Passivität und Selbstaufgabe*". Dies aber sei die „*Entartungsform*" des „*Liberalismus*", denn „*die Übertreibung von Freiheit [!] ist ein totalitärer Prozeß*". Der Autor dieser Zeilen ruft demgegenüber ungeschminkt zum Rausschmiß von Ausländern auf, schließlich sei keinem „*außerhalb der Europäischen Gemeinschaft beheimateten Gastarbeiter ... bei der Anwerbung dauerndes Bleiben in der Bundesrepublik zugesichert worden*".

Der Verfasser dieses Schweins-Kommentars, und dies ist nun wirklich sehr bemerkenswert, ist jener Dr. Wolfgang Philipp aus Mannheim, der

republik zugesichert worden".

Der Verfasser dieses Schweins-Kommentars, und dies ist nun wirklich sehr bemerkenswert, ist jener Dr. Wolfgang Philipp aus Mannheim, der

auch als Referent auf der Veranstaltung des rechtsradikalen „Schutzbundes" am 23.1. in Heidelberg auftrat und dort für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl eintrat (s. dazu auch: „Unterzeichner und Unterstützer des 'Heidelberger Manifests' ").

Die Berichterstattung der „Frankfurter Rundschau" zum „Heidelberger Manifest" hat sich demgegenüber auf überwiegend kritischem Niveau bewegt, aber auch dies keineswegs durchgängig. So findet sich in der „FR" vom 25.2. ein Artikel von jenem Hanno Kühnert, der bereits am 5.2. in der „Zeit" einen eher verharmlosenden Beitrag über die „Heidelberger" Professoren gebracht hatte. Kühnert grenzt sich zwar von der Urfassung des „Manifests" ab, würdigt dann aber die von Schmidt-Kaler „überarbeitete" Vorlage als „*eine überwiegend vernünftig formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage, in der die Seltsamkeiten nur noch gering an Zahl sind. Denn niemand zweifelt daran, daß es ein drückendes Problem ist, das die Hochschullehrer .. da aufgegriffen haben. Das Beispiel der beiden Manifeste, zuerst eines bräunlich getönten, dann eines auf öffentlichen Druck hin 'gereinigten', zeigt vielleicht, daß das Ausländerproblem in der Bundesrepublik öffentlich nur mit kühler und humaner Vernunft angepackt werden kann*" („FR", 25.2.82).

Ganz erheblich erfreulicher ist dagegen eine Protesterklärung, die von 24 Bochumer Professoren sowie weiteren Hochschulangehörigen unterzeichnet wurde und in der b e i d e Fassungen des Rassisten-Manifestes scharf angegriffen werden: „*Ein Vergleich beider Fassungen zeigt, daß das, was man unter sich 'Unterwanderung' nennt, der Öffentlichkeit als 'Schicksalsfrage' verkauft werden soll — so wie 'Volkstum' als 'Religion', 'Bund' als 'Arbeitsgemeinschaft', 'genetisch' als 'generativ', ''Organismus'' als 'Ganzheit höherer Art'.*



Liest man die als Ergänzung zum 'Heidelberger Manifest' publizierten 'Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik', formuliert in einer widerwärtigen Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon ..., so kann das Urteil über die Initiative nicht zweifelhaft sein: Es handelt sich ohne jedes Wenn und Aber um den Appell, die nicht zu leugnenden Probleme, die aufgrund eines fehlenden Konzepts zur Ausländerpolitik und mangelnder Finanzierung in der jetzigen Wirtschaftskrise in bestimmten Bereichen entstehen ..., durch Übernahme eines Südafrika-Modells zu 'lösen'. Dabei ist die zeitliche Koinzidenz und wohl auch Koordination mit dem NPD-gesteuerten Volksbegehren für Schul-Apartheit offensichtlich".

In einer weiteren Erklärung haben sich 41 Professor/inn/en v.a. aus dem Frankfurter Raum gegen das „Manifest" ausgesprochen. Die Unterzeichner dieser Erklärung weisen darauf hin, daß der „*völkisch-deutsche Grundton des Manifests nicht repräsentativ für die wissenschaftliche und menschliche Haltung deutscher Professoren ist*". Des weiteren heißt es in dieser Erklärung: „*Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der BRD und die Betonung unserer nationalen Rechte durch führende Politiker unseres Landes haben in der öffentlichen Meinung des Auslandes Skepsis und Bestürzung im Hinblick auf die Stabilität unserer demokratischen und humanen Gesinnung hervorgerufen., Es besteht Anlaß, daß wir uns eintscheiden, ob wir mit der Berufung auf unsere 'völkisch-nationalen' Rechte in die Isolation zurückkehren wollen, an deren Aufhebung wir nach 1945 mühsam gearbeitet haben, oder ob wir ein humanes Glied der Gemeinschaft der Völker sein wollen*".

Auf einen Blick
Rassistische Vereinigungen in der BRD

Die nachstehende Übersicht umfaßt Vereinigungen v.a. aus dem neonazistischen Spektrum, deren Hauptanliegen die Propagierung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist. Diese Aufstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, was allein schon deshalb unmöglich ist, da gerade in jüngster Zeit vielerorts neue Initiativen dieser Art entstehen. Wir richten daher an alle AK-Leser die Bitte, uns reichhaltig mit entsprechendem Material über Neugründungen und andere Entwicklungen aus diesem Bereich zu versorgen.

Arbeitskreis Europa der Vaterländer (AEV)

„Zweck des Arbeitskreises ist es, die große Gefahr abwenden zu helfen, die dem deutschen Volk zur Zeit durch die Überfremdung mit Ausländern droht, durch die Integration mit diesen, durch Geburtenschwund, Überindustrialisierung, Naturzerstörung und durch die Zerstörung der Werteordnung" (AEV-Satzung). In einer Erklärung des AEV heißt es u. a.: *„Das Deutsche Volk hat sich ein Heimatrecht erworben, wie es nicht besser je begründet werden kann. Viel größer sind die Heimatländer jener, die jetzt zu uns her kommen ins gelobte Land. Sie stören das Gleichgewicht des Lebens, sie soll'n nach Hause gehen und dort Ordnung schaffen, dort gibt es wahrlich noch genug zu tun!"*

Der AEV wurde im September 1981 gegründet und ist im Raum Ratzeburg/Lübeck aktiv. Enge Kontakte bestehen zur „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", mit der engere Zusammenarbeit bzw. Zusammenschluß angestrebt wird. Vorsitzender des AEV ist der Berufsschullehrer a.D. Peter Busch aus Ratzeburg. Von B. ist bekannt, daß er Kontakte zur neofaschistischen Zeitschrift „MUT" sowie zu dem Kreis um den Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung", Dr. Gerhard Frey, unterhält (DVU, IfA usw.).

Arbeitskreis Südwest

„Theorie"-Zirkel um den NPD-Funktionär Rolf Kosiek (Nürtingen), der v.a. unter rassistischen und biologistischen Vorzeichen tätig ist. Enge Kontakte bestehen zur „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (GfbA) um den Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger. Kosiek ist z.B. im wissenschaftlichen Beirat des GfbA-Organs „Neue Anthropologie" vertreten...

Arbeitskreis Überfremdung

Verantwortlich für diese ausländerfeindliche Initiative zeichnet ein Siegfried Schmidt aus Hördt/Pfalz. S. fungiert desweiteren als Herausgeber des rechtslastigen Nachrichtendienstes „Berichte aus dem Leben bündischer Gemeinschaften".

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Im Januar 1980 in Bochum-Wattenscheid gegründet; als Sitz dieser „Initiative" fungiert die dortige NPD-Landeszentrale, als „Vertrauensmann" der „BI" tritt der Fochschuldozent Prof. Hagen Prehl in Erscheinung, der nebenbei auch noch als Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes „Märkischer Kreis" tätig ist. Für die organisatorische Arbeit ist der stv. NPD-NRW-Vorsitzende Schultz zuständig.

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" ist ein lupenreines Produkt der neofaschistischen NPD; ihr haben sich nach und nach auch die jeweiligen NPD-Landesverbände angeschlossen, so daß die Rassisten-BI mittlerweile bundesweit präsent ist (zur Ideologie dieser Vereinigung vgl. insbesondere unseren ausführlichen Artikel in AK 178, S. 18f).

Das erste Vorhaben der „BI Ausländerstopp", die Durchsetzung eines „Volksbegehrens" in Nordrhein-Westfalen für eine „Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer", scheiterte an einem formal begründeten Verbot der Landesregierung (Das „Volksbegehren" greife unerlaubt in das Budgerecht des Parlaments ein und verletze Bundeskompetenzen). Die Rasisten-BI startete daraufhin eine bundesweite Unterschriftensammlung gleichen Inhalts, die dem Bundestag überreicht werden soll (Aktionsziel: Mindestens 100.000 Unterschriften). Mittlerweile hat die „BI Ausländerstopp" einen weiteren Anlauf für ein „Volksbegehren" in NRW gestartet. Gefordert wird diesmal die generelle Einführung getrennter Schulklassen für deutsche und ausländische Schüler. Nicht zu Unrecht können die Nazis davon ausgehen, daß d i e s e r Vorstoß nicht so ohne weiteres unter Hinweis auf formaljuristische Hindernisse abzubiegen ist. Immerhin fallen gesetzliche Regelungen von schulischen Belangen in jedem Fall unter die Kulturhoheit des Landes. Zwar ließe sich ein derart offensichtlich rassistisches Ansinnen in Anwendung von Art. 3,3 GG verbieten; aber dies ist von der Landesregierung kaum zu erwarten: Schließlich p r a k t i z i e r t das Bundesland Bayern die Einweisung von Ausländern in spezielle Ausländerklassen bzw. „Nationalschulen" bereits seit geraumer Zeit und andere Bundesländer (auch SPD-regierte, z.B. Hamburg) basteln an entsprechenden Voraussetzungen, um es den Bayern nachzutun.

In der neuesten Verlautbarung aus dem NRW-Innenministerium heißt es zwar nun, das NPD-Volksbegehren könne unter Hinweis auf die UNO-Menschenrechtskonvention verboten werden; aber auch ein derartiges Vorgehen wäre eine äußerst windige Angelegenheit, wenn man einmal daran denkt, daß auch die jüngsten Beschlüsse des Bundes und der Länder zur Einschränkung des Familiennachzuges von Ausländern eindeutig entsprechend internationalen Konventionen, denen auch die BRD beigetreten ist, widersprechen (z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Schlußakte von Helsinki).

Fortsetzung nächste Seite

AUSLÄNDER IN DER BRD

Fortsetzung von voriger Seite

Bürgerinitiative Demokratie und Identität

Ausländerfeindliche Initiative mit Stützpunkten in Frankfurt und West-Berlin. Verantwortlich zeichnet ein J. Borger aus West-Berlin.

Bürgerinitiative Einwanderungsstopp

Vorsitzender Werner Eichinger aus Tiefental/Pfalz. Die „BI" bereitet ein „Bürgerbegehren" zur Begrenzung der Ausländerzahl vor.

Bürgerinitiative zur Rettung des Deutschen Volkes

Vorsitzender dieser Initiative ist der Ex-Theologe Dr. Robert Dollinger aus Budenreuth bei Erlangen. Dollinger ist auch für den „Schutzbund für das Deutsche Volk" aktiv (zur Person vgl. Kasten: „Unterzeichner und Unterstützer des Heidelberger Manifest").

Demokratische Bürgerinitiative – Unsere Zukunft

Ausländerfeindliche „Bürgerinitiative" mit Sitz in Kornwestheim. Dieser Verein hat in der Vergangenheit besonderen Wert darauf gelegt, als „honoriger" demokratischer Zusammenschluß zu erscheinen, der mit „Rechtsextremisten" nichts am Hut hat. Auch diese BI war allerdings auf der Veranstaltung des rassistischen „Schutzbund für das deutsche Volk" am 23.1.82 in Heidelberg vertreten. Von dem Unterzeichner und vermutlichen Mitautor des „Heidelberger Manifest", Prof. Dr. Helmut Schrökke, ist bekannt, daß er u.a. auch für diese Initiative wirbt.

Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung

Vormals „Gesellschaft für Erbgesundheitspflege", seit 1972 GfbA und seit dem ist auch der Hamburger Nazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger Vorsitzender dieser Gesellschaft sowie verantwortlicher Redakteur ihres Organs „Neue Anthropologie" (NA). GfbA und NA haben sich ganz der Aufgabe gewidmet, Rassismus und Biologismus in „wissenschaftlichem" Gewande zu verbreiten. Damit hatte Rieger bereits 1969 in einschlägigen Kreisen Aufsehen erregt, als seine Broschüre „Rasse – ein Problem auch für uns" erschien. Unter dem Motto *„Die Geschichte ist eine Geschichte von Rassenkämpfen"* findet man dort Behauptungen wie: *„Es kann festgestellt werden, welche Rasse für bestimmte Aufgaben besonders geeignet ist (die Weißen z.B. in Berufen, wo Intelligenz verlangt wird, die Neger im Showbusiness)". Oder: „Angesichts des unvermeidlichen Nieder-*

ger im Showbusiness)". Oder: „Angesichts des unvermeidlichen Nieder-

gangs, der einer Rassenvermischung folgt, und den Schwierigkeiten, die beim Rassengemenge entstehen, ist die Einwanderung weiterer Gastarbeiter abzustoppen..."

Der wissenschaftliche Beirat von Riegers Zeitschrift „Neue Anthropologie" ist ein Spiegelbild der für diese Thematik empfänglichen Szene. Es sind dort u.a. vertreten:

– Dr. Bernhard Steidle, stv. Bundesvorsitzender von Frey's „Deutscher Volksunion" (DVU);
– Dr. Dr. med. Werner Freytag, Vorstandsmitglied der CSU-nahen „Ludwig-Frank-Stiftung" (gegr. von nach rechts abgespaltenen SPD-Mitgliedern);
– Prof. G. Schwab, Chef des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) in Österreich;
– Prof. M.O. Bruker, FSU, ehem. Präsident der WSL-Sektion BRD;
– Dr. Rolf Kosiek, langjähriger NPD Funktionär (s.a. „AK-Südwest").

Darüberhinaus hat Rieger es auch verstanden, „wissenschaftliche" Prominenz für seine Rasse-Gesellschaft zu gewinnen. So findet sich im Beirat der NA u.a. der US-amerikanische Psychologie-Professor Arthur R. Jensen (Berkeley), der in bestimmten Kreisen als der „Star" unter den Rassen- und Intelligenz-„Theoretikern" gehandelt wird.

Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)

Vorsitzender dieser „Initiative" ist der Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung" und Vorsitzende der „Deutschen Volksunion", Dr. Gerhard Frey. Frey hat diese bundesweit operierende Vereinigung als Konkurrenztruppe zur NPD-dominierten „BI Ausländerstopp" aufgezogen. In ihren Zielen unterscheiden sich die IfA und die NPD-BI allerdings nicht. So heißt es im Programm der IfA u.a.: *„Unser Volk hat ... schon allzu viele ungelöste Lebensfragen, als daß es die zusätzliche Belastung durch Rassenauseinandersetzungen in Deutschland auf sich nehmen könnte, die das Land destabilisieren, seine Abwehrkraft zerstören und somit zur dem Sowjetimperialismus nutzen würden".* Als Redner und Initiatoren der I.f.A. treten im übrigen die gleichen Figuren in Erscheinung, wie auch bei den anderen von Frey gelenkten Vereinigungen (DVU, AKON. VOGA usw.), also Ex-Nazi Oberst Hans-Ulrich Rudel, Prof. Bolko von Richthofen, Oberst a.D. Walther Dahl u.a.m.

Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (KLA)

Die KLA gründete sich anläßlich der diesjährigen Kommunalwahl in Kiel. In ihrem Programm fordert sie an ausländerfeinlichen Maßnahmen u.a.

– *„Rückkehr von der Integrationspolitik zur zeitlich befristeten Arbeitserlaubnis für Einzelpersonen";*
– *„Arbeitserlaubnis, Arbeitsverträge sowie Aufenthaltserlaubnis regelmäßig auf höchstens 3 Jahre befristen";*
– *„Ausländer bleiben Gäste auf Zeit. Für die Dauer ihres Gastaufenthalts sollte eine Mitführung von Familien nicht gestattet sein";*
– *„Familienzusammenführung durch Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer zu ihren Familien";*
– *„Keine Gewährung bevölkerungspolitisch wirksamer Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsbeihilfen, die bei ihrer Einführung nur Deutschen zustehen sollten".*

Bei der Wahl am 7.3. erreichte die KLA das beachtliche Ergebnis von 3,77% der abgegebenen Stimmen, in einem Stimmbezirk – der in einem Arbeiterviertel mit hohem Ausländeranteil liegt – sogar 8,8%!

Daß die KLA aus eingefleischten Rassisten besteht, zeigt bereits ihr Wahlprogramm. Auch für den neonazistischen Hintergrund dieser Liste gibt es bereits eine Reihe von Hinweisen (weitere werden mit Sicherheit folgen):

– Zumindest einer der KLA-Kandidaten kandidierte 1970 für die NPD;
– KLA-Mitglied ist auch der ehemalige Inhaber des rechtsradikalen „Sturmwind"-Buchladens in Kiel (Dieser Buchladen gehörte ursprünglich dem berüchtigten „NSDAP"-Propagandist Thies Christophersen).
– Ex-Kapitän und Vorstandsmitglied der Rassistenliste, Helmut Dau, trat auch als Unterzeichner eines Aufrufes der „Volksbewegung für Generalamnestie" (VOGA) in der „Deutschen Nationalzeitung" in Erscheinung (der VOGA-Aufruf setzte sich für eine Amnestie sämtlicher Nazi- und Kriegsverbrecher ein.).

Kurpfälzer Überfremdungsinitiatve

Verantwortlich für diese Initiative zeichnet Frau M. Stengel aus Weinheim/Bergstraße. Eigentlicher „Kopf" der Weinheimer Rassisten-Vereinigung ist freilich Oberstudienrat Günter Deckert. Deckert ist ehem. Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" und war langjähriges Mitglied des NPD-Bundesvorstandes. Heute NPD-Kreisvorsitzender in Weinheim und Mitglied des Stadtrates. Für überregionale Schlagzeilen sorgt die Deckert-Initiative, als sie im Sommer letzten Jahres in Weinheim einen „Kongreß gegen Überfremdung" abhielt. Als Referent war neben Deckert auch Pierre Krebs erschienen, einer der führenden Ideologen der französischen „Neuen Rechten".

Schutzbund für das deutsche Volk (SdV)

Der SdV wurde in Zusammenhang mit dem „Heidelberger Manifest" (HM) ins Leben gerufen und soll(te) offenbar dazu dienen, für die vom „Heidelberger Kreis" ausgehenden Aktivitäten einen organisatorischen Unterbau bereitzustellen. Nachdem sich allerdings diverse Unterstützer des HM in der Öffentlichkeit vom SdV „distanziert" haben, ist es sehr fraglich, inwieweit dieser Verein seiner selbstgewählten Aufgabe noch nachkommen kann.

Vorsitzende des SdV ist die einschägig bekannte Heidelberger Rechtsextremistin Brigitte Finckeisen-Frank (vgl. dazu auch „Unterzeichner und Unterstützer des ‚Heidelberger Manifest' ").

Die Postanschrift des SdV ist identisch mit der des „Heidelberger Kreises", für den Prof. Schröcke als Kontaktperson in Erscheinung tritt. Zu einer Veranstaltung des SdV am 23.1.82 in Heidelberg erschienen als Hauptreferenten u.a. Prof. Schröcke, Prof. Fricke, Prof. Schmidt-Kaler und Prof. Stadtmüller (allesamt Unterzeichner des HM). Die drei letztgenannten hielten es wenig später allerdings für klüger, sich öffentlich vom SdV abzugrenzen und so zu tun, als hätten sie mit dieser Vereinigung nicht das geringste am Hut (Weitere Angaben über Teilnehmer des SdV-Veranstaltung am 23.1.82 sind der Übersicht „Unterzeichner und Unterstützer des ‚Heidelberger Manifest' " zu entnehmen).

Nr. 4
5. Jahrgang

Der Erbarzt

Berlin,
16. April 1938

Beilage zum „Deutschen Ärzteblatt"

Leitung: Prof. Dr. O. Frhr. von Verschuer, Frankfurt a. M., Gartenstraße 140

Inhalt:

Der angeborene Schwachsinn in der Rechtsprechung der Erbgesundheitsobergerichte

Von Dr. med. Heinrich Schade und Assessorin Dr. jur. Maria Küper

Zu den Krankheiten des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses gehört als erste der angeborene Schwachsinn (§ 1 Absatz 2 Ziffer 1). Als solcher wird nach den Erläute- [illegible]

Tage schönes Wetter werden werde. Andere Fragen der Intelligenzprüfung hat er nicht schlecht beantwortet; er weiß, wozu die Gerichte da sind; er kennt die verschiedenen Geldsorten und weiß, wie man [illegible]

1938 beschäftigte sich „Manifest"-Unterzeichner Heinrich Schade mit der Zwangssterilisation von „angeboren Schwachsinnigen". „Wissenschaftler" wie Schade entwickelten damals die entsprechenden Kriterien, die zur Ausmerzung von „genetischem Verfall" benötigt wurden.

Offener Brief

an die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Ausländerfeindlichkeit geht um in diesem Land. Sie wird geschürt von jenen, die an den Schalthebeln von Politik und Wirtschaft sitzen; die die Hochrüstung durch den Abbau sozialer Leistungen finanzieren und daher gleichzeitig demokratische Rechte auf breitester Ebene einschränken wollen.

In den letzten Monaten sind von den Bundes- und Länderbehörden die bisher härtesten Beschlüsse zur Verhinderung der Familienzusammenführung gefaßt worden:

– Ehepartner dürfen nur noch unter äußerst erschwerten Bedingungen in die BRD einreisen;
– Kinder dürfen nur noch bis zum 16. Lebensjahr und nur, wenn bereits beide Elternteile in der BRD leben, einreisen;
– Menschen, die in der Bundesrepublik studieren oder einen Werkvertrag haben, dürfen ihre Ehepartner überhaupt nicht nachreisen lassen;
– Das Grundrecht auf politisches Asyl wird ausgehöhlt und mit Zwangseinweisung und Arbeitsverbot gegen die Berechtigten angewandt.

Wir stellen fest: Die Verschärfung der Ausländergesetze sind kein Mittel zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit! Mit der Verteufelung ausländischer Arbeiterfamilien und verfolgter Demokraten soll abgelenkt werden von den Angriffen auf soziale und demokratische Rechte, von der Verantwortung der Regierungen in Bund und Ländern, der Großunternehmen und ihrer Verbände für die Wirtschaftskrise, für die wachsende Gefährdung all dessen, was wir uns in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam erarbeitet und erstritten haben.

Wir, Hamburger Bürger mit unterschiedlicher Nationalität, Weltanschauung und politischer Meinung, fordern gemeinsam die Bürgerschaft und den Senat auf:

Betreiben Sie nicht das Geschäft derer, die die Menschen in Deutsche und Nicht-Deutsche einteilen, und nehmen Sie die Verschärfung des Asylrechts und der Ausländergesetze sofort zurück! Zwangseinweisung in „Sammellager", Arbeitsverbot und zwangsweise erkennungsdienstliche Behandlung von Asylsuchenden, Zerstörung nicht-deutscher Familien und Abschiebung der Kinder unserer Kollegen und Mitbürger verstoßen gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wer solche Gesetze und Erlasse verabschiedet oder anwendet, tritt die Würde aller Menschen mit Füßen!

Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis
Nernstweg 32–34,
2000 Hamburg 50

Wir protestieren gegen die unmenschliche Praxis, nicht-deutsche Familien am Zusammenleben zu hindern oder sie sogar auseinanderzureißen.

Wir fordern daher die Achtung der Menschenrechte für alle, wie es unter anderem in der Schlußakte von Helsinki festgelegt ist.

Wir protestieren gegen die Diskriminierung der nicht-deutschen Kollegen und ihrer Familien als Menschen zweiter Klasse.

Wir fordern daher gleiche Rechte für alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten;
Schluß mit Völkerhaß und Nationalismus;
Ausbau des sozialen Netzes durch Abbau der Rüstungsausgaben;
Bereitstellung von finanziellen Mitteln zum Abbau von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der hiervon besonders betroffenen ausländischen Familien;
Wahlrecht für Ausländer, die in der Bundesrepublik wohnen.

Wir protestieren gegen Entmündigung und Lagereinweisung von Demokraten, die in der Bundesrepublik Asyl vor der Verfolgung in ihren Heimatländern suchen.

Wir fordern daher sofortige Rücknahme aller ausländerfeindlichen Erlasse und die uneingeschränkte Anerkennung des Asylrechts gemäß Artikel 16 des Grundgesetzes.

Polen:

Die Machtfrage war gestellt (Teil II)

Ist Solidarność in ihren Forderungen und in ihrer praktischen Politik „zu weit gegangen'' und hat damit ihre Niederlage zumindest begünstigt — wie vor allem von linkssozialdemokratischer Seite argumentiert wird? Oder hat es der Solidarność nicht vielmehr an revolutionärer Entschlossenheit gefehlt; um die Herrschenden zu stürzen und eine Provisorische Regierung zur Durchführung freier Wahlen zu bilden — wie manche anderen Linken meinen? Und werden Kritikansätze dieser Machart überhaupt den Problemen und Widersprüchen der polnischen Entwicklung seit dem Sommer 1980 bis hin zum Kriegsrecht gerecht?
Wir setzen hier den Abdruck einer Untersuchung zu den Auseinandersetzungen in Polen, insbesondere zur Politik der Solidarność, fort. Der erste Teil ist im AK 218 zu finden; er beschäftigte sich mit der Entstehung des realsozialistischen Blocks nach dem 2. Weltkrieg, mit der Krise dieses Blocks und ihrer Vormacht — der Sowjetunion, mit der Offensive des Imperialismus zur Liquidierung dieses Blocks sowie mit den allgemeinen Voraussetzungen der Politik von Solidarność. Im zweiten Teil des Artikels wird genauer die Entwicklung seit dem Sommer 1981 untersucht, die — so jedenfalls die These dieses Artikels — mit kaum noch zu beeinflussender Unvermeidlichkeit auf jene Entscheidungsschlacht zusteuerte, die das herrschende System mit der Verhängung des Kriegsrechts und der Zerschlagung von Solidarność erst einmal für sich entschieden hat. (Die Nummern der Anmerkungen schließen fortlaufend an den ersten Teil an).

AK-Redaktion

Die Lage im Sommer 81

Zwei Faktoren kennzeichneten die Ausgangslage im Sommer 81: Erstens der außerordentliche Parteitag der PVAP Mitte Juli (14. - 20.7.), und zweitens eine Wiederaufnahme der Kämpfe, mit der eine Phase relativer Ruhe beendet wurde, die nach der Beilegung des Konflikts von Bydgość Ende März (Anm. 19) eingetreten war.

Vorausgegangen war dem Parteitag der bis dahin unverschämteste Drohbrief des ZK der KPdSU. In dem Brief wurde die „Gefahr'' beschworen, *„daß es während des Parteitages zu einem Versuch kommt, den marxistisch-leninistischen Kräften der Partei den entscheidenden Schlag zu versetzen, um die Partei zu liquidieren''*. Die *„ehrlichen und entschlossenen Kommunisten''* in der PVAP (gemeint waren damit in erster Linie die Kräfte um das sogenannte „Kattowicer Forum'') müßten sich aufraffen, um *„es nicht zum Schlimmsten kommen zu lassen und eine nationale Katastrophe zu verhindern''*. Noch v o r dem Parteitag müsse versucht werden, *„die Entwicklung der Ereignisse umzukehren''* und die PVAP *„auf den richtigen Weg zu lenken''* (Anm. 20).

Dieser Vorstoß scheiterte. Das „Kattowicer Forum'' wurde isoliert und mußte sich vorübergehend sogar ganz aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Die Wahlen auf dem Parteitag brachten eine beispiellose Neubesetzung der leitenden Gremien, wobei sich in erster Linie Kräfte der „Mitte'' durchsetzten, die sich zwar scharf von den Kattowicern distanzierten, aber die auch nicht gerade zu den radikalsten „Reformern'' in der PVAP gehörten (Anm. 21).

Ergebnis war aber auch, daß von dem Parteitag inhaltlich keine neuen Ideen und Anstöße ausgingen, sondern eher das Bewahren und allenfalls das Offenhalten im Vordergrund stand. Unzufrieden mit dem Parteitag war darum nicht bloß die sowjetische Führung (und mit ihr die gesamte „realsozialistische'' Szene), sondern auch die Solidarność und die polnische Volksbewegung.

Noch vor dem Parteitag und trotz eines Appells von Walesa, *„angesichts der wirtschaftlichen Krise auf Streiks zu verzichten''* („Welt'', 3.7.) gab es Anfang Juli die ersten neuen Kampfaktionen — soziale Streiks der Hafenarbeiter für eine Vielfalt von Forderungen (bessere Gesundheitsversorgung, mehr Freizeit, Modernisierung der Arbeitsplätze, höhere Löhne u.a.) und den schon erwähnten politischen Streiks bei LOT (Anm. 10). Um die Forderung nach Absetzung eines Direktors ging es ein paar Tage später auch bei einem Streik der Verkehrsbetriebe in Bydgość.

Die Situation verschärfte sich, nachdem die Regierung noch während des Parteitags mit der Ankündigung drastischer Maßnahmen zur Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung begann: Preiserhöhungen für Lebensmittel (geschätzte Steigerung der Lebenshaltungskosten um mehr als 50 %), Kürzung der Fleischrationen, Ausweitung des Katalogs rationierter Lebensmittel, „Einfrieren'' der Löhne, „freiwillige'' Sonderschichten (insbesondere an den arbeitsfreien Samstagen), Verschärfung der Arbeitsdisziplin u.a.m. —

Die Antwort der örtlichen Solidarność-Gliederungen bestand in den „Hungerdemonstrationen'', die Ende Juli/Anfang August u.a. in Kutno, Lodz, Szczecin und Wroclaw stattfanden. Diese Kämpfe hatten ihren Höhepunkt in den mehrere Tage dauernden Verkehrsblockaden in Warschau, die von Solidarność erst kurz vor einer gewaltsamen Konfrontation eingestellt wurden (Anm. 22).

Obwohl der Konflikt in Warschau von Walesa zunächst in einer schwer zu interpretierenden Weise angeheizt worden war, setzte sich in der nationalen Leitung der Solidarność rasch die Ansicht durch, daß diese Kampfaktionen ein Weg in die Sackgasse seien. Mit großer Klarheit formulierte das Karol Modzelewski, der seit dem Konflikt von Bydgość eher als „Radikaler'' galt: *„Damals* (gemeint ist Anfang August 81 — Anm. d. V.) *gelang es uns zum Beispiel, in der Region Niederschlesien von Anfang an Hungermärsche und Streiks zu verhindern. Wir haben den Leuten offen gesagt, daß es wirklich nichts zu essen gibt ... Streiks für Lebensmittel, die es nicht gibt, können uns nur in Richtung einer Katastrophe führen''* (Anm. 23).

Mitte August rief die Solidarność-Leitung deshalb (einstimmig) zum Verzicht auf „Hungermärsche'' und Streiks auf, nachdem die Regierung ein Demonstrationsverbot ausgesprochen hatte („Welt'', 14.8.). Angekündigte Aktionen in Danzig wurden abgesagt.



Der erklärte Standpunkt von Solidarność war, daß eine Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes nur auf Basis einer Erholung der Volkswirtschaft möglich sei. Der Schlüssel dafür liege jedoch in der Verwirklichung einer umfassenden „Wirtschaftsreform'', mit der „Arbeiterselbstverwaltung'' als Hauptpunkt. In diesem Sinn erklärte Walesa, *„Preiserhöhungen seien zwar notwendig, sollten jedoch das 'letzte Element' einer umfassenden Wirtschaftsreform in Polen werden''* („Welt'', 25.7.). *„Nur eine 'authentische Selbstverwaltung' der Betriebe könne die 'Mobilisierung der Arbeiter für die Wirtschaftsreform' garantieren''* („Welt'', 15.7.).

Ein Entwurf zur Arbeiterselbstverwaltung, ausgearbeitet vom „Netz'' (überbetrieblicher Koordinations- und Diskussionszusammenhang innerhalb von Solidarność) lag schon seit Anfang Juli vor. Kernpunkt war die Verfügungsgewalt der Beschäftigten über den Betrieb und alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten. Mit gutem Klasseninstinkt analysierte die „Frankfurter Allgemeine'': **„In der konkreten Situation einer für die baldige Zukunft vorgesehenen weitgehenden Unabhängigkeit der Unternehmen von zentralem staatlichen Dirigismus und mehrheitlicher Mitgliedschaft des allergrößten Teils der Belegschaften in der Gewerkschaft 'Solidarität' geht es im Grunde darum, ob die Wirtschaft aus der Einflußsphäre der den Staat dominierenden Partei in die der Gewerkschaft 'Solidarität' übergeht''** („FAZ'', 11.7.). Der „Netz''-Entwurf zur Arbeiterselbstverwaltung enthielt in der Tat bereits den Gedanken, den einige Monate später, angesichts der Scherben, Solidarność-Leitungsmitglied Zbigniew Kowalewski so formulierte: **„Klar, die PVAP hätte die ökonomische Macht im Lande abtreten müssen. Wir wären dann bereit gewesen, die politische Macht bei der PVAP zu belassen''** (Anm. 24).

Die Auseinandersetzung um die Arbeiterselbstverwaltung wurde ein bestimmendes Element der folgenden Monate. Wichtiges Signal für die Entwicklung dieser Auseinandersetzung war das Vorgehen der Solidarność im Kattowicer Stahlwerk: Solidarność organisierte dort ein Referendum, d.h. eine Abstimmung aller Beschäftigten, gegen den vom Staat eingesetzen Werksdirektor. Die Zustimmung zur Absetzung des Mannes war eindeutig: Von 19.000 Beschäftigten nahmen 12.500 an der Abstimmung teil. Davon votierten 9.900 für Absetzung, 1.600 dagegen („Hamburger Abendblatt'', 12.9.). Hier deutete sich der von Solidarność etwas später direkt erklärte Versuch an, die Arbeiterselbstverwaltung auch gegen den Staat „von der Basis her'', durch Referenden und Kampfaktionen, durchzusetzen.

Eine nicht weniger wichtige Initiative von Solidarność in dieser Zeit bestand in dem Versuch, den im Prinzip schon nach den Streiks vom Sommer 1980 zugestandenen Zugang zu den Medien praktisch durchzusetzen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, fanden im August mehrere landesweite und örtliche Drucker-Streiks statt. Auch mit Streiks beim Rundfunk und Fernsehen drohte Walesa. Solidarność sei bereit, diese Medien *„vollständig lahmzulegen''* („Welt'', 22.8.). *„Fernsehen und Rundfunk gehören uns, der Allgemeinheit, und deshalb muß unsere Bewegung mit ihrer eigenen Stimme zu Wort kommen''*. Falls diese Forderung nicht erfüllt würde, werde Solidarność eigene Sender einrichten. *„Wir haben die Ausrüstung und die Kameras''*. (Walesa, nach „Welt'', 14.9.).

Wie empfindlich die Herrschenden darauf reagierten, zeigt die Stellungnahme des Leiters des Fernsehens, Stanislaw Loranc: *„Die Behörden würden sich allen Versuchen widersetzen, das Rundfunkmonopol zu brechen''*, und: *„Die Forderung der 'Solidarität' nach Zugang zu den Massenmedien sei ein weiterer Versuch dieser Organisation, in Polen eine Doppelherrschaft zu installieren''* (nach „Welt'', 15.9.).

Die Taktik der nationalen Solidarność-Leitung in dieser Phase scheint darauf gerichtet gewesen zu sein, das zunehmende Potential an Unzufriedenheit von den als perspektivlos angesehenen sozialen und ökonomischen Streiks wegzulenken und auf p o l i t i s c h e Kampfaktionen auszurichten. Diese Taktik wurde von Meinungsumfragen bestätigt, die im Auftrag der Solidarność durchgeführt wurden (Anm. 25).

Ihr Vorgehen trug der Solidarność den Vorwurf der herrschenden Politiker ein, sie kümmere sich um politische Dinge, die gar nicht Aufgabe einer Gewerkschaft seien. Tatsache war aber, daß Solidarność kaum noch Spielraum hatte, um klassische gewerkschaftliche Interessen wahrzunehmen. Was sich die polnische Arbeiterklasse im Sommer 1980 erkämpft hatte, wurde vom wirklichen Gang der Wirtschaftsentwicklung nicht bloß annulliert, sondern die Lebensverhältnisse der Arbeiter sanken sogar immer weiter unter das Niveau vor Beginn der Kämpfe. **Diese Situation war tatsächlich nur von der p o l i t i s c h e n Seite her aufzubrechen und zu verändern.**

Der Solidarność-Kongreß

Der Kongreß der Solidarność fand in zwei Abschnitten statt, vom 5. bis 10. September und vom 26. September bis 7. Oktober. In der provokatorischen Manier, die in der Hauptsache die Umgangsform der Herrschenden gegenüber der Volksbewegung bestimmte, drohte PVAP-Chef Kania unmittelbar vor Kongreß-Beginn erstmals mit dem Kriegsrecht: *„Unsere Feinde verkünden, die Führung werde bestimmt nicht den Ausnahmezustand in Polen proklamieren ... Ich will mit allem Nachdruck und mit aller Ruhe erklären, daß die staatliche Macht zur Verteidigung des Sozialismus zu allen Mitteln greift, die sich als notwendig erweisen.''* Gemeint war damit vor allem der von Solidarność angekündigte Streik bei Rundfunk und Fernsehen (nach „Welt'', 5.9.). Einige Tage vorher hatte schon Jaruzelski gedroht: *„Wie lange sollen wir noch unter dem Fieber leiden, das unsere Gesellschaft und Wirtschaft auffrißt? ...* ***Die Volksarmee hat das staatsbürgerliche und moralische Recht, zu sagen: genug ist genug''*** (nach „Welt'', 1.9.).

„Ihr habt alle gedacht, ich wäre ein Verräter, den man gekauft hat. Aber das war nicht wahr. Es ging darum, daß soviel Leute wie möglich uns begreifen... In dem Moment, wo wir es verstanden haben, alle anderen an uns zu binden, die, die feige sind usw., dann kann man über Wahllisten sprechen, über alle Ziele, die das Parlament betreffen usw.''

(Walesa auf der letzten Präsidiumstagung der Solidarność, unmittelbar vor Verhängung des Kriegsrechts)

Fortsetzung nächste Seite

Polen



Universität Warschau

„Jede organisierte Opposition in Polen wird früher oder später zu einem Zentrum, das alle reaktionären und abenteuerlichen Strömungen einschließlich faschistoider Elemente zusammenschließt. Das trifft auch dann zu, wenn zu Beginn der oppositionellen Tätigkeit scheinbar fortschrittliche und pseudolinke Losungen verkündet werden".

(aus einer Rede Jaruzelskis vorm ZK der PVAP, Ende Februar 82; nach UZ, 1.3.)

Fortsetzung von voriger Seite

Eines der Ergebnisse des ersten Teils des Solidarność-Kongresses war die Verabschiedung eines 7-Punkte-Programms (nicht zu verwechseln mit dem ausführlichen Programm, das im zweiten Teil des Kongresses beschlossen wurde). Der Text lautete (UPI-Übersetzung, nach „Welt", 12.9.): *„Die herausragende Aufgabe von 'Solidarität' ist die Schaffung anständiger Lebensbedingungen in einem wirtschaftlich und politisch unabhängigen Polen. Uns geht es um ein Leben frei von Armut, Ausbeutung, Furcht und Lügen in einer Gesellschaft, die in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Weise organisiert ist. Heute erwartet die Nation:*
1. Die Verbesserung der Marktversorgung durch Kontrolle von Produktion, Verteilung und Preisen in Zusammenarbeit mit der Bauern-'Solidarität'.
2. Eine Wirtschaftsreform durch Schaffung einer authentischen Arbeiterselbstverwaltung, Abschaffung der Ernennungspraxis durch die Partei (Nomenklatura) und Anwendung effektiver wirtschaftlicher Mechanismen.
3. Wahrheit durch die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien und die Säuberung der polnischen Erziehung und Kultur von Lügen.
4. Demokratie durch freie Wahlen zum Parlament und zu den örtlichen Volksräten.
5. Gerechtigkeit durch gleiche Rechte für jedermann, Freilassung politischer Gefangener und Schutz derjenigen, die wegen ihrer politischen, redaktionellen und gewerkschaftlichen Tätigkeit unterdrückt werden.
6. Rettung der nationalen Gesundheit durch Umweltschutz, erhöhte Gelder für den nationalen Gesundheitsdienst und angemessene Rechte der Versehrten in der Gesellschaft.
7. Kohle für die Bevölkerung und Industrie durch die Schaffung angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bergleute...".

An den Sejm (Parlament) richtete der Kongreß die Aufforderung, er solle die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen zur Arbeiterselbstverwaltung durch ein Referendum entscheiden lassen. Andernfalls werde Solidarność selbst ein Referendum auf Betriebsebene organisieren.

Politischer „Glanzpunkt" dieses Kongreß-Teils war ein Appell an die Arbeiter in den anderen realsozialistischen Ländern, es dem polnischen Vorbild gleichzutun und selbst autonome Gewerkschaften zu gründen. Daß dieser Appell insbesondere bei den sowjetischen Arbeitern aufrichtige nationale Entrüstung hervorrufen würde (ähnliche Reaktionen auch in der DDR), scheint Solidarność völlig falsch eingeschätzt zu haben.

Auf den ersten Teil des Solidarność-Kongresses folgte eine messerscharfe Stellungnahme des Politbüros der PVAP (Anm. 26), die etwas später mit einem förmlichen Ultimatum Jaruzelskis an den zweiten Teil des Gewerkschaftskongresses konkretisiert und zugespitzt wurde:
★ Solidarność müsse *„die unabdingbaren konstitutionellen Rechte der Staatsmacht anerkennen"*;
★ Solidarność müsse *„sich von extremen Aktionen und Tendenzen abgrenzen, sich von den Feinden des Sozialismus distanzieren, sich von den lähmenden, die Rechtsordnung untergrabenden Schlagworten und Taten befreien"*;
★ Solidarność müsse *„den guten Willen"* haben, *„das Programm und die Bemühungen der Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaftsreform zu verstehen"*;
★ Solidarność müsse *„die übergeordnete Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern anerkennen, sich den antisowjetischen, dem Interesse des Staates schadenden Losungen und Aktivitäten widersetzen, die zweideutigen Kontakte mit Zentren antikommunistischer Diversion aufgeben"* (Gemeint waren damit konkret vor allem die westlichen Gewerkschaften).

Dies sei ***„die unantastbare Plattform, auf der wir uns treffen, eine Verständigung aufbauen, die Rolle der 'Solidarität' in dem System unseres gesellschaftlichen Lebens als geeignet anerkennen können"*** (nach „Hamburger Abendblatt", 25.9.).

Die realsozialistische Bürokratie war seit den Anfängen der Volksbewegung im Sommer 1980 mit Drohungen und Beschwörungen sehr verschwenderisch umgegangen, so daß ein Gewöhnungseffekt eingetreten war und Nuancen im Tonfall kaum wahrzunehmen waren. Zumindest im Nachhinein läßt sich aber feststellen, daß von Jaruzelski hiermit ein Ultimatum formuliert worden war, aus dem sich dann alles weitere folgerichtig entwickelte. Insofern stellt sich praktisch gar nicht die Frage, ob Solidarność vielleicht mit der Forderung nach freien Wahlen oder nach Zugang zu den Medien „zu weit gegangen" war. **Jaruzelskis Ultimatum machte die weitere Duldung der Solidarność von Bedingungen abhängig, die nichts anderes als nahezu totale Unterwerfung (mit dem voraussehbaren Ergebnis einer Spaltung der Solidarność und der polizeilichen Zerschlagung des „radikalen Flügels") bedeutet hätten.**

Unter dem Eindruck der massiven Erpressungen riet Walesa wieder einmal zu einem taktischen Rückzug und unterzeichnete eine Kompromiß-Vereinbarung über zwei Gesetze zur Betriebsführung und zur Arbeiterselbstverwaltung, die dann am 25.9. vom Sejm verabschiedet wurden. — Mehrere Regionalverbände von Solidarność, u.a. Lodz und Bydgość, protestierten gegen die Vereinbarung.

Der Solidarność-Kongreß (2. Teil), der am 26.9. begann, brachte ebenfalls harte Kritik an dem Kompromiß, die sich auch gegen Walesas politischen Stil richtete. Beschlossen wurde schließlich eine mittlere Formel, die besagte, daß man die beiden Gesetze zwar „nicht in ihrer Gesamtheit" ablehne, aber sie einem Referendum in den Betrieben unterziehen wolle. Das Ergebnis des Referendums werde man, zusammen mit sich daraus eventuell ergebenden Novellierungsanträgen, dem Sejm übergeben (Anm. 27).

Wie sehr inzwischen Walesas Stellung angeschlagen war, zeigte sich bei den Leitungswahlen, bei denen auf Walesa „nur" noch 55,2 % der Stimmen entfielen. Sein Gegenspieler Gwiazda sprach vermutlich einer starken Minderheit der Delegierten aus dem Herzen, als er verkündete: *„Mit Kompromissen können wir keine Konflikte vermeiden ... Mit diesen Behörden können wir keine Kompromisse eingehen"* (nach „Welt", 3.10.).

Über die auf dem Solidarność-Kongreß, Teil 2, vorherrschende Stimmung gibt ein weiterer Beschluß Auskunft: Es wurden vier Forderungen an die Regierung gestellt und für deren Erfüllung eine Frist von zwei Wochen gesetzt. Bei Nicht-Erfüllung seien neue Kampfaktionen angesagt:
1. Einstellung der gegen Solidarność gerichteten Kampagne in den staatlich kontrollierten Massenmedien.
2. Keine Unterdrückung und Verfolgung der Herausgeber von Solidarność-Publikationen.
3. Verbesserung der Situation der Bauern, vorrangige Belieferung mit Maschinen, Baumaterialien und Brennstoffen.
4. Einrichtung eines 'Obersten Volkswirtschaftsrates', dessen Aufgabe die Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung ist. Dieser Volkswirtschaftsrat soll aus Personen bestehen, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft haben; sie sollen dafür sorgen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik für die Gesellschaft durchschaubar und überprüfbar wird (Anm. 29).

Dieses sehr radikal wirkende Ultimatum (zwei Wochen Frist!) läßt darauf schließen, daß in der Solidarność insgesamt keine realistische Einschätzung der Lage bestand, ebenso wenig wie klare Vorstellungen über das eigene weitere Vorgehen. Vorherrschend war die Stimmung, daß die Bürokratie am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt sei und daß nun niemand mehr den Vormarsch von Solidarność aufhalten könne.

Der zweistündige Generalstreik am 28.10. sollte u.a. auch der Einlösung des auf dem Kongreß gestellten „Ultimatums" dienen, blieb aber — wie kaum anders zu erwarten — ebenso wirkungslos wie das „Ultimatum" überhaupt, das danach stillschweigend in der Versenkung verschwand.

Auf dem Weg zum Kriegsrecht

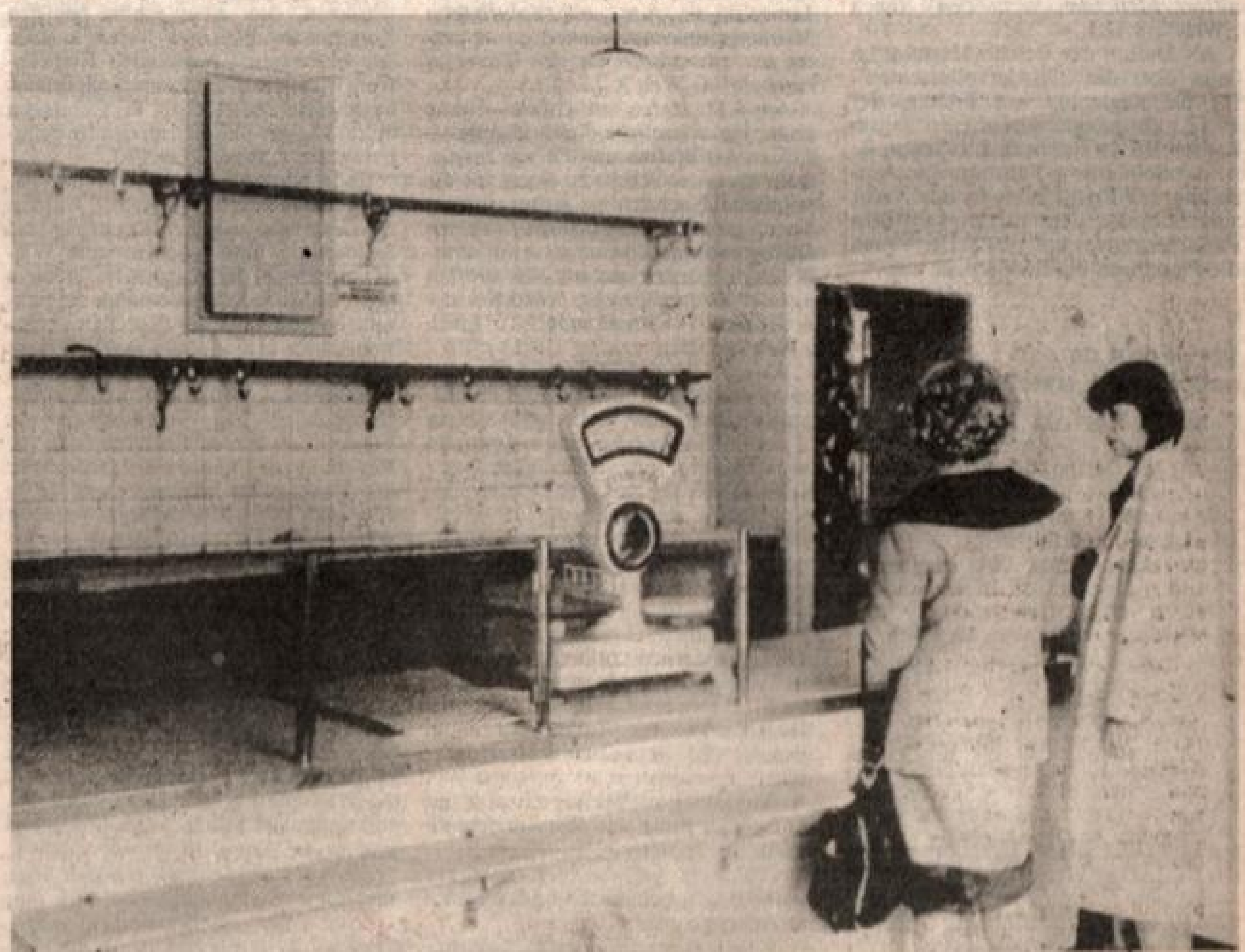
Nach dem Abschluß des Solidarność-Kongresses standen die Zeichen auf Sturm. Ein erstes Signal der kommenden Konfrontation war Mitte Oktober die Verlängerung der Dienstzeit der Wehrpflichtigen, die regulär Ende Oktober in die Reserve entlassen worden wären, um zwei Monate, also bis Ende Dezember. Diese Maßnahme macht wenig Sinn, falls man sie nicht als direkten Ausdruck von Einsatz-Plänen interpretiert, die bis Ende Dezember realisiert werden sollten — was dann ja auch praktisch eintrat.

Zur gleichen Zeit forderte der als liberal geltende stellvertretende Ministerpräsident Rakowski von Solidarność eine Vereinbarung über einen einjährigen „Sozialen Frieden", und der PVAP-Vorsitzende Kania plädierte für eine Aufhebung des Streikrechts in den Herbst- und Wintermonaten.

Was die Stunde geschlagen hatte, machte der erzwungene Rücktritt Kanias am 18. Oktober noch deutlicher. Ministerpräsident Jaruzelski übernahm nun auch das oberste Parteiamt. Gleichzeitig mit der Umbesetzung verabschiedete das ZK der PVAP eine Erklärung zur Lage. Unter anderem erhielt dieser Beschluß:
1. Eine scharfe Kritik an der *„Inkonsequenz des Handelns und dem Mangel an Standhaftigkeit"* der Parteiführung. Die Parteiführung wurde aufgefordert, den *„Gegnern des Sozialismus"* und *„allen Erscheinungen der antisowjetischen Propaganda"* energisch entgegenzutreten.
2. Angekündigt wurden „entschiedene Aktionen" der „Ordnungsorgane" zur *„Sicherung der öffentlichen Ordnung und zum Entgegenwirken gegen die Anarchisierung des öffentlichen Lebens"*, u.a. gegen die *„Verbreitung parteifeindlicher und antisozialistischer Flugschriften und anderer Publikationen"*.
3. *„In einer Situation der bestehenden Gefahr für die Existenz der Nation und für die Sicherheit des Staates"* sei es ***„unerläßlich, daß die höchsten Machtorgane der VR Polen im Falle der höchsten Not auf die verfassungsmäßigen Rechte zum Zweck der Verteidigung der vitalsten Interessen der Nation und des Staates zurückgreifen"***. (Eine sehr vage gehaltene Lizenz zur Verhängung des Kriegsrechts).
4. Die Abgeordnetenfraktion der PVAP im Sejm (Parlament) wurde beauftragt, *„in der aktuellen, dramatischen wirtschaftlichen Situation des Landes"* im Sejm eine Initiative zur „zeitweiligen Aussetzung" des Streikrechts zu unternehmen.
5. Mit drohendem Unterton (*„Wer ihre ideologischen Prinzipien verrät und dies öffentlich bekundet, spricht sich damit gegen die Partei aus und stellt sich faktisch außerhalb ihrer Reihen"*) wurde eine Kampagne zum Massenaustritt von Parteimitgliedern aus der Solidarność eingeläutet.
6. Der Solidarność wurde vorgeworfen, sie habe *„einseitig die gesellschaftlichen Vereinbarungen gebrochen, indem sie die Rolle einer allen übergeordneten Kraft usurpierte, die der Öffentlichkeit, dem Sejm und der Regierung sowie den gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen ihren Willen diktuiert"*. *„Notwendig und dringend"* sei *„eine Neuverhandlung"* der Abkommen zwischen Staat und Solidarność, die als Ergebnisse der Kämpfe vom Sommer 1980 zustande gekommen waren. Außerdem wurden im ultimativen Ton an die Solidarność wieder einmal mehrere Forderungen gerichtet. Unter anderem ging [illegible] *Trennung von der Tätigkeit der Feinde des Sozialismus"*, den *„unverzüglichen Verzicht auf Streikaktionen"*, Anerkennung der *„Bündnisse mit den sozialistischen Ländern durch praktisches Handeln"* und durch Eintreten gegen die „antisowjetische Kampagne" (Anm. 30).

Nachträglich fällt es leicht, die mit dieser ZK-Tagung gesetzte Kampfansage in ihrer vollen Bedeutung zu sehen. Das Problem war aber zum damaligen Zeitpunkt, daß die polnische Volksbewegung an Drohungen dieser Art längst gewöhnt war und daß die Meinung vorherrschte, die Bürokratie werde ohnehin nicht mehr in der Lage sein, repressive Notstandsmaßnahmen durchzusetzen. Diese Einstellung war für Solidarność in manchen vorangegangenen kritischen Momenten lebenswichtig gewesen, um beabsichtigte Einschüchte-

Fortsetzung nächste Seite



Herbst 1981: Totale Ebbe in einem Fleischerladen

Fortsetzung von voriger Seite

rungseffekte zu blockieren, aber sie beinhaltete auch sehr gefährliche Tendenzen zur Unterschätzung des Gegners und zur Leichtfertigkeit (Anm. 31).

Daß der auf der ZK-Tagung verkündeten Kurswende entsprechende Taten folgen sollten, zeigte sich wenige Tage später bei Konflikten in Kattowice und in Wroclaw, wo — in dieser Form erstmalig seit dem Sommer 1980 — massive Polizeikräfte eingesetzt wurden (Anm. 32).

Gleichfalls nur wenige Tage nach der ZK-Tagung wurde bekanntgegeben, daß neugebildete Sondergruppen aus Armee-Angehörigen in alle Landesteile geschickt werden sollten, um bei der Vorbereitung auf den Winter zu helfen, „ungünstige Erscheinungen" aufzuspüren, zu melden und ihnen gegebenenfalls abzuhelfen u.ä. —. Die Rückkehr dieser Gruppen von ihren Einsatzorten wurde bereits einen Monat später gemeldet („Welt", 21.11.). Zugleich wurde bekanntgegeben, daß solche „Operationsgruppen" mit ähnlicher Aufgabenstellung nun auch in den Städten aktiv werden sollten („UZ", 26.11.).

Am 30.10. wurde im Sejm erstmals über ein Streikverbot debattiert. Es zeigte sich, daß das Parlament der von der letzten ZK-Tagung vorgelegten Konfrontations-Linie noch nicht vollständig folgen mochte. Stattdessen beschloß der Sejm einen dringenden Appell an Solidarność und an die Volksbewegung, alle Streiks einzustellen und — vorübergehend — 'freiwillig' auf das Streikrecht zu verzichten. Für den Fall, daß dieser Appell nicht befolgt würde, wurde die Regierung vom Sejm im voraus zu „außergewöhnlichen Mitteln" ermächtigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf über mögliche „Sondervollmachten" für die Regierung wurde beim Sejm hinterlegt; der Inhalt dieses Schubladen-Gesetzes wurde nicht bekanntgegeben.

Ende November tagte erneut das ZK der PVAP. Beschlossen wurde: „...*Das ZK erachtet es für notwendig, die Regierung der VR Polen mit Vollmachten auszustatten, die erforderlich sind, um den zerstörerischen Aktionen eine wirksame Abfuhr zu erteilen, die das Land und seine Wirtschaft auszehren und den sozialistischen Staat, die gesellschaftliche Ordnung und die Sicherheit gefährden. Im Zusammenhang damit verpflichtet das ZK die Fraktion der PVAP* (im Sejm — Anm. d. Verf.),
damit verpflichtet das ZK die Fraktion der PVAP (im Sejm — Anm. d. Verf.),
die Initiative zur unverzüglichen Einleitung des Verfahrens bezüglich des Gesetzentwurfes 'über außerordentliche Maßnahmen im Interesse des Schutzes der Bürger und des Staates' zu ergreifen" (nach „UZ", 1.12.). Einige Indizien deuten darauf hin, daß mit diesen „außerordentlichen Maßnahmen" noch nicht u n b e d i n g t das Kriegsrecht gemeint war. Beispielsweise erklärte Jaruzelski: „*Die gegenwärtige Lage kann nicht länger beibehalten werden. Der zerstörerische Prozeß muß gestoppt werden,* o d e r *es wird zu einer Konfrontation, zum Kriegsrechtszustand, kommen*" (nach „Welt", 1.12. — Hervorheb. d.d. Verf.). Und Regierungssprecher Urban erläuterte ein paar Tage später, daß die angekündigten „Ausnahmegesetze" nur bis zum 31. März gelten sollten. Dadurch wolle die Regierung eine Konfrontation verhindern und die „*Anwendung definitiver Methoden vermeiden*" (nach „Welt", 8.12.).

Als Datum der Beschlußfassung im Sejm über die „Sondervollmachten" für die Regierung war Freitag, der 18.12., festgelegt. Auf dieses Datum konzentrierten sich auch alle Gegenpläne der Solidarność-Führung. Die Ausrufung des Kriegsrechts in der Nacht zum Sonntag, dem 13.12., kam dem Parlament zuvor und manövrierte auch die Planungen der Solidarność aus.

Die „Front der nationalen Verständigung"

Parallel zu den Vorbereitungen auf weitgehende Zwangsmaßnahmen machte die Bürokratie auch verstärkte Anstrengungen, um Teile von Solidarność in eine „Front der nationalen Verständigung" einzubinden oder um durch Verhandlungen über eine solche „Front" Widersprüche in der Solidarność zu verschärfen und Gewerkschaftsführer wie Walesa als Kompromißler zu kompromittieren. Zugleich brachten diese „Verständigungs"versuche aber auch Widersprüche in der PVAP-Führung selbst zum Ausdruck. Die Vorstellung, daß die Bürokratie seit September oder Oktober als einheitlicher Block mit geschlossenem Konzept auf das Kriegsrecht zusteuerte, ist gewiß falsch. Erhebliche Teile der Bürokratie hätten es bevorzugt, die angestrebte Wirkung mit weniger manifester Gewalt und mit mehr „freiwilliger" Unterwerfung des Gegners zu erreichen.

Wenige Tage nach Beendigung des zweiten Teil des Solidarność-Kongresses trat die Regierung mit der Forderung nach Schaffung einer „Nationalen Allianz" auf. Kernstück dieser Allianz sollte eine zu bildende ständige Wirtschaftskommission aus Vertretern des Staates und der Gewerkschaften sein. Funktion dieses Gremiums sollte es sein, durch „konstruktiven Dialog" die Wirtschaftspolitik des Staates zu unterstüzen, insbesondere die beabsichtigte „Preisreform", d.h. die ungeheuren Preissteigerungen für viele Waren des täglichen Bedarfs, die schließlich nach dem 13. Dezember unter Kriegsrecht durchgesetzt wurden. **Sich auf die Mitarbeit in einer solchen Kommission einzulassen, hätte bedeutet, daß Solidarność Mitverantwortung für eine Wirtschaftssanierung übernommen hätte, die nach Lage der Dinge nur zu Lasten der Arbeiter durchgesetzt werden konnte** — durch Preissteigerungen, Lohnstopp, Mehrarbeit, Verschärfung der Arbeitsdisziplin usw.

„Ich weiß, daß viele westliche Politiker glauben, daß, wenn wir klüger gewesen wären, wir die Konfrontation hätten vermeiden können. Aber ich weiß auch, daß das, was für sie Klugheit ist, für uns Kollaboration mit den Staats- und Parteibehörden bedeutet hätte — eine Kollaboration, die sich gegen die Arbeiter gerichtet hätte, gegen die Intellektuellen, gegen die Leute aus Kultur und Kunst. Wir wären nur ein weiteres Anhängsel des totalitären Systems geworden..."

(Zbigniew Bujak, Vorsitzender des Warschauer Regionalkomitees von Solidarność. Zitiert nach KVZ, 29.1.82)

Trotzdem lehnte Solidarność den Vorschlag nicht total ab, sondern machte eine Mitarbeit davon abhängig, daß ihr zunächst der Zugang zu den Medien gesichert werden müßte.

Unterstützung schien das „Allianz"-Projekt bei der Kirchenführung zu finden. Jedenfalls stimmte Oberhirte Glemp im Gespräch mit Jaruzelski zu, daß in Polen „*eine breite Plattform nationaler Zusammenarbeit*" geschaffen werden müsse („FAZ", 23.10.). Auch Walesa gab sich nicht prinzipiell abgeneigt: Er regte ein Gespräch zwischen ihm und Jaruzelski an, um „*alle doktrinären Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und alles zu tun, um den Winter zu meistern*" („Welt", 24.10.).

Am 4.11. trafen tatsächlich — ohne vorherige öffentliche Ankündigung — Jaruzelski, Walesa und Glemp zusammen, als erster Schritt zu einer, wie die polnische Nachrichtenagentur formulierte, „*ständigen Plattform für einen Dialog und eine Konsultation mit sämtlichen politischen und sozialen Kräften auf der Grundlage der Prinzipien der polnischen Verfassung*" (nach „Welt", 5.11.).

Walesa, der dem Treffen in der für ihn typischen Eigenmächtigkeit und Eigenwilligkeit ohne vorherige Beratung in der Solidarność-Leitung zugestimmt hatte, mußte sich nachträglich harte Kritik deswegen anhören. Unter Einsatz seiner schon bewährten „Notbremse" — der Rücktrittsdrohung — meisterte Walesa wieder einmal die Situation: Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung wurde im Prinzip gebilligt, allerdings mit der Einschränkung, daß man der Regierung eine Frist von drei Monaten setzte, um die Probleme des Landes im Sinne der Vorstellungen von Solidarność anzupacken. Schwerpunkte sollten dabei sein:

— Bildung eines Wirtschaftsrates zur Überwachung der Wirtschaftspolitik der Regierung;
— Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion durch Ausbau des privaten Agrarsektors;
— demokratische Wahlen auf Gemeindeebene;
— Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und Verzicht auf rechtliche Maßnahmen gegen Solidaritätsmitglieder und andere Oppositionelle (nach „FAZ", 6.11.).

Der Beschluß der Solidarność-Leitung schloß mit der Androhung neuer Kampfaktionen: „***Wenn eine ... annehmbare Übereinkunft nicht innerhalb von drei Monaten erzielt wird, werden wir alle Arbeiter auffordern, die satzungsmäßigen Mittel auszuschöpfen, bis hin zu einem Generalstreik***" („FAZ", 6.11.).

Es wurden von Solidarność sechs Verhandlungsgruppen gebildet, deren Leiter jeweils Gespräche mit den entsprechenden Regierungsvertretern führen sollten. Die Verhandlungsgruppen betrafen die Themen Wirtschaftsrat („gesellschaftlicher Rat für Volkswirtschaft"), Zugang der Gewerkschaften zu den Massenmedien, kommunale Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit, Justizreform und Preisreform (nach „Welt", 11.11.).

Mit der Regierung einigte sich Solidarność ein paar Tage später darauf, die Verhandlungen in vier Arbeitsgruppen zu führen, mit den Einzelthemen: Rat für Volkswirtschaft und Wirtschaftsreform, Notstandsmaßnahmen für die Wirtschaft, Zugang zu den Massenmedien, Beilegung lokaler Konflikte („Welt", 19.11.).

Über den Gang der Verhandlungen wurde nur wenig bekannt. Es scheint, daß von Regierungsseite darauf gedrängt wurde, r a s c h eine „Front der Nationalen Verständigung" (unter Einbeziehung von Solidarność) zu konstituieren, um diese schon bei den Kommunalwahlen im Frühjahr anstelle der bisherigen „Nationalen Einheitsfront" auftreten zu lassen. Solidarność befürwortete stattdessen die Zulassung unabhängiger Parteien zu den Kommunalwahlen („Neue", 26.11.).

Ende November, noch vor der Tagung des ZK der PVAP (s.o.), wurden die Gespräche zwischen Regierung und Solidarność unterbrochen; eine Wiederaufnahme der Gespräche erfolgte nicht mehr. Solidarność nahm die polizeiliche Räumung der besetzten Feuerwehrschule in Warschau am 2.12. zum Anlaß einer scharfen Erklärung, die im förmlichen Abbruch der Verhandlungen gipfelte: „*Die Entwicklungen der letzten Tage haben bewiesen, daß die Regierung die Chance eines Dialogs mit der Gesellschaft abgelehnt und einen Weg der Gewalt eingeschlagen hat... In dieser Lage hat der Vorstand festgestellt, daß die Behörden dadurch die Chancen einer nationalen Verständigung zunichte gemacht haben*" („Welt", 4.12.). Jaruzelski konterte ein paar Tage später seinerseits mit der Erklärung: „*Wer vorsätzlich die Anfänge der nationalen Verständigung zerstöre, habe kein Recht, sich auf den Patriotismus zu berufen. 'Mit diesen Kräften suchen wir keine Übereinkunft'*" (nach „UZ", 8.12.). Die Türen waren von beiden Seiten heftig und laut zugeschlagen.

Es gab sicher gute Gründe, am Zweck von Verhandlungen über eine „Front der Nationalen Verständigung" zu zweifeln. Der von Solidarność gewählte Anlaß zum Abbruch dieser Gespräche ist allerdings wenig überzeugend. Die Feuerwehrschule war mehr als eine Woche lang besetzt gewesen, was sicher kein Staat des „Freien Westens" so lange hingenommen hätte. Die Räumung des Gebäudes durch die Miliz erfolgte ganz ohne jene Prügelorgien und brutale Racheakte, die für vergleichbare Polizei-Einsätze hierzulande typisch sind. Gemessen an Zuständen des „Freien Westens" war die Räumung der Warschauer Feuerwehrschule eine Alltäglichkeit. Trotzdem war ihr Signalwert offensichtlich enorm, da dies das erste Mal seit dem Sommer 1980 war, daß Polizei gegen eine Streikaktion eingesetzt wurde. Solidarność sah darin das Zeichen, daß die entscheidende Konfrontation unmittelbar bevorstand, was zwar den Tatsachen entsprach, aber sich aus der Polizeiaktion als solcher schwerlich herleiten ließ.

Die Krisensitzung von Radom

Unmittelbar unter dem Eindruck der Polizeiaktion tagte das Präsidium der Solidarność in Radom (Anm. 33). In der danach veröffentlichten Stellungnahme des Präsidiums heißt es: Die Regierung habe die Verhandlungen mit Solidarność „*benutzt, um das Volk in die Irre zu führen*". Diese Gespräche hätten „*sich als ergebnislos erwiesen*". In der herrschenden Situation seien „***weitere Verhandlungen in Sachen 'Nationale Verständigung' gegenstandslos geworden***". Die Regierung könne das von ihr geplante Gesetz über Sondervollmachten „*nicht anders als auf dem Weg des Terrors durchsetzen*". „*Es käme der gewaltsamen Entmündigung des Volkes gleich*". Solidarność werde deshalb auf eine Verabschiedung des Gesetzes durch den Sejm mit einem 24stündigen Generalstreik antworten. Falls die Regierung von diesen Sondervollmachten p r a k t i s c h e n Gebrauch machen würde, werde man einen (offenbar unbefristeten) Generalstreik ausrufen. —

Die Stellungnahme des Präsidiums enthält außerdem eine Kampfansage gegen die von der Regierung geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen: „...*Das würde die Gefahr eines Bankrotts für viele Betriebe oder Lohnsenkungen für die Arbeiter bedeuten. Gleichzeitig will die Regierung drastische Preiserhöhungen einführen. Das Volk soll für eine Reform zahlen, die es nicht gibt. Solidarność wird auf keinen Fall Preiserhöhungen ohne Wirtschaftsreformen zustimmen.* (Gemeint ist damit in erster Linie die Arbeiterselbstverwaltung nach den Vorstellungen von Solidarność — Anm. d. Verf.). *Wir werden die Arbeitenden gegen Schließung von Fabriken, Senkung der Löhne und Erhöhung der Preise verteidigen...*".

Die Stellungnahme nennt im Schlußpunkt sieben „unverzichtbare" Forderungen als „***Mindestbedingungen für die Nationale Verständigung, die die gemeinsame und wirksame Beseitigung der Krise ermöglichen wird***". Dabei geht es u.a. um „***Beendigung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen Solidarność***", Rücknahme der geplanten Wirtschaftsmaßnahmen und Beteiligung von Solidarność an der Ausarbeitung einer Wirtschaftsreform auf Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung, „*Durchführung demokratischer Wahlen auf allen Ebenen*", Einrichtung des „Gesellschaftlichen Volkswirtschaftsrates", Sicherung des Zugangs zu den Medien (Anm. 34).

Erst mehrere Tage nach der Präsidiumstagung von Radom gab die Regierung überraschend bekannt, daß sie über Tonband-Mitschnitte aus der Sitzung verfüge, aus denen der unmittelbare Griff nach der Macht seitens der Solidarność-Führung klar hervorgehe. In einer konzertierten Großaktion der Medien wurden ausgewählte Zitate der bekanntesten Solidarność-Führer verbreitet, wie etwa:

Lech Walesa: „*Die Konfrontation ist unvermeidlich, und sie wird stattfinden. Ich wollte zu dieser Konfrontation auf einem natürlichen Weg kommen, wenn tatsächlich alle sozialen Gruppen hinter uns stehen. Allerdings, ich habe mich verkalkuliert. Es stellt sich heraus, daß wir diesen Weg nicht so weitergehen können. Daher müssen wir zu blitzschnellen Manövern greifen... Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir dieses System auflösen...*"

Jacek Kuron: „*Die Erzwingung von Wahlen und eines neuen Wahlgesetzes, die totale Ablehnung der Reformen der Regierung und der Notstandsmaßnahmen sollten die Felder sein, auf denen die Konfrontation stattfindet. Der Boden dafür muß schon heute durch Aktionen zum Sturz der Behörden vorbereitet werden...*"

Jan Rulewski: „*Der Angriff sollte um jeden Preis gestartet werden — vor allem auf die Behörden der Wojewodschaften, um sie vor den Wahlen völlig zu diskreditieren...*"

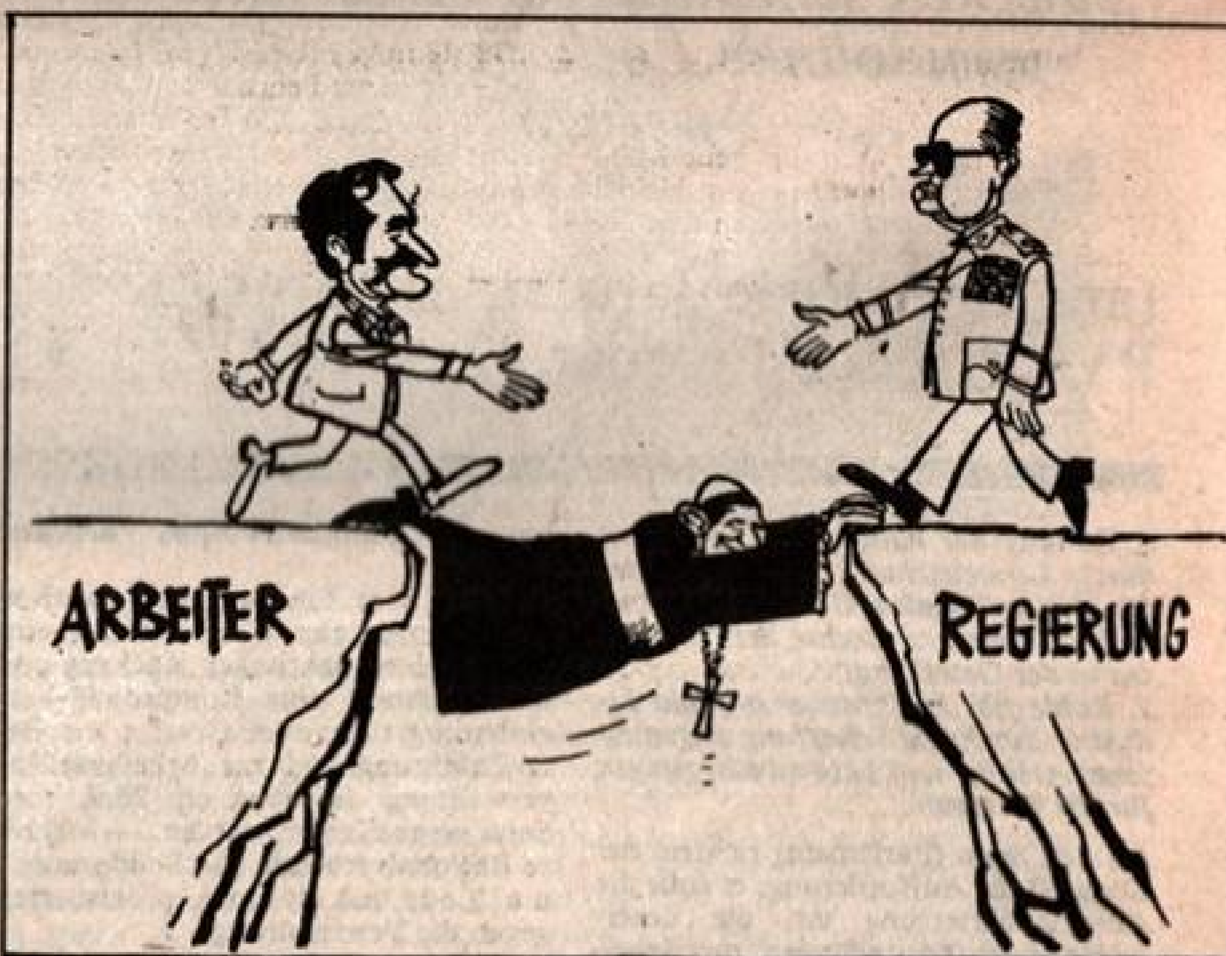
G. Palka: „*Die Partei kann die Konfrontation hinausschieben, weil sie die Macht hat. Daher müssen wir sogenannte Arbeitermilizen schaffen, mit Helmen und Gummiknüppeln bewaffnete Gruppen...*"

Z. Bujak: „*Die erste Aktion der Arbeitermilizen sollte die Befreiung der Zentrale von Radio und Fernsehen sein. Sofort muß ein sozialer Rat für nationale Ökonomie geschaffen werden. Dies wird so etwas wie eine provisorische Regierung sein. Die Regierung muß schließlich gestürzt werden, bloßgelegt und jeder Glaubwürdigkeit beraubt.*

Jan Rulewski: „*Die provisorische Regierung wird das Land bis zu den Wahlen stabilisieren. Es wird eine Nicht-Parteien-Regierung sein, die den Taktiken des KOR folgt und nicht der Taktik des KPN (das ist der antikommunistische Verein des Herrn Moczulski, UZ-Red). Die Taktik muß darin bestehen, alle Schachzüge der Partei zu entlarven, sie zu verhindern und sie zu überholen...*" (nach „UZ", 18.12.).

Von Solidarność wurde die Authentizität der Zitate nicht bestritten, sondern lediglich unkonkret eingewendet, die Stücke seien „aus dem Zusammenhang gerissen". Die politisch-psychologische Wirkung dieses Coups der Regierung wurde von der Solidarność-Führung offenbar ganz falsch eingeschätzt: Fast scheint es, daß man in der Solidarność-Zentrale froh war, auf diese Weise die eigene Kampfentschlossenheit in den staatlichen Medien bestätigt zu bekommen und damit das Mißtrauen von Teilen der Basis gegen vermeintliche Kompromiß-Tendenzen entkräften zu können.

Schlecht bedacht anscheinend, daß die Publikation dieser Bruchstücke bei schwankenden Sektoren der Bürokratie erhebliche Ängste mobilisieren mußte und diese Kräfte dadurch der „Kriegsrechts-Fraktion" in die Arme trieb. Es kam noch hinzu, daß die Regierung in ähnlicher Weise einige Wochen zuvor schon einmal Politik mit einem Tonband gemacht hatte. Damals ging es um Kraftsprüche von Marian Jurcyk, Regionalvorsitzender von Solidarność in Szczecin, der auf einer Versammlung u.a. gesagt hatte: „*Das Parlament, die Regierung und das Zentralkomitee genießen kein Vertrauen. Es ist schwer, dies zu sagen, aber die Gesellschaft hat keine Achtung vor diesen*



Polnische Drei-Einigkeit — Karikatur: SCHOENFELD

Aus: „Hamburger Abendblatt", 7.11.81

Fortsetzung nächste Seite

Polen

Fortsetzung von voriger Seite

Leuten. Es gibt mehr und mehr Menschen, die sagen — diese Worte sind hart, aber wahr — sie seien Verräter an der polnischen Gesellschaft und Stiefelknechte Moskaus... Es ist gut möglich, daß wir einige Galgen aufstellen und ein paar Leute daran aufknüpfen müssen" (nach „Welt" und „taz", 2.11.). Obwohl Solidarność immer wieder beteuert hat, sich ausschließlich friedlichen Mitteln bedienen zu wollen, gab es damals keine Distanzierung von Jurcyks Äußerungen. Die Wirkung solcher Tiraden auf tendenziell bündnisbereite Sektoren der Partei und der Machtapparate wurde von Solidarność entweder nicht begriffen, oder man war bereits der Meinung, auf solche Nebeneffekte keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen.

Inzwischen behauptet die Militärdiktatur schon munter, Walesa selbst sei auf der Tagung in Radom mit Jurcyk einer Meinung gewesen und habe gefordert: „*Man muß beginnen, Galgen zu errichten*" (Anm. 35). Das gehört zweifelsfrei ins Reich der Legende. Es wäre auch nicht plausibel, warum darüber erst mehr als zwei Monate nach Verhängung des Kriegsrechts berichtet wird, während in der Kampagne unmittelbar nach dem Treffen von Radom nichts derartiges von Walesa zitiert wurde.

Rakowski hat kürzlich in einem Interview für die „Times" behauptet, die Tagung des Solidarność-Präsidiums in Radom sei „*entscheidend für die Verhängung des Kriegsrechts*" gewesen (nach „FR", 23.2.). Man kann das selbstverständlich als reine Zweckpropaganda abtun. Man könnte aber auch interpretieren, daß zumindest für einen Teil der Führung, für den hier der „liberale" Rakowski steht, die Solidarność-Tagung in Radom einen allerletzten Anstoß gegeben hat, den Plänen zur Verhängung des Kriegsrechts zuzustimmen.

Der „Tag X"

In der Rechtfertigungspropaganda für die polnische Militärdiktatur ist viel von einem „Tag X" die Rede, dem der Staat mit der Verhängung des Kriegsrechts gerade eben noch zuvorgekommen sei. An diesem Tag, der für den 17. Dezember geplant gewesen sei, habe Solidarność die Regierung stürzen wollen. „Todeslisten" seien vorbereitet gewesen, nach denen Solidarność am „Tag X" 80.000 Parteimitglieder ermorden wollte. Detaillierte „Putschpläne" seien „für das ganze Land ausgearbeitet" gewesen. In den USA, Frankreich und Großbritannien habe Solidarność Waffen kaufen wollen. — und alles das ist angeblich „*durch Dokumente anschaulich belegt*" (Anm. 36). Seltsamerweise ist noch keines dieser Dokumente der Öffentlichkeit präsentiert worden. Ebenso seltsam ist, daß gegen keinen einzigen Solidarność-Funktionär wegen dieser Putschpläne Anklage erhoben worden ist (Anm. 36a).

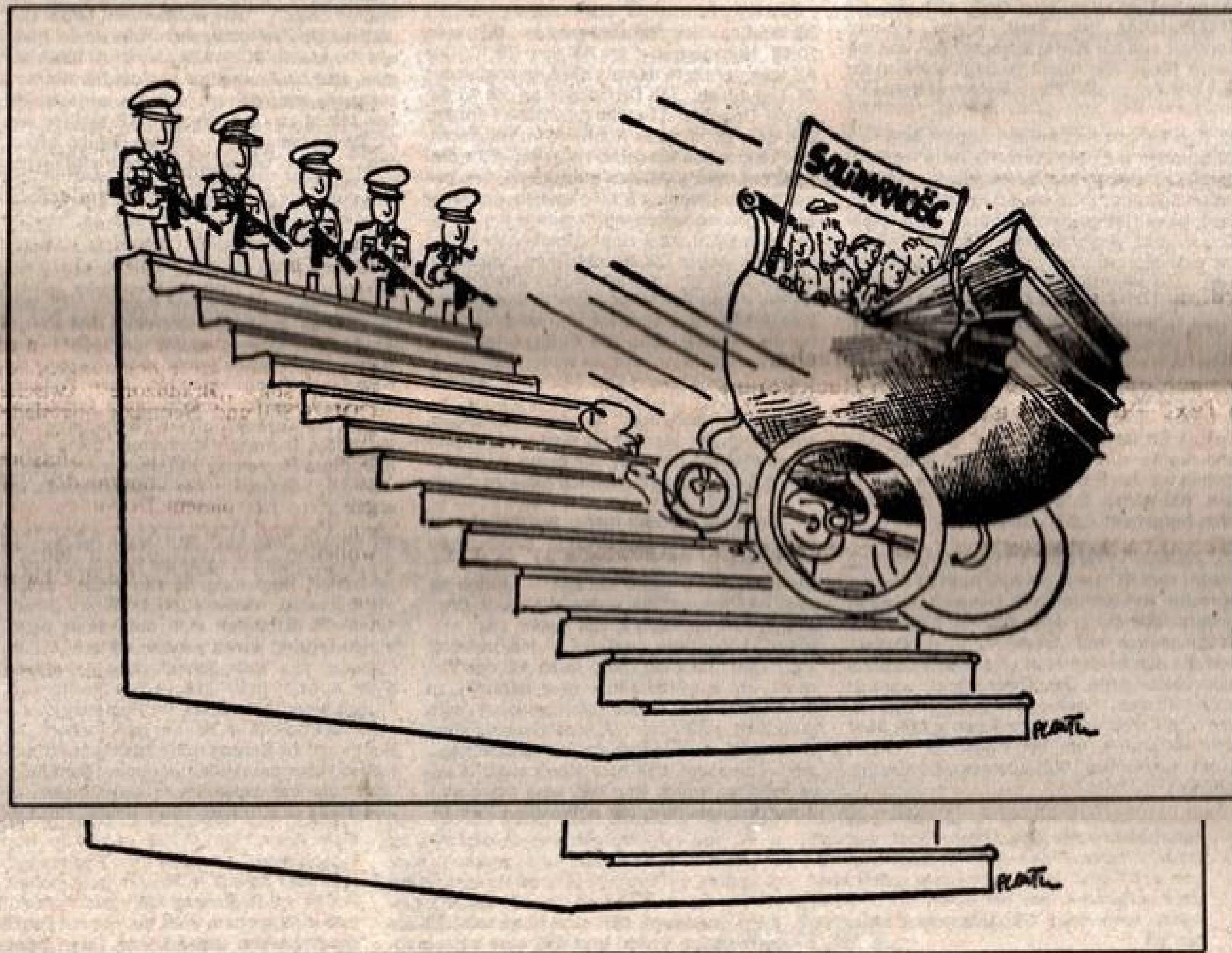
ser Dokumente der Öffentlichkeit präsentiert worden. Ebenso seltsam ist, daß gegen keinen einzigen Solidarność-Funktionär wegen dieser Putschpläne Anklage erhoben worden ist (Anm. 36a).

Wie weit Solidarność in Wahrheit von einer organisierten Aufstandsplanung entfernt war, zeigt gerade ein Blick auf ihre tatsächlichen Vorbereitungen zum Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze. Auf der Präsidiumstagung in Radom war festgelegt worden, nach einer eventuellen Beschlußfassung des Sejm über die beantragten Sondervollmachten einen 24stündigen Generalstreik auszurufen. Da die Beratung im Sejm am Freitag (18.12.) erfolgen sollte, wäre für einen Generalstreik praktisch erst der folgende Montag (21.12.) in Frage gekommen.

Teilen von Solidarność erschien dies als Reaktion nicht ausreichend; sie befürworteten Kampfaktionen noch vor der Sitzung des Sejm. Ausgehend von der Warschauer Sektion der Solidarność entstand der Plan, einen Tag zuvor, also am 17. Dezember (daher „Tag X"), landesweit Kundgebungen und Aktionen durchzuführen, um gegen die „gewaltsame Lösung von Konflikten" (Feuerwehrschule) und die Notstandspläne der Regierung zu protestieren. (Ein entsprechender Aufruf des Warschauer Regionalverbands wurde am 8.12. in der Presse gemeldet, stammt also vom 6. oder 7.12.). Aus den Presseberichten geht nicht hervor, wieweit tatsächlich über die Region Warschau hinaus konkrete Aktionsvorbereitungen für den 17.12. im Gange waren.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Solidarność-Leitung (Landeskommission) in ihrer berühmten allerletzten Sitzung (in Gdansk in der Nacht zum 13.12.) die Aktionsplanung von Radom bestätigte, also Generalstreik nach Beschlußfassung im Sejm, **ohne zu Aktionen bereits am 17.12. aufzurufen.** Nicht aus dem auf dieser Sitzung beschlossenen offiziellen Kommuniqué (Anm. 37), wohl aber aus den inzwischen bekanntgewordenen Protokollen der Sitzung geht hervor, daß geplant war, bei Verhängung des Ausnahmezustands (Kriegsrecht) einen „Besetzungsstreik" zu organisieren; nach den Vorstellungen einiger Solidarność-Führer sollte dieser dann in einen „aktiven Streik" übergehen, d.h. praktisch in die Übernahme der Produktion durch die in der Solidarność organisierte Arbeiterschaft (Anm. 38). Geplant war außerdem — laut Protokollen und offiziellem Kommuniqué —, ein Referendum durchzuführen, das „*über die grundlegenden Probleme hinsichtlich der Einschätzung und Bestätigung der Verwaltung*" und über „*eine Erneuerung der gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften*" (Kommuniqué) urteilen sollte. Praktisch also ein Mißtrauensvotum gegen das gesamte herrschende System (Anm. 39). Dieses Referendum sollte, so heißt es im offiziellen Kommuniqué, „*nicht später als am 15. Februar stattfinden*". Aus den Protokollen geht darüber hinaus hervor, daß Rulewski (Bydgość) dafür eintrat, eine „*Provisorische Regierung aus sachverständigen Leuten*" zu bilden, falls die Regierung „*nach dem Referendum einer politischen Lösung der Probleme nicht zustimmt*" (Anm. 40). Walesa scheint dieser Konzeption widersprochen zu haben, wobei aber die Stoßrichtung seiner Argumentation unklar bleibt (Anm. 41).

Aus dem widersprüchlichen, in unterschiedlichen Versionen überlieferten Material dieser letzten Solidarność-Sitzung geht immerhin eines klar genug hervor: **Angesichts drohender Notstandsmaßnahmen der Regierung sah die Solidarność-Führung den Zeitpunkt für einen Entscheidungskampf gekommen und stellte direkt den Kampf um die politische Macht auf die Tagesordnung. Es bestand aber offensichtlich kein Plan — und noch nicht einmal eine strategische Idee — wie diese Zielsetzung konkret verwirklicht werden sollte.** Abgesehen von der Illusion, das herrschende System werde irgendwie unblutig und ohne Mobilisierung seiner polizeilich-militärischen Reserven das Handtuch werfen, gab es lediglich vereinzelt Überlegungen über praktische Maßnahmen, wie etwa die Aufstellung einer „Arbeitermiliz" (Anm. 42) oder die Besetzung der Rundfunk- und Fernseh-Sender (Anm. 43). Es gibt aber keine Anhaltspunkte, daß solche Überlegungen über das Niveau von Biertisch-Reden wesentlich hinausgekommen waren (Anm. 44). Eine konkrete Aufstandsplanung, gar einen „Tag X" mit festgelegtem Datum, gab es zweifellos nicht.



Daß die Solidarność-Führung die Frage der wirtschaftlichen (und politischen) Macht auf die Tagesordnung setzen wollte, ohne sich über den praktischen Verlauf der Sache schon realitätsfähige Gedanken gemacht zu haben, setzt allerdings die objektiven Schlußfolgerungen aus ihren Absichten nicht außer Kraft. Wenn die Solidarność-Funktionäre heute behaupten, „die Macht" habe man niemals gewollt, dann ist das zwar gut verständlich angesichts einer realsozialistischen Legitimationspropaganda, die Solidarność zum Schuldigen für das Kriegsrecht stempeln will; aber diese naive Distanzierung vom Willen nach der Macht entspricht trotzdem nicht den Tatsachen. Und so sicher es ist, daß eine große Mehrheit der Solidarność-Führung den Einsatz von bewaffneter Gewalt als Mittel nicht vorsah, so sicher ist auf der anderen Seite, daß die von Solidarność in Radom und Gdansk ins Auge gefaßte Konfrontation zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Staatsmacht hätte führen müssen, wenn nicht das Kriegsrecht „dazwischengekommen" wäre. Das Bekenntnis von Solidarność zur Gewaltlosigkeit ist nicht zu trennen von der Illusion, man könne eines Tages die Macht pflücken wie eine reife Frucht, ohne bewaffnete Gewalt dafür nötig zu haben, bzw. daß man aufgrund der Zersetzung des Staatsapparats mit einem Minimum an Gewalt die Konfrontation siegreich würde entscheiden können.

Hätte die Konfrontation vermieden werden können?

War Solidarność „zu weit gegangen", wie manche Kritiker heute urteilen? Hätte sich der schwere Rückschlag vom 13. Dezember mit mehr Klugheit, Mäßigung und Selbstbeschränkung vielleicht doch noch vermeiden lassen?

Selbstverständlich läßt sich darauf nachträglich keine beweisbare Antwort geben, sondern man kann sich in der Rekonstruktion des Ablaufs der Ereignisse allenfalls einer Antwort zu nähern versuchen.

Nicht nur Solidarność (s. dazu Teil I dieses Artikels in AK 218), sondern auch die Partei- und Staatsführung Polens hatten monatelang eine Politik der „Selbstbeschränkung" betrieben. Das machte Polen vorübergehend zum Land mit den wenigsten politischen Gefangenen (Anm. 45) und den wenigsten Polizei-Einsätzen in ganz Europa. Diese „Selbstbeschränkung" der polnischen Bürokratie ist damals — auch von Solidarność — als bloßer Ausdruck von Schwäche und Handlungsunfähigkeit mißverstanden worden. Es ging aber um weit mehr, nämlich zum einen um die Hoffnung der Führungsmehrheit, daß sich die durch die Existenz von Solidarność und die oppositionelle Volksbewegung aufgeworfenen Probleme mit der Zeit vielleicht wieder entschärfen ließen, mit geringeren Verlusten und Risiken als denen, die eine direkte, gewaltsame Konfrontation mit sich bringen mußte. Und es ging zum zweiten um den Willen und die Bereitschaft von großen Teilen der Bürokratie, sich auf einen gesamtgesellschaftlichen, alle Aspekte des Lebens umfassenden Reformprozesses einzulassen und dabei die Existenz von Solidarność zumindest zu akzeptieren. Verglichen mit den Zielvorstellungen von Solidarność waren die Grenzen eines solchen Reformprozesses allerdings relativ eng gedacht.

Daß der so gegebene Zustand eines labilen Gleichgewichts zwischen Bürokratie und Solidarność (mit der Kirche als zusätzlicher Kraft im Spiel) schließlich zerbrach, scheint mir nicht auf das Hinzutreten eines neuen Faktors zurückzuführen, sondern auf die Entwicklung der im Grunde bereits seit dem Sommer 1980 wirkenden Faktoren.

❶ Die Wirtschaftskrise war keineswegs neu, aber sie verschärfte sich im Verlauf des Jahres 1981 noch weiter (Anm. 46). Das Anhalten der Streiks steigerte diese Krise zweifellos noch. Die Solidarność-Führung sah diese Streiks zwar selbst als problematisch an, erwies sich aber kaum als fähig, die Einstellung der „wilden" Streiks und eine zentrale Kontrolle durchzusetzen (Anm. 47). **Die angestrebte Sanierung der Wirtschaft mit riesigen Preiserhöhungen, Lohnstopp, Verschärfung der Arbeiterdisziplin, Verlängerung der realen Arbeitszeit, massenhaften Entlassungen und Umsetzungen etc. war gegen den Widerstand einer oppositionellen Arbeiterbewegung nicht durchführbar.**

❷ **Das labile Gleichgewicht zwischen Bürokratie und Volksbewegung, bei anhaltender Verschärfung der Wirtschaftslage, begünstigte einen allgemeinen Machtzerfall und das Schwinden jeder kollektiven Perspektive.** Gornicki als Sprecher der Militärdiktatur übertreibt wohl nicht allzu sehr, wenn er im Rückblick sagt: „*Die Verbrechensrate übertraf sowohl italienische als auch amerikanische Zahlen. Niemand war mehr sicher auf der Straße. Autorität gab es nicht mehr. Es gab jeden Tag Zehntausende von Fällen, wo ein Meister in der Fabrik Anordnungen erteilte, die nicht befolgt wurden, und man ihm sagte, er solle sich zum Teufel scheren. Etwa 200 öffentliche Gebäude waren besetzt...*" (Anm. 48).

Eines der Resultate war auch der Zerfall der PVAP, insbesondere ihrer Betriebsgruppen (Anm. 49). Noch gefährlicher aber mußte den Herrschenden die Zersetzung ihres Gewaltapparates erscheinen, die sich beispielhaft darin ausdrückte, daß während des Solidarność-Kongresses eine Sammlung mit 42.000 Unterschriften von Polizisten u.ä. für die Gründung einer autonomen Polizei-Gewerkschaft präsentiert wurde. In diesen Zusammenhang gehören auch die Streikdrohungen der Angestellten der Staatsanwaltschaft Warschau im November, wobei neben Lohnerhöhungen auch die Unabhängigkeit der Justiz gefordert wurde. Und hierher gehört auch der Konflikt um die Warschauer Feuerwehrschule. (Die Feuerwehr ist in Polen direkt der Polizei angegliedert.)

Man sieht schon, daß das Kernproblem nicht in irgendwelchen „übersteigerten" oder „verfrühten" Forderungen von Solidarność lag (nach freien Wahlen, nach Arbeiterselbstverwaltung etc.), sondern daß es um praktische Probleme grundsätzlicher Art ging, nämlich um **die fortschreitende Zerrüttung und Verrottung aller sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse.**

Die Problematik wurde nicht allein von der Bürokratie, sondern auch von Solidarność gesehen. Karol Modzelewski drückte das Anfang November so aus: „*Die aktuelle Krise ist deshalb so bedrohlich, weil ihre Gründe nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sind. Denn es ist vor allem eine Krise der Hoffnung, und eine Krise der Hoffnung kann für Polen tödlich enden, wenn es nicht gelingt, Perspektiven zu schaffen*" (Anm. 50). Die Stagnation und Fäulnis aller Verhältnisse scheint zudem zuletzt auch zu einem Popularitäts- und Autoritätsverlust von Solidarność geführt zu haben: Aus einer Anfang Dezember publizierten offiziellen Umfrage ging hervor, daß „nur" noch 58 % der Polen Solidarność „uneingeschränkt" unterstützten, während es im Oktober noch 71 % gewesen waren. Die Tendenz dieses Ergebnisses wurde von Solidarność nicht angezweifelt („Welt", 8.12.).

So stand auf der einen Seite eine zunehmende Entschlossenheit in der Partei- und Staatsführung, den Zustand des labilen Gleichgewichts zu beenden und wieder „klare Verhältnisse" zu schaffen. („Klare Verhältnisse" bedeuteten dabei nicht unbedingt und unter allen Umständen das Kriegsrecht. Eine weitgehende freiwillige Unterordnung nennenswerter Teile von Solidarność, in Verbindung mit einigen Zwangsmaßnahmen, hätte dem beabsichtigten Zweck der Herrschenden womöglich noch besser dienen können).

Auf der anderen Seite mußte auch Solidarność feststellen, daß die Politik der „Selbstbeschränkung" (auf beiden Seiten) an den Grenzen ihrer Möglichkeiten angelangt war. Der Spielraum für eine „Gewerkschaftspolitik" im klassischen Sinn reduzierte sich in dem Maß gegen Null, wie die Entwicklung der ökonomischen Krise jeden denkbaren Bodengewinn der Arbeiterbewegung wieder aufzehrte. Dieser Spielraum verringerte sich zudem dadurch, daß der Streik als Kampfmittel immer fragwürdiger wurde, weil er der Arbeiterklasse selbst mindestens ebenso großen Schaden zufügte wie dem herrschenden System. Vor diesem Hintergrund forderte Walesa: „*Wir müssen wirksamere Protestformen finden, die uns selbst helfen*" („FAZ", 29.10.), und die Parole des „aktiven Streiks", d.h. der Weiterführung der Produktion in eigener Regie der Arbeiter, gewann Boden. Es entstanden naive Konzepte einer Macht-Teilung zwischen Staat und Volksbewegung, bei der der Staat die wirtschaftliche Macht abtreten und nur noch die Verfügung über Polizei und Justiz behalten sollte. Daß dieses Modell nicht funktionieren konnte, war so offensichtlich, daß es nur noch ein logischer Schritt war, weiterzugehen und die Machtfrage insgesamt zu stellen.

Es kam hinzu, daß die Herrschenden selbst spätestens seit der Ablösung Kanias durch Jaruzelski offen und direkt auf Notstandsmaßnahmen zusteuerte, die von Solidarność als Herausforderung begriffen werden mußten, weil sie ihr Selbstverständnis und ihre Existenz als autonome Gewerkschaft bedrohten. Erst diese direkte Herausforderung führte schließlich zur Zuspitzung der Diskussion in Radom und Gdansk.

Der Gang der Dinge in Polen scheint die geschichtliche Erfahrung tatsächlich zu bestätigen, daß Zustände eines labilen Gleichgewichts zwischen den Herrschenden und einer 'revolutionären' Volksbewegung nicht lange aufrechtzuerhalten sind, sondern zu einer raschen Entscheidung hindrängen (Anm. 51). Das gilt umso mehr, wenn die politische Krise des Systems mit einer schweren Wirtschaftskrise zusammentrifft. Insofern ist das polnische Exempel auch ein weiterer praktischer Beweis gegen alle reformistischen Gedankenspiele mit „Historischem Kompromiß", Hinüberwachsen des imperialistischen Staates in den sozialistischen usw. Es ist andererseits nur logisch, daß westliche Befürworter reformistischer Modelle jetzt der Solidarność den Vorwurf machen, sie sei „zu weit gegangen", statt durch einen freiwilligen Rückzug die voraussehbare Niederlage zu vermeiden oder jedenfalls in ihrer Wirkung abzuschwächen. Die Frage ist bloß, ob unter Umständen eine solche Niederlage nicht nützlicher sein kann als ein freiwilliger Rückzug, der zudem angesichts der Fraktionierungen in der Solidarność und in der Volksbewegung gar nicht mehr als geordneter Rückzug, sondern nur als Aufsplitterung, Verwirrung und Flucht denkbar gewesen wäre.

„Niemand hat solchen Terror erwartet" (S. Blumsztajn)

Daß Solidarność auf die Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet war, ist

„Niemand hat solchen Terror erwartet" (S. Blumsztajn)

Daß Solidarność auf die Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet war, ist

so offensichtlich, daß ein Streit darum überhaupt nicht lohnt und wohl auch nirgendwo geführt wird. Unter diesen Umständen verschärfte das direkte Aufgreifen der Machtfrage durch das Präsidium in Radom — zu spät, zu leichtfertig, zu laut — die Probleme nur noch.

Es ist nachträglich sehr leicht und risikolos, darüber zu spekulieren, was gewesen wäre, wenn Solidarność ernsthaft versucht hätte, die politische Macht zu erobern, wenn Solidarność den Aufbau eines eigenen Gewaltapparats („Arbeitermilizen" o.ä.) konsequent betrieben hätte, wenn Solidarność einen Aufstandsplan ausgearbeitet hätte, wenn Solidarność sich durch Aufbau einer „zweiten Linie" besser auch auf Schläge des Staates vorbereitet hätte usw. usf.

Gegen diese Art von „linksradikaler" Kritik gibt es allerdings einige gewichtige Einschränkungen und Einwendungen, die ansatzweise bereits von Sewerin Blumsztajn (leitender Redakteur der Presseagentur von Solidarność) forluliert worden sind. Blumsztaijn bekräftigt, daß Solidarność auf den Militärputsch vom 13. Dezember „*technisch nicht vorbereitet*" war, und er fährt fort: „*Dies* (die Abwehr der Militärdiktatur) *hätte eine geheime, konspirative Vorbereitung und Organisation erfordert, was mit dieser Art von Bewegung, mit ihrem Drang nach Demokratie und Öffentlichkeit der Debatten nicht zu vereinbaren war. Ich kenne keine andere Bewegung, in der jede Versammlung von mindestens sechs Mitgliedern der nationalen Leitung öffentlich ist, wo — wie dies bei Solidarność der Fall war — immer Journalistsen anwesend waren, die unzensiert alle Einzelheiten der Debatten und Beschlüsse veröffentlichen konnten.*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Wir wußten, daß die Behörden mit einem Überraschungsschlag ohne weiteres die Mehrheit der Führungsmitglieder verhaften konnten und daß dann die Organisation von den übriggebliebenen, in den Fabriken verschanzten Führungsmitgliedern auf die Beine gestellt werden müßte. Es war einfach unmöglich, eine geheime Parallelorganisation aufzubauen. Und zwar nicht, weil wir das Ausmaß der Verhaftungen nicht voraussahen, sondern weil es nicht in Frage kam, daß ein Führungsmitglied nicht gewählt wurde — und sei es auch Walesa selbst. Es mußte einfach gewählt werden.

Zudem hätte auch die kleinste Vorbereitung auf die Konfrontation zu einer Kampagne der Behörden geführt, zum Vorwurf, wir wollten die Macht ergreifen. Man muß nur schauen, wie die Arbeitergarden als Vorwand benutzt wurden, die man in einigen Betrieben zu bilden versucht hat'' (Anm. 52).

Auf zwei Faktoren verweist Blumsztajn also: auf die innere Verfassung von Solidarność und der Volksbewegung überhaupt, sowie auf mögliche Reaktionen der Bürokratie. Der erste Punkt — er soll hier nicht weiter betrachtet werden — führt zurück auf den bekannten Streit in der revolutionären russischen Arbeiterbewegung um legale Massenorganisation oder konspirative Organisation von ,,Berufsrevolutionären'' bzw. das Verhältnis zwischen den beiden. Der zweite Punkt verweist auf die komplizierte Problematik eines Übergang von der ,,Politik der Selbstbeschränkung'' zu einer Politik der Konfrontation und des unmittelbaren Kampfs um die Macht, von einer Politik im Rahmen der gegebenen Legalität zur einer Politik bewußter Durchbrechung dieser Legalität.

Solidarność hat, beispielsweise, unzählige Male beteuert, ihre Ziele ausschließlich mit friedlichen Mitteln erreichen zu wollen. Wenn man bedenkt, daß frühere Arbeiterrevolten in Polen ziemlich gewalttätig verlaufen sind (und zwar nicht nur von seiten der Staatsmacht), wird man in dem Bekenntnis von Solidarność zur Gewaltlosigkeit sicher mehr sehen müssen als etwa die Naivität einer unreifen Bewegung. Sie war wohl weit mehr politisches M i t t e l einer Strategie, die auf schrittweises Wachstum im Rahmen eines feindlichen Systems und auf Bündnisse mit der Kirche und mit Teilen des Parteiapparats setzte — und zunächst vielleicht setzten m u ß t e, um ihre Anfangs- und Wachstumsphase zu überstehen. Der Legalismus und Pazifismus von Solidarność, so sehr er auf der einen Seite die Herausbildung politischen Bewußtseins und entsprechender Maßnahmen und Vorbereitungen behindert hat, hat auf der anderen Seite doch auch lange Zeit als ein wichtiger Schutz für die Volksbewegung gedient. Diesen Schutz aufzugeben und offen den Kampf um die Macht zu erklären, bedeutete in jedem Fall ein enormes Risiko.

,,Linksradikale'' Patentlösungen, wie sie jetzt der Solidarność von manchen trotzkistischen Autoren nachträglich empfohlen werden, haben den Nachteil, an dieser realen Problematik vorbeizugehen, indem sie das Problem als solches anscheinend nicht einmal wahrzunehmen vermögen. Zudem übersehen diese Autoren, daß Solidarność alles andere als eine revolutionäre Partei im Stil Lenins war und daß deshalb von vornherein alle Ratschläge ihren Zweck verfehlen, die eine solche revolutionäre Partei v o r a u s g e s e t z t hätten. (Die Trotzkisten haben eine Vorliebe dafür, vielleicht richtige Ratschläge an ganz falsche Adressen zu geben — so z.B. auch ihre Aufforderung an die SPD, sozialistische Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu machen.) Andererseits kann man die Frage nach einer revolutionären Partei im polnischen Zusammenhang aber gar nicht ernsthaft aufwerfen, ohne zugleich eine sehr weitgehende und grundsätzliche Kritik an a l l e n Seiten der Politik von Solidarność zu üben. Diese Kritik dürfte dann nicht bei den M e t h o d e n von Solidarność (,,mangelnde revolutionäre Konsequenz'' etc.pp.) stehen bleiben, sondern müßte sich vor allem ihren I n h a l t e n zuwenden — ihren Verhältnis zur Barbarei des Katholizismus, ihren bestenfalls kindlich-naiven Ansichten über den kapitalistischen Westen usw. Gerade auf d i e s e m weiten Feld haben dieselben Autoren, die jetzt mit verspäteten radikalen Ratschlägen kommen, in der Vergangenheit jeden Blödsinn und jeden religiösen Mummenschanz von Solidarność gerechtfertigt oder gar als ganz neue Dimension der Arbeiterbewegung angepriesen. —

Abschließende Bemerkung: Viele Gesichtspunkte und Schlußfolgerungen sind in dieser Ausarbeitung gar nicht oder nur andeutungsweise behandelt worden. Manches in diesem Text wird mancher/manchem als widersprüchlich, falsch, blödsinnig etc. erscheinen. Ich möchte das gern als Einladung zur Diskussion verstanden sehen.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

19. In Bydgość wurden am 19.3.81 mehrere Gewerkschafter, unter ihnen der regionale Solidarność-Vorsitzende Rulewski, von der Miliz zusammengeschlagen. Der Vorfall wurde von der Solidarność zum Anlaß für landesweite Kampfaktionen genommen, deren Inhalte mit dem Vorfall selbst z.T. nichts mehr zu tun hatten. (Beispielsweise gehörte zu dem aufgestellten Forderungskatalog auch die Zulassung des Interessenverbandes der Privatbauern, der Land-Solidarność.) Für den 31. März wurde ein Generalstreik angesetzt, um dem Forderungskatalog Nachdruck zu geben. Nach abenteuerlichen Drohungen der herrschenden Politiker (es drohe „ein Blutbad" etc.pp.) und nach Verhandlungen setzte Walesa ziemlich eigenmächtig die Absage des Streiks durch. Eine Folge davon war erhebliche Kritik an Walesa, die sich u.a. im Rücktritt des Solidarność-Pressesprechers Karol Modzelewski ausdrückte. (Bericht zur Entwicklung des Konflikts von Bydgość in AK 198).

20. Vollständiger Text des Briefs des ZK der KPdSU in „FAZ", 11.6.; die wesentlichen Passagen auch dokumentiert in AK 204.

21. Laut „FAZ", 20.7., wurden nur 17 von 142 ZK-Mitgliedern wiedergewählt. Von den elf Mitgliedern des alten Politbüro wurden nur vier ins neue ZK gewählt. Von 30 Wojewodschafts-Parteivorsitzenden, die fürs neue ZK kandidiert hatten, wurden nur acht gewählt. Es waltete, und das gehört zu den Seltsamkeiten der polnischen Entwicklung, auf dem PVAP-Parteitag ein Demokratismus und eine Selbständigkeit der Delegierten, die in keiner etablierten Partei des Westens auch nur entfernt denkbar wäre. Man stelle sich vor, der SPD-Parteitag im April würde Helmut Schmidt aus der Partei ausschließen und die ganze Riege von Nachrüstungsbefürwortern aus allen zentralen Parteiämtern entfernen...

22. Solidarność ließ Anfang August mehr als 50 Stunden lang die Warschauer Innenstadt durch Lastwagen und Busse blockieren. Der Protest galt der Kürzung der Fleischrationen. Eine gewalttätige Konfrontation drohte, als Solidarność versuchte, die Aktionen mit einer Demonstration an der PVAP-Zentrale und am Gebäude der Regierung vorbei abzuschließen. Die Polizei verbot und blockierte diese Route; Solidarność lenkte schließlich ein. Walesa tat sich bei diesen Aktionen mit jeder Art von „wilden" Äußerungen hervor, die bei ihm trotz aller „Selbstbeschränkung" gelegentlich durchbrach. So verkündete er etwa: „Wir sind die Herren der Lage und werden es für lange Zeit bleiben" („Welt", 5.8.) und drohte kurz vor dem schließlichen Einlenken vor den Polizeisperren: „Wir wollen einen 100 %igen Erfolg. Die Miliz muß den Weg freigeben" („SZ", 6.8.).

23. „Spiegel"-Interview, 9.11.81. Karol Modzelewski vom KOR war bis zum April 81 Pressesprecher von Solidarność. Bekannt wurde er bereits 1964 durch den „Offenen Brief", den er zusammen mit Jacek Kuron publizierte und der den beiden Haft und andere Repressalien einbrachte. Der „Offene Brief" war von trotzkistischen Positionen geprägt, von denen sich Kuron und Modzelewski später aber weit entfernten, um bei einem theoretisch kaum fundierten Sozialdemokratismus zu landen.

24. Kowalewski aus der Regionalleitung von Lodz befindet sich seit dem Staatsstreich im Westen und hat eine ganze Reihe interessanter Interviews gegeben. Er ist der einzige im Westen befindliche Solidarność-Funktionär, der g e g e n Wirtschaftssanktionen Stellung genommen hat. Das Zitat ist aus einem „taz"-Interview, 25.1.82.

25. Die „taz" berichtete am 27.8.81: „58 % der schlesischen Bergbauarbeiter befürworten den Appell des Führungsgremiums von Solidarność zur Arbeit an acht freien Samstagen... Bei den von dem Appell betroffenen Berufskategorien in der Region Warschau sind 67 % der Befragten dafür und 19 % dagegen. Dies geht aus einer Meinungsumfrage hervor, die die unabhängige Gewerkschaft durchführen ... ließ. Die Umfrage betraf außerdem die zehn Bedingungen, deren eventuelle Erfüllung den Appell begünstigen würde. In der Region Warschau kam an erster Stelle (70 %) der Zugang von Solidarność zu den Massenmedien. Es folgten: Die Garantie, daß die gesamten Rationierungsmarken auch eingelöst werden (49 %), die Bezahlung der 'Freien Samstage' zum Doppelten der für Überstunden üblichen Tarife (42 %), Kontrolle über die Bestimmung der Arbeitsprodukte durch das Personal (41 %). Teilnahme von Solidarność im Parlament (25 %). Erhöhung der Fleischration (25 %). Verbesserte Organisierung der Arbeit (22 %). Ankündigung freier Parlamentswahlen (17 %)." — Die „taz"-Meldung enthält noch einige weitere interessante Daten dieser Befragung.

26. Das Politbüro der PVAP warf Solidarność vor, „auf eine Konfrontation zuzusteuern, die zu Blutvergießen führen müsse". „Alle politischen Kräfte im Lande, einschließlich der einfachen Mitglieder von Solidarność, sollten sich 'deutlich gegen politisches Abenteurertum' wenden". „Die Zähmung politisch Verrückter liegt im Interesse der Nation und des unabhängigen Polens...". „Wir werden den Sozialismus ebenso verteidigen, wie die Unabhängigkeit Polens verteidigt wird". Solidarność müsse sich von allen trennen, die mit dem KOR oder der nationalistischen KPN in Verbindung stünden (nach „Neue" und „Welt", 18.9.).

27. In folgenden Punkten wendete sich der Solidarność-Kongreß gegen die vom Sejm beschlossene Fassung der Gesetze:
a) Die Sejm-Fassung sieht vor, daß der Betrieb vom Direktor „geführt" wird; die Beschäftigten „nehmen an der Führung teil". Solidarność forderte, „daß die Betriebe von den Belegschaften durch Beschlußfassung in allen wichtigen Fragen geführd werden müssen".
b) Die Sejm-Fassung sieht jeweils die Bildung betrieblicher Auswahlkommissionen vor, die bei der Berufung neuer Direktoren das Vorschlagrecht haben sollen. Diese Gremien sollen paritätisch besetzt werden. Solidarność hingegen verlangte, „daß die Zusammensetzungen und Berufung dieser Kommission allein das Recht des Arbeiterrates sein sollte". (Die endgültige Entscheidung über die Berufung des Direktors sollte, sofern im Gesetz nicht anders geregelt — vgl. dazu Punkt c — durch den Arbeiterrat vorgenommen werden).
c) Nicht unter das Gesetz fallen sollten in der Sejm-Fassung: die Eisenbahn, die Post, Telegraf und Telefon, die Fluglinien LOT, das staatliche Versicherungswesen, die Banken sowie Betriebe im Bereich der Forstwirtschaft. — Solidarność wollte die Ausnahmen beschränken auf Rüstungsbetriebe und Betriebe, die dem Finanzminister oder Justizminister unterstehen.
d) und e) Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die weitgehende Selbstverwaltung der Betriebe (sofern nicht unter die in Punkt c genannten Ausnahmen fallend) wollte Solidarność enger fassen als in der Sejm-Fassung vorgesehen.
(nach „express"-extra Polen, Herbst 1981).

28. Zitiert nach einem Interview, das die „KVZ" am 6.11. abdruckte. Gesprächspartner war u.a. der stellvertretende Vorsitzende von Solidarność für die Region Masowsze, Wiktor Kulerski.

29. Walesa, der zu diesem Zeitpunkt gerade in Frankreich gastierte, gab dazu einen seiner berühmten Kommentare, deren genauer Platz zwischen Naivität, Bauernschläue und schwarzem Humor sich nie mit letzter Sicherheit ermitteln ließ: Er sehe in der Umbesetzung „keinen Grund zur Unruhe". „Persönlich verstehe ich mich gut mit Jaruzelski" (nach „Welt", 20.10.).

30. Wortlaut des Beschlusses in „UZ" vom 20.10. Nachgedruckt im AK vom 16.10. Der AK kommentierte damals die Ergebnisse der ZK-Tagung so: „Mit Drohungen an die Adresse der Opposition hat die polnische Führung seit dem Beginn des Konflikts im Hochsommer 1980 schon wiederholt operiert, ohne diese Drohungen praktisch einzulösen. Das hat weithin der Meinung Stoff gegeben, die polnische Führung sei ohnehin nur wie ein Hund, der zwar kläfft, aber nicht zubeißen wird. Der Ton des neuen ZK-Beschlusses deutet jedoch darauf hin, daß ein Punkt erreicht ist, wo die Politik der folgenlosen Drohungen an ihre Grenzen gestoßen ist, und wo in der Partei die ‚Falken', also die Befürworter einer scharfen Konfrontation, an Boden gewonnen haben... Die kritischsten Momente werden wohl in den Wintermonaten bevorstehen, wenn zu den sonstigen Versorgungsmängeln auch noch der Mangel an Kohle und Heizöl spürbar wird. Die Zeit für einen Entscheidungskampf scheint ziemlich nahe zu sein".

31. Dies wird, so weit bisher ersichtlich, von den im Westen befindlichen Solidarność-Funktionären offen eingeräumt. „An einen Staatsstreich glaubte von uns — ehrlich gesagt — niemand. Wir waren alle davon überzeugt, daß die Macht, die dabei war, sich selbst aufzulösen und auch demoralisiert war, nicht imstande wäre, einen Akt des Verrates, wie ein Staatsstreich es darstellt, zu vollziehen. Wir haben uns wirklich sehr gründlich getäuscht" (Z. Kowalewski, Interview in der „taz" vom 25.2.). „Wir waren allgemein überzeugt, daß eine Konfrontation unvermeidlich wurde und daß eine systematische Umgestaltung der politischen Verhältnisse erst nach überstandener Machtprobe möglich sein würde. Es war uns auch klar, daß dieser Konflikt in Form eines Generalstreiks ausgetragen werden würde. Darauf waren wir psychologisch und politisch vorbereitet. ... Niemand ahnte jedoch, daß die Behörden derart hart durchgreifen würden. Auf ein solches Ausmaß von Brutalität war Solidarność technisch nicht vorbereitet" (S. Blumsztajn, Leiter der Solidarność-Presseagentur, in einem Interview mit „Le Monde"; zit. aus der trotzkistischen Schweizer Zeitschrift „bresche" vom 18.1.).

31. In Kattowice ging die Polizei gegen Solidarność-Mitglieder vor, die ihre Zeitung verkauften. Eine große Menschenmenge sammelte sich daraufhin an, um den Solidarność-Leuten zu helfen. Es gab Steinwürfe auf die Polizei, umgestürzte Polizeifahrzeuge und massive Einsätze der Miliz. Praktisch ging es bei diesem Konflikt um den Versuch des Staates, seine repressive Gesetzgebung und Rechtsprechung (Verbot von „antisowjetischen und staatsfeindlichen" Schriften) wieder konsequenter durchzusetzen, nachdem Solidarność sich bis dahin große Freiräume erkämpft hatte.
Aus einem ähnlichen Anlaß entwickelten sich auch in Wroclaw Zusammenstöße. Die Behörden verhängten daraufhin ein unbefristetes Versammlungsverbot. Mehrere Solidarność-Funktionäre wurden festgenommen und erst nach Streikaktionen u.a. in den Verkehrsbetrieben wieder freigelassen.
33. Das Datum der Radomer Präsidiumstagung wird unterschiedlich mit 2., 3. oder 4.12 angegeben. Gornicki, eine Art Pressesprecher Jaruzelskis, gibt den 4.12. an („UZ", 18.1.).

34. Wortlaut der Stellungnahme in „Solidarität", Jugendzeitung des DGB, Februar 82. Auffallend ist, daß hier doch noch einmal auf die Möglichkeit einer „Nationalen Verständigung" unter bestimmten Bedingungen Bezug genommen wurde, obwohl man gerade eben das Scheitern der entsprechenden Verhandlungen erklärt hatte. Offenbar kein sehr gelungener Kompromiß zwischen den in der Solidarność-Spitze vertretenen Strömungen und Vorstellungen.

35. „UZ", 25.2., als Wiedergabe nach einem Artikel der polnischen Armeezeitung „Zolnierz Wolnosti". Weiter zitiert die „UZ" aus diesem Artikel, die Solidarność-Spitze habe „mit stabsmäßiger Präzision und sorgfältig vor(bereitet), wer und auf welche Weise zu liquidieren ist".

36) z.B. „UZ" (Tageszeitung der DKP) vom 18.12., 22.12., 24.12., 22.1., 24.2., 26.2. In ersten „UZ"-Artikeln nach dem 13.12. wurde behauptet, daß der „Tag X" bereits auf der Tagung des Solidarność-Präsidiums in Radom exakt geplant worden sei. Zu diesem Zweck werden individuelle Äußerungen (z.B. von Bujak zur Notwendigkeit einer Besetzung der Radio- und TV-Zentralen) als feste Planung der Solidarność i n s g e s a m t dargestellt. Statt des 17.12. als „Tag X" tauchte in den ersten „UZ"-Artikeln nach Verhängung des Kriegsrechts noch der 20.12. als angeblich geplanter „Sonntag der Abrechnung mit der PVAP" auf („UZ", 18.12.).

36a) Die Regierung hat sogar ausdrücklich und mehrfach erklären lassen, daß wegen der Geschehnisse v o r dem 13. Dezember kein Solidarność-Funktionär angeklagt werden soll. Ausgenommen hiervon ist einzig und allein Marian Jurczyk wegen seiner Galgen-Sprüche vom November; er soll deswegen vor Gericht gestellt werden.
37. Abdruck in der „taz" vom 15.12.; nachgedruckt auch im AK 215, S.6.

38. Seweryn Jaworski, stellvertr. Vorsitzender von Solidarność in der Region von Warschau, sagte dazu (nach „was tun", 28.1.): „... Schließlich möchte ich vom Besetzungsstreik sprechen, von seiner absoluten Notwendigkeit für den Fall, daß die Behörden den Ausnahmezustand dekretieren. Der Besetzungsstreik muß erlauben, den aktiven Streik vorzubereiten, mittels dessen wir ein Gutteil der wirtschaftlichen Macht und des Apparats, der sie koordiniert, in die Hand nehmen werden. Wir können diesen Apparat zu 100 % ersetzen". Ihm widersprach Rulewski: „Wenn wir sagen, daß nach dem Generalstreik der aktive Streik folgt und wir die Macht nehmen, provozieren wir Unzufriedenheit und verlieren Unterstützung". Alternativ schlug Rulewski dann das später beschlossene Referendum vor (ebenda). — Daß regional schon konkrete Pläne zum „aktiven Streik" bestanden, berichtet Z. Kowalewski, Präsidiumsmitglied der Solidarność für die Region Lodz: „... Wir wollten zum Mittel des ‚aktiven Streiks' übergehen, was soviel hieß, wie die Macht in den Betrieben zu übernehmen, also die Produktion und die Distribution selbst zu kontrollieren, d.h. die wirtschaftliche Macht zu übernehmen. Wir wollten am 21. Dezember damit in meiner Region beginnen" („taz"-Interview, 25.1.). Ein ausführlicherer und höchst interessanter Bericht Kowalewskis über die Vorbereitungen auf den ‚aktiven Streik' findet sich in „die linke" (Zeitschrift der österreich. Trotzkisten-Gruppe GRM) vom 20.1.

39. Jan Rulewski soll dies (nach „KVZ", 5.2.) in Gdansk direkt so formuliert haben: „... Aber — als kleines taktisches Spiel — das Referendum sollte nicht nur Fragen zur Selbstverwaltung enthalten. Dies Referendum muß vielmehr ermöglichen, festzustellen, ob die Gesellschaft ein Vertrauensvotum für dieses Repräsentativsystem, diese Kammer, diese Regierung und dies ganze gegenwärtige System der Machtausübung erteilt...".

40. So laut „was tun", 28.1. Nach der Version der „KVZ" vom 5.2. sollte die Parole der Provisorischen Regierung bereits früher aufgestellt werden, nämlich „nach diesem Streik, wenn die Behörden sich mit keiner politischen Lösung einverstanden erklären." Zum Problem der unterschiedlichen Versionen siehe Anm. 16 in AK 218. — Von der Notwendigkeit einer Provisorischen Regierung hatte Rulewski bereits in Radom gesprochen: Die Politik der Regierung führe zu einem Zusammenstoß mit dem Volk, der nur mit dem Sturz der Regierung enden könne. Dann müsse an ihre Stelle eine Provisorische Regierung „von Managern" (?) treten, um „demokratische Parlamentswahlen" vorzubereiten und die Sanierung der Wirtschaft einzuleiten (vgl. Darstellung der Solidarność-Journalisten M. Zielinska und J. Walc im „Spiegel", 14.12.).

41. Laut „was tun" (28.1.) soll Walesa gesagt haben: „Ich unterstütze Rulewskis Lösung, außer wenn er von einer provisorischen Regierung redet... Die fällt nicht vom Himmel. Ich befürworte eine Dreiparteienregierung, die ein Referendum, Wahlen, ein neues Wahlrecht usw. vorbereitet...". (Ähnlicher Wortlaut auch in der Version der „bresche" vom 1.2. — Mit „Dreiparteienregierung" scheinen Staat, Solidarność und Kirche gemeint zu sein.) — Laut „KVZ" (5.2.) soll Walesa gesagt haben: Er stimme mit den Vorschlägen von Rulewski überein, „außer daß Jasio (Rulewski — Anm. d. Verf.) eine Sache nicht gemerkt hat. Er hat von einer ‚provisorischen Regierung' gesprochen. Aber diese provisorische Regierung wird nicht vom Himmel fallen. Einer muß damit anfangen...". Die weiteren Ausführungen Walesas, wie sie von der „KVZ" zitiert werden, besagen jedoch, daß es gerade n i c h t „diese Dreier-Konzeption" sein könne, die das Referendum, die Wahlen etc. vorbereitet. Er selbst habe an die Möglichkeit eines solchen „Trios" geglaubt, halte das aber nunmehr für gescheitert. Es folgt dann in dieser Version der Hinweis auf die Unvermeidlichkeit einer Konfrontation und „politischen Lösung", die er eigentlich erst im Frühjahr 82 erwartet habe. „Deshalb war Radom, was es war. Deshalb habe ich aufgehört, der gute Walesa zu sein — denn einer hat ja irgendwann einmal gemeint, ich sei der gute Walesa. Ihr habt alle gedacht, ich wäre ein Verräter, den man gekauft hat usw. Aber das war nicht wahr. Es ging darum, daß soviel Leute wie möglich uns begreifen... In dem Moment, wo wir es verstanden haben, alle anderen an uns zu binden, die, die feige sind usw., dann kann man über Wahllisten sprechen, über alle Ziele, die den Sejm betreffen usw.". Was das praktisch für den Moment hätte bedeuten sollen, wird aus dem Text nicht ausreichend klar.

42. z.B. Palka und Bujak in Radom (s.o.). Jaworski sagte zu diesem Problem in Gdansk: „... Ein anderes Problem, über das ich hier sprechen will, ist das der Sicherheit der Gewerkschaft. Wir wissen, daß sie bedroht ist. Bei Gelegenheit verschiedener Streiks, zum Beispiel dem in der Feuerwehrhochschule in Warschau, hätte der Konflikt unübersehbare Konsequenzen haben und zu einer blutigen Konfrontation führen können. Diese Frage kann sich jederzeit wieder stellen. Wenn wir keine fest aufgestellten Arbeitergarden haben, werden wir uns nicht gegen die eventuellen Provokationen von mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen wehren können... Deshalb also halte ich die Aufstellung von Arbeitergarden in allen Regionen, vor allem in den großen Betrieben für notwendig. Obwohl sie über keinerlei spezielle Ausrüstung verfügen, werden wir sie sicher benötigen. Sie werden eine Kraft bilden, mit der diese zu Konfrontation bereiten Gruppen rechnen müssen" (nach „KVZ", 5.2.).
43. Bujak in Radom (s.o.).
44. „Arbeitermilizen" wären zwar gelegentlich auf örtlicher oder auch betrieblicher Ebene schon gebildet worden. Aber dies anscheinend nur zu konkreten Anlässen (also nicht als eine kontinuierliche Einrichtung), ohne Bewaffnung und ohne jede zentrale Führung. Sie entsprachen also vermutlich eher Ordnertrupps, wie sie hier bei Demonstrationen aufgestellt werden; ein Gewaltapparat, der eine Kraftprobe mit dem Staat hätte eingehen können, war das gewiß nicht.

45. Ungefähr ein halbes Dutzend, in erster Linie Führungsmitglieder der reaktionär-nationalistischen KPN, die sich nach schwer durchschaubaren Spielregeln mal in U-Haft und mal auf freiem Fuß befanden.

46. Offiziell wird der Rückgang der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr für 1981 mit 13,4 % angegeben. Dem stand eine Steigerung der Löhne um 26 % gegenüber. Der Produktionsrückgang schlug nicht nur auf den Konsum, sondern auch auf den Export stark durch: Dieser ging um über 15 % zurück, und der Devisen bringende West-Export sank sogar um über 21 %. Das wiederum hatte Rückwirkungen auf den Import aus den westlichen Industrieländern, der um etwa 26 % sank. Und das hatte zur Folge, daß die polnische Industrie noch stärker unter dem Mangel an Materialien und Ersatzteilen litt (Zahlen aus „UZ", 18.12.81; „Welt", 14.12., 15.12., 29.12.81 und 14.1.82).

47. Im Herbst 1981 fanden zahlreiche örtliche Streiks von z.T. erheblicher Dauer statt, die von Solidarność nicht mehr kontrolliert werden konnten. Hauptthema war die Absetzung und Bestrafung örtlicher Funktionäre, daneben auch die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln u.ä. Mehrere zentrale Aufrufe zur Einstellung der Streiks und Feuerwehr-Einsätze einzelner Solidarność-Führer blieben erfolglos. Auch der Versuch, diese Streiks mit dem Generalstreik vom 28.10. „zusammenzuführen" und zum Abschluß zu bringen, scheiterte. Die Solidarność-Leitung beschloß deshalb Anfang November, eine Kommission einzurichten, die jeweils prüfen sollte, wieweit örtliche oder regionale Streikforderungen berechtigt seien; die Entscheidungen dieser Kommission sollten verbindlich sein. Die Streikwelle erreichte ihren Höhepunkt Ende Oktober/Anfang November mit ca. 350 000 Streikenden. Danach wurden die einzelnen Konflikte beigelegt, so daß diese Streiks etwa Mitte November alle beendet waren. Dies allerdings nur dadurch, daß nahezu sämtliche Streikforderungen erfüllt wurden. Von Mitte November bis zur Verhängung des Kriegsrechts, einen Monat später, wurde über keine neuen Arbeiterstreiks berichtet. Dafür begannen nun aber landesweit Streiks und Besetzungsaktionen der Studenten und des akademischen Personals sowie verschiedene Kampfaktionen der Bauern.

Einige Zitate können die Skepsis in der Solidarność-Führung angesichts der ‚wilden' Streiks deutlich machen: „Die Zeit des Kampfes mit Hilfe von Streiks ist so ziemlich vorbei... Wir sollten zuallererst die örtlichen Streiks einstellen... Dann sollten wir uns mit der Regierung an einen Tisch setzen und ein hartes Gespräch führen" (Janusz Onyszkiewicz, Früherer Pressesprecher von Solidarność, lt. „Hamb. Abendblatt", 4.11.). „Die Solidarität ist selbst daran interessiert, diese lokalen Streiks unter Kontrolle zu halten... Streiks für Lebensmittel, die es nicht gibt, können uns nur in Richtung einer Katastrophe führen" (Karol Modzelewski, „Spiegel-Interview, 9.11.). „Laßt uns keine Streiks mehr ausrufen, sonst werden wir aus diesem Dilemma nie wieder herauskommen" (Walesa vor Streikenden in Krakau, lt. „Welt", 11.11.).

48. Nach „UZ", 18.1. — Außer Studenten und akademischem Personal hielten auch Bauern diverse Gebäude besetzt.
49. Der ohnehin sich vollziehenden Ausblutung der Partei in den Betrieben versuchten örtliche Solidarność-Gliederungen im November/Dezember noch die Spitze aufzusetzen, indem sie die Abschaffung der Betriebsparteizellen forderten, deren Büros zu besetzen versuchten etc. Die KPN versuchte, diese Entwicklung voranzutreiben und zu zentralisieren, indem sie dazu aufrief, die PVAP müsse aus allen Betrieben „verjagt" werden („Welt", 12.12.).
50. „Spiegel"-Interview, 9.11.

51. vgl. Lenin zur Entwicklung und Perspektive der Doppelherrschaft in Rußland 1917; insbesondere: „Über die Doppelherrschaft" (Bd. 24, S. 20 - 23). „Die eigenartige Doppelherrschaft" in „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution" (Bd. 24, S. 44 - 49). „Ist die Doppelherrschaft verschwunden?" (Bd. 24, S. 445 - 448). „Zu den Losungen" (Bd. 25, S. 181 - 189). Lenin vertrat die — dann durch die wirkliche Entwicklung bestätigte — Ansicht, daß „die Kardinalfrage jeder Revolution" die Frage nach der Staatsmacht sei. Die in Rußland nach der bürgerlich-demokratischen Februar-Revolution entstandene Doppelherrschaft (bürgerliche Provisorische Regierung einerseits, Arbeiter- und Soldatenräte andererseits) könne demnach nicht lange Bestand haben, sondern die Frage der Staatsmacht müsse zugunsten einer Seite entschieden werden. Insbesondere in „Ist die Doppelherrschaft verschwunden?" (2. Juni 1917) argumentiert Lenin, daß die Doppelherrschaft „die Wurzel des Übels" sei und daß ohne deren Aufhebung auch der wirtschaftlichen Zerrüttung nicht beizukommen sei.
52. siehe Anm. 31, Schluß.

Die SPD vor dem Parteitag

Der Countdown läuft: nur noch wenige Wochen und in München wird (vom 19. – 23.4.82) der Parteitag der „größten Friedenspartei der BRD", nämlich der SPD, zusammentreten.

Zwischen der NATO-„Schicksalsgemeinschaft" mit Reagan und dem Ansprechspartner für die Friedensbewegung in der Parteienlandschaft liegen Welten. 80% der SPD-Mitglieder seien zumindest heimliche „Nach"-Rüstungsgegner, erklärte Gerhard Schröder vom linken Parteiflügel. Nur 20% der Delegierten werden für das Fallenlassen des Doppelbeschlusses in München stimmen, konstatierte Glotz für den Parteivorstand.

Von „schweren Schlappen" bis zur „vollen Unterstützung" für Helmut Schmidt war nach den jeweiligen Landes- oder Bezirksparteitagen der SPD in der Presse zu lesen. Ob neben dem beachtlichen „stillen" Mitgliederverlust (20.000 innerhalb des letzten Jahres) nach dem Kanzler auch eine innerparteiliche Opposition mit dem Austritt drohen könnte, ist allerdings noch nicht erkennbar. Vor allem in der Auseinandersetzung um ein Moratorium während der Genfer Verhandlungen werden von Teilen der SPD neue Hoffnungen geschürt. Wir wollem im folgenden versuchen, anhand der Diskussionen und Abstimmungen der vorangegangenen regionalen Parteitage ein Bild zu geben.

Zuvor noch ein kurzer Rückblick auf den Westberliner Parteitag von 1979.

Westberliner Parteitag 79

Mit der überraschend großen Mehrheit von 90% der Delegierten billigte der Westberliner Atomparteitag im Dezember 1979 nicht nur den weiteren Ausbau der Atomenergie, sondern in einem Antrag „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" auch die „Nach"rüstung — genau eine Woche, bevor die NATO in Brüssel ihren „Doppelbeschluß" verabschiedete! Neben allgemeinen Bekenntnissen zur „Sicherheitspolitik" der Bundesregierung, zum „globalen Gleichgewicht" und zu „verteidigungspolitisch gebotenen Entwicklungen neuer Waffensysteme" enthält der Parteitagsbeschluß folgende konkreten Aussagen zur „Nach"rüstung: „ ... *Eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden kommt nicht in Frage ... Aus diesen*

streckenwaffen auf deutschem Boden kommt nicht in Frage ... Aus diesen

Gründen soll die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa [die frühestens 1983 möglich ist] nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen. Ziel der Verhandlungen ist es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte gemeinsame Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen. Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen [Moratorium] über einen Produktionsstop neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtert würden."

Dieser Beschluß, von stolzen 90 Prozent der Delegierten abgesegnet (es gab genau 40 Gegenstimmen!), steht in München erneut zur Diskussion, zumindest in dem Sinne, daß ein nicht unerheblicher Teil der SPD-Mitgliedschaft auf seine Aufhebung drängte.

Zur Beschlußlage im einzelnen:

Baden-Württemberg

„*Unter der Sicherheitspolitik der Regierung bröckeln die Fundamente weg*", die „*Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik werden gefährdet*", „*die Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik werden ausgehöhlt*" so die christdemokratischen Reaktionen auf den Aalener Parteitag der baden-württembergischen SPD. Der Parteitag hatte mit großer Mehrheit einen Leitantrag zu „Nachrüstung und Waffenexport" verabschiedet, indem es u.a. heißt: „*3. Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet: Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.*

4. Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzeilt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitags entfallen und eine Revision des Beschlusses notwenig ist." („FR", 15.5.81).

Der baden-württembergische Beschluß macht deutlich, wie groß der Rahmen derer ist, die heute zu den „Nach"rüstungsgegnern in der SPD zu rechnen sind. Genau besehen enthält die Resolution nämlich keineswegs eine eindeutige Stellungnahme gegen den NATO-Beschluß, sondern läßt die Möglichkeit der Stationierung nach Scheitern der Verhandlungen offen. Ebenso wird ein Moratorium nicht konkret gefordert, sondern lediglich als eine denkbare Option zur Diskussion gestellt.

Wesentlich zur Popularität dieses Antrages trug denn auch die schlichte Ankündigung bei, den Westberliner Parteitagsbeschluß nicht als Ewigkeitswert hinnehmen zu wollen und in München auf seine Überprüfung zu drängen, womit auch ein gewisser Startschuß für weitere „oppositionelle" Beschlüsse in der Partei gesetzt wurde. Kommentar des Ex-„Linken" Karsten D. Voigt: „*Gemessen an der Stimmung in der SPD-Basis ist dieses Ergebnis noch das äußerste an Regierungstreue, was durchgesetzt werden konnte.*" („konkret" 6/81).

Bayern

Die Delgierten der bayrischen SPD (insg. 121.000 Mitglieder) entschieden sich mit 210:99 f ü r den NATO-Beschluß. Vorangegangen war das inzwischen hinlänglich bekannte „Donnerwetter des Kanzlers" („BamS", 17.5.81, also seine Drohung, bei Ablehnung seiner Hochrüstungspoltik durch die Partei zurückzutreten. Ursprünglich waren für den Parteitag heftige Kontroversen erwartet worden. Es lagen zahlreiche Anträge gegen die Waffenexporte, „Nach"rüstung und für die Unterstützung des Krefelder Appells vor. Der bayrische Parteivorstand hatte angesichts dessen noch nachts zuvor einen „Kompromiß"antrag vorbereitet, der die Diskussionen auf einen bayrischen Sonderparteitag Anfang 1982 vertagen sollte. Nach Schmidts Auftritt war derartiges jedoch nicht mehr nötig: die Mehrheit folgte seinem Aufruf, „*die innerparteiliche Auseinandersetzung zurückzustellen, weil er sonst einen Wechsel der FDP zu den Unionsparteien noch in diesem Jahr für möglich hält.*" (FR, 18.5.81). Nach Schmidts Auftritt („*Wer soll denn eigentlich in Deutschland Friedenspolitik machen, wenn nicht die Sozialdemokraten?*") ging es dann auch nicht mehr um die „Nach"rüstung, das Ergebnis der Abstimmung „*entsprang dem deutlichen Wunsch der Delegierten, H.Schmidt Auftrieb zu geben*" (FR, 18.5.81). Das dürfte den bayrischen „Genossen" hervorragend gelungen sein, kann Schmidt nun die bayrischen Delegierten auf dem Bundesparteitag beruhigt auf seiner Seite abbuchen.

Der Bezirksparteitag der SPD-Südbayern etwa, „*einer der Bezirke, dessen Kritik am Doppelbeschluß sich der Bundeskanzler sicher sein durfte*" („taz", 26.11.81), zog sich auf Intervention von Willy Brandt nicht nur auf eine Moratoriumsforderung zurück, sondern wählte mit Dieter Lattmann unter 13 Delegierten nur noch einen, „von dem man eine ablehnende Haltung gegenüber dem Doppelbeschluß erwarten dürfte" („taz", 26.11.81).

Hessen

„*Auf dem Landesparteitag der hessischen SPD sorgte vor allem eine glänzende Regie dafür, daß das Konfliktpotential unter der Decke blieb.*" (FR, 5.10.81). Über die „Nachrüstung" wurde erst gar nicht diskutiert, stattdessen durfte sich Holger Börner mit einem wortgewaltigen Beitrag gegen die Neutronenbombe profilieren. Ein Antrag der Jusos, die Demo am 10.10. in Bonn zu unterstützen, wurde zugunsten einer Resolution, die „*das souveräne Recht der Bürger*" auf Demos im Allgemeinen bestätigte, abgelehnt (FR, 5.10.81). Auf den etwas niedrigeren Etagen gibt es aber auch im konfliktgeplagten Hessen deutliche Aussagen:

Der Bezirksparteitag **Südhessen** (100. 000 Mitglieder) lehnte – „trotz eines beschwörenden Appells des ehem. Westberliner Bürgermeisters Vogel" die „Nachrüstung" „mit großer Mehrheit" ab („Die Neue", 16.6.81). Ebenso sprach sich der **UB Wiesbaden** „nahezu einstimmig" gegen den Doppelbeschluß aus; die 160 Delegierten des **Unterbezirks Hochtaunus** forderten „*eine Überprüfung der SPD-Haltung zum Nachrüstungsbeschluß*" („FR", 11.5.81). Fest zum Regierungskurs stehen die **Frankfurter Sozialdemokraten**: würde sich die SPD gegen die „Nach"rüstung wenden – so Karsten D. Voigt – „*dann wäre die SPD/FDP-Koalition am Ende; Helmut Schmidt wäre nicht mehr Kanzler und könnte keinen Einfluß in Richtung Entspannung mehr ausüben*" („FR", 1.2.82).

Bremen

Den Bremern lagen zwei Anträge zur Abstimmung vor: einer des Vorstandes, der den Bundesparteitag aufforderte, zu überprüfen, ob die Geschäftsgrundlage für den Nachrüstungsbeschluß noch gegeben sei. Dagegen stand ein Antrag des UB Bremen-Ost, der eben diese Grundlagen (Ratifizierung von SALT und ernsthafte Verhandlungen) als nicht mehr gegeben ansah und von der Bundesregierung die Rücknahme ihrer Zustimmung forderte. Nach dreimaliger Auszählung ergab sich eine hauchdünne Mehrheit für den Vorstandsantrag („taz", 18.5.81).

Selbst mit einer Neuauflage seiner Rücktrittsdrohung gelang es Helmut Schmidt nicht, zu verhindern, daß sich der folgende Landesparteitag „*ausdrücklich gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen und den sofortigen Stop der Vorbereitungen dazu*" aussprach. „*Ebenso sollten in Osteuropa keine neuen SS-20-Raketen aufgestellt werden.*" („FR",7.12.81). Ein Antrag auf ausdrückliche Rücknahme des Doppelbeschlusses wurde allerdings abgelehnt. Der UB-Bremen-Ost hatte bereits im Mai einen einseitigen Stationierungsverzicht durch die BRD gefordert („taz", 6.5.81). Obwohl sich in Bremen damit letztlich die „weiche" Linie der „Nach"rüstungsgegner durchgesetzt hat, muß Bremen – immer unter Berücksichtigung der in der SPD üblichen „Kompromisse" und taktischen Finessen – zu den Gegnern der „Nach"rüstung gerechnet werden.

Saarland

Auf dem Landesparteitag im November forderten die Delegierten „*mit großer Mehrheit von 80% der Stimmen... die Aussetzung der Stationierung ... bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen USA und UdSSR.*" (Neue, 10.11.) Nicht uninteressant ist das Verhalten des Landesgruppenchefs Lafontaine, neben Eppler gemeinhin als d e r „Nach"-rüstungsgegner in der SPD hochgejubelt: so wurde erst auf seine Initiative hin noch die Forderung an die Sowjetunion aufgenommen, diese „*solle die Zahl der auf Europa gerichteten Sprengköpfe auf das Niveau von 1978 zurücknehmen.*" Daß dieser „kleine" Zusatz den Charakter der Resolution erheblich ändert, ist offensichtlich. Zum anderen setzte sich Lafontaine als erster nachdrücklich dafür ein, die „Nach"rüstung nicht auf dem Münchener Parteitag

lich dafür ein, die „Nach"rüstung nicht auf dem Münchener Parteitag

zu diskutieren, sondern erst auf einem Sonderparteitag 1983. Sein Ziel war dabei, der „*Regierung eine faire Chance zu geben, über Verhandlungen die Nachrüstung zu verhindern.*" („Vorwärts", 12.11.) Gastredner Vogel kritisierte den Saar-Beschluß zwar , äußerte aber unverblümt, daß Partei und Regierung nicht dasselbe seien. „*Eine Partei müsse häufig weiter denken, als die Regierung handeln könne.*" („Neue", 10.11.)

Rheinland-Pfalz

Die rheinl.Pfälzischen Sozialdemokraten haben „*eine Mittelstreckenmoratorium während der Genfer Verhandlungen verlangt. Ein Alternativantrag zur Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses unterlag nur knapp, dafür ging der Leitantrag des SPD-Bundesvorstand mit seiner indirekten Bestätigung der NATO-Nachrüstung mit ebenfalls knapper Mehrheit durch*" („taz", 9.2.82)

Hamburg

Gegen den ausdrücklichen Widerstand von Helmut Schmidt und Hans Apel verabschiedeten die Delegierten ein „*Papier zur Friedenspolitik, in dem eine atomwaffenfreie Zone als wichtiger Schritt auf dem Weg zu Stabilität und Entspannung in Europa*" bezeichnet wurde. „*Schwere Schlappe für Schmidt und Apel*", „*peinliche Niederlage*", „*schallende Ohrfeige*", „*könnte von Breschnew stammen*", so die Reaktionen aus der CDU-Ecke.

Gemessen am Auftreten Apels und Schmidts, die sich gegen diese Resolution gewandt und verständlicherweise volle Rückendeckung für ihre Bonner Politik gefordert hatten, mag das Ergebnis auf den ersten Blick tatsächlich wie ein Sieg der „Nach"rüstungsgegner aussehen. Die Befürworter des Antrags sprechen gar von einem „*Signal, daß wir (??) in Europa auf Atomwaffen verzichten wollen*". Die Tatsachen sprechen nur leider gegen eine solche euphoristische Interpretation: Zunächst wurde die Resolution gegen einen Alternativantrag aus Altona verabschiedet, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, ihre Zustimmung zum Doppelbeschluß zurückzunehmen. Die Parteitagsregie konnte einen gemäßigteren Antrag aus Wandsbek als Diskussionsgrundlage durchsetzen: „*Um diesen Antrag konsensfähig zu machen und der unzufriedenen Linken entgegenzukommen, hatte die Antragskommission den erwähnten Zusatz mit der Nennung der 'atomwaffenfreien Zone' als Ergänzung*

Fortsetzung nächste Seite



Abgänge

„*Wegen Behinderung der örtlichen Friedenswoche: JUSO-Vorstand* **Mülheims** *trat aus der SPD aus*" („Neue").

„**Herne**: *Wegen NATO-Doppelbeschluß: Stadtverordneter tritt aus SPD aus!*" („Neue", 24.6.81)

Nürnberg: „*Die Partei ist Wolff zu rechts geworden: Stadtrat verläßt die SPD*" („Neue", 2.10. 81).

„*In den vergangenen viereinhalb Jahren hat die SPD* **Baden-Württemberg** *etwa 3.500 Mitglieder verloren. Das sind fast fünf Prozent ihres Bestandes von 1977 (70.600)*" („FAZ", 6.10.81).

Hessen-Süd: „*Schon im zweiten Quartal dieses Jahres mußte er etwa 650 Sozialdemokraten aus seiner Kartei löschen. ....waren es im ersten Quartal 81 noch 250 Abgänge ... Bereits im Oktober sei ein weiteres 'halbes Prozent', also etwa 460 Mitglieder abgesprungen... Bis Jahresende rechnet Pohlmann mit einem Stand von 'bei 90.000' ". Der Höchststand betrug immerhin 1976 98.000! Hauptgründe für die Austritte: „Nach"rüstung, Sparpolitik, Startbahn West!*" (Alles „FR", 20.11.81)

„*Dem* **Kasseler** *SPD-Geschäftsführer sind so begründete (Startbahn) Austritte bisher nicht bekannt. Aber auch dort geht die Mitgliederzahl stetig (ca. 200 im Jahr) zurück.*" („FR",20.11.81)

Frankfurt: „*Vorstandsmitglied trat aus SPD aus !.....Er könne die ‚Startbahn- und Knüppelpolitik' nicht mehr mittragen. Es sei der Punkt erreicht, wo die Organisationssolidarität zur 'Komplizenschaft' werde.*" („FR", 7.12.81)

„*Der Zustand der* **Frankfurter** *SPD ist beschämend, 'Sie habe fast ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. 60.000 Wähler hätten ihr in den letzten Jahren den Rücken gekehrt.*" („FR")

„*Diese Partei ist nicht mehr unsere Partei'. In diesem Satz gipfelt ein offener Brief, den rund 320 SPD-Wähler Ende Juli als Anzeige in die Süddeutsche Zeitung einrücken liessen. Der Adressat des Briefes: 'Sehr geehrter Herr Bundeskanzler'. Die Unterzeichner, die nicht nur aus München und Umgebung, sondern auch Hamburg, Köln und anderen Orten stammen, empfinden: 'Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, macht uns Angst... Wer Haig für einen Mann des Friedens hält, kann für uns kein Mann des Friedens sein.*"' („FR" 11.9.81)

„*....vier Mitglieder des JUSO-Vorstandes eines* **westfälischen** *Unterbezirks... erklärten zwei Tage vor Beginn des Bezirksparteitags ihren Austritt aus der SPD, die 'Vorgänge' um Coppik und Hansen hätten nur den letzten Anstoß gegeben.*" („taz", 9.2.82)

„*In* **Bremen** *haben eine Reihe langjähriger SPD-Mitglieder angekündigt, sie würden anläßlich einer Parteiveranstaltung am 22.2. ... ihre Parteibücher zurückgeben.*" („taz", 1.2.82)

JUSO-Gruppe **Pinneberg** aus der SPD ausgetreten (s.AK 216).

„*....von 1977 bis 1980 hat die SPD rund 25% ihrer Mitglieder bis 25 Jahre verloren.*" („Stern" 8.10.81)

„*Die SPD, die im vergangenen Jahr 20.000 Mitglieder verlor..*" („Spiegel", 8.2.82)

Antimil-Kommission
KB/Göttingen

Fortsetzung von voriger Seite

empfohlen.... von einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen prominenten Hamburger Bundespolitikern und der SPD der Hansestadt kann deshalb keine Rede sein" („Vorwärts", 28.1.82).

Darüberhinaus schließen sich die Hamburger dem Vorschlag an, erst auf einem Parteitag 83 erneut über die „Nach"rüstung zu diskutieren. In diesem Lichte gesehen erweist sich der Hamburger Beschluß eher als taktischer Erfolg Schmidts. Allerdings fordert der Hamburger Beschluß ein Moratorium während der Verhandlungen und die Verlängerung des Zusatzprotokolls von SALT II, das die Stationierung seegestützter Cruise Missiles mit einer Reichweite über 600 km verbietet (ab Ende 1982 geplant).

Westberlin
„Berlins SPD auf Schmidt-Kurs" meldete die „FR" am 22.2.82. In der Tat: Der Leitantrag des Bundesvorstands, die „Nach"rüstungsdebatte auf Ende 1983 zu vertagen, wurde bei nur wenigen Gegenstimmen angenommen. Mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, der die Bundesregierung zur Aufkündigung des NATO-Beschlusses aufforderte.

Schleswig-Holstein
Auf dem Landesparteitag in Flensburg wurde – gegen den Antrag des Landesvorstandes – mit großer Mehrheit („einem nahezu einstimmigen Votum") eine Resolution verabschiedet, in der es schön, knapp und treffend heißt: *„Verzicht auf die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen, das heißt die Aufhebung des Rüstungsteils des Nato-Doppelbeschlusses."* („Spiegel", 28.9.)

Für den Doppelbeschluß hatte sich dort Egon Bahr stark gemacht. Bestätigt wurde diese Entscheidung auf einem weiteren Parteitag vor einigen Wochen. Konsequenterweise wenden sich die Schleswig-Holsteiner gegen den Leitantrag des Vorstandes, wollen also bereits in München versuchen, den *„Nachrüstungsteil des (NATO-)Beschlusses als Drohelement wegzubekommen."* (FR, 16.2.82). Damit dürfte der Landesverband unter den Nachrüstungsgegnern in der SPD derzeit noch am standhaftesten sein.

Niedersachsen
Hier sind uns Beschlüsse zur Nachrüstung nicht bekannt, auf dem letzten Landesparteitag stand das Thema nicht zur Diskussion. Nach Informationen der Jusos kann aber davon ausgegangen werden, daß der Landesverband voll und ganz „auf der Schmidt-Linie" liegt. Landesvorstand und Landtagsfraktion billigten Schmidts Politik jedenfalls „einmütig" (FR, 26.5.81).

der Schmidt-Linie" liegt. Landesvorstand und Landtagsfraktion billigten Schmidts Politik jedenfalls „einmütig" (FR, 26.5.81).

NRW
Die nordrhein-westfälische SPD (die mit etwa 300.000 Mitgliedern fast ein Drittel der gesamten SPD-Mitgliedschaft zusammenfaßt) gilt als einflußreichster Landesbezirk und „Trendsetter". Sie gilt darüberhinaus gemeinhin auch als stärkste Bastion des Kanzlers. Ein Ruf, dem sie bis vor kurzem auch voll und ganz gerecht wurde, der aber in den letzten Wochen doch leicht angeknackst wurde. „Ziemlich einmütig" verabschiedete der Landesparteitag einen Antrag, der voll der Haltung der Bundesregierung entspricht und auf der Linie des Westberliner Parteitags liegt. „Im Gegensatz zur bedingungslosen Zustimmung der CDU/CSU zur Nachrüstung" – ein sehr beliebter agitatorischer Schlenker – lehnt sie *„einen von Verhandlungen unabhängigen Prozeß der Modernisierung der euro-strategischen Atomwaffen ab"*, den Begründungen für die Notwendigkeit der Stationierung braucht 1983 also nur noch Reagan das Scheitern der Verhandlungen hinzuzufügen („FR", 29.6.). Einpeitscher war diesmal Horst Ehmke, der den Kern des „Problems" herausarbeitete: die SU solle ihr „Teufelszeug" abrüsten!

Die Weichen waren bereits einige Wochen zuvor gestellt worden, als Schmidt vor dem mitgliederstärksten Bezirk Westliches Westfalen in einer politischen Büttenrede erklärt hatte, wer von Aufrüstung rede, habe *„nicht alle Groschen dabei oder sei unredlich."* Der Krefelder Appell sei eine *„kommunistische Initiative, was selbst die Anzeigenabteilung des Vorwärts nocht nicht begriffen habe,"* („taz", 18.5.) . Unterstrichen wurde das Ganze durch die bekannte pathetische Rücktrittsdrohung. „Das Donnerwetter des Kanzlers" („BamS", 17.5.) zeigte Wirkung, die Delegierten votierten mit deutlicher Mehrheit für die „Nach"rüstung. Ebenfalls für den Schmidt-Kurs stimmte 4 Wochen später der Bezirk **Östliches Westfalen** (30.000 Mitglieder), allerdings nur sehr knapp mit 118:108. Der Bezirk **Niederrhein** (drittgrößter SPD-Bezirk mit 70.000 Mitgliedern) beschloß *„überraschend sogar ein Moratorium bei atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen für die Dauer der Genfer Verhandlungen"*.
Überraschend endete auch der Parteitag des Bezirks **Ostwestfalen-Lippe**. *„In Paderborn war der von Willy Brandt vorbereitete Versuch gescheitert, in einem Überraschungscoup den erst Ende Januar vom SPD-Parteivorstand in Bonn erarbeiteten Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag in München auf einem Bezirksparteitag – sozusagen zur Probe – verabschieden zu lassen. Eine knappe Mehrheit (139 gegen 124 Stimmen) der Delegierten lehnte dieses Verfahren ab"* („FR", 16.2.82) und verabschiedete einen Beschluß, daß der Bezirk *„die Stationierung neuer US-Mittelstreckenrakten in der Bundesrepublik unter keinen Umständen akzeptierte und die Einstellung sämtlicher Vorbereitungen für deren Stationierung verlangte"*. (ebd.)

Daß dies allerdings noch lange nicht ein entsprechendes Stimmverhalten in München bedeutet, dafür will Ministerpräsident und Landesvorsitzender Rau sorgen. Er bastelt bereits an einer Revision der Beschlußlage: *„Rau will dem Vernehmen nach versuchen, eine Plattform zu finden, auf der alle vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke auf dem Bundesparteitag in München stehen können."* (FR,16.2.)

Einige Schlußfolgerungen:

Ein glattes Nein zum NATO-Doppelbeschluß – wie es die Friedensbewegung fordert – hat es auf nur wenigen Landes- und Bezirksparteitagen gegeben. Erst wenn wir die Bezirke und Landesverbände hinzuzählen, die eine Moratorium gefordert haben, kommen wir zum Ergebnis, daß knapp die Hälfte der 22 Parteitage in Opposition zum Kanzler stehen, darunter aber auch kreuzbrav eingeschätzte Gliederungen wie die Pfalz oder Niederrhein, *„auf deren Kanzlertreue Schmidt sich bisher verlassen konnte"* („Spiegel" vom 15.2.82).

Doch Moratorium ist auch nicht

gleich Moratorium; Einerseits schloß
lertreue Schmidt sich bisher verlassen konnte" („Spiegel" vom 15.2.82).
Doch Moratorium ist auch nicht

gleich Moratorium: Einerseits schloß selbst der SPD-Parteitag 79 ein Moratorium während der Verhandlungen nicht aus, selbst die Reagan-Regierung tut das nicht mehr. Daneben erfand die saarländische SPD ein Moratorium zu dem Preis einseitiger Abrüstung der Sowjetunion, während der Hamburger Parteitag ein Moratorium ohne solche Vorbedingungen forderte.

Hier dürfte noch einiges zu erwarten sein, selbst wenn Glotz bereits verkündet, daß auch hier nur 40% der Delegierten in Opposition zum Leitantrag des Vorstandes stehen würden. Der Preis, als „Nach"-Rüstungsgegner gelten zu können, soll damit offensichtlich erheblich runtergeschraubt werden. Eine Abstimmungsniederlage für Kanzler Schmidt dürfte tatsächlich kaum zu erwarten sein, folgt man der Logik von Parteivorstandsmitglied Hauff, daß ein Bundesparteitag eine andere Einstellung der Delegierten schaffe als Bezirksparteitage: *„Bei Bundesparteitagen würden die Delegierten sich eher ihrer Gesamtverantwortung bewußt sein, und außerdem hätte die persönliche Loyalität zum Kanzler noch immer die entsprechenden Mehrheiten garantiert. Das werde diesmal nicht anders sein"* (nach „taz" vom 17.2.82).

**Antimil-Kommission
KB/Gruppe Göttingen**



Hamburg 1958: Die Bewegung 'Kampf dem Atomtod' mobilisierte Hunderttausende. Machen wir's im Hinblick auf den Münchener Parteitag der SPD ebenso!

Kontroversen über Protestdemonstrationen gegen SPD-Bundesparteitag: Sozialdemokratisch oder friedensbewegt?

„Es geht hier doch nicht um AStA-Verhandlungen!". Flapsig, einem telefonischen Anrufbeantworter vergleichbar, läßt Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung Nachfragen, wie es um die Vorbereitungen für die Protestaktionen gegen den Münchner SPD-Parteitag (19. bis 23.4.) steht, abblitzen. Seit Januar haben die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, die Alternative Liste Westberlin, die Hamburger Friedenskoordination und verschiedene andere Friedensinitiativen und Organisationen die Bundesvorstände der Jungsozialisten, der Falken und des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt wiederholt aufgefordert, im Interesse eines möglichst breiten Protestes gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung in München eine von allen Strömungen der Friedensbewegung gleichberechtigt getragene Demonstration zu ermöglichen. Doch die Bundesvorstände der drei sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die die organisatorische Vorbereitung frühzeitig an sich gezogen haben, legen sich quer. Nach wie vor beanspruchen sie, allein den politischen Charakter, Trägerkreis und Kundgebungsredner der für den 17.4.

gen sich quer. Nach wie vor beanspruchen sie, allein den politischen Charakter, Trägerkreis und Kundgebungsredner der für den 17.4.

geplanten Protestaktionen zu bestimmen. Um auch die nicht in die Sozialdemokratie eingebundenen Teile der Friedensbewegung zu Wort kommen zu lassen, bereiten die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, zusammen mit einem breiten Spektrum anderer Gruppierungen, unterdessen eine alternative Auftaktkundgebung vor.

Im Kern geht es bei den Auseinandersetzungen zwischen Juso-, Falken- und AWO-Jugendvorstand und den nichtsozialdemokratischen „Nach"-rüstungsgegnern darum, wie stark die SPD in München kritisiert werden soll. Lange Zeit galt in der Friedensbewegung der Münchner SPD-Parteitag als wichtiger Zielpunkt ihrer Aktivitäten. Spätestens seit der Bonner Demonstration begann aber auch der SPD-Parteivorstand, sich eifrig Gedanken darüber zu machen, wie die für München zu erwartende außerparlamentarische Mobilisierung abzuschwächen bzw. zu kanalisieren wäre.

„Etwas Begleitmusik aus der Friedensbewegung ..."

In dem am 25.1. veröffentlichten „Sicherheitspolitischen Leitantrag" folgte der SPD-Parteivorstand der Idee Willy Brandts und Egon Bahrs, nicht bereits in München, sondern erst auf einem Sonderparteitag im Herbst 1983 endgültig über den NATO-„Nach"rüstungsbeschluß entscheiden zu lassen. Die prominenten „Nach"rüstungsgegner in der SPD um Eppler und Lafontaine schwanken seitdem zwischen Parteiräson und verschiedenen taktischen Überlegungen, den „Nach"rüstungsbeschluß zu unterlaufen (Moratoriumsvorschlag?) hin und her. Ausdrücklich nicht gefragt ist ein starker *„Druck von der Straße"*, der die *„Arbeit auf dem Parteitag"* behindern könnte (Eppler, laut „Spiegel" vom 9.11.81).

Aber *„etwas Begleitmusik aus der Friedensbewegung"* – so weiß die „Zeit" zu berichten – *„wäre diesen Politikern schon lieb. Sogar der Parteivorstand hat nichts dagegen, wenn die parteieigenen Jugendorganisationen – Jusos, Falken, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt – mit einer Friedensveranstaltung am Vorabend des Parteitages den Druck von außerhalb auffangen, womöglich Teile der Friedensbewegung auf diese Weise wieder fester an die SPD binden"* (12.2.82).

Wie das bewerkstelligt werden soll, wurde ausführlich auf der SPD-Parteivorstandstagung am 25.1. besprochen. Während Schmidt und Apel prinzipielle Bedenken gegen die von den Jusos für den 17.4. in München vorgesehene Demonstration geltend machten, gaben Glotz und Wischnewski zu bedenken, daß *„ein vom Parteivorstand ausgesprochenes Verbot dieser Kundgebung ... mit Sicherheit zur Folge (hätte), daß andere Organisationen die Gelegenheit nutzen und mit weitaus größerem Gefolge als die Jusos gegen die Sicherheitspolitik der SPD und den Parteitag demonstrieren würden. So könnten die Jungsozialisten immerhin noch Einfluß auf den Verlauf der Kundgebung nehmen ... "* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 26.1.82).

„Bei Rednern achten wir auf SPD-Nähe"

„Bei Rednern achten wir auf SPD-Nähe"

Bislang haben die Bundesvorstände der sozialdemokratischen Jugendorganisationen alles vermieden, was das in sie gesetzte Vertrauen enttäuschen könnte. Ihre gesamte Planung für den 17./18.4. in München (Auswahl der Redner, der – ursprünglich nur an SPD-Mitglieder gerichtete – Aufruf etc.) ist sorgsam darauf bedacht, der SPD nicht allzu weh zu tun. Insbesondere die organisatorische Trägerschaft der Demonstration soll fest in sozialdemokratischer Hand bleiben.

Dagegen wurde auf verschiedenen Münchner Vorbereitungstreffen und auch auf der Bonner Aktionskonferenz der Friedensgruppen am 6./7. Februar (vergl. AK 218) von den Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, den Alternativen Listen Westberlin und Hamburg, der Hamburger Friedenskoordination, der ESG, der Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit und anderen gefordert, eine gemeinsame, von allen Strömungen der Friedensbewegung gleichberechtigt getragene Demonstration zu ermöglichen. Die Westberliner Friedenskoordination schloß sich diesen Forderungen in einem Telegramm an die Bundesvorstände der Jusos und Falken an.

Öffentliche Kritik gibt es mittlerweile auch aus einigen Juso- und Falkenlandesverbänden. Die Westberliner Jusos kritisierten, daß *„insbesondere die Bundesvorstände von Falken und Jusos ... durch ihre Weigerung, die Münchner Aktion breit und frühzeitig vorzubereiten, dafür gesorgt (haben), daß große Teile der Friedensbewegung, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, kaum noch für München mobilisieren werden"*. Ihr Interesse an einer geringen Demonstrationsteilnehmerzahl (30.000) scheine außerordentlich groß zu sein. In ihren konkreten Forderungen sind die Westberliner Jusos jedoch ausgesprochen moderat. Damit auch Grüne, Kofaz und andere über verbale Aufrufe hinaus die von ihnen beeinflußten Teile der Friedensbewegung tatkräftig auf die Münchner Demo orientieren können, wird eine Erweiterung der Rednerliste vorgeschlagen (Albertz, Lattmann, Bastian, Engelmann, Quistorp, Leinen, ein Vertreter des türkischen Widerstandes sowie die Bundesvorsitzenden der Jusos und Falken); Vertreter der grünen/alternativen Bewegung oder auch – wie in Bonn vorgeschlagen – Coppik oder Hansen sind nicht berücksichtigt. Immerhin wollen die Westberliner „Falken" aber den Aufruf und die alternative Auftaktkundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen unterstützen.

Doch sowohl die Kritik der nichtsozialdemokratischen Friedensgruppen als auch die innerverbandliche Opposition lassen die Bundesvorstände der Jusos und Falken kalt. Auf der Juso-Bundesvorstandssitzung am 4.3. wurde die bisherige Planung für München noch einmal bestätigt; sprechen sollen Piecyk (Juso-Bundesvorsitzender), Kindsmüller (Falken-Bundesvorsitzender), Albertz, R. Jungk und B. Engelmann (mittlerweile wird anstatt Engelmann Bastian genannt).

In einem Interview mit der „Neuen" (12.3.) bekräftigte der Falken-Bundesvorsitzende Kindsmüller ausdrücklich, daß bei der Auswahl der Redner *„selbstverständlich"* dar-

ken-Bundesvorsitzende Kindsmüller ausdrücklich, daß bei der Auswahl der Redner „selbstverständlich" dar-

auf geachtet werde, *„daß dort jene sprechen, die der SPD deutlich machen, daß sie ihr nahe stehen, und die Kritik an dieser SPD-Rüstungspolitik gerade aufgrund ihrer Nähe zu dieser Partei üben"*. *„Wir wollen mit der Aktion zum SPD-Bundesparteitag in erster Linie unseren Protest als Bestandteil der sozialdemokratischen Bewegung gegen die Rüstungspolitik manifestieren"*, erklärte Kindsmüller weiter.

Fünf vor zwölf – Alternative Auftaktkundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen

Befürchtungen der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen und anderer nicht in die Sozialdemokratie eingebundener Friedensgruppen, daß es den Bonner Büros der sozialdemokratischen Jugendorganisationen am 17.4. um eine sozialdemokratisch dominierte Aktion geht, haben sich also voll bestätigt. Die einzige Zusage, zu der sich Falken und Jusos auf der Bonner Aktionskonferenz bequemt haben – bis Ende Februar zu einem gemeinsamen bundesweiten Vorbereitungstreffen für München einzuladen – ist bis heute nicht eingehalten worden.

Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen rufen deshalb mit einem eigenen Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 17.4. in München auf (vergl. AK 218). Darüber hinaus organisieren sie eine Auftaktkundgebung „fünf vor zwölf" am Odeonsplatz. Dort sprechen – neben verschiedenen Vertretern der Basis der Friedensbewegung: Mechtersheimer, Petra Kelly, Alexander Schubart, Erich Fried und die Landesschülersprecherin von Baden-Württemberg. Um Vertreter des Widerstands in der Türkei und aus Mittelamerika sowie aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Teilen der Friedensbewegung bemüht man sich zur Zeit noch.

J., Westberlin

Kommt ein Moratorium?

Auf dem kommenden SPD-Parteitag wird die Frage eines Moratoriums für Mittelstreckenraketen ein zentrales Thema sein. Sogar in den USA hat die Forderung nach einem Moratorium bei der Produktion, Erprobung und Aufstellung von Atomwaffen inzwischen größere Verbreitung gefunden. Der frühere US-Vizepräsident Mondale, die Senatoren Hatfield und Edward Kennedy haben eine entsprechende Resolution in den US-Kongreß getragen („FR", 11.3.82). In den Bundesstaaten Ohio, Kansas, Minnesota, Vermont und Washington sind von den Parlamenten entsprechende Resolutionen verabschiedet worden („taz", 12.3.82). In der Stadt Boulder haben 67% der Wähler in einer Volksabstimmung dafür gestimmt, weitere sind in Kalifornien und Colorado in Vorbereitung („UZ", 23.2.82).

Glaubt man den Worten Genschers bzw. der rechten Presse, so grenzt diese Forderung in jeder Form an Ketzerei bzw. Hochverrat: *„Wer im Westen für den Verzicht westlicher Nachrüstung eintritt oder auch nur ein Moratorium fordert, weckt sowjetische Illusionen und unterminiert damit die Genfer Abrüstungsverhandlungen"* („FAZ", 2.2.82). Nach Breschnews Moratoriumsvorschlag im vergangenen Jahr schrieb Hans Rühle in der „Welt" in dramatischem Jargon: Das Echo auf Breschnews *„Abrüstungsvorschlag alamiert die Experten"*, ein Moratorium würde *„Moskau nichts, Europa aber alles kosten"* („Welt", 26.3.81) und das meinte er wörtlich: Das Einfrieren des jetzigen „Ungleichgewichts" ermögliche den Sowjets einen „Nuklearen Entwaffnungsschlag" in Europa.

Uns scheint es aber zu simpel zu sein, die laufende Moratoriumsdebatte bei der SPD ausschließlich aus der innerparteilichen Diskussion erklären zu wollen oder gar lediglich als taktisches Mittel, beim diesjährigen Parteitag eine endgültige Entscheidung für die Mittelstreckenaufrüstung noch einmal zu vertagen.

Es muß doch stutzig machen, wenn Helmut Schmidt, der sich gern als Erfinder der Rüstungs-„Lücke" ausgibt (bei einer Rede vor dem Institut für strategische Studien in London 1977), auch derjenige war, der als erster die Frage eines Moratoriums in die Debatte gebracht hat. Diese Möglichkeit ist bereits 1979 im SPD-Antrag erwähnt worden. Zudem ist die Möglichkeit eines Verzichts auf die Pershing II-Raketen von US-Regierungskreisen in die Debatte gebracht worden.

Wir wollen hier der Sache nachgehen, ob gegebenenfalls ein Moratorium von den USA in die Debatte gebracht worden

Wir wollen hier der Sache nachgehen, ob gegebenenfalls ein Moratorium von den USA in die Debatte gebracht werden könnte, um ähnlich wie bei der „Nullösung" einen Schachzug zu machen, der die angeblich friedlichen Absichten der NATO hervorkehren soll. Es wäre nützlich, sich rechtzeitig auf eine solche Variante einzustellen.

Die „Nullösung" war nicht das letzte Wort

Als Reagan im November 81 seine „Nullösung" präsentierte, war dies im Grunde lediglich eine andere Formulierung des Nato-Doppelbeschlusses von 1979, der besagte, daß man auf den „militärischen Teil", d.h. die Stationierung verzichten wolle, wenn die Sowjetunion ihr Mittelstreckenpotential landgestützter Raketen, d.h. die SS-20, verschrotte. Trotzdem wurde das „Nullösungs"-Angebot in der bürgerlichen Presse euphorisch als eine *„Meisterleistung"* Reagans gefeiert. Er sei damit aus dem *„Zwielicht"* herausgekommen, *„überhaupt keine Verhandlungen mit den Sowjets zu wollen"*. Reagan habe *„die Gefahr eines antiamerikanischen Klimas in Europa erkannt"* kommentiert die „FAZ" und stellt befriedigt fest: *„Der Ball liegt nun in Breschnews Hof"* („FAZ", 20.11.81).

Umgekehrt wird in SPD-Kreisen die Sache gerne so verkauft, als sei das ganze ein Riesenerfolg, den man Reagan abgerungen habe. Vielfach wird in der Friedensbewegung noch weitgehender geschlußfolgert, dies sei das erste Zugeständnis, das die Friedensbewegung Reagan abgerungen habe. Als Brandt nach seiner Moskau-Reise (im Sommer 81) für eine „Null-Option" sprach, stellte ihn die „Frankfurter Allgemeine" in eine Reihe mit anderen SPD-Politikern, die *„aus Moskau heimkehrend den sowjetischen Standpunkt zur Abrüstung einleuchtend findet und den amerikanischen in Grund und Boden verurteilt"* („FAZ", 4.2.82). *„Noch vor wenigen Wochen (vor der Verkündung von Reagans Schachzug mit der ‚Null-Option'* – Anm. AK) *hatte im politischen Hauptquartier der Allianz niemand geglaubt, daß es tatsächlich dazu kommen würde, die ‚Null-Option' als offizielle Position der Amerikaner bei den Verhandlungen mit den Sowjets wiederzufinden"*. Weiter sei es Apel *„bei der Sitzung der nuklearen Planungsgruppe in Schottland im Oktober gelungen, die ‚Nullösung' zum ersten Mal in ein offizielles Nato-Kommunique einzubringen"* (Zitate nach „FAZ", 23.11.81). Doch ganz so naiv kann man sich den Verlauf der Dinge natürlich nicht vorstellen. Die Taktik und der Verlauf der Verhandlungen in Genf ist in internen Gremien weitgehend gemeinsam festgelegt worden: *„Im Unterschied zu allen bisher zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geführten Rüstungskontrollgesprächen sind die NATO-Partner erstmals an der Vorbereitung der Verhandlungen unmittelbar beteiligt gewesen. Dies geschah in der ‚Special Consultativ Group' der Nato, einem Gremium aus Angehörigen der Außen- und der Verteidigungsministerien der teilnehmenden Staaten. Als ‚Special Group' im Frühjahr 1979 auf Betreiben der Bundesregierung konstituiert, wurde dort in Zusammenarbeit mit der ‚High Level Group' der Nato der Doppelbeschluß erarbeitet. Nachdem er im Dezember 1979 gefaßt worden war, begann das Gremium – dessen Vorsitz die Vereinigten Staaten innehaben – mit der Arbeit an dem Verhandlungsmandat, das die amerikanische Delegation mit nach Genf nimmt"* („FAZ", 30.11.81).

Danach ist schon heute auch der weitere geplante Gang der Verhandlungen seitens der NATO bekannt: In einem ersten Schritt soll es in Genf um die bodengestützten Raketen gehen. Helmut Schmidt war es selbst, der erklärte, daß die „Null-Option" *„nicht Reagans letztes Wort"* („Neue", 21.11.81) sein werde. Vielmehr soll stillschweigend ein Teil der SS-20-Raketen gegen das europäische (französische und englische) Nuklearpotential verrechnet werden.

So fordert der Leitantrag in München auch nicht die Verschrottung des gesamten sowjetischen eurostrategischen Potentials, sondern lediglich den Abbau von sowjetischen Mittelstreckenraketen, um die „Nachrüstung" „überflüssig zu machen". So ist es auch nicht völlig falsch – wenn doch anders gemeint –, wenn Claus Genrich in der „FAZ" dazu schreibt (am 1.2.): *„Als säße Bahr neben Kwitzinsky am Genfer Verhandlungstisch dem Amerikaner Nitze gegenüber, wird die Einberechnung der Waffen der kleinen europäischen Atommächte verlangt"*.

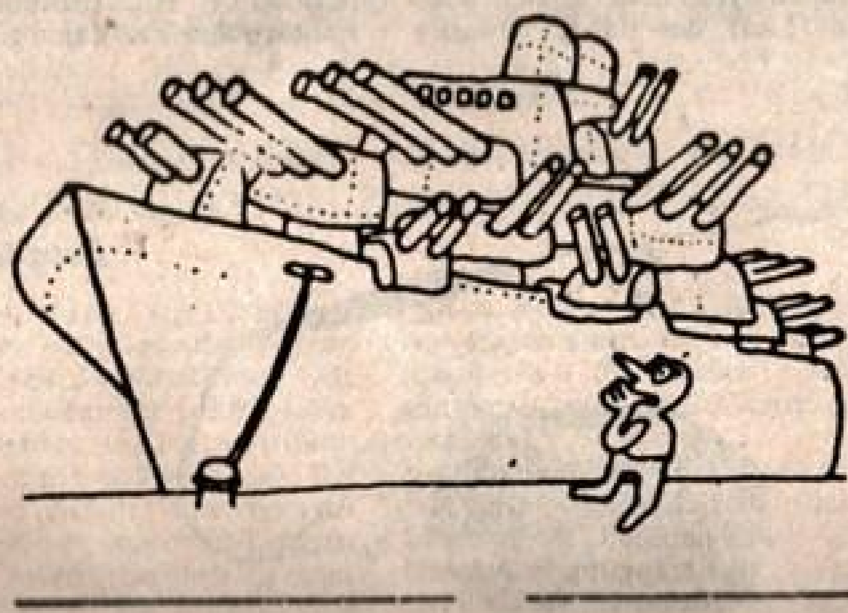
In weiteren Verhandlungsstufen soll es um Raketen „kürzerer Reichweite" gehen: Die Sowjetunion bereitet die Stationierung der SS 21–23 vor, die NATO die Stationierung von Pershing Ib-Raketen.

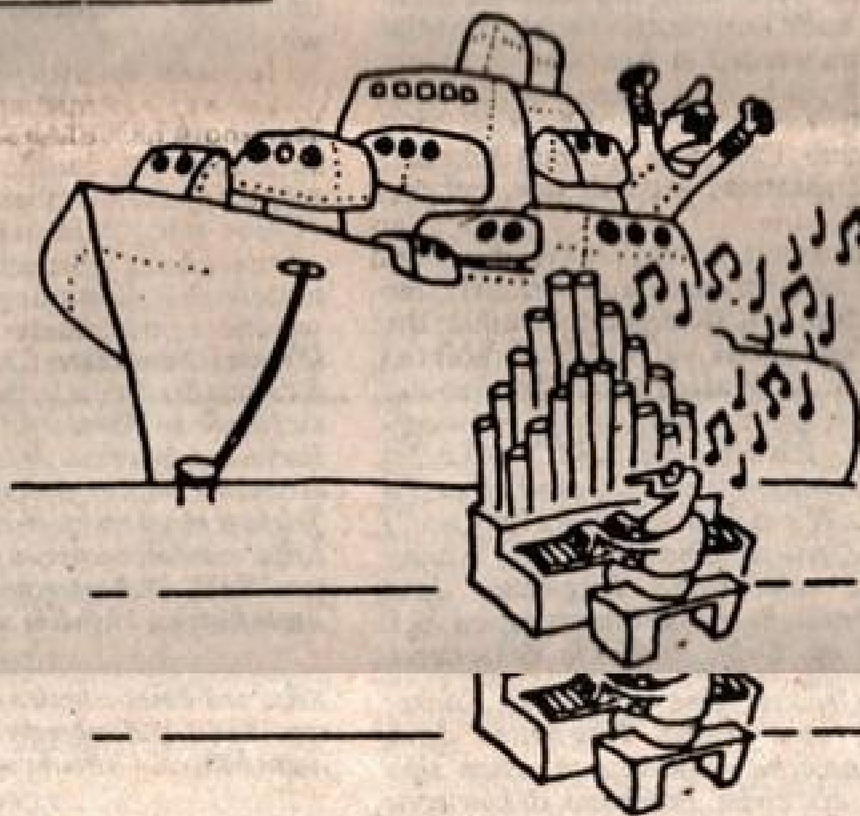
Aus dem niederländischen Verteidigungsausschuß kam die Nachricht, daß bereits die Abmachung perfekt sei, daß die Bundeswehr ab 1986 108 Pershing Ib bekommen werde und die USA die Haushaltsmittel zur Beschaffung neuer Atomsprengköpfe bereitgestellt habe („FR", 17.2.82). (Die Pershing Ib hat mit 800km Reichweite denselben Radius wie die bisherige Pershing I, hat aber eine von 500 auf 30m verbesserte Zielgenauigkeit.)

Zwar dementiert das Bundesverteidigungsministerium die Meldung, Klaas de Vries, für die Partei der Arbeit im niederländischen Verteidigungsausschuß, blieb bei seiner Version.

Interessant ist dazu der Leitantrag der SPD, in dem es in Punkt 10 heißt: *„Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketensysteme kürzerer Reichweiten, also unterhalb der Mittelstreckenwaffen in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen"*.

Die „Forward based Systems" sollen dann in einem *„zweiten Verhandlungsabschnitt"* behandelt werden („FAZ", 30.11.81). Und siehe da, der Punkt 10 des SPD-Leitantrages fährt fort: *„Sie* (die SPD, Anm. AK) *fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen ... schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden"*.





Diese Beispiele mögen verdeutlichen, daß sich das, was jetzt in der SPD diskutiert wird, durchaus im Rahmen der abgestimmten Absprachen zwischen Bonn und Washington bewegt.

Nur das Wie ist beim Moratorium umstritten

Schon der SPD-Beschluß von 1979 enthielt die Aufforderung, daß ein Moratorium im Verlauf der Genfer Verhandlungen ins Auge gefaßt werden solle. Nach dem Willen des SPD-Vorstandes soll dieser Auftrag ebenso in den neuen Beschluß von München übernommen werden (so im Leitantrag des Vorstands).

Für die Bundesregierung selbst wird standhaft erklärt, daß es *„nach dem heutigen Stand"* keine Möglichkeit zur Verlängerung der „Nach"rüstungsfrist gebe (Regierungssprecher Becker). Nichtsdestotrotz erklärten Brandt und Wehner schon Anfang Dezember, daß eine *„Verlängerung der vor dem Nachrüstungsvollzug liegenden Frist ... denkbar"* sei. Bahr erklärte, daß ein unbefristetes Moratorium, wie es die Sowjetunion vorschlage, abzulehnen sei, weil damit der „Druck" auf die SU fortfalle, *„sprach aber von der Möglichkeit eines westlichen Gegenvorschlages, ein Moratorium bis Ende 1983 zu begrenzen"* (alle Zitate nach „FAZ", 1.12.81).

Der Kanzler selbst sprach sogar von einer möglichen Begrenzung über den bisher angegebenen Stationierungsvollzug (im Herbst 1983) hinaus, *„etwa auf 1984 oder 1985"*, berichtete der „Spiegel" am 15.2.82.

Klar ist, daß alle diese Moratoriumsüberlegungen davon ausgehen, daß die Sowjetunion als „Dank" einseitige Abrüstungsvorleistungen im Mittelstreckenbereich vorzunehmen habe: *„Als Gegenleistung für den vorläufigen Stationierungsverzicht der NATO müßten die Sowjets sich verpflichten, eine bestimmte Zahl ihrer auf Westeuropa zielenden SS-20 abzubauen"* („Spiegel", ebenda). In anderen Stellungnahmen der SPD-Spitze heißt es, daß ein Moratorium nur dann in Betracht komme, wenn die Sowjetunion den ersten Zug mache: *„Erst einmal müsse die Sowjetunion einen präzisen Vorschlag vorlegen .. eine bloße Verlegung einiger Raketen hinter den Ural, wo sie für Westeuropa genauso gefährlich wären, reiche nicht hin"* („FAZ", 2.2.82). Mit diesem Schachzug wolle *„man offenbar Zeit gewinnen und zeigen, es sei an der Sowjetunion, erst einmal Klarheit zu schaffen"* (ebenda).

Das Kalkül von Lafontaine

Anfänglich wollte die SPD-Prominenz, die gegen die „Nachrüstung" ist, in München ganz darauf verzichten, einen Antrag gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu stellen, um den Kanzler *„nicht vor ein unlösbares Dilemma zu stellen"* (so etwa Ulrich Klose – laut „Spiegel" vom 1.3.82). Diesen Vorschlag hatte Lafontaine zum ersten Mal auf dem saarländischen SPD-Landesparteitag im vergangenen November gemacht. Nachdem die SPD-Spitze aber ihren Moratoriumsvorschlag abgelehnt hatte und erklärte, sie erwarte, daß der Eppler/Lafontaine-Kreis bei der Abstimmung in München mit 40 : 60 Prozent unterliegen werde, hatte Eppler wiederum angekündigt, man werde in München nun doch grundsätzlich gegen die „Nachrüstung" stimmen und dann erst als „Auffangposition" das Moratorium einbringen. Auf dem 1. Treffen dieses Prominentenkreises in Frankfurt am 25.2. im Hotel „National", an dem Eppler, Lafontaine, Oertzen, Mathiessen, Klose, Gauss, Ristock, Herta Däubler-Gmelin, Görlach und Schröder und ein(ige) weitere(r) teilgenommen hatte, wurde dies noch einmal zugunsten des Moratoriumvorschlages umgestoßen. Auf dem 2. Treffen in Bonn Anfang März, bei dem 80 SPD'ler zugegen waren, einigte man sich auf Vorschlag Günter Jansens und Henning Scherfs doch darauf, erst für eine generelle Ablehnung der „Nachrüstung" zu plädieren (gegen das Votum Ehmkes, Karsten Voigts und Heinz Junkers). Nach der dabei erwarteten Niederlage will man als Zusatzantrag Lafontaines Moratoriumsvorschlag in den Leitantrag der SPD-Spitze mit hineinstimmen lassen.

Dieser Antrag kommt der SPD-Spitze weit entgegen: Im Unterschied zum Leitantrag soll allerdings ein unbefristetes Moratorium gefordert werden, weiterhin nimmt der Lafontaine-Vorschlag von sich aus eine Festlegung vor, wie die Sowjetunion dabei einseitig abrüsten soll: Sie soll ihrerseits einseitig die Zahl ihrer Mittelstreckenraketen (nicht unbedingt die SS-20) auf den Stand von 1978 zurückrüsten, auf den Stand, bei dem Breschnew bei seinem Bonn-Besuch ein annäherndes Gleichgewicht in diesem Bereich festgestellt hatte. Während Eppler bislang immer wieder öffentlich die einseitigen Forderungen der Friedensbewegung an die NATO auf „Nachrüstungsverzicht" gerechtfertigt hatte, denn man könne nur Forderungen an seine eigene Regierung stellen, will Lafontaine (so in seinem Positionspapier dazu, s. „FR", 23.2.82) die einseitige Abrüstung jetzt umgekehrt von der Sowjetunion fordern. Habe es in einem NOWOSTI-Text authorisiert geheißen, die Forderung nach einseitiger Abrüstung an die Adresse der SU sei „ein einseitiger, regelrecht absurder Standpunkt!", müsse dem – laut Lafontaine – entgegengehalten werden: *„Genau diesen absurden Standpunkt nimmt die deutsche Friedensbewegung ein.*

Im Zeitalter des totalen Overkills ist das Festhalten an der Gleichgewichtsformel absurd. Auch wenn die Sowjetunion einen ersten richtigen Schritt unternehmen und ihre Gefechtsköpfe auf das 78er Niveau reduzieren würde, wäre das verbleibende atomare Potential immer noch viel zu groß". Zudem erinnert Lafontaine an die Erklärung Breschnews, daß bei der Festlegung eines Moratoriums während der Dauer der Verhandlungsperiode *„die sowjetische Seite bereit wäre, als Bekundung guten Willens einen Teil ihrer Rüstungen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR einseitig zu reduzieren, das heißt, sie würde sich als eine Art Vorleistung jenem niedrigen Niveau nähern, das das Ergebnis der Verhandlungen darstellen würde"* (so laut Lafontaine der von der SU authorisierte Text dazu).

Ursprünglich hatte Lafontaine immerhin noch verlangt, daß die USA bei ihrem Moratoriumsvorschlag auch die geplanten seegestützten Raketen einbeziehen müsse, *„weil wir den für die Sowjetunion unzumutbaren Schachzug der Reagan-Administration, sich auf den Teil der Atomwaffenträger zu beschränken, bei dem die Sowjetunion stärker ist – nämlich auf die landgestützten Raketen – nicht mitmachen können"* (s. o.).

Nun, inzwischen macht die Truppe doch diesen Reagan-Schachzug mit. Laut „Spiegel" (vom 1.3.82) haben sie sich bei der Vorbesprechung darauf geeinigt, diesen Teil fallenzulassen. Bleibt als Differenz: Die SPD-Spitze will ein befristetes Moratorium (im Gegensatz zum Eppler/Lafontaine-Kreis) und keine konkrete Festlegung auf einem SPD-Parteitag; dies soll offenbar auf Regierungsebene geschehen.

Nun hat Lafontaine in seinem Positionspapier darauf hingewiesen, daß ein befristetes Moratorium auf 1983

teitag; dies soll offenbar auf Regierungsebene geschehen.

Nun hat Lafontaine in seinem Positionspapier darauf hingewiesen, daß ein befristetes Moratorium auf 1983

(wie es Bahr vorgeschlagen hatte) **„schon deshalb falsch (sei), weil nach allen vorliegenden Informationen die Amerikaner 1983 technisch nicht so weit sein werden, den Nachrüstungsbeschluß zu vollziehen"** („FR", ebenda).

Und damit ist tatsächlich der Kern aller Überlegungen für ein Moratorium angesprochen: Die NATO müßte nach ihrer bisherigen Logik im Herbst 1983 mit der Stationierung der landgestützten Mittelstreckenraketen beginnen (weil die Sowjetunion ja bis dahin wohl kaum auf den Vorschlag eingegangen sein dürfte, alle ihre Mittelstreckenraketen wegen dieser Drohung zu verschrotten). Die Reagan-Regierung und ihre Bündnispartner haben bisher steif und fest behauptet, daß alle Erfolge in Genf davon abhängen, daß dieser „militärische Teil" auch ohne Wanken wahr gemacht werde.

Was machen diese Herren nun, wenn sie mit ihren Raketen bis dahin nicht rechtzeitig fertig werden (wie es Lafontaine erklärt)? Sie bieten ein Moratorium an!

Und tatsächlich gibt es die Informationen, daß die Raketen bis 1983 nicht fertig werden.

Sind die Persing II und Cruise missiles 1983 noch nicht fertig?

Ganz allgemein gilt, daß das gigantische US-Aufrüstungsprogramm einige Abstriche wird erfahren müssen. Zwar bot für 1982 der Senat 8 Mrd. Dollar mehr Rüstungsausgaben an, als selbst Reagan gefordert hatte (insgesamt 200 Mrd. Dollar), für 1983 sind 216 Mrd. vorgesehen, für 1984 bis 1988 sind Ausgaben von 1,5 Billionen Dollar geplant, allerdings steigt dabei das Haushaltsdefizit '83 schon auf 100 Mrd. Dollar, was selbst den „Falken" zuviel ist (so der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

„Spiegel" vom 15.2.82). Doch selbst mit Budget-Aufstockungen ist das Programm nicht einzuhalten: Alle Programme litten *„unheilbar an der ‚Beschaffungskrankheit'* ", meldete die „Chicago Tribune" („Spiegel", ebenda).

Bereits 1981 erklärte die US-Regierung, sie sei *„nicht sicher, ob die nuklearen Mittelstrecken-Raketen, wie vorgesehen, bis 1983 einsatzbereit sein werden"*, denn die *„Tests seien noch nicht abgeschlossen"* („Welt", 4.4.81). Der US-Bundesrechnungshof klagte in einem öffentlich bekanntgewordenen Bericht zur Pershing II: *„Die wenigen echten Erprobungen der Waffe, die es bisher gegeben habe, würden nicht ausreichend sicherstellen, daß das System bis zum anfänglichen Indienststellungstermin, Dezember 1983, schon alle vorgesehenen Leistungen erbringen werde"* („Welt", 7.3.81). Der „Spiegel" vermerkte schon 1980 (am 24.11.): *„Die Pershing-II-Raketen schließlich, das steht fest, werden erst in vier Jahren auf den Abschußrampen stehen"*. Und so wußte denn die „Frankfurter Rundschau" (am 1.3.82) aus *„informierten Kreisen"*, daß in Washington und Bonn Überlegungen angestellt würden, auf die Pershing II in der BRD zugunsten neuer US-Pershing Ib (wie sie auch 1986 die Bundeswehr erhalten soll, s. o.) zu ersetzen. *„Mit diesem ‚kleinen Moratorium' würde das sowjetische Argument, daß die Sowjetunion von neuen Mittelstreckenraketen bedroht werde, entfallen. ‚Dann käme die Sowjetunion auf den Prüfstand'*, zitierte die Zeitung einen ungenannten *‚Bonner Experten'. ‚Wenn sie wirklich an einer Reduzierung interessiert wäre, müßte sie ihre SS 20 abbauen, zumindest ihre Zahl stark verringern.' Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Erwin Horn (SPD), sagte, diese neue Position der USA wäre ‚nicht unwahrscheinlich'* " („SZ", 2.3.82).

Das gleiche Dilemma bahnt sich bei den Cruise missile an: Dort hat sich nicht nur der Stückpreis von ca. 2 auf 4,5 Mio. Dollar pro „Tomahawk" erhöht („Spiegel", 15.2.82), was bei den geplanten 4.000 CM eine Verteuerung von 10 Mrd. Dollar bedeuten würde. *„Komplexe Probleme"* beim Bau der Waffe hatte das Fachmagazin „Aviation Week" *„gleich reihenweise"* aufgeführt, meldete der „Spiegel" (am 24.11.80): Die Zielprogrammierung, *„vor allem Änderungen ‚in letzter Minute' vor dem Start, etwa das Einspielen eines neuen Ziels, erwiesen sich als schwierig"*. Die zur Entwicklung notwendige „Programmware" würde sich „ein Jahr" verzögern, erklärte ein „Pentagon-Gesprächspartner". Die für Juni 1981 nach 16.000 Testkilometern vorgesehene „Operative Testphase" wurde auf Ende 1981 verschoben. 1981 sollten dafür 11 und 1982 54 GLCM bereitgestellt werden.

1981 sollten dafür 11 und 1982 54 GLCM bereitgestellt werden.

Bei den bisherigen Tests seien in der Regel die Starts durch Abwurf vom Flugzeug aus erfolgt, das gleiche galt für die „Tomahawks", der seegestützten Version, von denen 1979 bei Tests neun abgestürzt seien („Spiegel", ebenda).

In flachem Gelände hätte die Cruise missile Schwierigkeiten. Selbst Schneewehen auf Hügeln könnten die Flugroute durcheinanderbringen, berichtete der „Stern" (vom 7.5.81). Es werde deshalb an einem neuen Navigationssystem gebastelt. Für einen erheblichen Teil der Flugrouten fehle Kartenmaterial zur Programmierung („Spiegel", 5.10.81). Bessere Flügel ermöglichten es, die Flugbahnen um 35 % zu senken, die Reichweite zu erhöhen und eine größere Navigationsgenauigkeit zu erreichen, meldete dann hoffnungsfroh die „Welt" (vom 12.6.81). Der Haken bei der Geschichte: Die neue Version soll *„von 1 9 8 4 an zur Verfügung stehen"*.

Ähnliche Schwierigkeiten gibt es wohl auch bei den luftgestützten „Cruise missiles"; bei 20 Tests stürzten 4 ab; trotzdem: Boeing erhielt (gegenüber General Dynamics) den Auftrag für die Serienproduktion (nach „UZ", 30.11.81).

Es wäre verheerend für die Friedensbewegung, wenn aus der Tatsache technischer Schwierigkeiten und notwendiger Verzögerungen bei der beabsichtigten Stationierung neuer Mittelstreckenraketen der NATO allzu große Euphorie über einen „Erfolg" der Friedensbewegungen ausbrechen würde. Wie nachgewiesen wurde, könnte dies von den NATO-Strategen dahingehend genutzt werden, nun einseitige Forderungen an die Adresse der Sowjetunion zu begründen, wie es die „Nachrüstungs"-Gegner-Prominenz in der SPD bereits im Vorfeld zum Münchener Parteitag vorgeführt hat. Dann könnte die NATO aus einer konkreten technischen Misere politisches Kapital schlagen.

Militärelektronikmesse in Hannover

KEINE GUTE IDEE

Mit uns wird jeder Schuß ein Treffer!

„Allein der europäische Markt für Militärelektronik überschreitet vier Milliarden Dollar jährlich", heißt es im IDEE-Prospekt. Grund genug für die Waffenhändler, zufrieden zurückzublicken. Allerdings nicht ganz zufrieden — im letzten Jahr halfen Antimilitaristen und Demokraten kräftig mit, die Messe aus Wiesbaden zu vertreiben. Jetzt soll sie, wie ein Phönix aus der Asche, größer und schöner denn je neu erstehen. Unter dem neuen Namen „IDEE" (International Defence Electronic Exposition) ist sie für den 18. - 20. Mai 82 in Hannover auf dem Messegelände geplant. Von der Wanze bis zur Raketensteuerung soll alles gezeigt und verkauft werden, was Militaristen und Geheimdienstler erfreuen kann.

Die Bedeutung der Elektronik für militärische Einrichtungen ist in den letzten zehn Jahren immens gewachsen. Moderne Waffen sind ohne sie nicht mehr denkbar. *„Die Ausgaben für Militärelektronik in den USA stiegen im Verhältnis an der Gesamtbeschaffung auf 32%. Bei Forschungs- und Entwicklungskosten beträgt der Elektronikanteil inzwischen sogar 41%"* („TAZ", 25.11.81). Ähnlich sieht es bei den Waffen aus. Die Kosten, die beim Leopard 2 auf die Elektronik entfallen, liegen bei 40%, bei Raketen und Flugzeugen sogar bei 60 - 70%. *„Erfassen und vernichten' heißt die militärische Devise, ‚immer zuverlässiger, immer schneller, immer kleiner, immer einfacher und kostengünstiger' die technologische und unternehmerische"* („FR", 27.9.79).

Ein weiteres Ziel beim Einsatz von Elektronik ist das sogenannte „Fire and forget". Durch „eigenständig" arbeitende Computer, die weitgehend automatisch auf die ihnen eingespeicherten Auslösersignale reagieren, sollen die menschlichen Unzulänglichkeiten ausgeschaltet werden. Doch vergessen wir nicht den 2. Ausstellungsschwerpunkt. Die Experten für die innere Sicherheit kommen nicht zu kurz. „Zum Beispiel das Angebot der Firma „PK Electronic", die Kameras in Feuerzeugen und Armbanduhren einbaut. Aber nicht nur Kameras, sondern auch komplette Sender mit Mikrophon werden in Armbanduhren untergebracht. Wem diese Lösung nicht gefällt, kann seinen Abhörsender auch in einem Päckchen „Camel Filters", mit Zigaretten, versteht sich, bekommen.

Besonders erfreulich für die westdeutschen Firmen ist — bei der „restriktiven" Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik —, daß Elektronikteile nicht als Waffen gerechnet werden. *„Diese grotesk anmutende Abwiegelung"*, schreibt die „FR" (27.9.79) zur Aussage eines Schweizer Ausstellers („Wir stellen keine Waffen her") *„hat freilich eine politische Konsequenz von großer Tragweite, denn elektronische Apparaturen lassen sich leicht als zivile Produkte deklarieren [und tatsächlich in zivilen Bereichen verwenden], so daß die Waffenaus-*

leicht als zivile Produkte deklarieren [und tatsächlich in zivilen Bereichen verwenden], so daß die Waffenaus-

fuhrbeschränkungen der Bundesregierung leicht unterlaufen werden können". Das wird zwar eh schon gemacht, nicht nur mit Elektronik, aber *„wer kann ... der deutschen Firma Siemens verbieten, einen Rechner zur Flugüberwachung an Chile zu verkaufen? Niemand!"* („Militärpolitik Dokumentation" 9)

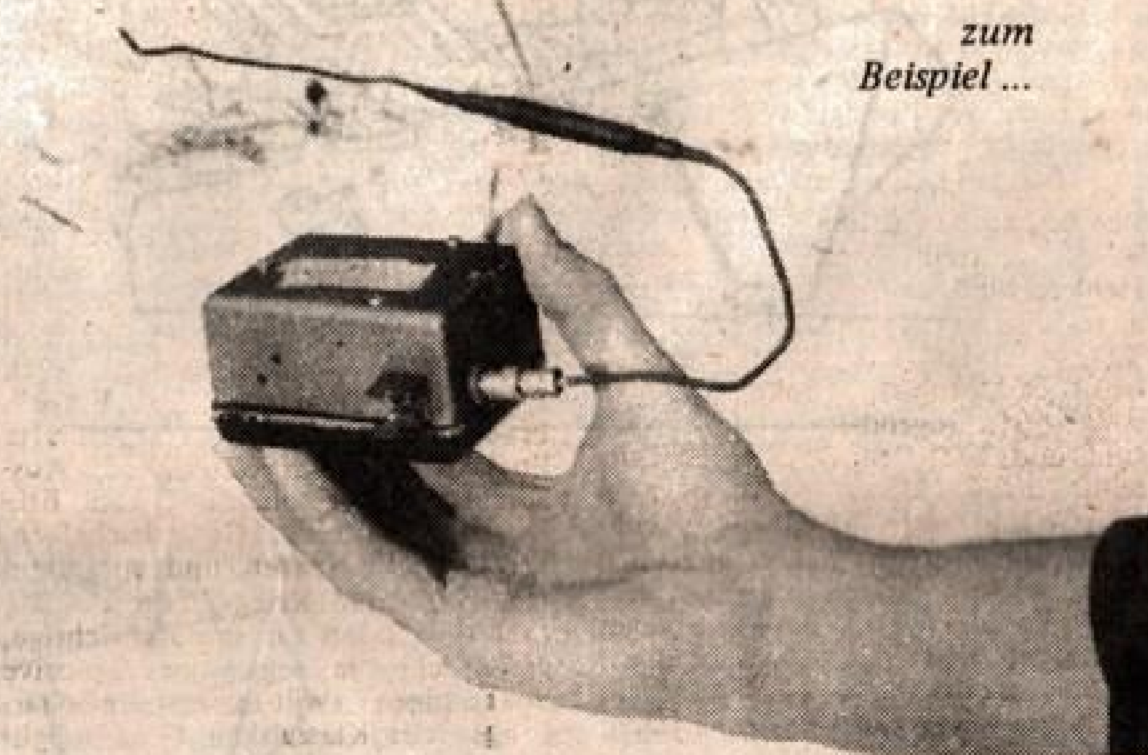
Eine steile Karriere

Ausgerichtet und veranstaltet wird die IDEE von der Kiver Communications, einer britisch-amerikanischen Gesellschaft, die dem großen Ausstellungskonzern Cahners Exposition Company angehört. Kiver Communications ist auf die Organisierung von Militärmessen und -konferenzen spezialisiert und dafür „international angesehen", wie sie stolz im IDEE-Prospekt berichten. Zu ihren Projekten, die rund um den Globus stattfinden, gehören: die „Latin America National Security Expo", die „International Naval Technology Expo" und die „Asian Defence Expo".

Die erste Messe dieser Art — wie sie jetzt in Hannover stattfindet — wurde von der Kiver Communications 1972 und '73 in Chicago veranstaltet.

Etliche Gruppen engagierten sich stark gegen diese Messe, einige ihrer Vertreter riskierten dabei sogar hohe Gefängnisstrafen, wie aus einem Brief der Los Angeles Catholic Workers hervorgeht. Dieser Widerstand und der Höhepunkt der Anti-Vietnamkrieg-Proteste dürften dazu beigetragen haben, daß sich Kiver aus Chicago zurückzog. Danach wurde die Messe in den ganzen USA verboten.

So mußte Kiver nach einem neuen Ausstellungsort suchen, der zentral und in einem NATO-Staat liegen sollte, und stieß auf diesem Weg auf Wiesbaden in der Bundesrepublik. Die „Atmosphäre einer ruhigen Beamtenstadt", die Nähe des Rhein-Main-Flughafens, ausreichend First-Class-Hotels sowie die Ausstattung der Rhein-Main-Halle mit einer Simultan-Dolmetscher-Anlage genügten als Vorzüge, obwohl sich die Bundesregierung „ablehnend" gegenüber dieser „kommerziellen Waffenschau" zeigte. Die offizielle Ablehnung bewirkte zunächst auch, daß sich 1976, als die MEDE (Military Electronic Defence Expo) zum ersten Mal stattfand, vorwiegend Firmen aus Großbritannien, USA, Frankreich, Israel und Schweden einfanden, während sich die westdeutschen Konzerne allenfalls über ausländische Tochtergesellschaften präsentierten. Das änderte sich allerdings im Lauf der Jahre gewaltig.



zum Beispiel ...

Diesem schnuckeligen Gerätchen ist es möglicherweise zu verdanken, daß kürzlich bereits der vierte Sender des freien Radios "Radio Wellenbrecher", der im Bodenseeraum arbeitet, in die Hände der Fahnder fiel. "Hallo Leute, das ist unsere 40. Sendung ..." tönte es kurz aus dem Radio, und damit war sie auch schon zu Ende. Innerhalb von zwei Minuten waren die Fahnder dieses Mal vor Ort. Dies sei nur möglich gewesen, meinen die Radio-Leute, weil die Fahnder Telefone abgehört [quatscht ihr denn am Telefon???] und mit einer Wanze gearbeitet hätten. Kripo und Post bestreiten solche Methoden energisch. Jedenfalls fand einer der Mitarbeiter von "Radio Wellenbrecher" diese kleine Gerät mittels Magnet an der Hinterachse seines Autos hängen. Vielleicht sollte jeder taz-Leser mal kurz unters Auto kriechen.

(aus: „taz", 16.2.82)

(aus: „taz", 16.2.82)

Waren im Jahr darauf schon eine Reihe kleinerer bundesdeutscher Unternehmen vertreten, *„weil sich die Zurückhaltung staatlicher Stellen gelockert"* hatte („Wehrtechnik" 8/77), so hatten 1978 auch alle großen Konzerne wie Bosch und AEG ihre Stände aufgebaut. Einzig und allein Siemens hielt sich noch ein Jahr lang von der verpönten Waffenmesse zurück.

Bei den letzten beiden Messen 1980 und 1981 waren die westdeutschen Unternehmen voll vertreten. Sie stellten mit ca. 50 Ausstellern knapp hinter den Briten liegend das zweitgrößte Kontingent. Waren es 1976 erst 143 Stände mit 5200 Besuchern, so konnten 1980 240 Aussteller weit über 8000 Besucher verbuchen. *„Die Veranstaltung hat sich in den letzten Jahren zum attraktivsten Treff für Anbieter und Käufer von Produkten der Militärelektronik ... gemausert"* („Wehrdienst", 29.9.80).

1980 war es „leider" um „die Atmosphäre einer ruhigen Beamtenstadt" geschehen! Der Protest Wiesbadener Kriegsgegner gegen die MEDE '80 konnte deren Durchführung zwar nicht verhindern, hatte aber die vorzeitige Beendigung des Vertrags zwischen Kiver und der Messegesellschaft zur Folge und brachte die „MEDE" als „IDEE" nach Hannover. In Hannover erhofft man sich eine weitere Steigerung der Besucherzahlen auf über 10.000.

Hannover — der ideale Standort

Es wäre eine Illusion, zu glauben, der Umzug der IDEE von Wiesbaden nach Hannover sei nur dem Wiesbadener Prostest zu verdanken. Durch den Umzug soll *„einer der größten Umschlagplätze des Waffenhandels"* („Neue", 5.12.81) geschaffen werden. Hannover ist nämlich traditionell der Ausstellungsort für die ILA, die Internationale Luftfahrtausstellung. Neben Kunststückchen mit Kunstfliegern und Fallschirmspringern zeigt sie vor allem Produkte der Militärluftfahrt. Die ILA 82 soll nach dem Willen der Veranstalter (Messe AG Hannover und Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrt) den Schwerpunkt „Verteidigungstechnik" haben. Fand die ILA bisher parallel zur Hannovermesse, einer allgemeinen Industriemesse, statt, so ist sie dieses Jahr so verschoben worden, daß die Verkaufstage für das Fachpublikum der ILA genau mit denen der IDEE zusammenfallen. Ebenfalls parallel findet in Bückeburg bei Hannover ein internationales Hubschrauberforum mit militärischer Fachtagung statt. Unumwunden wird dieser Zusammenhang auch bestätigt: *„Die mehr als 200 erwarteten Aussteller sehen in Hannover allein schon wegen der Verknüpfung mit der ILA den idealen Platz für die IDEE ... Die ILA wird damit zum gleichwertigen Pendant zu den großen Luftfahrtausstellungen in Le Bourget [Frankreich] und Farnborough [England]."* Die Konkurrenz treibt auch hier das Messegeschäft: *„Ohne Militärelektronik würde die ILA zweitklassig"*, war der „Neuen Presse" vom 4. September 81 zu entnehmen, ja der Bund der Deutschen Luft- und Raumfahrt habe *„die Messe [IDEE] im Prinzip von der Messe-AG gefordert."* So haben denn auch die beiden Veranstalter vereinbart, sich *„weltweit in ihrer Werbung für die beiden Veranstaltungen zu unterstützen"* („Hann. Allgemeine Zeitung", 18.8.81).

Zusätzlich bietet die vorhandene Messe-Infrastruktur Hannovers, das große Messegelände außerhalb der Stadt, von dem die IDEE nur einen Teil nutzen will, Vorteile. Demos aus der Stadt haben es ganz schön weit bis zum Messegelände. Um Störungen jeglicher Art zu verhindern, wird während jeder Messe eine Bannmeile um das Gelände erlassen, sodaß z.B. Demonstrationen von außen gar nicht herankommen. Es ist also fest davon auszugehen, daß Kiver diesmal erheblich zäher am Veranstaltungsort Hannover festhalten wird, als dies noch für Wiesbaden galt. Und dem kann sich auch die SPD nicht entziehen ...

Die SPD — oh weh, oh weh!

„Wir möchten euch sehr herzlich für diese Information danken und werden, sollte es zu einer solchen Situation kommen, rechtzeitig reagieren können." Hiermit bestätigte der hannoversche Fraktionsvorsitzende Heinemann am 2.12.80 (!) ein Schreiben der Wiesbadener SPD. Darin hatten diese ihre Partei-Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß Kiver in Hannover nach einem neuen Standort Ausschau halten könnte.

Aus der rechtzeitigen Reaktion wurde natürlich nichts. Und das, obwohl die SPD direkt an der Quelle sitzt. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender trägt OB Schmalstieg (SPD) alle Entscheidungen der Messe-AG mit, an der die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen zu je 50% beteiligt sind. Und obwohl schon im Frühjahr 1981 die ersten Gerüchte durch die Szene geisterten, daß hier demnächst eine Waffenmesse stattfinden werde, rührte sich bei der SPD nichts. Das ganze wurde erst presseöffentlich, als die Verträge unter Dach und Fach waren: im Mai oder Juni 81. Nun konnte sich OB Schmalstieg unbesorgt seinen Bedenken in der Öffentlichkeit hingeben — es hatte bereits Protestbriefe der Grünen, der DFG/VK und der BI Umweltschutz gegeben: *„Es schade sowohl dem Ansehen der Stadt Hannover als auch dem Ansehen der Messe-AG, wenn die Waffenbörse in Hannover veranstaltet werde"* („HAZ", 15.8.81), so Schmalstieg. Auch äußerten Wirtschaftsministerin Breuel und die Arbeiter- und Angestellten-Vertreter im Aufsichtsrat der Messe-AG Vorbehalte. Es wurde sogar der Anschein verbreitet, alles sei noch offen: *„Wir befinden uns im Prozeß der Entscheidungsfindung"*, so Groth aus dem Messe-AG-Vorstand und noch mal Schmalstieg: *„Dem Vorstand sei aufgetragen worden, doch bis zur Sitzung am 27. August zu prüfen, ob die IDEE nicht wieder abgesagt werden könne"* („HAZ", 15.8.81).

Es kam wie zu erwarten war. *„Trotz Bedenken: Messe will Waffenschau veranstalten"* teilte die „NP" (28.8.) einen Tag nach der „entscheidenden" Aufsichtsratssitzung mit. OB Schmalstieg, der sich zunächst nicht äußern mochte, schob zwei Wochen später die gesamte Schuld auf den Vorstand: *„Die Vermietung von Hallenflächen der Messe liegt nicht in der Zuständigkeit des*

Schuld auf den Vorstand: *„Die Vermietung von Hallenflächen der Messe liegt nicht in der Zuständigkeit des*

Aufsichtsrates. Bevor sich der Aufsichtsrat mit dieser Frage befaßte, waren bereits rechtskräftige Verträge geschlossen worden" („NP", 11.9.81). Auch mochte er sich nicht mehr zum „Schiedsrichter" machen, als er gefragt wurde, ob *„es sich hier überhaupt um Waffen handelt"* („NP"-Interview). Peinlich für den OB, daß die „HAZ" bereits zuvor berichtet hatte: *„Unter den Ausstellern, die in Wiesbaden waren, befinden sich auch einige deutsche Firmen, deren Vertreter im Aufsichtsrat der Messe-AG sitzen. Sie regten unter anderem eine Verlegung auf das hannoversche Messegelände an"* (18.8.81).

Auf jeden Fall iist man fest entschlossen, sich durch nichts hindern zu lassen. *„Die IDEE würde nur dann nicht stattfinden, wenn sie verboten würde"* (so Lange laut „NP"). Im Krisenfall will man sich von der Polizei schützen lassen. Diese hat sich schon mit dem brisanten Gelände vertraut gemacht. Auf einer Zufahrtsstraße zum Flughafen Langenhagen, wo die ILA stattfinden soll, wurde am 1.12.81 schon vorsorglich der Einsatz bei einer *„unfriedlich verlaufenden demonstrativen Aktion"* („HAZ", 2.12.81) geübt — so realistisch, daß zwei Bullen verletzt ins Krankenhaus kamen. Was die SPD nach langem Schweigen Ende Januar 1982 doch wieder auf die Beine brachte, war dreierlei: die Landtagswahl, die am 21.3. in Niedersachsen stattfindet; die Tatsache, daß sich ein recht breites Protestpotential angesammelt hatte; und das rabiatere Auftreten einiger IDEE-Gegner.

„Fünf SPD-Landtagsabgeordnete aus Hannover haben in einer parlamentarischen Anfrage die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert, sich für die Kündigung der Verträge zwischen Messe-AG und den Veranstaltern der Militär-Elektronik-Aus-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

stellung „IDEE" ... einzusetzen", berichtete die „NP" am 26.1. Am gleichen Tag wurde der Mosaiksaal im Rathaus von 80 Initiativlern besetzt, wo gerade die SPD-Ratsfraktion tagte. Den z.T. verblüfften, weil schlecht informierten Besetzern wurde ein Fraktionsantrag in Aussicht gestellt (Zitat: *„Der Rat der Landeshauptstadt Hannover appelliert an den Vorstand der Messe-AG., mit dem Ausstellungsveranstalter in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, von der Durchführung der Ausstellung Abstand zu nehmen."*), sowie eine Zusage zu einer öffentlichen Diskussion gegeben („HAZ", 27.1.81).

Am darauffolgenden Wochenende wurde es noch radikaler. *„Die Fraktionen der SPD im Rat und im Landtag sollen sich energisch dafür einsetzen, daß die für Ende Mai geplante Militär-Elektronik-Ausstellung IDEE auf dem Messegelände nicht stattfindet ... Falls eine Absage nicht mehr möglich ist, sollen die Vertreter von Stadt und Land im Aufsichtsrat zumindest dafür sorgen, daß es zu einer Wiederholung dieser oder ähnlicher Ausstellungen in Hannover nicht kommt"*, so der Beschluß des Unterbezirksparteitages Hannover. Und es soll dafür sogar etwas getan werden. *„Die SPD wird mit befreundeten Organisationen Gegendemonstrationen und -aktionen durchführen"* („HAZ", 8.2.82). Der ursprüngliche Antrag hatte sogar gelautet, sich *„an die Spitze von Gegendemonstrationen und -aktionen"* zu setzen, doch hier erlitt der linke Flügel, der den Antrag eingebracht hatte, eine Schlappe. Schmalstieg: *„Die SPD kann so etwas nicht tun, weil sie nicht absehen kann, wie solche Proteste ausgehen"*, („NP", 8.2.82). Offensichtlich bereitet ihm die Angst vor einer neuen Scherbennacht (11.11.80 anläßlich der Rekrutenvereidigung im Niedersachsenstadion) mehr Sorgen als die IDEE. Die SPD an der Spitze eines Bündnisses, das keinen Antimilitaristen und keine Aktionsform ausschließt und das konsequent die Verhinderung, notfalls massive Störung der IDEE betreibt, das ist in der Tat schwer vorstellbar. Zu einem SPD-OB in der ersten Reihe der Demo zum Messegelände wird es nicht kommen: Inzwischen ist mit der Begründung, man sei ja jetzt einer Meinung, den IDEE-Gegnern die Bereitschaft zu einem öffentlichen Gespräch aufgekündigt worden. Das sei nun ja nicht mehr nötig.

Man darf gespannt sein, was die SPD noch an weiteren Kapriolen zu bieten haben wird.



15. MAI - HANNOVER - BUNDESWEITE GROSS-DEMONSTRATION ZUM MESSEGELÄNDE

IDEE-Gegner planen bundesweite Protestaktion

Schon im letzten Jahr, bald nachdem bekannt geworden war, daß die IDEE (vom 18. - 20.5.82) in Hannover stattfinden würde, trafen sich

Schon im letzten Jahr, bald nachdem bekannt geworden war, daß die IDEE (vom 18. - 20.5.82) in Hannover stattfinden würde, trafen sich zahlreiche Gruppen in Hannover, um Protestaktionen vorzubereiten. Das Ergebnis war ein Bürgerantrag, der von über 50 Gruppen getragen wird. 11.000 Hannoveraner haben diesen Antrag unterschrieben.

Als bei der „Auftaktdemonstration" des Bündnisses im vergangenen Dezember 2.500 Menschen auf die Straße gingen, berichtete die „Hannoversche Allgemeine" noch über einige „Schneeballwerfer", ohne den Anlaß der Demonstration überhaupt zu erwähnen. Das hat sich inzwischen radikal geändert, vor allem als die SPD sich (in Worten) den Protesten anschloß, einschließlich des Aufsichtsratsmitgliedes der Messegesellschaft, OB Schmalstieg. Während der Aufsichtsratsvorsitzende und Kollege Walter Leisler Kiep ohne Umschweife erklärte, daß die angestrebte Abrüstung (er meint natürlich Aufrüstung) *„ohne die auf dieser Ausstellung im Mittelpunkt stehende Spezialtechnik kaum realisierbar"* sei (nach „FR", 17.2.82). Dennoch waren alle Bemühungen im Bündnis (DKP und SAG waren besonders engagiert, der SPD hinterherzulaufen), die SPD in Protestaktionen einzubeziehen, vergeblich. Inzwischen wird gegen die IDEE-Gegner eine härtere Gangart eingeschlagen.

OB Schmalstieg gab Protestbriefe an seinen Polizeichef weiter, von dort aus landeten sie prompt beim Verfassungsschutz. Dabei hatte Schmalstieg doch nur das „Beste" im Auge gehabt, die Polizei sollte daran überprüfen, *„ob man nicht aufgrund der massiven Proteste die Veranstaltung aus Gründen der Sicherheit verbieten könne"*. Wegen möglicher *„Straftaten auf politischem Hintergrund"* hätte der Staatsschutz eingeschaltet werden müssen, behauptet die Polizei unverdrossen (nach „taz", 26.2.).

Zwei Tage später war dann die inzwischen ins Rathaus eingezogene GABL dran. Hausdurchsuchungen im GABL-Büro und bei der GABL-Ratsfrau Ulla Henscher dienten der Fahndung nach *„Terrorplänen"* (so die „BILD"). Eine „GABL"-Untergrundabteilung" rief in einem Strategiepapier zu Verkehrsbehinderungen, Sprühaktionen, ja sogar Blockaden auf und schloß mit den Worten „Chaos und Anarchie". Obwohl die Polizei dieses Papier schon am 12.2. erhalten haben will und die GABL am 17.2. öffentlich erklärte, daß dies k e i n GABL-Papier sei, folgte am 26.2. die Durchsuchung. Neben der „BILD"-Zeitung nahm sich besonders auch die „Neue Presse" bzw. ihr Chefreporter und Ex(?)-MAD'ler Bernd Plogmann der Sache an: Hatte er zur Durchsuchung die Schlagzeile parat: *„Ratsherr wußte von geplanter Gewalt gegen Messe"*, so sah er in der Demonstration am 1.3. bereits die *„Spur der Chaoten"* vom GABL-Büro bis zum Steinewerfen *„nach Muster des Strategiepapiers"*. Plogmann hatte den Bericht des auf der Demo anwesenden „NP"-Redakteurs durch Meldungen ersetzt, die er von der Polizei hatte.

piers". Plogmann hatte den Bericht des auf der Demo anwesenden „NP"-Redakteurs durch Meldungen ersetzt, die er von der Polizei hatte.

Die Polizei hatte die Demonstration gleich aufgelöst und zwei GABL-Ratsherrn „fachmäßig" abgeführt, nachdem eine Blechbüchse geflogen war.

Die Polizei geht hier so eifrig gegen die „Gewalttäter" unter den IDEE-Gegnern vor, damit die tatsächlichen Gewalttäter auf der IDEE freie Hand haben: **„Mit uns wird jeder Schuß ein Treffer!", heißt es im Werbeslogan eines Ausstellers.**

Das IDEE-Aktionsbündnis ruft zu einer bundesweiten Demonstration zum Hannoverschen Messegelände am 15. Mai auf. Am 3./4.4. (leider offenbar parallel zur Beratung des ‚herzlichen' Empfangs für Reagan in Bonn) soll ein bundesweiter Vorbereitungskongreß im hannoverschen Raschplatzpavillon stattfinden.

Kontaktadresse
und Informationsbüro:
Hannoversches Aktionsbündnis gegen die IDEE
c/o Biu-Büro, Hinüberstr. 16-18
3000 Hannover
Tel.: 0511/343023

KB/Gruppe Hannover

3000 Hannover
Tel.: 0511/343023

KB/Gruppe Hannover



Die brutale Fratze der „no future"-Generation. Mit Knüppeln, Totschlägern und Eisenketten fanatisch gegen Andersdenkende. Und der Staat toleriert's!

Keine Panik auf der „Titanic"

Aufstandsbekämpfung mit Nazi-Tradition

Es ist alles eine Frage der Verpackung. Wenn man einen auf Jahrtausende hin strahlenden Atomdreck in die Landschaft klatscht, nennt man das einen „Entsorgungspark". Und wenn man den medizinischen Bereich auf kommende militärische Aufgaben vorbereitet, nennt man das „Gesundheitssicherstellungsgesetz".

Zu den kommenden großen Aufgaben gehört auch die Kriegspsychiatrie. Die beschäftigt sich beispielsweise mit der Frage, was von Seiten der Ärzteschaft gegen das Entstehen und die Ausbreitung von „Panik" im Kriegsfall getan werden soll. Das Thema hört sich wahrscheinlich harmloser an, als es in Wirklichkeit gemeint ist: Die Kriegspsychiatrie faßt unter dem Begriff „Panik" großzügig alle unerwünschten Bevölkerungs-Reaktionen, einschließlich sämtlichen Formen von politischem Widerstand, zusammen. Da muß dann zügig isoliert und liquidiert werden! Das Ganze geht, man vermutet schon richtig, auf Vorstellungen des Faschismus zurück. Zwischen der Vernichtungs-Wissenschaft (und -Praxis) der Nazis und der modernen Kriegspsychiatrie in der BRD besteht ein enger geistiger und z.T. sogar noch personeller Zusammenhang.

„durch Panzer von den Straßen herunterfegen..."

Unser Bundeskanzler ist Fachmann für das Problem. Über „Panik-Bekämpfung" aus militärischer Sicht teilte H. Schmidt schon 1958 in einer Bundestagsrede mit, daß Offiziere, die am Manöver ‚Lion bleu' beteiligt gewesen seien, geweint hätten: *„Sie mußten sich nämlich realistisch auf die Lagen einstellen, die in diesem Planspiel Tag für Tag auf sie einstürmten, darauf, daß sie der Hunderttausende von Flüchtlingen auf den Straßen im Planspiel nicht anders Herr werden konnten, als sie durch Panzer von den Straßen herunterfegen"* (s. Unser Weg 33, S. 19).

Doch es geht bei der ‚Panikbekämpfung' keineswegs nur um eine zu erwartende Massenflucht, sondern allgemein um die Aufrechterhaltung einer Kriegsmoral und die Bekämpfung von Auf-

Doch es geht bei der ‚Panikbekämpfung' keineswegs nur um eine zu erwartende Massenflucht, sondern allgemein um die Aufrechterhaltung einer Kriegsmoral und die Bekämpfung von Aufständen jeder Form. In Anlehnung an Clausewitz: *„Die Schlacht ist nicht so sehr ein Totschlagen des feindlichen Kriegers, als des feindlichen Mutes"* stellt denn auch Kriegspsychiater Brickenstein fest, daß *„das Entfachen einer Panik beim Gegner sowie die Verhinderung und Bekämpfung bei den eigenen Streitkräften zu allen Zeiten zu den psychologischen Waffen* (gehörte), *die kriegsentscheidend sein können"* (2). Ebenso heißt es in der Heeresdienstvorschrift 100/2, Nr. 159 vom April 1961: *„Paniken sind eine schwere Gefährdung für die Truppe und müssen — gegebenenfalls unter Anwendung drastischer Maßnahmen* (!) *schon im Keime erstickt werden"* (3).

Wir haben bereits im ‚Arbeiterkampf' 205 (s. 20 f) (0) die geplanten Notstandsplanungen auf dem medizinischen Sektor vorgestellt. Wir wollen hier neben der Vorstellung der „Panikspezialisten" und Kriegspsychater vor allem ihre Vergangenheit vorstellen. Es ist offensichtlich, daß die Kriegspsychiatrie in ihren Aussagen und Vorstellungen und bei ihren ‚Köpfen' in der BRD zu den Gebieten zählt, in der weitgehend bruchlos altes braunes Gedankengut fortlebt.

Die Vorstellungen z.B. des ‚Panikspezialisten' Brickenstein haben in letzter Zeit verstärkt Eingang in die medizinische Fachliteratur gefunden und waren häufig Gegenstand von ‚Fortbildungsveranstaltungen' von Ärzten, obwohl an dem Problem ‚Panik' schon seit langem geforscht wird.

Eine Panik ist laut Brickenstein *„eine planlose und unzweckmäßige Abwehr- oder Fluchtreaktion einer zur Masse degenerierten Menschengemeinschaft, die kollektiv auf eine tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung ihrer Existenz erfolgt"*. (4)

Dabei werde *„ein animalischer, bisher suspendierter Selbsterhaltungstrieb von elementarer Wucht freigesetzt. Dieser ist stärker als alle humane Gesinnung, religiöse Bindung, rationale Überlegung und soldatische Disziplin."* (2)

Logisch, daß eine ‚Panik', ist sie erstmal ausgebrochen, für die Herren Militaristen nur noch schwerlich einzudämmen sein wird. So richtet sich denn auch ihr Hauptaugenmerk auf das Erkennen von Umständen, die nach ihrer Meinung einer Panik vorausgehen, und, so hoffen sie, die damit leichter zu verhindern bzw. zu bekämpfen ist.

‚Panikpersonen: Selektieren und Behandeln"

Im Blick der Panikverhütungsstrategen sind dabei einmal die sogenannten „Panikpersonen". Als *„Panikpersonen"* gelten solche Menschen, bei denen im Krisenfall die normale Angst durch ihre *„psychophysische Konstitution"* zu einer *„pathologischen* (krankhaften, d.V.) *Angst"* degeneriert.

Zu ‚Panikpersonen' prädestiniert sind, wie Prof. Friedrich Panse bereits 1952 in einer Studie für das Bundesministerium für Arbeit etwas deutlicher formulierte, *„triebhafte, emotionell labile Persönlichkeiten oder solche, bei denen die sonstige psychische (charakterliche) Struktur, der psychische Überbau von jeher Mängel aufweist, wie bei halt- und willensschwachen Psychastenikern oder auch intellektuell Minderwertigen."* (5)

Daß hier noch nach dem Wörterbuch der Unmenschen formuliert wurde, ist leicht erkennbar — aber dazu später. Festzuhalten bleibt, daß mit einer solchen Definition jeder Mensch gemeint sein kann, der sich auf irgend eine Art und Weise nicht in das herrschende System integrieren lassen will.

Solche ‚Panikpersonen' erscheinen den Kriegspsychiatern als so gefährlich, da sie *„leicht den Ausgangspunkt einer rasch um sich greifenden Panik"* bilden können. (5)

Vor allem dann, wenn sie in *„einer Menschengemeinschaft gehäuft auftreten, weil sich immer mehr Personen in ihrer Sicherheit oder Existenz bedroht"* fühlen, vergrößere sich die Gefahr einer Panik.

Menschengemeinschaft gehäuft auftreten, weil sich immer mehr Personen in ihrer Sicherheit oder Existenz bedroht" fühlen, vergrößere sich die Gefahr einer Panik.

Eine Panik drohe aber auch dann, so Brickenstein, wenn *„ein ideologischer oder religiöser Fanatismus die Überhand gewinnt."* Womit die politische Dimension des irreführenden Begriffs ‚Panik' klar ausgesprochen wäre. Daß ‚Panik' treffender mit ‚Revolte' zu übersetzen ist, wird bei der Beschreibung der „äußerlichen Merkmale" der „unheilschwangeren Panikbereitschaft" durch Brickenstein deutlich: Solche Merkmale seien *„häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigungen, rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten* (vielleicht der Kriegspsychiater? — d.V.) *und grober Vandalismus"*. (4) Daß solche Situationen sicherlich nicht nur für die Kriegspsychiater unheilschwanger sind, ist klar — was sie aber mit Panik zu tun haben, bleibt verborgen.

Ebenso an anderer Stelle: *„Unter dem beherrschenden Einfluß von Leidenschaften und politischen und religiösen Schwärmereien oder unter dem Eindruck einer Bedrohung ihrer Existenz kann eine zufällig zusammengekommene Gruppe von Menschen ... zu* ***einer amorphen Menschenmasse*** *degenerieren."* (4 — Hervorhebung im Original)

Eindeutig ist damit, daß unter dem Deckmantel der „Panikbekämpfung" im Interesse aller eine gezielte Strategiedebatte über Befriedungstechniken für den Fall geführt wird, wo die Politik der Imperialisten zu massenhafter Auflehnung und Widerstand der Bevölkerung führen.

Entsprechend brachial sind die Methoden, die selbst in den heute zugänglichen Schriften zur ‚Panikbekämpfung' angegeben werden.

Zur Prävention von Paniken empfiehlt Brickenstein *„allen Führungs-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

kräften" während der Krise (Streik, Demonstrationen etc.) die *„Auseinanderführung zusammengeballter Menschenansammlungen"*. Daß solche „Auseinanderführung" sicher auch mit Waffengewalt durchgeführt werden, macht allein das brutale Vorgehen des Staatsapparates gegen den Widerstand an der Startbahn West deutlich — ein Widerstand, der für Brickenstein sicherlich nur ein läppischer ‚Panikansatz' ist.

Für diejenigen, die die ‚Panik' mit entfachen, wohl die Rädelsführer, schlägt Brickenstein eine *„sofortige Isolierung"* und anschließend daran eine *„separate medizinische Behandlung"* vor. Unter dieser Art medizinischer Behandlung wird im besten Falle eine chemische Ruhigstellung zu verstehen sein. Die von den „Panikpersonen" gesäuberte Menschenmasse soll *„aus dem Panikzentrum in eine gewünschte — wenn möglich, in viele verschiedene — Richtungen"* abgeleitet werden. (4)

Sträfliche Illusion wäre es, Kriegspsychiater wie Brickenstein als durchgeknallte Militaristen anzusehen, ihre Strategien als unbedeutende Randerscheinungen abzutun.

Schon teilweise vor Gründung der Bundeswehr wurden Studien und Artikel veröffentlicht, die sich mit dem Problem von Befriedungstechniken im Falle eines Krieges beschäftigten. So veröffentlichte z.B. Prof. F. Panse bereits 1952 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit — ein Kriegsministerium gab es damals noch nicht — eine Studie zu **„Angst und Schreck"**, die sich neben anderen Kriegserfahrungen auch mit ‚Panik'problemen befaßt.

Der oben vielfach zitierte Brickenstein veröffentlichte bereits 1967 im Auftrag der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, deren psychiatrischer Berater er war, einen wehrpsychiatrischen Leitfaden, in dem die „Panik"problematik einen ebenfalls großen Raum einnahm.

Selbiger Brickenstein organisierte 1979 zusammen mit dem damaligen Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens, Rebentisch, das erste internationale Wehrpsychiatrische Symposium überhaupt, auf der sich die Creme der westlichen Kriegspsychiater zusammenfand. U.a. referierte dort auch Ritter Werner v. Baeyer, mit dem wir uns weiter unten beschäftigen werden. (1)

Die Traditionen bundesdeutscher Kriegspsychiater

den. (1)

Die Traditionen bundesdeutscher Kriegspsychiater

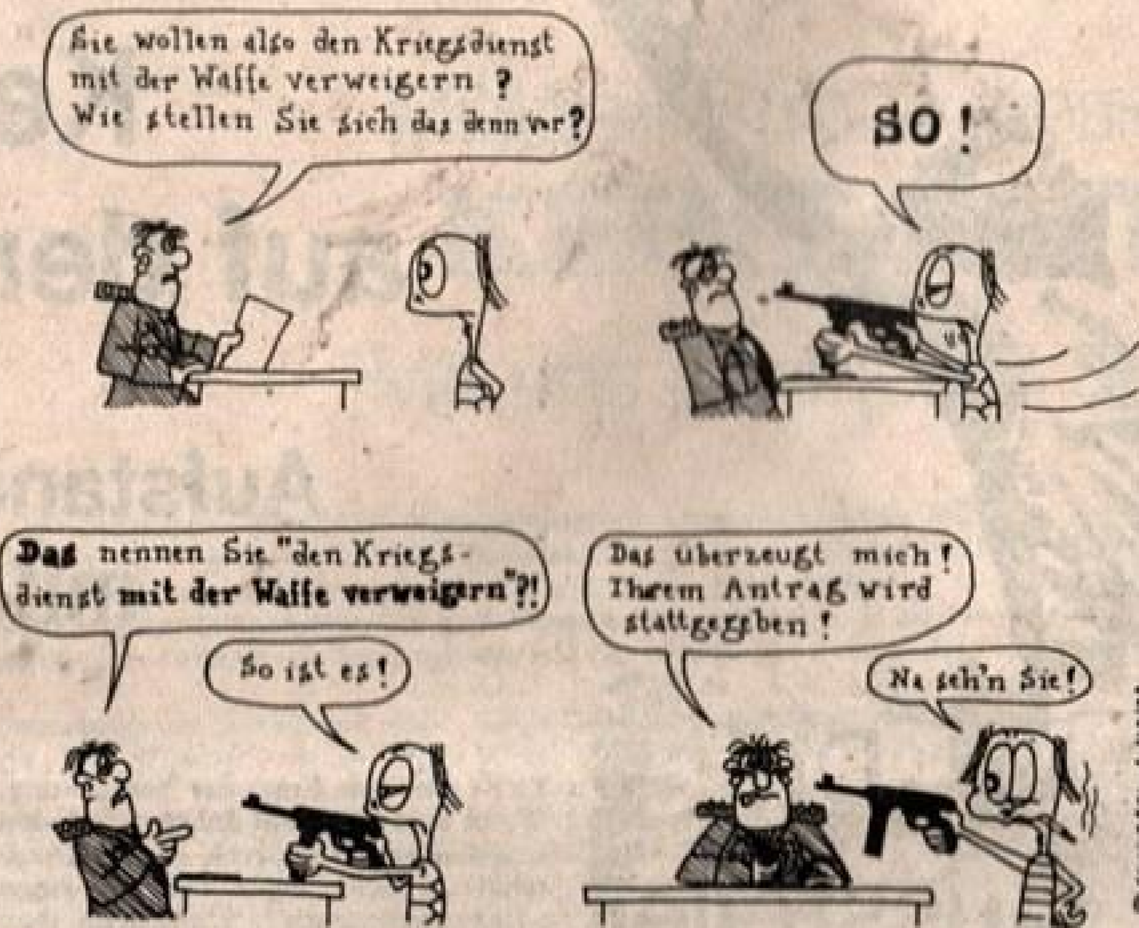
Sowohl ein Blick auf die Biographie einzelner Psychiater als auch die Tradition, aus der heraus die oben umrissenen Strategien entwickelt wurden, macht erst in aller Schärfe klar, worauf diese Pläne hinauslaufen. Durchweg alle hier genannten Psychiater haben ihre ersten Erfahrungen und Verdienste in der nationalsozialistischen Wehrmacht erworben.

Rudolf Brickenstein verfaßte 1943, auf der Höhe des Krieges eine Dissertation zur *„Häufigkeit und Ätiologie des Selbstmordes beim Heer und die Auswirkungen des Alkoholmißbrauchs auf dieses"*. Wie aus einer Notiz auf dem Einband ersichtlich, war diese Arbeit als „geheim" eingestuft, durfte selbst an die Bibliotheken nicht ausgeliefert werden. Kein Wunder, wie eine Kostprobe bezeugt: *„Bei dieser Gruppe der ‚Schlappen', die als solche im zivilen Leben meist nicht erkannt werden, hat tatsächlich der militärische Dienst eine steigernde Wirkung auf die Selbstmordneigung. Jedoch besteht meist kein Grund, solchen Soldaten nachzutrauern. Sie wären immer lebensuntüchtig gewesen und für das Volksganze ist das Erbgut solcher Menschen nicht nur wertlos, sondern schädlich."* (6)

Friedich Panse war nach den Akten der ‚Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten' vom 14.5.40 bis 16.12.1940 ‚Gutachter' der Mordaktion ‚T 4' an sogenannten ‚Geisteskranken'. Im Zuge dieser Aktion wurden mehr als 120 000 Menschen als vermeintlich ‚lebensunwertes Leben' grausamst ermordet. Aufgrund von Todesurteilen, die als Gutachten getarnt, von Psychiatern gefällt wurden. (7)

Panse beriet außerdem, im Verein mit anderen deutschen Psychiatern, auf ‚Arbeitstagungen' die nationalsozialistische Wehrmachtführung, wie sie mit abweichendem und störendem Verhalten von Soldaten umzugehen habe. U.a. wurden dabei Kriterien festgelegt, welches Verhalten zur sofortigen KZ-Einweisung führen sollte.

Unter den Teilnehmern dieser Arbeitstagungen befand sich auch **M. Mikorey**, aber vor allem in den sechziger Jahren d e r Panikspezialist der Bundeswehr war. Selbiger Mikorey hatte vor '45 einen Namen als Spezialist über „hysterische Reaktionen im Feldheer". (8)



Aus: ElefantenPress Karicartoon '80

Auch **Ritter Werner v. Baeyer**, wohl einer der bedeutendsten bundesdeutschen Psychiater, der entscheidenden Einfluß auf die Wehrpsychiatrie nahm, seit 1963 für mindestens 10 Jahre Mitglied des ‚Wehrmedizinischen Beirates', machte sich schon vor Beginn des 2. Weltkrieges einen Namen als Kriegspsychiater. U.a. trat er 1938 als Mitverfasser der Festschrift für den damaligen Heeressanitätsinspekteur im Reichskriegsministerium Prof. Waldmann hervor. (9)

Die Kontinuität in der Kriegspsychiatrie vom Nationalsozialismus bis heute erweist sich nicht nur an den Biographien einzelner ihrer Vertreter, sondern ebenso an den von ihnen entwickelten Strategien.

Eindrucksvolles Zeichen dafür ist allein die Tatsache, daß die „Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie" in den letzten Jahren eine Schriftenreihe zu den „Erfahrungen des deutschen Sanitätsdienstes im zweiten Weltkrieg" herausgegeben hat.

Ganz offen bekennen sich die heutigen ‚Panikspezialisten' oder besser ‚Revoltenbekämpfungsstrategen' zu den Vorschlägen, die ihre Vorgänger

Ganz offen bekennen sich die heutigen ‚Panikspezialisten' oder besser ‚Revoltenbekämpfungsstrategen' zu den Vorschlägen, die ihre Vorgänger

den deutschen Imperialisten vor und während des zweiten Weltkrieges unterbreiteten.

So rühmte z.B. Brickenstein auf dem Wehrpsychiatrischen Symposium in München die Gedankengänge seines Vorgängers Stier, dem anerkannten Nestor deutscher Kriegspsychiatrie. Stier habe sich mit Problemen befaßt, *„die bei uns heute noch aktuell sind, nämlich mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, Männer zu ihrem und der Streitkräfte Vorteil vom Wehrdienst auszunehmen, die dazu geistig nicht tauglich sind und für diese Selektion objektive und praktikable Kriterien zu finden."* (9)

Bei Betrachtung dessen, was der so hochverehrte Stier von sich gab, wird erschreckend klar, was hier eigentlich gemeint ist: Als die *„beste psychiatrische Vorbereitung ... für den Kriegsfall"* forderte er 1936 in einem richtungsweisenden Artikel, *„schon in Friedenszeiten mit allen nur denkbaren Mitteln die Schwachsinnigen und geistig Minderwertigen vom Heer fernzuhalten bzw. rasch auszuschalten* (!7". Da aber, wie er weiter ausführte, die *„Anreicherung der minderwertigen Elemente in der Heimat kaum geringere Gefahren in sich birgt"* empfahl er *„die Verweisung der gefährlichen Elemente in die Konzentrationslager der Heimat."* (10)

Deutlicher noch als Stier sprach Oberstabsarzt Simon die politischen Intentionen dieser Vorschläge während eines Vortrages vor der Militärarztlichen Akademie München 1938 aus. Vor allem den *„linken Flügel der Psychopathen"* sah er als gefährlich an, da sie sich *„teils heimlich, teils offen als Hetzer und Aufrührer betätigen." „Wir haben im Kriege erfahren, und besonders am Kriegsende, während der Revolution 1918 und in der Räte- und Spartakistenzeit zu fühlen bekommen, wie schlimm und wie verheerend sich die zersetzende Tätigkeit dieses linken Flügels der Psychopathen ausgewirkt hat."* (11)

Vor allem also die Angst der Herrschenden, daß ihre kriegerische Politik durch eine neue Novemberrevolution bedroht werden könnte, war die Motivation für diese Vorschläge, die damals ihre praktische „Endlösung" in der Ermordung zig-Tausender in KZs etc. fand.

Und aus der selben Motivation heraus beschäftigen sich heutige Kriegspsychiater mit der Bekämpfung sogenannter ‚Paniken'. Motor dieser Überlegungen ist die begründete Furcht, daß der von den Imperialisten als Mittel ihrer Politik eingeplante atomare Spannungsfall bzw. der kalkulierte atomare Erstschlag zu Massenrevolten führen könnte, die ihre Herrschaft ernsthaft bedrohen könnten. Dabei gehen sie weniger davon aus, daß es im Zentrum eines atomaren Schlagabtausches zu massivem Widerstand kommt, sondern vielmehr in den noch relativ unversehrten Gebieten. *„Je weiter sich die Menschen vom Nullpunkt entfernt befinden, um so größer wird die Panikgefahr"*, wie Messerschmidt in Anlehnung an Mikorey festhält. (13)

Mit dem Rückgriff auf die Kriegspsychiatrie unterm Nationalsozialismus soll kein platter Analogieschluß nahegelegt werden. Zweifellos ist durch die Existenz atomarer Waffen als auch die Verfeinerung von Herrschaftstechniken die Situation eine andere. Was aber bleibt, und jede andere Meinung wäre blauäugige Illusion, daß die Imperialisten nur mit brutalster Gewalt versuchen können, einem Massenwiderstand

bleibt, und jede andere Meinung wäre blauäugige Illusion, daß die Imperialisten nur mit brutalster Gewalt versuchen können, einem Massenwiderstand

Herr zu werden.

Verfehlt wäre es sicher, die Kriegspsychiater als die entscheidenden und treibenden Kräfte solch brutaler Befriedungsstrategien anzusehen. Sie gehören aber zweifellos zu denen, die als Spezialisten wichtige beratende Funktionen bei der Ausarbeitung der Politik zur Kriegsvorbereitung innehaben. Oder, um Brickenstein selbst sprechen zu lassen: *„Der speziellen psychiatrischen Prävention obliegt es vor allem, die verantwortliche organisatorische Leitung bzw. politische oder militärische Führung schon in ruhigen Zeiten darüber zu informieren, ... welche Möglichkeiten es vor, während und nach einer Katastrophe gibt, psychische Fehlreaktionen zu verhindern, einzudämmen oder zu bekämpfen."* (4)

Noch eine m.E. wichtige Anmerkung zum Schluß: Die obigen Ausführungen dokumentieren eindeutig, wie sehr die Herrschenden bei Forcierung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten. Eine von sicher-

rungen dokumentieren eindeutig, wie sehr die Herrschenden bei Forcierung ihrer Kriegspolitik eine Gefährdung ihrer Macht befürchten. Eine von sicher-

lich berufener Seite ausgesprochene Bestätigung unserer in den „Thesen zur Perspektive des ‚Arbeiterkampf' " abgegebenen Einschätzung: **„Mit der Verschärfung der Kriegsgefahr riskiert der Imperialismus letztlich auch eine grundlegende Erschütterung seines bisherigen Herrschaftssystems. Diese D i a l e k t i k der Entwicklung meint Brecht, wenn er schreibt: ‚Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht.' "**

bs, ein KB-Genosse

Anmerkungen

(0) „Kaugummi gegen Panik — Ärzteschaft bereitet sich auf den Atomkrieg vor" (AK 205, S. 20/1)

(1) Brickenstein, R; Wedel, K-W.; Symposium '79 — Wehrpsychiatrie; Bonn 1979; S. 18

(2) Brickenstein, R.; Panikprobleme im Rahmen der Landesverteidigung; in: Beiträge zur Wehrpsychiatrie; Heft 3; Bonn 1967; S. 176 ff

(3) Diese Führungsgrundsätze wurden von uns

(2) Brickenstein, R.; Panikprobleme im Rahmen der Landesverteidigung; in: Beiträge zur Wehrpsychiatrie; Heft 3; Bonn 1967; S. 176 ff

(3) Diese Führungsgrundsätze wurden von uns im AK 210 S. 14 - 16 auszugsweise dokumentiert. Auch wenn sie in der Form heute nicht mehr gültig sind, dürften sie sich im Grundsatz mit heutigen Richtlinien decken.

(4) Brickenstein, R.; Individualreaktionen, Summationsphänomene und Kollektivreaktionen; in: Münchner Medizinische Wochenschrift; 122; 1980; Nr. 42, S. 1459 -1462

(5) Panse; Friedrich; Angst und Schreck; Stuttgart 1952;

(6) Erlangen 1943; S. 21

(7) BA R 96 I/1, 127891

(8) Vergl.: Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Schriftenreihe Erfahrungen des deutschen Sanitätsdienstes im Zweiten Weltkrieg, Bd 2, S. 125 - 145, Düsseldorf 1981

(9) Vergl. W. v. Baeyer; zit. in Riedesser; Militär und Medizin; Berlin 1974 S. 265 f

(10) in: Der Deutsche Militärarzt; 1; 1936; S. 15 f

(11) in: Der Deutsche Militärarzt 3; 1938; S. 34 f

(12) Messerschmidt, O.; Maßnahmen des Sanitätsdienstes unter den Bedingungen nuklearer Kriegführung; in: Rebentisch (Hrsg) „Wehrmedizin"; München 1980;

Stellungnahme zur taz-Berichterstattung über die BAF-Initiative

Dem Arbeiterkampf ging, wie auch anderen linken Presseorganen, die im folgenden abgedruckte Erklärung der Träger des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen (BAF) zu.

Die TAZ hätte, entsprechend ihrem eigenen Anspruch, für die basisdemokratisch orientierten Initiativen und Bewegungen in der Bundesrepublik eine außerordentlich wichtige Funktion, wenn gesichert wäre, daß sich die Aktivitäten des gesamten Spektrums in ihr widerspiegelten.

Mit Bedauern und auch mit Ärger müssen wir aber feststellen, daß die TAZ ihrer Aufgabe bezüglich der Friedensbewegung in keiner Weise gerecht geworden ist. Seit September 1981 gibt es in der Bundesrepublik die BAF-Initiative. Ihr Aufruf wurde von über 80 wichtigen lokalen Friedensinitiativen und überregionalen Gruppen unterstützt. Es haben mindestens 6 überregionale Vorbereitungstreffen, an denen z.T. bis zu 100 Personen teilnahmen, stattgefunden. Die TAZ, und insbesondere der dafür zuständige Redakteur, Klaus Wolschner, erhielten regelmäßig das Informationsmaterial der BAF-Initiative und wurden darüber hinaus auch telefonisch ersucht, über die Initiative zu berichten. Die Tatsache, daß die TAZ kein einziges Mal über diesen immerhin ersten Versuch der überregionalen Zusammenarbeit der Friedensinitiativen mit bestimmtem politischen Inhalt berichtet und selbst die Bekanntgabe der Termine von Vorbereitungstreffen unterlassen hat, verleitet uns zu der Vermutung, daß es sich hier nicht um Schlamperei bzw. ein Versehen handelt, sondern um ein systematisches Totschweigen der BAF-Initiative. Die offensichtliche Verhinderung eines Kurzberichts der Bochumer Lokal-Redaktion über die Initiative (zu diesem Zweck wurde aus Bochum mit einem Mitglied des Vorbereitungskomitees am 2.12.81 ein langes Telefonat geführt) und die Tatsache, daß der TAZ-Redakteur Wolschner in seinem Bericht über die Bonner Aktionskonferenz am 6./7.2.82, auf der u.a. auch die BAF-Initiative vorgestellt wurde und auf Zustimmung vieler Teilnehmer stieß, sich mit dem bloßen Hinweis auf eine BAF-Arbeitsgruppe (?) begnügte (die TAZ vom 10.2.82), verstärkte unsere Vermutung.

Doch seitdem die TAZ sich endlich genötigt sah, sich über den BAF zu äußern, nämlich der Öffentlichkeit dessen Absage mitzuteilen, braucht man eigentlich keine Vermutung mehr anzustellen. Bei ihrer Meldung (TAZ vom 21.2.82) geht sie sogar so weit, das geplante bundesweite Arbeitstreffen anstelle des ursprünglich geplanten Kongresses gänzlich zu unterschlagen. (Dieses bundesweite Arbeitstreffen findet vom 20.3.82 um 11 Uhr bis zum 21.3.82 um 16 Uhr in Osnabrück statt.)

Wir müssen annehmen, daß die friedenspolitische Stoßrichtung der BAF-Initiative der TAZ nicht genehm ist bzw. zur Position bestimmter Redakteure im Widerspruch steht. Es ist das gute Recht der TAZ bzw. deren Redakteure, eine eigene friedenspolitische Position zu besitzen. Diese haben aber auf keinen Fall das Recht, durch ihre Stellung bei der TAZ andere Positionen zu unterdrücken und die Informationen über die Initiativen zu manipulieren.

Wir fordern die TAZ auf, unsere Stellungnahme zu veröffentlichen, diesen Vorgang innerhalb der Redaktion umgehend zu diskutieren und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Träger der BAF-Initiative

„Frankfurt, im November 81 – Das Hüttendorf ist geräumt. In den frühen Morgenstunden des 2.11. stürmten Spezial-Einsatzkommandos (SEK) das Widerstandsnest am Frankfurter Flughafen. Im Laufe des Tages räumten sie mit ungezählten Tränengasgranaten den Wald von der mittlerweile auf 15.000 Menschen angewachsenen Demonstrantenmenge. Besonders die SEK's taten sich dabei hervor: ausgerüstet mit den langen Hartholzknüppeln trieben sie die Menschen durchs Unterholz, gewaltfreie Sitzblockierer wurden mit schweren Schlägen wie junge Seehunde niedergemacht. Es wurden mehrere Schädelfrakturen, Wirbelsäulenverletzungen, Gliederbrüche und Nierenquetschungen gezählt. Wer sich nicht mit einem Helm zu schützen gewußt hatte, konnte sich seines Lebens nicht sicher sein. Teilweise wurden den Sanis aus Frankfurt die Verletzten von den Tragen geprügelt. Mehrmals überrannten die völlig enthemmten Kommandos die gekennzeichneten Sanizelte; in einem standen plötzlich dreißig Zivile mit gezückter Pistole und verhafteten einen Patienten."

(Bericht der Sanigruppen von der Startbahn West, in „Straßenmedizin" Nr. 3/81).

Spezialkommandos der Polizei sind bei der Aufrechterhaltung der ‚Ruhe im Land' heute überall dabei. Ihre überfallartigen Einsätze gegen Demonstrationen haben ihnen durch ihren besonderen, nicht immer als Polizei zu erkennenden Charakter den Beinamen ‚Todesschwadron' gegeben. Wie ist es zu einer solchen Spezialpolizei gekommen, die den Vergleich mit der berühmt-berüchtigten GSG 9 nicht zu scheuen braucht?

Sonderkommandos:

Militante Spitze im Bürgerkriegskonzept

Im Zuge der Verbesserung und des Aufbaus der Polizeien zum Schutz der ‚fdGO' haben wir der sozial-liberalen Regierung seit Anfang der 70er Jahre neben dem allgemeinen Ausbau des Sicherheitsapparates auch die Bildung dieser Sonderkommandos zu verdanken. Zur Legitimation der ungeheuren Aufblähung des Polizei- und Geheimdienstapparates wurden politisch-militärische Gruppen aus dem Erbe der APO benutzt: ‚Baader-Meinhof-Bande' und ‚Rote Armee Fraktion/RAF' wurden mit Hilfe von Presse und Medien zum allgegenwärtigen Staatsfeind Nr. 1. Der Ruf nach ‚speziellen Anti-Terror-Einheiten' konnte nun laut erhoben werden. Mit dem Überfall des ‚Schwarzen September' auf israelische Sportler 1972 in München fand sich breite Genugtuung gegenüber den Vorschlägen der Politiker, jetzt Spezialeinheiten aufzustellen, die mit den ‚Terroristen' kurzen Prozeß machen sollten. Schnell konnten die – bereits aufgestellten – Einheiten vorgestellt werden; Zeitungen und Zeitschriften sorgten für das nötige Klima.

Aufbau der ‚Elite'

Im September '72 beschlossen die Innenminister die Aufstellung von Sondereinheiten in den Polizeien der Länder und des Bundes (BGS, BKA). Das wurde, neben der Bekämpfung terroristischer Gruppen, auch als Verbesserung der Aufklärung von Banden- und Schwerstkriminalität dargestellt. ‚Ungewöhnliche Methoden' sollten dabei eingesetzt werden; als Leitbild dienten das US-amerikanische FBI sowie französische und britische Spezial-Einheiten, die auf eine längere Erfahrung zurückblicken konnten.

Das ‚Programm zur Förderung der Inneren Sicherheit' von 1972 konnte sich auf schon vorhandene Zivile Fahndungsgruppen und Scharfschützentrupps in einzelnen Ländern und

sich auf schon vorhandene Zivile Fahndungsgruppen und Scharfschützentrupps in einzelnen Ländern und

Städten stützen, die vereinzelt mit ‚ungewöhnlichen Methoden' gegen Schwerstkriminalität, Bandenwesen und ‚politische Täter' seit Jahren arbeiteten.

Das Mobile Einsatzkommando (MEK) in Stuttgart stand bereits Anfang '72, in Hamburg im Herbst '72, die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes Anfang '73 einsatzbereit. Die übrigen Länder bauten seit 1971 aus ihren Scharfschützengruppen und Kriminalisten Kommandos auf, die im Zuge der RAF-Hetze übungsmäßige bundesweite Zielfahndungen gegen die ‚Staatsfeinde' veranstalteten. Diese frühen Sondereinheiten leiteten die Todesschüsse, das ‚Schnell-Urteil' auf der Straße ein. Im Juli '71 wurden Petra Schelm und Werner Hoppe bei der ersten Großfahndung gegen die RAF von Sonderfahndern gestellt, wobei Petra Schelm durch einen gezielten Kopfschuß getötet wurde.

Seit 1971 sind mindestens 150 Menschen durch die Polizei erschossen worden, wobei die Mehrzahl der Toten auf das Konto von ‚Terroristenjägern' geht. Das schnelle und rücksichtslose Schießen der Polizei wurde über Jahre hinweg durch die Terroristenjagd legitimiert und bundesweit eingeübt (Anm. 1).

Nach dieser bundesweiten Aufbauphase umfassend konzeptionierter Sondereinheiten wurde durch die Innenminister 1974 die Vereinheitlichung aller Sondereinheiten beim BGS und bei den Ländern beschlossen. Neben dem Stoßtrupp GSG 9 (Mogadischu 1977) wurde die Ausbildung und Struktur der Ländereinheiten einheitlich ausgerichtet; von nun an ging es um den Ausbau der Sondereinheiten SEK (Spezial-), MEK (Mobiles Einsatzkommando) und PSK (Präzisionsschützenkommandos) für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche.

– Die PSKs wurden aus den schon vorhandenen Scharfschützeneinheiten bei Bereitschafts- und Schutzpolizei zusammengefaßt und durch weitere Spezialausbildungen an diversen Zielwaffen ergänzt. Sie stehen den Kreis- oder Bezirkspolizeien auf Abruf zur Verfügung. Ihrer konzentrierten Schußwaffenausbildung nach sind sie reine ‚Vollstrecker', d.h. auf den gezielten Todesschuß aus allen Lagen und Situationen gedrillt. Neben den PSKs können sich die Polizeien auf überdurchschnittlich ausgebildete Scharfschützen aus allen Bereichen der Polizei stützen, deren Zahl in die Tausende geht.

– Aus der ‚kasernierten Schutzpoli-

reichen der Polizei stützen, deren Zahl in die Tausende geht.
– Aus der ‚kasernierten Schutzpoli-

zei' (d. h. Bereitschaftspolizei) heraus wurden die Freiwilligen für die SEKs rekrutiert. Ihr Aufgabenfeld liegt damit auch hauptsächlich im Bereich der Schupo, also der Aufrechterhaltung und dem Schutz der öffentlichen ‚Ordnung und Sicherheit'. Höchste physische Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, Reaktionsschnelligkeit und Geschicklichkeit werden unter extremen Situationen trainiert. Nahkampf, Schießen, Hochgeschwindigkeitstraining, Fernmeldetechnik, Sprengstoffeinsatz, Abseilen aus Hubschraubern und Stürmen von Häusern, Kellern und Barrikaden stellen höchste Anforderungen an den Einzelnen und lassen nur die Besten in den SEKs bestehen. Neben der Einzelausbildung steht das Verbandstraining in Trupps (Anm. 2). Im Ernstfall tritt das SEK sowohl gegen einzelne ‚Gewalttäter' wie auch gegen Menschengruppen auf, um durch ‚polizeilichen Vollzug' schnell etwaige ‚Störungen' zu beseitigen. Zu ihren Einsatzmitteln gehören neben den üblichen diversen Schlagwaffen Pistole, CM, MPi und Präzisionsgewehre mit Schalldämpfern, Restlichtverstärkern und ähnlichem Waffenzubehör. Ein umfangreicher Fuhrpark mit schnellen PKWs und gepanzerten Sonderfahrzeugen ebenso wie Hubschrauber.

– Das MEK (Mobiles Einsatzkommando) hat auf gleichem Ausbildungs- und Ausrüstungsniveau den Schwerpunkt im Fahndungs- und Observierungsbereich und ist den Dienststellen der Kriminalpolizei zugeordnet. Aus deren Reihen wird auch überwiegend ein MEK gebildet, da neben physischen Fähigkeiten gerade kriminalistische Methoden im Vordergrund stehen. ‚Besondere Methoden', d.h. konspiratives Arbeiten im Milieu, gehören zum Alltag. Jede Einheit leistet in der ganzen Vielfalt des Polizei-Alltags mehrere hundert Einsätze jährlich. So wird das MEK verstärkt in Zivil und getarnt zur Beobachtung von Treffpunkten und Wohnungen sowie zu überraschendem Zugriff aus dem Hinterhalt eingesetzt. Dazu verleiht die Informationsbeschaffung durch Telefonabhören und über V-Leute (bezahlte Spitzel) dem MEK besonderen Agentenstatus: Zwischen Geheimdienst und Polizei arbeitet das MEK im Untergrund, jenseits jeglicher öffentlicher und z.T. sogar institutioneller Kontrolle.

‚Ungewöhnliche Methoden' geheimer Agenten

‚Ungewöhnliche Methoden' geheimer Agenten

Die geheime konspirative Aufklärungsarbeit von in ‚kriminelle Szenen' eingeschleusten Beamten wurde u.a. von dem Polizeistrategen Zühlsdorf 1974 (damals Chef des Hamburger MEK) theoretisch aufbereitet: Es bedürfe bei diesen Methoden einer „gut abgesicherten Legende" des Beamten (Geld, Tarnname etc.) und „oft langwieriger Vorbereitung". *„Erst dann, wenn etwaige Zweifel beseitigt sind, evtl. sogar durch Verstrickung in strafbares Tun, hat er überhaupt die Möglichkeit, Aufklärungsarbeit zu leisten. Darüber können ... Jahre vergehen."* Die Gewinnung von Spitzeln (V-Leuten), die für die Polizei herumschnüffeln, erfordere neben der Bezahlung weitere Vorteile wie z.B. Straferleichterungen. Zühlsdorf 1974 dazu: *„Diese Vergünstigungen können darin bestehen, daß ein Haftbefehl gar nicht erst erlassen oder der Vollzug durch Meldeauflagen oder Kautionsstellung ersetzt wird."* (Anm. 3).



SEK im Wald bei Frankfurt

SEK im Wald bei Frankfurt

nen ... Jahre vergehen." Die Gewin-

1974 die GSG 9, MEK, SEK und PSK

Daneben sieht dies Konzept den Schutz des V-Manns vor Aufdeckung vor, um sich diese Quelle offenzuhalten. Der Kripobeamte, der V-Mann-Führer, soll mit Staatsanwaltschaft und Richtern übereinkommen, den Informanten in anderen Verfahren zu schonen und in auf seine Informationen sich stützenden Verfahren nicht persönlich einzubeziehen...

Diese seit Anfang der 70er Jahre gezielt und ausgiebig geübte Praxis beinhaltet klare Rechtsverstöße wie z.B. gegen den § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter Straftaten) sowie gegen § 163 der StPO (Erhöhung der Verdunkelung, Aufschub der Aufklärung von Straftaten) u.a.

Mit diesem Rechtsverständnis, eigenen kriminellen Handlungen eingeschleuster Agenten, dem Schutz bzw. der Straflosigkeit abgeschirmter V-Leute u.ä. löst sich die Polizei offen vom verfassungsmäßigen Legalitätsprinzip, wonach sie gezwungen ist, als Vollzugsorgan der Staatsanwaltschaft und entlang den geltenden Strafgesetzen ihr bekannt werdende konkrete Straftaten entweder zu verhindern oder zur Verurteilung durch ein Gericht zu bringen. Richtschnur polizeilichen Handelns wird vielmehr einzig die sog. ‚operative Zweckmäßigkeit'. Öffentliche Kontrolle und demokratischer Anspruch einer rechtsstaatlichen Polizei sind dabei bereits weitgehend auf der Strecke geblieben.

Die Polizei-Elite steht bereit

Den Vergleich mit der GSG 9 brauchen die Sondereinheiten der Länder nicht zu scheuen, werden doch seit 1974 die GSG 9, MEK, SEK und PSK nach einheitlichem Konzept hinsichtlich Organisation, Ausbildung und Ausrüstung geführt (Anm. 4). Seit 1975 finden jährlich manöverartige Übungen der Einheiten untereinander statt. Da werden Hetzjagden mit Hubschraubern gegen fiktive Terroristen veranstaltet, Geiselnehmer in verbarrikadierten Häusern und im Gelände überwältigt. Dazu kommen Vergleichsschießen mit internationaler Beteiligung (besonders aus EG-Ländern), bei denen die glorreiche GSG 9 auch mal einem SEK unterliegt (Anm. 5). Im gleichen Rahmen werden bundesweite Großübungen veranstaltet, in denen die Zusammenarbeit der Spezialeinheiten mit regulärer Polizei geprobt wird.

Beispielhaft wurde auf der Höhe der Anti-AKW-Bewegung 1977 der Schutz der Kernforschungsanlage Jülich mit Kreispolizei, SEKs, MEKs und GSG 9 durchgespielt. Die Spezialeinheit des Bundes, GSG 9, 240 Mann stark, und die Einheiten der Länder haben so ein gemeinsames Niveau erreicht, das sich nur noch nach unterschiedlichen praktischen Erfordernissen gezielt untergliedert. Die Stärke der Ländereinheiten beläuft sich im Bundesgebiet auf mindestens 60 Kommandos, jeweils mit einer Größe von 60-90 Beamten. Sie bilden ein jederzeit bereites Elitepotential von ca. 4000 Mann. Die festen PSK-Einheiten können schnell durch Tausende von Scharfschützen aufgestockt werden, die im normalen Polizeidienst tätig sind.

Sonderstruktur der Eliteeinheiten

Neben den direkten Kontakten zur Anit-Guerilla-Truppe GSG 9, die wesentlich auch ausländischen Sonderpolizeien als Lehrmeister dient und für die BRD auch als imperialistischer Stoßtrupp zur Verfügung steht (Anm. 6), steht die länderübergreifende Zusammenarbeit der operativen Einheiten SEK und MEK. Für praktische ‚Amtshilfe' wird die Brücke



Für eine Hausdurchsuchung in Berlin-Kreuzberg maskierten sich Polizisten als „Chaoten" – angeblich zum Schutz gegen Fotografen.

Kampf dem Faschismus

schnell über die Landeskriminalämter (LKÄ) geschlagen. Dort sind sämtliche polizeiliche und nachrichtendienstliche Informationen der diversen technischen Kommunikationssysteme und Speicher verfügbar, dort sitzt im ständigen Lagezentrum die ‚Kommandostelle' für die Einsätze der Polizeieinheiten. Mit diesem zentralen Apparat im Rücken werden die Sondereinheiten als mobile ad-hoc-Eingreiftruppen zum Einsatz gebracht.

In gerader Linie zum Vereinheitlichungsbeschluß von 1974 wurde 1978 eine Bundeskoordination für die westdeutschen Spezialeinheiten geschaffen. Zunächst als Informationszentrum zum Austausch von technischen und taktischen Erfahrungen vorgesehen, sollen die diversen Kommandos über diese Kontaktstelle gegebenenfalls vor Ort unterstützt werden. Die Ausrichtung der Spezialeinheiten der Länder soll einheitlich vollzogen werden, um den länderüberschreitenden Einsatz zu verbessern. Diese Nivellierung (auf höchstem Niveau, versteht sich) geschieht vor allem auf dem Gebiet der Ausrüstung und der Struktur, damit alle Einheiten gleichermaßen besondere Situationen beim Ersteinsatz meistern.

Auch beinhaltet die Bundeszentrale die Auswertung nationaler und internationaler ‚Ernstfälle' wie Geiselnahmen und politische Attentate. Dazu gehört die Erarbeitung taktischer Lehr- und Einsatzkonzepte durch führende Beamte der GSG 9 oder des MEK Hamburg, die dann nur noch nach Hamburg, Dortmund, Freiburg oder München weitergeleitet zu werden brauchen.

Die ‚operativen Einheiten' sind regional stationiert und über die LKÄ zentral abrufbar. Im Alltag wird über die Spitzen des Apparates eine Sondereinheit fallweise abgerufen. So erfüllt z.B. ein MEK Sonderaufträge (Observationen, Fahndung, Festnahmen) für andere kriminalpolizeiliche Dienststellen. **Damit verfügt der ‚Sicherheits'apparat heute über eine Elitepolizei mit eigener zentralisierter Struktur und regional höchst mobilen Einheiten, die unabhängig von der regulären Polizei operiert. Sie bildet das Rückgrat der westdeutschen Polizei und die qualitative Spitze bei Zielfahndung, Geiselbefreiung, gegen im Untergrund arbeitende Hehlerringe und bei Großeinsätzen gegen Massenaktionen.**

Das ist die Umsetzung und vorläufige Vollendung des ‚Konzeptes aus einem Guß', also einer einheitlichen kriminalpolitischen Strategie, wie es der Stümper, derzeit Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, bereits 1972 forderte:

„Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbrechensvorbeugung. Besondere Bedeutung kommt dabei einer sorgfältig geplanten operativen Arbeit der Polizei zu... Ihre Schwerpunkte liegen in der Störung von Aufbau und Aktionen meist verdeckt arbeitender größerer Banden und kriminellen Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen sowie in Beobachtungen des Vorfelds auch mit Mitteln der verdeckten Verbrechensbekämpfung... mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeiten von vornherein oder einer nachfolgenden radikalen Aushebung unter bewußter Zurückstellung vorzeitiger Einzelerfolge. Die Aufgabenstellung ist somit zwar sowohl teils repressiv und strafprozessual als auch präventiv und somit vorbeugend polizeirechtlich, im Grund ist sie jedoch übergreifend operativ." (aus einer späteren Veröffentlichung in ‚Kriminalistik' 4/77).

Bereits 1977 war der Aufbau der Spezial-Polizei strukturell abgeschlossen. Die Aktion der GSG 9 in Mogadishu (und die gleichzeitigen „Selbstmorde" in Stammheim) bewies der internationalen Öffentlichkeit und den potentiellen Staatsfeinden aller Art in der BRD, wozu dieser Apparat fähig und bereit ist. Bei den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf wurden MEK und BGS (sowie private Waco-Nord-Truppen) erstmals provokativ auch gegen Massenproteste eingesetzt. Die folgenden Auseinandersetzungen in Grohnde und Kalkar setzten diese Linie fort. Bei der Niederhaltung der Proteste in Gorleben praktizierten gemischte Sonderkommandos (BGS, VS, MEKs u.a.) im Vorfeld von Massenprotesten bereits unverhüllt Kontrolle des ganzen Gebiets und Einschüchterung der Bevölkerung. Die regulären Bereitschaftspolizisten, die später das „Bohrloch 1004" stürmten, waren demgegenüber blinde Vollstrecker, die erst direkt im Einsatz selbst über Ziel und Ort des Einsatzes unterrichtet wurden. Herren des Geschehens waren eindeutig die Sonderpolizei-Einheiten (bzw. ihre Einsatzzentrale – damit es keine Mißverständnisse gibt).

Offene Einsätze gegen Massenproteste

Mit dem Entstehen breiterer politischer Proteste tritt die ursprünglich hochgespielte Funktion der Sonderpolizeien als RAF-Verfolger und als Untergrund-Gangster-Jäger tendenziell in den Hintergrund. Ihre Funktion als Aufruhr-Bekämpfungs-Elite tritt immer deutlicher als ihre eigentliche Aufgabe hervor. Immer häufiger werden die Sonderkommandos in letzter Zeit bei Massendemonstrationen auch an vorderster Front und exemplarisch verbandsmäßig eingesetzt. Im Vorfeld der regulären Polizeitruppen operieren die SEKs der Bereitschaftspolizeien. Sie bilden mobile Greiftrupps, die hinter Wasserwerfern hervorsprinten, einzelne Demonstranten angreifen, sich zu mehreren auf das Opfer stürzen und es abführen. Diese Greifer tragen nur ein leichtes Schutzschild oder Körperschutz, um schnell ausfallartige Keile in die Demonstranten zu treiben, in die dann die Hundertschaften eindringen können.

– So bei Brokdorf IV im Februar '81, im Freiburger Häuser- und Strassenkampf (März '81) und im Frankfurter Wald um die Startbahn West. Hier stellten sich die SEK-Einheiten wesentlich als reine Schlägerbanden dar, die geschlossen gegen Menschenansammlungen mit gezielten Schlägen vorgehen und Schwerstverletzte bewußt in Kauf nehmen, bzw. direkt als Mittel zur Erzeugung von Panik und Einschüchterung verursachen w o l l e n.

– In einem solchen Terror-Kommando war der mittlerweile bekannte saarländische SEK-Beamte Schütt bei Brokdorf IV, der im Eifer des Gefechts in einen Graben rutschte.

– Vor einem Jahr in Freiburg besorgten baden-württembergische Einheiten die Räumung des Schwarzwaldhofs und anderer besetzter Häuser. Bei Demonstrationen wurden gezielte Angriffe auf einzelne Gruppen unternommen.

– In den Auseinandersetzungen um die Startbahn West kam wiederholt die bewährte arbeitsteilige Einsatztaktik zwischen SEK und Bereitschaftspolizei oder BGS zur Anwendung. Ob im Wald oder in den Strassen Frankfurts: Blitzartig lösen sich SEK-Trupps aus den geschlossenen Verbänden und greifen im Laufschritt brutal knüppelnd an.

„Sie (die SEKler; Anm.AK) *knüppelten auf alles, was ihnen vor die Augen kam, schlugen alte Menschen und Kinder... Mit Kampfgeschrei stürzten Schlägertrupps auf die Menschen, verfolgten diese mit Knüppelschlägen bis tief in den Wald"* (Bericht aus der Broschüre ‚Bilder einer Räumung', S. 6; – Anm. 7).



Prügelnder Bulle in November 1981 auf dem Startbahn-Gelände

Wer liegen blieb oder in die Enge getrieben wurde, wurde schnell von BGS- und Polizeitruppen eingekesselt und nochmals ‚behandelt'.

Für den Einsatz in der ersten Reihe bekam eine SEK-Einheit aus Frankfurt das zweifelhafte Privileg, militärische Blend-Schock-Granaten einzusetzen, um so deren Tauglichkeit auszutesten.

Das Beispiel der Startbahn West offenbart zugleich weitere flexible Einsatzvarianten der Freiwilligeneliten:

– Während am ‚Blutsonntag' (11.10.) einerseits gegen Menschenmassen in Verbänden gestürmt wurde, betätigte sich ein SEK-Trupp als Fassadenkletterer und überwältigte die Turmbesatzung des Hüttendorfes. Ähnlich wie bei den Räumungen der Wehrtürme in Gorleben und Mörfelden-Walldorf, von besetzten Häusern in Berlin, Freiburg, Ham-

Mörfelden-Walldorf, von besetzten Häusern in Berlin, Freiburg, Ham-

burg und überall im unruhigen Jahr '81. An diesen Orten und bei solchen Anlässen standen die SEKs im Vordergrund der Polizeieinsätze: In kleineren Trupps springt ein Kommando vom Hubschrauber ab, wieselt über Dächer und überrumpelt Besetzer, durchsucht Gebäude und Personen. Passiv Widerstehende werden abgeseilt oder prügelnd weggeschleift.

– Auch die Razzia im KOMM/Nürnberg wurde von einem bayerischen SEK schnell und gründlich gelöst, so daß kein ‚Verbrecher' entwischen konnte.

– Beim Kalkar-Fest im vergangenen Juli räumte das SEK Düsseldorf eine passive Sitzblockade gegen den Abriß des Anti-Atom-Dorfes, wobei die Protestierenden Zähne verloren und sich ihre Knochen brachen, während Bereitschaftspolizei die Gegend abriegelte.

„Chaoten" oder Polizei?

Bei den gleichen Demonstrationsanlässen wird auch der „verdeckte Einsatz" in diversen Verkleidungen weiter ausgebaut. Die Aufgaben reichen vom agent provokateur bis zum verdeckten Greifkommando.

– Im Mai '81 lud das SEK Berlin zu einem besonderen Maskenfest ein: Ein 8-Mann-Trupp in Zivilkleidung und mit vermummten Gesichtern stürmte im Alleingang ein besetztes Haus. Nur einige trugen eine kaum erkennbare Armbinde mit der Aufschrift ‚Schutzpolizei'.

– Auf der Demonstration zum Anti-Kriegs-Tag (1.9.) stand ein als Demonstranten verkleidetes Greifkommando bereit. Mit Kraaker- und Anarcho-Zeichen an einfachen Motorradhelmen und einem Holzknüppel in der Hand standen sie so da, daß Zeitungen wie die ‚Neue' sie als ‚Chaoten' einstuften.

Als Polizei nicht erkennbar, fangen die So-Kos auf diese Weise Schlägereien an, zu denen dann Uniformierte zur Unterstützung gerufen werden (per Funk!). Die von den „Zivilen" provozierten Situationen dienen vermehrt auch zum Vorwand einer Räumung und Auflösung von Versammlungen.

Im Aufgebot für die Startbahn West erschienen Spezialkommandos in ‚Räuberzivil', um im Schutz der Polizeitruppen Einzelne abzugreifen und zu durchsuchen. Auch hier verwendeten die ‚Geheimen' normale Kleidung und die üblichen Plaketten und Aufkleber, um sich unerkannt unter die Startbahngegner zu mischen. Sie bereiten derart auch ihre späteren Einsätze vor, indem sie allgemeine Beobachtungen machen, Versorgungswege, Kontaktstellen, Zentren und die obligatorischen ‚Rädelsführer' ausfindig machen, die gesammelten Informationen für die Greiftrupps weiterleiten.

Die geheimen Kommandos arbeiten auch im Alleingang repressiv. Bei der Räumung des Hüttendorfes am 2./3.11. zogen sie in größeren Gruppen in ihrer zivilen Verkleidung mit Latten und Knüppeln gegen Startbahngegner, die allein schon vor dem martialischen Erscheinungsbild zurückschreckten.

Gerade die mobilen Einsatzgruppen haben mit ihren plötzlichen Übergriffen auf Hüttenbewohner und Passanten im Wald Auseinandersetzungen erst in Gang gebracht. Einen Einblick in deren Trickkiste gewährt folgender Bericht:

„Ich habe am 4.11. in den späteren Vormittags- und in den Mittagsstunden Zivilpolizisten gesehen, die massiv, das heißt in Gruppen zwischen zwanzig und dreißig, teils aber auch einzeln auftraten. Sie schlichen im Wald umher und gruben Löcher in die Erde. Kurz danach fanden wir plötzlich auf unserer Sanitätsstation Farbbeutel, und zwar an Stellen, wo normal Wasserspülflaschen und Verbandszeug standen... Ebenso fanden wir Benzinkanister, obwohl hier nichts mit Benzin zu tun ist..." (aus Broschüre, S. 18, Name bekannt; – Anm. 7).

Gestapo-Charakter der Sonderkommandos

Die Terror-Einsätze der Sonder-Kommandos haben inzwischen eine zügellose Willkür erreicht, in deren Folge Schwerverletzungen wie Schädelfrakturen, Wirbelsäulenprellungen, Knochenbrüche und Nierenquetschungen immer häufiger auftreten. Dabei sind die Einsätze der So-Kos nur die Spitze des Eisbergs. Ihre „Effektivität" dient den Hunderschaften der Bereitschaftspolizeien als Vorbild.

Legale Grundsätze für polizeiliche Einsätze wie Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel, Beachtung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit u.a.m. gelten in diesen Einsätzen nicht. Auch nachträglich werden die Schläger in Uniform der Identifizierung und einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung entzogen. Die Billi-

Schläger in Uniform der Identifizierung und einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung entzogen. Die Billi-

gung jeder Polizeibrutalität und jeder in Uniform begangenen Schweinerei durch die zuständigen Politiker ist garantiert. Selbst ein paar Schädelbrüche werden immer noch als „besonnenes und maßvolles Vorgehen" der Polizei gelobt. So wird zunehmende Hemmungslosigkeit der Polizei im Einsatz g e z i e l t gefördert.

Die Sonder-Kommandos haben inzwischen eine doppelte Funktion: Zum einen sollen sie durch Zielfahndung, Unterwanderung der Protestbewegungen, Provokation und Denunziation die Aktivisten verunsichern bzw. auch kriminalisieren. Zum anderen sollen sie ganz offenbar durch zügellosen Terror die (potentiellen) Massen von Demonstranten und die Bevölkerung einschüchtern. Damit wäre die westdeutsche Polizei-Entwicklung wieder da angelangt, wo sie 1945 aufhören mußte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen/Verweise:

1) s. Antifaschistische Russell-Reihe Band 4 „Todesschüsse der Polizei seit 1971" (Hamburg, 1978).
2) „Deutsche Polizei" (Zeitschrift der GdP), Heft 9/78; „Neue Westfälische Zeitung" vom 31.1.79; „Cellesche Zeitung" vom 7.5.80.
3) zitiert nach: Antifaschistische Russell-Reihe Band 5 „Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo", S. 84 ff.
4) Bestandteil des Programms Innere Sicherheit Teil 2, verabschiedet von den Innenministern am 15.2.74.
5) „Deutsche Polizei", Heft 8/79; „Spiegel", Nr. 28/79.
6) siehe dazu AK Nr. 132: „GSG 9: Imperialistischer Stoßtrupp der BRD".
7) „Startbahn 18 West, Bilder einer Räumung"; Minotaurus Projekt, 1982.

In Südhessen herrscht ...

„In Südhessen herrscht ... ... ein nichtausgerufener Notstand!"

In der Nacht vom 3. auf den 4. November fand im Frankfurter Stadtteil Bornheim spontan eine Demo gegen die Räumung des Hüttendorfes statt. Gegen Mitternacht warteten auf die 800 Demonstranten Einsatzkräfte des SEKs mit 2 Hundertschaften Polizei. In der Rohrbachstraße kam es zu einem unfaßbaren Terrorüberfall: In Kampfanzug, Spezialhelmen und den berüchtigten Langhölzern schlichen sich die Bullen von beiden Enden der Straße an den Zug heran, sprangen aus nächtlichen Schatten von Autos, Bäumen und Hauseingängen hervor und kesselten die Demonstranten in dem Straßenteil ein. Was folgte, läßt sich nicht mehr als menschliche Verhaltensweise von Polizisten erkennen. Wie Vieh trieben sie die Demonstranten zusammen, sonderten Gruppen ab, die sie umstellten und mit beidhändig geführten Schlägen ihrer 1,2 m langen Knüppel traktierten, bis die Menschen schreiend, blutend zusammenbrachen. In voller Panik und Verzweiflung versuchten einige, in Hauseingänge und Hinterhöfe zu flüchten. Waren diese verschlossen oder versagten die Kräfte zum Klettern, wurden sie wie Ratten in einer Falle von den hinterherlaufenden Bullen mit voller Kraft geprügelt.

„Ich habe ca. 10 Schläge auf Kopf, Schulter, Arm, Rücken, Lunge, Niere und Gesäß bekommen. Die Polizisten riefen ein paar Mal voller Haß: 'Ihr Dreckschweine!'. Die Leute neben mir flehten: 'Hört doch auf!' Ich dachte, ich werde totgeschlagen...".

„In kurzer Entfernung vor mir sah ich wie Polizisten ein blondes, schreiendes Mädchen unter einem PKW hervorzerrten (!) und es in den Bauch und in den Unterleib traten. Ein Polizist schrie dabei: 'Die fickt nicht mehr!'".

Die Bullen schlugen auf wehrlose und z.T. schon verletzte Demonstranten, bis diese sich nicht mehr rührten und „wie ein Embryo zusammengekrümmt" auf der Straße lagen.

Einige konnten sich in Wohnungen hilfsbereiter Anwohner flüchten, die durch Schreie geweckt wurden. Die Verfolgung durch die Schläger machte auch nicht im Hausflur halt. *„Ein Polizist warf sich gegen die Tür, die von innen zugedrückt wurde. Dann gelang es, den Schlüssel umzudrehen und abzuschließen. Die Menschen aus dem Hausflur hatten sich mittlerweile in unserer Wohnung eingefunden - ca. 30 Personen. Einige brachen schluchzend zusammen, viele bluteten am Kopf und am Arm. Wir riefen den Notarzt und versuchten notdürftig, die Verletzten zu verbinden."*

Als Höhepunkt des mörderischen Einsatzes ließen die Bullen ihren Opfern nur einen Fluchtweg frei, den sie durch Spalierstehen zu einer Knüppelgasse machten: Spießrutenlaufen für die Startbahngegner. Begleitet durch *„höhnische Bemerkungen 'Nun lauft mal schön!'* und *massiven Gewaltandrohungen wie 'Heute Nacht schlagen wir euch tot!' Einige Polizeibeamte treten gleichzeitig mit aller Kraft nach den gebückt und voller Angst hastenden Menschen."*

„Immerzu schrien Leute und stöhnten, das Klatschen der Knüppel auf den Körpern ging mir durch und durch. Egal, ob Frau oder Mann, alles wurde geschlagen und getrieben wie Vieh ...Polizisten...schlugen ohne Unterbrechung. Zwei Männer nahmen ihre Helme ab, um ihre Wehrlosigkeit zu demonstrieren, ein anderer lag am Boden. Selbst auf den Ruf 'Aufhören, da liegt einer!' stoppte das Schlagen nicht. Mit der Aufforderung 'So und jetzt durch mit euch - aber einzeln!' ... mußten wir die Knüppelgasse entlang."

Rücksichtslos wurde auf blutende Verletzte, die sich schon am Boden krümmten, eingeschlagen wie auf Sandsäcke. Platzwunden am Kopf und Händen, unzählige schwere Prellungen und Blutergüsse waren die Resultate.

„Meiner Freundin haben sie mit dem ersten Schlag den rechten Unterarm gebrochen!" „Als die Polizisten aufhörten, lagen mehrere Menschen verletzt und zum Teil bewußtlos auf der Straße. Einer, den viele sahen, lag in seinem Blut auf dem Bürgersteig. Ein anderer junger Mann lief einem wegfahrenden Polizisten entgegen, um Hilfe für einen Bewußtlosen zu erbitten. Der Polizeiwagen überfuhr ihn fast und hielt nicht an."

Die Vorfälle in der Rohrbachstraße lassen deutlich werden: Unter der Führung von SEK-Beamten werden Polizisten zu zügellosen, faschistoiden Schlägerbanden. Zivilbeamte vollenden den Terror, indem sie unberechenbar auftauchen und unerkannt willkürlich Passanten bedrohen. Die Justiz stellte Strafanzeigen gegen Innenminister Gries, OB Wallmann und Polizeipräsident Gemmer ein. Nur gegen tatbeteiligte Polizisten wird noch ermittelt, sofern sie identifiziert werden können...

Anm. Alle Zitate sind Berichte und Aussagen von Zeugen, entnommen der Ermittlungsbroschüre der 'Arbeitsgruppe Rohrbachstraße'. Herausgegeben von den Klägern gegen die Verantwortlichen des Polizeiüberfalls, Die GRÜNEN im RÖMER in 6 Ffm 1. Dort erhältlich.

Der Staat und seine Nazis (Teil II)

Die merkwürdigen Vorgänge um die Anklageerhebung gegen die „Deutschen Aktionsgruppen" um den Nazi Manfred Roeder (siehe Artikel in diesem Arbeiterkampf) werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Art und Weise, wie die Bundesanwaltschaft mit Generalbundesanwalt Rebmann an der Spitze gegen Nazis vorgeht: Nicht die Bundesanwaltschaft, sondern erst das Stuttgarter Landgericht hatte in seinem Eröffnungsbeschluß die Anklage auf den § 129a StGB (Terroristische Vereinigung) ausgedehnt. Nun mag mensch durchaus Magenschmerzen bekommen, was den § 129a anbelangt, der ja in der Vergangenheit eindeutig als Instrument gegen die Linke in das Strafgesetzbuch eingeführt worden ist und von dem gegen Linke hemmungslos Gebrauch gemacht wird. Völlig klar aber sollte sein, daß es sich bei den Verbrechen der Nazis um bandenmäßig organisierte Taten handelt und nicht um gewöhnliche Kriminalität und daß demzufolge die Prozesse gegen diese Nazi-Banden eine andere Dimension haben müssen als die gegen einen gewöhnlichen Bankräuber, Dieb o.ä. Ebenfalls klar ist, daß es bei Verfahren gegen nazistische Banden des § 129 a StGB gar nicht bedürfte, um den organisierten Charakter dieser Gruppen abzuurteilen. „Bildung bewaffneter Haufen", „Nachfolgeorganisation der NSDAP" u.ä. würden hier völlig ausreichen, um diesen Banden-Charakter der Straftaten ins Visier zu nehmen. Doch unter d i e s e m Gesichtspunkt werden in der BRD überhaupt keine Ermittlungen geführt. Und da in der praktischen Verfolgung der Nazi-Umtriebe eben allein die §§ 129 (Kriminelle Vereinigung) und 129a (Terroristische Vereinigung) praktische Bedeutung haben, bleibt für eine Analyse der Strafverfolgung auch nichts anderes übrig, als eben diese Prozesse genauer zu betrachten, die unter diesen Vorzeichen gegen Nazis geführt werden. Wenn die Bundesanwaltschaft im Verfahren gegen Roeder die Anklage nicht nach § 129a StGB führen wollte, so bedeutet dies schlicht und einfach eine S c h o n u n g der Angeklagten und eine Verharmlosung des organisierten Charakters ihrer Anschläge. Daß diese „Zurückhaltung" in der Anwendung des § 129a gegen Nazis keine Ausnahme ist, soll im folgenden demonstriert werden.

Prozesse gegen „Deutsche Aktionsgruppen"

Im Januar begann in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen vier Neonazis der „Deutschen Aktionsgruppen" (DA), denen unter der Rädelsführerschaft von Manfred Röder u.a. zwei Morde und achtfacher Mordversuch vorgeworfen werden. Im Prozeß geht es um Taten, die in der Zeit von April bis Ende August 1980, zwei Monate vor dem Oktober-Anschlag, verübt wurden. Durch Presse und Sprecher der Bundesanwaltschaft war bereits zum Zeitpunkt der Verhaftungen von Teilen der „DA" von einem „bedeutenden Schlag gegen Rechtsextreme" gesprochen worden.

Die Wahl des Prozeßortes im berüchtigten Stammheim soll offensichtlich, ähnlich dem Bückeburger Prozeß gegen die Hansa-Bande, den Eindruck erwecken, Staatsschutz und Bundesanwaltschaft würden sich gleichermaßen gegen Links und Rechts in Bewegung setzen und seien nicht auf dem rechten Auge blind. Daß es beim Anschein bleiben soll, erwies sich bereits kurz nach Prozeßbeginn.

„Vollendeter Mord in zwei, versuchter Mord in vier Fällen in Tateinheit mit vier Sprengstoff- und zwei Brandanschlägen", so lautete die Vorgabe der Bundesanwaltschaft. Das war sogar dem Gericht zu wenig, so daß „abweichend von der Anklage der als Rädelsführer eingestufte Manfred Röder auch der Mittäterschaft bei dem Doppelmord in Hamburg hinreichend verdächtigt wird". Die drei Angeklagten Röder, Reimund Hörnle und Sybille Vorderbrügge haben sich nicht nur wegen gefährlicher Körperverletzung, sondern auch wegen versuchtem Mord in fünf Fällen zu verantworten.

Gegen Heinz Colditz wird ebenso wegen Mordversuch in mehreren Fällen, Sprengstoff- und Brandanschlägen, sowie der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung verhandelt.

Konkret geht es um folgende Verbrechen und Anschläge:

— Als sich am 26. Januar ein 20-köpfiger Freundeskreis in der Wohnung des Stuttgarter Möbelfabrikanten Peter Müller traf, wurde aus dem Kreis der Anwesenden der Plan laut, auf das Landratsamt Esslingen wegen einer dort stattfindenden Auschwitz-Ausstellung einen Anschlag zu verüben.

Am 21. Februar kam es dazu; der Arzt Heinz Colditz und der Werkzeugmacher Raimund Hörnle legten den Sprengsatz, verstärkt durch einen Eimer mit Benzin, am Haus nieder. Nach der Detonation trafen sich die beiden mit Röder, und der Schwiegersohn von Hörnle — bisher namentlich nicht bekannt und nicht angeklagt — gab einen Bekennertext per Telefon durch.

— Da die erhoffte Absetzung der Ausstellung nicht erfolgte, beschloß der Freundeskreis, den zuständigen Landrat in seinem Haus zu töten.

Am 18.4.80 erfolgte der Anschlag im Haus des Landrats; beteiligt waren neben Hörnle und Colditz auch Horst Patzke aus Nürtingen — auch gegen ihn wird nicht verhandelt.

— Am 27. April verübten Gabriele Colditz, die Tochter von Heinz Colditz, und ihr Verlobter, der Ingenieur Klaus-Peter Schulz, zusammen mit Hörnle einen Anschlag auf die Janusz-Korczak-Schule in Hamburg; dabei wurden zwei Passanten verletzt.

— Mit dem Anschlag am 30. Juli in Zirndorf ging die Bande dazu über, vorwiegend „Ausländerunterkünfte und Sammellager als Zielobjekte auszuwählen. Etwa zur selben Zeit hatte die ausländerfeindliche Politik einzelner Städte (z. B. Frankfurt) und die allgemeine Verhetzung in den Medien einen ersten Höhepunkt erreicht.

— Hörnle und Vorderbrügge warfen am 7. August zusammen mit einem Helfer, auch dieser bisher namentlich unbekannt, zwei Brandsätze auf ein Asylantenheim in Leinfelden. Bei dem anschließenden Zimmerbrand wurden zwei Äthiopier verletzt.

— 17. August Anschlag in Lörrach.

— Am 21. August warfen Hörnle und Vorderbrügge in Hamburg Brandsätze in die Fenster einer Asylantenunterkunft, wobei zwei Vietnamesen getötet wurden. An die Wand des Hauses sprühten sie, wie in anderen Fällen auch, die Parole „Ausländer raus".

— Zu zwei weiteren Anschlägen (auf ein Caritas-Haus in Köln und auf einen Richter in Uelzen, der Röder verurteilt hatte) kam es, angeblich weil Hörnle sich weigerte, nicht mehr.

Verhaftung reiner Zufall?

Wenige Tage nach dem Hamburger Anschlag, am 1. September endlich, kam es zur Verhaftung von sechs Mitgliedern der Bande — ein Ereignis, das dem Staatsschutz Gelegenheit gab, mit großen Gedröhn die Tatsache zu verschleiern, daß Manfred Röder, ein von Interpol gesuchter Nazi-Terrorist, die Möglichkeit hatte, ein Jahr (er war angeblich um die Jahreswende 79/80 aus dem Nahen Osten zurückgekehrt) unter den Augen des Verfassungsschutzes und ungeachtet aller polizeilicher Fahndung, jedweder Grenzkontrollen und was es alles gibt, eine kriminelle Bande hochzuziehen und Anschläge quer durch die BRD zu verüben.

So wurden damals auch verschiedene Versionen verbreitet, die die vorbildliche Arbeit belegen sollten, die in „konzentrierten Ermittlungen und Aktionen gegen das gesamte rechtsradikale Netz in der BRD geführt werden" (SZ, 3.9.80).

Schon mit der Verhaftung von sechs Mitgliedern der Bande war nach Ansicht der Bundesanwaltschaft „die gefährlichste terroristische Rechtsgruppe in der BRD zerschlagen worden" („Göttinger Tageblatt", 5.9.80).

Angeblich hatte eine KFZ-Fahndung den Wagen der Sybille Vorderbrügge in Hannoversch-Münden gestellt, nachdem Insassen dieses Wagens an Autobahnbrücken in der Lüneburger Heide „Ausländer raus"-Parolen gesprüht hatten. Und wie der Zufall so will, hatte die Fahndung dann Röder in jenem Hannoversch-Münden in einer „konspirativen Wohnung" ertappt, in dem kurz zuvor die drei Lehrer Luthardt, Kausch und Krah als Drahtzieher neonazistischer Umtriebe und Röder-Freunde bekannt geworden waren.

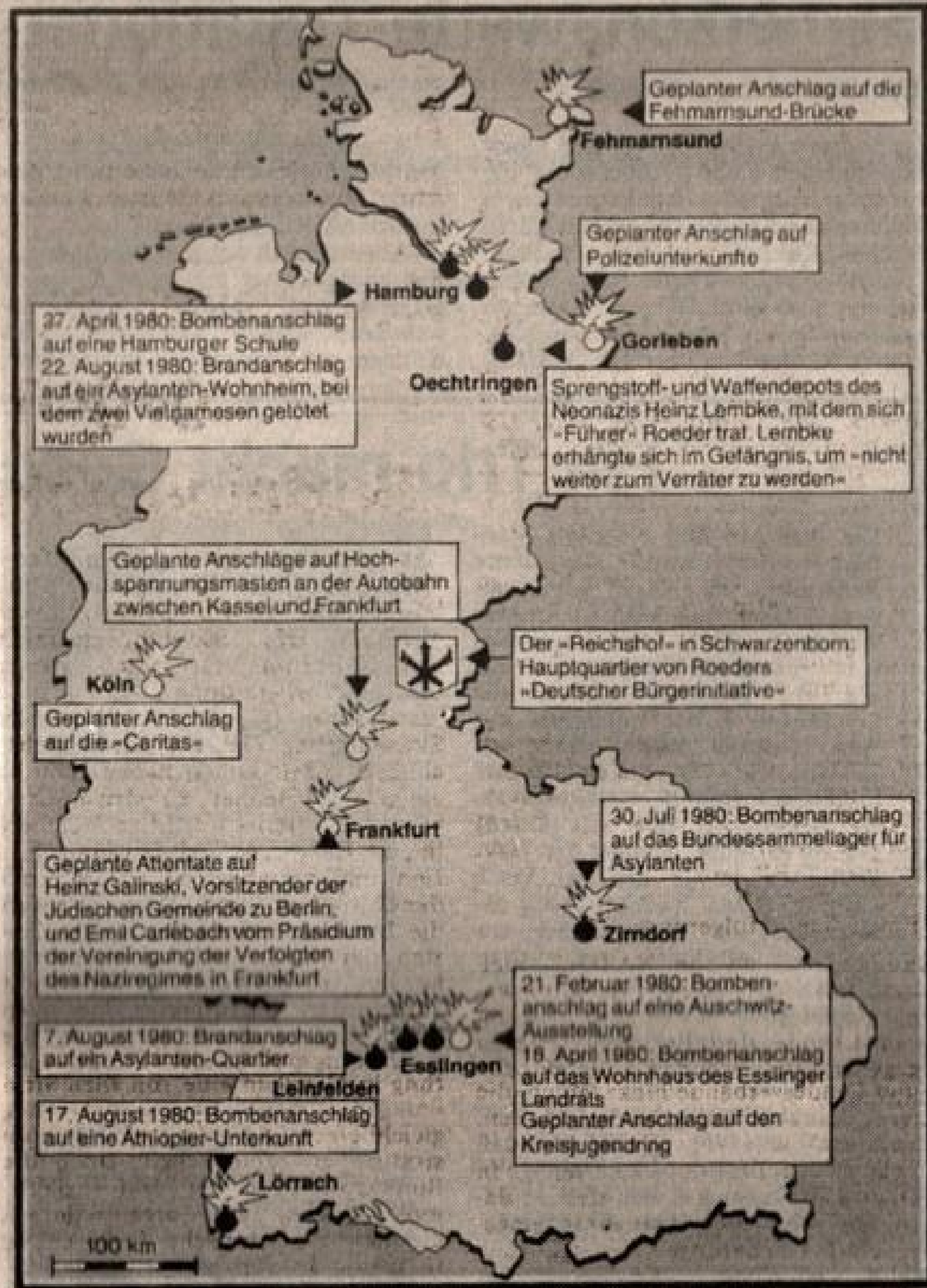
Eine andere Version schreibt den von der Röder-Bande verschickten Propaganda-Briefen an Polizei- und BGS-Dienststellen den entscheidenden Erfolg in der Aufklärung zu. Als Lieferant des Kopier-Papiers diente laut „Stern" der einem Röder-Freundeskreis entstammende Fabrikant Peter Müller.

Daß es mit dem Ermittlungswillen nicht so weit her ist — ganz zu schweigen von dem angekündigten Schlag gegen die gesamte rechte Szene — zeigte sich schon Tage später und ist inzwischen Gewißheit geworden:

— „*Drei weitere Personen, die bei der Aktion vorübergehend festgenommen worden waren, befinden sich zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß*" (GT, 4.9.80*.

— Noch am 18.10.80 sprach Rebmann davon, daß sich „*den bisherigen Ermittlungen zufolge neun Mitglieder der bislang als am gefährlichsten geltenden Neonazi-Organisation*" in Haft befinden (NWZ). Es handelt sich um die am 1. September festgenommenen Röder, Vorderbrügge, Heinz Colditz, Hörnle und die in Hamburg festgenommenen Gabriele Colditz und Klaus-Peter Schulz.

Ende September waren zusätzlich



drei Rechtsextremisten verhaftet worden, „*jüngere Männer, die zuletzt im Raum Esslingen gewohnt haben*" (SZ, 23.9.80) und dem Kreis um Hörnle entstammen. „*Ein Verhafteter hatte über die Herkunft des Sprengstoffes angegeben, er sei in der Schweiz beschafft worden. Anschließend habe man ihn dann einem ‚Kollegen' übergeben, der ihn der rechtsextremen Terrorgruppe zugespielt habe.*"

Es ist nicht ganz klar, ob es sich bei einem der drei — mit einem totalen Stillschweigen seitens der Polizei belegten — um den 21-jährigen Peter Glaser handelt (NWZ, 18.10.80).

(Es sei angemerkt, daß sich auch die Bande um Paul Otte und den VS-Agenten Lepzien in der Schweiz Sprengstoff beschafft hatte, ebenso wie angeblich der Münchner Attentäter Gundolf Köhler, und das VSBD-Mitglied Frank Schubert hatte am 24.12.1980 bei Rückkehr von einer Waffenbeschaffungsaktion zwei Schweizer Grenzbeamte erschossen).

— Ebenso ist unklar, ob es sich bei der in einer „FR"-Meldung vom 24.10.1980 angegebenen 31-jährigen Frau und einem 50-jährigen Mann, die beide der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" beschuldigt werden, um zwei zusätzliche Personen handelt. Der Frau wird Beihilfe zu einem Brandanschlag in Leinfelden vorgeworfen, der Mann wird der Beihilfe an einem Sprengstoffattentat beschuldigt, das am 18. April in Esslingen verübt worden war.

— Am 27.9.1980 wurde wiederum ein Rechtsextremist im Zusammenhang mit den „Deutschen Aktionsgruppen" festgenommen. Der Mann aus dem Kreis um Hörnle hatte Bombenrohlinge im Charlottensee bei Uhingen in Baden-Württemberg versenkt (ZaS, 28.9.1980). Nach einer einfachen Zählung der damals verhafteten ergeben sich insgesamt 15 festgenommene Nazis, von denen drei bereits wenige Tage später wieder freigelassen werden.

Gegen vier wird in Stammheim verhandelt. Uns bekannt ist darüber hinaus nur ein weiteres Verfahren gegen Hörnles Schwiegersohn, das getrennt verhandelt werden soll. Was aus den übrigen Verhaftungen geworden ist, entzieht sich weitgehend dem Wissen der Öffentlichkeit; nur Bruchstücke werden bekannt: Während die „tat" vom 29.1.1982 nur von ‚einigen weiteren Verfahren' spricht, nennt der „Stern" Einzelheiten:

— Peter Müller, Stuttgarter Möbelfabrikant, lieferte das Kohlepapier für die Briefaktion; er ist Mitglied dieses nazistischen „Freundeskreises;

— Horst Patzke, DAK-Angestellter aus Nürtingen, der beim Anschlag auf das Landratsamt Esslingen beteiligt war, ist weder in Haft noch angeklagt;

— Zwei Gruppenmitglieder holten Kisten mit Sprengstoff aus der Schweiz; beide sind weder in Haft noch angeklagt;

— weder in Haft noch angeklagt sind Gabriele Colditz und Klaus-Peter Schulz (Hamburg), obwohl sie am Anschlag auf die Janusz-Korczak-Schule beteiligt waren;

— Helmut Meier, einer der Komplizen im Norden der BRD, ist weder in Haft noch angeklagt („Stern", 21.1.1982).

— Ein Herr Möss war Teilnehmer der Runde, die den erfolgten Anschlag in Esslingen feierte (taz, 4.2. 1982).

Die Roeder-Freundeskreise

Schon vor Beginn des Prozesses in Stammheim, in der Zeit der Ermittlungen, war klar, daß aus der großartig angekündigten Aktion gegen die gefährlichste Terror-Gruppe des Neonazismus nichts geworden ist. Seit Beginn des Prozesses sind Details aufgetaucht, die den Verdacht aufdrängen, daß der gesamte Zusammenhang der „Deutschen Aktionsgruppen" zum sonstigen organisierten Neonazismus gezielt vertuscht werden soll. Da sind zum Beispiel die „Freundeskreise", von denen es ähnlich dem um den Stuttgarter Fabrikanten Müller mehrere gegeben hat. Die „Freundeskreise" konnte Röder durch die jahrelange Versendung seiner „Röderbriefe" sowie ausgedehnte Reisen und Vortragstätigkeit aufbauen. Sie boten ihm außerdem die Möglichkeit der finanziellen und materiellen Unterstützung in der Zeit, wo er „untergetaucht" war.

So fand Röder Unterschlupf bei dem Freundeskreis, den der Kirchheimer Facharzt Heinz Colditz betrieb, und der schließlich zusammen mit Hörnle und dem Fabrikanten Müller den Anstoß zum ersten Anschlag auf die Ausstellung in Esslingen gab. „*Der Freundeskreis um Müller nahm die Tat überwiegend positiv auf und unterstützte die Täter weiterhin.* [!!!] *Der Freundeskreis sammelte auch Benzingeld für die Bombenfahrten. Zwischen dem Stuttgarter Freundeskreis und dem Freundeskreis Röder, der auf dessen ‚Reichshof' im hessischen Schwarzenborn zusammenkam, bestanden enge personelle Verbindungen*" (Stern, a. a. O.).

Die Freundeskreis-Treffen in Schwarzenborn waren parallel zu Röders Rundbriefen eine der Drehscheiben des bundesdeutschen Neonazismus. So sagte z. B. Christine Sakowski, Mitglied der Otte-Bande, im Prozeß gegen diese Gruppe aus, sie selbst habe Otte sowie den VS-Agenten Lepzien im November 1977 auf einer Feier in Schwarzenborn kennengelernt!

Die „Freundeskreise", als die sich diese Nazi-Gruppen selbst oft bezeichnen, sind dabei nichts anderes als das Geflecht örtlicher Zirkel, die insbesondere Röder schon seit Jahren (mit seiner „Deutschen Bürgerinitiative") als Mittelpunkt sammelte. Auch Christophersens Treffen (wie Röder und gemeinsam mit ihm ein NSDAP-Propagandist der ersten Stunde) werden als „Treffen von Freundeskreisen" angekündigt; und die NS-Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten" bezeichnet sich im Untertitel als Forum unabhängiger Freundeskreise. Zentrales Propagandainstrument war die vom ehemaligen SS-Mann in Auschwitz, Thies Christophersen und mit einem Vorwort von Röder versehenen Schrift „Die Auschwitzlüge". Eine dieser Verbindungslinien, vor allem in den nördlichen Teil der BRD, führte schon vor Jahren zur „Deutschen Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide", deren wichtigste und spektakulärste Aktionen zugleich die Namen der sowohl im Zusammenhang um Lembke wie auch jetzt im Prozeß gegen Röder auftauchenden den Nazis lieferten. Der Staatsschutz kennt diese Namen, wie wir zeigen werden, schon seit vielen Jahren!

— Götz Dietrich Meyer, Unterzeichner mehrerer Flugblätter der „Deutschen Bürgerinitiative", Veranstalter einer Röder-Veranstaltung am 30.1.1976 in Lüneburg. Am Tag zuvor hatte Röder aus demselben Anlaß (43. Jahrestag der Machtübernahme durch die Nazis) gesprochen. Der heute 41-jährige Meyer wurde aus ähnlichem Anlaß (Unterzeichnung eines Röder-Flugblatts) im September 76 zu einer Strafe von 4 Monaten auf Bewährung und 2000,— DM Geldstrafe verurteilt (LZ, 4.9.76);

— sein Bruder Helmut ist ebenfalls einschlägig aktiv: Meyer sollte ursprünglich (nach Plänen der „Deutschen Aktionsgruppen") das Bombenlegen im Norden besorgen (Tat, 29.1. 1982). „In Uelzen (bei einem Treffen der Bande Hörnle, Colditz, Vorderbrügge und Röder) sollte eine inzwischen von Hörnle gebastelte Bombe an den von Röder erwähnten Mann namens Maier übergeben werden" (Tat, 27.1.1982). Höchstwahrscheinlich handelt es sich bei den Gebrüdern Meyer zusammen mit dem Oberfeldwebel der Bundeswehr, Ludwig Schnasse, um eben die drei Nazis, die kurz nach den Waffenfunden in der Lüneburger Heide im Revier Lembkes (mit Meyer schon 1977 in Lüneburg gegen Antifaschisten aktiv!) kurzfristig festgenommen worden sind, heute aber — im Zuge der These von der „Einzeltäterschaft" Lembkes — völlig unbehelligt sind;

— Röder-Anhänger waren es auch,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

die im November 1977 nach einer Protestkundgebung der „Deutschen Bürgerinitiative" gegen die Stationierung von US-Truppen in der Garlsstedter Heide mit „Sieg Heil"-Rufen und Gegröhle durchs Bremer Ostertorviertel zogen (BN, 13.1.1979). Dabei — wie auch zu anderen Anlässen — war Röder auch noch mit Kühnen und der Hansa-Bande, mit Oliver Schreiber (aus der Otte-Bande) u. a. zusammengetroffen.

— Am 24. März 1977 stürmten Röder und 30 Anhänger eine Theateraufführung (ein fortschrittliches Stück zu Albert Leo Schlageter, einem Nazi-Helden der Weimarer Republik) eines Gymnasiums in Uelzen. Röder selbst und andere wurden festgenommen (HAN, 25.3.1977).

Röder hatte, wie man/frau sieht, in Form der Freundeskreise und insbesondere der DBI in der Lüneburger Heide einen festen Stamm von Kumpanen, deren Namen, sogar die durch die Waffenfunde spektakulär gewordenen Brüder Meyer, der Öffentlichkeit durch Staatsschutz und Bundesanwaltschaft vorenthalten werden, deren Existenz überhaupt geleugnet wird. Verschärft wird dieser Umstand durch die Beobachtung, daß von 15 im Zusammenhang der Deutschen Aktionsgruppen Verhafteten, letztlich nur vier in gegenwärtigen Stammheim-Prozessen angeklagt sind, und namentlich bekannte Hinterleute, Helfer und Geldgeber weder in Haft noch von einem Verfahren betroffen sind. Hinzu kommt, daß die Bundesanwaltschaft, wie üblich in Nazi-Prozessen dermaßen vorsichtig und zurückhaltend mit der Anwendung der Paragraphen 129/129a und der Strafverfolgung der ‚Terroristischen Vereinigung' sind, daß, wie üblich, auch im gegenwärtigen Verfahren das Gericht die Anklage erheblich ausweiten mußte.

Wie Röder es jedoch gelang, etwa ein Jahr unter dem Pseudonym Norton und unter den Augen einer hochgerüsteten Staatsschutzmaschinerie die verschiedensten namentlich seit Jahren bekannten Stützpunkte abzufahren und die geschilderten Verbrechen zu planen, gewinnt in dem Fall des Forstarbeiters Lembke eine geradezu alarmierende Aktualität.

Roeder und Lembke

Roeder und Lembke

Als im Herbst 1981 in der Lüneburger Heide das bislang umfangreichste Waffen- und Munitionsdepot von Neonazis ausgebuddelt wurde und der angebliche „Einzeltäter" Heinz Lemke wenige Tage später erhängt in seiner Zelle aufgefunden wurde, versuchten wie auf ein Kommando die Ermittlungsbehörden, jede weitergehende Fragestellung abzuwürgen. So hatte es anfangs noch geheißen, mindestens zwei weitere Personen seien festgenommen worden, davon ein Unteroffizier der Bundeswehr, mittlerweile wird dies abgestritten. Hatten anfangs selbst offizielle Stellen davon gesprochen, diese Menge an Waffen müsse aus Bundeswehrbeständen stammen, so ist bis heute die Herkunft derselben der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben worden. Zur „Feinasservierung" seien sie noch beim BKA und was die Bundeswehr anbelange — da müsse man halt schon den Verteidigungsminister fragen —, so schmetterte der zuständige Staatssekretär des Innern in einer Bundestagsfragestunde entsprechende Fragen ab.

Ja, selbst Lembkes angebliche Bereitschaft, über personelle Verbindungen allein vor einem ihm aus einer Haftstrafe bekannten Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft auszusagen, wurde in Zweifel gezogen. Bis heute ist Lembke eben „im wesentlichen Einzeltäter"; einen Skandal Lembke oder gar einen Skandal Bundeswehr soll es nicht geben.

Die Bombe platzte dennoch, als Raimund Hörnle im Verfahren gegen die „Deutschen Aktionsgruppen" über deren Beziehungen zu Lembke aussagte: Meherere Male habe man sich mit Lembke getroffen, dieser habe Waffen und Sprengstoff angeboten etc.: „Seine Adresse hatte der 4. jetzt Angeklagte, Dr. Colditz, vermittelt. Lembke (...) zeigte eine Auswahl aus seiner Sprengstoffsammlung und bot an, beliebig viel Sprengstoff zu beschaffen. Er hätte genug. Hörnle erkannte, daß der Sprengstoff militärischer Herkunft war. Lembke erzählte auch, er bilde Leute aus. Zwei Tage später fuhr Hörnle mit Vorderbrügge und Röder erneut zu Lembke, um ihn zum Mitmachen bei Attentaten zu überreden. Lembke meinte, er sei noch nicht so weit, das dauert noch bis zum Spätherbst, bis meine Leute so weit sind" (TAZ, 4.2.1982). Daß Röder schon im Sommer 1980 enge Verbindungen zu Lembke gehabt hatte, war den Ermittlungsbehörden spätestens seit dem Winter 1980/81 bekannt. Im Frühjahr 1981 wurde nämlich Lembke zu 6 Monaten Beugehaft verurteilt und eingeknastet, weil er eben über seine Beziehungen zu Röder nicht aussagen wollte. Eine damalige Hausdurchsuchung bei ihm förderte aber nur Unwesentliches zutage. Umso weniger glaubhaft ist daher die Version von „Kommisar Zufall", der unmittelbar nach Lembkes Entlassung aus dem Knast diese Waffendepots entdeckt haben soll.

Vielmehr ist es wohl so, – und das haben eben die Aussagen Hoernles ergeben –, daß im „Fall Lembke" nachweisbar die ermittelnden Behörden, allen voran Generalbundesanwalt Rebmann, die Öffentlichkeit nach Strich und Faden hinters Licht geführt haben. Selten ist so deutlich geworden wie gerade im Fall Lembke und seiner nachträglichen „Klärung" vor dem Stuttgarter Gericht, auf welche Art und Weise diese Täuschung gehandhabt wird: Durch gezielte Halb- und Desinformation, durch Verweigerung konkreter Auskünfte und ähnliches mehr.

Im Prozeß gegen die „Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Röder geht es um die bislang schwerwiegendsten Vorwürfe gegen eine neonazistische Bande, nämlich mehrfachen Mord und Mordversuch.

Nach Willen der Bundesanwaltschaft und auch des Gerichts beschränkt sich auch dieser Prozeß auf die 4 Angeklagten, die in ihrer Isolation allenfalls als gefährliche Psychopathen erscheinen. Dabei wäre es so einfach, mehr aus diesem Prozeß zu machen, ja wenn Gericht und Bundesanwaltschaft nur wollten ...

Bemerkenswerte Traditionen

Der Bückeburger Prozeß

Im Sommer 1979 wurde vor dem Oberlandesgericht Celle in Bückeburg der bis dahin spektakulärste Prozeß gegen Neonazis verhandelt. Angeklagt waren Michael Kühnen, Uwe Rohwer, Manfred Börm, Klaus-Dieter Puls, Lothar Schulte und Lutz Wegener, die als sogenannte „Werwolf-Untergrundarmee" mehrere Banküberfälle, Waffenbeschaffungsaktionen etc. begangen hatte.

Angeklagt waren sie alle u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Michael Kühnen speziell als Rädelsführer.

Ausdrücklich mit der Begründung, daß diese Taten mit zum Komplex „Terrorismus" zählten, wurden verschiedene weitere Verfahren gegen Kühnen und Wegener, die in Hamburg anhängig waren, an das OLG Celle verwiesen.

Neben vielen weiteren „Merkwürdigkeiten" in diesem Verfahren, kam das Gericht zu dem Urteil, daß zwar die 5 anderen wegen 129a StGB zu verurteilen seien, nicht aber Michael Kühnen, der weder bei einem der konkreten Delikte beteiligt gewesen sei und dessen „Rädelsführerschaft" auch nicht erwiesen sei.

Noch während des Prozesses versuchte die Bundesanwaltschaft, ein weiteres Verfahren wegen 129a gegen Michael Kühnen in das Verfahren einzubringen: Diesmal sollte Kühnen als Mitglied der terroristischen „NSDAP/AO" (zu ihr hatte er sich im Prozeß bekannt) belangt werden. Parallel hierzu wurde ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen bisher „unbekannte Mitglieder der terroristischen Vereinigung NSDAP/AO" von der Bundesanwaltschaft eingeleitet.

Die Nachtragsklage gegen Kühnen wurde vom OLG Celle „mangels hinreichendem Tatverdacht" abgelehnt, (außerdem wäre eine solche Nachtragsklage auch vom Einverständnis des Angeklagten abhängig gewesen; hätte Kühnen die Einbeziehung abgelehnt, hätte dieses zweite Verfahren völlig getrennt vom ersten stattfinden müssen).

Mit der Urteilsverkündung im September 1979 hatte die Bundesanwaltschaft also in beiden von ihr angestrebten Verfahren Niederlagen einstecken müssen.

Noch im Herbst 1979 allerdings entschied der Bundesgerichtshof in beiden Fällen zugunsten der Bundesanwaltschaft: Die Ablehnung der Nachtragsklage (Mitgliedschaft in der terroristischen NSDAP/AO) durch das OLG Celle wurde aufgehoben, und die Revision in der Hauptsache (Kühnens Rädelsführerschaft in der „Werwolf-Untergrundarmee") zugelassen. Doch wer gedacht hätte, nun sei der Weg frei für ein neues Verfahren gegen Kühnen, sah sich getäuscht: Im Februar 1980 verzichtete die Bundesanwaltschaft auf die mögliche Revision; auch die beiden übrigen Verfahren nach § 129a StGB gegen „unbekannte Mitglieder der NSDAP/AO" (Ironie am Rande: gegen Unbekannte kann's natürlich keine Prozesse geben und gegen Bekannte wird ja nicht ermittelt) wie auch das gegen Kühnen selbst wurden seitdem nie wieder aufgenommen.

Ergebnis dieser Praxis ist nun, daß Kühnen im August 1982 (!!) seine lächerliche Strafe abgesessen haben wird und — wie er selbst vom Knast aus lauthals verkündet — als Gallionsfigur der Nazi-Szene wieder in Aktion treten wird.

Odfried Hepp & Co

Anders als Michael Kühnen, der bisher seine Strafe von 4 Jahren voll absitzen muß, ist Odfried Hepp schon wieder auf freiem Fuß, obwohl er erst im Oktober 1981 (!!) zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und selbst unter Anrechnung der Untersuchungshaft höchstens 6 Monate eingesessen hatte.

Odfried Hepp war Führer der „Wehrsportgruppe Schlageter/Ortenau", die im Herbst 1979 aufgeflogen war und im Ortenau-Kreis und Freiburg ihr Unwesen getrieben hatte — mit Verbindungen zur WSG-Hoffmann und dem mutmaßlichen Attentäter von München, Gundolf Köhler. Damals waren insgesamt 17 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, 6 Nazis schließlich, darunter Hepp, wurden kurzfristig in Haft genommen. Im Mai 1980 verkündete die Staatsanwaltschaft, sie bereite 9 Verfahren in diesem Zusammenhang vor, davon 5 wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) und 4 wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a

5 wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) und 4 wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a

StGB). Der für Herbst 1980 vorgesehene Prozeß platzte, da von den Angeklagten zumindest Hepp und Dupper sich im Juni/Juli 80 zusammen mit weiteren Hoffmann-Leuten in den Libanon abgesetzt hatten.

Völlig verrückt wird die ganze Geschichte deshalb, weil die Gruppe an der deutsch/österreichischen Grenze auffiel und kontrolliert wurde ... und anstandslos passieren konnte. Als Hepp, Dupper und andere dann kurz vor dem Münchner Attentat im September 80 auf der Beiruter BRD-Botschaft auftauchten, erhielten sie anstandslos Geld und neue Pässe: Angeblich — so das Ergebnis einer parlamentarischen Anfrage — hätten sie damals nicht einmal im Fahndungsbuch gestanden!

Hepp und Dupper wurden schließlich im Juni 81 in Haft genommen, als sie aus dem Libanon zurückkamen. Aus dem im Mai 1980 groß angekündigten Verfahren waren in der Zwischenzeit allerdings zwei geworden. Von den ursprünglich 5 Angeklagten wegen „krimineller Vereinigung" waren nur noch 4 übrig geblieben, die im September 81 dann auch nicht wegen 129 StGB, sondern wegen anderer Delikte verurteilt wurden.

Und auch im Fall des Bandenchefs Hepp selbst und seiner mitangeklagten Freunde Dupper, Maucher und Müller mochte die Staatsanwaltschaft im Oktober 81 nichts mehr von terroristischer und krimineller Vereinigung wissen: Verurteilt wurden Hepp und Co. wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, Volksverhetzung und ähnlicher einschlägiger Delikte.

Der Schleswig-Prozeß

Am 28. März 1979 wurden 6 Neonazis, die der NS-Bande Tönning zugerechnet wurden, verhaftet. Der Zugriff des Staatsschutzes erfolgte nicht aufgrund eigener Ermittlungen, sondern die durch einen „Überläufer" informierte Zeitschrift „Konkret" erstattete Anzeige.

Bei dieser Gruppe handelte es sich um die Bande, die sich seit ca. 1977 um den ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden von Nordfriesland, Ernst-August Möller (Tönning) aufgebaut hatte und beste Beziehungen zur „Hansa"-Bande um Michael Kühnen,

Fortsetzung nächste Seite

Ein Trio macht Geschichte

Die drei Alt- und Neonazis Manfred Roeder (fordert „das offene Bekenntnis zu Adolf Hitler als dem Führer und Vorbild unseres Volkes"), Thies Christophersen („Ich bin kein Demokrat — ich bin ein Rassist") und Erwin Schönborn („Wir bekennen uns zum Dritten Reich, und wir fordern das Vierte Reich") sind jahrelang offen neonazistisch aktiv, Schönborn sogar seit Anfang der 50'er Jahre. Anfang der 70'er gewannen sie in der sich rasch verbreiternden Neonazi-Szene zunehmend an Einfluß. Sie traten am offensten und unverhülltesten als neue „NSDAP"-Propagandisten auf.

Im folgenden wollen wir kurz

wichtige Stationen dieses Trios nachzeichnen. Statt die Rolle bundesdeutscher Justiz hier noch

wichtige Stationen dieses Trios nachzeichnen. Statt die Rolle bundesdeutscher Justiz hier noch einmal genauer zu würdigen, sei hier nur darauf hingewiesen, daß das Trio bis vor ein/zwei Jahren fast ungestört seine Aktivitäten entfalten könnte ...



Thies Christophersen

Thies Christophersen



Manfred Roeder

Saubermänner ...

Roeder und Christophersen machten zum ersten Mal von sich reden durch Aktionen „gegen den gesteuerten Kulturverfall" („Anti-Porno"-Aktionen gegen Sexfilme und die „documenta" in Kassel 1972).

... im braunen Gewande

1973 erschien dann die berühmt-berüchtigte „Auschwitz-Lüge" von Christophersen, Ex-„Sonderführer (Z), das war der Rang eines Leutnants" im Auschwitz-Nebenlager Rajsk. Roeder schrieb das Vorwort.
Original—Ton:
„Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren. Zwar mußten sie ihre Sträflingskleidung tragen, aber ihre Wäsche, Strümpfe und Schuhe waren einwandfrei und tipptopp. Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht. Lippenstift und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge."

„Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Auch der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm. Übrigens, der Leiter dieser Beschlagschmiede lebt heute in meinem Nachbardorf." Soweit Christophersen — nun Roeder:

„Jeder anständige Jude wird unsere Suche nach der Wahrheit und deshalb diese Schrift begrüßen. Denn mit der Herausgabe dieses sensationellen Berichts schüren wir keinen Nationalismus oder Haß, sondern dienen der Wahrheit, und nur die Wahrheit wird uns und andere frei machen. Und nur wirklich begangenes Unrecht kann wiedergutgemacht oder vergeben werden. Erfundenes Unrecht aber schafft unweigerlich neuen Haß und Zündstoff."

„Hitler wollte gar nicht die Juden umbringen und hat niemals einen Befahl zur Ausrottung gegeben, auch nicht zur Ausrottung anderer Völker. Es gab keine Vergasungsanlagen. Das sind alles Erfindungen krankhafter Hirne. Fast sämtliche sog. Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse sind mit meineidigen Zeugen und gefälschten Dokumenten geführt worden!"

Und Schönborn ergänzt: *„Wer ... behauptet, daß in einem deutschen KZ auch nur ein einziger ‚Jude' vergast wurde, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher."*

Als provokante Begleitmusik organisierten die drei Aktionen gegen die Auschwitz-Ausstellungen, Hetzkundgebungen gegen antifaschistische Persönlichkeiten und Organisationen sowie eindeutige Bekenntnisdemonstrationen für Faschismus. Als Spitzen des Eisbergs seien hier angeführt:
— Am 20.1.75, dem Tag der berüchtigten „Wannsee-Konferenz", veranstalteten Roeder und Schönborn eine NS-Kundgebung vor der Frankfurter Wohnung von Dr. R. Kempner, dem ehemaligen US-Mitankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, unter den Parolen: „Raus mit dem zionistischen Judenpack aus Europa" —„Kempner statt Heß ins Gefängnis" — unter Polizeischutz!
— Am 23.5.75 organisierten Christophersen und Roeder den „Reichstag zu Flensburg" (Anlaß war die Festnahme des Hitler-Nachfolgers Dönitz in Flensburg am 23.5.45). Im Flugblatt dazu heißt es: *„Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror."* Die Kundgebungsteilnehmer, die ein „Bekenntnis zum Deutschen Reich" ablegten, wählte Roeder zum

bungsteilnehmer, die ein „Bekenntnis zum Deutschen Reich" ablegten, wählte Roeder zum

„Sprecher des Deutschen Reichstages" ...

Das ganze Ausmaß organisierter NS-Tätigkeit dieses Trios kann hier unmöglich dargestellt werden. Es sei an dieser Stelle auf das „Russell-Buch 3" („‚NSDAP'-Propagandisten unter der Lupe") verwiesen.

Als sich Mitte der 70er Jahre neonazistische Schlägerbanden herausbildeten („Wehrsportgruppe Hoffmann", „Hansa-Bande" usw.) waren Roeder, Christophersen und Schönborn ebenfalls mit von der Partie. Christophersen war es, der am 26.2.78 in Hamburg zu einem bundesweiten Nazi-Treffen einlud. Wiederum unter Polizeischutz erschien die Nazi-Prominenz: Karl-Heinz Hoffmann, Uwe Rohwer, Chef der „Wiking-Jugend/Nordmark", Erwin Schönborn, die Hansa-Bande um Michael Kühnen, Mitglieder der NS-Gruppe Tönning usw. Roeder konnte nicht erscheinen, weil er schon in die Illegalität abgetaucht war.

„Der Kampf geht weiter" ...

... unter diesem Motto agierte Roeder, als er wegen einer anzutretenden Haftstrafe untertauchte. Eine zeitlang hielt er sich im Ausland auf, bis er 1980 mit seiner „Deutschen Aktionsgruppe" offen zu terroristischen Aktionen überging. Thies Christophersen, gerade selbst ins Ausland wegen anzutretender Haftstrafen abgetaucht, schrieb in unzweifelhafter Deutlichkeit: *„Ich distanziere mich nicht von Manfred Roeder. Er hat keine strafbaren Taten begangen. Was er getan hat, hätten wir alle tun müssen"* („Bauernschaft", 3/81, S. 9 — Zeitung von Christophersen). Dabei scheint sich Christophersen seiner Haut sehr sicher zu fühlen, denn er kündigt in seiner letzten „Bauernschaft" (4/81) an, daß er sich auf eine „Reise durch Südwestafrika" begeben wird ...

(Alle Quellen, sofern nicht im Text angegeben, aus „Russell-Buch 3", „‚NSDAP'-Propagandisten unter der Lupe", buntbuch-verlag).

Fortsetzung von voriger Seite

zur „Wiking-Jugend" um Uwe Rohwer und insbesondere auch zu Paul Otte (Braunschweig) unterhielt. Im einzelnen sind über den Bandenchef Möller bekannt geworden:

— Jürgen Töppke (Tönning) u. a. Teilnehmer des Nazi-Treffens vom 26.2.1978 in Hamburg-Lurup (mit Rohwer, Hoffmann, Christophersen etc.)
— Heinrich Eisermann auch Wanderup (Originalton der Nazis: „Das Hauptquartier") langjähriger Bekannter Christophersens. Am 18.8.1977 bekam Eisermann von Otte sowie dem VS-Agenten Lepzien eine Bombe überreicht, die er am 2.9.1977 vor dem Flensburger Landgericht anläßlich eines dort verhandeltenm Prozesses gegen einen Neonazi zündete;
— Martin Geisert aus Westerrönfeld bei Rendsburg. Er kommt aus der „Wiking-Jugend" um Uwe Rohwer;
— Armin Peil aus Hannover, die wohl merkwürdigste Figur dieser Bande. Peil war engstens mit der Otte-Gruppe liiert und gilt als „harter Nazi". Aus bislang nicht näher bekannten Gründen ist Peil irgendwann 77/78 in die Illegalität abgetaucht und zog im Sommer 78 bei Bandenmitglied Rolf-Dieter Böm ein, wenig später dann bei Möller. Gemeinsam mit Peil kam auch seine damalige Freundin Irmgard Schmitz (heute: Brünning) zur Bande.

Aufgeflogen ist die Bande nur deshalb, weil Peil aus bis heute undurchsichtigen Gründen gegenüber der „Konkret" auspackte. Dabei wurde bekannt, daß die Bande geheime NATO-Papiere geklaut hatte (mit denen sie u. a. Rudolf Heß freipressen wollte), mehrere Diebestouren plante und einen Brand-Explosivanschlag auf eine Freimaurerloge in Hamburg konkret geplant hatte. Banküberfälle sollen auch im Gespräch gewesen sein. Nach den Festnahmen übernahm sofort die Generalbundesanwaltschaft um Kurt Rebmann die Ermittlungen. Sie warf der Bande vor, „eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben" (Hamburger „Morgenpost", 31.3.79).

Die Anklage

Hatte die GBA anfangs noch nach § 129a ermittelt und demzufolge kaum Informationen herausgelassen (die Rolle und der Name Peils wurden nicht preisgegeben), wurde es um die Bande und die staatlichen Ermittlungen ruhiger.

Erst mit der Eröffnung des Prozes-
ment preisgegeben), wurde es um die Bande und die staatlichen Ermittlungen ruhiger.

Erst mit der Eröffnung des Prozesses gegen die Bande im Januar 81, wurde klar, wie die Staatsanwaltschaft gegen die Nazis vorgehen wollte:

— Der Vorwurf der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" wird vollständig fallengelassen (eine Begründung ist uns nicht bekannt).
— Der Prozeß wird in zwei Verfahren aufgeteilt:

a) Gegen Rolf-Dieter Böhm, Ernst August Möller und Jürgen Töpke wegen Vorbereitung zum Landesverrat, Begünstigung und Hehlerei.
b) Gegen Böhm, Möller, Töpke, Martin Geisert, Heinrich Eisermann, Irmgard Brünning und Armin Peil wegen Vorbereitung/Verabredung zum Brandanschlag geplant für den 26.4.79 (bei dem die Hausmeisterfamilie nicht überlebt hätte), Diebstähle und Hehlerei.

— Da die NS-Gruppe aus zehn Mitgliedern bestanden haben soll („Mopo", 30.3.79), werden drei gar nicht erst angeklagt.
— Die geplanten Banküberfälle fallen ebenfalls unter den Tisch.
— Armin Peil, der Überläufer, wird trotz seiner Teilnahme am Klau der NATO-Papiere und an dem geplanten Anschlag nur wegen Diebstahls angeklagt. Ihm kommt die Rolle des „Kronzeugen" zu.

Das Urteil

Das Schleswiger Oberlandesgericht verurteilte im ersten Verfahren lediglich Böhm zu einem Jahr und vier Monaten Freiheitsstrafe (bei ihm wurden Waffen, Sprengstoff und die NATO-Dokumente gefunden); Töpke, der mit Peil und Brünning die Papiere geklaut hatte, wurde zu 2000,— DM Geldstrafe verurteilt; Möller bekam 7200,— DM Geldstrafe. Peil und Brünning waren nur als Zeugen geladen. Dabei plauderte Peil offen heraus, daß er „Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt haben will" („Flensburger Tageblatt", 27.1.81). Der zweite Prozeß vorm Flensburger Landgericht Ende letzten Jahres sollte ursprüglich gegen sieben Nazis eröffnet werden, jedoch war Böhm inzwischen untergetaucht, Eisermann immer noch verhandlungsunfähig und gegen Brünning wurde das Verfahren abgetrennt. Sie wurde vor einem Jugendgericht lediglich verwarnt. Blieben noch vier Nazis, angeklagt wegen Verabredung/Vorbereitung zum Sprengstoffanschlag, Diebstählen, Beihilfe dazu und Hehlerei. Peil trat wieder als „Kronzeuge" auf und wurde nur wegen 21 Diebstählen (teilweise gemeinsam mit Töpke) zu einem Jahr und sechs Monaten Haftstrafe auf Bewährung sowie 1000,— DM Geldstrafe verurteilt. Möller, nur wegen Hehlerei und Beihilfe zum Diebstahl angeklagt, mußte zusätzlich zu den 7200,— DM aus dem ersten Prozeß 600,— DM zahlen. Töpke wurde zu drei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung und 2000 DM Geldstrafe verurteilt. Einzig Geisert wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Jugendhaftstrafe verurteilt, weil er angeblich der „spiritus rector" gewesen sein soll bei der Planung des Anschlages und einen Waffendiebstahl begangen hatte. Deshalb war er auch gar nicht erst zur Urteilsverkündung erschienen, sondern ist untergetaucht.

und einen Waffendiebstahl begangen hatte. Deshalb war er auch gar nicht erst zur Urteilsverkündung erschienen, sondern ist untergetaucht.

Bilanz:
Die Generalbundesanwaltschaft hat von Anfang an das Verfahren an sich gezogen, mit der Begründung, sie ermittle nach 129a. Schweigen über den Fall breitete sich aus. Dann wird das Verfahren in zwei aufgeteilt, Zusammenhänge in der Bande und mit anderen Nazis werden auseinandergerissen, die Aktionen erscheinen mehr oder weniger als Einzeltaten. Bestimmte Dinge, wie geplante Banküberfälle oder tatsächlich abgelaufene Aktionen (Verteilen von NS-Flugblättern, Schmierereien usw.) fallen in den Prozessen flach. Eins sollte in der ganzen Prozeßführung staatlicherseits nicht offenkundig werden: daß hier eine Nazi-Bande mit allerbesten Kontakten zur restlichen norddeutschen Nazi-Szene organisiert Wühltätigkeit leistete. Entsprechend fielen auch die Urteile aus: Zwei Haftstrafen (beide Nazis sind abgetaucht), eine Verwarnung, ansonsten Geldstrafen oder Haftstrafen auf Bewährung ...
(Quellenangabe: Soweit nicht weiter gekennzeichnet, alle Angaben aus Prozeßbeobachtungen bzw. Pressemeldungen darüber).

Die Maschen des Gesetzes ...

Tatsächlich werden in der BRD die Mitglieder neonazistischer Banden in aller Regel als Einzeltäter abgeurteilt, wenn überhaupt. Nur in Ausnahmefällen wird der organisierte Charakter ihrer Verbrechen auch direkt in den Prozeß eingebracht (was dann in Anklagen nach §§ 129/129a mündet). Doch selbst in den wenigen Prozessen, wo überhaupt der organisierte Charakter dieser Umtriebe zur Sprache kommen könnte, beschränken sich die Anklageschriften stets nur darauf, diejenigen Nazis, die gemeinsam eine bestimmte Tat auch verübt haben (etwa einen Banküberfall o. ä.) zusätzlich als eine kriminelle/terroristische Vereinigung anzuklagen.

Mit schöner Regelmäßigkeit führt ein solches Vorgehen in den Prozessen dazu, daß eigentliche Mittäter nur noch als Zeugen auftreten. So wurden beispielsweise im Bückeburger Prozeß gegen Kühnen und Co. die Nazis Otte und Schreiber, der VS-Agent und Nazi Lepzien sowie Uwe Jürgens aus Celle „nur" als Zeugen vernommen, obwohl sie jeweils ebensogut als Mittäter in einzelnen Tatkomplexen auf der Anklagebank hätten sitzen können. Und umgekehrt ist es dann so, daß im Verfahren gegen Ottes Braunschweiger Gruppe wiederum andere Nazis als Zeugen vernommen wurden, die bei näherer Betrachtung ebensolche Mitglieder dieser, beweisbar über ganz Norddeutschland verbreiteten, Nazi-Bande waren.

Der „Affentanz" um die Anklagen nach §§ 129/129a StGB in Verfahren gegen Neonazis ist dabei „nur" der juristisch/prozeßmäßige Ausdruck der Tatsache, daß alle Ermittlungsbehörden es bislang schlicht leugnen, daß es seit Jahren e i n e n organisierten terroristischen Nazi-Untergrund gibt, der sich selbst „NSDAP/AO" nennt, dessen Mitglieder weitgehend bekannt sind und dessen verschiedene Untergruppen für jeweils verschiedene Taten verantwortlich zeichnen.

Leserbrief

Der ironische Unterton, mit dem die „Neujahrspredigt" des „ Obergurus westdeutscher Sicherheitsfanatiker Dr. Alfred Stümper" eingeleitet wird, gefällt mir nicht so recht. Natürlich, der philosophische Horizont von Stümper läßt seine geschraubt-tiefsinnigen Ergüsse über eine historische Umbruchsphase ein bißchen skurril und lächerlich erscheinen. Aber so verschroben es sich auch anhört, – unter all seiner vernebelnden Begrifflichkeit reflektiert Stümper ziemlich klar und weitsichtig die gegenwärtige Krise des Imperialismus, deren ideologische, politische und soziale Reflexe und die Anstrengungen (und Risiken!) des Imperialismus zu einer völligen Neuordnung der Welt. „Weltpolitisch" stünden – so Stümper – in dieser Periode des „Umbruchs", „aufgrund gewandelter Interessenlagen und neu belebter Zusammengehörigkeitsgefühle" (deutsche Ostgebiete – heim ins Reich?!) „selbst die Zusammensetzung von Staatsgebieten und insoweit auch Staatsgrenzen wieder in Frage". Innenpolitisch könne die krisenhafte Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Ausländerfrage, Verelendung) zu Brüchen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. führen und vor allem die wachsende Kriegsgefahr brächte „schwere oder gar undurchsichtige, gefährliche, ja sogar hochexplosive Spannungen" (will heißen: Verschärfungen der Klassenkämpfe – möglicherweise bis hin zu revolutionären

gefährliche, ja sogar hochexplosive Spannungen" (will heißen: Verschärfungen der Klassenkämpfe – möglicherweise bis hin zu revolutionären

Massenströmungen).

So peinlich es ist: Stümper gibt eine viel umfassendere und illusionslosere Einschätzung der Entwicklung des Imperialismus nach innen und außen, der daraus resultierenden Widerstandspotentiale und der notwendigen Härte von deren Unterdrückung, als dazu heute der allergrößte Teil der Linken in der Lage ist. Wo verschiedenste linke Polizeistaatskritiker nur die Gefahr einer totalen Überwachung und Bespitzelung („1984") herausarbeiten und den Ausbau des staatlichen Repressionsapparates als „schon-gar-nicht-mehr-notwendig" abtun, geht Stümper aufgrund der von ihm prognostizierten Entwicklungen davon aus, daß durch eine geschickte „gesellschaftssanitäre" (Herold) polizeiliche Präventivstrategie spontane und organisierte Massenkämpfe letztlich nicht zu verhindern sein werden. Die Erfassung und wissenschaftliche Auswertung jeder Widerstandsbewegung ist für ihn nur die Vorbereitung, Mittel zur „Erstellung eines richtigen Lagebilds", um „festentschlossen" u n d gezielt diese Widerstandspotentiale eindämmen und zerschlagen zu können.

Wenn man Stümpers Analyse nur richtig liest und „übersetzt", ist sie die beste Bestätigung für die politischen Aussagen von Lenins Imperialismustheorie ebenso wie für unsere Einschätzung der vorbeugenden Faschisierung des BRD-Staates, durch einen der – bei aller klassenbedingten Beschränktheit – weitsichtigsten „Macher" dieser Faschisierung.

Neben Stümpers Realanalyse sind auch die eindeutig ideologischen Aspekte seines Artikels es wert, daß man sich näher mit ihnen beschäftigt. Ist das nicht ein sattsam bekannter Ton, in dem die „Haltlosigkeit" und „Labilität" dieser Gesellschaft und vor allem ihrer Jugend, die „zersetzenden Kräfte" kritischer intellektueller „Schreibtischtäter" (vor allem in den Medien), die „Vernichtungsstrategie" ausländischer Mächte, die hinter allem und jedem stünden, die Auswirkungen des „Ausländerproblems" auf „Werdegang und Schicksal eines Volkes" usw. beschworen

Auswirkungen des „Ausländerproblems" auf „Werdegang und Schicksal eines Volkes" usw. beschworen

werden, in dem die „Politiker" des Zurückweichens, der Unentschlossenheit und Feigheit bezichtigt werden und stattdessen eine „festentschlossene innere Abwehrbereitschaft" „unseres Staates" gefordert wird, gestützt auf die Neubelebung von Werten wie „Ehrlichkeit", „Mut" und „Opferbereitschaft"? Genau diesen Tonfall haben Anfang der 30er Jahre die Nazis und ihre Gesinnungsgenossen im Staatsapparat angeschlagen, als sie (nur noch eine halbe Oktave schriller) gegen die „geistige Entwurzelung des deutschen Volkes", gegen die „jüdisch-boschewistisch" gesteuerte Zersetzung und die schwachen und korrupten Parlamente und Politiker der Weimarer Republik polemisierten und stattdessen eine starke Hand forderten, die endlich wieder Ordnung und moralische Sauberkeit bringen werde.

Stümpers Artikel will nicht nur den Polizeiapparat politisch-ideologisch auf eine künftige drastische Verschärfung der Klassenkämpfe vorbereiten, sondern auch auf den Übergang zu ganz neuen Herrschaftsformen des Imperialismus. Das Polizei-Führungscorps soll bei diesem Übergang eine Avantgarde-Rolle spielen – oder wie Stümper selbst es formuliert – entsprechend seiner „richtigen Zielvorstellungen und Entscheidungsvorgaben" „eine an den politischen Realitäten ausgerichtete ‚Durchsetzungsstrategie' " entwickeln.

Ich finde, wenn wir solche Dokumente wie Stümpers Artikel veröffentlichen, sollten wir auch herausarbeiten, was hinter dem verharmlosend-dümmlichen (auch sehr, sehr vorsichtigen) Amtsdeutsch an brisanten und für uns wichtigen Überlegungen steckt.

Das soll jetzt keine Grundsatzkritik sein, sondern mehr eine Ergänzung; vielleicht könnt ihr ja das obige als Leserbrief im nächsten AK veröffentlichen.

Viele Grüße und RF! Jo, Freiburg

Antwort der Antifa-Kommission

Antwort der Antifa-Kommission

Lieber Jo! Du hast recht. Auch von anderer Seite haben wir uns sagen lassen müssen, daß dieser Vorspann – der ja zum Lesen anreizen und Übersicht geben soll – manche/n Leser/in dazu veranlaßt hat, den Artikel gelangweilt zu überschlagen nach dem Motto: schon wieder der...! Das war natürlich ganz und gar nicht unsere Absicht, wie sich daraus erkennen läßt, daß wir diesen Aufsatz von Stümper für nachdruckenswert genug hielten. Nun ja, wir werden uns deinen Hinweis sowohl in agitatorischer Hinsicht als auch bezüglich zukünftiger sachlicher Ausführungen zu Herzen nehmen.

Grüße Antifa-Kommission

„Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen"

Die Bundesregierung über die Schleyer-Entführer am 19.10.77

Am 4.Dezember letzten Jahres endete der Prozeß gegen Stefan Wisniewski vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf mit dem erwarteten Urteil: Lebenslange Freiheitsstrafe. Erwartetes Urteil deshalb, weil die Schleyer-Entführung endlich gesühnt und „rechtsstaatlich" bewältigt werden sollte. Das Liberalisierungsgeschwätz ist allenfalls für die bundesdeutsche Presselandschaft da – zum Vernebeln der großen Abrechnung.

Beim Wisniewski-Prozeß handelte es sich um das erste Verfahren und Urteil zum Schleyer-Komplex. Weitere Verfahren gegen Clemens Wagner, Peter Boock und Angelika Speitel stehen bevor. Bemerkenswert ist, daß diese Verfahren nicht einheitlich zusammen durchgeführt werden, sondern getrennt nacheinander. Zum Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO) kommt durch diesen Schachzug hinzu, daß in jedem Verfahren nur zwei Verteidiger den umfangreichen Prozeßstoff bewältigen müssen, bei mehreren Angeklagten wäre immerhin eine Arbeitsteilung unter diesen Verteidigern möglich.

Der jetzt zu Ende gegangene Prozeß gegen Stefan Wisniewski hat überdeutlich gemacht, daß wegen der Schleyer-Entführung und seiner späteren Tötung eine Verurteilung der Angeklagten um jeden Preis erreicht werden soll – ungeachtet der konkreten Beweislage und unter Verletzung verschiedener rechtsstaatlicher Gebote. Jedes Mittel ist der politischen Justiz dabei im Verfahren gegen Wisniewski recht gewesen, um ihn trotz fehlender eindeutiger Beweise für eine Tatbeteiligung lebenslänglich in den Knast zu bringen.

Wegen der exemplarischen Bedeutung dieses Verfahrens und der dabei von der Justiz angewandten Methoden sollen im folgenden die wichtigsten Stationen des „Falles Wisniewski" von seiner Verhaftung bis zur Verurteilung nachgezeichnet werden.

Die Verhaftung

Wisniewski wurde am 11.Mai 1978 auf dem Pariser Flughafen Orly bei der Paßkontrolle verhaftet. Gegen ihn lag zu diesem Zeitpunkt ein Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) vor. Wie es in der Presse hieß, wollte er mit gefälschten Ausweispapieren nach Zagreb/Jugoslawien fliegen, wo kurz vorher Brigitte Mohnhaupt, Peter Boock, Sieglinde Hoffmann und Rolf-Clemens Wagner festgenommen worden waren (1). Für diese habe Wisniewski „Kurierdienste" geleistet (2). Angeblich hatte er „*Befreiungspläne für nahezu alle in der Bundesrepublik einsitzenden Terroristen*" in seinem Besitz (3).

Wisniewski wurde noch am selben Tag gegen seinen Willen und ohne Auslieferungsverfahren in die BRD abgeschoben (4). Diese Umgehung eines förmlichen Auslieferungsverfahrens hatte später zur – zweifelsfrei kalkulierten – Folge, daß Wisniewski vor bundesdeutschen Gerichten ohne jede Einschränkung angeklagt werden konnte. Bei Einhaltung der Auslieferungsbestimmungen hingegen hätte er lediglich wegen der Delikte angeklagt werden können, deretwegen ihn ein französisches Gericht ausgeliefert hätte – und damals lag gegen ihn eben nur Haftbefehl wegen § 129 a StGB vor. Bei Beachtung dieser Grundsätze hätte Wisniewski also nur wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" angeklagt werden können – Höchststrafe fünf Jahre Gefängnis !

Im Knast

Wisniewski wurde von BKA-Beamten von Paris direkt in die JVA Frankenthal „verbracht". Dort wurde er wenig später zu acht Monaten Knast verurteilt wegen „*tätlichem Angriff und Beleidigung*" – weil er während einer Vernehmung den Ermittlungsrichter Kuhn „überfallen" habe (5).

Im März 1980 versuchte Wisniewski zu fliehen; die Flucht scheiterte, er wurde deshalb im September zu sechs Jahren (!) Knast wegen Raubes (er hatte einem überwältigten Schließer dessen Börse abgenommen), Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Das Strafmaß entsprach exakt dem Antrag der Staatsanwaltschaft (6). Mit der Sicherheit, Wisniewski erstmal ein paar Jahre „untergebracht" zu haben, konnte die Bundesanwaltschaft Anklage und Prozeß vorbereiten.

Die Anklage

Im November 1980 wurde Anklage gegen Wisniewski vor dem 4.Strafsenat des OLG Düsseldorf erhoben. Die Bundesanwaltschaft warf ihm vor: Beteiligung an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und dessen Begleitern in Köln, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF), Räuberische Erpressung, Geiselnahme, Erpresserischer Menschenraub, fahrlässige Körperverletzung, versuchte Nötigung eines Verfassungsorgans, Urkundenfälschung (7).

Konkret soll Wisniewski bei der Entführung Schleyers den von den Tätern benutzten VW-Bus gefahren haben. Später soll er während der Verhandlungen zwischen den Entführern und der Bundesregierung „Kurier" gewesen sein. Außerdem habe er am 3.August 1977 mit zwei anderen Tätern die National-Bank in Essen überfallen und 463 000 DM erbeutet, um damit den geplanten Anschlag auf Schleyer zu finanzieren (8).

Der Vorsitzende

Der Vorsitzende in diesem Verfahren, der Richter am Oberlandesgericht, Klaus Wagner, war für seine Aufgabe prädestiniert. Er hatte vorher Angelika Speitel – gegen die das Verfahren wegen Schleyer noch bevorsteht – zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wegen Mordes an einem Polizisten, der bei ihrer Verhaftung erschossen wurde. Dabei hatte die Verhandlung ergeben, daß Angelika Speitel jedenfalls nicht den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Aber das war für Wagner kein Hinderungsgrund; seine Argumentation: A.Speitel sei Mitglied der RAF gewesen, die ihrerseits eine terroristische Vereinigung sei. Daher

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

müsse sie sich auch die Handlungen der anderen „Terroristen" zurechnen lassen. Wer Mitglied der RAF sei, identifiziere sich auch mit deren Zielen, zu denen auch die Tötung von Menschen zähle. Daher sei unbeachtlich, daß A.Speitel nicht geschossen habe und überhaupt unklar sei, wer geschossen hat. (Dieser Kontaktschuld-Theorie sollte sich Wagner später gegenüber Wisniewski übrigens wieder bedienen.)

Wagner begann den Wisniewski-Prozeß mit einem Eklat: Er ließ per brutalem Polizeieinsatz den Saal am ersten Verhandlungstag räumen, nachdem massiv die Herstellung voller Öffentlichkeit für den Prozeß gefordert worden war. Sein Kommentar zu den Prügelszenen: *„Wir haben hier noch ein paar Zimmer frei."* – also am besten gleich jeden einsperren, der auf dem Recht auf öffentlicher Gerichtsverhandlung besteht?

Aber Herr Wagner war halt „nervös", wie die „Welt" meinte, weil Angelika Speitel, von ihm lebenslänglich in den Knast gebracht, am selben Tage einen Selbstmordversuch gemacht hat (9).

Die „Beweise"

Die Anklage stützte sich im Verfahren im wesentlichen auf drei „Säulen", die eine Tatbeteiligung Wisniewskis an der Kölner Entführung und der Tötung Schleyers und seiner Begleiter nachweisen sollten: Auf die Aussagen einer Augenzeugin, die Wisniewski als Fahrer des bei der Entführung verwendeten VW-Busses erkannt haben will, und auf die Aussagen des Stammheimer Kronzeugen Volker Speitel und die angeblichen Angaben des „Aussteigers" Peter Boock.

Die „Augenzeugin"

Die Zeugin Susanne S., eine 28-jährige Sparkassenangestellte, fuhr am 5.9.77 mit ihrem Auto zum Zeitpunkt der Entführung über die Kreuzung. Sie will dort durch das Heckfenster ihres Fahrzeuges den VW-Bus und dessen Fahrer erkannt haben.

Aber der Fahrer war der Zeugin zufolge zunächst nicht Wisniewski, sondern sie erkannte zwei Wochen nach dem Geschehen nach Polizeifotos Willi-Peter Stoll (10).

Überhaupt nannte das BKA damals andere Tatverdächtige (neben Stoll vor allem Knut Folkerts und Christian Klar), Wisniewski tauchte nicht auf (11).

Willi-Peter Stoll aber wurde am 5.September 1978 erschossen. Er stand daher als Angeklagter nicht mehr zur Verfügung.

Knut Folkerts wurde in Holland verhaftet und darf in der BRD nicht wegen der Beteiligung an der Schleyer-Entführung angeklagt werden, da

Knut Folkerts wurde in Holland verhaftet und darf in der BRD nicht wegen der Beteiligung an der Schleyer-Entführung angeklagt werden, da

sie vom höchsten holländischen Gerichtshof als politisches Delikt gewertet wurde. Folkerts stand daher ebenfalls nicht als Objekt staatlicher Sühne zur Verfügung.

Jedenfalls legte sich die Zeugin Susanne S. ein Jahr später aufgrund von Fotos dann auf Wisniewski als VW-Bus-Fahrer fest – allerdings erst nach einer „Gegenüberstellung" in der Turnhalle der JVA Frankenthal, deren nähere Umstände der Erwähnung bedürfen: Fünf Beamte des BKA und Wisniewski, der sich heftig wehrt, schreit, Grimassen schneidet, an Händen und Füßen gefesselt, werden vorgeführt. Selbst unterstellt, die BKA-Leute haben sich Mühe gegeben, den Eindruck zu erwecken, sie würden sich ebenfalls wehren – daß unter diesen Umständen jeder mühelos Wisniewski als denjenigen identifizieren konnte, der identifiziert werden sollte, liegt auf der Hand.

Diese seltsamen Wandlungen in den – beeidigten – Aussagen der Zeugin werden wohl an folgendem liegen: Nach Recherchen von Redakteuren der Kölner STADT-REVUE, die die Situation am Entführungsort nachstellten, ist es so gut wie ausgeschlossen, daß die Zeugin aus ihrer Position das Gesicht des VW-Busfahrers hatte sehen können.(12)

Der Umsteiger Volker Speitel

Die zweite „Säule" der Anklage heißt Volker Speitel. Er wurde Ende 1977 verhaftet und begann kurz nach den Stammheimer „Selbstmorden" vor der Staatsanwaltschaft „auszupacken". Er wurde zu einem der *„wichtigsten Zeugen der Anklage"* in Terroristenprozessen. (13) Daher widerfuhr ihm in seinem eigenen Prozeß vor dem OLG Stuttgart auch ungewöhnliche Milde: 3 Jahre Knast erhielt er wegen Mitgliedschaft in der RAF, nach 2 Jahren war er wieder draußen – *„neuer Name und Aufenthaltsort sind unbekannt"*.(14)

Ganz so unbekannt aber denn doch nicht: Speitel machte nämlich vor einem ersuchten deutschen Konsul im Ausland (!) eine Aussage in Sachen Wisniewski: Dieser soll, so Speitel, unmittelbar vor dem Entführungstage gesagt haben: *„Wenn ich an morgen denke, geht mir der Arsch auf Grundeis."*(15)

Speitel und ein anderer „Aussteiger", der Wisniewski belastete, Hans-Joachim Dellwo, bekundeten, daß Wisniewski an einer Reihe von Treffs in Amsterdam, Luxemburg und Wuppertal im Jahre 1976 teilgenommen habe, die wesentlich der Vorbereitung des Anschlages auf Schleyer in Köln dienten. (16)

Die Glaubwürdigkeit der Aussage Speitels, die Wisniewski ja nur indirekt belastet, ist – ohnehin angesichts seiner Prostituierung für den Staatsschutz stark erschüttert – praktisch gleich Null, wenn man die von ihm selbst zugegebene Tatsache berücksichtigt, daß er vom BKA 50.000 DM erhalten hat.(17)

Der Aussteiger Peter Boock

Die dritte „Säule" sollte Peter Boock sein. Indessen sind die Umstände, unter denen angebliche Aussagen Boocks zum Gegenstand des Wisniewski-Verfahrens gemacht worden sind, besonders skandalös. Die „Aussage" Boocks ist in den Prozeß eingeführt worden, um die morsche "Säule" Speitel abzustützen.

So soll Boock die Aussage Speitels, also die Äußerung Wiesniewskis, ihm ginge der *„Arsch auf Grundeis"*, bestätigt haben.

Soll – denn Boock bestreitet, diese Aussage Speitels bestätigt zu haben, und bezeichnet seine Einführung als „Zeuge" in den Prozeß als *„perfide Konstruktion der Anklage"*. (18)

Zur Vorgeschichte, die wirklich ein Musterbeispiel bundesdeutscher „Rechtsstaatlichkeit" dokumentiert: Boock sitzt in Hamburg ein und hat sich – schon ein Jahr vor seiner Festnahme – von der RAF „losgesagt". Im Januar bzw. Februar 1981 soll er in Gesprächen mit dem Staatsschutz Wisniewski „schwer belastet" haben (Bestätigung der Aussage Speitels). So sagten jedenfalls die beiden „Gesprächspartner" Wisniewskis, insbesondere Bundesanwalt Zeiss, im Prozeß aus. Angeblich seien die Gespräche auf ausdrücklichen Wunsch Boocks zustandegekommen, der auch seinen Vertrauensanwalt H. Hannover nicht dabei haben wollte. (19)

„Einziger Haken" bei dieser perfiden Konstruktion: Peter Boock, gegen seinen Willen in den Wisniewski-Prozeß als Zeuge vorgeführt, widersprach dort der geschilderten Version. Es

seinen Willen in den Wisniewski-Prozeß als Zeuge vorgeführt, widersprach dort der geschilderten Version. Es

existiert keine einzige von ihm unterschriebene Aussage in der Richtung, wie sie ihm unterstellt wird.(20)

Offenbar soll künftig das Beweismaterial in solchen Prozessen nicht bloß – wie schon lange üblich – durch dubiose Kronzeugen a la Speitel beigebracht werden, sondern auch durch solche, die – wie Boock – gegen ihren Willen zu solchen Kronzeugen gemacht werden sollen. Daß diese „Zeugen" dann im Prozeß etwas anderes, nämlich das glatte Gegenteil bekunden, spielt keine Rolle: glaubwürdig ist für das Gericht vielmehr das, was andere – hier der Bundesanwalt Zeiss – über angebliche Aussagen zu berichten wissen.

Diese Art der „Beweisführung" in politischen Prozessen ist ein weiterer Schritt in die Richtung, die schon mit der „lex Feiling" eingeschlagen worden ist.

Man erinnere sich: Hermann Feiling war bei dem Versuch, einen Sprengsatz, der für das argentinische Generalkonsulat in München bestimmt war, nochmal zu überprüfen, in Heidelberg schwer verletzt worden, weil ihm der Sprengsatz unter den Händen explodierte. Er verlor dabei beide Beine, erblindete und trug schwere Brandverletzungen davon.

Unmittelbar danach wurden aus ihm von der Polizei 1.300 Seiten umfassende „Aussagen" herausgeholt, die mehrere Personen belasteten – in einer Situation, wo der todkranke Feiling unter wahnsinnigen Schmerzen litt, unter dem Eindruck eines schweren Schocks stand, an epileptischen Anfällen litt, mit starken Schmerzmitteln vollgepumpt war, ohnehin durch seine Erblindung und Beinamputation vollständig hilflos und abhängig.

Feiling konnte sich später nicht erinnern, überhaupt Aussagen gemacht zu haben, geschweige denn welche:

„Ich kann mich weder an sie [die Aussagen] erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte." So Feiling.(21)

All das hinderte Staatsschutz und Justiz indessen nicht, die Aussagen Feilings zu verwerten, d. h. sie als Belastungsmaterial gegen andere, vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen" zu verwenden. Feilings jetzige Aussagen interessieren demgegenüber nicht, er darf als Zeuge nicht aussagen! Neben der darin steckenden moralischen Unmenschlichkeit ist es auch ein justizieller Skandal sondergleichen.

Der Zusammenhang zur Einführung der angeblichen Boock-Aussagen in den Wisniewski-Prozeß liegt auf der Hand: In beiden Fällen wird die Verurteilung von Menschen auf Belastungsmaterial gestützt, das nach geltendem Recht überhaupt nicht verwertet werden dürfte – entweder, weil es jemandem abgenötigt wurde, der nicht wußte, daß und was er aussagt (Feiling), oder weil der Zeuge wider Willen, dessen „Aussagen" in den Prozeß eingeführt wurden, das Gegenteil dessen bekundet, was später bei der Aburteilung verwertet wird (Boock).

Insbesondere das letztere Vorgehen würde, sollte es Schule machen, die politischen Ankläger bei künftigen Prozessen aller Beweisnöte entbinden. Es werden einfach Aussagen fabriziert und jemandem untergeschoben, dessen Dementis im Prozeß „nicht berücksichtigt" werden. Dafür bezeugen BKA-Beamte und Bundesanwälte alles zur Verurteilung notwendige.

Die „Aussagen" Boocks, sprich des BKA und der Bundesanwaltschaft, beweisen einzig und allein, zu welch skandalösen Methoden die politische Justiz in diesem Verfahren zu greifen bereit war, um überhaupt Belastungsmaterial gegen Wisniewski zu konstruieren.

Schleyer und die Staatsraison

Eines jedoch durfte in diesem Verfahren unter keinen Umständen problematisiert werden: Die Person des prominentesten Opfers, Schleyer – ehemaliger Nazi-Faschist und später einer der größten Kapitalisten in der BRD (eine für die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft ja nicht untypische Kombination). Nein, dies durfte keine Rolle spielen, denn mit Politik oder politischer Motivation haben die Aktionen der RAF nach hiesigem Verständnis ja nicht zu tun. Nur kriminell sind sie. Folglich ist auch jeder Versuch Wisniewskis oder seiner Verteidiger, diese Seite der Sache miteinzubeziehen, abgewürgt worden und damit der Versuch, die Schleyer-Entführung in den politischen Kontext zu stellen, in den sie gehört.

Ebensowenig mochten die Gralshüter „unserer" Rechtsordnung das

in den politischen Kontext zu stellen, in den sie gehört.

Ebensowenig mochten die Gralshüter „unserer" Rechtsordnung

zur Kenntnis nehmen, was die Verteidigung vorbrachte hinsichtlich eines womöglich ganz woanders, nämlich ganz oben zu suchenden Mitverantwortlichen für den Tod des Oberkapitalisten Schleyer: Der Bonner Krisenstab, so Wisniewski, habe im Oktober 1977 das Leben Schleyers geopfert, um nicht elf Mitglieder der RAF freilassen zu müssen. Der Krisenstab habe den Sarg Schleyers gezimmert.(22)

Für die politisch Verantwortlichen stand von vornherein als Handlungsmaxime fest: Eine Freilassung der elf Gefangenen, wie sie die Entführer forderten, kam niemals in Betracht. Orientierungspunkt für das Handeln des „Krisenstabs" war vielmehr u. a.: *„…drittens die Fähigkeit des Staates zu sichern, seine Bürger gegen Gefahren zu schützen, das Vertrauen der Bürger … in diese Schutzfunktionen unseres Staates zu wahren — und dies hieß, die Terroristen nicht freizulassen."*(23)

„Freilassung der elf hätte … eine neue Gefahr für das Leben vieler anderer Menschen heraufbeschworen."(24)

Gegenüber der Staatsraison wog das Leben Schleyers also zu wenig. Aber wog es sogar weniger als 15 Millionen Dollar, die die Entführer verlangten.

Immerhin sollte diese Summe von dem Schleyer-Sohn Hans-Eberhardt zweimal überbracht werden – beidemal ist die Übergabe des (von der Bundesregierung angeblich zur Verfügung gestellten) Geldes gescheitert: Einmal – in Frankfurt daran, daß das Treffen mit den Entführern publik wurde und sich Heerscharen von Journalisten einfanden – aufgrund einer gezielten „Indiskretion" gegenüber dpa (25) (man mag spekulieren, wer überhaupt davon wissen und folglich „indiskret" sein konnte).

Ein andermal daran, daß der Schleyer-Sohn nicht mit dem Geld nach Paris – dem geplanten Übergabeort – ausreisen durfte: Die Bundesregierung war dagegen. (26)

Es drängt sich nach allem die Schlußfolgerung auf, beides – sowohl die Freilassung der Gefangenen als auch die Übergabe des Geldes – stand für die Verantwortlichen nie ernsthaft zur Diskussion. Damit war aber auch die Entscheidung gegen das Leben Schleyers getroffen.

Das Urteil

Am 4. Dezember 1981 wurde das Urteil gegen Stefan Wisniewski verkündet. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend erhielt er lebenslänglich. Das Gericht hielt seine Beteiligung an dem Mord an Schleyer und dessen Begleitern, erpresserischem Menschenraub, Geiselnahme, räuberischer Erpressung, versuchter Nötigung der Bundesregierung, und seine Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, für erwiesen.

Unerheblich war es für den Senat, daß nicht erwiesen war, ob Wisniewski am Tatort selbst geschossen hat. Auch daß Wisniewski den VW-Bus gefahren hat, stand nicht zur Gewißheit des Senats fest. (27) Mit anderen Worten: Es konnte nicht nachgewiesen werden, ob Wisniewski überhaupt Beteiligter an dem Geschehen in Köln war. Schon gar nicht konnten Tatsachen dafür gefunden werden, daß er mit der späteren Erschießung Schleyers zu tun hatte.

Mit der Kontaktschuld-Konstruktion ist das Lebenslänglich-Urteil auch ohne konkrete Beweise begründbar:

Mit der Kontaktschuld-Konstruktion ist das Lebenslänglich-Urteil auch ohne konkrete Beweise begründbar:

Wisniewski sei Mitglied der RAF, die eine Terrororganisation sei, die ihre Aktionen gemeinsam diskutiere und plane. Im Rahmen einer solchen terroristischen Vereinigung sei nicht nur derjenige als Täter zu verurteilen, der strafbare Handlungen eigenhändig verübe, sondern auch derjenige müsse sich die Handlungen der anderen Mitglieder zurechnen lassen, der an dem Tatentschluß und seiner Ausführung nicht unwesentlich beteiligt war. (28) So bleibt festzuhalten, daß mit dem Urteil gegen Wisniewski – mit Hilfe einer unglaubwürdigen Zeugin, zweier noch nicht einmal im Prozeß anwesender Kronzeugen, einem zwangsweise eingeführten „Kronzeugen" wider Willen und schließlich mit Hilfe abenteuerlicher juristischer Konstruktionen – der Staat seinen Sühneanspruch wegen der Entführung und Ermordung Schleyers, koste es, was es wolle, vollsteckt hat.

Wie offensichtlich hier Willkürjustiz am Werk war, macht überdies ein Vergleich mit den zahllosen Verfahren gegen Altnazis deutlich, die in der BRD nach 1945 durchgeführt wurden: Da kam es haufenweise zu Freisprüchen oder geringfügigen Haftstrafen für Massenmorde „mangels Beweisen". Da gab es keine Kontaktschuld-Theorie. Jüngstes Beispiel ist die Verurteilung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Friedrich Paulus durch das Landgericht Frankfurt zu 4 (!) Jahren Gefängnis für die Beteiligung an der Ermordung von mindestens 161 Polen im Jahre 1940. (29) Wobei dessen Tatbeteiligung feststand!

„Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen", hieß es unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes von Schleyer in einer Presseerklärung der Bundesregierung.(30) Das war am 19. Oktober 1977.

— In der Nacht davor wurde die entführte Lufthansa-Maschine „Landshut" in Mogadishu von der Spezialtruppe GSG 9 gestürmt. Drei „Terroristen" wurden getötet.

— In der Nacht zuvor kamen auch Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stuttgart-Stammheim unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben. Irmgard Möller wurde ebenfalls schwer verletzt im Knast gefunden.

— Am 4. Dezember 1981 wird Stefan Wisniewski wegen der Schleyer-Entführung und -Ermordung zu lebenslänglichem Knast verurteilt.

— Weitere Prozesse wegen dieser Vorgänge — gegen Clemens Wagner, Angelika Speitel, Peter Boock — werden folgen. Auch entsprechende Urteile sind zu erwarten.

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

Quellennachweise:

1 Frankfurter Rundschau 6.11.79
2 Welt 28.11.80
3 Rheinische Post 26.11.80
4 Spiegel 18.8.80
5 Spiegel aaO
6 Frankfurter Rundschau 5.9.80
7 Süddeutsche Zeitung 28.11.80
8 Tagesspiegel 28.11.80
9 Welt 28.11.80
10 Tageszeitung 22.12.80
11 vgl. Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von H.M. Schleyer, 1977, S. 209
12 Kölner Stadt-Revue
13 Stern Nr. 35, 20.8.81
14 Stern aaO
ung zur Entführung von H.M. Schleyer, 1977, S. 209
12 Kölner Stadt-Revue
13 Stern Nr. 35, 20.8.81
14 Stern aaO
15 Tageszeitung 4.12.81
16 Frankfurter Allgemeine 5.12.81
17 Stern aaO, Tageszeitung aaO
18 Frankfurter Rundschau 29.10.81
19 Frankfurter Rundschau aaO
20 Frankfurter Rundschau 27.11.81
21 Arbeiterkampf 186, 7.10.80
22 Frankfurter Neue Presse 28.11.80
23 Dokumentation BuReg S. 352
24 Dokumentation BuReg S. 354
25 Dokumentation BuReg S. 155
26 Tagesspiegel 14.2.81
27 Frankfurter Allgemeine 5.12.81
28 Tageszeitung 7.12.81
29 Tagesspiegel 13.2.82
30 Dokumentation BuReg S. 347

Wie jedem besseren Kalender zu entnehmen, hat auch das Jahr 1982 uns Frauen wieder mit einem 8. März beglückt. Allenthalben wurde demonstriert, veranstaltet, verweigert, geschwoft, gesketcht, und was der Dinge mehr sind, die ein kämpferisches Frauenherz ersinnen mag.

Es soll an dieser Stelle nicht verheimlicht werden, daß wir (i. e. die Frauenredakteusen des AK) uns mit der Konzeption einer 8. März-Berichterstattung, die dem Bedürfnis unserer Leserinnenschaft nach Information und Kurzweil gleichermaßen nachkommt und obendrein der Bedeutung des Feiertages gerecht wird, ziemlich schwer getan haben, zumal es in diesem Jahr auch zu keinen in irgendeiner Weise herausragenden Ereignissen gekommen ist. Das Ergebnis unserer Bemühungen kann leider in keiner Weise als befriedigend bezeichnet werden.

8. März
Internationaler Frauentag

Demonstrationen und andere Vergnügungen

Ein Großteil der Aktivitäten zum 8.3. fand dieses Jahr schon am Sonnabend, den 6.3. statt.

In Düsseldorf (1500), Köln (1000), München (800), Bielefeld (600), Freiburg, Hannover und anderswo demonstrierten Frauen und z. T. Unverbesserliche männlichen Geschlechts zum Frauentag. In Hamburg kam es in diesem Jahr zu zwei (genau genommen sogar drei) Demonstrationen: Der DGB hatte ohne vorherige Bündnisgespräche eine Demonstration für Samstag mittag angesetzt. Viele Frauengruppen, u. a.die Organisationsgruppe der 2. Hamburger Frauenwoche und die AL-Frauen, riefen zur Beteiligung an dieser Demonstration mit eigenem Block und eigener Abschlußkundgebung auf:

,,Auch in diesem Jahr hat sich die DGB-Führung wieder zum Alleinveranstalter für den Internationalen Frauentag aufgespielt. Während es den DGB-Frauen noch vor zwei Jahren verboten war, am Internationalen Frauentag überhaupt auf die Straße zu gehen, dirigiert seitdem die DGB-Führung das Geschehen und läßt weder Bündnisse noch gemeinsame Vorbereitung über Inhalte und Kundgebungsreden zu.

Diese Politik ist eine Fortsetzung der Ausgrenzung von linken und autonomen Frauen wie auch schon im letzten Jahr, wo der DGB zum erstenmal zu einer Demonstration am Internationalen Frauentag aufrief.

Wir verurteilen diese Spaltungspolitik der DGB-Führung und werden ihr nicht den Gefallen tun, nicht weiter Wege zu suchen und zu finden, gemeinsam mit gewerkschaftlich organisierten Frauen aus Fabriken und Betrieben zu demonstrieren und zusammenzuarbeiten, zumal viele von uns selbst Gewerkschafterinnen sind. Wir haben uns entschlossen, einen eigenen Block auf der DGB-Demonstration zu bilden und eine eigene Abschlußkundgebung mit unseren Inhalten und Forderungen durchzuführen.'' An der Demo beteiligten sich rund 2000 Frauen und Sympathisanten, die beiden Blöcke waren ungefähr gleich groß; an einer Demonstration ,,vieler autonomer Frauengruppen'' (Unterschrift des Aufrufflugblattes) am Vormittag nahmen etwa 200 Frauen teil.

Der Trend scheint aber z. T. mehr in Richtung Fest bzw. einer Mischung aus Veranstaltungen und Fest zu gehen; hier war mancherorts die größte Beteiligung zu verzeichnen. Daß diese Entwicklung nicht unbedingt identisch mit Entpolitisierung sein muß, zeigt das Beispiel Hannover, wo gerade das attraktive politische Angebot zu überraschend hohen Besucherzahlen führte. Das Fest begann schon nachmittags; Themenschwerpunkte waren ,,Frauen gegen Militarisierung'', ,,Gewalt gegen Frauen'' und ,,Frauen in der 3. Welt''. Besonders viel Anklang fanden dabei die Veranstaltung zur bevorstehenden Militärelektronikmesse I.D.E.E., der Dokumentarfilm ,,Domitila'' über das Leben einer Frau in einem bolivianischen Minendorf und die Diskussionsveranstaltung ,,Die Zukunft ist weiblich''.

Gegen Krieg und Militarisierung

Die bestimmenden Themen der Aktivitäten zum 8. März waren auch in diesem Jahr die Kriegsgefahr und die Militarisierung von Frauen. Die bundesweite Verweigerungsaktion — Frauen erklären im Voraus, daß sie eine Dienstverpflichtung verweigern werden — erreichte einen (vorläufigen) Höhepunkt; in ca. 80 Städten wurden mit Infotischen und Sketchen über die Dienstverpflichtungen informiert, Unterschriften gesammelt und/oder Demonstrationen zu den zuständigen Ämtern zur Übergabe der Verweigerungen organisiert. Allein in Köln sind bisher schon 1100 Verweigerungen zusammengekommen, in Bonn 800. In Stuttgart besetzten die Frauen, deren Verweigerungen nicht angenommen worden waren, sogar für mehrere







Stunden das Zivilschutzamt, bis die Beamten klein beigaben.

Die Mehrzahl der Parolen und Transparente der Demonstrationen zum Frauentag (auch, wo sie nicht mit der Verweigerungsaktion gekoppelt waren) bezogen sich auf das Thema Frieden bzw. Krieg: phantasievolle Verkleidungen von Demonstrantinnen als Trümmerfrauen, Krankenschwestern etc. witzige Transparente (z. B. in Ffm. „Frieden schaffen ohne Affen" mit entsprechender Abbildung der Herren Schmidt und Reagan); in Bremen ließen die Teilnehmerinnen der Verweigerungsaktion an bunten, vor allem lila Luftballons ein Transparent in die Luft mit der Aufschrift „Bremer Frauen gegen Krieg", das noch lange über der Stadt zu lesen war.

Vertiefende Informationen lieferten Veranstaltungen von antimilitaristischen Frauengruppen: In Nürnberg wurde eine „Zivilschutzshow" geboten; in Bonn gastierten die „Katastrophenschwestern" (Refrain: „Keine Sorge, keine Sorge"); in Kiel informierte die DFG/VK über „Frauenrolle im Militär"; das Frankfurter Frauenforum organisierte eine Veranstaltung „Frauen in die Bundeswehr?"; die von den Berliner AL-Frauen initiierte Abendveranstaltung enthielt in ihrem bunten Programm auch ein Theaterstück der „Frauen für den Frieden" und eine Ausstellung des „Sozialistischen Frauenbundes" zur schleichenden Militarisierung des Alltags; in Braunschweig, Aachen und Göttingen gab es ebenfalls Veranstaltungen. Eine der Göttinger Veranstaltungen unter der Fragestellung „Frauen in der Friedensbewegung — Zurück zum Nebenwiderspruch?" (von Frauenzentrum und Friedensfrauen) fiel mit ihrer thematischen Frontstellung allerdings etwas aus dem Rahmen.

Am besten versorgt waren zweifellos die Hamburgerinnen; sie konnten im Rahmen der Frauenwoche „Frauen lernen gemeinsam" u. a. auch unter einer großen Zahl von interessanten Veranstaltungen zu Krieg und Militarismus wählen.

DGB: Rote Nelken verteilt

Daß der DGB sich auch dieses Jahr nicht mit Ruhm bekleckerte, wurde schon oben im Bericht über die Hamburger Demo angedeutet.

In Frankfurt entschied sich der Kreisfrauenausschuß kanpp gegen eine Demo und für eine Veranstaltung im Saal (ca. 1000 Besucherinnen). Am Montag verteilte der DGB in den Betrieben rote Nelken an die Frauen.

In Bremen setzten sich die DGB-Männer über den Beschluß der DGB-Frauen hinweg und führten stattdessen eine Saalveranstaltung durch, die obendrein auch noch zum selben Zeitpunkt angesetzt war, wie die Kundgebung der Demonstration. Die DKPlerinnen demonstrierten Ausgewogenheit, indem sie beide Flugblätter gleichzeitig verteilten.

In Nürnberg blieb der Beschluß zur Nicht-Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenbewegung bestehen.

ASF: Bauchtanz zum 8. März

Die ASF Frankfurt lag dieses Jahr voll im Trend: Lieber Bauchtanz als Demo! Obwohl eine ASF-Vorstandsfrau die ganze Zeit im Frauenforum mitgearbeitet hatte, stand plötzlich in der Presse, daß die ASF aufgrund schlechter Erfahrungen im Vorjahr (?) dieses Jahr nicht auf die Straße gehen würde. Stattdessen machte sie eine Veranstaltung im Club Voltaire zum Thema „Emanzipation der Frauen im Orient" mit einem Bauchtanz als Höhepunkt. Das Frauenforum schrieb daraufhin einen offenen Brief an die ASF, worin die ASF nach ihrem Verständnis vom 8. März gefragt und ihr Vorgehen kritisiert wurde. Der Brief wurde weder beantwortet noch veröffentlicht. Einige Frauen sind dann auf die Veranstaltung gegangen und haben dort eine heftige Diskussion ausgelöst; viele ASF- und Juso-Frauen teilten ihre Kritik, sogar eine Frau aus dem Vorstand.

In Göttingen haben es die SPD-Frauen verstanden, den 8. März für ihren Wahlkampf zu nutzen. Die SPD-Kandidatin und ASF-Bundesvorsitzende Wettig-Danielmeier konnte sich auf den Veranstaltungen „Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz?" und „Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter", ungehindert durch die anwesenden Teile der Frauenbewegung, profilieren.



England: Mehr Schutz und Rechte für die Frauen oder mehr „Law and Order"?

Der für diesen AK angekündigte zweite Teil des Artikels über die „Feministisch-sozialistische Bewegung in den Niederlanden" erscheint im AK 220.

Niederlande-Kommission

Erregte Diskussionen, verbalradikale Erklärungen von Parlamentariern aller Couleur, Ankündigungen von Gesetzesinitiativen und parlamentarischen Untersuchungen, seitenlange Artikel in der Tagespresse, Schlagzeilen auf den Titelseiten — es dreht sich um das Thema Vergewaltigung.

Die gesamte britische Bevölkerung verfolgte die Debatte und verschaffte öffentlich Druck.

Was war geschehen, um das breite Interesse an dem sonst so gut verschwiegenen und verharmlosten Verbrechen an Frauen zu provozieren?

Drei Vergewaltigungsskandale

Anfang Januar wurde ein 33-jähriger Geschäftsmann, „glücklich verheiratet", wegen einer von ihm zugegebenen Vergewaltigung an einer 17-jährigen Frau zu einer lächerlichen Geldstrafe von 2000 Pfund (ca. 9000 DM) verurteilt. Richter Richards begründete dieses milde Urteil mit der „Mitschuld" der Frau: sie war abends spät allein getrampt!

An die Öffentlichkeit kommt dieses ungeheure Urteil durch lauten Protest aus der Frauenbewegung. „Männliche Gewalt für 2000 Pfund verkauft" und „Männer vergewaltigen — Frauen werden dafür verantwortlich gemacht" waren die Parolen, mit denen die Frauen am 7.1. vor das Gerichtsgebäude in London zogen. Sie forderten die sofortige Entlassung des Richters und Gefängnisstrafe für alle verurteilten Vergewaltiger. Weitere Aktionen und Demonstrationen wurden in den darauffolgenden Tagen veranstaltet.

Am 18. Januar zeigte das BBC im Rahmen der Dokumentarserie „Polizei", die über die Arbeit der Polizei informieren will, ein Verhör einer Frau, die auf einer Londoner Polizeistation eine Vergewaltigung anzeigt. Die Polizeibeamten (darunter eine Frau (!), die gleich zu Anfang des Verhörs die Glaubwürdigkeit und die geistige Zurechnungsfähigkeit der Frau anzweifelte), zeigten sich in dem einstündigen — fast vollständig gefilmten — Verhör von ihrer „besten" Seite: „Wie oft hatten Sie Geschlechtsverkehr? — Wann das letzte Mal? — Bekommen Sie Ihre Menstruation regelmäßig? — Waren Sie schon mal in psychiatrischer Behandlung?" („Guardian" + „G", 19.1.); diese und ähnliche Fragen an die Frau gerichtet, die gerade vergewaltigt worden war, zeigten Millionen von britischen Fernsehzuschauern, warum viele Frauen es vorziehen, ihre Vergewaltigung nicht anzuzeigen. Die Frau, die außerdem körperlich belästigt wurde von den männlichen Bullen, brach nach einer Stunde zusammen und zog die Anzeige zurück.

Die Empörung in der Bevölkerung war groß! Eine Flut von Leser/innenbriefen stürmte auf die Zeitungen ein. Die Polizei erklärte im ersten Kommentar, diese Art von Verhör würde die Frauen am besten auf den Gerichtsprozeß vorbereiten!

Zwei Tage nach dieser empörenden, jedoch alles andere als unrealistischen Fernsehsendung, wurde der schon länger zurückliegende „Glasgow-Fall" bekannt: eine 30-jährige Frau war im Oktober 1980 von drei Jugendlichen überfallen, vergewaltigt und schwer verwundet worden. Obwohl ein schriftliches Geständnis eines der Jugendlichen und eine Zeugenaussage vorlagen, ließ der zweite Kronanwalt von Schottland, Nicholas Fairbairn, im Sommer '81 die Anklage fallen: das Beweismaterial sei zu dürftig. Außerdem habe ein psychiatrisches Gutachten ergeben, daß der Frau eine Vorladung vor Gericht, wegen Selbstmordgefahr, nicht zuzumuten sei. Die Frau wurde allerdings nicht gefragt, war im Gegenteil zu einer Aussage immer bereit gewesen.

Erste Empörung — und zweites Nachdenken

Die Debatte hielt wochenlang an, sowohl in der Presse als auch im Parlament. Alle schienen sich einig in der Empörung über die drei skandalösen Vorfälle und in ihrem Bestreben, den Forderungen von Frauen nach konsequenter Verfolgung von Vergewaltigungsverbrechen und größerem Schutz von vergewaltigten Frauen nachzukommen. Wir geben im folgenden einen Überblick über die öffentliche Diskussion und die doch wohl nicht ganz einheitlichen Interessen. (Leider liegen uns jedoch nur wenig Informationen über die Aktivitäten und Forderungen der Frauenbewegung vor.)

Kritik von Labour-Seite ...

Am meisten getroffen fühlten sich viele englische Frauen von dem Urteil des Richters Richard, mit dem er Männern quasi einen Freibrief für die Vergewaltigung von Tramperinnen ausstellt. Ihrer Empörung nahmen sich auf parlamentarischer Ebene am stärksten die linken Labour-Abgeordneten Ashley, Roberts und Richardson an und griffen als erste die Forderung der Frauenbewegung nach Suspendierung des Richters auf. Ashley schlug vor, der Richter solle die Strafe vor Ablauf von 28 Tagen erhöhen; dies ist nach britischem Strafrecht die einzige Möglichkeit der Revision eines Urteils, sofern der Angeklagte geständig ist.

Jo Richardson, die linke Labour-Abgeordnete, die sich während der gesamten Debatte äußerst engagiert zeigte, startete eine Kampagne für die Suspendierung des Richters und gewann 50 Unterhausabgeordnete zur Unterstützung ihrer Forderung: *„Richter Richards muß sofort abgesetzt werden ... Das würde andere Richter davor warnen, solch degradierende Bemerkungen über Frauen in ihren Urteilen zu machen. Wir müssen von der Situation wegkommen, wo Leute in Machtpositionen sagen können, daß Frauen von der Straße verschwinden sollen. In dieser Situation von zunehmender Gewalt gegen Frauen sind es offensichtlich die Männer, die von der Straße ferngehalten werden sollten."* („taz", 26.1.).

... und Forderungen nach Gesetzesverschärfung

Mit ihrer ersten Aktion gegen das „Mitschuld"-Urteil hatten die Frauen der Frauenbewegung auch die Forderung nach Gefängnisstrafe für jeden verurteilten Vergewaltiger erhoben.

An diesem Punkt trafen sich die Forderungen der Frauenbewegung mit denen konservativer Politiker:

Der erste konservative Politiker, der in die Debatte eingriff, der Abgeordnete Maxwell-Hyslop, kramte eine ältere Gesetzesinitiative hervor, die eine Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis bei Vergewaltigung vorsah; der Konservative Lord Lane, einer der ranghöchsten Richter, forderte ebenfalls Gefängnis für jeden Vergewaltiger, abgesehen von Ausnahmefällen.

Diese Forderungen bestimmten weitgehend den weiteren Verlauf der öffentlichen und parlamentarischen Debatte. Zustimmung für seine Forderungen erhielt Lane postwendend vom Labour-Abgeordneten Ashley und der Frauenbewegung, einige Tage später auch von Margaret Thatcher, die mit großen Schlagzeilen auf der Titelseite ihr Herz für Frauen zeigen durfte: *„Es ist absolut wichtig, daß Frauen Vertrauen haben können in die Fähigkeit des Gesetzes, sie vor dem gewalttätigen, abscheulichen und ekelhaften Verbrechen zu schützen und zu zeigen, daß Personen, die solche Verbrechen begehen, für schuldig erklärt werden."* („G", 20.1.). Sie begrüßte die Forderung des Lord Lane nach Gefängnisstrafe für Vergewaltiger. Gefragt nach Konsequenzen ihrerseits zu diesem Urteil, erklärte sie, es sei bestens, dies in den Händen von Lord Hailham zu belassen. Auch für den Polizeiskandal zeigte sie sich nicht zuständig. Das läge in der Verantwortung des Innenministers.

Nachdem auch der „Glasgow-Fall" bekannt wurde, verstärkte sich der Ruf nach Strafverschärfung. Offizielle Erklärungen von Thatcher und anderen hohen Ministern ließen keinen Zweifel aufkommen, daß so gut wie jede Strafverschärfung von ihnen angenommen würde.

Eine eigene Gesetzesvorlage der Regierung sei allerdings nicht geplant.

Die Rolle der Richter

Ihre Grenze fanden die „frauenfreundlichen" Bemühungen der Regierung allerdings dort, wo sie mit den Interessen der Rechtsprecher kollidierten.

Schon der oberste Richter Lord Hailham hatte in der offiziellen Erklärung zu dem Richterspruch zwar das U r t e i l mißbilligt, zu einer Kritik an dem R i c h t e r geschweige denn zu seiner Suspendierung allerdings keinen Anlaß gesehen: er befürchtete, daß mit derartigen Maßnahmen das „*heilige Prinzip*" der Unabhängigkeit der Richter angetastet würde. „*Ein gelegentlich kontroverser Urteilsspruch ist der Preis, den die britische Öffentlichkeit für die Unabhängigkeit der Justiz zahlen müsse ...*" („G", 11.1.).

Lord Hailham war im übrigen alles andere als geeignet, um in dieser Angelegenheit klare Worte zu sprechen: Vor 5 Jahren hatte er sich selbst durch äußerst frauenfeindliche Äußerungen zum Thema Vergewaltigung unbeliebt gemacht. Er hatte in einem Vergewaltigungsverfahren bemerkt, ein Mann könne von dem Vorwurf der Vergewaltigung befreit werden, „*wenn er, wie unglaubwürdig auch immer glaube, daß die Frau, die er vergewaltigt hatte, einverstanden gewesen sei.*"

Der zunehmende Widerstand der Richterschaft gegen etwaige gesetzliche Festlegungen und einer damit möglicherweise verbundenen Einschränkung der „Unabhängigkeit der Justiz" steckte für jede Art von Gesetzesänderung einen recht engen Rahmen. Sie würde, sollte sie die Zustimmung der Regierung bekommen, daher in keinem Fall irgendwelche konkreten Festlegungen enthalten, sei es in der Frage nach einer Mindeststrafe oder bei der Konkretisierung des von Lord Lane vorgeschlagenen „Ausnahmefalls". So eingeschränkt, würde eine Gesetzesänderung die unter dem bestehenden Gesetz geübte juristische Praxis unverändert lassen; der Guardian kommentierte richtig:

„... (die Gesetzesvorlage) *scheint kaum was zu ändern. Richter würden immer noch die Verfügungsgewalt haben, eine Gefängnisstrafe unter Ausnahmebedingungen abzulehnen, was z.B. dem Ipswich-Richter [Richards] erlauben würde, seine Entscheidung zu wiederholen ...*" („G" 22.1.).

Thatcher warnte denn auch davor, unter dem „*Druck der emotionalisierten Öffentlichkeit*" in aller Eile ein neues Gesetz zu schaffen, das vielleicht schlechter wäre („Guardian", 25.1.) und erklärte schließlich am 27.1. zusammen mit führenden Regierungsmitgliedern ihre Ablehnung jeglicher Gesetzesveränderung.

Als wesentliches Argument für diese Meinungsänderung wird das Prinzip der Entscheidungsfreiheit der Richter genannt.

Die Polizei — Freund und Beschützer aller Frauen

Der Dokumentarstreifen der BBC löste von allen drei Skandalen die größte Unruhe aus — mehr jedoch bei der Regierung und ihren Ordnungshütern, als bei Frauen, von denen die Realität der Darstellung am wenigsten angezweifelt wurde: „*Dieser Film beweist, was wir seit Jahren gesagt haben, daß durch die Handhabung der Polizei die meisten Frauen lieber passiv bleiben, als sich auf Polizeistationen als Angeklagte behandeln zu lassen.*" („taz", 26.1.). Von polizeilicher und parlamentarischer Seite lag das größte Bestreben nach Ausstrahlung der Sendung jedoch darin, das erschütterte öffentliche Vertrauen in die Polizei wiederherzustellen.

Ein Polizeichef der inkriminierten Polizeistation betonte, daß das gezeigte Verhör in keinster Weise typisch sei und beklagte sich über die Schwierigkeiten der Polizei bei der Wahrheitsfindung: „*Es gibt außerordentliche Schwierigkeiten bei der Untersuchung von Vergewaltigungsfällen. Oft trifft man auf Grauzonen, besonders wenn die Leute sich gekannt haben oder man auf Einverständnis [der Frau] schließen kann*" („G", 19.1.). Die unmittelbare Konsequenz, die aus dem „Vorfall" gezogen wird, ist die Ankündigung, spezielle Einheiten von Polizist i n n e n zu schaffen, die sich mit Verbrechen v o n und gegen Frauen beschäftigen.

Aus dem Londoner „Rape Crisis Centre" (+ Notruf) wird bekannt, daß die Zahl der Anrufe sich durch die breite Öffentlichkeit verdoppelt habe, daß aber nur 40 % der anrufenden Frauen bereit seien, Anzeige zu erstatten.

Als größter Trumpf gegen die öffentliche Empörung über die Praktiken von Richtern und Polizei wird ein Tag nach der BBC-Sendung das harte Urteil gegen einen 11-fachen Vergewaltiger dick in die Presse gebracht: der Mann war zu unbegrenzter Freiheitsstrafe in einer psychiatrischen Anstalt verurteilt worden.

Der zuständige Richter erklärte, „*er hoffe, daß dieser Fall genau soviel Öffentlichkeit erhalte, wie der Fernsehfilm, um ein Gegengewicht zu dem in der Öffentlichkeit erzeugten Eindruck über Polizeipraktiken bei Vergewaltigung herzustellen*" („G", 20.1.).

Für dieses „Gegengewicht" wurde dann auch einiges getan: nicht genug konnte in den nächsten Tagen betont und mit Betroffenenberichten unterstrichen werden, daß alle von diesem



Mann vergewaltigten Frauen von der Polizei äußerst zuvorkommend und hilfreich behandelt worden seien. („*Ich wurde nie anders behandelt als mit Respekt und Mitgefühl.*")

Einen weiteren Beitrag zum Schutz vergewaltigter Frauen meinte die Polizei leisten zu müssen, indem sie nach einer weiteren Vergewaltigung einer trampenden Frau verschärft Kontrolle fuhr und alle trampenden Frauen verwarnte.

Jedoch vurden von „unseren Freunden und Helfern" auch konkrete Konsequenzen gezogen: so wurde e i n e r der an dem skandalösen Verhör beteiligten Kriminalbeamten strafversetzt, und — begeistert kann Ende des Monats Scotland Yard der Öffentlichkeit mitteilen, daß sie ihr um etliches erhöhtes Budhet (24 %!)
Ende des Monats Scotland Yard der Öffentlichkeit mitteilen, daß sie ihr um etliches erhöhtes Budhet (24 %!)
dazu nutzen kann, m e h r P o l i z e i beamte einzustellen und diese besser auszubilden.

Kronanwalt Fairbairn — ein (wenig schmerzliches) politisches Opfer der Regierung

Der „Glasgow-Fal" hate als einziger der drei Skandale ein parlamentarisches Nachspiel mit dem Verantwortlichen, dem Kronanwalt und Minister Fairbairn, das schließlich zu dessen Rücktritt führte.

Fairbairn hatte sich schon vor einigen Jahren einmal mit Äußerungen zum Thema Vergewaltigung „profiliert": „*Die Unterhausabgeordneten töten gut daran, sich zu erinnern, daß Vergewaltigung eine Tätigkeit umschließt, die normal ist ... Es ist Teil des Verhaltens von Männern und Frauen, daß sie jagen und gejagt werden und ‚ja' und ‚nein' sagen — und das Gegenteil meinen.*" (Zit. nach „FAZ", 25.1.).

Der Zorn der Regierung entzündete ch allerdings weniger an Fairbairns Haltung zur Vergewaltigung als an seinem „Vergehen", zuerst der Presse und nicht dem Parlament von dem Fall berichtet zu haben. Thatcher ist dafür bekannt, auf „undiszipliniertes" Verhalten umgehend mit Rausschmiß zu reagieren. Fairbairn hatte sich überdies schon vorher durch exzentrisches Auftreten und einen persönlichen Skandal für den Abschuß qualifiziert.

Weitere politische (Nicht-)Konsequenzen dieses Skandals: die Labour-Forderung nach einer detaillierten gerichtlichen Untersuchung wurde abgelehnt; die Privtklage der vergewaltigten Frau nicht zugelassen (obwohl vorher versprochen) mit der Begründung, die breite Öffentlichkeit des Falles würde eine gerechte richterliche Entscheidung unmöglich machen.

Ferner soll eine Studie über die kriminologischen, polizeilichen und medizinischen Verfahrensweisen bei Vergewaltigung angefertigt werden, über deren Veröffentlichung im Sommer (!) entschieden werden soll.

Und die Konsequenzen?

Ein strafversetzter Kriminalbeamter, der Rücktritt eines sowieso „*politisch ungeschickten und schon durch einen persönlichen Skandal belasteten Ministers*" („FAZ", 25.1.), verhaltene Kritik an einem skandalösen Richterspruch und eine (die wievielte?!) Studie — das sind, unterm Strich, die Konsequenzen, die aus diesen drei Skandalen gezogen wurden.

Kaum anzunehmen, daß sich für die betroffenen Frauen in Zukunft
quenzen, die aus diesen drei Skandalen gezogen wurden.
Kaum anzunehmen, daß sich für die betroffenen Frauen in Zukunft
etwas ändern wird, und schon gar nicht, daß damit derartigen Urteilssprüchen oder Polizeipraktiken ein Ende gesetzt wäre.

Die an der Diskussion beteiligten Vertreter von Staat und Regierung, angefangen bei Frau Thatcher über honorige Minister und hohe Polizeibeamte bis hin zu Labourabgeordneten, konnten sich als scheinbare Interessenvertreter der vergewaltigten Frauen und der Frauenbewegung in ein positives Licht setzen und haben es dabei verstanden, ein weitergehendes Aufdecken von Hintergründen und Ausmaß von Gewalt an Frauen und ihrer staatlichen „Behandlung" aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten.

So gibt es auch für England Zahlen, die belegen, mit welcher Gleichgültigkeit sich die Behörden dem Vergewaltigungsverbrechen gegenüber verhalten: von 1225 angezeigten Vergewaltigungen im Jahr 1980 ist es nur bei 433 zu Verurteilungen gekommen („FR", 23.1.). Eine kürzlich veröffentlichte Studie bewies, daß Frauen trotz eines gesetzlichen Verbots nach wie vor bei der Polizei und vor Gericht nach ihrem Sexualleben gefragt werden. („G", 6.2.).

Gerade auch M. Thatcher, die sich in dieser Debatte für die „Sache der Frauen" einzusetzen schien und sich mit am lautesten für die Forderung nach Strafverschärfung einsetzte, sprach nie über d i e s e Fakten. Ihre (und die ihrer Parteikollegen) größte Sorge war viel eher das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit in Polizei und Justiz.

Forderungen nach höheren Strafen (oft gekoppelt mit Hetze gegen Resozialisierungsmodelle und Reformen im Strafvollzug) gehören im übrigen zum Standard-Repertoire reaktionärer Justizpolitik. Ist auch die Nicht-(oder Kaum-)Bestrafung von Vergewaltigung ein Zeichen für die Frauenverachtung in einer Gesellschaft, so läßt sich doch umgekehrt aus hohen Strafen für Vergewaltigung noch nicht auf besondere Frauenfreundlichkeit der Verantwortlichen ließen. Hinzu kommt, daß gerade bei Vergewaltigungsdelikten nicht nur nach den Kriterien der Männerjustiz, sondern auch nach denen der Klassenjustiz geurteilt wird. So wurde die Diskussion in England durch die Presse untermalt mit Beispielen „aus dem Leben": zu hohen Gefängnisstrafen verurteilten Vergewaltigern — und zwar o h n e A u s n a h m e Arbeiter, Arbeitslose und Schwarze!

Lindsey German weist in ihrem Kommentar in „Womens Voice" (Feb. 82) der Socialist Workers Party auf den Zusammenhang der Diskus-
Lindsey German weist in ihrem Kommentar in „Womens Voice" (Feb. 82) der Socialist Workers Party auf den Zusammenhang der Diskus-
sion mit der innenpolitischen Lage Englands hin: „*Es kommt deshalb nicht unerwartet, daß wir zusammen mit dem Zusammenbruch der Fabrik Gesellschaft in anderen Bereichen — Anwachsen von Prostitution, Straßenraub, den Verbrechen der Armut und Arbeitslosigkeit — auch ein Anwachsen von Vergewaltigung beobachten können.*

Die Rufe von Thatcher und Whitelaw sind kosmetischer Art. Sie sind genau diejenigen, die diese Bedingungen geschaffen haben; jetzt sind sie die ersten, die nach Gesetz und Ordnung schreien. Als diejenigen, die die Unruhen verursacht haben, indem sie das Leben in den Städten für Jugendliche so unerträglich gemacht haben, insbesondere für Schwarze, rufen sie jetzt nach einer kurzen scharfen Schockbehandlung, um sie zu stoppen."

Der Fall macht das Dilemma der Frauenbewegung deutlich, die für eine öffentliche Anerkennung von Vergewaltigung als Verbrechen kämpft, welche sich aber in Staaten wie Großbritannien oder der BRD nur manifestieren kann in der Bestrafung im Rahmen eines insgesamt fragwürdigen Systems von Justiz und Strafvollzug.

„Gewonnen" haben in diesen Wochen nicht die Frauen.

„Gewonnen" haben vielmehr die Richter, denen es, protegiert vor allem von Thatcher, gelungen ist, den verschiedentlichen Versuchen, einen Richterspruch nicht wie einen unumstößlichen Gottesspruch zu behandeln, einen Riegel vorzuschieben.

„Gewonnen" hat letztendlich auch die Polizei — die durch diese Diskussion ihr Image wieder aufpolieren und ihr Anliegen nach mehr Personal der Öffentlichkeit nahebringen kann.

Internationale Frauensolidarität

Vom 11.2. bis 16.2. fand eine Veranstaltungsreihe in Aachen zur Situation von Frauen in Eritrea, dem Iran und der Türkei statt. Die Informations- und Diskussionsabende wurden von Frauen aus dem Eritrea- und Iran-Komitee Aachen, der ATIF, Frauen aus dem deutsch-türkischen Verein zur Verbesserung der sozialen Integration türkischer Arbeitnehmerfamilien in der BRD und dem Frauenprojekt beim AStA der RWTH-Aachen organisiert. Es wurden Filme und Dias gezeigt und Vorträge gehalten.

Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Wir schätzen z.B. die Anzahl der Personen auf dem Türkei-Abend auf 80 bis 100.

Es wurden folgende Spendenaufrufe an uns herangetragen:

Spenden für eine Bindenfabrik in Eritrea

Stichwort: Frauenprojekt
Kontonr. 11 76 32 24
Stadtsparkasse Köln

Wenn eine Frau hier in der BRD ihre Periode hat, geht sie in ein Geschäft und kauft sich Binden. In Eritrea gibt es das nicht. Viele Frauen, vor allem die eritreischen Kämpferinnen, haben nur das, was sie am Körper tragen, so daß noch nicht einmal Stoffetzen als Ersatz dienen können. Die eritreischen Frauen, die sich in der Eritreischen Frauenorganisation zusammengeschlossen haben, wollen im Vertrauen auf die eigene Kraft eine eigene Bindenfabrik aufbauen.

Spenden für Frauen und Männer in türkischen Knästen

(politische Gefangene)
Frauen und Männer werden in türkischen Knästen gefoltert. Die Frauen werden vergewaltigt. Sie brauchen starke Medikamente, z.B. gegen TB, Magengeschwüre und innere und äußere Verletzugnen. Auch brauchen sie Geld für Anwälte.
Postscheckkontonr. 353 795 609
6000 Frankfurt/Main
W. Hofmann
Stichwort: Internationale Solidarität

Aufruf zur Spendenaktion für politische Gefangene in der Türkei

Unterstützen wir die revolutionären Frauen und Männer in den faschistischen Gefängnissen in der Türkei! In unserem Land herrscht zur Zeit die schlimmste faschistische Diktatur. Hunderttausende Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre werden in den Gefängnissen gefoltert, über tausend sind bisher zum Tode verurteilt worden. 10 Revolutionäre wurden aufgehängt und mindestens 10 weitere in den faschistischen Folterkammern ermordet.

Die Junta versucht, die Revolutionäre durch schlimmste Folterungen einzuschüchtern. Sie sind gezwungen, unter unmenschlichen Verhältnissen zu leben. Wir können und dürfen sie nicht allein lassen.

So sind auch viele Demokraten und Revolutionäre vom Erdboden verschwunden, seit sie vom Militär abgeholt wurden. Die Verwandten haben keine Möglichkeit, ihre Angehörigen zu besuchen, oder bekommen keine Auskunft über ihren Verbleib. Sie erfahren noch nicht einmal, ob sie noch am Leben sind.

Es fehlt an Geld, um einen Anwalt zu bezahlen. Verwandte werden selbst eingesperrt und gefoltert, wenn sie nach dem Verbleib ihrer Angehörigen forschen.

Die Inhaftierten müssen ohne ärztliche Betreuung leben. Dabei haben 90 % der politischen Gefangenen Tuberkulose oder Magengeschwüre. Unter alle diesen Bedingungen müssen sie jeden Tag um ihr Leben kämpfen. Besonders Frauen werden in den Folterkammern bestialisch gefoltert.

Unsere Aufgabe als Demokraten und Antifaschisten beiderlei Geschlechts ist es, uns mit den Gefangenen zu solidarisieren und ihnen mit Medikamenten, Kleidung und durch finanzielle Unterstützung zu helfen.

Um diese Hilfe besser koordinieren zu können, haben wir eine Spendenkampagne eröffnet. Sie können Kleider an das Frauenprojekt beim AStA der RWTH-Aachen schicken, Geldspenden auf das Konto
W. Hofmann
Postscheckkontonr. 353 795 609
6000 Frankfurt/Main
Stichwort: Internationale Solidarität

„M", 18jährige türkische Schülerin





FRAUEN





Lohnraubpolitik und Tarifrente — Zwei Seiten einer Medaille

Nach dem Beginn massiven Abbaus sozialer Leistungen durch die Verabschiedung des „Spar"haushalts und des „Beschäftigungsprogramms", das eine weitere Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten des Kapitals beinhaltet, folgt jetzt der Einschnitt bei den Löhnen.

Mit dem 4,2 %-Ergebnis von Metall dürfte zugleich die Höchstgrenze der Tarifrunde 1982 festgelegt sein. Die Nettoinflationsrate von derzeit 5,8 Prozent im Bundesdurchschnitt ist damit kaum zur Hälfte ausgeglichen worden. Zum dritten Mal hintereinander seit Bestehen der BRD stimmte die Gewerkschaftsführung einem Lohnabschluß unterhalb der Inflationsrate zu, wobei die Tendenz nach unten unübersehbar ist.

Schlimmer noch als bei Metall wird es wohl für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kommen.

Zwar verwahrte sich Kluncker wortgewaltig gegen eine staatlich verordnete Lohn- und Gehaltskürzung von einem Prozent und wies dies als Angriff auf die Tarifautonomie zurück. Daraufhin stellte dann die ÖTV-Führung eine Forderung von 6,5 Prozent auf und lag damit ein Prozent unter der IGM-Forderung. Wo ist da der Unterschied

Forderung von 6,5 Prozent auf und lag damit ein Prozent unter der IGM-Forderung. Wo ist da der Unterschied

Verbessert haben sich die Ausgangsbedingungen der ÖTV sowie der Bahn- und Postgewerkschaft, die inzwischen nachgezogen sind, dadurch sicherlich nicht: Nach wie vor bestehen die öffentlichen Arbeitgeber auf einen einprozentigen Abzug vom Endergebnis!

Auch für die IG-Chemie-Führung scheinen die 4,2 Prozent von Metall noch nicht wenig genug zu sein. Sie hat sich für dieses Jahr ein ganz besonderes „Sonderopfer" einfallen lassen. Auf einer Pressekonferenz der Hauenschild-Mafia erklärte die IG-Chemie-Führung die Bereitschaft, *„sich bei Festsetzung der Löhne und Gehälter mit einem deutlichen Absinken der Kaufkraft der Arbeitnehmer abzufinden"* (zitiert nach „FAZ", 19.2.82). Der im Vorstand für die Tarifpolitik zuständige Horst Mettke teilte ferner mit, daß er es „unehrenhaft" fände, in der jetzigen Situation eine Sicherung des Reallohns zu verlangen. Ein Absinken der Kaufkraft sei für die chemische Industrie unerheblich, da diese eh vom Export lebe (dies sagt wohlgemerkt ein G e w e r k s c h a f t s f ü h r e r!).

Statt eines Inflationsausgleiches solle nunmehr der Sicherung der Arbeitsplätze *„auf absehbare Zeit"* der Vorrang eingeräumt werden. Der Hebel hierfür soll die Tarifrente sein, über die jetzt mit den Kapitalisten verhandelt werden soll. Sollte eine solche Tarifrente zustandekommen, sei man gerne bereit, auf ein Lohnprozent zu verzichten. Zwar könne die Gewerkschaft *„auch nicht verhindern, daß weiter rationalisiert werde"* („FR", 19.2.82), dennoch habe die Gewerkschaft die Hoffnung, die für dieses Jahr zu befürchtenden 10.000 Entlassungen in der chemischen Industrie mit der Einführung der Tarifrente verhindern zu können.

Die Tarifrente scheint auf diesem Sektor etwas in Gang gesetzt zu haben, was man eine tarifpolitische Nachrüstungsdebatte nennen kann.

Motto: Die Kapitalisten drohen mit Entlassungen, falls die Gewerkschaften nicht zu einseitigen Vorleistungen bereit sind (Lohnverzicht). Eine Garantie auf Gegenleistung gibt's nicht, am Ende wird doch entlassen; schließlich muß die Konkurrenzfähigkeit erhalten bleiben, um nicht noch mehr Arbeitsplätze zu gefährden. „Begründungen" für Tatsachen lassen sich bekanntlich immer finden...

Die Tarifrentenmodelle

Die Tarifrentenmodelle

Die derzeit diskutierten Tarifrentenmodelle sind hoch im Kurs. Sonst stets alleiniger Mittelpunkt der öffentlichen Tarifdebatte wurden die Metallverhandlungen fast schon überschattet von der Diskussion um die Tarifrente.

Während Döding und Ehrenberg spätestens seit Jahreswechsel an einem Modell basteln, welches offenbar Gültigkeit haben soll für den gesamten Industriebereich, arbeiten IG-Chemie und Chemiekapitalisten an einem mehr interneren Modell mit dem Ziel, schon in den diesjährigen Tarifverhandlungen *„ein Signal zu geben, damit es anderswo aufgenommen werden kann"* (Horst Mettke). Auffallend bei beiden Modellen ist die durchweg positive, fast überschwengliche Reaktion aus dem gesamten bürgerlichen Lager und Parteienspektrum. Auch die Kapitalisten möchten in der Öffentlichkeit ihre Zustimmung nicht verhehlen, wenn sie auch — mehr aus taktischen Gründen — einige „Bedenken" anmelden.

Das Döding/Ehrenberg-Modell sieht vor, daß ältere Lohnabhängige, wenn diese es wollen, schon mit 58 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden können. Sie sollen dann 75 Prozent ihres bisherigen Nettoentgeltes erhalten. Gleichzeitig sollen die Sozialversicherungsbeiträge weitergezahlt werden. Das ganze soll dann bis zum Erreichen des vollen Rentenalters bezahlt werden und zwar auf folgende Weise:

— 50 Prozent der Kosten sollen von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) getragen werden. Angeblich soll dies nicht zu einer weiteren Belastung, sondern zu einer teilweisen Umschichtung der Mittel führen, da für den vorzeitig Ausscheidenden ein Arbeitsloser neu eingestellt werden soll, was wiederum die BA entlasten würde.

— Die restlichen 25 Prozent sollen die Tarifparteien tragen, wobei der Verteilungsschlüssel noch nicht ganz klar zu sein scheint.

Der Beitrag der Gewerkschaft soll durch einen entsprechenden Lohnverzicht bei den Tarifverhandlungen erreicht werden (daher der Begriff „Tarifrente").

Die Gesamtregelung soll nur begrenzt gelten und zwar so lange, *„wie dies die wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich machen"* (Döding nach „Welt", 18.1.82).

Das Chemie-Modell, welches am 15.3.82 von den Mitgliedern der regionalen Tarifkommissionen abgesegnet wurde, sieht im einzelnen drei Stufen vor:

nalen Tarifkommissionen abgesegnet wurde, sieht im einzelnen drei Stufen vor:

1. Die freiwillig mit 58 Jahren Ausscheidenden sollen ein Jahr von der Arbeit freigestellt werden und in dieser Zeit 75 Prozent ihres letzten Bruttoentgeldes erhalten. Dieses Geld sowie die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge soll aus einem Unterstützungsfond der Gewerkschaft aufgebracht werden, während die Chemiekapitalisten lediglich die andere Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben.
2. Mit dem 59. Lebensjahr soll das Arbeitsverhältnis aufgekündigt werden. Die Chemiekapitalisten sollen dann für ein Jahr lang zahlen und zwar erstmal 68 Prozent des letzten Nettoentgelds (das entspricht der Arbeitslosenunterstützung) und dann zusätzliche zehn Prozent aus ihrem Unterstützungsfond. Die Gewerkschaft übernimmt für dieses Jahr wiederum die andere Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge.
3. Ab dem 60. Lebensjahr soll dann die Rentenversicherung die vorgezogene Altersrente bezahlen. Gleichzeitig fordert die IG-Chemie von den Kapitalisten eine Beschäftigungsgarantie für die nächsten vier Jahre sowie für jeden Ausscheidenden eine Neueinstellung.

Sicherung von Arbeitsplätzen?

Beide Tarifrentenmodelle geben vor, durch Lohnverzicht eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu erreichen, wodurch neue Arbeitsplätze angeboten werden könnten. Während Döding und Ehrenberg von 500.000 Arbeitsplätzen sprechen, ist die IG-Chemie-Führung hier etwas bescheidener.

Sie geht davon aus, daß — nachdem der Beschäftigungsstand in der chemischen Industrie in den letzten Jahren im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft konstant geblieben ist — für das kommende Jahr ca. 10.000 Entlassungen geplant sind, die gleiche Anzahl also, der im Alter von 58 Jahren in der Chemie-Industrie Beschäftigten. Von diesen würden — so ihre Berechnungen — ca. 70 Prozent, d.h. 7000, von der neuen Regelung Gebrauch machen. Obwohl diese 7000 dann nicht mehr in der Produktion beschäftigt, sondern von den Lohnabhängigen finanziert bereits im Ruhestand wären, gelten sie nicht als entlassen, da ihr Arbeitsverhältnis ja formal noch ein Jahr bestehen bleiben soll.

Erst wenn das Arbeitsverhältnis gekündigt wird, sollen die Kapitalisten neu einstellen. Das elegante Modell ermöglicht den Chemiekapitalisten einen Rationalisierungseffekt, der 7000 Ent-

neu einstellen. Das elegante Modell ermöglicht den Chemiekapitalisten einen

Rationalisierungseffekt, der 7000 Entlassungen entspricht!

Diese Rechnung geht davon aus, daß die Kapitalisten sich auf die von der IG-Chemie geforderten Arbeitsplatzgarantie einlassen. Das werden sie natürlich nicht tun und sie erklären schon jetzt klipp und klar und aus ihrer Sicht völlig logisch, daß es in der „freien Marktwirtschaft" keine Beschäftigungsgarantie geben wird.

Und die IG-Chemie will also weismachen, daß sie den Motor des Kapitalismus, die kapitalistische Rationalisierung, außer Betrieb setzen wird? Das müssen die Kapitalisten wohl völlig übersehen haben...

Wie war es bisher? Bis zum Jahresende galt die sog. 59er-Regelung. D.h. zahlreiche Kolleg/inn/en wurden mit 59 Jahren entlassen, meldeten sich arbeitslos, konnten in der Regel nicht vermittelt werden und bezogen dann ein Jahr später automatisch die vorgezogene Rente. Das kam den Kapitalisten in der Regel sehr teuer zu stehen, da diese Kolleg/inn/en aufgrund von Alter und Betriebszugehörigkeit oftmals unkündbar waren und nur dann gingen, wenn ihre Abfindungssumme entsprechend hoch war. Meistens war sie so ausgelegt, daß die Betroffenen weder im Jahr der Arbeitslosigkeit noch beim Bezug ihrer Rente (die aufgrund fehlender Beitragszahlungen der letzten Jahre wesentlich geringer ausfällt) Einbußen haben hinnehmen mußten. Tausende von Kolleg/inn/en wurden auf diese Weise in stiller Zusammenarbeit von Kapitalisten, Betriebsrat und Arbeitsamt wegrationalisiert. Just seitdem diese Regelung außer Kraft ist, treten die Herren Döding und die von der IG-Chemie-Führung auf den Plan und unterbreiten den Kapitalisten Vorschläge, w i e s i e d i e s e s G e l d z u k ü n f t i g s p a r e n k ö n n e n, ohne daß freilich hierdurch der Rationalisierungseffekt geschmälert wäre. Im Gegenteil: Die Kapitalisten können die älteren, ausgelauchten Kolleg/inn/en durch Neue ersetzen und dadurch die Arbeitsintensität erhöhen. Sie können auch bei formaler Einhaltung der Neueinstellungsgarantie weiterhin genauso entlassen, aller Wahrscheinlichkeit nach sogar noch wesentlich mehr, denn mit frischen, jungen Arbeitskräften lassen sich schnell ganze Arbeitsbereiche umstrukturieren, die Konkurrenz wächst und der Rationalisierungsüberhang wird forciert.

Was die beschäftigungspolitische Seite betrifft, so werden sich die Kapitalisten das Recht dazu nehmen, im oben beschriebenen Sinne zu verfahren. Das Tarifrentenmodell k a n n diesem Tatbestand keinen Riegel vorschieben und so wird es — was diese Seite betrifft — auch nur einige gutklingende A b s i c h t s e r k l ä r u n g e n und keinen konkret überprüfbaren Kontrollmechanismus in den Vereinbarungen über die Tarifrente geben!

Was die Gewerkschaften hier als „beschäftigungspolitische Initiative" auszugeben versuchen, ist astreines kapitalistisches Krisenmanagement!

Das einzige, was bei der Tarifrentendiskussion als s i c h e r gelten kann, ist, daß die Verursacher von Krise und Arbeitslosigkeit entlastet werden und die Lohnabhängigen und Rentner zu zahlen haben. Und dies nicht zu knapp, wie die IG-Chemie in einem Beispiel verdeutlicht. Dabei unterstellt sie wiederum, daß ca. 70 Prozent der 58jährigen von der Tarifrente Gebrauch machen würden: Für ihre Finanzierung, so errechnet die IG-Chemie, müßte von den Beschäftigten der gesamten chemischen Industrie 250 Mio Mark aufgebracht werden. In ih-

Chemie, müßte von den Beschäftigten der gesamten chemischen Industrie 250 Mio Mark aufgebracht werden. In ih-

rer Modellrechnung geht sie von einer 4,5-prozentigen Lohnerhöhung aus (ist zu hoch gegriffen). Nun müßte jede(r) Beschäftigte entweder übers Jahr gerechnet auf ein Prozent des Lohnes verzichten, oder — auf den Monat bezogen — drei Monate Lohnerhöhung in den gemeinsamen Unterstützungsfond einzahlen. Nach diesem Rechenbeispiel müßte also jede(r) Beschäftigte im Durchschnitt 450 Mark im Jahr für die Finanzierung der Tarifrente bezahlen.

Und — so schränkt die IG-Chemie schon jetzt ein — sollte dieser Betrag nicht reichen, so **„verpflichtet sich die Gewerkschaft, Geld in den Fonds nachzuschießen"** (zitiert nach „FAZ", 19.2.82).

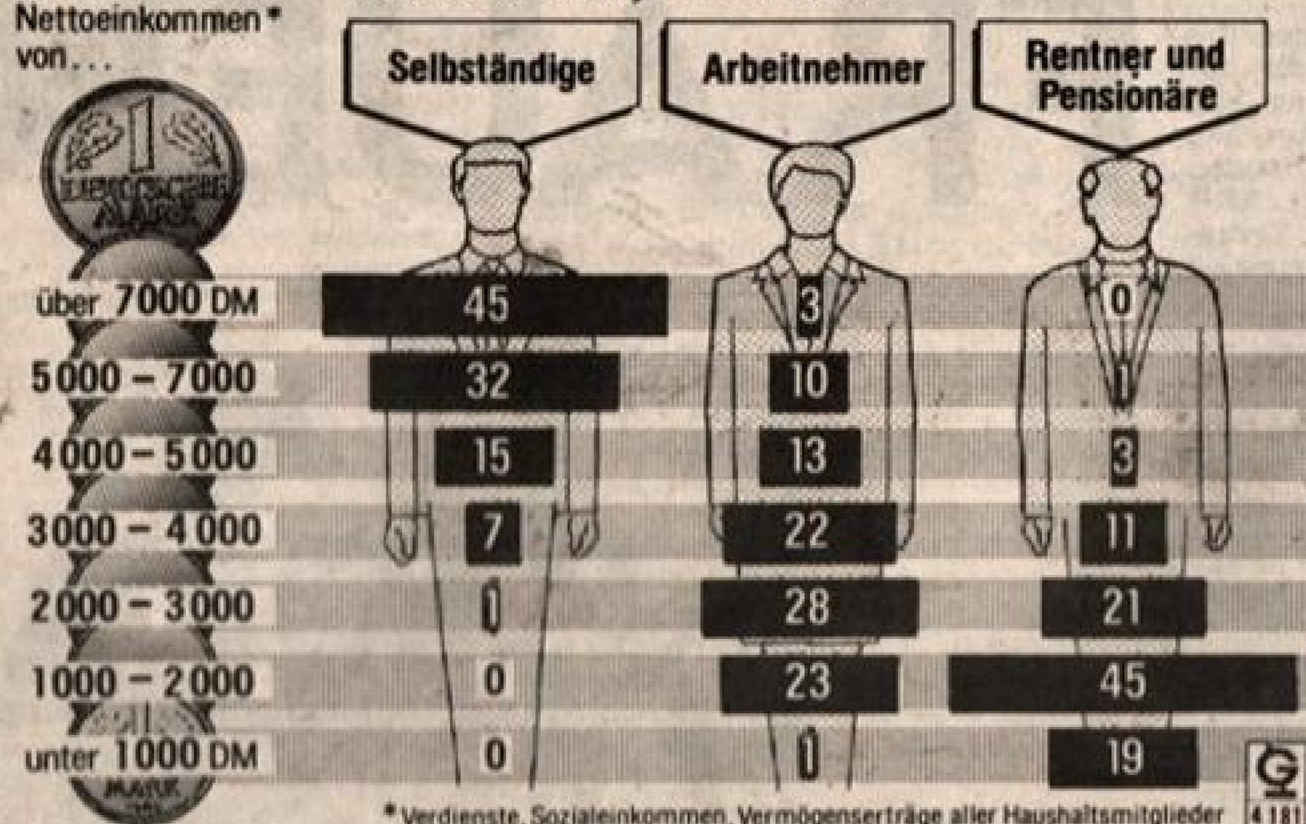
Für die Frühausscheider sieht es ebenso schlecht aus. Im Döding/Ehrenberg-Modell werden zwar bis zum Rentenalter die Sozialversicherungsbeiträge bezahlt, nicht aber in der vollen Höhe. Das mindert die Rente erheblich, da nach einem besonderen Schlüssel die letzten Beitragsjahre überproportional in die Rentenberechnung eingehen. Völlig unklar scheint, wie das beim Chemie-Modell funktionieren soll. Hier sollen die Beiträge erst zwei Jahre lang gekürzt und mit 60 soll bereits die Rente ausgezahlt werden, d.h. hier gehen drei Beitragsjahre völlig flöten. Unvermeidlich würde sich hier das Rentenloch, das die Bundesregierung für dieses Jahr mit 1.1 Mrd. Mark veranschlagt, das inzwischen aber schon mit *„einer zweistelligen Milliardensumme pro Jahr nicht zu hoch geschätzt"* sein dürfte („Welt", 23.2.82), noch zusätzlich vergrößern. Klar ist schon jetzt, wer auch h i e r wieder zur Kasse gebeten werden wird.

Hinzu kommt, daß *„mit etwa sieben Prozent pro vorgezogenem Versicherungsjahr erhebliche Einbußen für den Rentner"* entstehen werden („Welt", s.o.) und das beim Chemie-Modell mal drei....

Geht die IG-Chemie ernsthaft davon aus, daß unter diesen Bedingungen zwei Drittel der 58jährigen von der Tarifrente Gebrauch machen werden? Was passiert mit dem eingezahlten Geld? Wird dann irgendwann einmal die Kopfgeldprämie pro 58er erhöht oder werden die Arbeiter/innen plötzlich Zwangsinhaber von Aktien der neuen Heimat oder wie oder was?

Das ganze offenbart sich doch als offensichtlicher Schwindel.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Quelle: Die Quelle, Funktionärszeitschrift des DGB vom März 1982

Makabres Szenario — *Kommentar zur Lohnrunde Metall*

„Ein klares, rasches und maßvolles Lohnsignal könnte erfrischend auf die lethargischen Investitionen wirken". Nur fünf Tage später konnte der selbe Kommentator aufatmen: *„Die Lohnzahl aus Krefeld darf von der Bundesbank und den Unternehmern aus spezieller Erfahrung als Ermutigung begriffen werden: Sie hätte auch schlimmer ausfallen können"* (Peter Gillies, „Welt", 3. bzw. 8.3.82).

Die Metallkapitalisten und der „Graf" können es sich dieses Jahr nicht verkneifen, der IGM-Führung für ihren maßvollen 4,2 Prozent-Abschluß ausnahmsweise auch einmal öffentlich Lob zu zollen.

Daß nun auch die IGM-Führung diesen als „Erfolg" (Loderer), zumindest aber als *„vertretbaren Kompromiß in schweren Zeiten"* (Janßen) herauszustellen versuchen, ist ebenso wenig aufregend und neu, wie ihr Apell an die „Preisdisziplin" der Kapitalisten, die nunmehr an der Reihe seien zu beweisen, daß die *„jetzt gesetzten Daten auch bis zum Jahresende richtig gesetzt sind"* (der Kölner IGM-Bezirksleiter Brauer).

Man braucht kein besonderer Kenner der Tarifszene zu sein, um aus der diesjährigen Lohnrunde den Eindruck gewinnen zu können, als habe sich die IGM-Führung bereits vor der ersten Verhandlung mit dem zu erwartenden Ergebnis abgefunden. Eine halbherzige Mobilisierung wie im letzten Jahr, an deren Ende wiederum ein mieses Ergebnis steht, die Erwartungen schürt, möglicherweise Radikalisierung hervorruft und zum Abschluß dann die Entäuschung vergrößert — das alles sollte sich dieses Jahr nicht wiederholen.

1982 ging es für die IGM-Führung offensichtlich nur um eins: dem absehbaren Trauerspiel ein möglichst rasches Ende zu bereiten.

Wie schon im Jahr zuvor ist der IGM-Vorstand mit seiner Lohnforderungs„empfehlung" von maximal 7,5 Prozent frühzeitig an die Öffentlichkeit getreten und hat damit Fakten geschaffen. Insbesondere in Krisenzeiten ist ein Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Mitgliedschaft nicht gefragt; er könnte sich nur störend auf die „Sozialpartnerschaft" auswirken.

Kaum ging es in die erste Verhandlungsrunde, wurden die 7,5 Prozent im gewerkschaftsoffiziellen Sprachgebrauch bestenfalls noch am Rande erwähnt. Daß man es so „ernst" mit dieser Forderung nicht nahm, signalisierte die IGM-Führung mit der auch von ihrer Seite betonten Bereitschaft für einen raschen Ablauf der Verhandlungen. Als dann die Kapitalisten die Schlichtung beantragten, stimmte die IGM „schweren Herzens" aber dennoch mit „deutlicher Mehrheit" diesem Ansinnen zu.

„Schlichtung — aber mit Druck" hieß von nun an die einfältige Parole. Im Falle einer Zwangs schlichtung hätte man dieser Parole sicherlich etwas Positives abgewinnen können. Aber geht man freiwillig eine Schlichtung ein und das erklärtermaßen zu einem Zeitpunkt, wo nach Meinung der IGM-Führung noch nicht einmal die Möglichkeiten der „freien Verhandlungen ausgereizt" waren, um hierüber „Druck" auszuüben? Aber, wie gesagt, in diesem Jahr ist alles nicht so ernst genommen worden.

Ganz in dieses Bild paßte auch die Rolle des „Schlichters", des greisen Herrn Werner Figgen, dessen Aufgabe es war, mit Schwanks aus seiner Vergangenheit und ebenso allgemeinen wie platten Kommentaren über den Stand der Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu labern. Verhandelt und einig geworden sind sich schließlich die Spitzengremien beider Organisationen. Einen „Schlichter" hätte man dafür nicht gebraucht, wohl aber erwies sich die „Schlichtung" als Möglichkeit, das Szenario zu beschleunigen.

Ganz geschafft vor Ablauf der „Friedenspflicht" hatte man es nicht und so wollte die IGM-Führung nicht gänzlich auf ihr „kämpferisches" Pflichtprogramm verzichten. Daß die Warnstreiks einiger, vorwiegend traditionell kampfstarker Betriebe, auf den realen Verlauf der Verhandlungen keinen Einfluß mehr haben konnten, dürfte wohl auch bei den betreffenden Belegschaften unumstritten gewesen sein.

In einer ersten „Auswertung" der Metallohnrunde schlägt Janßen zwei Punkte für kommende Tarifrunden vor: Tarifrente und Veränderung der Lohnstruktur. Von Reallohnausgleich oder -erhöhung ist auch bei der IGM-Führung nichts mehr zu hören.

Kommission B & G

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Helmstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Große Helmstraße 62
46 Dortmund 1
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Neue Zumutung für Arbeitslose

Karrieren beim Arbeitsamt: Nach 16 Monaten kann jetzt ein promovierter Akademiker als Hilfsarbeiter vermittelt werden; ein Facharbeiter kann nach 8 Monaten als Handlanger auf den Bau geschickt werden.

Möglich ist dies durch die neue Zumutbarkeits-Anordnung, die am 16.3. vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter beschlossen wurde. In ihrem Kern sieht diese Anordnung die Eingruppierung der Arbeitslosen in fünf Kategorien vor (1. Hochschul- und Fachhochschulausbildung, 2. Fachschule, 3. Ausbildung in einem Ausbildungsberuf, 4. Anlernausbildung, 5. übrige Beschäftigungen). Nach viermonatiger (bei sechsjähriger Berufstätigkeit sechmonatiger) Arbeitslosigkeit wird der Arbeitslose in die jeweils nächstniedri-

monatiger) Arbeitslosigkeit wird der Arbeitslose in die jeweils nächstniedri-

gere Kategorie heruntergestuft. Hat das Arbeitsamt jedoch nur „unterwertige Aushilfsbeschäftigungen" zu bieten, die nicht länger als ein halbes Jahr dauern, so müssen noch nicht einmal diese Anstandsfristen gewahrt werden. Arbeitslose Lehrer, auf zum Schneeschippen! Neu festgelegt wurde auch eine zumutbare Fahrtzeit von 2 1/2 Stunden für Hin-und Rückfahrt zum Arbeitsplatz. Zumutbar ist ferner eine Beschäftigung, deren Lohn 80 % des letzten Bruttolohns erreicht. Nach vier Monaten muß der Arbeitslose auch einen Lohn akzeptieren, der dem gezahlten Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe entspricht. Bereits nach 4 Monaten müssen Arbeitslose, die zuvor eine Teilzeitarbeit hatten, auch zur Annahme einer Vollzeitarbeit bereit sein. Arbeitslosen, die kein „aufsichtsbedürftiges" (??) Kind unter 16 Jahren zu betreuen haben, kann auch das Wochenendpendeln oder ein Umzug zugemutet werden.

Gegen Arbeitslose, die diese Zumutungen nicht hinnehmen und eine als zumutbar angesehene Arbeit ablehnen, hatte schon das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz Maßnahmen ergriffen: 8 Wochen Sperrzeit, im Wiederholungsfall Ausschluß aus der Arbeitslosenversicherung.

Der jetzt verabschiedete Erlaß nimmt den Grundgedanken aus dem umstrittenen „Runderlaß 230" vom August 1978 wieder auf und enthält gegenüber dem damaligen Erlaß etliche Verschärfungen. Der ‚Runderlaß' sah die Einteilung der Arbeitslosen in drei Qualifikationsstufen (Hochschulausbildung; Fachschulausbildung; übrige Beschäftigungen) vor. Nach spätestens sechs Monaten sollte den Arbeitslosen die nächstniedrige Qualifikationsstufe zugemutet werden. Steht der Arbeitslose nur dem örtlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung, so war von vornherein eine Verkürzung dieser Frist um ein Drittel vorgesehen. Daneben legte der Erlaß fest, daß eine zweistündige Fahrzeit, bei 6-monatiger Arbeitslosigkeit das Wochenendpendeln und bei 1-jähriger Arbeitslosigkeit ein Umzug zumutbar sei.

Die DGB-Vertreter im Verwaltungsausschuß der Bundesanstalt für Arbeit hatten diesem Erlaß zugestimmt. Erst als sich in der Öffentlichkeit die Kritik an der skandalösen Verordnung häufte, ging auch der DGB auf kritische Distanz. Arbeitsminister Ehrenberg sah sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen zu erklären, der Erlaß sei *„etwas ungeschickt formuliert"* („FAZ", 19.10.78) und kündigte eine korrigierende Gesetzesänderung an.

Die Gesetzesänderung, nämlich die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, trat zum 1.6.79 in Kraft. Sie schwächte zwar einige Aussagen des ‚Runderlasses' ab, verschärfte aber das bis dahin geltende Recht. Wesentlichste Änderung war, daß bei der Beurteilung der Zumutbarkeit auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen sei. Auch wurde festgeschrieben, daß eine Arbeit zumutbar ist, *„auch wenn der Beschäftigungsort nicht täglich erreichbar ist."* Weitere Verschärfungen waren, daß nun einem Teilzeitarbeitsuchenden eine Vollzeitarbeit zugemutet werden konnte und daß ein Wechsel vom Angestellten- zum Arbeiterstatus zumutbar sei.

Bei der einstimmigen Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag konnte der SPD-MdB Lutz frohgemut erklären: *„Ich sage ganz offen für meine Fraktion, daß wir noch mehr darüber befriedigt sind, daß die 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes — nimmt man alles in allem — im Einverständnis mit den Gewerkschaften und nicht gegen sie hier heute beschlossen wird"* (vgl. dazu ausführlich AK 162, S. 14).

Auf der Grundlage dieser Geetzesänderung wurde dann im Oktober 1979 eine neue Zumutbarkeits-Anordnung herausgegeben, die die gesetzlichen Verschlechterungen konkretisierte, aber sich vom „Runderlaß" positiv abhob (abgedruckt in „FR", 29.10.79).

Mit der Behauptung, hinter der Zahl der Arbeitslosen verbergen sich einige, *„die arbeiten könnten, aber tatsächlich nicht wollen"* („Welt", 11.12.80) kurbelte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff dann zum Jahreswechsel 80/81 die Diskussion über die Zumutbarkeitsbestimmungen wieder an. Unter der Leitung von Ministerialdirektor Bodenbender wurde im Bundesarbeitsministerium eine Kommission eingerichtet, die Klarheit in die Arbeitslosenstatistik bringen sollte und sich *„mit dem Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung"* („FAZ", 16.1.81) beschäftigen sollte. An dieser Kommission beteiligten sich auch Vertreter des DGB.

Später erklärte der DGB, die Kommission habe nur das Mandat gehabt, *„die Arbeitslosenstatistik zu verbessern"* („FAZ", 2.6.81), tatsächlich wurde hier höchst produktiv gearbeitet. Es wurde ein 129-Seiten-Papier erstellt, dessen Kernpunkt ein 37-Punkte-Katalog zur Beseitigung des ‚Leistungsmißbrauchs' bei der Arbeitslosenversicherung war (veröffentlicht in „FR", 19., 20., 22., 23.6.81). An diesem Katalog hatten die Gewerkschaften *„mitgearbeitet, ohne das Ergebnis jedoch zu billigen"* („FR", 9.6.81). Wesentliche Vorschläge des Katalogs waren die Verschärfung der Sperrzeiten bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit von 4 auf 8 Wochen sowie die Konkretisierung der ‚Zumutbarkeit' durch Erlaß der Bundesanstalt.

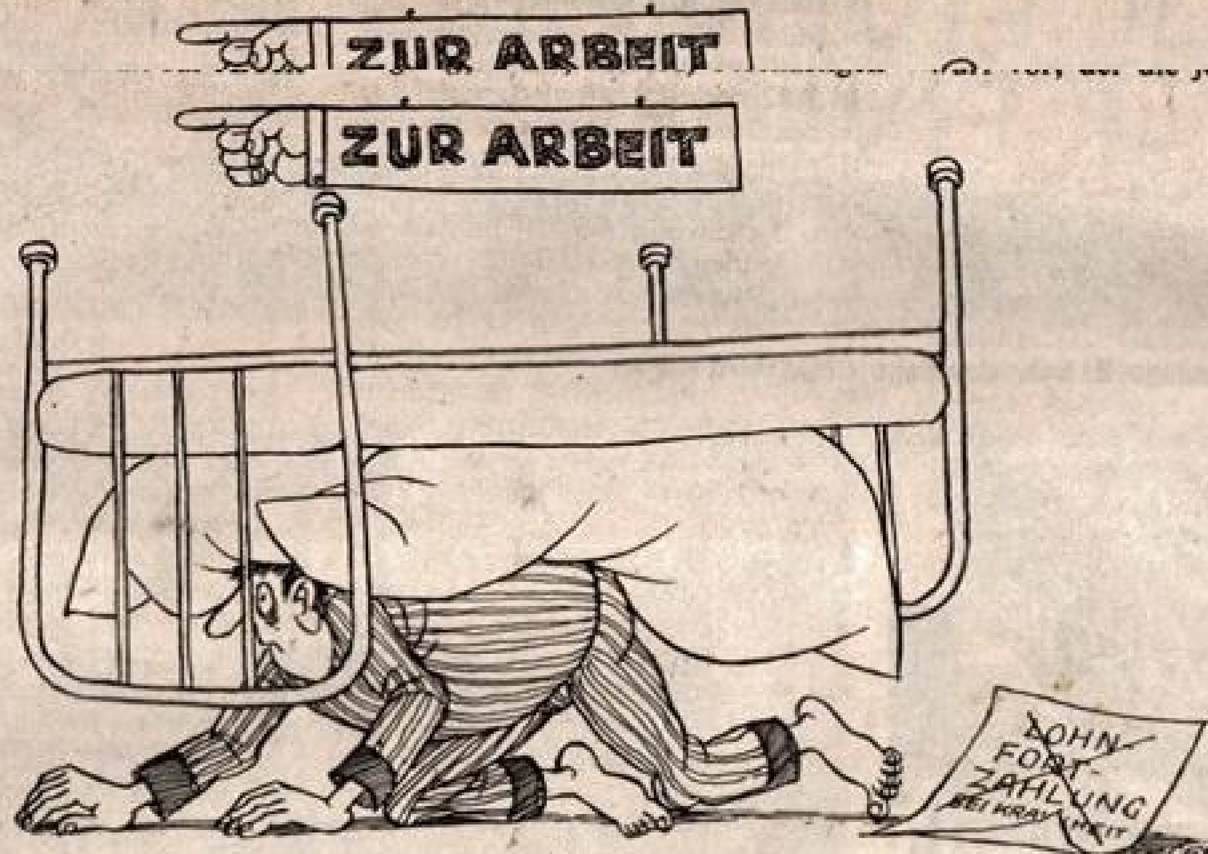
Beides wurde inzwischen in die Tat umgesetzt. Zum 1.1.82 trat das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz in Kraft, das die Sperrzeiten bei Arbeitsaufgabe oder Nichtaufnahme einer als zumutbar angesehenen Beschäftigung von vier auf acht Wochen verlängerte und das außerdem festlegte, daß die Bundesanstalt für Arbeit bis zum 31.3.82 *„eine neue, an den erschwerten Arbeitsmarktbedingungen orientierte Anordnung über die Zumutbarkeit von Beschäftigungsangeboten zu erlassen"* habe.

Um die Ausgestaltung dieser Anordnung wurde nun in den letzten Monaten gerungen. Konstruktiver Partner bei diesem Ringen war zu jedem Zeitpunkt der DGB.

Bereits im Juli 1981 hatten die Arbeitgeber einen Entwurf für eine derartige Anordnung vorgelegt, der sich sehr eng an ‚Runderlaß' von 1978 anlehnte. Auch hier war die Einteilung der Arbeitslosen in drei Qualifikationsstufen und ihre Herabstufung nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit vorgesehen. Eine Fahrtstrecke von 50 km zum Arbeitsplatz sollte zumutbar sein; vor allem unverheirateten Arbeitnehmern sollte auch Wochenendpendeln oder Umzug zugemutet werden (vgl. „FR", 3.7.81).

Ein dreistufiges System „mit fließenden Übergängen" („FAZ", 24.2.82) wurde auch von Bundesarbeitsminister Ehrenberg befürwortet.

Im Februar legte dann der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit einen Entwurf vor, der die jetzt verabschiedete



Einteilung der Arbeitslosen in fünf Kategorien und ihre Abstufung in die nächstniedrigere Kategorie nach jeweils 4 Monaten vorsah. Der DGB hatte zunächst nur geringe Verbesserungswünsche: *„Man möchte im Sinne der Arbeitslosen erreichen, daß die Schonfrist auf mindestens fünf Monate verlängert wird, damit die Arbeitsämter in die Lage versetzt werden, aktive Vermittlung zu betreiben"* („Welt", 19.2.82). Außerdem legte der DGB einen Alternativ-Entwurf vor, der von 10 Qualifikationsstufen ausging („FR", 10.3.82).

Anfang März wurde dann noch von den Staatsvertretern in der Bundesanstalt für Arbeit ein im Bundesarbeitsministerium ausgearbeiteter Entwurf für eine Zumutbarkeits-Verordnung vorgelegt, der in zwei Punkten sogar über den Stingl-Entwurf hinausging: Zumutbar war nach diesem Entwurf auch eine Tätigkeit, für die man nur 80 % des früheren Lohns erhält (Stingl-Entwurf: 85 %); eine Fahrtzeit von 2,5 Stunden täglich sei zumutbar (Stingl-Entwurf: 2 Stunden).

Erst zu diesem Zeitpunkt erkannten die DGB-Vertreter in den Gremien der Bundesanstalt für Arbeit, daß sie mit ihren Abmilderungsvorschlägen nicht weiterkommen würden und daß die Vertreter der Arbeitgeber und des Staates sie zu überstimmen beabsichtigen. In öffentlichen Erklärungen wurde jetzt die „soziale Demontage", die „Politik der Restauration" und die Grundgesetzwidrigkeit der geplanten Anordnung kritisiert. Doch die Würfel waren schon gefallen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Herausgeber: Jugendvertreter von Daimler Benz Untertürkheim
Bezugsadresse: Joachim Jungbeck, König-Karl-Str. 82, 7000 Stuttgart 50

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Karibikplan der USA

Lüge, Zynismus und Drohungen

Vor einer Sondersitzung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) verkündete Reagan Ende Februar den sogenannten Hilfsplan der USA für Mittelamerika und die Karibik, der seit fast einem Jahr in Arbeit und in der Diskussion ist.
Ursprünglich war geplant, gemeinsam mit Mexiko, Venezuela und Kanada wirtschaftliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Region zu entwickeln. Vor allem durch die politischen Bedenken Mexikos und die wachsende Zurückhaltung von Kanada und Venezuela konnte dieses gemeinsame Projekt bisher nicht durchgesetzt werden, so daß die US-Administration jetzt einen eigenen Plan vorlegte. Eine „Mischung aus Lüge, Zynismus und Drohungen" – so faßte Fidel Castro die Rede Reagans vor der OAS treffend zusammen.

Die konkreten Maßnahmen

Der Inhalt des ganzen Plans ist schnell zusammengefaßt. Es geht dabei um:
— Handelspräferenzen und Investitionsförderung für einige ausgesuchte Staaten, die nach politischen Kriterien und den Interessen der USA ausgewählt werden. Kuba, Nicaragua und Grenada sind davon natürlich prinzipiell und ausdrücklich ausgenommen.
— Die Schaffung einer regionalen Freihandelszone, d.h. sämtliche Produkte der ausgewählten Länder sollen für 12 Jahre von den US-Importzöllen befreit werden (ausgenommen sind Textilien), dies allerdings mit Einschränkungen in Bereichen, wo Landwirtschaft und Industrie der USA besondere Schutzmaßnahmen erfordern!
— Steuerbegünstigungen für nordamerikanische Investoren, um „Arbeitsplätze zu schaffen".
— Möglichkeiten für bilaterale Investitionsabkommen mit interessierten Regierungen.
— 350 Mio. Dollar Soforthilfe, die in erster Linie ind die Privatwirtschaft El Salvadors, Costa Ricas, Jamaicas und der Dominikanischen Republik fließen soll.
— Ausbildung und technische Hilfe zur Förderung des Privatsektors in diesen Ländern.
— 60 Mio. Dollar Militärhilfe.
Auf eine Formel gebracht bedeutet dieser Plan den Abbau von Importrestriktionen und einige Investitionsanreize, der ganze Rest wird der privaten ökonomischen Initiative und dem

Nicaragua hat gesiegt El Salvador siegt Chile wird siegen

restriktionen und einige Investitionsanreize, der ganze Rest wird der privaten ökonomischen Initiative und dem





freien Spiel der Marktwirtschaft überlassen.

Warum an diesem Plan fast ein Jahr lang gebastelt wurde, ist von der Sache her völlig unverständlich. Stärkung der Privatinitiative und Anreize für das freie Spiel der Marktkräfte, das sind genau die zentralen Positionen, die Reagan seit seinem Amtsantritt in allen Bereichen der Entwicklungshilfe und der Nord-Süd-Auseinandersetzung vertritt (letztens und besonders deutlich auf dem Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun im Oktober 81). Daß die Reagan-Regierung so lange mit der Bekanntgabe ihres Plans gewartet hat, hängt eher damit zusammen, daß man andere Staaten für das Projekt gewinnen und damit vor allem Mexiko, aber möglichst auch Länder der EG in die US-Maßnahmen für Mittelamerika einbinden wollte.

In seiner OAS-Rede beschränkte sich Reagan natürlich nicht darauf, die konkreten Maßnahmen darzustellen, sondern nutzte die Gelegenheit, um wieder einmal die *„vitalen Interessen der USA"* zu betonen und Nicaragua und Cuba samt Sowjetunion massiv anzugreifen. Es waren auch wieder einmal die bekannten „Argumente":

Zwei Drittel des in die USA importierten Erdöls und 50 % der im Ausland gekauften strategischen Minerale werden durch den Golf von Mexiko und den Panama-Kanal transportiert. *„Amerika kann deswegen nicht gleichgültig zusehen, wenn diese Handelswege durch politische Unrast und wirtschaftliche Katastrophen gefährdet werden"* („NZZ", 26.2.82).

Weiter dann, daß Cuba Guerilleros ausbilde, Waffen liefere und selber ständig aufrüste, daß in Nicaragua die Indianer ausgerottet würden, keine Presse- und Wahlfreiheit herrsche usw. usf. Das Schreckgespenst befreiter Staaten läßt ihm keine Ruhe:
„Die düstere Zukunft ist angezeigt in der Armut und der Repression im Cuba Castros, im Schraubstock, mit dem die totalitäre Linke Grenada und Nicaragua umspannt und in der wachsenden Hilfe des von der Sowjetunion unterstützten Cubas für eine gewaltsame Revolution in Mittelamerika ... Wenn wir nicht schnell und entschlossen handeln, um die Freiheit zu verteidigen, werden aus den Ruinen der heutigen Konflikte neue Cubas erwachsen" (nach „taz", 26.2.82).

Demgegenüber wurde El Salvador hervorgehoben mit seiner „beispielhaften Landreform" und der Durchführung „freier Wahlen" im März.

Reaktionen auf den Karibikplan

Zufrieden äußerten sich bisher die Regierungen von El Salvador und Guatemala, denen natürlich jeder Dollar recht ist, um die katastrophale Wirtschaftslage zu mildern und sich als rechtmäßige und international anerkannte Regierungen zu beweisen. Im übrigen wurden überwiegend skeptische Stimmen laut; zum einen aus politischen Erwägungen wie im Fall Mexiko, zum anderen aus Zweifeln an der Effektivität eines solchen Plans.

Es ist natürlich nicht unbekannt, daß gerade das „freie Spiel der Kräfte" und die „freie unternehmerische Initiative" der Imperialisten und ihrer einheimischen Gefolgsleute eine der wesentlichen Ursachen für Unterentwicklung, krasse soziale Ungleichheit und Massenelend darstellen.

Ebenso bekannt ist, daß mit den von Reagan beschlossenen Maßnahmen nur eine kurzfristige und oberflächliche Stabilisierung der Wirtschaft (und das auch nur im günstigsten Falle und nur für Teile der Bourgeoisie) zu erreichen ist.

So äußerten selbst die Botschafter konservativer karibischer Regierungen ihre Skepsis, weil in Reagans Plan die unterentwickelteInfrastruktur nicht berücksichtigt wird. Handels- und Investitionshilfen würden nichts zum Ausbau des Transportwesens, der Stromversorgung oder der Kommunikationssysteme beitragen, hieß es („SZ", 26.2.82).

Vertreter der ehemaligen Carter-Administration kritisierten den Plan, weil die Hilfe viel zu gering sei, um tatsächliche Veränderungen herbeizuführen, und weil eine grundlegende politische Neuordnung in Ländern wie El Salvador oder Guatemala völlig außer acht gelassen werde.

Aus Brasilien war die Befürchtung zu hören, daß durch den Plan die eigenen brasilianischen Geschäfte beeinträchtigt werden könnten, wenn die Zollschranken für karibische — aber nicht für brasilianische — Produkte fallen würden.

Ein geplantes Treffen von Regierungschefs mittelamerikanischer Staaten (Honduras, El Salvador, Costa Rica, Panama), das die Entwicklung einer mittelamerikanischen Gemeinschaft und die Diskussion über Reagans Plan beinhalten sollte, platzte in letzter Minute durch die plötzliche Absage Panamas (diese mittelamerikanische Gemeinschaft ist ein Versuch, die sogenannten demokratischen Staaten gegen die allzu diskreditierten rechtsradikalen Regierungen (wie Guatemala) einerseits, vor allem aber gegen Cuba, Nicaragua und Grenada zusammenzuschließen, vergl. AK 218).

Und schließlich wollen die Staaten der EG, die ursprünglich in den US-Plan einbezogen werden sollten, noch im März auf ihrer Außenministerkonferenz eine eigene Mittelamerika-Initiative beraten.

Die deutlichste Kritik kam wieder aus Mexiko. Lopez Portillo hat den US-Plan explizit wegen der Ausgrenzung Cubas kritisiert und schon vor der OAS-Sitzung einen eigenen Vorschlag gemacht.

In seiner Rede anläßlich eines Besuchs in Managua forderte Portillo Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador und bot sich als Vermittler an. Er forderte weiter direkte Verhandlungen zwischen den USA und Cuba, um so die Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen. Für Nicaragua schlug er einen Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und USA vor, verbunden allerdings mit der Aufforderung an Nicaragua, jegliche weitere Aufrüstung einzustellen (was angesichts der massiven Drohungen und Interventionspläne der USA ein schlechter Witz ist, aber zugleich die Rolle, die Mexico als Anwalt der mittelamerikanischen Länder spielt, verdeutlicht).

Trotzdem wurde der Vorschlag von US-Seite zurückgewiesen; Reagan nahm ihn in seiner OAS-Rede gar nicht erst zur Kenntnis, und aus dem State Department wurde abermals bekanntgegeben, daß es keinen neuen Dialog mit den Sandinisten geben werde.

Neue Allianz für den Fortschritt ?

In der Presse wird Reagans Karibikplan derzeit ständig mit der Allianz für den Fortschritt der 60er Jahre verglichen. Der Vergleich hinkt inso-

plan derzeit ständig mit der Allianz für den Fortschritt der 60er Jahre verglichen. Der Vergleich hinkt inso-

fern, als die „Allianz für den Fortschritt" immerhin deutlich größeren Umfang hatte und auch bescheidene Reformprogramme (Landreform) vorsah, die allerdings durchweg am Widerstand und Boykott der echten Oligarchen scheiterten.

Der Vergleich ist treffend, was Ziele und Stoßrichtung anbetrifft.

Die Allianz für den Fortschritt war eine Reaktion Kennedys auf den Kuba-Schock. Sie sollte durch vorsichtige und kontrollierte Agrarreformen und Wirtschaftshilfen die sozialen Brennpunkte entschärfen, der Revolutionsbereitschaft der Massen in Lateinamerika den Schwung nehmen und gleichzeitig den politischen und wirtschaftlichen Rahmen für die militärische Bekämpfung der Aufstandsbewegungen in den 60er Jahren abgeben. Unter dem Mantel der „Allianz für den Fortschritt" wurde die Counter-Insurgency Politik entwickelt und praktiziert (Kolumbien, u.a. Bolivien, aber auch in anderen Ländern.

Die Funktion von Reagans neuem Plan dürfte im wesentlichen darin liegen, wirtschaftliche und politische Begleitmaßnahmen für die militärische Bedrohung der Länder und den militärischen Kampf gegen die Widerstandsbewegungen zu liefern.
In diesem Zusammenhang einige letzte Meldungen: Anfang März wurde offiziell bestätigt, daß seit zwei Monaten ein US-Zerstörer mit hochempfindlichen elektronischen Abhörgeräten an Bord vor den Küsten Nicaraguas und El Salvadors im Golf von Fonseca operiert hat. Das Schiff ist jetzt in die USA zurückgekehrt, aber durch ein anderes ersetzt worden.

Ebenfalls bestätigt wurde inzwischen, daß im März ein NATO-Manöver vor der Küste Kubas stattfinden soll, bei dem auch eine Landung auf dem widerrechtlich von den USA besetzten Stützpunkt Guantanamo geübt werden soll. Bei diesem Manöver ist auch der NATO-Partner BRD beteiligt!



25.000 Menschen demonstrierten am 13. März in Frankfurt gegen die drohende Intervention des US-Imperialismus in El Salvador. Diese Zahl ist umso beachtlicher als die Demo noch bis Freitag von Oberbürgermeister Wallmann verboten war; das Verbot wurde erst in der Nacht zum Sonnabend vom Verwaltungsgericht aufgehoben. Auf der Abschlußkundgebung sprach ein Repräsentant der FDR/FMLN, der nochmals die Bereitschaft der politischen und militärischen Opposition hervorhob, durch Gespräche und Verhandlungen eine friedliche Lösung herbeizuführen.

1982: Chile ist frei von Frey

Am 22. Januar starb Eduardo Frey, die Schlüsselfigur der bürgerlichen Opposition in Chile. Frey, der 1933 über das Thema „Die Lebensweise der Arbeitnehmer" promovierte, gehörte 1936 zu den Gründern der an den spanischen Faschisten orientierten chilenischen „Falange Nacional". Über diese Organisation, die 1957 die Christdemokratie mitbegründete, gelangte er 1945 zu einem Ministerposten für „Öffentliche Arbeiten" („NZZ", 26.2.82). 1964 ging er aus den Präsidentschaftswahlen als Sieger hervor, wobei ihm der CIA mit mehreren Mio. Dollar zur Seite stand („FR", 29.1.82). Sein damaliger Gegenspieler war Salvador Allende, gegen dessen Volksfrontbündnis seine Partei sechs Jahre später die Wahlen verlor. Diesen Wahlsieg faßte die chilenische Bourgeoisie als Kampfansage auf. Als Anfang 1973 klar wurde, daß die Unidad Popular auf parlamentarischem Wege nicht zu beseitigen war (die Rechte erreichte nicht die zum Sturz Allendes erforderliche Zweidrittelmehrheit in den Parlamentswahlen), übernahm Frey die politische Vorbereitung des Putsches vom 11. September. Die Regierung Allende wurde für verfassungswidrig und illegal erklärt, der mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr beizukommen wäre. Hiermit war die Legitimationsgrundlage für die Militärs geschaffen, „ihre Pflicht zu tun". Frey kann somit als einer der entscheidenden politischen Drahtzieher des Putsches von 1973 bezeichnet werden. Seine Rechnung jedoch, daß die Militärs den Christdemokraten die Rückkehr an die Macht ermöglichen würden, ging nicht auf. Pinochets Mörderbande dachte nicht an eine Zusammenarbeit mit Frey. Freys Enttäuschung und seine daraus resultierende spätere Kritik an den Militärs wurde nun von der gesamten bürgerlichen Presse tik an den Militärs wurde nun von der gesamten bürgerlichen Presse fälschlicherweise zur aufrechten Opposition des „Demokraten Frey" gegen die Diktatur hochstilisiert.

Indessen ist die Trauer über *„einen der profiliertesten Politiker Südamerikas"* (so die „FR" v. 29.1.) nicht unbegründet. Hatte die Christdemokratie durch ihre zwielichtige Haltung zu den Gorillas bei einem Großteil ihrer einfachen Mitglieder schon länger abgewirtschaftet, so ist nun mit Frey auch diejenige Integrationsfigur in die Kiste gesprungen, die einen „reformierten Faschismus" oder eine „demokratische Öffnung" hätte repräsentieren können. Der Spielraum bürgerlicher Herrschaft hat sich merklich verkleinert, da zwischen der Herrschaft der Maschinengewehre und dem sich immer stärker organisierenden Volkswiderstand kaum noch politisch relevante Kräfte existieren. Dies kam insbesondere auch während der Trauerfeierlichkeiten zum Ausdruck, die über eine halbe Mio. Menschen dazu nutzte, gegen Pinochet zu demonstrieren. Der Diktator, der an der Totenmesse teilnahm, wurde von der Menschenmasse mit den Rufen „Mörder, Mörder" vor der Kathedrale von Santiago empfangen.

Pinochet ließ auch 1982 keinen Zweifel aufkommen, diesen Ehrentitel mit aller Gewalt verteidigen zu wollen. Erst Ende Februar wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft der Finanzbeamten, Tucapel Jimenez, mit mehreren Messerstichen im Hals, in der Nähe von Santiago ermordet aufgefunden. Jimenez gehörte zu den Mitunterzeichnern des „pliego nacional" (Forderungskatalog der Gewerkschaften an die Junta) und war im letzten Jahr auch in der BRD gewesen, um über die Gewerkschaften in Chile zu informieren. Anläßlich seiner Beisetzung demonstrierten mehrere tausend Menschen in Santiago. Die Polizei nutzte die Gelegenheit zu Massenverhaftungen, die aus dem Trauerzug heraus wahllos vorgenommen wurden („SZ", 1.3.82).

Noch nicht vergessen ist die Verurteilung von Guillermo Rodriguez vor dem Kriegsgericht, der für 30 Aktionen des bewaffneten Widerstandes verantwortlich gemacht wurde. Die vom Kriegsgericht gefällte Todesstrafe wurde aufgrund internationaler Proteste in lebenslänglich umgewandelt. Doch am 9. Dezember vergangenen Jahres erkrankte Rodriguez zusammen mit anderen politischen und sozialen Gefangenen an einer mysteriösen lebensgefährlichen „Lebensmittelvergiftung". Zwei Gefangene starben: Das Konzept von Mord und Folter ist sich auch im neunten Jahr treu geblieben.

Die Linke dagegen hat in den letzten zwei Jahren erheblich an politischer Kraft gewonnen. Dies ist nicht nur in einer Vielzahl von Streiks zum Ausdruck gekommen, sondern auch durch eine Reihe spektakulärer bewaffneter Aktionen. (Wir haben mehrfach darüber berichtet.)

Bis heute sind über 150 bewaffnete Aktionen der Volksmilizen erfolgt. (Siehe auch nebenstehendes Interview Aktionen der Volksmilizen erfolgt. (Siehe auch nebenstehendes Interview mit einem Mitglied der Volksmilizen in Santiago).

An der Basis realisiert sich seit Jahren schon eine Zusammenarbeit aller politischen Kräfte der Linken. Als symptomatisch mag die gemeinsame Erklärung von KP und MIR gelten, in der die Notwendigkeit des Aufbaus eines Volksheeres zum Sturz der Diktatur hervorgehoben wird. (Siehe nebenstehenden Abdruck.)

Im Lande selbst ist die Junta politisch isoliert, wodurch sie immer mehr zu einer vom Imperialismus ausgehaltenen Besatzungsmacht degradiert. Ein Interesse an ihrem Weiterbestehen hat nur eine relativ dünne Schicht von mit dem Ausland verbundenen Monopolkapitalisten. Diese sind mit ihren Millionengewinnen tatsächlich so vom Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik überzeugt, daß bisweilen selbst westdeutsche Staatssekretäre mit ihrer aufrechten „Bewunderung" nicht hinter den Berg halten. 700.000 Obdachlose, 15 % Arbeitslosigkeit, 12 Mrd. Dollar Auslandsschulden, das sind schließlich Zahlen, die den „Leistungswillen" der chilenischen Wirtschaft unter Beweis stellen.



Bundespräsident Dr. Karl Carstens, der sich in Begleitung von Kanzler Schmidt sowie des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Reagan, am Samstag, dem 27.2. auf einem Bummel durch die Hamburger Innenstadt befand, stieß dort gegen 11.30 Uhr mit einer offenbar regierungsfeindlich gesonnenen Gruppe von Polizisten zusammen. POK H., der den Bundespräsidenten trotz Immunitätsschutzes sofort festnehmen wollte, konnte im Verlauf längerer Dispute, während derer sich Tausende von Hamburgern am Ort des Geschehens zusammenrotteten, dazu bewegt werden, nur den Säbel des Präsidenten – ein altes Erbstück der Familie Carstens – zu beschlagnahmen. Seine Begründung: Der Bundespräsident habe sich des Führens einer Waffe in einer öffentlichen Versammlung schuldig gemacht (Vergehen gemäß Vers.G. § ... Abs. ...).
Die Beteuerungen von Seiten des US-Präsidenten, denen auch der deutsche Bundeskanzler vollinhaltlich beipflichtete – bei dem Säbel handele es sich nur um das notwendige Requisit einer Kunstfigur und sowieso sei das Ganze als künstlerische Theateraufführung zu bewerten, mochte sich POK H. nicht anschließen; er drohte vielmehr mit Strafanzeige und war auch erst durch nachhaltiges Insistieren der Regierungschefs dazu zu bewegen, eine Quittung für den Säbel auszustellen. Wie der Pressesprecher des Bundespräsidialamtes später mitteilte, sieht Prof. Carstens einem eventuellen Prozeß mit Gelassenheit entgegen und wird sich zu gegebener Zeit in dieser Angelegenheit selbst äußern.

Erklärung der Kunstgruppe Hamburg

Interview mit einem Mitglied der Volksmilizen von Santiago

Genosse Anibal, kannst du uns einige Beispiele bewaffneter Aktionen des Volkswiderstandes nennen?
Vielleicht die Besetzung von Radio Portales, wo zum ersten Mal im ganzen Land eine Sendung ausgestrahlt wurde, die die Bedeutung des Volkswiderstandes zum Gegenstand hatte:; oder die Strafaktionen gegen DINA-Agenten (chil. Geheimdienst, d.V.), wie zum Beispiel die Hinrichtung von Carlos Tapi.

Als ein drittes Beispiel wäre die Silmutanaktion gegen die chilenische Staatsbank und gegen zwei Polizeistationen zu nennen, die gezeigt haben, wie die staatlichen Repressionsorgane zu paralysieren sind.

Welches Ziel verfolgen diese Aktionen?
Das Hauptziel der Massenbewegung, als deren integraler Bestandteil wir uns begreifen, ist die Schwächung der Diktatur und ihrer repressiven Organe. In der jetzigen Etappe dominiert dabei immer noch die Kampfform der bewaffneten Propaganda.

Kannst du an einem Beispiel den Zusammenhang zwischen Aktionen des Volkswiderstandes und des bewaffneten Widerstandes aufzeigen?
Da fällt mir das Beispiel der Studenten der pädagogischen Fakultät ein: Die Studenten sahen sich einer fortwährenden Repression ausgesetzt, die sie insbesondere auf die Tätigkeit zweier CNI-Spitzel zurückführten. Die Studenten forderten schließlich in einem Aufruf, Maßnahmen gegen die beiden Personen zu ergreifen. In diesem Moment begann die Volksmiliz einzugreifen, sie startete eine Warnaktion, gab zwei Schüsse auf die Geheimdienstagenten ab, die dadurch Warnaktion, gab zwei Schüsse auf die Geheimdienstagenten ab, die dadurch leicht verletzt wurden. Als am nächsten Tag die Presse mit Vertretern der Studenten sprach, distanzierten sich diese nicht von der Aktion, sondern stellten sie im Gegenteil als legitimes Mittel gegen die staatliche Repression dar. Bemerkenswert an dieser Einstellung ist die Tatsache, daß es sich bei den Studenten überwiegend um sehr junge Menschen handelt, die die Allende-Zeit kaum oder nur unbewußt mitbekommen haben, die also im wesentlichen durch die Schule der Diktatur gegangen sind. Sie sind es aber, die Schulen besetzt haben und Straßensperren errichteten.

Gibt es auch bewaffnete Aktionen auf dem Lande?
Nein, bewaffnete Aktionen, wie wir sie aus den Städten kennen, gibt es hier noch nicht, was nicht heißt, daß die Landbevölkerung diese Kämpfe nicht unterstützt. Das haben wir ja an Neltume gesehen (siehe nebenstehenden Bericht), wo die Guerilleros auf die Unterstützung der Landbevölkerung angewiesen waren, um den ersten Repressionsgürtel zu überwinden.

Dennoch wird es auch hier über kurz oder lang zu bewaffneten Aktionen kommen. Heute gibt es nur Aktionen, die einen geringen Organisationsgrad aufweisen, z. B. gegen einzelne Großgrundbesitzer. Aber diese Kampfformen werden bald überwunden sein.

Wie schätzt du die Vorgänge von Neltume ein?
Dies ist sicherlich eine bittere Erfahrung, die wir machen mußten, schließlich haben wir sieben Genossen verloren. Die Guerilla operierte bereits seit einem Jahr in dieser Gegend. Ein Teil dieser Guerilla ist nun von den Repressionsorganen entdeckt worden. An der Jagd beteiligte sich die kombinierte Macht der Repression.

Die Verfolgung geschah durch Luft- und Bodenangriffe, mit Carabineros, Militär, Geheimdienst, CNI und Faschisten. Es wurde eine spezielle Anti-Guerillatruppe von ca. 3000 Mann eingesetzt.

Was sind die Hauptschwierigkeiten der Volksmilizen?
Finanzen! Das heißt, es gibt noch etwas Schwierigeres: Wenn sich Genossen in den Volksmilizen integrieren, dann tun sie das mit dem Wunsch, möglichst bald ein freies demokratisches Chile zu schaffen. Aber ihre Erfahrungen und ihre Ausbildung mit bewaffneten Kampfformen sind meistens gleich Null. Die derzeit größte Schwierigkeit ist vielleicht die Ausbildung von geeigneten Kadern. Auch persönliche und familiäre Probleme sind nicht zu unterschätzen.Ein Milizionär muß ggf. Eltern, Freunde, Kinder verlassen auf unbestimmte Zeit.

Wie wird man Mitglied der Volksmilizen?
In erster Linie sind uns die Genossen durch die politische Arbeit bekannt. Entscheidend ist dabei ihr politisches Bewußtsein. Der erste Schritt zur Volksmiliz ist die Selbstverteidigung, d. h. der Schutz von Versammlungen, Demonstrationen, politischen Aktionen usw. Das sind quasi die ersten Erfahrungen.

Hat ein Milizionär Angst?
Sicherlich habe ich Angst, aber es ist weniger die Angst, das Leben zu verlieren, als der Gedanke, daß sie mich umbrigen könnten, ohne daß ich das Ziel erreicht habe, ohne daß ich für den Volkswiderstand etwas getan hawichtigen Situation. Ich glaube, daß jedes Mitglied der Volksmilizen so denkt.

Wie können wir in Westeuropa euch unterstützen?
Ihr könnt, abgesehen von der finanziellen Unterstützung für den Widerstand, die natürlich unheimlich wichtig ist, v. a. die Öffentlichkeit hier über die Zustände in Chile informieren; insbesondere könnt ihr auch die Haltung diverser „demokratischer Staaten" anprangern, die so tun, als würden heute in Chile die Menschenrechte wieder geachtet. Die Bundesregierung vertritt ja eine ähnliche Haltung. Vor allem aber könnt ihr auch über die Volksmilizen informieren, über die revolutionäre Rolle, die sie für die Massenbewegung in Chile spielen.

Die Kämpfe von Neltume

Die Existenz einer Guerilla in dem Gebiet von Valdivia hat die Pinochet-Diktatur offenbar in erheblicher Weise beunruhigt. Nach unseren Informationen ergibt sich bisher folgendes Bild: Sieben Kämpfer des chilenischen Volkswiderstandes fielen bei Auseinandersetzungen in der Nähe des Sees von Neltume, im Süden Chiles.

Die Gefallenen, die zu einem ländlichen Vorposten der Volksmilizen gehörten, sind Raul Obregon Torres, Pedro Yanez Palacios, Prospero Guzman Soto, Patricio Calfuquir Henriquez, Jose Monsalve Sandoval, Rene Bravo Aguilera und Julio Riffo Figueroa. Der Tod dieser Kämpfer wurde in einer Erklärung des MIR an das chilenische Volk bestätigt.

Die ersten Versuche der Junta, diese „Landguerilla" einzukreisen, wurden bereits im Juni 81 bekannt, als die Entdeckung von unterirdischen Guerilla-Camps zum ersten Mal offiziell zugegeben wurde. Schnell wurden die Polizeikräfte verstärkt, der Geheimdienst wurde auf den „Fall" angesetzt, was Suchaktionen in diesem Gebiet zur Folge hatte. Gleichzeitig wurden aus entfernten Militärstützpunkten des Landes mehrere tausend Soldaten antransportiert, die das Gebiet durchkämmen sollten, unterstützt von Hubschraubern, die mit Spezialkameras ausgerüstet waren. Auf diese Weise wurden über 200 Quadratkilometer unwegsames Berg- und Waldgelände nach einer aus dem Vietnam-Krieg bekannten „Milimeter-Technik" abgesucht. Hunderte von Fallschirmspringern wurden aus Santiago eingeflogen. Geheimdienstbeamte verhörten die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, was ungezählte Festnahmen zur Folge hatte.

Der Aufmarsch eines derart gewaltigen Repressionsapparates brachte indes keinerlei Neuigkeiten ans Tageslicht.

Ende Juli gab die Junta bekannt, alles unter Kontrolle zu haben, was im August zu intensiver Fortführung der Suchaktionen führte. Berichterstattungen über die Vorgänge wurden jedoch streng untersagt, was mit einem zur gleichen Zeit erlassenen Gesetzesdekret begründet wurde, welches die Verbreitung von Informationen über „terroristische Umtriebe" nur mit vorheriger staatlicher Genehmigung erlaubt („El Mercurio" v. 6. - 12.8.81).

Erst am 13. September kam es zum offenen Kampf zwischen Guerilleros und Repressionskräften, bei denen ein Genosse getötet wurde. Am 17. und 20. September folgten weitere Gefechte, bei denen die sechs anderen Genossen ums Leben kamen. Verluste der Junta wurden offiziell nicht bekannt gegeben. (Informationen nach „resistencia", Nov. Dez. 81).

Ob damit die Guerilla in diesem Gebiet insgesamt vernichtet wurde, ist vorerst nicht überprüfbar. Die Tatsache, daß die Guerilla erst über zwei Monate nach ihrer Entdeckung Verluste hinnehmen mußte, ist ein Indiz für eine gewisse Verankerung und der damit verbundenen Möglichkeit des Untertauchens.

Lateinamerika-Kommission

Kommuniqué des MIR und der KP Chiles

Gemeinsame Erklärung der Regionalkomitees in der 8. Region vom Juni 81 (Auszug)

Die KP und der MIR — Region Concepcion und Arauco — sind zusammengekommen und geben ihre Entscheidung bekannt, gemeinsam zu arbeiten, um offensiv die zahllosen Kämpfe anzuführen, die das Volk der Diktatur liefert. Wenn wir die verschiedenen Kampf- und Organisationsformen koordinieren — die legalen und halblegalen und die im Untergrund, die gewaltsamen und die nicht gewaltsamen — werden wir die Krise herbeiführen können, die den Sturz der Diktatur ermöglicht ...

... Die wachsende Übereinstimmung auf der Ebene der Massen, in der gegen die Diktatur gerichteten Aktionen und Propaganda und in der Notwendigkeit, den Gebrauch der organisierten Gewalt durch das Volk zu legitimieren, haben die regionalen Leitungen beider Parteien dazu gebracht, ihre Aufgaben im Kampf um politische und gesellschaftliche Rechte zu koordinieren: an der Front der Gewerkschaften, der Landarbeiter, der Slumbewohner, der Jugend etc.
(Zitat nach Lateinamerika-Nachrichten, Dez. 81)



Bahman Nirumand, 45 Jahre, aktives CISNU-Mitlied während seines Aufenthaltes in der BRD in den 6Oiger und 7Oiger Jahren, veröffentlichte 1967 im Rowohlt-Verlag ein Buch über die Schah-Diktatur, das Grundlage wurde für das Engagement der deutschen Studentenbewegung gegen das Schah-Regime. Im Frühjahr 1979 kehrte er in den Iran zurück und arbeitete als Dozent an der Teheraner Uni.

,,Heute muß die Linke versuchen, möglichst viel an bürgerlich-demokratischen Rechten durchzusetzen, um im Rahmen dieser Rechte die notwendigen Instrumente für den bevorstehenden Kampf schaffen zu können. Wenn in den nächsten Tagen oder Wochen das Schah-Regime gestürzt und eine Koalitionsregierung zwischen den Religiösen und Bürgerlich-Liberalen zustande käme, was durchaus eine denkbare Möglichkeit wäre, würde meiner Ansicht nach diese Herrschaft nicht von langer Dauer sein, vielleicht sechs Monate, ein Jahr, zwei Jahre, dann würde wieder eine Diktatur an die Macht kommen. Wir haben also nicht viel Zeit, gerade während dieser für die Linke so lebenswichtigen Periode müssen wichtige Vorbereitungen für die bevorstehende Revolution getroffen werden.''

Diese Sätze stammen aus einem Interview mit Bahman Nirumand, das am 17.12.78 (vgl. AK 145) in Westberlin gemacht wurde, wenige Wochen, bevor der Schah Iran verlassen mußte und bevor durch den bewaffneten Aufstand der Massen — unter Führung der Linken — das Schah-Regime endgültig gestürzt wurde.

Inzwischen sind mehr als drei Jahre vergangen, im Iran herrscht der blindwütige Terror des Khomeiny-Regimes, das die Verbrechen des Schah-Regimes — so makaber der Vergleich sein mag — in den Schatten stellt.

Wie kann das Khomeiny-Regime gestürzt werden und wie sollte die Alternative aussehen? Um diese Frage geht es im folgenden Interview, das wir Ende Januar mit Bahman Nirumand und Mehdi Teherani machten, die als Vertreter der ,,Demokratischen Nationalfront'' und des ,,Rates der Vereinigten Linken'' für einige Zeit nach Westeuropa gekommen sind, um am Aufbau des ,,Nationalen Widerstandsrates'' teilzunehmen, dem beide Organisationen angehören.



Mehdi Teherani, 48 Jahre, gehörte als Mitglied der CISNU, der Konföderation Iranischer Studenten, während der 60iger und 70iger Jahre zu den aktivsten Gegnern des Schah im Ausland. Nach seiner Rückkehr in den Iran im Frühjahr 1979 arbeitete er als Journalist.

Interview

,,Keine Organisation im Iran ist allein imstande, Khomeiny zu stürzen und die Macht zu übernehmen''

Der Rat der Vereinigten Linken hat, wie beispielsweise auch der Nationale Widerstandsrat, ein Programm für die Zeit nach dem Sturz des Khomeiny-Regimes vorgelegt. Aber wie kann das Khomeiny-Regime gestürzt werden? Die Volksmodjahedin haben sich mit ihrer Ankündigung im Sommer, der Sturz des Khomeiny-Regimes sei eine Frage von zwei bis drei Monaten, ja offensichtlich verschätzt.

Nirumand: Ich glaube, daß das eigentliche Problem nicht darin besteht, wie man das Regime Khomeinys stürzt, und wer ihm letztendlich den letzten Schlag versetzt, sondern darin, wie man das Land wiederaufbauen kann und welche Regierungsform dazu notwendig ist, um tatsächlich die Garantie zu liefern, daß kein Bürgerkrieg ausbricht, daß dem Kreislauf des Blutvergießens ein Ende gesetzt wird, daß die Wunden, die das Khomeiny-Regime den iranischen Völkern zugefügt hat, geheilt werden, daß die Voraussetzungen für eine Entwicklung zu Freiheit und Unabhängigkeit geschaffen werden. Das ist meiner Ansicht nach das Hauptproblem.

Natürlich muß man genauere Überlegungen anstellen, wie das Khomeiny-Regime zu stürzen ist. Die Basis des Khomeiny-Regimes, die am Anfang nahezu die gesamte Bevölkerung umfaßte, ist auf zehn Prozent zusammengeschrumpft.

Die ökonomische Misere, von der nun das ganze Volk betroffen ist, die soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheit, die politische Unterdrückung, die Repression gegen Frauen, gegen nationale und religiöse Minderheiten, schließlich der Versuch einer ideologischen Gleichschaltung der gesamten Gesellschaft haben dazu geführt, daß das Regime Khomeinys bei der überwiegenden Mehrheit der iranischen Bevölkerung verhaßt ist, die eben aus diesem Grund mit der Opposition sympathisiert.

Das Khomeiny-Regime konnte sich innerhalb dieser drei Jahre zu keinem Zeitpunkt stabilisieren. Trotz des Unterdrückungsapparates ist es nicht in der Lage, die Opposition zu kontrollieren. Die nackte Gewalt, die heute an den Tag gelegt wird, reicht nicht dazu aus, die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Allerdings ist diese nackte Gewalt nicht einfach durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu beseitigen. Der Sturz des Regimes muß militärisch erfolgen, dazu muß die politisch-organisatorische Vorarbeit geleistet werden. **Diese Aufgaben können nur von einer Koalition geleistet werden, d.h. es gibt k e i n e Organisation im Iran, die alleine imstande wäre, Khomeiny zu stürzen und die Macht zu übernehmen.**

Wie soll diese politische-organisatorische und militärische Vorarbeit aussehen?

Nirumand: Die Koalition der in Frage kommenden Kräfte und Organisationen steht ja bereits auf festem Boden. Durch den Aufruf der Volksmodjahedin und Banisadrs wurde der Nationale Widerstandsrat gegründet, an dem inzwischen verschiedene Organisationen teilnehmen, wie die Demokratische Partei Kurdistans, die Demokratische Nationalfront und der Rat der Vereinigten Linken. Dieser Rat muß ganz konkrete Aufgaben leisten: die militärische Koordinierung der bestehenden Kräfte und vor allem Teile der Bevölkerung politisch darauf vorbereiten, daß sie im Falle einer militärischen Großaktion bestimmte Aufgaben übernehmen können, wie z.B. Streiks in den Fabriken, Schulen, staatlichen Ämtern.

Der von den Volksmodjahedin vorhergesagte Sturz des Khomeiny-Regimes ist nicht eingetreten, nach der Berichterstattung hier hat man sogar den Eindruck, daß das Regime sich seit dem Sommer, als beispielsweise das Büro der Islamischen Republik-Partei samt Beheshti und anderen hohen Funktionären in die Luft flog, stabilisieren konnte und eine relative Ruhe eingekehrt ist.

Nirumand: Von Ruhe kann ja keine Rede sein. Gerade vorgestern (27.2.82) haben militärische Einheiten die Stadt Amol am Kaspischen Meer besetzt. Sie haben alle Polizei- und Gendarmeriestationen, das Bürgermeisteramt, die Stadtverwaltung, alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt 24 Stunden lang besetzt halten können. Ohne wesentliche Opfer konnten sie sich zurückziehen. In Täbriz sind vor einigen Tagen ähnliche Aktionen durchgeführt worden, an den westlichen Grenzen Irans herrscht Krieg und in verschiedenen Teilen des Landes finden täglich bewaffnete Aktionen statt. Von Ruhe kann man da nicht reden. Allerdings sind durch die Eskalation der bewaffneten Aktionen in den Monaten September und Oktober große Erwartungen erweckt worden, die nicht erfüllt worden sind. Selbst viele politisch Aktive haben auf eine sehr rasche Beseitigung des Regimes gehofft und dies auch für realistisch gehalten. Das ist nicht eingetroffen.

Woran liegt das?

Teherani: Ich glaube, daß die Ereignisse, die schließlich zur Absetzung Banisadrs geführt haben, zu unserer aller Überraschung zügiger erfolgt sind als vor allem die Volksmodjahedin und auch selbst Banisadr erwartet hatten. Da haben die Strategen des Regimes schneller die Initiative ergriffen und bevor auf Seiten der Opposition die gemeinsame Frontbildung realisiert wurde, wurde innerhalb von wenigen Tagen Banisadr zunächst als Oberbefehlshaber der Armee und anschließend als Staatspräsident abgesetzt. Es war ein perfekter Staatsstreich. Wäre aber die Absetzung Banisadrs unwidersprochen geblieben, so hätte das Regime dies als einen großen Erfolg für sich buchen können. Die Volksmodjahedin, als stärkste Organisation der Opposition, befanden sich also in Zugzwang. Trotz Mangel an Vorbereitungen mußte die Opposition ihre Macht demonstrieren, um dem Aufkommen einer möglichen Resignation bei den Massen Einhalt zu gebieten. Die Demonstrationen und bewaffneten Aktionen wurden also vorwiegend von den Volksmodjahedin — unterstützt von einigen linken Gruppen — durchgeführt. Auf der anderen Seite hat aber gerade die Demonstration der Stärke Erwartungen und Hoffnungen erweckt, die nicht eingelöst werden konnten, weil die Aktivitäten zu einer Frontbildung aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte noch nicht zum Erfolg geführt hatten. Diesen Mangel wollte man mit der Bildung des Nationalen Widerstandrates beseitigen.

Hat der von den Volksmodjahedin prophezeite Sturz des Khomeiny-Regimes auch deshalb nicht geklappt, weil das Khomeiny-Regime doch noch viel fester im Sattel sitzt als angenommen? Ist nicht die Stärke des Khomeiny-Regimes unterschätzt worden?

Teherani: Ich sehe es als ein Zeichen von Schwäche an, wenn ein Regime gezwungen ist, innerhalb von fünf Monaten mehr als 4.500 Menschen hinzurichten und mehr als 10.000 politische Gefangene zu haben. Das Regime selbst befindet sich im Untergrund. Der Sitz von Khomeiny ist völlig abgeschirmt, das Parlament gleicht einer Festung, in der die Abgeordneten sogar übernachten. Sie trauen sich nicht mehr auf die Straße. Wenn sie es doch gewagt haben, wurden sie abgeknallt.

Wo seht ihr da die Stärke oder Stabilität des Regimes? Gibt es eine blühende Wirtschaft, eine Außenpolitik, die der Entwicklung des Landes dient? Sind der Krieg gegen Irak, die sechs Millionen Arbeitslosen, die zwei Millionen Kriegsflüchtlinge, die zwei Millionen Afghanen, die sich in Iran befinden, ein Zeichen von Stabilität? Die Schließung der Universitäten? Ein normales Leben gibt es im Iran nicht, und das ist meiner Ansicht nach keine Stabilität.

Aber kann man sich angesichts dieser Situation nicht vorstellen, daß die Bevölkerung sehr viel massiver reagiert hätte, gerade wenn der Rückhalt Khomeinys so gering geworden ist? Viele iranische Linke haben doch auch gehofft, daß die Bevölkerung auf die Straße gehen würde, wie damals unter dem Schah.

Teherani: Die zivile Bevölkerung steht mit leeren Händen da und kann nicht so massiv vorgehen, wie manche sich das hier vorstellen. Für die zivile Bevölkerung muß eine Rückendeckung da sein. Außerdem hat man es heute im Iran jeden Tag mit der nackten Gewalt zu tun. Wie kann man verlangen, daß die Zivilbevölkerung ohne starke Rückendeckung und unorganisiert auf die Straße geht und gegen die Brutalität protestiert und selbst Opfer dieser Brutalität wird? Die Bevölkerung braucht eine politische und organisatorische Zuversicht, um sich aktiv an dem Kampf gegen das Regime beteiligen zu können. Außerdem wollen die Menschen dieses Mal genau wissen nicht nur wogegen, sondern auch wofür sie kämpfen. Sie wollen sich also nicht mehr mit leeren Versprechungen begnügen, sie möchten ein klares Programm sehen, in dem sich ihre Interessen deutlich widerspiegeln.

Sind nicht Teile der Bevölkerung einfach angesichts der Entwicklung seit dem Sturz des Schah-Regimes resigniert?

Nirumand: Enttäuschungen sind da, weil die Bevölkerung das Regime viel schneller weghaben möchte, als es tatsächlich machbar ist. Aber von Resignation kann man nicht reden. Resigniert ist ein Volk nur dann, wenn es sich bereitwillig anpaßt und den Anordnungen des Regimes Folge leistet. Das ist im Iran nicht der Fall.

Allein die Tatsache, daß in Teheran 30.000 Menschen im Untergrund leben müssen und die Bevölkerung bereit ist, ihnen Unterkunft zu gewähren, zeugt davon, daß das Volk zu Opfern bereit ist. Auf die Beherbergung eines Oppositionellen steht die Todesstrafe.

Auf wen kann sich Khomeiny jetzt noch stützen?

Nirumand: Khomeinys eigentliche Basis sind die entwurzelten Schichten, die infolge der Bodenreform des Schahs von ihren Ländereien vertrieben worden sind und die gezwungen waren, die Dörfer zu verlassen, in die Städte zu ziehen und dort in menschenunwürdigen Verhältnissen zu leben. Sie sind jetzt zur Macht gekommen, sie bilden die eigentliche Basis des Khomeiny-Regimes. Das ist das sogenannte Lumpenproletariat. Ich würde sagen, daß das Khomeiny-Regime eine Dikatatur des Lumpenproletariats darstellt.

Du sagtest vorhin, es sei nicht entscheidend, wie Khomeiny gestürzt wird, entscheidend sei die Alternative danach.

Nirumand: Vor drei Jahren sind die Menschen auf die Straße gegangen, ohne sich lange zu überlegen, was nach dem Sturz des Schah kommt. Vor allem Khomeiny hat in seinem Pariser Exil sehr viel versprochen und die Parolen aufgenommen, die von der Befreiungsbewegung propagiert worden sind. Khomeiny hat diese Versprechungen nicht eingelöst, im Gegenteil, er hat sie wieder zurückgenommen.

Heute ist das Volk natürlich sehr darauf bedacht und sehr aufmerksam, wofür es auf die Straße geht. Deshalb ist es ungeheuer wichtig, neben den militärischen Aktionen, auch politisch zu arbeiten und die Alternative zu propagieren.

Die Alternativen, die die linken Organisationen wie die Volksfedayin und Peykar und etliche kleinere Gruppierungen vorlegen, stellen im Grunde keine Alternative für die iranische Gesellschaft dar. Es werden derartige Verallgemeinerungen und Dogmen zum besten gegeben, die überhaupt nichts mit der konkreten Situation im Iran zu tun haben. Das ist ja schon immer die Misere der Linken gewesen. Die Linke hatte nicht auf Grund ihrer Theorien und Meinungen, sondern auf Grund der bewaffneten Aktionen, die sie unter dem Schah-Regime durchgeführt hatte, eine sehr große Sympathie unter der Bevölkerung genossen. Diese Sympathie hat sie nach und nach eingebüßt, weil sie konkret nichts anzubieten hat.

Ich bin der Ansicht, daß man dem iranischen Volk tatsächlich genauestens darlegen muß, was nach einer Machtübernahme geschieht, und ohne diese Aufgabe zu leisten, ist, glaube ich, das Volk diesmal nicht so leicht zu verführen. Das ist meiner Ansicht nach die Aufgabe des Nationalen Widerstandsrates.

Radjavi hat ein Programm vorgelegt und dieses Programm muß noch überarbeitet werden. Ich glaube, daß sich in dem Programm einige Widersprüche befinden, die beseitigt werden müssen. In den Hauptpunkten für eine einheitliche Plattform sind wir uns einig: Nach der Beseitigung der Khomeiny-Diktatur müssen wir uns auf die Verwirklichung ganz konkreter Demokratie und auf das Erreichen der Unabhängigkeit von Ost und West konzentrieren.

Wir stimmen der These nicht zu, daß man nur antiimperialistisch sein kann, wenn man abhängig vom Ostblock wird. Wir trauen uns schon zu, eine eigene Politik zu betreiben und unabhängig zu bleiben.

Das von Radjavi und Banisadr vorgelegte Programm des Nationalen Widerstandsrates ist religiös bestimmt. Iran soll ja auch eine islamische Republik bleiben, zwar eine demokratische islamische Republik, aber doch eine islamische Republik. Oder ist das auch noch Verhandlungsgegenstand?

Nirumand: Bei dem Programm handelt es sich um einen Vorschlag, der noch diskutiert wird. Sollte das tatsächlich von den Volksmodjahedin oder von Banisadr und von anderen islamischen Gruppierungen, die im Rat sind, so verstanden worden sein, daß wir wieder eine Regierung oder eine Staatsform haben sollen, in der die Politik von der islamischen Ideologie bestimmt wird, dann wird das ein sehr wichtiger Punkt der Auseinandersetzung sein.

Ich glaube, daß dieses Wort ‚islamisch' einfach der Tatsache Rechnung trägt, daß die große Mehrheit der iranischen Bevölkerung Moslems sind. Für uns ist es auf jeden Fall äußerst wichtig zu betonen, daß Religionsfreiheit herrscht und daß die Politik, die Staatsform und die Staatsführung überhaupt nicht und in keinster Weise von einer ganz bestimmten Ideologie und in diesem Fall von der islamischen Religion bestimmt werden. Und ich bin sicher, daß auch die Volksmodjahedin damit übereinstimmen und daß wir da keine Schwierigkeiten haben werden.

Du sprachst vorhin davon, daß es in dem Programm des Nationalen Widerstandsrates Widersprüche gibt. Wo zum Beispiel?

Nirumand: Das Programm, das die Volksmodjahedin vorgelegt haben, beinhaltet sowohl Elemente des sowjetischen Konzeptes des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges als auch Elemente des Konzeptes einer autonomen Entwicklung des Landes. Einerseits werden Verstaatlichungen, Konzentrierung der politischen und ökonomischen Macht in der Hand des Staates gefordert, andererseits die Bildung von Räten und Zugeständnisse an die auto-

Nahost

nomen Bestrebungen der Völker. Das sind Widersprüche im Konzept, die in den einzelnen Punkten des Programms zum Ausdruck kommen.

Soweit es in unserer Macht steht, werden wir diese Widersprüche zugunsten einer autonomen Entwicklung zu beseitigen versuchen. Wir lehnen als Mitglieder des Rats der Vereinigten Linken und der Demokratischen Nationalfront das Konzept des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges vollkommen ab, weil dieser Weg in die Sackgasse führt. Dieser Weg verhindert, daß die Menschen sich und ihre Gesellschaft entwickeln und führt entweder in die totale Abhängigkeit von der Sowjetunion oder in die totale Abhängigkeit vom Imperialismus. Dafür haben wir ja genügend Beispiele.

Mir ist bei dem von euch vorgelegten Programm aufgefallen, daß ihr — im Gegensatz zu anderen linken Organisationen — dem Privatkapital eine besondere Rolle bei der Entwicklung der iranischen Gesellschaft beimeßt.

Nirumand: Wer der Meinung ist, daß der Iran unmittelbar vor einer sozialistischen Revolution steht, der liegt vollkommen falsch. Weder die ökonomischen Voraussetzungen noch die sozialen und geistigen Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution sind gegeben.

Die Produktionsformen und — verhältnisse, die Eigentumsformen usw. sind außerordentlich heterogen. Wir haben z.B. in unserem Land fast vier Millionen Nomaden. Die modernsten Produktionsmethoden werden neben Produktionsmethoden angewendet, die sich seit mehr als eintausend Jahren überhaupt nicht entwickelt haben. Kollektive Eigentumsformen, Privateigentum und vor allem staatliches Eigentum bestehen nebeneinander. In der Landwirtschaft gibt es vollmechanisierte, automatisierte Plantagen neben Bewirtschaftungsmethoden, die schon seit ein paar hundert Jahren veraltet sind.

Wir können deshalb nicht plötzlich utopisch verfahren und uns einfach den Sozialismus wünschen. Es geht zunächst darum, eine harmonische Entwicklung herbeizuführen, d.h. sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie voranzutreiben, und zwar entsprechend den Bedürfnissen in den verschiedenen Gebieten Irans.

Bisher ist der Iran zentralistisch regiert worden. Der Staat war der größte Kapitalist, der Staat bestimmte alle ökonomischen und sozialen Projekte. Selbst wenn zwei Dörfer 50 km voneinander und beide 2.000 Kilometer von Teheran entfernt lagen, wurden die Beziehungen zwischen diesen beiden Dörfern von Teheran aus geregelt. Die gesamte Verwaltung der kurdischen Bevölkerung, der Belutschen und Azerbaidschanis ebenfalls. Eine solche Zentralisierung hält das Volk in Unmündigkeit und verhindert jede sowohl völkerung, der Belutschen und Azerbaidschanis ebenfalls. Eine solche Zentralisierung hält das Volk in Unmündigkeit und verhindert jede sowohl ökonomische als auch kulturelle oder soziale Entwicklung.

Das wichtigste für die gegenwärtige Phase im Iran ist die Demokratisierung des Landes und die Verwirklichung der inneren Autonomie der Völker, also deren Selbstverwaltung unter Einbeziehung der Bauernräte und Bildung von Kooperativen. Wir werden verschiedene Formen des Eigentums haben, sowohl kapitalistische Formen als auch Übergangsformen zum Sozialismus, wo das möglich ist.

Welche Rolle spielt das Privatkapital?

Nirumand: Das Privatkapital wird noch für längere Zeit sowohl zur Industrialisierung des Landes als auch zur Mechanisierung der Landwirtschaft beitragen. Das Privatkapital muß unserer Ansicht nach natürlich mit Einschränkungen zugelassen werden und es muß mit Hilfe einer bestimmten Zoll- und Steuerpolitik, durch Kreditvergabe usw. auf notwendige und wichtige Projekte, die dem Volk zugute kommen, gelenkt werden. Viele Gebiete, vor allem Stadtgebiete, müssen nationalisiert werden, damit die Bodenspekulation des Privatkapitals nicht fortgesetzt werden kann.

Das heißt, daß der Staat trotzdem sehr wichtige Funktionen erhält?

Nirumand: Der Staat muß nach wie vor die Wirtschaft kontrollieren, aber nicht als Kapitalist, sondern durch seine Gesetzgebung, durch Kreditvergabe, also durch politische Kontrolle.

Mir scheint das Ganze doch nach einem schönen Wunschtraum zu klingen.

Nirumand: Wenn der Versuch eines Entwicklungslandes, eine eigene Entwicklung einzuschlagen und sich dabei auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Landes zu konzentrieren als Wunschtraum zu bezeichnen ist, dann kannst Du uns ja gerne als Utopisten bezeichnen. Aber ich bin der Ansicht, daß die gegenwärtige Situation im Iran, die geopolitische Lage des Landes, die ökonomischen Voraussetzungen und schließlich das Verhältnis der sozialen Kräfte die Realisierung eines solchen Weges sehr begünstigen.

Voraussetzung für die Durchführung eines solchen Planes ist meiner Ansicht nach ein Pluralismus an der Macht. Der Iran befindet sich im Augenblick in diesem großen Unglück in einer glücklichen Situation. Keine Macht ist allein imstande, das Land zu beherrschen, gezwungenermaßen muß eine Koalition gebildet werden. Ein Pluralismus an der Macht schafft die Möglichkeit, die Gesellschaft zu demokratisieren, er muß zwangsläufig verschiedene politische Organisationen zulassen. Er muß das Spiel der demokratischen Kräfte akzeptieren. Wir haben im Iran eine Gesellschaft, in der die bewußte Trennung der Klassen noch nicht stattgefunden hat.

Die ganzen versteckten — offene gab es nicht — Klassenkämpfe haben sich zwischen dem Volk und dem Staat abgespielt, der alles war, der größte Kapitalist, der größte Machthaber usw. Wir wollen jetzt, daß verschiedene Schichten des Volkes an der Regierung beteiligt werden. Dadurch wird die Mehrheit des Volkes im Staat repräsentiert sein. Das wäre ein großes Stück Demokratie.

Wäre nicht auch ein Militärputsch denkbar, der euren Plänen zuvorkommen könnte? In der Presse hier wird ja häufiger über die Monarchisten, über alte Schah-Generäle, den ehemaligen Ministerpräsidenten Bakhtiar berichtet. Stellen diese Kräfte überhaupt einen Machtfaktor dar?

Nirumand: Im Moment wäre ein Putsch völlig unmöglich im Iran. Es gibt weder in der Bevölkerung eine große Basis für den Putsch, noch wäre die Armee dazu imstande. Die Armee ist nicht einheitlich, sie besteht aus Anhängern der Royalisten, aus Anhängern von Banisadr, aus Anhängern der Volksmodjahedin und linken Gruppierungen und aus Anhängern Khomeinys. Die Armee kann nicht einheitlich für einen Putsch eingesetzt werden. Selbst wenn Teilen der Armee ein Putsch gelänge, würde es einen jahrelang dauernden Bürgerkrieg geben, denn die oppositionellen Gruppen sind ja alle bewaffnet.

Teherani: Sinn hätte ein solcher Putsch, besonders für die Amerikaner und die Multinationalen doch nur, wenn damit Stabilität geschaffen würde. Das wäre im Augenblick unmöglich, allerdings, wenn wir einen Fehler machen und ohne ausreichende Basis und ohne politischen Plan versuchen würden, die Macht zu ergreifen, dann wäre das Chaos da. Und dann könnte Teilen der Bevölkerung, den Royalisten und den Mittelschichten z.B., ein Militärputsch gelegen kommen, um aus dem Chaos herauszukommen.

Im Iran ist es im Moment kein Problem, wie man die Macht erlangt, sondern wie man sie erhält und ausübt. Die Volksmodjahedin hätten die Macht möglicherweise in dem Augenblick ergreifen können, als Beheschti und mit ihm über neunzig wichtige Funktionäre Volksmodjahedin hätten die Macht möglicherweise in dem Augenblick ergreifen können, als Beheschti und mit ihm über neunzig wichtige Funktionäre des Khomeiny-Staates ins Jenseits befördert wurden. Sie hätten wichtige Punkte, das Fernsehen etc. besetzen, Khomeiny und einige weitere Leute verhaften und provisorisch die Macht übernehmen können. Aber damals fehlte eine politische Front und eine aktive Massenbewegung, es hätte wirklich zu einem Bürgerkrieg kommen können. Die Bildung des Nationalen Widerstandsrates soll also nicht nur den Sturz Khomeinys beschleunigen, sondern gleichzeitig die Voraussetzungen zu einer Entwicklung in Unabhängigkeit und Freiheit schaffen.

Ihr warnt in eurem Programm gleichermaßen vor der Gefahr, vom Imperialismus oder vom „Osten" abhängig zu werden. Weshalb betont ihr die Gefahr des „Ostens"?

Nirumand: Wir wollen ganz einfach versuchen, die Bausteine für eine unabhängige Entwicklung zu errichten. Ob die USA aggressiver sind und die Sowjetunion weniger aggressiv, kann man so pauschal nicht sagen. Die Sowjetunion ist auch schon sehr aggressiv vorgegangen, besonders auch im Iran. Wir haben in unserer Geschichte die sowjetische Großmachtpolitik wiederholt zu spüren bekommen.

Wir wollen weder von der Sowjetunion noch von der USA und anderen imperialistischen Ländern abhängig sein. Das bedeutet nicht, daß wir keine ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion oder anderen imperialistischen Staaten haben werden. Aber diese Beziehungen müssen sich nach den Bedürfnissen unseres Landes richten. Wir wollen uns von niemandem ausbeuten lassen.

Noch einmal, was meint ihr mit den Gefahren aus dem Osten konkret?

Teherani: Besonders in den letzten Monaten ist der Einfluß der Sowjetunion im Iran sichtbar gestiegen. Abgesehen von der moskauorientierten Tudeh-Partei, die die Interessen der Sowjetunion im Iran vertritt, und die sich durch die blinde Unterstützung des Khomeiny-Regimes Zugang zu wichtigen Kreisen des Staates und zu bestimmten Schlüsselpositionen verschafft hat, gibt es selbst im religiösen Lager eine wichtige und zur Zeit dominierende Fraktion, die sich sowohl konzeptionell als auch politisch-taktisch immer mehr an der Sowjetunion orientiert.

Nirumand: Khomeiny betreibt einen verbalen Antiamerikanismus im Iran. Das genügt den Sowjets, um an Einfluß zu gewinnen. Die Tudeh-Partei, die ja moskauorientiert ist, versucht das Khomeiny-Regime zu unterstützen. Obwohl die Tudeh-Partei keine Massenbasis hat, sitzt sie an sehr wichtigen strategischen Stellen, z.B. im ganzen Propagandaapparat, im Fernsehen, im Rundfunk. Die Presse wird zum größten Teil von Tudeh-Leuten gesteuert. Es gibt zahlreiche sowjetische Berater im Iran, Militärberater, Geheimdienst- und Wirtschaftsberater, Berater in der auswärtigen Politik. Oft sind die Nachrichten aus sowjetischer Perspektive dargestellt, TASS wird oft zitiert, die ganze Bewegung in Polen wird z.B. aus sowjetischer Sicht dargestellt. Der bulgarische Botschafter kann eine Stunde im Fernsehen über die bulgarische Befreiung reden usw. Darin sehen wir schon eine große Gefahr der sowjetischen Einflußnahme.

Das verwundert mich etwas, da ich gerade in der jüngsten Zeit gelesen habe, daß auch die Tudeh-Partei verfolgt wird, und ich immer davon ausgegangen bin, daß ein hervorstechendes Merkmal Khomeinys sein Antikommunismus ist.

Nirumand: Khomeiny selbst ist natürlich kein Kommunist. Aber es gibt eine sehr starke und führende Fraktion innerhalb des Khomeiny-Regimes, die aus verschiedenen Gründen eher sowjetisch orientiert ist, ohne kommunistisch zu sein. Da sie wirklich eine antiamerikanische Politik betreiben wollen, fühlen sie sich gezwungen, auf die Offerten der Sowjetunion einzugehen. Die Sowjetunion hat ja kürzlich den Vorschlag gemacht, einen Freundschaftsvertrag mit dem Iran zu schließen. Ein Freundschaftsvertrag bedeutet, daß die Sowjetunion ihre militärische Macht jederzeit im Iran einsetzen kann. Und das ist etwas sehr Gefährliches. Khomeiny tendiert zu dieser radikalen Fraktion, die im Augenblick herrscht und prosowjetisch orientiert ist.

Teherani: Die Verfolgung der Mitglieder der Tudeh-Partei, besonders des Zentralkomitees, besagt nicht, daß die Sowjetunion ihre Politik nicht durch andere Kreise fortsetzen läßt. Die Sowjetunion wäre bereit, die ganze Tudeh-Partei zu opfern, wenn das der Weg zur Einflußnahme wäre. Auch dafür kennt man genügend Beispiele, z.B. Irak.

Ihr sagtet, daß Khomeiny derzeit zur moskauorientierten Fraktion tendiert. Könnte er seine Haltung ändern?

Nirumand: Es gibt die Möglichkeit, daß Khomeiny einen Kurswechsel vornimmt, und sogenannte gemäßigtere prowestliche Leute wie den ehemaligen Nirumand: Es gibt die Möglichkeit, daß Khomeiny einen Kurswechsel vornimmt, und sogenannte gemäßigtere prowestliche Leute wie den ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan unterstützt. Diese Fraktion zieht immer mehr Leute aus dem Khomeiny-Regime an. Sie umfaßte zunächst nur Leute um Bazargan, jetzt auch den Generalstaatsanwalt Ardebili und Kni, der eine Zeit lang Ministerpräsident war, und selbst der Parlamentspräsident Rafsandjani steht inzwischen auf dieser Seite, und es besteht die Möglichkeit, einen Wechsel herbeizuführen.

Mir allerdings scheint das sehr fraglich zu sein, denn die kleinste Mäßigung würde sofort die gesamte Opposition auf den Plan rufen und auch der Bevölkerung die Möglichkeit geben, auf die Straße zu gehen. Dann würde wahrscheinlich genau dasselbe passieren wie unter dem Schah, der viel zu spät die Liberalisierung vorgenommen hat, und dann hinweggefegt wurde.

Teherani: Aber für eine mögliche Wende gibt es zwei Gründe: Iran ist wirtschaftlich und technologisch bis zur letzten Schraube vom Westen, besonders von den USA abhängig. Das ist ein maßgeblicher ökonomischer Grund. Der andere Grund ist der: Khomeiny und seine Helfershelfer, wie auch Bazargan, versuchen natürlich, dem Nationalen Widerstandsrat eine Alternative entgegenzusetzen. Im Nationalen Widerstandsrat sind auch religiös orientierte Kräfte vertreten, die sowohl innerhalb des islamischen Lagers als auch insgesamt unter der Bevölkerung einen starken Rückhalt haben.

Diese Kräfte haben selbst Einfluß innerhalb der Pasdaran, der Islamischen Republik-Partei und auch in der Barzagan-Partei. Schon von daher ist der Nationale Widerstandsrat für die Religiösen eine gefährliche Alternative.

Außerdem ist die jetzt herrschende Clique zu schwach für die Staatsführung. Sie besteht aus dem Staatspräsidenten Khamenei, aus Khoiniha und anderen niederen Geistlichen, die sich auf einen Teil der Pasdaran und auf die Mostazafin-Organisation stützen können, aber im Grunde können sie das Land nicht regieren. Für Khomeiny gibt es angesichts der bestehenden Probleme nur die Möglichkeit, seinen politischen Kurs zu wechseln und sich auf die Seite der prowestlichen Fraktion zu schlagen.

Ihr sagtet, daß die linken Organisationen in der iranischen Politik erheblich an Einfluß eingebüßt haben. Vor zwei oder zweieinhalb Jahren hatten die Volksfedayin doch z.B. einen relativ starken Einfluß im Iran.

Nirumand: Kurz nach der Revolution genossen die Volksfedayin eine große Sympathie unter der Bevölkerung und das mit Recht, denn sie haben neben den Volksmodjahedin den wichtigsten Kampf gegen das Schah-Regime geführt. Aber das Volk ist nur bereit, eine Zeit lang die Tradition zu berücksichtigen und will neue Aktivitäten sehen. Die Volksfedayin waren nicht imstande, die richtigen Antworten auf die Probleme des iranischen Volkes zu geben. Sie haben sich in sieben oder acht Gruppen gespalten, die eine Gruppe unterstützt Khomeiny, die andere hat sich mit der Tudeh-Partei zusammengeschlossen, die auch Khomeiny unterstützt, die nächste propagiert den bewaffneten Kampf, die andere lehnt den bewaffneten Kampf ab. Nach diesen Spaltungen kann man nicht erwarten, daß sie eine große Massenbasis haben.



Welche Gruppen außer den Volksmodjahedin verfügen über eine gewisse Massenbasis?

Welche Gruppen außer den Volksmodjahedin verfügen über eine gewisse Massenbasis?

Nirumand: Neben den Volksmodjahedin verfügt die Demokratische Partei Kurdistans in Kurdistan über eine sehr große Massenbasis. Eine größere Massenbasis hatte Staatspräsident Banisadr. Unter den Linken gibt es keine Organisation, die eine größere Massenbasis hat. Die Volksmodjahedin sind bei weitem die größte Organisation. Zur Zeit tragen sie die Hauptlast des Widerstands gegen Khomeinys Schreckensherrschaft.

Du sprachst eben davon, daß Banisadr eine größere Massenbasis hatte. Die hohe Stimmenzahl, die Banisadr bei den Präsidentschaftswahlen bekommen hat und die die Volksmodjahedin als Beweis für seine Massenbasis anführen, spricht meiner Ansicht nach nur dafür, daß er der Kandidat Khomeinys war.

Nirumand: Wenn ich von einer Massenbasis Banisadrs gesprochen habe, dann meine ich nicht die Wahlen, sondern die Zeit, in der Banisadr in Opposition zu Khomeiny getreten ist. Diese Opposition hat Banisadr nicht unter der Fahne eines besseren Islam geführt, sondern unter der Fahne der Freiheit, und das ist ein Verdienst Banisadrs. Trotz aller Kritik, die ich an Banisadr zu üben habe, muß ich zugeben, daß Banisadr diese Unterstützung des Volkes auch verdient hat. In den letzten Monaten seiner Regierungszeit hat er das Volk auf die Zustände des Khomeiny-Regimes aufmerksam gemacht, er hat deutlich gemacht, daß das Khomeiny-Regime ein reaktionäres Regime ist, daß die Menschen in den Gefängnissen gefoltert werden, daß alle Freiheiten außer Kraft gesetzt worden sind. In den letzten Monaten hat er sich für die demokratischen Freiheiten tatsächlich eingesetzt, und zwar mit dem Einsatz seines Lebens, nicht nur mit dem Einsatz seiner Macht und seiner Position. Man muß den Banisadr der letzten Monate von dem Banisadr zuvor unterscheiden.

Aber gerade Banisadr hat sehr aktiv am Aufbau des gesamten Repressionsapparates teilgenommen. Hat er sich tatsächlich verändert?

Nirumand: Wir Marxisten gehen davon aus, daß die Menschen veränderbar sind. In den Gesprächen, die wir mit ihm in Paris geführt haben, habe ich feststellen müssen, daß er aus seinen Erfahrungen wirklich gelernt hat. Mir schien, daß er die Notwendigkeit der Demokratie wirklich begriffen hat.

Teherani: Für die Millionen Menschen, die in der Zeit auf die Straße gegangen sind, in der Banisadr für bestimmte Freiheiten eingetreten ist, repräsentierte er die ursprüngliche Motivation für den Sturz des Schah-Regimes: das Streben nach Freiheit.

Dies hat Banisadr auch wahrgenommen. Er hat begriffen, daß die Menschen jede Form von Despotie hassen, gleich ob sie in dem Gewand des Schahs oder Khomeinys auftritt. Die Linken müssen lernen, hier gerecht zu urteilen. Sie können nicht einfach sagen, weil Banisadr diesen und jenen Fehler gemacht hat, muß er grundsätzlich verurteilt werden. Wie wollen sie das der breiten Masse erklären, für die sie so schwärmen? Viele Linke sagen, Banisadr war gezwungen, so zu handeln, weil seine Macht begrenzt worden ist. Das stimmt nicht. Zu der Zeit, als Banisadr für die Freiheiten eingetreten ist, war er Staatspräsident, Oberbefehlshaber der Armee, Vorsitzender des Revolutionsrates. Eine solche Machtposition hatte niemand. Außerdem war er der treue Sohn Khomeinys, er brauchte nur zu nicken oder eine kleine Beichte zu leisten und hätte der Nachfolger von Khomeiny sein können.

Ihr betont sehr stark die Wandlung Banisadrs. Ich will nicht auf die Position der Volksfedayin eingehen, die ja die Person Banisadrs als Hauptgrund angeben, weshalb sie sich nicht am Nationalen Widerstandsrat beteiligen. Aber selbst Radjavi hat ja in Interviews betont, daß er sich mit Banisadr an einer bestimmten Etappe des Weges getroffen hat, in der gegen die ganz brutale Herrschaft Khomeinys gekämpft werden muß, daß er aber nicht derjenige ist, der die Vergangenheit Banisadrs beurteilen und rechtfertigen müsse.

Nirumand: Ein Bündnis mit Banisadr bedeutet keineswegs, daß wir seine Vergangenheit rechtfertigen wollen. Vieles von dem, was er vor und in der ersten Periode seiner Präsidentschaft getan hat, ist zu verurteilen. Da denke ich z.B. an Turkmen-Sahra, an Kurdistan und an die Schließung der Universitäten.

Das sind Tatsachen, die man nicht leugnen kann und darf. Das ist eine Etappe in Banisadrs Entwicklung. Aber er hat sich verändert. Die andere Etappe besteht darin, daß er massiv für Freiheit und für Demokratie eingetreten ist. Wenn man das eine betrachtet, muß man auch das andere sehen.

Gesetzt den Fall, er hat aus machtpolitischem Kalkül gehandelt, was das Schlimmste wäre, selbst dann hat er mit seiner Politik in den letzten Regierungsmonaten dem Khomeiny-Regime litischem Kalkül gehandelt, was das Schlimmste wäre, selbst dann hat er mit seiner Politik in den letzten Regierungsmonaten dem Khomeiny-Regime großen Schaden zugefügt. Das sind Tatsachen, das sind politische Rechnungen. Wenn die Linke nicht bereit ist, politisch zu rechnen, ist das nicht unsere Schuld. Außerdem: Es sind nicht die schlechtesten Leute, die zu Banisadr gegangen sind. Banisadr hat wirkliche Aufklärung betrieben. Seine Zeitung war das einzige Presseorgan, das das Volk noch aufatmen ließ.

Teherani: Wenn Banisadr in seiner Zeitung Khomeiny attackiert hat, betrug die Auflage eine halbe Million. Die Menschen haben sie sich von den Nachbarn geliehen, weil nicht genügend gedruckt werden konnten. Aber wenn Banisadr taktierte, was er öfter tat, wenn er sich zurückzog, nachdem er gerade in die Offensive gegangen war, sich mit Khomeiny traf und dann zwei Wochen oder einen Monat stillhielt, dann sank die Auflage der Zeigung sofort auf 30.000 bis 40.000. Das war ein Barometer für das, was die Bevölkerung will.

Man darf nicht vergessen, daß die letzten drei Jahre bei der Bevölkerung nicht nur zur Enttäuschung geführt haben, sondern auch zur Steigerung des politischen Bewußtseins. Daraus müssen alle Politiker die notwendigen Lehren ziehen. Mit Herumtaktieren kommt man nicht weit, und dies hat auch Banisadr deutlich zu spüren bekommen. Das Volk will nun Klarheit haben, es will genau wissen, wo jeder steht und was er im Schilde führt. Und gerade dieses politische Bewußtsein der Bevölkerung bietet allen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen die Chance, unterstützt von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, den Kampf für Freiheit und Demokratie mit Erfolg fortzusetzen.

Wir danken euch für das Gespräch!

Das Programm des Rates der Vereinigten Linken ist zu beziehen:
Rat der Vereinigten Linken
Postlagerkarte Nr. 076287 A
5600 Wuppertal 1

Preis: 3 DM

Spenden auf das Konto Nr. 598573
BLZ 33050000
Stadtsparkasse Wuppertal

Philippinen — vorgeschobener US-Stützpunkt in Asien

Eine beispiellose Aufrüstung und Militarisierung findet gegenwärtig im gesamten ostasiatischen Raum statt. Um die angeblich bedrohlich wachsende Militärpräsenz der Sowjetunion zurückzudrängen (tatsächlich hat die UdSSR lediglich auf eigenem Territorium Stützpunkte in dieser Region, noch nicht einmal, wie häufig berichtet, in Vietnam), bauen die USA ihre strategischen Stützpunkte in Ost-/Südostasien Zug um Zug aus:

- **mit Japan wurde jetzt ein Abkommen vereinbart, das eine reibungslose logistische Nutzung Japans durch die USA im Kriegsfall gewährleisten soll (1). Der japanische Imperialismus wird zu immer höheren Rüstungsausgaben gedrängt**
- **im Pazifik sollen seegestützte Marschflugkörper stationiert werden (1)**
- **gleichzeitig werden die Militärregimes dieser Region – inbesondere die fünf ASEAN-Staaten und Südkorea-durch steigende Militärhilfe weiter massiv gestützt.**

Im Folgenden wollen wir uns etwas näher mit den Philippinen beschäftigen, einem Land, das durch seine wichtige strategische Lage in diesem Krisenraum und durch seine enge ökonomische Anbindung an den US-Imperialismus für diesen von besonderem Intersse ist.

Die Philippinen – US-Bastion mit langer Tradition

Die koloniale Vergangenheit der Philippinen wird schon am Namen deutlich: sie sind benannt nach dem spanischen König Philipp II., in dessen Regierungszeit die dem ostasiatischen Festland vorgelagerte Inselgruppe 1521 unterworfen und dem spanischen Kolonialreich eingeordnet wurde. Danach waren die Filipinos über 300 Jahre lang Opfer von Unterdrükkung und Ausbeutung durch die Spanier, gegen die sie sich allerdings in mehr als 200 erfolglosen Aufständen zur Wehr setzten. Die Spanier blieben – vor allem wegen ihrer überlegenen Kriegstechnik – Sieger.

Die Situation änderte sich Anfang des 19. Jahrhunderts. Im Zuge der napoleonischen Kriege und infolge des Aufstiegs einer einheimischen Oberschicht in den Kolonien zerfiel das spanische Weltreich. Auch auf den Philippinen kam es erstmals zum organisierten Befreiungskampf in größerem Umfang. 1898, kurz vor dem zu erwartenden Sieg der philippinischen Befreiungsbewegung, kamen die USA, die sich gerade bezüglich

organisierten Befreiungskampf in größerem Umfang. 1898, kurz vor dem zu erwartenden Sieg der philippinischen Befreiungsbewegung, kamen die USA, die sich gerade bezüglich

der Karibik und Florida mit den Spaniern im Krieg befanden, den Filipinos ‚zu Hilfe', was von diesen anfangs auch begrüßt wurde. Doch bei den spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen im Jahre 1899 wurde der Sieg den USA zugesprochen, die daraufhin kurzerhand die Philippinen zum Spottpreis von 10 Mio. Dollar aufkauften. Die Philippinen wurden zur US-Kolonie, die „Befreier" zu Kolonialherren.

Aber die Filipinos sahen mit dem Kommen der USA ihre Befreiung nicht als abgeschlossen an: schon 1899, also im gleichen Jahr noch, kam es zum philippinisch-amerikanischen Krieg. Die „Befreier" mußten ihre Eroberung mit Gewalt aufrechthalten. Ebenso wie schon den Spaniern vor ihnen gelang ihnen insbesondere die Kontrolle des moslemischen Südens nicht.

Auf dem Weg der USA zur Weltmacht waren die Philippinen nicht nur von ökonomischer Bedeutung als Rohstofflieferant und Absatzmarkt, sondern auch von strategischem Interesse und zwar, wie es ein geheimes US-Memorandum 1945 beschrieb, nicht nur als Außenposten der USA, sondern auch als ihr Sprungbrett für Invasionen und Interventionen in Asien (2).

1900 starteten von den Philippinen aus US-Truppen, um den „Boxer-Aufstand" in China niederzuwerfen, und auch die US-Einheiten, die 1918 - 20 gegen die Rote Armee in Sibirien kämpften, starteten von den Philippinen. Nach dem 2. Weltkrieg, nach zwischenzeitlicher japanischer Besetzung (1943 - 45) wurden die Philippinen von den USA „ in die Unabhändigkeit entlassen" – aber natürlich nicht, ohne daß sich die USA die militärische Verfügungsgewalt über die Insel durch einen Vertrag gesichert hatten. 1947, in einer Zeit, in der die USA rund um den Globus in 44 Militärpakten und -abkommen, durch eine Unzahl von Stützpunkten ihre weltweite Vormachtstellung sicherten und die militärische Einkreisung der Sowjetunion perfektionierten, schlossen sie auch mit der philippinischen Regierung einen grundlegenden Vertrag über die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen.

Dieser Vertrag, dessen wesentliche Teile auch heute noch in Kraft sind, enthält u.a. folgende Punkte:

- die Überlassung von 23 (!) Militärbasen an die USA, auf denen diese walten und schalten können, wie es ihnen beliebt,
- die USA können Filipinos als freiwillige Söldner für ihre Armee rekrutieren
- die USA können nicht nur auf dem Gelände der Basen, sondern auf dem gesamten Territorium der Inseln militärische Operationen durchführen.

Obwohl die Verträge 1966 und 1979 noch leicht modifiziert wurden (so wurden die Stützpunkte offiziell unter philippinische Hoheit gestellt; die USA verpflichteten sich, Pacht für die Nutzung zu zahlen), hat sich doch grundsätzlich an der Substanz der Verträge nichts geändert: es erlaubt den US-Militärs nahezu schrankenloses Verfügen über philippinisches Territorium sowie großzügige Rekrutierungsmöglichkeiten unter der philippinischen Bevölkerung für die Arbeit auf den Basen. Noch heute arbeiten auf den Stützpunkten über 30.000 philippinische Männer und Frauen, das US-Personal besteht aus über 8.000 Militärs und 500 Zivilisten. Fast überschwenglich äußern sich denn auch US-Militärs, nirgendwo könnten sie mit weniger Einschränkungen operieren als auf ihren Basen auf den Philippinen. (4).

Aus der Sicht eines Filipinos liest sich das so: *„1979 machte meine Regierung einen bösen Kuhhandel mit den USA: 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe gegen ungehinderte militärische Aktionsmöglichkeit auf den Philippinen, schlimmer noch, den Amerikanern wurde zugesagt, daß sie sich an Sicherheitsaktivitäten beteiligen und ihre Sicherheitskräfte außerhalb der Militärstützpunkte einsetzen dürfen. Diese Zugeständnisse geben den USA eine Blankovollmacht, jedes Volk in einen Atomkrieg hineinzuziehen und sich in unsere internen Angelegenheiten zu mischen. Wir Filipinos leben heute mit einem auf uns gerichteten Gewehrlauf – und der Finger am Abzug gehört keinem Filipino"* (5).

Daß die Existenz der US-Basen mit ihrer strategischen Bedeutung für ganz Asien gleichzeitig für die USA das fast selbstverständliche Recht beinhaltet, sich ständig in philippinische Angelegenheiten einzumischen – ausdrücklich eingeschlossen die Beteiligung an der Niederschlagung von Aufständen – äußerte ein Militärsprecher ganz offen: die USA würden sich jeder Veränderung der politischen und sozialen Struktur des philippinischen Staates in eine weniger US-freundliche Richtung entschieden widersetzen, um die Sicherheit ihrer Basen nicht zu gefährden.

Nach Abschluß des Stützpunktvertrages 1947 ist die Bedeutung der philippinischen Basen für die USA ständig gestiegen: *„Während des Vietnam-Krieges war Clarc Air Base dann der zentrale Umschlagplatz für Soldaten und Ausrüstungen. Und im Mai 1975 machten jene amerikanischen Marines hier eine Zwischenlandung, die von Okinawa aus zur Befreiung der ‚Mayagues'-Besatzung aus den Händen der roten Khmer aufgebrochen waren"* (6). Von den Philippinen starteten im Vietnam-Krieg die B-52-Bomber mit Napalm, die Insel war der Hauptumschlagplatz für Material, und in Vietnam selbst kämpften 8.000 philippinische Söldner für die USA. In die Kriegsführung einbezogen war auch die Marinebasis Subic Bay: *„Durchschnittlich 110 Schiffseinheiten wurden auf dem Höhepunkt des amerikanischen Engagements im Vietnamkrieg monatlich hier gewartet, repariert und neu verproviantiert und jährlich fast vier Millionen Seeleute durchgeschleust"* (7).



Nach dem Vietnamkrieg

Eine wichtige Rolle spielten die Philippinen bei der Entwicklung der amerikanischen Nach-Vietnam-Strategie für Asien. Daß sie trotz ihrer Niederlage nicht bereit waren, ihre blutigen Finger von Indochina zu lassen – und warum – erläuterte der ehemalige US-Außenminister Dean Rusk in aller Offenheit: *„In Südostasien und den zugehörigen Inselgruppen, die über reiche Rohstoffquellen verfügen, leben rund 200 Millionen Menschen. Geographisch gesehen ist dieses Gebiet von großer strategischer Bedeutung – es beherrscht den Weg vom Pazifik in den Indischen Ozean und flankiert auf der anderen Seite Australien und Neuseeland. Fiele Südostasien den Kommunisten in die Hände, so würde dies eine schwerwiegende Beeinträchtigung des politischen Gleichgewichts zum Schaden der Interessen der freien Welt bedeuten !"* (8) Die militärischen Konsequenzen aus der Vietnam-Niederlage bestanden denn auch im wesentlichen aus einer Umgruppierung und Neuverteilung der US-Truppen im pazifischen Raum. Kernpunkte dieses Programms waren:

- Verlagerung des Hauptkontingents an Soldaten und Material auf die dem Festland vorgelagerten Inseln, u.a. auf die Philippinen
- Neuaufbau und Ausbau einer zusammenhängenden Stützpunktkette auf diesen Inseln (Okinawa, Guam, Micronesien, Philippinen, Tai-

– Neuaufbau und Ausbau einer zusammenhängenden Stützpunktkette auf diesen Inseln (Okinawa, Guam, Micronesien, Philippinen, Tai-

wan, Südkorea, Japan, usw.)
- Zentralisierung der Kommandostruktur
- massive Aufrüstung der befreundeten Anrainerstaaten Japan, Südkorea, Taiwan, usw. *„Diesen Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, selbständig in diesen Ländern für Sicherheit und Ordnung zu sorgen" (Rusk, 1972)*

Die USA gingen daran, ihre „Kräfte an Plätzen zu konzentrieren, wo diese nach den Gesetzen einer See- und Luftmacht konzentriert werden müssen: vor dem asiatischen Kontinent. Amerika wird in Hawaii, Guam, Taiwan und Japan verteidigt." (9)

Neben dem für den US-Imperialismus überaus wichtigen Aspekt der vorhandenen Rohstoffquellen, Absatzmärkte usw., und der Kontrolle der strategisch wichtigen Seefahrtswege durch den Pazifik und den Indischen Ozean (Japan z.B. wird über diese Schiffahrtsrouten zu über 90% mit Erdöl aus dem Persischen Golf und einem fast ebenso hohen Anteil an der Versorgung anderer Rohstoffe aus Afrika und Australien versorgt) bekamen die philippinischen Stützpunkte nach dem Rückzug vom asiatischen Festland eine enorme Bedeutung im Rahmen der globalen „Eindämmungs-" und Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion, und – zumindest damals – auch gegen die VR China.

Internationales Kapital und nationaler Widerstand

Seit Ende der 60er Jahre geriet die starke Position der USA auf den Philippinen ins Wanken. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen im Lande kam es vermehrt zu Unruhen und Streiks in den Städten. 1969 wurde die Neue Volksarmee (New Peoples Army, NPA) als bewaffneter Arm der maoistisch orientierten Kommunistischen Partei gegründet, die vornehmlich auf dem Lande operierte und rasch Anhänger gewann. Im Süden spitzten sich die militärischen Auseinandersetzungen von Regierungstruppen und um politische Eigenständigkeit kämpfenden Moslems zu. Bei den Präsidentschaftswahlen 1972 drohte zudem eine Fraktion des philippinischen Kapitals ihren Kandidaten an die Macht zu bringen, die eine weniger US-freundliche, stärker auf den Schutz philippinischen Kapitals vor ausländischer Konkurrenz gerichtete nationalistische Politik verfolgte.

In dieser Situation verhängte Präsident Marcos, der Repräsentant US-freundlicher Kreise, das Kriegsrecht. Regiert wird das Land seitdem durch Präsidentenerlasse. Daran hat sich auch nach der – eher kosmetischen – Aufhebung des Kriegsrechtes durch Marcos 1981 nichts geändert.

Die von Marcos ganz im Sinne der US-kontrollierten Weltbank betriebene Wirtschaftspolitik bedeutet quasi den Ausverkauf des Landes an die multinationalen Konzerne, denen alle erdenklichen Investitionsanreize gegeben wurden (und werden). Man lockt mit billigen Lohnkosten, die durch das Verbot des Streikrechtes aufrechterhalten werden, mit der Garantie, investiertes Kapital und Profite zu 100% wieder aus dem Land abziehen zu können, mit billigen Krediten, Steuerbefreiungen, usw. In sog. „Freien Produktionszonen", Industriegebieten, die nach den Anforderungen der Multis maßgeschneidert werden, winken darüberhinaus Zollfreiheit für Im- und Export von Gütern aller Art, schlüsselfertige Fabrikgebäude und ein vom philippinischen Staat rekrutiertes und ausgebildetes Arbeitskräftepotential.

Der Anteil der USA am Außenhandel der Philippinen nahm denn auch einen für die USA höchst erfreulichen Verlauf: 1900: 11%, 1910: 41%, 1920: 65%, 1935: 72%.

Opfer der Wirtschaftspolitik von Marcos war das nationale Kapital, das – vorher durch staatliche Schutzbestimmungen am Leben erhalten – nun der ausländischen Konkurrenz zum Opfer fiel. Opfer war aber vor allem die Masse der philippinischen Bevölkerung, deren Lebensbedingungen sich rapide verschlechterten. Die Reallöhne sanken drastisch (für Industriearbeiter um 40% zwischen 72 und 74), die Inflationsrate stieg beträchtlich und die Zahl derer, die unter der Armutsgrenze leben, stieg auf über 70%. Infolgedessen leisteten immer mehr Filipinos Widerstand gegen das Marcos-Regime und schlossen sich in der National-Demokratischen Front (NDF) zusammen. Diese breite nationale Einheitsfront, in der die Kommunistische Partei ebenfalls mitarbeitet, umfaßt Bauern, Arbeiter, Slumbewohner sowie fortschrittliche Kräfte der Kirche und der Mittelschicht. Ihre Hauptziele sind der Sturz der Marcos-Diktatur, die Nationalisierung des Vermögens der Multis, eine Landreform und die Auflösung der US-Militärbasen. Mit der Formie-

der Marcos-Diktatur, die Nationalisierung des Vermögens der Multis, eine Landreform und die Auflösung der US-Militärbasen. Mit der Formie-

rung der NDF erstarkte auch die NPA immer mehr.

Militarisierung der philippinischen Gesellschaft unter US-Regie

Um den wachsenden Widerstand zu brechen, der die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA und ihrer einheimischen Verbündeten gefährdete, wurde seit 1972 eine forcierte Militarisierung des Landes betrieben, deren Beginn die Ausrufung des Kriegsrechtes signalisierte. Der Krieg gegen die Moslems und die NPA sowie alle, die auch nur im leisesten Verdacht standen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wurde mit aller Härte geführt. Repressionen, Massenverhaftungen, Folterungen von Zivilisten sind an der Tagesordnung. Es wird versucht, die gesamte Bevölkerung gegen den ‚inneren Feind' zu mobilisieren. Das Ausmaß der Militarisierung wird schon alleine daran deutlich, daß die Mannschaftsstärke der philippinischen Armee von 1972 bis '79 auf mehr als das Vierfache erhöht wurde. In der gleichen Zeit stieg der Militärhaushalt auf mehr als das Fünffache (10). Ohne die großzügige Hilfe der USA wäre die massive Aufrüstung micht möglich gewesen: so erhöhte sich die offizielle Militärhilfe der USA von 1972 bis 1976 um stolze 100%, so daß die Philippinen unter den zahlreichen – meist repressiven – Regimes, die von den USA mit Militärhilfe unterstützt werden, vom 16. auf den 9. Platz aufstiegen. 1979, bei Erneuerung des Stützpunktvertrages hatte Carter versprochen, *„daß sie (die USA) während der nächsten fünf Jahre für Manila Militärhilfe und Kredite im Wert von 500 Millionen US-Dollar aufbringen werde. Diese Summe unterteilt sich in 250 Mio. für Militärkredite, 2000 Mio. für Beiträge zur Sicherheit und 50 Mio. für Militärhilfe."* (11) 1981/82 soll diese Summe. (1977 bereits 43,2 Mio. Dollar mit steigen-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

der Tendenz) nochmals um ein Drittel erhöht werden. Den USA waren ihre Freunde immer schon etwas wert!

Der philippinische Militäretat stieg von 880 Millionen Philippiniseher Pesos 1972 auf 5,5 Milliarden 1979, die Zahl der bewaffneten Streitkräfte und paramilitärischen Truppen von 62.000 im Jahre 1972 auf 335.000 im Jahr 1979. (19).

Daß die USA diese massive militärische Stärkung des Marcos-Regimes hauptsächlich durchführen, um den „inneren Feind" zu bekämpfen, zeigt sich schon am Charakter der gelieferten Waffen. Sie eignen sich alle vorzüglich zum Anti-Guerilla-Kampf: Schnellfeuergewehre, Napalm, Granatwerfer, gepanzerte Mannschaftswagen. (12)

Eine vielleicht noch wichtigere Rolle spielen die USA als Ausbilder und Organisatoren: Fast die gesamte Führungsschicht des philippinischen Militärs, aber auch der paramilitärischen Organisationen und der Polizei wurden und werden in den USA ausgebildet. General F. Ramos, bis vor kurzem Oberbefehlshaber der philippinischen Armee, graduierte z. B. an der US-Renommier-Militärakademie Westpoint. (13)

Darüber hinaus gewährt die USA Marcos Unterstützung durch eine stattliche Anzahl von Militärberatern, die der philippinischen Armee in allen militärtechnischen Fragen einschließlich der psychologischen Kriegsführung, Folterung und Spionage mit Rat und Tat zur Seite stehen. Über ein gemeinsames Luftwaffenausbildungsprogramm auf dem philippinischen Stützpunkt Clarc Air Base schreibt die „FAZ": *„Zu dem achtmal pro Jahr für zwei Wochen veranstalteten Programm, zu dem amerikanische Piloten aus Südkorea, Japan, den Philippinen – aber auch philippinische Luftwaffenpiloten – zusammengezogen werden, gehören auch simulierte Angriffe auf nachgebaute sowjetische Radarstationen, Flugabwehrraketen-Batterien des Typs SA-2 und SA-3 sowie aus Bambus täuschend echt nachgebaute Stellungen und Konvois ... es hilft den Piloten, ein Höchstmaß an realistischer Vorbereitung für einen Ernstfall zu erhalten ..."* (14)

Die Zusammenarbeit zwischen US- und philippinischem Militär geht

Ernstfall zu erhalten ..." (14)
Die Zusammenarbeit zwischen US- und philippinischem Militär geht

sogar soweit, daß sich US-Armeeeinheiten gelegentlich auch aktiv am Krieg gegen den philippinischen Widerstand beteiligen. (15)

Die US-Basen auf den Philippinen

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zur Bedeutung der US-Basen. Die drei wichtigsten sind Subic Bay (Marinestützpunkt), Clarc (Luftwaffenstützpunkt) und San Miguel (Nachrichtenstation). Zusammen bedecken sie eine Fläche von 70.000 ha, sind also wesentlich größer als die ebenfalls bedeutenden US-Basen auf den Inseln Guam (Pazifik) und Diego Garcia (Indischer Ozean). Allein Clarc Air Base ist etwa so groß wie Westberlin. Die Air Base ist Heimatstützpunkt der 13. US-Luftwaffe *„mit 48 Phantom F-4 E als taktische Luftwaffe und 16 Transportern des Typs C-130, letztere zum Militärischen Lufttransportkommando (MAC) gehörend und direkt dem Oberbefehlshaber Pazifik (Cincpac) auf Hawaii unterstehend. Kommandiert wird der Stützpunkt von einem Zwei-Sterne-General, dessen operatives Einsatzgebiet ‚südlich Taiwan' beginnt und bis jenseits des Kaps der guten Hoffnung reicht. An den gemeinsamen amerikanisch-südkoreanischen Manövern im Frühjahr letzten Jahres (d. h. 1978) war der amerikanische Luftwaffenstützpunkt auf den Philippinen direkt beteiligt und bewies, daß von dort in kürzester Zeit nicht nur Kampfflugzeuge, sondern auch Truppen und Ausrüstungen mit Transportern nach Südkorea verlegt werden könnten. Das Hauptaufgabengebiet der auf Clarc Air Base stationierten 13. Luftwaffe ist jedoch zweifellos das Südchinesische Meer und der Indische Ozean ..."* (16)

Auf dem Stützpunkt befindet sich das einzige Übungsgelände der US-Luftwaffe für scharfe Munition ausserhalb der USA. Bei regelmäßigen Übungen wird hier der Luftkampf gegen sowjetische Flugzeuge und Raketenstellungen trainiert, unter Teilnahme philippinischer Piloten.

Subic Bay ist ein natürlicher taifunsicherer Tiefseehafen. Er ist Heimathafen der 7. US-Flotte, zu der u. a. zwei Flugzeugträger und ein Lenkwaffenzerstörer gehören. Der Hafen hat so große Ausmaße, daß er zur Not alle 55 Schiffe der 7. Flotte aufnehmen könnte. Der zugehörige Flughafen bietet Start- und Landemöglichkeiten auch für die größten Transportmaschinen sowie Lagerraum für 46.000 Tonnen Bombenmaterial, unter ihnen auch Atomwaffen. Auf dem Gelände befindet sich zusätzlich noch ein Ausbildungszentrum der berüchtigten Ledernacken für Landeübungen und Dschungelkrieg. Subic Bay ist mit Clarc *„der am weitesten in den Westpazifik vorgeschobene amerikanische Stützpunkt und einfach unentbehrlich. Subic liegt nicht nur auf der direkten Schiffahrtsroute von der amerikanischen Pazifikinsel Guam nach Japan und Südkorea. Der Marinestützpunkt auf den Philippinen liegt auch genau auf dem halben Weg zwischen Japan und dem Persischen Golf. Er ist das Bindeglied zu dem winzigen Atoll und Kommunikationszentrum Diego Garcia. Er ist das Tor zum Indischen Ozean. Von hier brach zum Beispiel auf dem Höhepunkt der Krise im Iran das Geschwader auf. Schon seit dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam und Auflösung ihrer Luftwaffenbasen auf Thailand, mit denen die amerikanischen Streitkräfte die letzten Stützpunkte auf dem südostasiatischen Festland verloren, war die strategische Bedeutung von Subic Bay gestiegen. Ihr Wert muß sich jetzt mit der wachsenden Unruhe in Indochina, der Gefahr einer Ausbreitung der bewaffneten Auseinandersetzungen auf die vielen von China, Vietnam, den Philippinen und Taiwan beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer sowie insbesondere der Möglichkeit, daß die sowjetische Pazifikflotte in Vietnam permanente Landerechte bekommen könnte, noch drastisch erhöhen."* (17)

Die siebte Flotte ist neben der Luftwaffe das zentrale Kriegsinstrument der USA im asiatischen Raum. Für den Bodenkampf sollen nach der, als Konsequenz aus Vietnam entwickelten „Nixon Doktrin" („Asiaten gegen Asiaten kämpfen lassen") die Truppen der befreundeten Länder eingesetzt werden, verstärkt durch eine „Schnelle Eingreiftruppe" für den Pazifischen Raum. Neuesten Meldungen zufolge soll die 7. Flotte demnächst mit seegestützten Marschflugkörpern ausgerüstet werden. (18)

Die strategische Bedeutung der Philippinen („unsinkbarer Flugzeugträger") beruht im wesentlichen auf zwei Aspekten: Zum Einen sind sie ein wichtiges Glied im Einkreisungsgürtel um die Sowjetunion, sowohl als Aufmarschgebiet für die US-Truppe als auch was die Blockade wichtiger Seerouten betrifft. Die geplante

pe als auch was die Blockade wichtiger Seerouten betrifft. Die geplante

Cruise-missile-Stationierung verdeutlicht, wieweit die Basen in die „Vorwärtsverteidigung" der USA bereits einbezogen sind. Der zweite Aspekt besteht in der Bedeutung als Sprungbrett für Interventionen in ganz Asien. Z. B. lagert ein großer Teil des für einen Krieg in Korea benötigten Materials auf den Philippinen. Das operative Einsatzgebiet von Clarc Air Base geht sogar noch erheblich darüber hinaus. US-Langstreckenbomber können von hier bis nach Südafrika und bis ins Herz des Nahen Ostens operieren.

Die Philippinen sind also in jeder Hinsicht eine wichtige Bastion des US-Imperialismus für die Durchsetzung seiner Interessen in Südostasien und darüber hinaus. Aber auch der Versuch, diese Bastion durch innere Militarisierung, Repression und Kriegsrecht stabil zu halten, hat nicht verhindern können, daß sich seit Ende der 60er Jahre zunehmend Widerstand regt. Es bleibt zu hoffen, daß es diesem gelingt, die Philippinen dem amerikanischen Zugriff zu entreißen, bevor die USA ihrerseits die Philippinen zum Ausgangspunkt einer erneuten Aggression in Asien machen.

Mit der Entwicklung des philippinischen Widerstandes, dessen Bestandteil auch – und dies nicht zuletzt – der Kampf gegen die US-stützpunkte ist, wollen wir uns demnächst im AK beschäftigen.

Ti. und Re.
Philippinen-Gruppe Göttingen
in Zusammenarbeit mit der Antimil-Kommission/KB Göttingen

Anmerkungen

(1) „Frankfurter Rundschau", 11.1.82
(2) W. Bello u. a., Logistics of Repression (1977), S. 152
(3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.3.78
(4) Bello, S. 141
(5) Jose Diokno, Militarisierung in Asien
(6) „FAZ", 6.7.79
(7) „FAZ", 25.3.78
(8) zit. nach „Modelle der kolonialen Konterrevolution", S. 167
(9) „FAZ", 3.5.75
(10) who-magazine, 25.7.81
(11) Wehrkunde, 4/79
(12) Bello, S. 20
(13) Bello, S. 17
(14) „FAZ", 6.7.79
(15) Bello, S. 27
(16) „FAZ", 6.7.79
(17) „FAZ", 25.3.78
(18) „FR", 11.1.82
(19) NDF-Update, September 1981

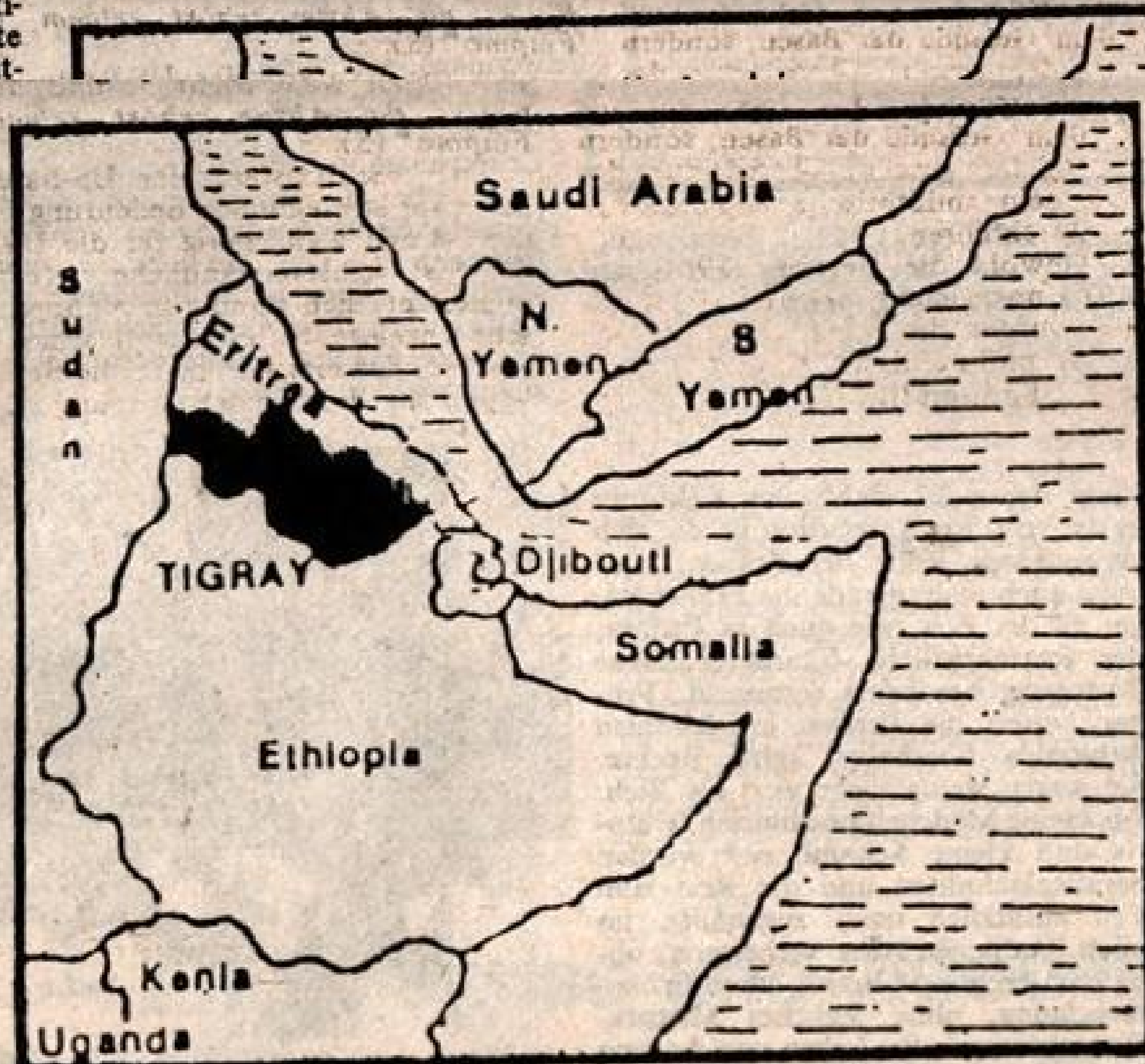
Tigray: 7 Jahre bewaffneter Kampf



Seit 1975, dem Jahr der Gründung der TPLF (Tigray Peoples Liberation Front) findet in Tigray, der nördlichsten Provinz des Vielvölkerstaates Äthiopien, ein bewaffneter Befreiungskampf statt. Bei uns ist dieser Kampf kaum bekannt. Bekannt ist einiges über Eritrea (vergl. AK 137, 140, 176, 177). Heute befinden sich ca. 80% der Bevölkerung Äthiopiens im bewaffneten oder politischen Kampf gegen die von der Sowjetunion unterstützte Zentralregierung DERG in Addis Abeba.

Am 18.2. jährt sich zum 7. Mal der Gründungstag der TPLF. Seitdem konnte sie ca. 85%, d.h. fast den ganzen ländlichen Bereich Tigrays befreien. Dort wird bereits, soweit das unter den Bedingungen eines dauernden Kriegszustandes möglich ist, mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft begonnen.

Tigray ist die nördlichste Provinz Äthiopiens. Im Norden und Nordwesten grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan, im Süden und Südwesten an die äthiopischen Provinzen Wollo und Gondar. Tigray ist halb so groß wie die BRD (100.000 qkm). Die Bevölkerung umfaßt 4,5 - 5 Mill. Menschen, die aber teilweise vor Hunger und Arbeitslosigkeit in andere Bereiche Äthiopiens abwanderten oder in den Sudan oder sogar noch weiter (Europa, USA) flohen. Die Hauptreligionen sind Christentum und Islam. Die Hauptsprache ist Tigrinia. Allerdings gibt es auch noch einige kleinere Sprachgruppen, die sich zum Volk der Tigray zählen.



Ca. 98% der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Es existiert kaum Industrie, obwohl das Land reich an Rohstoffen wie Eisen, Gold, Mangan, Platin, Asbest, Jod, Graphit, Salz usw. ist. Tigray hat Thermalenergie, die das ganze Horn von Afrika mit elektrischem Strom versorgen könnte. Mehr als die Hälfte des Weihrauchs der Welt kommt hierher. Das Gebiet von Süd- und Westtigray ist sehr fruchtbar und könnte bei richtiger Nutzung mehr als den Gesellschaftsverbrauch an Nahrung stellen. Daß es außer einer kleinen Hausindustrie wie z.B. Korn- und Ölmühlen, sowie Handwebereien keine sonstigen Industrien gibt, ist das Erbe der feudalen und kolonialistischen Haltung des Haile Selassi-Regimes.

Auch von einer sozialen Infrastruktur kann nicht die Rede sein. Für die ganze Bevölkerung Tigrays existieren nur 5 schlecht ausgerüstete höhere Schulen. Nur 3,6% der Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen eine Schule. Und natürlich wird in amharischer Sprache amharisches Bildungsgut (Amhara + das die herrschende Oberschicht bildende Volk Äthiopiens) vermittelt. 80% der Einwohner sind Analphabeten.

Das Gesundheitswesen ist denkbar schlecht entwickelt. Außerhalb der Städte hat ein staatlicher Gesundheitsdienst nie bestanden. In den Städten gibt es nur 4 dürftig ausgestattete Krankenhäuser, die zur Zeit auch noch wesentlich für militärische Zwecke seitens des DERG genutzt werden. Nur 15% Zivilisten werden zugelassen. Weiter gibt es 5 Gesundheitszentren, 21 Polizeikliniken, 7 Ärzte und 106 Schwestern und Pfleger. Die Kindersterblichkeitsrate ist extrem hoch. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 30 - 35 Jahren.

WIDERSTAND Woyane Aufstand 1943

Seitdem es den Amharas aus der Provinz Shoa unter Menelik II 1889 gelang, Tigray zu unterwerfen, hat es verschiedentlich Versuche in Form von Aufständen gegeben, die Verhältnisse zu ändern und der Unterdrückung zu entkommen. Für den „Bismark" Äthiopiens, dem feudalen „Reichsgründer" Menelik II (1889-1913) war die zentrale Kernprovinz Tigray ein mächtiger Konkurrent. Er selbst war Angehöriger der Shoa-Provinz. Ende des Jahrhunderts wurde in einem Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Italien eine Grenzziehung zum Nachteil Tigrays beschlossen, die Tigray erheblich schwächte. In den folgenden Jahrzehnten und insbesondere unter der Herrschaft Haile Selassies (Kaiserkrönung 1930) wurde Tigray systematisch in die Unterentwicklung getrieben. Eine der wichtigsten Bauernrevolten war der Woyane-Aufstand 1943.

Damals erhoben sich die Bauern, nachdem ihre sowieso schon extrem schlechte Lage durch die Auflage neuer Steuern an das Haile-Selassie-Regime noch weiter verschlimmert werden sollte. Der Aufstand wurde blutig durch die Amharas mit Hilfe britischer Bomber niedergeschlagen. Eine Schwäche des Aufstandes war das Fehlen von Organisationsstrukturen unter den aufständischen Bauern. Ein anderer Grund war das Verhalten der untereinander konkurrierenden tigrianischen Feudaladligen. Diese Konkurrenz ausnutzend wurde Tigray nach dem Aufstand in verschiedene Gebiete aufgeteilt. In den folgenden Jahren litt die Bevölkerung Tigrays schwer unter den übermäßigen Steuern auf der anderen Seite und mehreren Hungersnöten. Diese Hungersnöte, die allein 1972 - 74 ca. 500.000 Menschenleben forderten, waren weniger die Folge einer Naturkatastrophe sondern vielmehr auf die Vernachlässigung dieser Region durch die Zentralregierung zurückzuführen. Absinkende Produktivität, Bodenerosion und Wassermangel bedingen, daß Dürren und Mißernten ständig drohen. Armut, Hunger, Wanderung, Landflucht bis hin zur Emigration waren die Folge. Als eine Reaktion auf die mörderische Hunger-„Katastrophe" wurde 1972 dann die Tigray-National-Organisation (TNO) gegründet, eine Untergrundorganisation, die vor allem in den Städten arbeitete. Sie führte politische Schulungen durch und gab verschiedene Schriften heraus.

Der Sturz Haile Selassies und die Machtübernahme durch den DERG im Juli 1974 war mit großen Hoffnungen der unterdrückten Völker verbunden. Doch diese wurden — abgesehen von verbalen Absichtserklärungen — gründlich enttäuscht. Vor allem in einer Hinsicht gleicht das DERG-Regime dem Kaiserreich Haile Selassies vollständig: Es ist ebensowenig bereit, anzuerkennen, daß Äthiopien ein Vielvölkerstaat ist. Die verschiedenen Sprachen und Kulturen werden nicht anerkannt, und die Forderungen des Volkes von Tigray und anderer Völker (wie z.B. Eritrea) werden mit Waffengewalt beantwortet. Diese Politik hat die nationale Frage heute zum hauptsächlichen Widerspruch der Gesellschaft werden lassen.

TPLF-Gründung

Angesichts dieser Situation und der existentiellen Probleme des Volkes von Tigray gründeten einige Intellektuelle am 18.2.1975 die TPLF und nahmen den bewaffneten Kampf auf. Ausgebildet worden waren sie zum Teil durch die EPLF (Eritrea). Sie vertrieben zunächst die feudalistischen Reaktionäre der EDU (Ethiopian Democratic Union), die versuchten, die Schwäche der Zentrale ausnutzend, Einfluß zu gewinnen.

Als 1976 der DERG eine große Bauernarmee rekurtierte und in Rich-

Als 1976 der DERG eine große Bauernarmee rekurtierte und in Richtung Eritrea schickte, gelang es im wesentlichen dank der Agitation durch die TPLF einerseits und tiefsitzende anti-amharische Ressentiments andererseits zu erreichen, daß 20.000 zwangsrekrutierte tigrianische Bauern desertierten. Sie kehrten mit ihren Waffen in den ländlichen Bereich zurück und schlossen sich zum Teil der TPLF an.

Innerhalb kurzer Zeit vergrößerte sich die Organisation immens. Heute hat die TPLF schon ca. 80% des Landes befreit. Fast der ganze ländliche Bereich wird von ihr kontrolliert. Nur die großen Städte entlang den beiden Hauptstraßen und jeweils ein ca. 5 km breiter Streifen im Umkreis sind noch unter der Kontrolle der Regierungstruppen. Aber auch die großen Straßen, wie z.B. die zwischen Addis Abeba und Asmara (Eritrea), sind für das Militärregime nicht mehr nutzbar, was eine unschätzbare Hilfe für den Widerstand in Eritrea ist.

In diesen ganzen Jahren hat das Militärregime in 6 großen Offensiven mit jeweils ca. 20.000 - 50.000 Soldaten (die letzte war im Augsut 1980 bis Anfang 1981 mit 50.000), unterstützt durch sowjetische und cubanische Militärberater, Mig 21, Mig 24-Kampfhubschrauber, anderem schweren Kriegsmaterial versucht, den Widerstand zu brechen. Alle Offensiven wurden von der TPLF und den Volksmilizen zurückgeschlagen, allerdings unter großen Verlusten in der Zivilbevölkerung, Verwüstung von Dörfern und Feldern, was zu nun mehr 80.000 Obdachlosen geführt hat.

Programm und Politik der TPLF

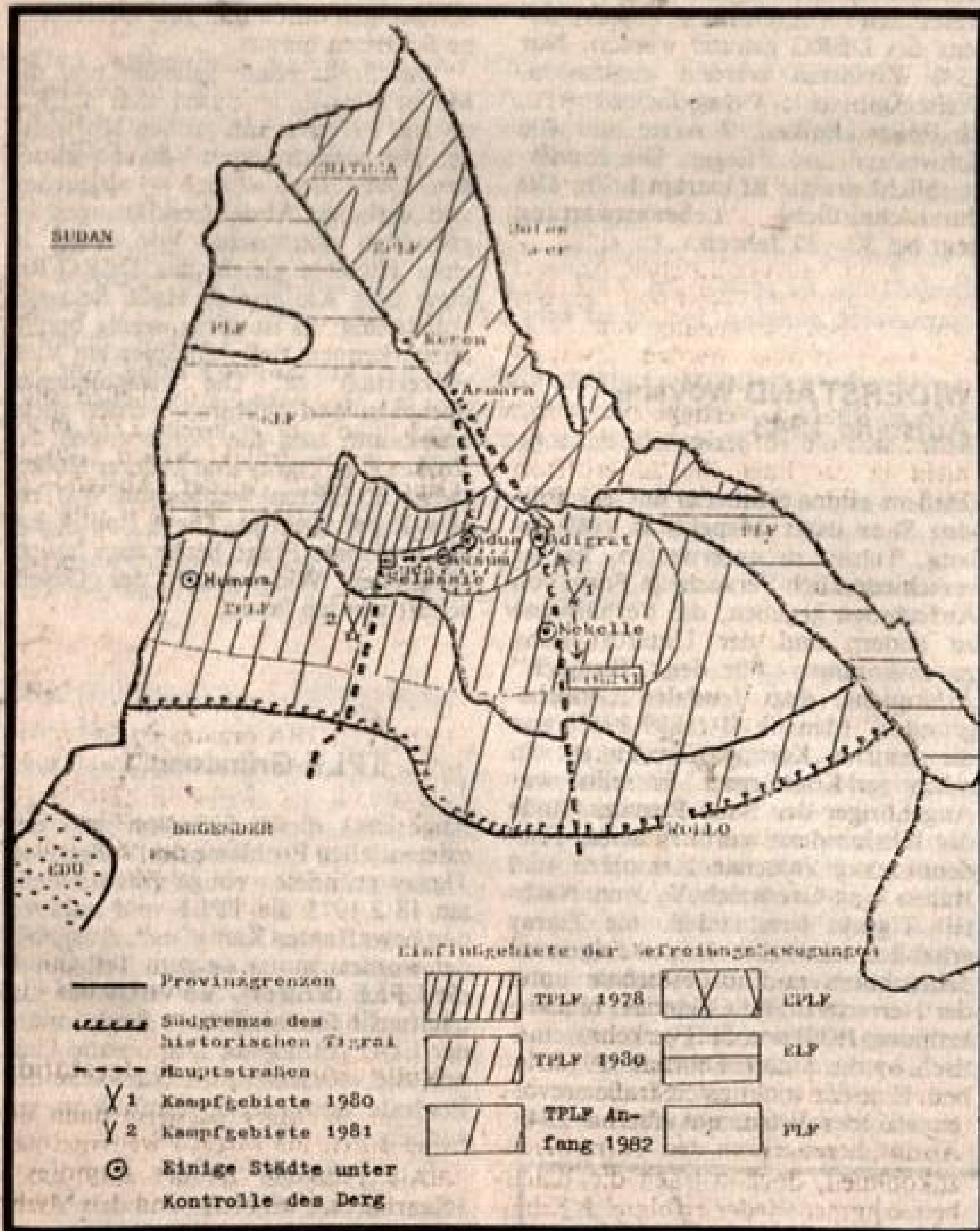
Die TPLF verfügt heute nach Schätzungen über 25.000 Kämpfer/innen. Ca. 28% der Militanten sind Frauen. Hinzu kommen noch die Volksmilizen in den Dörfern. Gefragt, ob die TPLF eine sezessionistische Bewegung sei, erklärte A.H., Mitglied des Zentralkommitees der TPLF in einem Interview mit „Storm" (Dez. Nr. 1981): *„Die TPLF ist keine sezessionistische Bewegung. Wir sind nicht gegen die freiwillige Einheit des Volkes in der Region oder der Nationen und Nationalitäten im Empire State. Wenn es eine demokratische Atmospäre gibt und wenn es der Wille des Volkes ist, dann ist die TPLF nicht gegen die Einheit mit anderen Völkern. Nur*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

wenn keine demokratischen Bedingungen herrschen, wenn die politischen Freiheiten des Volkes gewaltsam unterdrückt werden, und dem Volk ein erniedrigendes ökonomisches und soziales Leben aufgezwungen wird, dann entscheidet es sich für die Bildung einer unabhängigen demokratischen Republik.''

Die Schaffung eines demokratischen Äthiopien, in dem alle Volksgruppen, d.h. auch die amharische, auf gleichberechtigter freiwilliger Ebene, ohne Unterdrückung und Ausbeutung, unter Wahrung der eigenen Kulturen und Sprachen friedlich zusammenleben, ist das Ziel. Ohne diese



Möglichkeit allerdings nimmt die TPLF das Recht auf Ablösung für sich in Anspruch. Um diesen Punkt zu verwirklichen, arbeitet die TPLF an der Schaffung einer vereinten Demokratischen Front aller unterdrück-

zu verwirklichen, arbeitet die TPLF an der Schaffung einer vereinten Demokratischen Front aller unterdrück-

ten Völker Äthiopiens. Sie unterhält gute Beziehungen zur OLF (Oromo Somali Liberation Front) und zur WSLF (Western Somali Liberation Front) und arbeitet auch mit der EPLF (Eritrea) zusammen. Sie unterstützt auch andere Organisationen in Äthiopien und ruft sie auf, an der Schaffung einer Demokratischen Front zu arbeiten. So wird z.B. ein Teil der ehemaligen EPRF von ihnen militärisch und politisch ausgebildet, und überzählige Waffen werden an die Befreiungsbewegungen gegeben, so wie es vorher von der EPLF gegenüber der TPLF gemacht wurde.

Landreform

Ein wichtiger Punkt im Programm und in der Praxis der TPLF ist die Landreform. Für die überwiegend ländliche Bevölkerung ist das eine ganz entscheidende Frage. Das Land wird in Tigray in den befreiten Gebieten gleichmäßig aufgeteilt, ohne auf den Glauben oder das Geschlecht der Person zu sehen. So wurde und wird das Land auch an Frauen verteilt.

Diese Landreformen sind auch Programm der äthiopischen Zentralregierung, aber es gibt einen entscheidenden Unterschied. Die äthiopische Landreform ist auf dem Papier und in der Praxis nicht das gleiche. Es existieren, als ein Beispiel, geheime Rundschreiben des DERG, in denen die lokalen Autoritäten angewiesen werden, denen in erster Linie Land zu geben, die über die Maschinen verfügen, sie zu bestellen. Dazu gehört die Mehrheit der Bevölkerung Tigrays nicht. So werden die reichen Bauern begünstigt, während die ärmsten mal wieder leer ausgehen. Hinzu kommt, daß alle Entscheidungen doch nach wie vor von der Zentrale/Addis Abeba ausgehen.

In Tigray werden alle Entscheidungen auf dörflicher Ebene von den Bauern selbst gefällt, sodaß die Bauern die tatsächliche Kontrolle über ihr Land erhalten und ihre Angelegenheiten auf demokratischer Grundlage regeln können. Die neugegründeten Jugend- und Bauernvereinigungen helfen denen, die nicht fähig sind, ihr Land zu bebauen, z.B. aus Alters- oder aus gesundheitlichen Gründen. Und sie helfen auch denen, die so arm sind, daß sie keine Zugtiere und landwirtschaftliches Gerät besitzen. Die TPLF hilft dabei insofern, als sie die Dorfversammlungen mitorganisiert und Unterricht in landwirtschaftlicher Nutzung gibt. Ziel der TPLF ist es, allen Großgrundbesitz und das Pachtsystem abzuschaffen und eine Flurbereinigung der durch Erbteilung zerstückelten landwirtschaftlichen Flächen herbeizuführen, sowie langfristig kooperative Formen der Bestellung des Bodens zu organisieren. Aber all das nicht mit Druck, sondern gemäß den Wünschen der örtlichen Bevölkerung. Verbunden mit der Landreform sind Alphabetisierungskurse, die politische und militärische Bewaffnung der örtlichen Bevölkerung und deren medizinische Versorgung.

Frauen

Frauen

Einer der wohl wichtigsten Faktoren in der sozialen Revolution ist die sich verändernde Rolle der Frauen. Und es ist auch wohl gerade die Frauenfrage, an der sich, wie auch in Eritrea, der fortschrittliche Charakter dieser Bewegung besonders festmacht. Früher hatten die Frauen im feudalen Äthiopien überhaupt keine Rechte. Sie waren wenig mehr wert als Vieh. Als kleine Mädchen beschnitten (Klitoris und kleine Schamlippen wurden herausgeschnitten und der Rest zum Teil zusätzlich noch zugenäht), im noch kindlichen Alter verheiratet, ohne das Recht auf Besitz, ohne Erbberechtigung, ohne jegliches Mitspracherecht wurde ihr Leben von Anfang bis Ende von Männern bestimmt.

Ein Mädchen konnte mit 12 oder manchmal sogar mit 9 oder 10 von ihren Eltern verheiratet werden. Dabei hatte sie keinerlei Einfluß auf die Wahl des Ehemannes. Scheidungen konnten nur vom Mann ausgesprochen werden, und dieser entschied auch, was mit den gemeinsamen Kindern passierte. Frauen, ohne das Recht auf eigenen Besitz, waren so entweder darauf angewiesen, bei irgendwelchen Verwandten um Unterschlupf zu bitten oder aber ihnen blieb noch die Alternative der Prostitution.

Ihre Rolle war die, viele Kinder zu bekommen, und viele Frauen waren von dauernden Schwangerschaften mit Ende 20 physisch fertig. Die Lebenserwartung lag bei 35 Jahren. Neben der Produktion von Kindern mußten sie den Haushalt versorgen, Wasser holen, Holz sammeln, was teilweise lange Wegstrecken erforderte, Korn mahlen und oft noch auf den Feldern arbeiten. Fehlende medizinische Versorgung führte zu hoher Mütter- und Kindersterblichkeit.

Die Ursache dieser Verhältnisse liegt in den kulturellen und religiösen Fesseln einer feudalistischen und männlich-chauvinistischen Tradition. Die Kirche, ob Christentum oder Islam, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Sie machte die Frauen zum Eigentum des Mannes, dem sie allezeit zu gehorchen hatte.

In den befreiten Gebieten versucht die TPLF, dieser Sklaverei ein Ende zu setzen. Gemäß der Erkenntnis, daß Frauen doppelt unterdrückt sind, d.h. einmal durch die alle betreffenden politischen Verhältnisse, zum anderen durch die Männer, hat es einige einschneidende Veränderungen gegeben.

1. Das Heiratsalter wurde auf 18 Jahre heraufgesetzt und Frauen können nicht mehr gegen ihren Willen verheiratet werden. Die Praxis laut „Storm'': *Wenn einige Eltern versucht haben, ihre Tochter gegen ihren Willen mit jemandem zu verheiraten, haben andere Leute aus dem Dorf interveniert und mit den Eltern diskutiert. Normalerweise geben die Eltern nach, aber in einigen Fällen haben TPLF-Kader intervenieren müssen, um die Familie des Mädchens davon zu überzeugen, die veränderten Verhältnisse zu akzeptieren.''*

2. Frauen haben jetzt das gleiche Recht, sich scheiden zu lassen, und der Besitz wird zu gleichen Teilen zwischen Mann und Frau aufgeteilt. Im Falle der gemeinsamen Kinder bleiben diese normalerweise, soweit sie unter 8 Jahre alt sind, bei der Mutter. Kinder über 8 Jahre haben das Recht, selbst zu entscheiden, bei wem sie leben wollen.

3. Frauen haben jetzt das gleiche Recht, Eigentum zu besitzen. Wenn der Mann stirbt, erbt die Frau das Land und erhält Hilfe durch die Bauern- und Jugendorganisation, das Land zu bebauen. Wenn es zu groß für sie ist, erhält sie ein kleineres Stück. Dabei muß festgestellt werden, daß das Land nach den Erfordernissen der Familie verteilt wird, und dies berücksichtigt die Anzahl der Familienmitglieder. Frauen haben jetzt - auch die Möglichkeit, eine Ausbildung zu erhalten. Sie werden als Schneiderin, Mechanikerin, Weberin und in Reapraturwerkstätten ausgebildet. Frauen-Kämpferinnen arbeiten auch in landwirtschaftlichen Projekten. Dort lernen sie zu pflügen und Trecker zu fahren anstelle des in der Vergangenheit üblichen Pflückens und Unkraut Jätens. Das ist z.B. ein großer Unterschied zu der äthiopischen Landreform, wo die Männer nach wie vor die Arbeitsmittel unter Kontrolle haben und Frauen zu den schlecht oder gar nicht bezahlten, „einfachen'' Arbeiten verurteilt sind. Heute findet man auch die Frauen in den Selbstverwaltungsorganen und -büros oder als Lehrerinnen in Schulen.

4. Für die bessere medizinische Versorgung sorgen die neuen Gesundheitszentren. Die Barfußärzte und -ärztinnen geben außer medizinischer Hilfe Unterricht in Gesundheitsvorsorge, und Frauen werden ermuntert, sich ausbilden zu lassen.

ge, und Frauen werden ermuntert, sich ausbilden zu lassen.

5. Ca. 28% der Militanten der TPLF sind heute Frauen. Der größte Teil von ihnen kommt aus den Massenorganisationen. Die Voraussetzungen sind physische Gesundheit und ein Alter über 17 Jahre. Nur wenigen wird erlaubt, vor diesem Alter teilzunehmen. Der größte Teil der Kämpferinnen ist sehr jung, obwohl es auch einige ältere Frauen gibt, die hinzustoßen. Frauen erhalten ein spezielles Trainingsprogramm. Danach sind ihre Ausbildung und ihre Aufgaben die gleichen wie die der Männer.

6. Auf der politischen Ebene nehmen die Frauen an allen Entscheidungen teil. Zum einen sind sie gleichberechtigte Mitglieder der Dorfversammlungen, die wiederum regionale Versammlungen wählen, die große Gebiete Tigrays betreffen. Diese regionalen Versammlungen wählen die Delegierten zum TPLF-Congress. Der TPLF-Congress tritt alle 3 Jahre zusammen und umfaßt auch die Delegierten aus den Massenorganisationen, wie z.B. Jugend-, Frauen- und Bauernvereinigungen. Frauen können so auf verschiedene Weise in zentrale Entscheidungsprozesse eingreifen. Von ausländischen Beobachtern wird immer wieder hervorgehoben, daß die neugegründeten Frauenvereinigungen, die die aktiven Träger dieser Veränderungen sind, die wohl kämpferischsten Massenorganisationen in den befreiten Gebieten sind.

Der Aufbau dieser Vereinigungen geht etwa so vor sich: Der erste Schritt sieht so aus, daß weibliche TPLF-Kader Familien in den neu befreiten Gebieten besuchen und mit den Eheleuten sprechen. Sie ermuntern die Frauen, in die neugegründeten Vereinigungen einzutreten und Alphabetisierungskurse mitzumachen. Dieses Sprechen mit beiden, Mann und Frau, soll dazu dienen, nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer in den neuen Prozeß mit einzubeziehen. Zum Teil ist es dann auch so, daß Männer ihre Frauen selber mit agitieren. Ist dieser Schritt getan, sind die Frauen dann schnell dabei, für sich selbst zu kämpfen.

Einen weiteren integralen Bestandteil der sozialen Revolution stellt die Alphabetisierungskampagne dar. Zum erstenmal in der Geschichte Tigray erhalten hier die bäuerliche Bevölkerung im allgemeinen und die Frauen im besonderen Lese- und Schreibunterricht und damit einen verstärkten Zugang zur eigenen Kultur und zu moderner Bildung. In den befreiten und halbbefreiten Gebieten wurden Grundschulen aufgebaut.

Einen weiteren Eckpfeiler beim Aufbau sozialer Strukturen und Verwaltungen bildet neben der Landreform und der Alphabetisierungskampagne der Aufbau eines medizinischen Versorgungsnetzes. Mehrere zentrale Feldhospitäler, zahlreiche mobile medizinische Teams und eine wachsende Anzahl von Barfußärzten sind die Grundelemente dieses entstehenden Gesundheitswesens. Es wurde eine medizinische Schule eingerichtet, die ausgewählten Bauern und Kämpfern Unterricht gibt.

Zum Schutz der befreiten Gebiete werden von der TPLF aus den Reihen der Massenorganisationen Volksmilizen aufgebaut. Ihre Aufgabe ist es, die Bewachung der befreiten Gebiete zu gewährleisten und im Falle eines äthiopischen Angriffs die erste Verteidigung und später die Unterstützung der TPLF-Truppen zu organisieren. Die Stärke dieser Milizen übertrifft

der TPLF-Truppen zu organisieren. Die Stärke dieser Milizen übertrifft

noch bei weitem die Anzahl der TPLF-Truppen.

Die militärische Strategie der TPLF liegt zum einen in ihrer Verankerung in der Bevölkerung, zum anderen in ihrem Konzept der mobilen Guerillakriegsführung begründet. Sie vermeiden offene Feldschlachten oder Stellungskämpfe um Orte. Unternimmt der Gegner Vorstöße in befreite Gebiete, versucht die TPLF ihn mit Angriffen aus dem Hinterhalt und Blitzangriffen auf rückwärtige oder Vorausabteilungen aufzuhalten, zu schwächen und, wenn möglich, zum Stehen zu bringen. Die Präsenz der TPLF in nahezu dem gesamten Gebiet Tigrays ermöglicht ihr zugleich, im Falle eines äthiopischen Vorstoßes an mehreren Stellen entlastende Angriffe zu führen und so den Gegner zur Aufsplitterung seiner Kräfte zu zwingen. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß die TPLF keinerlei militärische Unterstützung aus dem Ausland erhält. Ihre Waffen und alles Material kommen vom Gegner. „We destroy our enemy with his own weapons'', d.h. „wir zerstören unseren Feind mit seinen eigenen Waffen'' ist ihre Parole, auf die sie sehr stolz sind. Und da sie bisher so erfolgreich waren, sind sie heute außerordentlich gut ausgerüstet und in der Lage, überschüssige Materialien in andere Gebiete Äthiopiens an befreundete Organisationen abzugeben.

Für das äthiopische Regime und ihre sowjetischen Freunde sieht die Lage schlecht aus. Noch 1978 konnten sie die eritreischen Kämpfer in einer Mammutoffensive zurückschlagen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kämpfe in Äthiopien selber noch nicht so weit entwickelt. Wenn sie heute Tigray zurückerobern wollten, müßten sie eine Armee von über 100.000 Mann aufbieten (So groß ist heute gerade die Armee Äthiopiens). Das können sie nicht, weil sie es heute nicht nur mit einer Front zu tun haben, sondern an den verschiedensten Stellen angegriffen werden: z.B. die Tigrais, Eritreer, Oromos und Somalis. Der DERG versucht durch Zwangsrekrutierungen Menschenmaterial für seine Kriege zu bekommen, was ihm aber im eigenen Land nur immer neue Gegner schafft.

Ein großes Problem allerdings ist die nahezu tägliche Bombardierung von Dörfern und Kleinstädten.. Durch das Verbrennen der Ernte aus der Luft und der Zerstörung der Häuser ist eine große Anzahl von Menschen obdachlos und ohne die nötige Nahrung. Das hat zu einem großen Flüchtlingsstrom geführt. Die TPLF versucht, dafür zu sorgen, daß die Menschen im Land bleiben können und nicht ins Ausland fliehen müssen. Die Aufgabe der Versorgung der Flüchtlinge wird von der „Relief Society for Tigray'' (REST) übernommen. Diese Organisation versucht, in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen Hilfsgüter wie Nahrungsmittel, medizinisches Material, Schulmittel usw. zu beschaffen. Im Sudan sind zwei Kinderheime aufgebaut worden und kleine Werkstätten wie Webereien, Schneidereien. Die hergestellten Güter werden nach Tigray exportiert und dort verkauft.

Die deutsche Sektion von REST ist die „Hilfsorganisation für Tigray e.V.''. Wer dem Volk von Tigray helfen will, kann auf folgendes Konto Geld überweisen:
Kontaktadresse: c/o Asbeha Tesfay
Eulengasse 48 - 52, 6000 Frankfurt/M.

Eulengasse 48 - 52, 6000 Frankfurt/M.



Spendenkonten: BfG Stuttgart
(BLZ 600 101 11) Nr. 1096535000
oder: Postscheck Stuttgart
(BLZ 600 100 70) Nr. 15112-700

Benutztes Material:
1. „iz3w'' Nr. 96, Sept. 1981
2. „Pogrom'' Nr. 83, Juli/Aug. 81
3. „Storm'': Somali, Tigray und Oromo Resistance Monitor, Vol. 1, No. 5 Dez. 1981
4. „Tigray in Struggle'': Information Bulletin of the TPLF, published by the foreign Affairs Bureau Europe and the America Section
5. „Women of Tigray in Struggle'': Vol I Nr. 1, Juni 1981 Union of Tigreans in Europe, Women's Study Group

Afrika-Kommission
mit Hilfe von Tigreans in Hamburg

Von Sanrizuka lernen!

Schien es im Herbst und Winter 1971 zwar, als gelänge es der staatlichen Repression in Japan, den Widerstand der verbliebenen Bauern endgültig zu brechen, so wurden Regierung, Polizei und die Flughafengesellschaft Narita binnen kurzem eines besseren belehrt.



Neue Lösungen: Die Verbindungen des Kampfes gegen den Flughafen mit dem Kampf für die Produktion

Im Zusammenhang mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Auseinandersetzungen an der Toho-Kreuzung, bei denen drei Polizisten starben, werden 32 Mitglieder des Oppositionsverbandes verhaftet. Alle gleich mehrmals, immer ein bis zwei Monate und immer gerade dann, wenn in der Landwirtschaft ihre Arbeitskraft dringend benötigt wird. Ziel dieser Aktion ist nicht nur Einschüchterung und Kriminalisierung sondern auch, die Bauernfamilien ökonomisch zu ruinieren. Gleichzeitig sehen sich die Bauern, die ihre Höfe auf dem für die 2. Ausbauphase des Flughafens benötigten Land haben, mit einem weiteren Problem konfrontiert. Die Äcker, die nach dem 2. Weltkrieg neuangelegt wurden, verlieren um das Jahr 1972 nach und nach immer mehr an Fruchtbarkeit, da der Boden durch intensive Nutzung von chemischem Dünger und Insektiziden ausgelaugt ist. Die Erträge pro Hektar sinken. Hinzu kommt eine staatliche Landwirtschaftspolitik, die nicht nur in Sanrizuka aufs Bauernlegen abzielt.

Dagegen entwickeln sie ihr Konzept alternativer, von staatlicher Subvention unabhängiger Landwirtschaft. Anfangs vier, dann 17 Bauernfamilien haben sich zu Kollektiven zusammengeschlossen, die gemeinsam die Äcker bestellen. Daraus hat sich eine Vertriebsgenossenschaft entwickelt, die die Produkte direkt an die Verbraucher zu Festpreisen verkauft

Ähnlich ist es mit der Ein-Paket-Bewegung. Ein Paket enthält Frischgemüse für den Wochenbedarf einer Familie. Insgesamt 1.200 angeschlossene Familien werden auf diese Weise von fünf weiteren Bauernfamilien ernährt.

Zusätzlich wird eine Konservenfabrik gebaut; sie wurde finanziert durch Spenden aus ganz Japan sowie Anteilscheine und beschäftigt 15 Arbeitskräfte. Vor allem auch wegen der schmerzhaften Erfahrung, daß die zwangsenteigneten Bauernfamilien eine nach der anderen Sanrizuka verliessen, da sie keine Arbeitsplätze finden konnten, werden hier ältere Frauen beschäftigt, deren Land enteignet worden war.

Die verbliebenen 13 Familien bebauen nicht nur die ihnen gehörenden 37 ha Land, sondern sie haben weitere

Die verbliebenen 13 Familien bebauen nicht nur die ihnen gehörenden 37 ha Land, sondern sie haben weitere

85 ha, die bereits im Besitz der Flughafengesellschaft sind, wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt.

Aufbau einer nationalen Unterstützungsbewegung

1974 gelingt es dem Oppositionsverband durch die Kandidatur seines Vorsitzenden Issaku Tomura bei den Unterhauswahlen, eine eigene Organisationsstruktur in ganz Japan aufzubauen. 230.000 Wählerstimmen sind ein Ergebnis davon. In jeder größeren japanischen Stadt gibt es eine Unterstützergruppe. 1976 gar findet sich — erstmals nach dem Zusammenbruch der Studentenbewegung und der Bewegung gegen den Krieg in Vietnam — wieder eine Gruppe prominenter Autoren und Intellektueller zusammen, um einen Aufruf zu verfassen, der die Forderungen der Bauern „Weg mit dem Flughafen, keine zweite Bauphase'' unterstreicht, und das Schweigen in der japanischen Öffentlichkeit über die Vorgänge in Sanrizuka durchbricht.

Der Kampf um den Iwajama Turm

Im Januar 1977 erklärt Premierminister Fukuda die Eröffnung des Flughafens von Narita zu einer der wichtigsten innenpolitischen Anliegen seiner Regierung. Gleichsam nebenbei soll die Bauernbewegung von Sanrizuka mit erledigt werden. Zwar ist der Flughafen seit März 1973 mit einem Rollfeld fertiggebaut, doch sahen sich die vorherigen Regierungen nicht in der Lage ihn zu eröffnen. Daß es ihm ernst damit sei, sollte am Iwajama-Turm exemplarisch gezeigt werden.

Dieser Turm, eine 62 m hohe solide Stahlkonstruktion, war im Frühjahr 1972 innerhalb zweier Tage im Schutz einer nationalen Großdemonstration unter den Augen der Eliteeinheiten der japanischen Polizei aufgebaut worden. Entwickelt und gebaut in der Nähe Tokios wurden seine Einzelteile von Tausenden von Demonstranten durch die Polizeisperren geschmuggelt. Fünf Jahre lang steht er als Symbol für den gemeinsamen Widerstand der Bauern, Arbeiter und Studenten. Plaziert an der südlichen Spitze der 4.000 m langen Start- und Landebahn inmitten unwegsamen Geländes blockiert er erfolgreich den Flugverkehr.

Zwar war im Februar 1976 mit einem „strategischen'' Straßenausbau begonnen worden, um überhaupt mit Abrißfahrzeugen an den Turm heranzukommen, doch wurden die Bauarbeiten immer wieder erfolgreich behindert.

Am 17. April 1977 findet zur Verteidigung des Turmes und um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren eine Kundgebung mit 23.000 Teilnehmern in Iwajama statt. Trotzdem gelingt es der Polizei in einem Überraschungsangriff 14 Tage später, den Turm zu schleifen. Bei der anschliessenden Demonstration wird Kaoru Higashiyama, ein 27 Jahre alter Arbeiter, von einer Tränengasgranate tödlich getroffen. Sie wurde aus 5 Metern Entfernung von einem Polizisten direkt auf ihn abgefeuert .

Als am nächsten Tag von einem Demonstrationszug, der gegen die Ermordung Higashiyamas protestiert,

Entfernung von einem Polizisten direkt auf ihn abgefeuert .

Als am nächsten Tag von einem Demonstrationszug, der gegen die Ermordung Higashiyamas protestiert,

das Haus des Bürgermeisters von Shibayama angegriffen wird, eines entschiedenen Befürworters des Flughafenprojektes, kommt es wieder zu harten Auseinandersetzungen, wobei diesmal ein Polizist sein Leben verliert.

Gleichwohl erklärt der Transportminister Tamura, daß der Flughafen endgültig am 30. März 1978 eröffnet werden soll. Zwar wird im Winter 1977 an der Stelle des ehemaligen Iwajamaturmes eine neue Festung, diesmal aus Beton, errichtet, und zusätzlich ein weiteres Bollwerk mit einem Stahlturm am Ende der geplanten Querrollbahn der zweiten Ausbauphase gebaut. Doch auch dieser Eisenturm wird von der Polizei zerstört. Fürs erste scheint es so, als wäre damit die Eröffnung des Flughafens gewährleistet, da es diesmal ohne „nennenswerten'' Widerstand abgegangen ist.

Der Widerstand der Eisenbahner

Doch da bekommen die Flughafenbetreiber an ihrer Achillesferse zu spüren, welche Ablehnung dieses umweltzerstörende Projekt in der Region um den Flughafen erfährt. Da Sanrizuka noch nicht über so reiche Erdölvorkommen wie z.B. unter dem Frankfurter Flughafen verfügt, muß das Kerosin irgendwie an den Flughafen gebracht werden. Zwar existierte ein Plan aus dem Jahre 1971, wonach diese kostbare Flüssigkeit vermittels einer 47 km langen Pipeline vom Hafen in Chiba nach Narita fließen sollte, doch schon im Frühjahr 1973 mußte von diesem Projekt wegen „lokaler Gegnerschaft'' wieder Abstand genommen werden. So hatte man im August 1975 mit den japanischen Eisenbahnen eine Vereinbarung getroffen, daß sie den Transport des Kerosins übernehmen würden.

Als die Öllieferungen im März 1978 aufgenommen werden, kommt es zum Streik der Lokführer. Sie sind in der DORO CHIBA organisiert, einer kleinen aber sehr militanten Gewerkschaft der staatlichen Transportarbeiter, die sich auch in der Vergangenheit nicht an das Streikverbot im Staatsdienst gehalten hatte. Nur mit massiver Unterdrückung gelingt es, den Streik zu brechen. Doch sollte sich diese Form des Öltransports auch in der Zukunft als einer der wunden Punkte des Flughafens herausstellen.

Neue Formen des Widerstands?

Am 26. März passierte dann das, was durch die Medien weitergetragen als das Eigentliche des Kampfes in Sanrizuka übrigbleibt und den Mythos der Militanz begründet:

Bei einer Großdemonstration gegen die Eröffnung des Flughafens mit mehreren Zehntausend gelingt es einer kleinen Gruppe von 30 Demonstranten, durch ein Flughafentor zu brechen, in den Tower einzudringen und dort sämtliche wichtigen elektronischen Anlagen zu zerstören. Mehr als 200 Personen werden an diesem Tag verhaftet, mehrere hundert zum Teil schwer verletzt. Yukio Niiyama, der sich beim Angriff auf den Kontrolltower schwere Brandverletzungen zuzog, stirbt wenig später. Die Eröffnung des Flughafens wird nach dieser Aktion nochmals um zwei Monate verschoben, um dann endgültig am

trolltower schwere Brandverletzungen zuzog, stirbt wenig später. Die Eröffnung des Flughafens wird nach dieser Aktion nochmals um zwei Monate verschoben, um dann endgültig am

20. Mai 1978 stattzufinden (siehe hierzu AK 126 und AK 130).

Schluß folgt

Wie Phoenix aus der Asche — Energiekrise und „Modell Deutschland"

In den letzten Jahren sind die Energiepreise überproportional gestiegen. Alle spüren es in der Geldbörse, die einen weniger und die anderen mehr. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in den letzten zwei bis drei Jahren auf dem Buchmarkt eine Reihe von Titeln erschienen, die sich mit der „Energieproblematik'' befassen. Wesentliche Aussage dieser Bücher ist, daß bei Ausschöpfung des großen Reservoirs an Einsparungsmöglichkeiten sowie einer stärkerenn Ausnutzung regenerativer Energiequellen der Energieverbrauch selbst bei steigendem Wohlstand gesenkt werden könne. Auch ökologische Forschungsinstitute (Ökoinstitut Freiburg und Ifeu Heidelberg) publizierten Bücher zu diesem Thema („Energiewende, das Sanfte Energiehandbuch''). Gemeinsam ist allen Autoren, daß sie sich darauf beschränken, zu zeigen, was technisch machbar wäre. Der politische Rahmen der Bücher ist allerdings recht dünn und erschöpft sich zumeist in der auch von der Bundesregierung propagierten Parole „Weg vom Öl''.

Das im Juli 81 im Verlag 2000 Pocket erschienene Taschenbuch „Wie Phönix aus der Asche — Energiekrise und „Modell Deutschland'' macht hier eine rühmliche Ausnahme: In insgesamt 9 Beiträgen werden ökonomische, politische und ideologische Dimensionen der „Energiekrise'' und des „Energiesparens'' herausgearbeitet. Die Autoren zeichnen zunächst die Energiepolitik der BRD seit 1973 — der sogenannten „1. Energiekrise'' — mit zahlreichen Fakten und Übersichten nach. 1973 hatte nämlich das Erdöl einen Anteil von 55% des Primärenergiebedarfs erreicht. Seit den ersten Preiserhöhungen durch die OPEC-Länder im Jahre 1973 haben die imperialistischen Staaten eine ganze Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen, um den Ölanteil zu senken. In der BRD konnte der Anteil des Erdöls an der Primärenergie auf 43,8% im Jahre 1981 gesenkt werden. Die „Energiekrise'' war für das Energieversorgungssystem der BRD von entscheidender Bedeutung.

— Noch 1961 mußten nur 14,9% der Primärenergie eingeführt werden. Der Hauptteil wurde durch Kohle von Ruhr und Saar abgedeckt. 1973 waren es 56,6%, d.h. die BRD war stark abhängig von Energieimporten geworden.

— Es trat eine Verschiebung der Preisrelation zwischen den verschiedenen Primärenergieträgern ein. Kohle, Erdgas, Atomenergie etc. konnten nach der Ölpreiserhöhung wieder mit dem Erdöl konkurieren.

Diese Faktoren machten eine Umstrukturierung des Energiesektors notwendig. Diese Notwendigkeit wurde für das Kapital durch die „2. Energiekrise'' 1979/80 noch entscheidend beschleunigt. Zum erstenmal in der Geschichte der BRD wurden Waren im höheren Wert ein- und ausgeführt (Stichwort: negative Handelsbilanz). Dies war aber nicht nur bedingt durch höhere Preise für Erdöl (wertmäßiger Anstieg um 17%), sondern auch durch verstärkte Einfuhren aus Japan (Anstieg um 32%) und den USA (17% Anstieg).

Mit dem starken Anstieg des Energiepreisniveaus wurden alternative Energieträger wie etwa neue Kohletechnologien, Wärmepumpen, Biomasse, sowie bessere Wärmeisolierung rentabel. Dies wiederum eröffnete für das westdeutsche Kapital (insbesondere dem Maschinen- und Anlagenbau) einen neuen, profitablen Markt, der „fette Chancen in mageren Jahren'' verspricht. Da nun die BRD gerade im Maschinenbau, im Anlagenbau und in der Elektrotechnik etc. den imperialistischen Mitkonkurrenten mehr als eine Nasenlänge voraus ist, bietet die Energiekrise *„für das bundesdeutsche Kapital die Chance, die europäische Konkurrenz auszumanövrieren, alte Weltmarktpositionen zu behaupten und neue hinzuzugewinnen. Das ‚Modell Deutschland' wird so befähigt, als Phönix aus der Asche des abgebrannten Weltenergiesystems hervorzugehen''* (Seite 31). So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Außenhandelsbilanzüberschüsse im Herbst 81 mit 5,3 Milliarden DM monatlich ein noch nie gekanntes Hoch erlebt haben.'' *Besonders hat der Maschinenbau dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik einen bevorzugten Platz unter den Industrienationen des Westens einnimmt''* („Spiegel'' vom 14.12.81).

Da nun aufgrund des politischen Widerstandes und technischer Hürden der Ersatz des Erdöls nicht allein oder hauptsächlich durch Atomkraft erfolgen kann, hat sich die Bundesregierung für einen Weg des „Option-offen-haltens'' entschieden. Diese Entwicklung stellen die Autoren anhand der Energienenquetekommission dar. Daß das bundesdeutsche Kapital ebenfalls für alle Optionen gut gerüstet ist, wird dann anhand von Siemens, AEG-Telefunken, Gutehoffnungshütte, VW etc. exemplarisch dargestellt.

Die Autoren beschränken sich in ihrer Darstellung hauptsächlich auf die Chancen des westdeutschen Kapitals, durch neue Energietechnologien neue Märkte zu erschließen und Profite zu machen. Nicht diskutiert wird, welche Auswirkungen die Reduzierung des Ölverbrauchs und die Rückverlagerung der Energieversorgung in politische „sichere'' Gebiete (Nordseeöl, Alaskaöl etc.) auf die Wirtschaft der OPEC-Länder selbst und das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern und den OPEC-Staaten hat (siehe hierzu AK 216).

Das Zerbrechen des OPEC-Kartells, in dem sich heute die *„13 Mitgliedsstaaten gegenseitig unterbieten, um — wie etwa im Fall des Irans und Libyens — dem drohenden Bankrott zu entgehen''* („RNZ'', 4.3.82), ist ein ebenso gewollter Effekt der Umstrukturierung der Energieversorgung in den imperialistischen Ländern wie die Chance des Kapitals, neue profitable Märkte zu erschließen.

Es scheint mir aber nicht zufällig, daß die Autoren diesen außenpolitischen Aspekt vergessen. So schreiben sie in ihrem Fazit: *„Die industrielle Offensive ‚sanfter' Technologien profitiert vom Vormarsch der ‚sanften' Philosophie und beschleunigt diesen zugleich: woraus zwar keine Allianz auf Dauer entstehen kann, wohl aber ein effektives Bündnis gegen den Atomkomplex. Brokdorf treibt einen Keil auch ins kapitalistische Lager ... Zunächst jedenfalls eröffnen sie lediglich die Option zwischen ‚schlechten' und ‚guten' Kapitalisten-mit oder ohne GAU-Risiko.''*

Ausnutzen der Widersprüche zwischen den „harten'' und den „soften'', den „guten'' und den „bösen'' Kapitalisten scheint bei den Autoren das Energiegeschäft zu beherrschen. Trotz dieser politischen Schwächen kann ich das Buch nur allen, die sich mit der Energiefrage auseinandersetzen, empfehlen. Es hat seine Stärken in den ökonomischen Analysen, ist recht faktenreich bezüglich der Veränderungen auf dem Energiemarkt und alles in allem recht lesbar geschrieben.

Wi/KB/Gruppe Heidelberg

„Wie Phönix aus der Asche? – Energiekrise und „Modell Deutschland''. Hrsg. von Volkhard Brandes, Jens Hahn und Joachim Hirsch erschienen im Verlag 2000 Gmbh und kostet DM 10



Nach langen Querelen eine positive Meldung:
GAL Hamburg gegründet

Hamburgs Grüne und die Alternative Liste – beide zusammen repräsentieren über 1.000 Mitglieder – haben sich endlich geeinigt. Am 13./14. März beschlossen sie gemeinsam, eine Gruppe von 29 Kandidaten zu unterstützen, die als „Grün/Alternative Liste" – GAL – zu den Bürgerschaftswahlen am 6. Juni antreten wird. Diese Einigung war eine wichtige Voraussetzung für eine chancenreiche Kandidatur, deren Ergebnis allgemein erheblich über der 5 %-Hürde erwartet wird.

Der 13./14.3. war ein intensives Arbeitswochende, auf dem die wichtigen Programmteile zu den Themen Umweltschutz/Ökologie, Wirtschafts- und Haushaltspolitik, Frieden, Frauenpolitik sowie Wohnungs- und Verkehrspolitik verabschiedet wurden. Der gemeinsame Programmkongreß wird am 27./28. März fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlos-

greß wird am 27./28. März fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlossen.

Weiter wurden Papiere verabschiedet, die den Modus der internen Zusammenarbeit zwischen Grünen und AL sowie zwischen diesen beiden und der Kandidatengruppe GAL regeln, außerdem Papiere zum Verhalten gegenüber der SPD im Parlament und grundlegende Aussagen zur Parlamentsarbeit.

Grüne und AL hatten in getrennten Mitgliederversammlungen ihre Kandidaten für die gemeinsame Liste gewählt. Auf der Liste kandidieren Mitglieder von Bürgerinitiativen wie dem „Aufschrei" gegen die Sparpolitik, der Moorburger BI gegen die Hafenerweiterung, aus Frauen- und Umweltschutzgruppen, Ökologen, ehemalige (und ein Noch-)SPD'ler, zwei Mitglieder des KB, ein DKP-Mitglied, ein ehemaliges FDP-Mitglied und zwei Mitglieder der Gruppe Z. Auf den aussichtsreichen acht vorderen Plätzen kandidieren: Thea Bock (AL, BI Moorburg), Thomas Ebermann (Grüne, Z), Angelika Birk (Grüne), Ulla Jelpke (AL, KB), Klaus Gärtner (Grüne), Udo Hergenröder (AL, DKP), Bernd Vetter (Grüne) und Regula Schmidt-Bott (AL, ehemals SPD-Vorstand). Auf Platz 5 kandidiert, von der AL vorgeschlagen, Süreyya Turhan (Türkei).

Elf der 29 Kandidaten sind Frauen, unter den ersten zehn sind fünf Frauen.

Das GAL-Programm

Das GAL-Programm

Wichtige Programmteile wie Demokratie, Recht, Justiz, Antifaschismus, Ausländer, Bildung und Gesundheit sind noch nicht behandelt. Im folgenden die Grundzüge des bisher verabschiedeten GAL-Programms.

Frieden

Die GAL *„versteht sich als Teil der Friedensbewegung und wird auch deren Forderungen in den Parlamenten vertreten"*. Die Kriegsgefahr gehe von der aggressiven Politik der USA und der NATO aus, die *„einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar machen"* wollen. Aktuelles Ziel ist die Verhinderung der „Nach"rüstung. Neben der Vernichtung aller Atomwaffen werden die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Portugal bis Polen und einseitige Abrüstungsschritte der BRD gefordert. Als Weg zum NATO-Austritt der BRD werden Zwischenschritte zur „Herauslösung der BRD aus der NATO" angegeben. Eine Auflösung der Bundeswehr wird angestrebt. Zur Sowjetunion wird ausgesagt, daß sie nicht „grundsätzlich friedliebend" sei, wie ihr Verhalten in der CSSR und Afghanistan zeige, daß aber eine friedliche Entwicklung in dem Maße möglich sei, wie die Bedrohung der SU durch das westliche Militärbündnis abnehme.

Wirtschafts- und Haushaltspolitik

„Die Kapitalistische Marktwirtschaft ordnet die Menschen ihrer Krisen-

„Die Kapitalistische Marktwirtschaft ordnet die Menschen ihrer Krisenentwicklung unter und opfert die natürlichen Reichtümer der Gesellschaft der Konkurrenz um immer größere Gewinne. Ökonomische und ökologische Krisen haben den gleichen Ursprung und vergleichbare Auswirkungen: Beide zerstören Produktivkraft, menschliche und natürliche". Gefordert werden *„Produktionsverhältnisse, in denen eine bewußte Planung der Bedürfnisbefriedigung die natürlichen Reichtümer erhält bzw. wiederherstellt, und in denen die arbeitenden Menschen demokratisch über ihre Arbeitsverhältnisse bestimmen und in Kooperation mit jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen in Staddteilen, Krankenhäusern usw. über Produkte und soziale Leistungen entscheiden"*. Gefordert werden: Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit (35-Stunden-Woche), Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die kompromißlose Ablehnung jeglicher Sparpolitik sowie ein Beschäftigungsprogramm für Hamburg mit den Schwerpunkten Rüstungskonversion, Energie (Fernwärmeausbau), kommunaler Wohnungsbau und Ausbau der sozialen Dienste, für das die Mittel aus Umschichtungen im Hamburger Haushalt (Ablehnung der Hafen-, Messe- und Polizeierweiterung) sowie aus Spitzenbesteuerung, Eintreibung der Steuerrückstände und Subventionsabbau gefordert werden.

Als langfristiges Ziel wird die *„gesellschaftliche Aneignung der Produktion"* formuliert.

Umweltschutz/Energie

Kernpunkt ist die Ablehnung der Kernenergie mit den Forderungen nach Nicht-Bau des AKW-Brokdorf, Nicht-Inbetriebnahme von Krümmel und Stillegung von Brunsbüttel und Stade. Durch Kraft-Wärme-Koppelung und Nutzung industrieller Abwärme soll ein neues Energiekonzept mit den Schwerpunkten Fernwärmeversorgung und dezentralen Kraftwerksbau verwirklicht werden. Die Ablehnung von Strompreiserhöhungen zu Lasten der privaten Haushalte sowie die Verstaatlichung der Hamburger Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke unter demokratischer Kontrolle gehört zum Programm. Neben Programmen zur Trinkwasserversorgung, Lärmschutz und der Luftreinhaltung sowie dem Naturschutz liegt ein Schwerpunkt auf der Ablehnung der Hafenerweiterung sowie der Erhaltung der gefährdeten Dörfer Moorburg, Francop und Altenwerder. Die Unterelbe-Industrialisierung soll gestoppt werden, die Elbe nicht



weiter vertieft und die Einleitung industrieller Abwässer in die Elbe verboten werden. Die Forderungen der existenzbedrohten letzten Elbfischer werden unterstützt und eine Elbsanierung gefordert.

Wohnungspolitik/Stadtplanung/Verkehr

„Wohnen darf keine Ware sein", deshalb fordert die GAL die Kommunalisierung von Grund und Boden, das heißt Vergabe von Nutzungsrechten durch den Staat; einen kommunalen Wohnungsbau mit öffentlichen Geldern unabhängig vom freien Kapitalmarkt; bedürfnisgerechte Wohnungen mit hohem Standard für alle.

Neben Forderungen zur Herstellung eines Mietrechts als echter Mieterschutz wird der Schutz des Wohnungsbestandes gegen Abriß, profitable Modernisierung und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gefordert. Besetzung leeren Wohnraums wird von der GAL unterstützt, *„Duldung statt Räumung von Besetzungen leerer Wohnungen"* gefordert.

In der Stadt- und Verkehrsplanung *„müssen ökonomische und ökologische Kriterien für eine bessere Aufgabenteilung für die verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten an-*

Fortsetzung nächste Seite

Grüne Alleinkandidatur in Hamburg-Wandsbek

In einer Kampfabstimmung beschlossen die Wandsbeker Grünen mit 25 gegen 18 Stimmen eine grün-offene Liste unter dem Namen DIE GRÜNEN für die Bezirksversammlung anzumelden. Ein Bündnis mit der AL wurde abgelehnt. Der Beschluß vom 3.3. erfolgte nur vier Tage nach dem grün-alternativen Arbeitstreffen, auf dem die Weichen für eine Einigung in Richtung GAL gestellt wurden.

Wandsbek ist ein grüner Kreisverband, in dem sich traditionell viele Ökologen und Opponenten zur Mehrheitslinie im Hamburger Landesverband sammeln. Der Beschluß erfolgte, obwohl die Wandsbeker AL (sie gehört zu den stärksten AL-Gruppen) treu den Hamburger Vereinbarungen für ein Zusammengehen folgte. Die AL reagierte zunächst sehr zurückhaltend. Der grüne Landesvorstand leitete ein Schlichtungsverfahren ein. *Noch während der Schlichtung verteilten Wandsbeks Mehrheits-Grüne öffentlich Flugblätter, auf denen ihre Kandidatur als Grüne und die Ablehnung des Bündnisses mit der AL bekanntgegeben wurden.* Gleichzeitig wurde in einer internen Erklärung der Schuldige gefunden: *„Die grün-offene Liste wurde aus inhaltlichen und juristischen Gründen beschlossen. Dies insbesondere, weil der KB als tonangebend in der AL-Wandsbek keine alternative Kraft ist."* Die Töne sind bekannt bei solchen Spaltungen, im Konkreten bei einer Wandsbeker AL mit 60 - 70 Mitgliedern aber besonders pikant und provozierend: In dieser Bezirksgruppe ist der KB mit einem organisierten Mitglied sowie einigen Anhängern vertreten, ansonsten ist die große Mehrzahl außer in BIs nicht anderweitig organisiert.

Besonders provozierend für die Wandsbeker ALer: das Mißachten jeglicher Schlichtungsbemühungen durch die Mehrheits-Grünen, die ihren Spaltungskurs durchziehen, vorneweg dabei der Wandsbeker Bürgerschaftskandidat Lutz Dau, Platz 22 der GAL. Eine Erklärung der Wandsbeker ALer wurde daher zum (notwendigen) Wermutstropfen bei der Hamburger GAL-Gründung. Sie waren nicht bereit, einer Liste zuzustimmen, auf der Dau kandidiert, solange in Wandsbek die Grünen den Alleingang praktizieren. Sie fordern: eine GAL auch für Wandsbek (was auch die grüne Minderheit unterstützt) oder Rückzug von Dau von der Bürgerschaftsliste. 40 Mitglieder der AL enthielten sich am 14.3. aus Protest bei der Abstimmung über die gemeinsame Kandidatenliste der Stimme.

Kommentar

Alles klar mit der GAL Hamburg?

Nun ist sie also gebildet, die gemeinsame Liste für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Viele, nicht nur Mitglieder der Grünen und der AL, dürften bei dieser Nachricht aufatmen. Das Damoklesschwert eines Scheiterns der Einigungsbemühungen schwebte wochenlang über der grün/alternativen Wahlbewegung. Also alles paletti? Immerhin verlief sie sachlich, ja fast harmonisch, die erste gemeinsame Mitgliederversammlung am 13./14. März. Nun, das war kein Wunder, die Schlachten waren vorher geschlagen, die Kompromisse vorher gefunden, für die Sachdebatte Raum geschaffen. Man kann sich der weiteren Programmerarbeitung und dem „Wahlkampf" widmen. Doch sollte dies nicht über die immer noch bestehenden Differenzen hinwegtäuschen. Was ist davon zu halten, wenn zeitgleich mit der Arbeitstagung Grüne/AL am 27.2., auf der die historische Einigung in der ‚SPD-Frage' gelang, in Springers „Welt" der Landesgeschäftsführer der GRÜNEN, Ingo Borsum (Gruppe Z) bislang undementiert zitiert wurde: *„Wir werden dort anknüpfen, wo Klose resigniert hat"* — also Anknüpfen bei gescheiterter SPD-Politik, die beileibe nicht allzuviel an fortschrittlichen Elementen enthielt, die als „Erfolge" eine Verringerung schlimmer Berufsverbotepraxis und ein ohnmächtiges Jein zu Brokdorf aufzuweisen hatt? Wenn Borsum zitiert wird, man werde der SPD ein *„Unterstützungspaket anbieten"* und für Dohnanyi stimmen, wenn die SPD e i n i g e unserer Forderungen übernimmt („Welt", 27.2.), dann stellt sich die Frage: lügt die ‚„Welt", oder wie haltbar sind die Vereinbarungen zwischen Grünen und AL, in denen klar festgelegt ist, daß für einen Schacher auf dem Niveau von Klose'scher Regierungspolitik kein Platz sein wird? Klarstellungen namens der Grünen wären entschieden angebracht, auch wenn die AL zugunsten des Einigungsbemühens auf das ‚Hochkochen' solcher Äußerungen verzichtet hat.

Auch die bisherige Programmerarbeitung war längst nicht so harmonisch

und frei von scharfen Widesprüchen

beitung war längst nicht so harmonisch

und frei von scharfen Widesprüchen, wie es zeitweise den Anschein hatte. Besonders deutlich wurde das in der Friedensdebatte, wo Forderungen nach Auflösung der Bundeswehr und Austritt der BRD aus der NATO auf Widerspruch von Vertretern der Gruppe Z stießen. Nicht weil man die Forderungen für falsch hielt, sondern weil es Aufgabe seriöser Parlamentsarbeit sei, vermittelbare Schritte hin zu solchen Zielen anzugeben (deshalb „schrittweise Herauslösung" der BRD aus der NATO). Nun ist es beliebter Stil in heutigen Auseinandersetzungen mit nicht-reformerischen Linken, ihnen „blinden Revolutionarismus" und „unrealistische utopische Ziele" vorzuwerfen. Muß es denn zwangsläufig ein Widerspruch sein, radikale, von großen Teilen der Friedenbewegung getragene Forderungen zu formulieren und g l e i c h z e i t i g konkrete Veränderungen hier und heute, „machbare" Zwischenschritte, zu fordern und zu unterstützen?

Umgekehrt wird ein Schuh draus: die krampfige „Bürgernähe" (man kann's auch Schielen auf die Sozialdemokratie nennen) auf der Grundlage von Pseudo-Rationalität kann sehr schnell zur Entfernung von den Antriebskräften der eigenen politischen Existenz werden; zur Entfernung von einer außerparlamentarischen Bewegung, die eine a n d e r e Rationalität in den letzten 10 Jahren praktiziert hat (Raus aus der NATO, Weg mit dem Atomprogramm usw.) und dabei schon Erhebliches politisch bewegt hat.

Daß dies kein Hickhack um Formeln, kein „Streit um Kaisers Bart" ist, zeigen andere Programmstreitereien, die am 13./14.3. nur bedingt sichtbar wurden, da sie teilweise schon im Vorfeld ausgefochten wurden. Ob da nun im grünen Wohnungsprogramm die Hausbesetzungen schlicht vergessen wurden; ob viel über Wasser und Elbe gesagt, aber die Forderungen der Elbfischer vergessen wurden; ob im Bildungsprogramm die Gesamtschule einseitig hochgejubelt und radikale Forderungen der Schülerbewegung, die in

Fortsetzung nächste Seite

Interview mit Udo Hergenröder

Mitglied der DKP und der AL Hamburg



Udo Hergenröder, 46 Jahre alt und von Beruf Diplom-Ingenieur, arbeitete zehn Jahre lang als Journalist, zuletzt beim alten „Konkret". Seit 1974 ist er Berufsschullehrer; von 1976 bis 1979 leitete er als verantwortlicher Redakteur die „Hamburger Lehrerzeitung" der GEW. Mitglied der DKP ist er seit fast zehn Jahren. Ein zwei Jahre dauerndes Berufsverboteverfahren gegen ihn konnte 1979 erfolgreich abgewehrt werden. Heute ist Udo Mitglied der Mieterinitiative Eppendorf und der AL Hamburg, die ihn kürzlich als Kandidaten für die Bürgerschaft aufstellte.

AK: Auf dem DKP-Bundesparteitag Ende Mai letzten Jahres wurde eine gewisse Öffnung der Partei gegenüber den Grünen und der alternativen Wahlbewegung beschlossen; örtlich sollte eine Beteiligung an Wahlbündnissen gesucht werden. Wie würdest du aus heutiger Sicht diesen Beschluß bewerten?

U.H.: Ich schätze das so ein, daß es tatsächlich aus dem ehrlichen Bemühen heraus geschehen ist, aus der Isolierung und der Sektiererecke herauszukommen und in der ökologischen, der alternativen und bunten Bewegung Fuß zu fassen. Ich meine allerdings, daß es bislang über eine taktisch-verbale Erklärung nicht hinausgegangen ist. Eine inhaltliche Öffnung gegenüber diesen Bewegungen ist in diesen Überlegungen nicht enthalten. Die Bündnisbestrebungen haben auch gezeigt, daß eine inhaltlich-ideologische Enge bei der DKP nach wie vor gegeben ist.

AK: Wenn du sagst, daß die „Öffnung" eine taktische Überlegung gewesen ist, wird der DKP doch auch klar gewesen sein, daß sie dann kaum in der alternativen Wahlbewegung Fuß fassen kann. In Hamburg hat die DKP den Eindruck zu erwecken versucht, sie sei enorm an einem Wahlbündnis mit Alternativen interessiert und kompromißbereit.

U.H.: Die DKP hat diesen Öffnungsbeschluß mit Blick auf z.B. die AKW-Frage, den Häuserkampf, die ökologische Bewegung und eben auch mit Blick auf die Wahlbewegung gefaßt. Was nun Hamburg betrifft: die Hamburger DKP hat zunächst vehement versucht, den Parteitagsbeschluß mit Bündnisangeboten an Grüne und Alternative zu verwirklichen. Für die DKP war dabei von vornherein klar, daß sie in bestimmten Positionen wie z.B. die Einschätzung des „realen Sozialismus" zu keinerlei Kompromiß-Formulierungen bereit ist, obwohl absehbar war, daß gerade diese Aspekte in solchen Bündnissen von entscheidender Bedeutung sind. Das Hamburger Vorgehen der DKP kann man kritisch so interpretieren; die Parteiführung hat sich an die Spitze der Bündnisbemühungen innerhalb der DKP gestellt und – noch bevor sich die Parteibasis intensiv damit befaßt hatte – der Mitgliedschaft mit dem voraussehbaren negativen Ergebnis dokumentiert, daß es nicht zusammen mit Grünen und Alternativen geht. Im nachherein wird jetzt gesagt, nicht die DKP habe das Bündnis scheitern lassen, sondern der Parteien- und Organisationsegoismus der anderen. Diese Vorgehensweise der DKP ist in Hamburg sehr deutlich geworden. Damit wurden gleichzeitig Strömungen innerhalb der DKP zurückgehalten, die für eine stärkere Öffnung der DKP in die Wahlbewegung hinein eingetreten waren.

AK: Bei der Landeswahlkonferenz der DKP in Hamburg am 17. Januar hast du den Vorschlag gemacht, daß zumindest einzelne Genoss/inn/en der DKP sich stärker in der AL engagieren sollten, und von der DKP die Unterstützung eines solchen Kurses gefordert. Das ist nicht geschehen – warum eigentlich nicht?

U.H.: Zunächst war mein Anliegen, daß die DKP auf eine eigene Kandidatur verzichtet, mit einzelnen Genossen in der AL arbeitet und zur Wahl der Grün-Alternativen Liste aufruft. Mein Anliegen wurde so interpretiert, daß so etwas zur Selbstaufgabe der Partei führen würde. Es blieb noch die Möglichkeit, daß die DKP selbst kandidiert, ihren Genoss/inn/en aber dennoch freistellt bzw. nahelegt, in der alternativen Wahlbewegung mitzuarbeiten; aber auch dafür gab es zumindest bei der Parteiführung und dem überwiegenden Teil

blieb noch die Möglichkeit, daß die DKP selbst kandidiert, ihren Genoss/inn/en aber dennoch freistellt bzw. nahelegt, in der alternativen Wahlbewegung mitzuarbeiten; aber auch dafür gab es zumindest bei der Parteiführung und dem überwiegenden Teil

der Landeswahlkonferenz kein offenes Ohr. Es wird befürchtet, daß damit die Geschlossenheit der Partei im Wahlkampf geschwächt und die DKP Stimmen verlieren würde. Was mich in dieser Situation selbst betrifft: meine Aktivität in der AL wird von der DKP offiziell verurteilt, einige Genossen grüßen mich nicht mehr, und die Parteiführung hat klar und deutlich gedroht, daß ich aus der Partei ausgeschlossen würde, wenn ich weiter engagiert und exponiert in der AL arbeite. Der Weg, als einzelnes Mitglied der DKP in der alternativen Wahlbewegung mitzuarbeiten, wird also verschlossen und abgeblockt.

AK: Kann man sagen, daß das politische Vorgehen der DKP in Hinblick auf ein Wahlbündnis dazu geführt hat, die Reihen der DKP zu festigen, und daß mögliche „Sprengsätze" in Form fließenderer Übergänge zur alternativen Wahlbewegung entschärft wurden?

U.H.: Es hat den Anschein, daß die

die Reihen der DKP zu festigen, und daß mögliche „Sprengsätze" in Form fließenderer Übergänge zur alternativen Wahlbewegung entschärft wurden?

U.H.: Es hat den Anschein, daß die

Geschlossenheit erhalten wurde, obwohl in sehr vielen Grundeinheiten Genoss/inn/en sitzen, die mit der Eigenkandidatur nicht einverstanden sind. Es wird auch dazu kommen, daß viele DKP-Mitglieder und -Sympathisanten die Grün-Alternativen wählen werden. Außerdem arbeiten in mehreren Bezirken DKP-Leute bei der AL mit. Hier in meinem Bezirk Hamburg-Nord arbeiten neben mir noch etwa fünf DKP-Mitglieder aktiv in der AL mit bis hin zur Kandidatur für die Bezirksversammlung.

AK: Bei den Bündnisdebatten zwischen der DKP, den Grünen und der AL hat die Polen-Frage ja eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Wie wird die denn in der DKP diskutiert?

U.H.: Zur Polen-Frage gab es seit Gründung von Solidarnosc heftige Kontroversen. Streitfrage war u.a. das Streikrecht innerhalb der sozialistischen Länder. Es gab reichlich Unsicherheiten. Lange Diskussionen haben dazu geführt, daß hier in unserem Stadtteil durchaus positive Positionen zur Solidarnosc gefunden wurden. Wenn die Situation nach dem 13. Dezember diskutiert wird, ist die DKP vor allem in den Grundeinheiten bereit, die Fehler der polnischen Kommunistischen Partei beim Namen zu nennen. Die Konsequenz daraus, protestfähige Schritte zu unternehmen, schaffen allerdings nur ganz wenige. Ich weiß aber, daß es sehr vielen DKPlern vor allem in der Gewerkschaftsarbeit schwerfällt, die DKP-Position des kleineren Übels zu vertreten und zehn Millionen Arbeiter als Konterrevolutionäre hinzustellen. Das fällt den DKP-Genossen sehr schwer. Insofern liegt nach wie vor in der Polen-Frage ein Sprengsatz. Formulierungen vom Präsidium der DKP, wie sie nach dem 13. Dezember in der „UZ" veröffentlicht wurden, daß die DKP „alles unterstützt, was zur Konsolidierung der Ordnung und des Sozialismus in Polen führt", werden m.E. in der DKP nicht mal von der Hälfte der Mitglieder geteilt.

Fortsetzung nächste Seite

Diskussionsvorlage für die Landeswahlkonferenz der DKP Hamburg am 17. Januar 1982

1. Im Hinblick auf ein langfristig möglichst einheitliches Handeln der Hamburger Linkskräfte und den Abbau von jahrelang gewachsenem Mißtrauen unter den Linken verzichtet die DKP Hamburg auf eine eigene Kandidatur zur Bürgerschaftswahl im Juni 82.
2. Die DKP beteiligt sich mit einzelnen Genossinnen/Genossen an der Arbeit in der Alternativen Liste und strebt auf diesem Wege auch die Kandidatur von Genossinnen/Genossen auf einer Grün-Alternativen Liste an.
3. Auf der Grundlage eines mit Grünen und Alternativen gemeinsam erarbeiteten Wahlprogramms für Hamburg führt die DKP einen eigenständigen Wahlkampf, in dem sie sich mit eigenen Schwerpunkten und Aktionsformen darstellt. Sie empfiehlt dabei – unter Hinweis auf die inhaltliche Übereinstimmung und die DKP-Kandidaten – die Wahl der Grün-Alternativen Liste.
4. Angesichts der weitgehenden Übereinstimmung in kommunalpolitischen Fragen und in Perspektive auf gemeinsame außerparlamentarische Arbeit über den Wahltag hinaus darf es – auch bei einer Allein-Kandidatur der DKP – keine Gegnerschaft zu den Grün-Alternativen geben. Die Grün-Alternative Liste ist kein Wahlkampfgegner der DKP, vielmehr wird die DKP auch im Falle der Allein-Kandidatur die Arbeit der Alternativen Liste punktuell unterstützen (z.B. durch Mitarbeit einzelner Genossinnen/Genossen, gemeinsame Veranstaltungen usw.).

Udo Hergenröder

Initiative Demokratische Sozialisten Hamburg

Presseerklärung

Die Demokratischen Sozialisten Hamburg begrüßen die gemeinsame Liste der „Grünen" und der „Alternativen Liste" (GAL) zur Bürgerschaftswahl 1982. Wir werden die GAL im Wahlkampf unterstützen.

Da die Entscheidungsträger der SPD auch in Hamburg
- dem friedensgefährdenden pro-Reagan-Kurs der Bundesregierung keinen Widerstand entgegensetzen
- die Krise auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten, der Empfänger von Sozialleistungen und der Rentner lösen wollen (Beschäftigungsabbau, Plünderung des Sozialhaushalts usw.)
- dem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nichts Wirksames entgegensetzen
- und die Politik der Zerstörung des Wohnumfeldes und der natürlichen Lebensgrundlagen fortsetzen

ist ihr Programm in jeder Hinsicht unglaubwürdig und die SPD für demokratische Sozialisten nicht wählbar.

Die Demokratischen Sozialisten werden sich im Wahlkampf der GAL vor allem für diese politischen Ziele einsetzen.

Hamburg, den 15.3.82

Kommentar

Fortsetzung von voriger Seite

Kommentar

Fortsetzung von voriger Seite

Hamburg ja nicht gerade arm an Aktivitäten ist, untergemuddelt wurden; ob da angesichts wachsenden Widerstands von Bürgerinitiativen gegen SPD-Kohlekraftwerke im Grünen-Programm bürokratengleich formuliert wurde, daß *„die Zumutbarkeit der Bauten für die jeweiligen örtlichen Verhältnisse auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Gutachten unter Einbeziehung des Urteils der ortsansässigen Bevölkerung festzustellen"* sei. (Im verabschiedeten Programm heißt es jetzt: kein Kohlekraftwerk gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung.)

Immerhin sind diese Beispiele symptomatisch für existierende und vor allem für bevorstehende Konflikte in der parlamentarischen Praxis, die von den Grünen bislang abstrakt unter dem Begriff „konstruktiv" gehandelt wird und nach Z-Meinung „dominant reformerisch" sein soll. Da wird es sicherlich hoch heiß hergehen im Bündnis. Der AL ist zu wünschen, daß sie im Strudel des Wahlvereinigungs-Clinchs den Blick für die von ihr formulierte Praxis der Bezugnahme auf außerparlamentarischen Widerstand nicht verliert. Bislang ist vor lauter Wahlclinch nicht viel, fast gar nichts von diesem praktischen Anspruch eingelöst worden und langsam wird es Zeit, hier anzupacken.

Die Wandsbeker Drohung mit der Spaltung der GAL durch eine Bezirksmehrheit bei den Grünen steht als Konflikt im Raum und hat viel berechtigten Unmut in der AL geschaffen. Weit verbreitet in der AL ist auch das Unverständnis gegenüber einem Vorgang bei den Harburger Grünen, der nach AL-Meinung wenig basisdemokratisch ist. Da kandidiert ein Harburger Grüner auf der Liste zu den Bürgerschaftswahlen auf vermutlich aussichtslosem Platz und bewirbt sich gleichzeitig auf einem aussichtsreichen Platz als Abgeordneter für das Bezirksparlament.

Konfliktstoff für die Hamburger GAL ist also reichlich gegeben, doch sonst gibt es auch viel Gutes über die Entwicklung im Hamburger Wahlbündnis zu berichten, wie der nebenstehende Artikel von der Gründung zeigt.

Reiner

Fortsetzung von voriger Seite

gewandt werden". Gefordert wird die Kompetenz der Bezirksparlamente für die Verkehrsplanung. Schwerpunkte sind zum einen Fußgänger und Radfahrer als besonders schutzbedürftig im Verkehr, zum anderen der Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs, für den langfristig der Nulltarif angestrebt wird.

Frauen

Der Programmteil Frauen wurde nach der Autonomie-Regelung der AL von den Frauen allein abgestimmt; von der gesamten Versammlung, unter Einschluß der Männer, ein Meinungsbild erstellt. *„Ziel der Politik der Alternativen und Grünen ist es, den Frauen die Möglichkeiten zu schaffen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten"*. Wichtige Programmaussagen werden hierzu zur *„Aufhebung der finanziellen Abhängigkeit von den Männern"* gemacht. Neben Forderungen nach besonderer Berücksichtigung von Frauen beim Beschäftigungsprogramm, nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und verbesserter Ausbildung werden insbesondere die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich abgelehnt, von denen im wesentlichen Frauen betroffen sind. Umstritten war die Teilzeitarbeit. Während die GAL auf der einen Seite die volle tarif- und sozialversicherungsrechtliche Anerkennung aller bestehenden Teilzeitarbeitsplätze fordert, lehnt sie auf der anderen Seite einen Ausbau der Teilzeitarbeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ab und fordert das Verbot von Modellen wie „job-sharing". Demgegenüber steht die Position, daß *„Menschen aus unterschiedlichsten Gründen teilzeitarbeiten wollen und deshalb dem Bedarf entsprechend auch solche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen"*. Hierüber wird weiter dis-

dellen wie „job-sharing". Demgegenüber steht die Position, daß *„Menschen aus unterschiedlichsten Gründen teilzeitarbeiten wollen und deshalb dem Bedarf entsprechend auch solche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen"*. Hierüber wird weiter dis-

kutiert.

Umstritten war auch die Frage der Kindererziehung aus der Sicht der Frauen. Während ein Teil der Frauen für Berufstätige einen einjährigen, bezahlten Elternurlaub befürwortet, tritt ein anderer Teil für ein Betreuungsgeld ein (drei Jahre Erziehungsgeld). Die Mehrheit befürchtet, daß damit Frauen aus dem Erwerbsleben hinausgedrängt werden und in erneute Abhängigeit geraten.

Weitere Programmteile gegen Gewalt gegen Frauen, gegen den § 218, gegen eine *„Emanzipation mit Stahlhelm und Gewehr"* sowie für eine *„Gleichberechtigung verschiedener Formen des Zusammenlebens von Frau, Mann und Kind/er, alten und jungen Menschen sowie gleichgeschlechtlichen, homosexuellen/lesbischen Partnern"* werden gefordert.

In der Hamburger Kommunalpolitik wird ein Frauenausschuß auf Parlamentsebene, die Schaffung eines Frauenetats und die Förderung autonomer Projekte gefordert. Für die Gleichstellungsstelle werden ressortübergreifende Kompetenzen und ein Vetorecht bei Entscheidungen, die Frauen im besonderen betreffen, verlangt.

Kompromiß in den Streitfragen

In der Frage der Haltung zu einem SPD-Minderheitssenat konnte ein Kompromiß erzielt werden. Die Grünen schwenkten auf die Mehrheitsposition ein; die AL-Minderheit (Fundamentalsopposition) hielt trotz großer Bedenken den Kompromiß für akzeptabel und verzichtete auf Festschreibung eines Dissens. Das jetzt verabschiedete Papier sagt aus: Die GAL geht keine Koalition ein, sie lehnt jede Unterstützung der CDU ab. Sie könne einen SPD-Minderheitssenat unterstützen, falls die SPD auf die Forderungen der GAL zu den Bereichen Sparpolitik/Soziales, Arbeitslosigkeit/Beschäftigungsprogramm, Energie, Hafenerweiterungsstop, Wohnungspolitik, Frauen, Demokratie und Frieden (für *„ein Votum Hamburgs im Bundesrat gegen die NATO-„Nach"rüstungsbeschlüsse"*) eingeht. Die aufgestellten Forderungen beinhalten zum einen notwendige Sofortmaßnahmen, wie auch Forderungen, die in Richtung der von der GAL geforderten *„Wende im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen"* gehen. Als Kompromißformel mit den Grünen, die befürchteten, daß das Wörtchen „unabdingbar" vor diesen Forderungen jede flexible Handhabung von Politik verunmöglichen würde (wobei einige wohl mehr als nur flexibel sein wollten), wurde folgendes beschlossen:

„Für den Fall, daß die SPD sich nach der Wahl an die GAL wendet, sind wir zu Verhandlungen über Einzelheiten unseres Forderungskatalogs bereit. Die Substanz unserer Forderungen – insbesondere unser prinzipielles NEIN zum Sozialabbau und zur Sparpolitik, das Beschäftigungsprogramm, der Ausstieg aus der Kernenergie, Stopp der Hafenerweiterung, Sofortmaßnahmen in der Wohnungspolitik, Maßnahmen zur Demokratisierung – lassen wir in solchen Verhandlungen nicht antasten. Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (tausche Zustimmung zur Sparpolitik gegen Ablehnung der Kernenergie). Wir werden keine allgemeinen Zusagen und Versprechungen akzeptieren, sondern nur bindende Vereinbarungen, in denen die Verhandlungsergebnisse festgeschrieben werden und ein Terminplan für die Verwirklichung der Ergebnisse enthalten ist".

Die SPD stünde dann vor der Frage, ob sie lieber eine Große Koalition mit der CDU eingehen bzw. einen CDU-Minderheitssenat stützen oder mit Hilfe der GAL dafür sorgen will, daß *„die aktuell notwendigsten Maßnahmen für die Hamburger Bevölkerung getroffen und in einigen Bereichen die Weichen für eine Wende in der Politik gestellt"* werden. Eine über eine solche Vereinbarung hinausgehende Bindung der GAL an einen SPD-Senat wird abgelehnt.

rung getroffen und in einigen Bereichen die Weichen für eine Wende in der Politik gestellt" werden. Eine über eine solche Vereinbarung hinausgehende Bindung der GAL an einen SPD-Senat wird abgelehnt.

Verabschiedet wurde außerdem ein wenig diskutiertes Papier zur Parlamentsarbeit und außerparlamentarischen Orientierung der GAL, in dem, kaum registriert von den meisten AL-Mitgliedern, das „neue Staatsverständnis" der Gruppe Z (Verfasser des Papiers: W. K. Goltermann) seinen Niederschlag fand, wenngleich es in der zeitgedrängten Schlußdiskussion einem aufmerksamen AL-Mitglied gelang, hier noch eine Änderung einzubringen. (Dazu muß wegen Fehlen der verabschiedeten Vorlage eine spätere Auseinandersetzung folgen).

Schlußpunkt der Diskussion vor der Kandidatenvorstellung war die interne Vereinbarung zwischen Grünen und AL zur zukünftigen Zusammenarbeit und eine Erklärung der GAL-Kandidaten an die beiden Organisationen. AL und Grüne bleiben autonom bestehen. Über einen intensiven Prozeß von Diskussion und Zusammenarbeit soll am Ende *„die Herausbildung eines einheitlichen politischen Organismus stehen"*. Gemeinsame Mitgliederversammlungen und Delegiertensitzungen sind die höchsten Entscheidungsorgane, die auf der Grundlage des Konsensprinzips der AL arbeiten. Der alte Streitpunkt, grüne Autonomie, ist jetzt folgendermaßen festgehalten: *„Verlaufen in einem Fall, nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die Meinungsgrenzen entlang der Organisationsgrenzen von Grünen und AL, kann es – auch unter Handlungszwang – keine Mehrheitsentscheidung geben. In diesem Ausnahmefall behalten sich die Grünen vor, autonome Entscheidungen zu realisieren. Die AL betont, daß in einem solchen Fall das Bündnis gefährdet ist"*.

Die Kandidaten der GAL gaben eine Erklärung ab, daß sie die gemeinsame Mitgliederversammlung der Grünen und der AL als *„Weisungsgremium (Imperatives Mandat)"* anerkennen.

Damit ist nach manchem wenig ermutigendem Hin und Her endlich der Startschuß für eine GAL Hamburg gegeben, die hoffentlich viele Skeptiker bewegen wird, sich aktiv an diesem Projekt zu beteiligen.

Fortsetzung von voriger Seite

AK: Die DKP hat offensichtlich auch Schwierigkeiten mit ihrem Verhältnis zu den Demokratischen Sozialisten. Über den Austritt von Coppik aus der SPD gibt es sehr zwiespältige Aussagen der DKP. Einerseits wird gesagt, daß solche Leute Ansprech- und Bündnispartner für die DKP sind, aber es wird auch die Frage gestellt, ob Austritte von Linken aus der SPD nicht im Interesse der SPD-Führung liegen und die innerparteiliche Linke geschwächt wird – auch zum Nachteil der Bündnispolitik mit Teilen der Sozialdemokratie.

U.H.: Die Position der DKP ist da sicherlich widersprüchlich. Auf der einen Seite proklamiert sie immer wieder die Stärkung der Linken in der SPD. Auf der anderen Seite: die Stärkung der Linken außerhalb der SPD könne erst auf die SPD einwirken. Diese beiden Positionen stehen gegeneinander. Im Prinzip wird es als richtig betrachtet, wenn sich sozialistische Kräfte aus der SPD lösen. Nur wenn sie sich zu einer eigenen Gruppierung formieren, kommt die DKP in Schwierigkeiten: Sie geht davon aus, daß es eigentlich links von der SPD als sozialistische Partei nur die DKP gibt und die ausgetretenen Sozialdemokraten in die DKP gehören. In den letzten Jahren ist es allerdings nicht mehr der Fall gewesen, daß die ausgetretenen SPD-Mitglieder zur DKP gegangen sind. Insofern kann ich mir vorstellen, daß die DKP der Bildung der Demokratischen Sozialisten eher negativ als positiv gegenübersteht.

AK: Es ist ja nun sehr zweifelhaft, ob die Demokratischen Sozialisten ein Interesse daran haben, mit der DKP als Partei Bündnispolitik zu betreiben. Welche Perspektive ergibt sich daraus für die traditionell stark auf die linken Teile der SPD abgestellte DKP-Politik?

U.H.: Die Perspektivmöglichkeiten der DKP sehe ich im Moment praktisch bei null. Sie geht immer weiter in die Isolierung. Das zeigt sich gerade an der Formierung der Demokratischen Sozialisten oder alternativen Bewegungen. Die Isolierung geht so lange weiter, wie in wesentlichen Fragen wie z.B.: welche Art von Sozialismus wollen wir, für welche Form des Sozialismus kämpfen wir als Kommunistische Partei, keine Veränderung, keine neue Diskussion eintritt, verbunden mit einer Änderung des Demokratieverständnisses, der marxistischen Fortschrittsgläubigkeit in Fragen der AKWs in sozialistischen Staaten usw. Solange sich in diese Richtung keine neue Positionsbestimmung bei der DKP entwickelt, sehe ich für die DKP nur Bündnisunfähigkeit gegenüber all den Strömungen, die sich jetzt herausbilden. Hinzu kommt so etwas, was Coppik bei der SPD als „Kulturschranke" gegenüber der ökologischen Bewegung bezeichnet hat. So etwas sehe ich bei DKP-Mitgliedern auch; es sind Schranken da, offen zu sein, ehrlich und locker mit anderen Linken umzugehen. DKP-Mitglieder haben häufig enorme Schwierigkeiten, sich bei Diskussionsprozessen in der alternativen Szene zu halten.

AK: Du hast für dich die AL als ein längerfristiges Arbeitsgebiet gewählt. Wie beurteilst du die AL heute – gerade unter Berücksichtigung deines Appells vom AL-Gründungskongreß, in der Friedenspolitik von Aussagen abzusehen, die eine Mitarbeit von DKP-Mitgliedern unmöglich machen würde, Stichwort „Anti-Sowjetismus"?

U.H.: Erstmal sehe ich in der AL keinen Partei-Ersatz, sondern – für mich persönlich – eine konsequente Fortführung meiner Initiativ- und Gewerkschaftsarbeit mit den gleichen Leuten. Mir ist sehr daran gelegen, daß in die Leitlinien und in das Programm der AL keine antisowjetischen Strömungen hineinkommen. Ich hätte sonst die Befürchtung, daß viele Leute aus den Friedensgruppen und -Initiativen von der AL zurückgehalten werden – zumindest ein großer Teil, der in der Sowjetunion keine Ursache für die Kriegsgefahr sieht, sondern ausschließlich im Weltmachtstreben der USA. Obwohl es sehr unterschiedliche Positionen dazu in der AL gibt, wird von der großen Mehrheit in der AL eine antisowjetische Position nicht vertreten. Sie sieht in der Sowjetunion nicht den Aggressor im Weltmaßstab. Die ganze Frage ist sicherlich nicht ausdiskutiert und wird sich auch nicht ausdiskutieren lassen; dieser Streit wird in der Linken seit Jahrzehnten geführt.

Bekommt Hessen eine AL?

Ein Überblick über die Diskussion, die jetzt in Hessen mit Blick auf die Landtagswahlen vom 26. September geführt wird, könnte zum Streifzug durch die grüne, alternative und linke Szene geraten. Jede Gruppe, jede Fraktion oder Organisation, die in den letzten Monaten im breiten Strom der alles beherrschenden Bewegung gegen die Startbahn West (fast) untergegangen war, tritt nun mit prägnanten eigenen Positionen wieder hervor. Die Prägnanz leitet sich meist daraus ab, daß man glaubt, etwas ‚drauf zu haben', etwas zu sagen zu haben: Dasselbe nämlich, was die genannten Fraktionen seit Jahren sagen. Besagter Spaziergang durch die Szene könnte also durchaus vergnüglich sein, wäre da nicht eine schwarze Wolke am Horizont der hessischen Landespolitik, wie sie selten dunkler und bedrohlicher war. Die Gefahr kommt diesmal tatsächlich aus dem Osten und heißt Alfred Dregger. Dregger, der das deutsche Volk (s e i n deutsches Volk?) gerade aufgerufen hat, *„endlich aus dem Schatten Hitlers herauszutreten"*, Dregger, der die Bundeswehr gern am Persischen Golf eingesetzt sehen würde, Dregger, der ein Redner ist, wie ihn die NPD sehnsüchtig für sich selber wünscht, Dregger, der eigentlich längst erledigt sein müßte – der wirft nun seinen Schatten auf Wiesbaden, weil er noch nie so gute Chancen hatte, der nächste hessische Ministerpräsident zu werden. Das macht die Wahldebatte hier so bitter ernst.

Sollten bis zum September nicht unwahrscheinlich große Veränderungen eintreten, so gibt es, was die etablierten Parteien angeht, zwei Konstanten bei dieser Wahl, die man so oder so nicht wegdiskutieren kann:
1. SPD und FDP werden zusammen nicht mehr die Mehrheit der Mandate stellen, so daß es für eine Fortführung der sozialliberalen Koalition effektiv nicht mehr reicht.
2. Beide Parteien lehnen es ab, eine von grünen/alternativen Abgeordneten geduldete Minderheitsregierung zu bilden.
Offen sind hingegen die folgenden Punkte:
3. Schafft die CDU die absolute Mehrheit?
4. Schafft die FDP 5 %?

Der Einzug von Grünen bzw. Alternativen (wie wärs mit Grün-Alternativen?) ins Parlament scheint dagegen in Hessen sicher zu sein; den können sie sich höchstens noch selber vermasseln (z.B. durch mehrere konkurrierende Listen).

Ob die CDU die absolute Mehrheit schafft, wird wesentlich von der Wahlbeteiligung abhängen. Eine niedrigere Wahlbeteiligung läßt die CDU über 50 % kommen, ohne daß sie absolut Stimmen hinzugewinnen müßte. Die „glänzenden" Wallmann-Siege in Frankfurt erklären sich durch diesen Effekt, nicht dadurch, daß ihn die Mehrheit der Frankfurter gewählt hätte. Ausschlaggebend unter den Nichtwählern sind die von der SPD-Regierungspolitk enttäuschten Arbeiter. Viele von ihnen werden die SPD nicht wieder wählen und schon gar nicht die FDP. Die große Frage ist, ob Grüne/Alternative für sie glaubwürdig sind.

Was die FDP betrifft, so hat sich gezeigt, daß das Auftreten grüner/alternativer Listen allein keineswegs reicht, um diese Partei unter die 5 %-Hürde zu drücken. Dies ist vielmehr dann geschehen, wenn die FDP durch Koaltionswechsel einen Teil ihrer Wähler selbst verprellt hat. Eben solches plant die hessische FDP, aber sie wird einen Teufel tun, dies vor der Wahl öffentlich zuzugeben. Wenn es nach dem 26.9. keine sozialliberale Mehrheit im hessischen Landtag mehr geben wird, dann wird die FDP selbstverständlich an der Seite Dreggers zu finden sein (es sei denn, dieser verfügt ohnehin über eine absolute Mehrheit). In dieser Hinsicht der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, müßte eigentlich – vor allem n a c h Westberlin! – Aufgabe der Linksliberalen in der FDP sein. Aber sie scheinen nicht den Mut dazu zu haben.

Die Lage ist also kompliziert und ganz und gar anders als vor vier Jahren, als die Rechte niemals wirklich eine Chance hatte, und als die Angst vor „Django" hauptsächlich von der SPD benutzt wurde, um ihre Wähler trotz allen Unmuts bei der Stange zu halten. Dies wird ihr diesmal, so oder so, nicht mehr gelingen. Es war Alexander Schubart, Repräsentant der Startbahngegner und vom Dienst suspendierter Frankfurter Magistratsbeamter, der als erster versucht hat, für die alternative Wahlbewegung eine Antwort auf diese schwierige Situation zu finden. Aschu forderte auf einem Plenum der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung im Januar, die BIs müßten sich aktiv in den Wahlkampf einmischen. Im Mittelpunkt einer solchen Einmischung müsse die Ablehnung der hessischen Großprojektepolitik stehen, und es müsse erreicht werden,
– daß die CDU nicht die absolute Mehrheit erreicht,
– die SPD unter 40 % gedrängt wird,
– die FDP aus dem Landtag fliegt,
– eine starke grün-alternative Fraktion dort einzieht. Dann stünde die SPD vor der Wahl, entweder eine von Alternativen geduldete Minderheitsregierung zu bilden, womit die Startbahn West, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen und der Block C in Biblis für vier Jahre gestorben wären, oder aber eine Große Koalition mit Dregger einzugehen. Dies sei zwar



Alexander Schubart (Aschu)

wahrscheinlicher, würde aber der SPD eine innerparteiliche Zerreißprobe mit nicht absehbaren Folgen bescheren. Damals gab es für diesen Vorschlag noch ungeteilte Zustimmung des Plenums.

Die spontane Einmütigkeit war freilich dahin, als die Frankfurter Bürgerinitiativen (und in ihrem Namen Aschu) die Voraussetzungen für das Erreichen dieser Ziele formulierten: Es müßte ein breites Bündnis aller alternativen Kräfte zustandekommen; die Kandidatur der Grünen allein reiche nicht aus, wenngleich sie unabdingbarer Bestandteil innerhalb einer solchen Alternativen Liste sein sollten (siehe AK 218). Kaum war ein entsprechender Antrag an die Gesamt-BI formuliert, kündigten die Frankfurter Grünen ihren Beschluß, Aschu als Kandidaten auf ihrer „Offenen Liste" zu benennen, wieder auf. Aschu's Verhalten sei *„nicht vereinbar mit seinem energischen Eintreten für eine alternative Liste"*, was wiederum viel über die „Offenheit" der Grünen-Kandidatur aussagt. Was folgte, war peinlich und traurig zugleich. Die Grünen beriefen sich auf ihre Parteitagsbeschlüsse, auf denen schon vor wer-weiß-wievielen Monaten alles entschieden worden sei, auf ihre eigene Konsolidierung, die sie sich nicht kaputtmachen lassen wollten, auf die klare ökologische Linie, die nicht in einem Bündnis verwässert werden dürfe, verdächtigten die gerade erst entstehenden Demokratischen Sozialisten um Coppik als Trittbrettfahrer und Karrieristen und setzten sogar einige persönliche Diffamierungen Aschus in die Welt. Kurzum: Sie gebärdeten sich wie eine „richtige Partei". Leute, die mit ihnen zusammen eine AL aufbauen wollten, müßten nun mal zur Kenntnis nehmen, daß die Grünen keinesfalls mitmachen würden, und sollten deshalb lieber gleich die Finger davon lassen.

Als Manfred Coppik mit einer scharfen öffentlichen Kritik an diesem Vorgehen antwortete und die Grünen dazu aufforderte, sich auf Kooperation einzulassen, legten diese in der Polemik noch zu:

Hier werde offenbar immer noch der alte Traum vom Sozialismus geträumt, so das grüne Bundesvorstandsmitglied Uli Tost auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, anstatt endlich einzusehen, daß es damit ein Ende habe ebenso wie mit der Arbeiterbewegung, jedenfalls in West(!)europa. Milan Horacek (grüner Stadtverordneter in Frankfurt) bekannte sich gar ausdrücklich zu der Aussage Epplers, zwischen Grünen und der SPD sei kein Platz für eine neue Partei, und fügte hinzu, da seien die Leute bei den Jusos doch besser aufgehoben (eine Aussage, die er später so verstanden wissen wollte, daß die „politische Kultur" der ausgetretenen Sozialdemokraten die alte geblieben sei).

Der Knatsch war voll entbrannt und wurde nun natürlich auch „erfolgreich" in jeder BI-Gruppe durchgefochten und zwar auf möglichst abschreckende Weise. Hatten sich nach einer ersten Diskussionsrunde noch beinahe 2/3 aller Startbahn-BI's f ü r eine AL (bei unterschiedlicher Argumentation) ausgesprochen, so stimmte die Delegiertenversammlung der Gesamt-BI drei Tage vor dem entscheidenden Plenum in einem Meinungsbild mit 26 : 9 Stimmen für folgenden Antrag:

„1. Die BI bleibt eine überparteiliche, unabhängige und außerparlamentarische Organisation.
2. Die BI wird als Organisation weder allein noch innerhalb einer Wählervereinigung zur Landtagswahl in Hessen antreten. Sie wird deshalb auch nicht zur Bildung einer Wählervereinigung aufrufen. Die BI wird sich aktiv mit ihren Forderungen und Argumenten am Wahlkampf beteiligen.
3. Die BI ruft alle Startbahngegner Hessens dazu auf, keine Partei zu wählen, die den Bau der Startbahn West oder andere umweltzerstörerische Projekte befürwortet.
4. Die BI wird ihren gewaltfreien und aktiven Widerstand gegen den Bau der Startbahn fortsetzen. Sie wird weiterhin für ein Nachtflugverbot und für eine Wiederaufforstung des gerodeten Startbahngeländes kämpfen.
5. Die BI warnt vor einer Zersplitterung der Widerstandsbewegung gegen die umweltzerstörerische Politik in Hessen anläßlich der Landtagswahl 82".

Dieser Delegierten-Beschluß schien die Wahldiskussion innerhalb der BIs auf den Punkt Null zurückzubringen. Es hatte sich eine Art Negativkoalition von Grünen, Sozialdemokraten und Automen gebildet, die in der Kerngruppe der BI eine klare Mehrheit stellten. Die Sozialdemokraten sahen sich in einem neuerlichen qualvollen Konflikt zwischen ihrer Parteizugehörigkeit und einer von der BI unterstützten Wahllisten. Die Grünen fürchteten um ihre Alleinkandidatur. Den Autonomen schließlich war alles recht, sofern es nur dem Anschein nach wenn schon nicht antiparlamentarisch, so doch wenigstens nicht-parlamentarisch war. War ihnen das Volksbegehren schon zutiefst suspekt gewesen, sollte eine derart „legalistische" Kampagne keinesfalls nochmal zustandekommen. Vom mehr spontaneistischen bis zum Antiimpi-Flügel waren sich in dieser Frage sämtliche autonomen Varianten einig. In der Praxis sah das so aus, daß sie sich in der Argumentation gegen die AL-Befürworter von den Jusos kaum noch unterscheiden ließen (1).

Diese Koalition unterschiedlicher Interessen wäre wohl niemals zusammengekommen, wenn die einzelnen Gruppen ihre jeweils eigene Politik zu den Landtagswahlen zur Debatte gestellt hätten. Stattdessen fand man zu einem gemeinsamen BI-„Selbstverständnis", wie es in dem oben zitierten Antrag zum Ausdruck kommt. Dies wurde untermauert durch eine auf den ersten Blick zugkräftige pragmatische Agitation:
– eine aktive Wahlbeteiligung der BI würde ein furchtbares Hick-Hack auslösen,
– die Diskussion würde nur noch von Partei-Gurus beherrscht sein,
– die notwendige Programmdiskussion würde alle anderen Aktivitäten ersticken,
die „Verannahmung der BI" durch eine Wahlliste würde sie spalten und zerstören.

Wenn wir einmal bösartige persönliche Unterstellungen, Demagogien etc. beiseite lassen, mit denen die Debatte gegen eine AL leider auch geführt wurde, so ist zu sagen, daß es tatsächlich genügend praktische Erfahrungen gibt, die diese Befürchtungen als realistisch erscheinen lassen. Freilich: Die Absicht der Frankfurter BIs war es gerade n i c h t, den bestehenden Landtagskandidaturen eine weitere hinzuzufügen und dann die BI dafür zu „funktionalisieren", was den Vorwurf einer Spaltung rechtfertigen würde. Umgekehrt waren die in der BI mitarbeitenden Mitglieder der verschiedenen kandidierenden Parteien aufgefordert, ihre Organisationsloyalität zugunsten einer gemeinsamen Kandidatur zurückzustellen, die für die Sache der BI – „Keine Startbahn West" – das Maximum bei diesen Landtagswahlen herausholen sollte. Angesprochen waren also in erster Linie diejenigen Startbahn-Gegner, die gleichzeitig Mitglieder von SPD, FDP, Grünen und DKP sind: Steht ihr trotz allem zu den Kandidaturen eurer Parteien (wie kritisch ihr sie im einzelnen auch bewerten mögt), oder seid ihr diesmal bereit, euch f ü r d i e B I „funktionalisieren" zu lassen?

Statt jedoch auf diese Frage offen zu antworten, verlegten sich die Angesprochenen (wobei die DKP eine gewisse Ausnahme bildete) darauf, unermüdlich davor zu warnen, daß die BI vor einen „fremden Karren" gespannt werden solle, sodaß die originelle Situation entstand, daß in der Diskussion ständig P a r t e i m i t g l i e d e r vor „den Parteien" warnten. Naja. Es ist ihnen zuzugestehen, daß sie sich in dieser Hinsicht am besten auskennen.

Der Antrag, der auf der Delegiertenversammlung eine so deutliche Mehrheit fand, schraubte die BI auf ein politisches Niveau zurück, das an die Anfänge der westdeutschen BI-Bewegung vor rund zehn Jahren (also noch weit vor Brokdorf) erinnert. Damals galt es als ausgemachte Sache, daß sich BIs um Angelegenheiten zu kümmmern hätten, die den Bürger im Stadtteil und Wohnumfeld unmittelbar betreffen. Durch Mobilisierung der Basis an einem begrenzten Punkt sollte auf die Parteien Druck ausgeübt werden, um die entsprechenden Beschlüsse herbeizuführen. Auf diesem Selbstverständnis etwa fußte ausdrücklich die sog. „Doppelstrategie" der Jusos. Sie selbst hatten sich dabei die besondere Rolle zugedacht, den außerparlamentarischen Druck in die (entscheidende) Partei hineinzutransportieren. Was die Delegierten der Flughafen-BI beschlossen, ist davon im Grunde genommen nicht weit entfernt: **Die BI hat sich um die Bäume zu kümmern, die Parteien um die Politik.** Es ist bezeichnend, daß die Grünen, die ja ihr Entstehen zu einem Gutteil der BI-Bewegung zu verdanken haben, als deren „parlamentarischer Arm" sie einmal begonnen haben, sich dieser Argumentation geradezu hundertprozentig angeschlossen. Erstaunlicher ist freilich die Haltung der Autonomen: Der Antrag, dem sie sich so vehement anschlossen, besagt eigentlich nichts anderes als die Anerkennung des herrschenden Parteiensystems!

BI-Plenum wünscht Bündnis!

Es stellte sich heraus, daß der Anspruch, den die „Frankfurter Linie" an die BIs formuliert hatte, zu hoch war. Ihr Antrag wurde zurückgezogen zugunsten eines Appells, mit dem das BI-Plenum die Grünen und Alternativen zur Einigung auffordern sollte. Gleichzeitig starteten BI-Mitglieder aus Rüsselsheim, Weiterstadt, Frankfurt und Darmstadt eine Unterschriftensammlung „Für ein alternatives Wahlbündnis", der sich in kürzester Zeit 200 Unterzeichner/innen, vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich, anschlossen.

Das mit Spannung erwartete BI-Plenum am 10. 3. in Mörfelden endete nach langer, z.T. erregter aber insgesamt solidarischer Diskussion mit einem Paukenschlag: Beschlossen wurden zunächst die ersten vier

Fortsetzung nächste Seite

Aufregung um „diffamierende Äußerungen" über Ernst Hoplitschek

In der Redaktion der ,,Modernen Zeiten'' gibt es Zank, ausgelöst durch ein Interview mit General a.D. Gert Bastian (MoZ 2/82, S. 62). Interviewerin Bettina Hoeltje (Gruppe Z, früher Bundesvorstandsmitglied der Grünen) hatte Bastian u.a. nach seiner Meinung zu den Richtungskämpfen im neugewählten grünen Bundesvorsand, insbesondere zu Ernst Hoplitscheks unsachlichen Angriffen gegen seine Vorstandskollegin Petra Kelly, befragt. In seiner Antwort hatte sich Bastian mit Petra Kelly solidarisiert und von ,,*Grabenkämpfen, die mit sehr unfeinen Mitteln ausgetragen werden*'' gesprochen. Zum Verhalten von Ernst Hoplitschek hatte er gesagt: ,,*Was Herrn Hoplitschek betrifft, so kenne ich ihn nicht persönlich, ich möchte also mit meinem Urteil zurückhaltend sein und es nur auf das stützen, was er in jüngster Zeit an öffentlichen Äußerungen von sich gegeben hat. Da bin ich freilich der Meinung, daß sich über sein Auftreten vor allem die Gegner der Grünen freuen können. Denn wenn es ihnen oder dem Verfassungsschutz jemals gelingen sollte, einen Beauftragten an die Spitze der Grünen zu bringen, dessen Aufgabe es wäre, die Partei zu spalten, dann würde sich ein solcher Mann wohl nicht viel anders verhalten*''.

Nachdem er den Interview-Text später noch einmal gegengelesen hatte, entschied Bastian sich für Streichung des zitierten Abschnitts; das wurde ihm auch zugesagt. Ein entsprechender Hinweis wurde allerdings bei der technischen Erstellung der Zeitschrift übersehen. Ein weiterer unglücklicher Umstand wollte es, daß am Tag nach Erscheinen des Interviews eine Sitzung

stand wollte es, daß am Tag nach Erscheinen des Interviews eine Sitzung

des Bundeshauptausschusses (BHA) der Grünen (laut Satzung höchstes Beschlußgremium zwischen den Bundesparteitagen) stattfand. Der BHA mißbilligte sogleich die ,,*diffamierenden Äußerungen von General a.D. Bastian über das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Grünen Ernst Hoplitschek*'' und forderte ,,*die Redaktion von ,Moderne Zeiten' auf, diesen Beschluß in der nächsten Nummer abzudrucken*''.

Während in Bielefeld der BHA das Interview mißbilligte, traf in Mannheim bei Lektüre desselben den MoZ-Redakteur Willfried Maier (ehem. Spitzenfunktionär des KBW) der Schlag — so jedenfalls schildert er es selbst in einem sofort aufgesetzten Entschuldigungsbrief an Ernst Hoplitschek. Zugleich teilte W.Maier Hoplitschek mit, daß er nicht nur durch den von Bastian zurückgezogenen Abschnitt schockiert sei: ,,*Aber auch ohne den letzten Abschnitt, der ja nun auch öffentlich ist, finde ich den Vorgang unerträglich*''. In einer öffentlichen Stellungnahme (abgedruckt in MoZ 3/83 unter dem Titel ,,Redaktion kontrvers''), erläutert Maier, warum ihm Bastians kritische Aussagen zu den ,,Grabenkämpfen'' generell mißfallen: ,,*Ich weiß nicht, welcher Teufel den Herrn Bastian reitet, sich mit öffentlichen Interview-Äußerungen in politisch-persönliche Streitereien innerhalb des Bundesvorstands der Grünen einzumischen. (...) Man muß annehmen, daß seine Informationen aus demjenigen der streitenden Lager stammen, als dessen Intrigenstreithahn er jetzt auftritt. (...) Es werden derartige Äußerungen mit Bedacht aus dem Mann herausgelockt, von dem man nach seiner vorhergegangenen Entgleisung als Gastredner auf dem grünen Bundesparteitag befürchten mußte, daß er sie tun würde. Das ist eine Schande. Und doppelt schändlich ist, daß wir dieses Interview auch noch gedruckt haben*''.

Dieser Sichtweise hat ,,MoZ''-Redakteur Willi K. Goltermann (Gruppe Z) in einer ebenfalls abgedruckten ,,Antikritik'' scharf widersprochen. Goltermann verwahrt sich dagegen, Bastian ,,*als eine Art ,seniles Manipulationsopfer'* '' hinzustellen und ,,*in der Redaktion vereinbarte Interviews zu unterdrücken..., wenn Aussagen unserer Interviewpartner der Redaktion oder einzelnen Redakteuren — aus welchen Gründen auch immer — nicht in den Kram passen*''.

Zum politischen Kern des Streits im Bundesvorstand der Grünen schreibt Goltermann ,,*Ernst Hoplitschek verkörpert zusammen mit anderen im grünen Bundesvorstand jene Bemühungen, die auf Bruch mit der DKP in der Friedensbewegung aus sind, auf Ausscheren der Grünen aus dem Krefelder Forum, also auf Spaltung der Friedensbewegung selbst, was im Erfolgsfalle nicht nur eine Distanzierung von der DKP bringen würde, die für die Friedensbewegung vielleicht verkraftbar wäre, sondern die eine Isolierung und womöglich Spaltung der Grünen selbst zum Ergebnis haben könnte, weil relevante Kräfte der Friedensbewegung sich, trotz wiederholter Aufforderung durch die SPD, einem solchen Spaltungskurs widersetzen würden. Zurecht, wie ich meine. Wer — im Gegensatz zu E. Hoplitschek und W. Maier — die aktuelle Weltkriegsgefahr in der Politik der Reagan-Administration und der ihrer Verbündeten sieht und nicht zugleich auch noch in den sowjetischen rüstungspolitischen Maßnahmen, hat wenig Verständnis für Versuche einer Ausgliederung der DKP aus der Friedensbewegung. Auch nach dem polni-*

Ausgliederung der DKP aus der Friedensbewegung. Auch nach dem polni-

schen Militärputsch nicht. Wenn E. Hoplitschek es bisher vorgezogen hat, zur Durchsetzung seiner Ansichten im grünen Bundesvorstand Repräsentanten einer solchen Einschätzung der Kriegsgefahr, die er nicht teilt, v.a. auf einer persönlich-politischen Ebene zu attackieren, sollte ein politischer Redakteur wie W. Maier dieses unansehnliche Spielchen nicht auch noch mitbetreiben, sondern mit offenem Visier für seine politischen Ansichten und Konsequenzen antreten''.

Neben der Goltermann-Replik enthält die ,,MoZ'' 3/82 auch eine gemeinsame Stellungnahme von Jürgen Reents (Gruppe Z), Wolfgang Gukelberger (SI Westberlin) und Frieder O. Wolf, die sich — wenn auch in der Tonart etwas gemäßigter — inhaltlich kaum von der Goltermann'schen ,,Antikritik'' unterscheidet.

Außerdem soll ein — leider allzu knapper und oberflächlicher — Artikel von Aram Ockert (Gruppe Z) die Hintergründe der ,,*Angriffe auf Petra Kelly innerhalb der Grünen*'' erhellen. (Das war bisher in der ,,MoZ'' versäumt worden.)

Der Streit um das Bastian-Interview wirft ein bezeichnendes Licht auf die isolierte Stellung der von W. Maier repräsentierten KBW-Abspaltung ,,Komitees für Demokratie und Sozialismus'' (KDS) innerhalb des ,,MoZ''-Blocks. (Dasselbe zeigt sich an der Auseinandersetzung um die Polen-Solidarität, wo Jochen Esser (KDS) in der ,,MoZ'' mit seinem Plädoyer für die vaterländische ,,Pickelhauben-Fraktion'' allein auf weiter Flur steht. Für W. Maier, der eigentlich der geistige Vater des Sammlungsversuchs um die ,,Modernen Zeiten'' ist, muß das eine tragische Entwicklung sein. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen seitens der KDS-Kader daraus gezogen werden.

„Grünes Monatsmagazin" in Planung

Im letzten AK berichteten wir von den Plänen einiger grüner Persönlichkeiten um Bundesvorstandsmitglied Ernst Hoplitschek, die von August Haußleiter herausgegebene Zeitung "Die Grünen" zu liquidieren und ein neues Zentralorgan aus der Taufe zu heben. Inzwischen haben diese Pläne konkrete Gestalt angenommen. Auf Führungsebene kursieren umfangreiche Papiere von Ernst Hoplitschek und Klaus Wolschner über ein "publizistisches Konzept", "Medienarbeit" und ein neu zu schaffendes „grünes Monatsmagazin", dessen Nullnummer nach den Vorstellungen seiner Planer schon im Mai erscheinen soll.

Daß ein solches Magazin (das Hoplitschek und Wolschner mit finanzieller Starthilfe der Partei und einer großangelegten Werbekampagne in einer Auflage von 30.000 Exemplaren an die Kioske bringen wollen) den Ruin der bestehenden Parteizeitung "Die Grünen" bedeuten würde, liegt auf der Hand. Ein formeller Beschluß, "Die Grünen" einzustellen, erübrigt sich damit. Das wird von Hoplitschek und Wolschner so nicht offen ausgesprochen. Im Gegenteil: sie stellen sich in ihren "Allgemeinen Überlegungen zu einem grünen Monatsmagazin" als Fürsprecher der Leserschaft der grünen Wochenzeitung dar: *"Eine deutliche Veränderung des redaktionellen Konzepts des Wochenblatts allerdings würde seine bestehende wirtschaftliche Basis in Frage stellen. Das wäre weder zu rechtfertigen im Hinblick auf das Interesse des bestehenden Leserkreises, noch sinnvoll angesichts des damit verbundenen Risikos."*

Das grüne Magazin soll *"Diskussionsforum und Zeitschrift für politische Ökologie"* sein und *"wesentliche Kontroversen und Entwicklungen der grünen Meinungsströmung bündeln sollte Fragen der politischen Kultur ansprechen auch da, wo sie von der Partei der Grünen eher verdrängt werden (die Haltungen zu Fragen der politischen und der Lebenskultur gehen bei den Grünen so weit auseinander wie in der Gesellschaft, ohne daß es darüber zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung gekommen wäre!), Fragen der politischen Strategien, wie sie durch das Abbröckeln 'Unabhängiger Sozialdemokraten' oder die Werte-Diskussion in der CDU-Politik gestellt sind"*. Zu diesen "verdrängten Fragen der politischen und der Lebenskultur" gehört auch das Thema "Heimat", das als ständige Rubrik erscheinen soll – ein *"Versuch, an konkreten Beispielen und Bräuchen die Werte-Diskussion zu führen"*.

Wie diese Diskussion laufen soll, hat Ernst Hoplitschek vor etwa eineinhalb Jahren im "BUS-Rundbrief" (Organ der "Basisdemokratischen undogmatischen Sozialisten" in den Grünen) verdeutlicht. In seinem Aufsatz über "Die Schwierigkeiten der Linken im Umgang mit den Wert-konservativen" (gemeint sind rechte Ökologen wie Gruhl und Springmann) schrieb er u.a.: *"Die Linken haben schon immer nur von Sachen geredet; vom 'Gemüt' zu reden, scheint immer den Rechten vorbehalten gewesen zu sein. (...) Es besteht allerdings historisch die Chance, die Vereinnahmung der wertkonservativen Motive durch manifeste konservative Machtpolitik zu durchbrechen..."*.

Mit dem neuen Zeitungsprojekt soll diese "historische Chance" am Schopfe gepackt werden.

Wie Hoplitschek und Wolschner sich die anderen ständigen Rubriken vorstellen, kann in etwa erahnt werden. Da soll es in jeder Nummer kritische "Porträts" geben von *"Grünen, die eine basisdemokratische und politische Rolle spielen"* – sollte da auch an ein gehässiges Petra Kelly-Porträt aus der Schreibmaschine von Ernst Hoplitschek gedacht sein?! Oder die Rubrik *"Zwei Kulturen – Porträts von Gastvölkern, in der Problematik der Gegenüberstellung der Kulturen von Herkunftsland und BRD, kulturelle Entwurzelung"* – sollen da auch die bisher : aber nicht mehr lange! – "von den Rechten vereinnahmten wertkonservativen Motive" zum Maßstab gemacht werden?

Hoplitschek und Wolschner haben richtig erkannt, daß die Durchsetzung ihrer politischen Linie von der personellen Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Redaktion abhängt. Zum einen soll dafür gesorgt werden, *"daß überregional bekannte und meinungsbildende Personen wie Carl Amery, Rudolf Bahro, Claus Offe – um nur willkürlich einzelne Namen zu nennen – ihre Sachkenntnis und ihr Renommé in kontinuierlicher Weise in die politische Diskussion der Grünen einbringen können"*. Zum anderen soll die Redaktion autonom arbeiten: *"Die politische Anbindung an die Organisation darf die journalistische Unabhängigkeit der Redaktion nicht einengen, ein direkter Zugriff von Organen oder Einzelpersonen der Grünen auf die Inhalte muß ausgeschlossen werden. (..) Für die publizistischen Grundsätze des Magazins ist ein Gremium verantwortlich, das aus 11 Vertretern der Bundesländer (die von Landesvorständen bzw. Landeshauptausschüssen zu bestimmen wären) und 5 Redaktionsmitgliedern zusammengesetzt ist. Der Redaktionsbeirat kann Redakteure abwählen und durch neue ersetzen..."*.

Bevor es d a z u käme, darf sich der betreffende Redakteur schon allerhand Ungeheuerliches geleistet haben – das weiß das laut Satzung "jederzeit abwählbare" Bundesvorstandsmitglied Ernst Hoplitschek aus Erfahrung.

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: „Der traditionelle Leichtmatrosenaufstand" im Abwind — Grüner Durchbruch

1. Die Wahlbeteiligung sank im Vergleich zur Kommunalwahl 1978 um 4,4%, was allgemein als überraschend hoch bewertet wurde. Alle etablierten Parteien waren davon betroffen, besonders aber die SPD.

2. Trotz des Verlustes von über 1800 Stimmen konnte die Partei des „Brokdorfer Landgrafen" um 0,9% zulegen und 50,1% der Stimmen erzielen.

3. Die SPD verlor 5,91% ihrer Wähler. In den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster sogar 7,58%. Im Verhältnis zur Landtagswahl 1979 sind das 7,1%, im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl 1980 sind das unheimliche 12,1% der Stimmen !

4. Die rassistische „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung"(KLA) erzielt bei ihrer Kandidatur in Kiel auf Anhieb 3,8%, in einem Bezirk sogar 8,6% der Stimmen. Dieser Testballon ist im ganzen Lande zu spüren, ein ernst zu nehmender öffentlicher Durchbruch!

5. Die als „Die Grünen", „Alternative Liste", „Grüne Liste" der GLSH oder als gemeinsame Listenverbindung aus „Die Grünen" und GLSH auftretenden Parteien konnten sich großenteils gegen die 5%-Hürde behaupten. Dabei waren die Verbände der Bundespartei „Die Grünen" in den meisten Kreisen erfolgreich (im Schnitt 5,71%); die nur in einigen Kreisen kandidierenden GLSH-Gruppen erreichten dort im Schnitt 5,8% der Stimmen. Das als AL kandidierende Wahlbündnis aus Grünen und einigen Unabhänigen in Neumünster erzielten das zweitbeste Kreiserergebnis dieses Spektrums überhaupt: 7,8% ! Übertroffen wurde dieses gute Ergebnis nur durch das GLSH-Grüne-Bündnis in Steinburg von 9% (Brokdorf-Landkreis).

Die SPD hatte sich zu diesem Wahlkampf etwas besonderes ausgedacht: Sie wollte ihre „Nachrüstungs"- und Neutronenbomben-kritische Friedensposition herausstellen. Deshalb organisierte sie über 25 Diskussionsveranstaltungen unter dem Motto „Lieder gegen den Krieg – Thesen für den Frieden". Vertreten war wie schon beim Landtagswahlkampf 1979 haufenweise linke Prominenz: Erika Pluhar, Bettina Wegener, Ina Deter, Günther Grass, Hans Scheibner, Gebr. Blattschuss, Günther Wallraff, und Bürgerinitiativler und Wissenschaftler (z.B. Dieter S. Lutz). Dazu die offizielle SPD-Linke in Person von Erhard Eppler, Hans - Ulrich Klose, Dieter Lattmann, neben den bekannten Größen aus S.-H.

Aber insgesamt doch eher eine müde Show – die nunmehr sich durchsetzende Nähe zur Bonner SPD-Politik zeigt ihre Spuren: „*......die Partei geht den Bach runter, denn mit dem Strom schwimmen ist zwar leichter*" (=der Bonner SPD-Kurs!), „*aber man kommt dabei nicht an die Quelle*"(der Ursachen der Parteimisere, Anm. d. Verf.), kommentiert der SPD'ler Hilmar Zschach in der „taz" vom 11.3.82.

Für alle beteiligten Grünen und Alternativen war diese Kommunalwahl ein wichtiger Test auf die Landtagswahl in einem Jahr: a) Flensburg und Lübeck dokumentieren, daß grüne Konkurrenzkandidaturen (hier: Konservative GLSH gegen Bundespartei „Die Grünen") sich gegenseitig matt setzen. Beide blieben unterhalb der 5%-Hürde. Eine Konkurrenz auch bei der Landtagswahl würde jede Chance von vornherein verbauen, die 5% zu meistern. b) Für die im Landesverband „Die Grünen" stark vertretene „Initiative Sozialistische Poltik" („Moderne Zeiten", in S–H weitgehend mit der Gruppe Z identisch) stand diese Kommunalwahl im Zeichen ihrer Bündnisambitionen in Richtung SPD: **„Mit der SPD sind grüne Positionen durchsetzbar"**, so die grüne Landesvorsitzende Uta Wilke in der „Kieler Rundschau" am 7.1.82. Sicher ist das auch der eigentliche Hintergrund für die schroffe Abgrenzung der Grünen gegenüber anderen Kräften des linken Lagers.

Interessant dürfte die Entwicklung in Kiel werden. Die Gruppe Z ist dort in ihrem Element: „Zünglein an der Waage"! SPD (22), FDP (2) und Grüne (2) haben zusammen 26 Abgeordnete und die CDU 23. Die SPD hat schon Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Die grüne Kieler Ratsfrau hielt es für nötig zu beteuern, daß „die Grünen keine Chaoten seien, sondern eine solide Politik betreiben wollen"(so laut „Flensborg Avis", 12.3.).

Ein Genosse aus Schleswig-Holstein

Fortsetzung von voriger Seite

Punkte des Antrags der Delegiertenversammlung (s.o.; der zweite Satz des Punkt 2 wurde ersatzlos gestrichen). Statt des Punkt 5 wurde jedoch auf Antrag der BI Mörfelden der folgende Absatz verabschiedet: **„Die BIs fordern dringend die Grünen und die sich bildende Alternative Liste auf, umgehend in Verhandlungen einen Konsens zur Landtagswahl zu finden. Dieser Konsens muß die breite Protestbewegung gegen die Umweltzerstörung durch die vorhandenen Landtagsparteien vertreten können. Ein sonst unweigerlich aufkommendes Konkurrenzverhalten beider Gruppierungen würde sie gegenseitig aufreiben und zur politischen Wirkungslosigkeit verdammen. Der Alleinvertretungsanspruch einer Gruppierung würde viele von uns im Regen stehen lassen und politisch ebensowenig etwas verändern können"**. Diese Entscheidung kam bei ca. 800 Anwesenden mit 2/3-Mehrheit zustande (die „taz" schreibt gar von 1.000 Teilnehmern und 80% Mehrheit). Dies bedeutet, daß es eine „authentische" BI-Versammlung war, sogar besser besucht als die vorangegangenen Plena, und nicht eine Veranstaltung der Szene unter der Flagge „BI". Nicht nur am Ergebnis, sondern auch am Diskussionsverlauf und den entsprechenden Sympathie- und Mißfallenskundgebungen kann abgelesen werden, was in der BI „Sache" ist:

– Die Mehrheit wünscht nicht, als BI selbst an einer Kandidatur teilzunehmen, schickt aber einzelne BI-Mitglieder, die das tun wollen, ,wohlwollend ins Rennen'.

– Andererseits will man sich auch nicht durch eine gummiartige Stellungnahme, die alles oder nichts besagt, von jeder Einmischung ausschliessen.

– Den Grünen traut man nicht zu, das gesamte Protestpotential zu mobilisieren, insbesondere nicht dasjenige, das sich im gewerkschaftlichen Bereich jetzt zu Wort meldet.

– Es wird Druck zugunsten einer einheitlichen grün-alternativen Kandidatur ausgeübt.

Die BI ist doch politischer, als manche annahmen. Oder hat die inzwischen aufgelöste Grüne Liste Hessen, die als Bündnis von Linken und Ökologen scheiterte, doch ein gewisses politisches Erbe hinterlassen? Es wird nun zur Bildung örtlicher Initiativgruppen für eine AL Hessen kommen. Ob daraus wirklich eine Alternative Liste wird, hängt sehr davon ab, wer und wieviel darin zusammenkommt, und ob ein Konsens gefunden werden kann. Das große Fragezeichen hängt über den Grünen. Sie erpressen zu wollen, ist niemandes Absicht. Andererseits gebärden sie sich just so, als ob Erpressung und Machtpolitik die einzige Sprache wären, die sie verstehen.

Alle Beteiligten sollten sich darüber im klaren sein, welche schwerwiegende Bedeutung diese Landtagswahlen haben, und daß, wie Coppik es goldrichtig bei seinem Austritt aus der SPD formulierte, der Vormarsch Dreggers jetzt nur noch von den Grünen und Alternativen gemeinsam gestoppt werden kann (wenn überhaupt). Gerade die linken Grünen haben sich in ihrer Abrechnung mit dem Sozialismus mitunter gern der beliebten Kritik an der alten KPD bedient, die besagt, daß die KPD für den Faschismus mitverantwortlich gewesen sei, weil sie nicht das Bündnis mit Sozialdemokraten gesucht habe. Sie haben nun Gelegenheit zu beweisen, wie ernst es ihnen mit solchen Kritiken gewesen ist.

KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkung:
(1) Die Frankfurter Spontis, von den Autonomen wohl zu unterscheiden (!), unterstützen vorbehaltlos die Position der Grünen, sodaß – skurril genug – die ärgsten Parteifeinde zu den treuesten Parteigängern geworden sind. Lalü!

Die Schwierigkeiten der Grünen mit den Demokratischen Sozialisten

Heftige Kontroversen hat die Formierung der Demokratischen Sozialisten in den Reihen der Grünen Partei ausgelöst. Wir dokumentieren im folgenden drei grüne Stellungnahmen zu diesem Komplex: 1. eine – wie gewohnt – eigenmächtig im Namen des Bundesvorstandes abgegebene Presse-Erklärung von Ernst Hoplitschek; 2. eine Resolution der Hamburger Grünen; 3. den mehrheitlich gefaßten Beschluß des Bundeshauptausschusses (24 Für-, 4 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen) vom 7.3.82



Bonn, den 25. Januar 1982

Gründung einer neuen Sozialistischen Partei durch Coppik und Hansen?

Zu den Gerüchten und Spekulationen der Gründung einer neuen Partei links von der SPD nehmen DIE GRÜNEN wie folgt Stellungen:
1. Die Art und Weise der Gründungsvorbereitung einer neuen Partei links von der SPD läßt deutlich Merkmale einer Gründung von oben erkennen. Der Vorgang widerspricht insbesondere der basisdemokratischen Kultur der GRÜNEN, die sich auf eine vorhandene soziale Basis der grün/alternativen Bürgerinitiativen-Bewegung stützt.
2.Historisch ist die Gründung einer neuen Partei links von der SPD völlig fehl am Platze. Ihr Ende ist bereits jetzt schon vorprogrammiert. Die lebensbedrohende Situation, wie sie durch eine Forcierung von Aufrüstung, Großprojekten und dem Ausbau des Atomprogramms deutlich wird, erfordert eine neues Politikverständnis, das ökologischen Ansätzen nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch Rechnung steht.
3.Insofern kann es nur im Interessenbereich einiger führender SPD-Strategen liegen, um nach innen die sogenannte Kanalarbeiter-Fraktion zu stärken und nach außen die oppositionelle soziale und ökologische Emanzipationsbewegung in der Bundesrepublik weiter zu schwächen, um in der Konsequenz auch die Wahlerfolge der GRÜNEN bei den kommenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1984 zu unterlaufen.
4.Andererseits zeigt der Vorgang den Tatbestand, daß die Widersprüche in den etablierten Parteien an Schärfe zunehmen. Sie können dort nur noch
zunehmen. Sie können dort nur noch
mit Ausschlußpraktiken bereinigt werden.
5.Die GRÜNEN fordern alle unzufriedenen Sozialdemokraten auf, mit den GRÜNEN an der Basis über Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Zielvorstellungen zu diskutieren.

Für den Bundesvorstand
gez. Ernst Hoplitschek

Pressemitteilung – Bonn,8.3.82

Der Bundeshauptausschuß der Grünen kritisiert den angekündigten Parteigründungsprozeß der Demokratischen Sozialisten

Die Grünen begrüßen den historisch überfälligen Ablösungsprozeß Demokratischer Sozialisten aus der SPD und das Bemühen von Sozialisten, einen inhaltlichen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Wir halten jedoch die angekündigte Parteigründung für einen Schritt in die falsche Richtung, weil sie eine Spaltung des Protestpotentials bewirken und gleichzeitig eine Stabilisierung des herrschenden Blocks zur Folge haben kann.

Diejenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland nach parlamentarischen Alternativen Ausschau halten, kommen in ihren programmatischen und organisatorischen Überlegungen nicht darum hin, sich konkret mit den Positionen und der Politik der Grünen auseinanderzusetzen. Diese Diskussion sollte insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene geführt werden. Die Grünen suchen und fördern die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Spektrum Demokratischer Sozialisten. Wir laden auch sie ein, an der Vorbereitung und Durchführung des alternativen Produktionskongresses im Sommer 1982 mitzuwirken.

Wir fordern die Organisationen des Recklinghausener "Forum" auf, dieses Treffen für alle sozialistischen und grün/bunt/ alternativen Kräfte offen zu gestalten.

Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer

Resolution der Bunten Liste Bielefeld zum Verhältnis Grüne/„Demokratische Sozialisten"

1. Die Bunte Liste begrüßt den Entschluß von Manfred Coppik, aus der SPD auszutreten, und den damit eingeleiteten Versuch der Organisierung „Demokratischer Sozialisten".

2. Die von einigen Grünen (Ernst Hoplitschek, Grüne Frankfurt) geäußerte Auffassung, die diese Initiative allein als konkurrierende Organisation zur Partei „die Grünen" ansieht, erscheint uns als engstirnig und vereinfacht. Sie trägt u.E. nicht dem Umstand Rechnung, daß die alternative Wahlbewegung insgesamt – von einigen Keimformen abgesehen – es im wesentlichen nicht geschafft hat, vielleicht auch nicht schaffen konnte, das umfangreiche Protestpotential enttäuschter oder ‚untergetauchter' Sozialdemokraten bzw. Sozialisten zu aktivieren.
Genau dies ist in erster Linie die Zielsetzung der Initiative von Hansen und Coppik, deren Chance somit darin besteht, die Widerstandskraft gegen die Politik des herrschenden Blocks von SPD/FDP/CDU/CSU organisatorisch zu verstärken, ohne gegen die Grünen zu arbeiten.

3. Wenn auch diese Aufgabenstellung eher/nur (?) in – zumindest zu-
3. Wenn auch diese Aufgabenstellung eher/nur (?) in – zumindest zu-
nächst – organisatorischer Eigenständigkeit zu bewältigen ist, so betonen wir andererseits die Notwendigkeit, die Option eines Zusammengehens der Grünen und des – in seiner konkreten Gestalt sich erst entwickelnden – Projekts „Demokratischer Sozialisten" in jeder Form offenzuhalten und dies in der Art der Zusammenarbeit zu berücksichtigen. Dies umfaßt die – regional unterschiedliche – Möglichkeit von Wahlbündnissen (in NRW bleibt dafür noch viel Zeit), zweitens die Kooperation in außerparlamentarischen Aktionen sowie drittens die Verständigung über programmatische Fragen (in Kürze z.B. der Produktionskongreß).
Im Sinne dieser Anforderungen begrüßen wir die Aussagen von M. Coppik, z.B. jene auf der „Austritts-Pressekonferenz". Dort erklärte er, dazu beitragen zu wollen, „das vorhandene Protestpotential in der BRD im Kampf gegen den herrschenden Block zu stärken und zusammenzufassen", ausdrücklich für „jede Lösung" offen zu sein, „die eine Alternative links von der SPD stärkt", und „jede Organisationsform" zu unterstützen, „die in ihrer Tendenz nicht spalterisch innerhalb der Linken, sondern integrativ wirkt". Wir drücken unsere Erwartung aus, daß das Forum demokratischer Sozialisten am 20.3. in Recklinghausen diese Positionen bestätigt.

4. Eine Kooperation mit der Perspektive des Zusammengehens halten wir nur dann für möglich, wenn das Projekt „Demokratische Sozialisten" sich weder reduziert auf ein „Zurück zu den unbefleckten Anfängen des Godesberger Programms" noch sich als bloß vergrößerte Ausgabe sozialistischer Sekten erweist.
Das Projekt wäre von vorneherein gescheitert, wenn es die politischen Erfahrungen in der Protestbewegung der letzten fünf Jahre ausblenden würde. Dazu zählen z.B. die – wenn auch im einzelnen mitunter umstrittenen – prinzipiellen Zielvorstellungen der alternativen Wahlbewegung:
– außerparlamentarische Bewegung als Basis politischen Handelns,
– innerorganisatorische Basisdemokratie
– Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge.
Wenn bezüglich dieser Punkte bei den Grünen berechtigte Skepsis besteht, so möchten wir schlicht darauf verweisen, daß die Grünen im Anfangsstadium auch nicht das waren, wozu sie sich inzwischen durchgerungen haben. Eine Befruchtung des programmatischen Denkens wie des praktischen Handelns ist allerdings auch in der umgekehrten Richtung zu denken, d.h. daß die alternative Wahlbewegung versucht, von Ansätzen bei den „Demokratischen Sozialisten" zu lernen (v.a. im Bereich Wirtschaft und Gewerkschaften).

5. Auf der traditionellen Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Bunten Liste und den Grünen, die wir ausdrücklich bekräftigen, begrüßen wir darüberhinaus das Engagement von Bunte Liste – Mitgliedern im Rahmen der „Demokratischen Sozialisten". Eine solche Mitarbeit von Einzelpersonen aus der alternativen Wahlbewegung verbessert die Chancen solidarischer Kooperation von Grünen und „Demokratischen Sozialisten" sowie ihres künftigen Zusammengehens.

6. Unabhängig vom sonstigen Verhältnis der Grünen und der „Demokratischen Sozialisten" zueinander, ist für die Beteiligung an Wahlen eine enge Zusammenarbeit, möglichst in Form einer gemeinsamen Liste anzustreben, um auf dieser Ebene den Widerstand gegen den herrschenden Block zu bündeln und zu verhindern, daß beide getrennt unter der 5%-Hürde bleiben.

Verabschiedet auf dem Bunte Liste-Plenum am 5.3. (bei 2 Enthaltungen).

DKP: Über „Demokratische Sozialisten" nicht erfreut

Die DKP macht sich wenig Mühe, ihr Mißvergnügen über das Entstehen einer neuen Gruppierung links von der SPD zu verbergen. Schließlich ist die Stärkung der DKP das erklärte Hauptziel der DKP — und da fragt sich doch, ob sozialistische Sammlungsversuche diesem Hauptziel nicht eher abträglich sind. „*Es stellt sich die Frage*", formuliert DKP-Vorsitzender Herbert Mies: „*Wird die Abkehr von beachtlichen Teilen der Arbeiter und der Jugend von der SPD und die beabsichtigte Formierung linkssozialdemokratischer Kräfte zur Stärkung oder zur Schwächung der Arbeiterbewegung, zur Entwicklung der Aktionseinheit der Linkskräfte und der DKP beitragen?*".

Das ganze reduziert sich auf die Frage nach den Auswirkungen für die DKP, denn: „... *Alle Erfahrungen besagen immer wieder, daß eine starke kommunistische Partei notwendig ist, um Arbeiter- und Volksinteressen zur Geltung zu bringen, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten voranzubringen, demokratische Bündnisse und Bewegungen zu stärken ...*" usw. Und „kommunistische Partei" wird von der DKP niemals anders als mit „DKP" übersetzt.

Die Fragestellung ist also schlicht und einfach — und das Ergebnis ist für die DKP nicht ermutigend: Was sich da als neue Strömung formiert, jubelt weder der Politik der DKP noch den Zuständen und Praktiken des realsozialistischen Blocks zu. Die neue Strömung ist also, wie unschwer zu erkennen ist, „antikommunistisch". Herbert Mies formuliert das so: „*Wenn unter den Kräften, die eine ‚Unabhängige Sozialdemokratische Partei' anstreben, antikommunistische Vorbehalte gegenüber dem realen Sozialismus, ein distanziertes Verhältnis zu unserer Partei und Ähnlichkeiten mit kleinbürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen der Grünen anzutreffen sind, dann wird daran deutlich, daß solche Auffassungen auch nach einer Abwendung von der SPD noch nicht überwunden sind*". (Man beachte die brilliante innere Logik dieses Satzes!)

Das Urteil über die ‚Demokratischen Sozialisten' kann demnach nur negativ sein: „*Angesichts der Stellungnahmen von SPD-Politikern wie Glotz, von Politikern anderer Parteien und Kommentatoren einiger Massenmedien haben wir den Eindruck, daß genau in dem Augenblick, da in der Bourgeoisie und in der rechten SPD-Führung das Trauma aufkommt, die DKP könne aus ihrem Engagement für Frieden, gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit neue Kraft schöpfen, gewisse Kreise an die Bildung einer linkssozialdemokratischen Organisation die Hoffnung knüpfen, auch so — wie es Brandt einmal ausdrückte — ‚die DKP so klein zu halten wie nur möglich'. Da kommt der Eindruck hinzu, daß es bestimmte Kreise auch in der SPD-Baracke gar nicht so ungern sehen, wenn kritischen und sozialistisch denkenden Teilen der Jugend die Hinwendung zur DKP erschwert und sozialdemokratische Arbeiter an der Entwicklung von Klassen- und sozialistischem Bewußtsein gehindert werden*".

Die ‚Demokratischen Sozialisten' also als Störtrupp der Bourgeoisie gegen den wachsenden Masseneinfluß der DKP. Denn schließlich kann es außerhalb der DKP überhaupt kein Heil geben: „*Alle geschichtlichen Erfahrungen belegen immer wieder, daß es richtig und konsequent ist, wenn diejenigen, die den Sozialismus, den gesellschaftlichen Fortschritt wollen, ihren Platz in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse suchen*" — und damit meint die DKP noch allemal ausschließlich sich selbst. (Alle Zitate aus der Rede von Herbert Mies auf der 3. Tagung des Parteivorstands, zit. nach „UZ", 11.2.82).

Diese Aburteilung der ‚Demokratischen Sozialisten' läßt sich mit der gewohnten Anbiederei der DKP gegenüber der SPD kaum in Einklang bringen. Aber der DKP ist ein rechter Sozialdemokrat i n der SPD noch allemal lieber als ein linker Sozialdemokrat a u ß e r h a l b der SPD, der möglicherweise zum Konkurrenten für die alleinige Partei der Arbeiterklafse werden könnte. Das ist übrigens nicht neu, sondern war auch sc zum Konkurrenten für die allehon bei früheren Organisationsversuchen linker Sozialdemokraten ähnlich.

Ist eine neue Organisation notwendig?

...fragt sich die Zeitschrift „Revier" in ihrer Märzausgabe. Hans Uske setzt sich für die Redaktion mit einer Reihe von Einwänden gegen die angekündigte Parteigründung auseinander. Seine Position zu dem Juso-Argument, linke Sozialdemokraten hätten „weiter in der SPD" zu arbeiten, ist klar: „*Umgekehrt müssen sich die Linken in der SPD doch fragen lassen, wie sie sich denn die weitere Entwicklung vorstellen. Ob sie tatsächlich davon ausgehen, in Punkto Nachrüstung oder Beschäftigungspolitik oder sonstwo irgend etwas von ihren Vorstellungen erreichen zu können.*" Gleichzeitig warnt er vor „*unnötigen Abgrenzungen zwischen linken SPD'lern und ‚Demokratischen Sozialisten'* ". „*Linke SPD'ler und ‚Demokratische Sozialisten' müssen sich als Genossinnen und Genossen behandeln, die dasselbe wollen, aber unterschiedliche organisatorische Konsequenzen daraus ziehen.*" So einfach liegen die Dinge denn wohl doch nicht. Insbesondere die Neigung linker SPD'ler, auch noch die faulsten Kompromisse mitzutragen und als (Teil-)Erfolg und Beleg für die Richtigkeit ihrer „Doppelstrategie" zu verkaufen, dürfte — nach den scheinheiligen öffentlichen Attacken z. B. der Jusos gegen Hansen und Coppik — auch in Zukunft ein harmonisches Miteinander ausschließen.

Den Einwand, die Demokratischen Sozialisten sollten sich — statt eine eigene Organisation zu gründen — lieber den Grünen anschließen, versucht Uske mit einem Petra Kelly-Zitat (im Interview mit der „taz") zu entkräften. Petra Kelly hatte dort u. a. gesagt: „*Bei Hansen sehe ich noch keine ökologische Kreislaufwirtschaft, eher alte Gewerkschaftsforderungen — mehr Lohn, mehr Wachstum. Er ist wohl noch nicht in der Lage gewesen, das richtig durchzudenken.*" Hier zeigt sich für den Verfasser „*deutlich, wo viele Grüne ihre Grenzen haben. Wer meint, Kollegen erzählen zu müssen, daß diese alte Forderung nach mehr Lohn doch nun wirklich überholt sei, und stattdessen müsse man einen auf ‚ökologische Kreislaufwirtschaft' machen, der darf sich nicht wundern, wenn er damit bei großen Teilen der Bevölkerung keinen Blumentopf gewinnen kann.*" Auch das schon zur Gründungszeit der Grünen Partei von den Verfechtern linker Masseneintritte ständig vorgetragene, dann in Vergessenheit geratene und nun wiederbelebte „Angebot", gemeinsam als „sozialistischer Flügel bei den Grünen" zu arbeiten, läßt Uske nicht gelten. Er orientiert vielmehr auf gemeinsame Aktionen und Wahlbündnisse zweier (oder mehrerer) autonomer Gruppierungen.

Die Frage nach der Perspektive einer eigenständigen Organisation links von der SPD beantwortet der Verfasser so: „*Eine ‚breite und populäre linke Alternative' könnte den Brückenschlag zwischen den Linken und der Arbeiterbewegung herstellen. ‚Eine Partei, die die Probleme Krise, Ökologie und Sozialismus in eine Sprache bringt, die der einfache Mann versteht', wie es Erich Knapp von den Grünen auf der Veranstaltung am 29.1. [in Duisburg; Anm. AK] formuliert hat.*" Voraussetzung dafür sei eine „*gewerkschaftlich orientierte Politik*" — „*Nicht in dem Sinne, daß man jeden Unsinn, der von der Gewerkschaftsführung kommt, nachbetet. Nicht in dem Sinne, daß man die Politik des DGB übernimmt. Aber in dem Sinne, daß man die eigentlichen Ziele gewerkschaftlicher Organisation zu seinen eigenen politischen Zielen macht.*"

Zuspitzung in der FDP?

Im Vorfeld der Landtagswahlen dieses Jahres, die nach den Plänen der FDP-Führung über Regierungsbündnisse mit der CDU zunächst auf Länderebene den Koalitionswechsel auch bundesweit vorbereiten sollen, hat der linksliberale Flügel erste Versuche zu einer Sammlung der Kräfte unternommen. In Köln traf man sich Ende Februar zu einer Konferenz „Noch eine Chance für die Liberalen!", deren Teilnehmerzahl von ca. 800, die Erwartungen der Initiatoren — einem Kreis um den „Altliberalen" William Borm und den ehemaligen Judo-Vorsitzenden Christoph Strässer — bei weitem übertraf.

Bereits im Vorfeld der Kölner Konferenz war den Initiatoren von Seiten des Genscher-Flügels vorgeworfen worden, sie betrieben die Spaltung der Partei, indem sie „außerhalb der vorgesehenen Parteigremien" fraktionsmäßige Strukturen aufbauen und die FDP „von außen" angreifen würden.

Der Ablauf der Konferenz hat eher den gegenteiligen Eindruck erweckt: Man hätte kaum gemäßigter, höflicher und vorsichtiger taktieren können.

Das begann schon beim Titel der Veranstaltung, der ursprünglich ganz anders lauten sollte: „Zeit zur Umkehr — noch eine Chance für die Liberalen?" Das ging der Parteiführung bereits zu weit: Wenn die Veranstalter nicht die totale Konfrontation mit Genscher und Co. riskieren wollten, mußte die „Umkehr" weg und das „?" in ein „!" verwandelt werden. Und daran hielt man sich. Als Belohnung erklärte sich Generalsekretär Verheugen bereit, auf der Konferenz zu erscheinen.

Statt diesen Rückzieher nun wenigstens auf der Konferenz bekannt zu machen und dagegen zu polemisieren, wurde kein Wort darüber verloren. Es wurde sogar so getan, als verrate gerade dieser Titel besondere Offensi-
wurde kein Wort darüber verloren. Es wurde sogar so getan, als verrate gerade dieser Titel besondere Offensi-
ve: *„Wir haben uns unter dem Motto ‚Noch eine Chance für die Liberalen' zusammengefunden, unter Hinzufügung eines leicht trotzigen Ausrufezeichens, um uns und anderen Mut zu machen"*, so Theo Schiller im Einleitungsreferat zum Kongreß. Da konnte natürlich Verheugen im „vertraulichen" Gespräch mit Journalisten unwidersprochen behaupten, es habe seitens der Parteiführung auf die Veranstalter keinen Druck gegeben, man habe *„nur so beim Kaffee zusammengesessen und über den Titel geplaudert"*, und da sei dann halt das „!" dazugekommen ...

Mit der ähnlich eigentümlichen Art von Rücksichtnahme begegnete man dem — außerplanmäßigen — Auftritt Verheugens („Hier gehöre ich hin!"), der in einem nicht enden wollenden Vortrag „liberale" Allgemeinplätze, geschickt gemixt mit ein paar lockeren Sprüchen gegen die CDU, von sich gab und dabei immer wieder großen Beifall kassierte. Bei der Erwähnung der „liberalen" Politik auf dem Gebiet der Bürgerrechte ließ sich die Versammlung zu einem wahren Beifallssturm für Innenminister Baum hinreißen, der sich dankend von seinem Platz in den vorderen Reihen erhob — ja, der war auch da! Nur wenige Zwischenrufer („Lambsdorf!", „El Salvador", „Pershing II") versuchten dem durchsichtigen Vereinnahmungs- und Entschärfungsversuch Verheugens (*„Es ist Bestandteil liberaler Politik, Grundsatzfragen zu formulieren, blabla..."*) entgegenzutreten. Erst die Länge seiner Rede ließ die Versammlung murren und pfeifen, insgesamt war der Auftritt Verheugens aber gelungen und bedeutete einen Punktsieg der Parteiführung.

Ein plötzlicher, überraschender Zwischenfall ließ die Versammelten aufhorchen: Ein Teilnehmer hatte das Mikrophon ergriffen und beschwerte sich, die Konferenz sei ausschließlich als Ventil konzipiert, in den für Sonntag geplanten Arbeitsgruppen könne höchstens Unmut abgelassen werden, es gebe aber keinen Ort, wo über die parteiinterne Durchsetzbarkeit oder ähnliche Fragen debattiert werden könne. Er schlug vor, dazu eine Extra-AG einzurichten. Der magere Beifall ermunterte die Veranstaltungsleitung, diesen Ansatz gleich abzublocken, für solche AG bestehe keine Notwendigkeit. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung war offenbar der gleichen Meinung.

Erst der 86-jährige William Borm wagte einen offenen Angriff auf Gen-
bar der gleichen Meinung.
Erst der 86-jährige William Borm wagte einen offenen Angriff auf Gen-
scher und Verheugen und fand damit auch großen Anklang. Seine engagierte Rede gegenm den NATO-Doppelbeschluß riß die Teilnehmer buchstäblich von den Sitzen und brachte ihm begeisterte Ovationen ein. Verheugen stöhnte: „Alles Emotionen, alles Emotionen!" und verließ den Saal.

Mehr als Dampf abgelassen wurde in Köln aber nicht. Ansätze, eine ernsthafte strategische Debatte über die Perspektive eines linken Flügels in der FDP zu führen, wurden nur vereinzelt und offensichtlich individuell vorgetragen, so daß sie gleich im Keim erstickt werden konnten. Die Frankfurter Rundschau kommentierte: *„Das vergangene Wochenende dürfte Genscher keine schlaflosen Nächte bereiten. Falls jemand wieder das Sterbeglöckchen für die FDP zum Schwingen bringen will — die von Deutz zogen nicht am Glockenstrang."* (1.3.82)

Kopfschmerzen gibt es aber dennoch in der Parteizentrale:
- die mehrheitlichen Ablehnungen des NATO-Beschlusses auf der Kölner Konferenz und der in dem Zusammenhang geforderte Sonderparteitag macht Genscher zu schaffen,
- die Übereinstimmung in der ablehnenden Haltung gegenüber einem Koalitionswechsel läßt auf eine erhebliche Verschärfung schließen, wenn diese Frage z. B. in Niedersachsen, Hessen oder Hamburg ansteht,
- es wurden weitere „Kölns" angekündigt, bei denen nicht abzusehen ist, ob sie genauso geschmiert ablaufen.

In einer Partei, die in der Vergangenheit keine integrativen Aufgaben übernommen hat, sondern ausschließlich Instrument zur Bestimmung der Regierung war, ist der Spielraum selbst für solche vorsichtigen Ansätze wie in Köln naturgemäß äußerst gering. Entsprechend scharf fiel auch die Reaktion von Genscher und anderen aus. Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich auf ihrem ersten Treffen nach der Kölner Konferenz vorgenommen, „Möglichkeiten der Integration" zu prüfen und zu klären, *„wie die Bonner Politik an der Basis verständlich gemacht und von dort Anregungen aufgenommen werden könnten"* (FAZ, 4.3.82). Ob dieses Manöver gelingt, werden bereits die nächsten Monate zeigen.

KB-Gruppe Nürnberg

Schulungs-Info Nr. 6:

Gewerkschaften nach 1945
Kontinuität oder Neubeginn?

Abdruck von Referaten zu den Themen:
- Zur politischen und ökonomischen Entwicklung nach 1945
- Klassenkämpfe nach 1945
- Der 'Führerkreis der Vereinigten Gewerkschaften' — Zur Rolle der Gewerkschaften im Widerstand und im Exil — Der Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945
- SPD-Politik 1945-50 in den Westzonen
- Politik und Entwicklung der KPD nach 1945

Beide Infos können jeweils gegen DM 5,— Vorauskasse bei der Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative bestellt werden: Postscheckamt Hamburg Nr. 27175-203

Gerade erschienen:

Schulungs-Info Nr. 7
mit dem Thema Imperialismus:
- Referat zum Ziel und der Arbeitsmethode der Schulung
- Referat zur historischen Einordnung von Lenins Text „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
- Materialiensammlung zur Ökonomie des Imperialismus heute
- Protokolle der Diskussion in Arbeitsgruppen und im Plenum

An die Teilnehmer des Kongresses

Entscheiden die Linksliberalen die Hessenwahl?

Wenn wir uns als Kommunisten an Sie wenden, so steht Ihnen selbstverständlich frei, hinter dieser Initiative die verschiedensten Motive zu vermuten. Wir gehen jedoch davon aus, daß Ihre und unsere Interessen an einem Punkt zusammentreffen müßten: Zu verhindern, daß mit der Hessenwahl eine Kettenreaktion ausgelöst wird, die zunächst Dregger in Wiesbaden und dann Kohl/Strauß in Bonn an die Macht bringt. Sie werden nicht bestreiten, daß dies die große Frage ist, die die diesjährige Landtagswahl am 26. September in Hessen begleitet, und Sie werden sicher ebenso wenig die katastrophalen Auswirkungen bestreiten, die es in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation hätte, wenn von diesem Bundesland eine solche Rechtswende ihren Ausgang nähme.
Wir selbst sind nur eine kleine, zahlenmäßig unbedeutende Gruppe, aber wir versuchen ernsthaft aus der Kritik zu lernen, die KPD der Weimarer Zeit habe die drohende Gefahr von Rechts zeitweise auf die leichte Schulter genommen. Wir fürchten, daß sich die demokratischen Kräfte in dieser Frage gerade zum heutigen Zeitpunkt keinen Fehler leisten können.

Wir glauben, daß der linke Flügel der FDP in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielt. In Hessen spielt er möglicherweise d i e wahlentscheidende Rolle; jedenfalls kommt seinen Entscheidungen ein außerordentlich hohes Gewicht zu.

1. In Hessen k a n n es nach dem 26.9. keine Fortsetzung der sozialliberalen Koalition geben. Es ist ausgeschlossen, daß SPD und FDP nach der Wahl noch über eine Mehrheit der Mandate verfügen. Allein der SPD werden Verluste von 5 bis 10% vorausgesagt; angeblich soll sie bei 35 bis 40% landen. Heute muß ein Ergebnis von 40% für die SPD in Hessen als s e h r gut und relativ unwahrscheinlich gelten. Und nun fragen Sie sich selbst: Gesetz den Fall, die FDP würde trotz der Polizeipolitik eines Gries und der Atompolitik eines Hoffie nichts verlieren, vielleicht sogar von der CDU noch das eine oder andere Prozent hinzugewinnen - 10% kommen jedenfalls niemals dabei heraus. Wie man es auch dreht und wendet: für eine sozialliberale Koalition wird es nicht mehr reichen.

2. Was wird das Ergebnis einer solchen Zusammensetzung des hessischen Landesparlaments sein?
a) Es wird keine von den Grünen/Alternativen tolerierte SPD/FDP-Minderheitsregierung geben. Dazu wären die Grünen/Alternativen unter der Bedingung bereit, daß die Startbahn West, Block C in Biblis und eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Nordhessen nicht gebaut werden. Dies wird weder die Minderheit von Börner-Kritikern in der SPD noch die Minderheit von Linksliberalen in der FDP durchsetzen können.
b) Es wird keine Große Koalition geben, da dazu keine Notwendigkeit besteht. Solange aber keine effektive Notwendigkeit dazu besteht, wird weder die SPD-Führung diese Zerreißprobe für ihre Partei eingehen noch wird die CDU auf die für die wesentlich günstigere Möglichkeit verzichten:
c) Eine Koalition zwischen CDU und FDP. Die FDP-Führung wird diesen Koalitionswechsel genauso wie in Westberlin begründen, und selbst die SPD wird aus "staatspolitischen" Gründen nicht einmal versuchen, ihr diesen Wechsel schwer zu machen. Die Minderheit der "Sozialliberalen" in der hessischen FDP ("Gießener Kreis") wird dies nicht verhindern können; sie könnte es nicht einmal, wenn sie innerparteilich in der M e h r h e i t wäre (siehe Westberlin).

Damit ist aber auch das bundespolitische Signal gegeben, das - vielleicht nicht sofort, aber doch über kurz oder lang - den Machtwechsel in Bonn einläutet.

3. Dieses Ergebnis, das man sich in der Tat an drei Fingern abzählen kann, ist in der hessischen FDP-Spitze längst diskutiert und abgemachte Sache. Aber nie und Nimmer werden Gries und Hoffie öffentlich zugeben, daß sie sich auf eine Koalition mit der CDU vorbereiten. Vielmehr werden sie nach außen hin für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition eintreten mit der kleinen Einschränkung: ...falls es die Mehrheitsverhältnisse nach dem 26.9. erlauben. Die Koalitionsaussage wird also genauso formuliert wie in Hamburg. Der Wechsel zur CDU muß nach außen hin als ein "erzwungener" dargestellt werden, "damit Hessen regierbar bleibt". Andernfalls riskiert die FDP den Verlust der CDU-Gegner unter ihren Wählern und damit ein Scheitern an der 5%-Hürde. Das ist die Lehre, die die FDP-Spitze aus der Frankfurter Kommunalwahl ziehen wird, in die die Partei auf Empfehlung Karrys ohne Koalitionsaussage hineinging. So entsteht also die scheinbar widersprüchliche Situation, daß selbst ein so klarer Anhänger einer CDU-Koalition wie Wirtschaftsminister Hoffie (siehe die Auseinandersetzungen in der FDP Hessen vor der letzten Landtagswahl) für die Fortsetzung der bisherigen Koalition plädieren wird - wohl wissend, daß dies diesmal der beste Weg ist, am Ende das Gegenteil zu verwirklichen!

Nach der Logik, nach welcher innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik verlaufen, werden Sie, die Linksliberalen, versuchen, auf dem Parteitag der hessischen FDP im Juni eine ernsthafte Koalitionsaussage zugunsten der SPD und ein striktes Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der CDU zu erreichen. Das werden Sie nicht durchsetzen können (und selbst w e n n Sie eine Mehrheit für einen solchen Beschluß erhalten würden, würde es ihre künftigen Parlamentarierer in keiner Weise beeindrucken)! Nach diesem Parteitag werden die Linksliberalen in Hessen aber nicht mehr handlungsfähig sein: Denn die Partei hat ja scheinbar gerade das beschlossen, wofür Sie sich stets eingesetzt haben, eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD. Ebenso können Sie auf eine grüne oder alternative Kandidatur zu diesem Zeitpunkt kaum mehr Einfluß nehmen.

Die einzige Möglichkeit, eine CDU/FDP-Koalition zu verhindern, ist es, die künftigen Partner Dreggers unter die 5% zu bringen. Dies läge zu einem Teil in I h r e r Hand, wenn Sie sich jetzt von der Partei trennen und die Bevölkerung aufklären würden, mit welchen tatsächlichen Absichten die FDP-Führung in den hessischen Wahlkampf zieht. Fällt Ihnen eine andere Möglichkeit ein? Und noch etwas: Entspricht die Politik eines Gries oder eines Hoffie in Wiesbaden nicht schon seit geraumer Zeit dem, was sie genauso gut als Minister Dreggers praktizieren könnten?

In Hessen haben die Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West als ihr Wahlziel diskutiert: Keine absolute Mehrheit der CDU - FDP unter 5% - SPD unter 40% (das wird ohnehin der Fall sein!) - und eine starke grün-alternative Fraktion in den Landtag. Eine solche Konstellation würde möglicherweise eine Große Koalition zur Folge haben. Wenn aber der herrschende Block zwangsläufig auf eine Große Koalition zurückgreifen m u ß, so läuft das - trotz aller negativen Implikationen - auf eine Schwächung heraus. Eine CDU-FDP Koalition würde hingegen eine Stärkung des herrschenden Blocks und einen möglicherweise verhängnisvollen Rechtsruck im Land zur Folge haben.

Manfred Coppik ist u.a. mit der Begründung aus der SPD ausgetreten, daß man, um Dregger zu bekämpfen, nicht mehr das "kleinere Übel SPD" wählen kann, sondern ein Bündnis aller demokratischen oppositionellen Kräfte bilden muß. Dies gilt umsomehr für die Linksliberalen! Noch ist es nicht zu spät! Schließen Sie sich in Hessen den Grünen, den Demokratischen Sozialisten und den Bürgerinitiativen als weitere, u n v e r z i c h t b a r e Kraft in einem solchen Bündnis an. Helfen Sie beim Aufbau dieser Alternative mit, die keine neue Partei, sondern eine dringend gebotene gemeinsame Aktion ist! Alles weitere wird sich finden, m u ß sich finden.

Kommunistischer Bund (KB) / Gruppe Frankfurt
S.Lissner, Rödelheimer Str. 13, 6000 Frankfurt

Zur Politik des KABD: Die „Parteigründung" droht

In einer Zeit, in der die westdeutsche Linke sehr selten mit Amüsantem aufwarten kann, hat sich der KABD etwas einfallen lassen. Nach 10 Jahren eher unauffälliger Existenz hat er nun festgestellt, daß die Gründung d e r Kommunistischen Partei ansteht, oder, wie die „Rote Fahne" (RF) 8/81 es ausdrückt, „.... *ist der KABD, sind seine Mitglieder, Grundeinheiten und Leitungen aufgerufen, die Gründung der Kommunistischen Partei vorzubereiten. Für den KABD bedeutet die Gründung der Kommunistischen Partei, daß die Zeit seiner Ausbildung dann zum Abschluß kommt.* **Heute noch ist er ein Bund, als KABD durchlief er seit 1972 die Schule der revolutionären Tätigkeit. Mit der Parteigründung kommt es darauf an, den Beruf einer Kommunistischen Partei auszuüben."**

Dies ist auch an der Zeit, hat sich der KABD doch „*in der Praxis zu einer führenden Kraft der Diskussion über den Sozialismus*" (ebenda) entwickelt. Das soll für uns Anlaß genug sein, noch vor dem Fest der Parteigründung (geplant ist wohl Mitte 82) einige Aspekte der Politik dieser Organisation darzustellen.

Programmentwurf

Im August 81 erschien der „Entwurf des Parteiprogramms für den Gründungsparteitag der revolutionären Partei der Arbeiterklasse" (1). Auf 47 knappen Din A 5-Seiten werden Grundsätze, Ziele und ein zehnseitiger Forderungskatalog wiedergegeben.

Die ersten Kapitel befassen sich mit der ökonomischen Entwicklung des BRD-Kapitalismus seit Ende des 2. Weltkriegs. Beschrieben wird die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich abzeichnende Wirtschaftskrise und der Zwang des hochentwickelten BRD-Kapitalismus zur imperialistischen Expansion. Ausführlich berücksichtigt wird der „Sozialimperialismus" und die „Rivalität der Supermächte", während der „proletarische Internationalismus" mit 10 Zeilen sehr kurz wegkommt...

Auf extrem platter Ebene befaßt sich der Entwurf mit den Perspektiven und der Durchführung des Klassenkampfes in der BRD. So heißt es zum Beispiel: „*Durch entsprechende Agitation und Propaganda müssen die Kommunisten erreichen, daß die Arbeiter von der taktischen Offensive zur strategischen Offensive ... übergehen*" (ebenda, S. 23).

Bezeichnend für den KABD ist auch der Forderungskatalog. So wird das Wort „Frau" bei ca. 40 Einzelforderungen nur ein einziges Mal nebenbei erwähnt, wo es heißt: „*Beseitigung jeglicher Diskriminierung der werktätigen Frau und der werktätigen Jugend*" (.S. 39).

rungen nur ein einziges Mal nebenbei erwähnt, wo es heißt: „Beseitigung jeglicher Diskriminierung der werktätigen Frau und der werktätigen Jugend" (.S. 39).



„Saubere Mädel, starke Genossen" Proletkult a la KABD

Demgegenüber beschäftigen sich alleine 8 Einzelforderungen mit der Situation der „Klein- und Mittelbauern" (S. 47). Besonders beliebt wird sich der KABD innerhalb der Linken mit seiner Forderung nach „Erforschung und Nutzung der Kernenergie..." machen. Laut RF 4/82 sind zum „Entwurf..." bisher 1526 (!) Änderungsanträge eingegangen. Zu einem nicht geringen Teil wird in diesen Anträgen eine härtere Gangart gegenüber dem „Sozialimperialismus" gefordert.

Einengung des politischen Kampfes

Zur „Vorbereitung der Revolution" will der KABD laut Parteiprogrammentwurf *I„v o r a l l e m in den Betrieben eine systematische Kleinarbeit zur Vorbereitung und Auslösung von Tageskämpfen führen, den Kampfwillen der Arbeiter wecken und die allgemeine Passivität überwinden*" (S. 23). In einer Ausgabe seines theoretischen Organs zu „Gewerkschaften und Klassenkampf" (2) wird das noch etwas deutlicher gesagt:

„*Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Situation ist der Kampf um Tagesforderungen, d.h. der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen die Preissteigerungen durch Erkämpfung von Teuerungszulagen usw.*".

Da fragt sich doch ernsthaft, ob dies die H a u p t aufgabe von Kommunisten ist, oder ob das nicht jeder ernsthafte Gewerkschafter auch tut?! Ökonomische Kämpfe sind in den letzten Jahren weitgehend ohne Zutun der revolutionären Linken von den Arbeitern geführt worden, dafür sorgten schon die Unverschämtheiten der Kapitalisten (3).

Gerade wenn man — wie auch der KABD! — davon ausgeht, daß die Herrschenden eine „Faschisierung des Staates" betreiben, müßte doch die Hauptaufgabe darin gesehen werden, im Betrieb und anderswo die Agitation um diese Frage zu einem Schwerpunkt zu machen. Doch hier ist Fehlanzeige. Allgemeinpolitische Inhalte werden nicht nur aus der Betriebsarbeit weitgehend ausgeklammert, sondern fristen auch sonst ein Schattendasein in der Politik des KABD (zur einzigen Ausnahme — Friedensarbeit — siehe unten).

Das Engagement in den Massenbewegungen wird KABD-Mitgliedern regelrecht untersagt. Auf dem letzten Delegiertentag im Dezember 1979 hatte ein Genosse schüchtern vorgeschlagen: „*... soweit es kräftemäßig möglich ist, müssen wir an der Bewegung gegen die Atomkraftwerke praktisch teilnehmen, um, wenn wir stark genug sind, uns an die Spitze der Bewegung zu stellen*".

Ihm wurde beschieden: „*Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke, ebenso gegen Berufsverbote u.a., das alles sind kleinbürgerliche Bewegungen (...) Sicherlich dürfen wir nicht kommentierend am Rande solcher Bewegungen stehen, aber unsere Teilnahme an solchen Aktionen hat taktische Erwägungen.*

Wir propagieren dabei den Kampf der Arbeiterklasse, zeigen die Begrenztheit dieser Aktionen auf und gewinnen einzelne für die Mitarbeit an der Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse und organisieren die Besten".

Wer das nicht akzeptierte, bekam zu hören: „*Hier zeigt sich ein Zurückweichen vor der Offensive der Monopole*" (4). In der Praxis führte das z.B. in Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyhl und Fessenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

Freiburg dazu, daß die KABD-Studenten sich vollkommen aus der Bewegung gegen Wyhl und Fessenheim zurückzogen. Mit der Unterstützung der „friedlichen Nutzung der Atom-

energie" im Parteiprogramm-Entwurf (s.o.) wird dies weiter abgesichert.

Eine kleine Änderung dieser ökonomistischen (d.h. betriebsbornierten, auf betriebliche Fragen beschränkten) Politik k ö n n t e sich in der Friedensfrage abzeichnen. Geradezu sensationell steht dazu in der „Roten Fahne" 23/81:

„*Das Kernproblem bei der Tarifrunde ist die Herstellung der richtigen Verbindung von Lohnkampf und Friedenskampf*". Richtig heißt es in derselben Ausgabe: „*Der Verwirklichung dieser Aufgaben stehen opportunistische Tendenzen entgegen, die auf unsere eigenständige allseitige kommunistische Agitation und Propaganda verzichten wollen. Unter dem Vorwand schwacher Kräfte kommt es zur Einschränkung unserer politischen und taktischen Aufgaben und zum Nachtrab hinter die spontane ökonomische und politische Bewegung der Massen*".

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt! Schön wärs: Solche Selbstkritiken und Warnungen finden sich aber schon seit J a h r e n in den Rechenschaftsberichten der KABD-Führung, ohne daß sich etwas geändert hat.

Auch diesmal wird es wohl nicht viel anders ausgehen: Von dieser „Verbindung von Lohn- und Friedenskampf" ist nämlich in der „Roten Fahne"-Betriebsberichterstattung bisher absolut n i c h t s zu merken. Im Gegenteil: Zwar wurde auf der einen Seite die Forderung „Kein Lohnverzicht für Panzer und Raketen" als unzureichend kritisiert, auf der anderen Seite aber wurde dem konkret nur die Forderung „Kein Lohnverzicht für das Gemeinwohl" entgegengesetzt („Rote Fahne" 1/82). Toller Fortschritt...

Friedensarbeit: Dr. Jekyll and Mr. Hide

Ständig hin- und hergerissen ist der KABD in der Friedenspolitik. So heißt es im Programmentwurf ganz richtig, wenn auch etwas allgemein:

„*Der BRD-Imperialismus ist in der EG aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke zur führenden Kraft geworden und nutzt den zur dritten Weltmacht aufstrebenden EG-Block für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt aus*" (S. 15).

Oft wird diese Einsicht aber überlagert vom „Kampf gegen den Sozialimperialismus":

„*Die Sowjetunion, auf die die Proletarier und unterdrückten Völker der ganzen Welt vierzig Jahre lang als Bollwerk der Weltrevolution mit Achtung und Liebe geblickt haben, ist heute neben den USA der mächtigste Hort der weltweiten Reaktion, der internationalen Ausbeutung und der Kriegsvorbereitung*" (Programmentwurf, S. 17).

Als Begründung dafür findet man lediglich die Darstellung, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine „entartete" Bürokratie die Macht ergriffen und den Kapitalismus restauriert habe.

Kriterien, die z.B. Lenin für kennzeichnend für den Imperialismus hielt (Überproduktion und verengender Inlandsmarkt, Kapitalexport in weniger entwickelte Länder), die man offensichtlich auf die SU nicht anwenden kann, stören den KABD beim Aufstellen seiner Sozialimperialismus-These nicht.

Für den KABD bereitet nicht die NATO den Weltkrieg vor, sondern Kriegsursache ist die „Rivalität der Supermächte". So gelangt der KABD in der Tagespolitik immer wieder in eine Front mit rechten, vaterländischen Strömungen (auch wenn in den Sphären der KABD-Ideologie richtigerweise der BRD-Imperialismus als „der Hauptfeind der Werktätigen" gekennzeichnet wird):

— Das polnische Militärregime wird vom KABD seit neuestem als „Sozialfaschismus" angeprangert. Gegen diese völlig überzogene Kritik gibt es allerdings in der Organisation noch einigen Widerspruch.

— „Breschnew — wir kommen!", hieß es auch für den KABD am 22.11.81. In der „Roten Fahne" wurde auf S. 1 zur Bonner Demonstration aufgerufen.

— Der KABD will im Unterschied zur großen Mehrheit der Friedensbewegung und selbst mancher SPD-Gliederungen eine atomwaffenfreie Zone nicht nur von Polen bis Portugal, sondern „vom Ural bis zum Atlantik". Das würde eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion gegenüber den USA bedeuten.

Stalin läßt grüßen

Über Stalin, vom KABD zärtlich Ko-

Stalin läßt grüßen

Über Stalin, vom KABD zärtlich „Koba, der Unbeugsame" oder auch „ein prächtiger Georgier" genannt, heißt es in einer Würdigung zu seinem 100. Geburtstag:

„*Für uns Kommunisten ist Stalin der Fortsetzer der Politik Lenins; unter seiner Führung ging die Sowjetunion daran, in Landwirtschaft und Industrie den Sozialismus aufzubauen (...) Ein wichtiger Garant für den Sieg über den Hitlerfaschismus war die Einheit der Partei und die Einheit von Partei und Volk. Diese Einheit war schwer erkämpft worden*" („Rote Fahne" 25/79).

In der Tat: Stalin mußte sich ziemlich anstrengen, bis er sämtliche Alt-Bolschewiken und einen Großteil der Führungsspitze der Roten Armee liquidiert hatte...

„*Koba Stalin, der Unbeugsame, gehört zu uns*", schließt der Lobhudel-Artikel, und das ist gar nicht mal so falsch.

Im KABD selber wird nämlich auch eine „unbeugsame" Unterdrückung jeglicher Opposition betrieben. Wann wurde in der „Roten Fahne" jemals ein Kritikbrief ungekürzt abgedruckt! Im Gegenteil: sobald Kritiken ein gewisses Maß überschreiten, werden von einer sog. „Zentralen Kontrollkommission" (ZKK) Untersuchungs- oder Ausschlußverfahren eingeleitet.

— Nachdem es schon 1975 größere Austritte im Jugendbereich gegeben hatte, spalteten sich im Mai 1976 praktisch alle saarländischen und große Teile der hessischen Gruppen ab. Austrittsgründe waren u.a. die Abwertung der theoretischen Arbeit und die Beschränkung auf betriebliche Fragen im KABD. Ein Teil der Leute ging über Umwege später zum KBW, zum kleinen Teil auch zur „Neuen Hauptseite Theorie".

— Die kaum diskutierte Kurskorrektur in der Haltung zur VR China (von bedingungsloser Unterstützung zur Verurteilung) führte im August 1978 zu Ausschlüssen von zwei Kadern der Leitungsebene, die nicht mitziehen wollten. Insbesondere in Bayern gab es an diesem Vorgehen heftige Kritik, ohne daß sich mit der inhaltlichen Position der Ausgeschlossenen solidarisiert wurde. Umfangreiche „Untersuchungsverfahren" erbrachten daraufhin die „Säuberung" des bayerischen Landesverbandes von allen größeren Gruppen (in München z.B. insgesamt 60 Genoss/inn/en).

— Im Frühjahr 1980 verloren KABD Ulm, Ludwigsburg und Neunkirchen den allergrößten Teil ihrer Kader. Die z.T. 10-jährigen Mitglieder hatten u.a. die Betriebsborniertheit des KABD angegriffen, hatten ihre Kritik aber in der Organisation nicht offen äußern können: die Ober-Kontrolettis von der ZKK waren schnell zur Stelle (5).

— Seither wissen wir sicher nur von je einem Austritt aus der Leitung des KABD und des RJVD (letzterer u.a. wegen der anvisierten „Parteigründung").

Die Mitglieder selber werden von jedem Außenkontakt mit anderen Gruppen oder „kleinbürgerlichen Ideen" sorgfältig ferngehalten. Die Ulmer schreiben in ihrem Austrittspapier: „*Auch nach außen scheut der KABD den ideologischen Kampf wie der Teufel das Weihwasser. Innerhalb der Organisation geht man mit der Mär hausieren, daß die ,Opportunisten' es nicht wagten, die RWs* („Revolutionärer Weg", das theoretische Organ des KABD, Anm. AK) *anzugreifen, tatsächlich aber existieren eine ganze Reihe solcher Kritiken, die entweder nie beantwortet oder nur mit dummen Ausflüchten abgefertigt wurden. Diese Art Abschottung der Mitgliedschaft vor dem in der marxistisch-leninistischen Bewegung vor sich ge-*

beantwortet oder nur mit dummen Ausflüchten abgefertigt wurden. Diese Art Abschottung der Mitgliedschaft vor dem in der marxistisch-leninistischen Bewegung vor sich ge-

henden ideologischen Kampf ist Voraussetzung dafür, daß so viele Verflachungen und Verfälschungen des Marxismus-Leninismus unwidersprochen bleiben. Derart abgedichtet, von jeder ernsthaften Schulung ferngehalten, in der praktischen betrieblichen Arbeit dazu noch verheizt — wo sollen da die Impulse für einen lebendigen ideologischen Kampf auch herkommen?" (6).

Auf diese Art wird die starke Mitglieder-Fluktuation im KABD erklärbar: Gerade den langjährigen, qualifiziertesten Genoss/inn/en wird die „Hausmannskost" im KABD irgendwann zu langweilig, politische Fehler werden offensichtlich. Da ideologische Debatten als „liquidatorische Hauptseite Theorie" verteufelt und meist unterbunden werden, bleibt nur der Austritt übrig. Zwar werden diese Lücken immer wieder — wie auch zur Zeit — durch Neu-Aufnahmen gefüllt. An der p o l i t i s c h e n Ausblutung des KABD ändern diese Rekrutierungserfolge jedoch wenig: Das inhaltliche Niveau nimmt immer weiter ab, die nächste Abspaltung kommt bestimmt...

Parteigründung Marke Eigenbau

Im theoretischen Organ des KABD wurden schon vor einiger Zeit fünf „grundsätzliche Seiten" des Parteiaufbaus vorgestellt, die in ihrer Einfachheit und Selbstverständlichkeit eher einer Bastelanleitung gleichen:

„*Beim Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse sind folgende grundsätzliche Seiten zu beachten:*

1. *Der Marxismus-Leninismus, die ideologische Grundlage der Partei*
2. *Das Programm, die politische Linie der Partei*
3. *Die Organisation, das Instrument der praktischen Tätigkeit der Partei*
4. *Der demokratische Zentralismus, das Organisationsprinzip der Partei*
5. *Kritik und Selbstkritik, das Entwicklungsgesetz der Partei*" (7).

Mit viel Bescheidenheit hat die Zentrale Leitung des KABD mittlerweile auch festgestellt,

„.... daß dem KABD aufgrund seiner gegenwärtig einzig dastehenden Konkretisierung des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Verantwortung zugefallen ist, die man am besten als Fortsetzung der epochemachenden Taten von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao-Tsetung bezeichnen kann" (8).

Und schon vor Jahren hieß es:

„Die grundlegenden Probleme des Parteiaufbaus wurden von uns ideologisch-politisch energisch in Angriff genommen und in einem Ausmaß weiterentwickelt, wie es noch nicht einmal in der alten KPD zu verzeichnen war" (9).



So sieht der KABD seine Kritiker (RF 17/80)

Aber Spaß beiseite: Selbstverständlich wollen wir hier nicht die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei bestreiten; im Gegenteil, wir geben dem KABD sogar recht, wenn er schreibt: „*Ohne revolutionäre Partei kann sich die Arbeiterklasse nicht vom Joch des Kapitalismus bzw. Imperialismus befreien. Die Gründung einer solchen Partei ist deshalb eine objektive und dringende Notwendigkeit für die Vorbereitung und den Sieg der sozialistischen Revolution*" (RF 18/81, S. 8).

Nur entsteht eben eine solche Partei nicht aus dem Wunschdenken einer Sekte, sondern aus der e r n s t h a f t e n Debatte und Auseinandersetzung innerhalb der Linken, in deren Zentrum die „brennenden Fragen der Be-

nicht aus dem Wunschdenken einer Sekte, sondern aus der e r n s t h a f t e n Debatte und Auseinandersetzung innerhalb der Linken, in deren Zentrum die „brennenden Fragen der Be-

wegung" (Lenin) stehen müssen. Die Voraussetzungen dafür waren noch nie so gut wie in den letzten Jahren!

Der KABD aber will seine Parteigründung in A b k a p s e l u n g sowohl von den meisten gesellschaftlichen Kämpfen als auch von der übrigen radikalen Linken durchziehen. Das ganze erscheint so als ziemlich krampfhafter Versuch, sich selbst einen 10 Jahre alten Traum wahrzumachen und — böswillig interpretiert — die übrige Linke mit bereits von anderen Organisationen sattsam bekannten Führungsansprüchen zu konfrontieren.

Den KABD-Mitgliedern sei empfohlen, noch einmal darüber nachzudenken, ob sie den zahlreichen (mittlerweile größtenteils untergegangenen) selbsternannten „Avantgarden des Proletariats" eine neue hinzufügen wollen.

Kl./KB-Eßlingen
Jü./KB-Freiburg

Anmerkungen

(1) Bezug über: Verlag Neuer Weg, Postfach 3080, 7 Stuttgart 1
(2) „Revolutionärer Weg", Nr. 12
(3) „Für den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage und nur für diesen Kampf bedürfen die Arbeiter durchaus nicht der Sozialisten" (Lenin)
(4) Aus einer Rede der Leitung der KABD-Intellektuellenorganisation be m 4. Zentralen Delegiertentag; abgedruckt in „Dokumente des 4. ZDT", S. 196
(5) Aus den Ausgetretenen hat sich eine „Kommunistische Gruppe" in Ulm und in Ludwigsburg formiert. Von dort können Dokumente dieser Auseinandersetzung bezogen werden. Postschrift: E. Janik, Postfach 3110, 79 Ulm
(6) Austrittspapier der Ulmer, S. 20
(7) „Revolutionärer Weg", Nr. 10
(8) Referat der ZL des KABD am 17.12.80, zitiert nach ;„Aufsätze zur Diskussion" 2/80
(9) Dokumente des 2. ZDT, zitiert nach „Aufsätze zur Diskussion" 2/80

AK-Konzeptions- und Namens-Debatte

Leserbriefe

Mein Vorschlag zur Umbenennung des ‚Arbeiterkampf': Klassenkampf." „Für die nächsten 10 Jahre ‚Arbeiterkampf'!!!" „Sozialistische Rundschau", „Trotz Alledem", „Emanzipation und Freiheit", „Friedens- und soziale Fragen", „5 vor 12". Also wirklich, jetzt schlägts 13! Alles Bemühen in Ehren, daß sich überhaupt jemand hingesetzt und Gedanken zum Namen gemacht hat. Aber gibt es wirklich keine Vorschläge, die nicht diesen faden Geschmack der Abgestandenheit haben, sondern etwas spritziger, witziger sind? Wo bleiben die ganzen Namen, die spontan im Gespräch nach Zellenterminen, in der Kneipe unter allgemeinem Gelächter entstehen?

Hat die Alltagssprache schon keinen Eingang mehr in unsere ausgetrockneten Köpfe? Sind wir schon so eingefahren, daß wir die Wortspielereien und witzigen Wortschöpfungen an den Hauswänden um uns herum nicht mehr wahrnehmen, nicht mehr als Bestandteil der linken Kultur empfinden und anerkennen?
Denken wir immer noch in der Art der Parolen und Forderungen vor 10 Jahren?

Ist dies so, dann sprechen wir eine andere Sprache als die heutige Bewegung und müssen zwangsläufig Schwierigkeiten haben, wieder Zugang zur Linken zu bekommen.

Stecken wir also lieber die Nasen mitten in die Bewegung, anstatt sie emporzuheben! Ich möchte hier überhaupt nicht bestreiten, daß die bisher veröffentlichten Namensvorschläge ihre Berechtigung haben, sofern mensch sie abklopfen möchte, ob sie inhaltlich korrekt unsere politischen Ein- und Absichten verdeutlichen. Allerdings bestreite ich, daß wir mit diesem hohen Anspruch an den Namen einen Begriff finden werden, der irgendwie etwas Neues darstellt und so interessant würde, mit dem Effekt: „Huch, was ist das denn? Mal schaun!" Wir machen uns so das Leben schwer und die Ergebnisse wirken verkrampft.

Sozialistische Rundschau
Trotz Alledem
Emanzipation und Freiheit
5 vor 12

Ein Blick in den übrigen einschlägigen Blätterwald zeigt, daß sich dort herzlich wenig Mühe gemacht wurde, möglichst treffsicher das inhaltliche Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen: Was sagt genaugenommen der Name „Emma" schon viel mehr aus, als der Name „Brigitte"? Und seit wann ist der Begriff „Courage" lediglich auf Frauenemanzipation zu begrenzen? Und so weiter: „Tageszeitung", „Blatt", „die Neue", „Unsere Zeit", „Moderne Zeiten" oder gar „Schädelspalter"?

Und trotzdem haben sie alle ihre Berechtigung. Mit der Zeit nämlich, nach der allgemeinen Nanu- ? -Stimmung geschieht auch mit dem inhaltsleersten Namen etwas, was auch mit unserem neu zu findenden Namen geschehen wird: Das Wort bekommt eine neue Bedeutung, mit Bestehen und kontinuierlichem Erscheinen füllt es sich bald mit Inhalt und wird mit einer ganz bestimmten Zeitung identifiziert.

Und genau hierin besteht ja der Sinn eines Namens!

Wird dagegen ein Name gewählt, der schon von vornherein präzise ist, passiert zweierlei Nachteiliges: Einerseits wirkt er uninteressant, da er auf einen ganz speziellen Insiderkreis ausgerichtet zu sein scheint, andererseits besteht die Gefahr, daß die Zeitung immer wieder am Namen gemessen wird. Unsere Zielgruppen und die Bedingungen um uns herum, in die wir hineinarbeiten wollen, ändern sich allerdings. Diese Erfahrungen haben wir ja zur Genüge mit dem Namen „Arbeiterkampf" gemacht.

Es liegt also viel näher, sich einen Namen zuzulegen, der die wechselnden Bedingungen überdauern kann, als denselben Fehler z.B. mit dem Namen „5 vor 12" wieder zu begehen. Denn ungeachtet der Tatsache, daß das Thema Frieden oder Krieg in den nächsten Jahren brandheiß bleiben wird, ist mit nichts zu belegen, daß die Weltuntergangsstimmung, die durch „5 vor 12" überspitzt ausgedrückt wird, vorherrschend bleibt. Denn entsprechend der sich ändernden Bedingungen, wird sich auch das Lebensgefühl wandeln. Und würde ich nicht die Hoffnung haben, daß der uns vernichtende Weltkrieg durch eine Revolution verhindert wird, und sei sie zunächst auch nur hauptsächlich von bürgerlichen Kräften getragen, was sollte ich da noch organisiert bleiben?

Darüberhinaus, daß ein Name, der nur an einem vorübergehenden Lebensgefühl anknüpft, ungeeignet ist, macht ein negativistischer Name wie „5 vor 12" also noch einen weiteren Fehler: Er verstärkt das Gefühl der Ohnmacht, der Aussichts-, der Ausweglosigkeit.

Mit solchen Mitteln sollen meinetwegen politische Satire-Magazine arbeiten, typisch ist sowas auch für Religions- oder Polit-Märtyrer. Aber eine sozialistische Organisation, die sich die Aufgabe gestellt hat, *„an der massenhaften Kriegs- und Existenzangst anzusetzen, dieses Bewußtsein mit Fakten und Argumenten zu versorgen"* und, was doch mindestens genauso wichtig ist, *„es auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen zuzuspitzen"*, muß auch in Propaganda und politischer Praxis b e i d e n Teilen dieser Absicht Rechnung tragen. (Da es bei einem Leitmotiv darum geht, einen „roten Faden" auf einen Begriff zu bringen, möchte ich an dieser Stelle kurz die Meinung anzweifeln, daß Menschen in erster Linie durch Angst politisch tätig werden. Denn das steckt, denke ich, hinter so einem Namen wie „5 vor 12". Zum einen genügt ein Blick in unsere eigene Organisation um festzustellen, daß sehr häufig neben einer Ablehnung dieser Gesellschaft positive zwischenmenschliche Erfahrungen wichtig, oftmals sogar entscheidender waren und sind, bewußt politischer zu denken uns zu handeln.

Wenn F. im Rundbrief 2 zum 2. KB-Kongress als Aufgabe für Kommunisten fordert: *„Dabei sind Kommunist(inn)en für mich, frei nach dem Kommunistischen Manifest solche Menschen, die den spontanen Kämpfen gegen Kapitalismus/Imperialismus und ihre Erscheinungsformen in Einsicht und Konsequenz ein kleines Schrittchen voraus sind – nicht mehr und nicht weniger,"* dann müßte dies andererseits gerade im Hinblick auf die sich zuspitzende politische Lage bedeuten, daß wir in Theorie und Praxis die Hoffnung und den Mut auf die Veränderbarkeit dieser Zustände und die Abwendung der drohenden Gefahr stärker in den Vordergrund stellen müssen. Ohne platte Revolutionseuphorie versteht sich!

Jetzt schlägt's 13
Vom Winde verweht
antagon
Zorn der Zeit

Denken wir hier nicht um, sehe ich immer mehr die Gefahr, daß auch die „letzten Mohikaner(inn)en" ganz individuell nicht mehr mit dem Problem fertig werden, immer weiter mit ansehen zu müssen, daß viele um uns herum ihre Angst in Verzweifelung, Aussteigen oder Angepaßtsein kehren. Diese an der Namensdebatte entbrannte Frage sollte meiner Meinung endlich mal öffentlich diskutiert werden. Der Name selbst muß aber nicht von deren Ausgang abhängig gemacht werden!

Besser als all diese Überlegungen in den Namen zu packen und so Gefahr zu laufen, ihn zu überfrachten, ist doch die gängige Lösung, das allgemeine Selbstverständnis der Zeitung sowie die jeweils aktuelle Schwerpunktsetzung ausführlicher in einem „editorial" auf der zweiten oder dritten Seite unterzubringen. Unterm Strich: Es geht mir nicht darum, einen Namen zu finden, der möglichst allgemein und inhaltsleer ist, wie beispielsweise: „Tageszeitung". Sondern es muß ein Name gefunden werden, der originell ist und der in Verbindung mit der Zeitung deutlich macht, daß es sich um etwas Neues handelt. Inhaltlich darf er nicht den Eindruck vermitteln, daß die Zeitung „Hurra – Vorwärts – die RRRRRevolution" für übermorgen ankündigt, noch für vorgestern den Weltuntergang voraussagt. Es sollte ein Name sein, der aus der Alltagssprache stammt und nicht ausgemergeltes Schreibtischdenken vermittelt. (Damit sollen nun nicht unsere theoretischen Politiker mit Schreibtischtätern verglichen werden. Gell?)

Gegendarstellung
Paroli
Wem die Stunde schlägt

Das ist alles nun ein tolles Rezept, was sich leichter dahersagen als umsetzen läßt. Ich kann für micht selbst auch nicht behaupten, daß die am Schluß folgenden Vorschläge das Non-plus-ultra darstellen. Den Anspruch hab ich auch gar nicht. Sondern ich bin überzeugt, wenn ganz einfach mal die Scheu überwunden wird und ins Blaue hinein assoziiert wird, dann kommen mit Sicherheit witzigere und originellere Titel zustande als die eingangs zitierten. Macht das nicht alleine, dann bringts mehr Spaß.

Erlaubt sollte zunächst auch mal alles sein, von Wortverdrehungen, einfach ungewohnten Worten oder Buchstaben, die eigentlich was ganz anderes beizeichnen, aber im Kopf der Zeitung eine neue sinnvolle Bedeutung erhalten.

Sogar Namen, die eigentlich ungeeignet sind, wie „Vom Winde verweht" können beim Herumspinnen ganz neue bessere Ideen hervorzaubern. Schließlich muß es Spaß machen! Also bitte tatsächlich einmal die Phantasie ...... Unterwelt, Umbruch, antagon, Zorn der Zeit, Gegendarstellung, Paroli, Wem die Stunde schlägt, Im Westen nichts Neues?, Go Future, Spektrum, Gegenpol, Morgen!, Schöne Aussichten, Facette, Interpol, Mosaik und so weiter und so weiter ..... ihr Banausen!

Js Hamburg

Seit neuen Jahren bin ich AK-Leser und finde, daß Euer Blatt seit dieser Zeit noch besser geworden ist. Vom Inhalt und der Aufmachung her bin ich nicht der Meinung, daß die Aufgabe des AK von anderen Zeitungen (taz usw.) ersetzt werden könnte. Die neue vierwöchentliche Erscheinungsweise finde ich bedauerlich, aber im Grunde verständlich. Zum KB selber möchte ich bemerken, daß ich es gut finde, daß er seit seiner Existenz nie als Elitegruppe (wie z.B. KBW) aufgetreten ist, sondern als Teil der Linken, allenfalls als Parteiansatz immer die Auseinandersetzung und Aktionseinheit mit anderen Organisationen gesucht hat. Ach ja, hier fallen mir noch ein paar Namensvorschläge ein: „Initiative", „Tauwetter", „Freiheit", „Land in Sicht", „Waffe der Kritik", „Für unsere Sache", „Gegen den Strom". Der Untertitel „Zeitung des Kommunistischen Bundes" sollte erhalten bleiben, da der KB nun mal eine libertäre kommunistische Organisation ist, und man sich nicht hinter irgendeiner anderen Bezeichnung verstecken sollte.
Mit kommunistischen Grüßen
Freiheit und Glück
R., Friedrichsdorf

Einige Titelvorschläge habt Ihr von mir bereits erhalten, unter anderem den Vorschlag, die Zeitung „Trotz Alledem" zu nennen. Inzwischen sind mir einige weitere (mögliche/unmögliche?) Titel eingefallen (nach einigen Flaschen Bier):
„Treibsand"
Zeitung gegen Zuschauerdemokratie, Bürokratie, Unterdrückung und Militarismus
„Blick zur Realität" oder „Durchblick"
– für Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung
„Ärmel Hoch"
– Protest, Kultur, Bewegung, Analyse
„Gegen den Egoismus"
– Kritik üben/Alternativen finden

Mit solidarischen Grüßen
P./ Ein Genosse aus Münster

Zunächst dieses: Ich bin bei den Auseinandersetzungen um den Kampf gegen das AKW Brokdorf 1977 auf den AK gestoßen, habe ihn dann, soweit das möglich war, im Straßenverkauf gekauft und ab 1980 abonniert.

Der AK bedeutet für mich so ziemlich den letzten Bezug zur „linksradikalen" Scene, da ich keine „tägliche politische Arbeit" leiste. Ich stehe dem AK also mit einer echten Konsumentenhaltung gegenüber.

Und um euch das jetzt zu beweisen, im folgenden meine Ansprüche an den AK:

Ich erwarte (und deshalb habe ich den AK ja schließlich auch abonniert) in erster Linie aktuelle Berichterstattung (aktuell, Kampf dem Faschismus, Betrieb + Gewerkschaft usw.) und geschichtliche Hintergrundinformation (Ungarn-Aufstand, Sanrizuka, SPD im ersten Weltkrieg ...). Wünschen tät ich mehr Kulturkritik im AK (Neue Deutsche Welle, Buchbesprechungen usw.). ML-Ideologie-Auseinandersetzungen (und dazu zähle ich die Berichte über eure Kongresse, „Westdeutsche Linke", KPF AK 218) interessieren mich nicht bzw. wenig.

Wenn also Berichte dieser Art überhand nehmen, werde ich den AK abbestellen, schon unter Berücksichtigung meiner finanziellen Situation als Schüler. Ich würde mir das auch dann schon schwer überlegen, wenn ihr den Preis auf 4 DM oder mehr anziehen müßtet.

Im Westen nichts neues
Schöne Aussichten
Initiative
Tauwetter

Ich habe euch meine Konsumwünsche nur deshalb geschrieben, weil ihr mich persönlich angeschrieben habt.

Viele Grüße und viel Erfolg!
R. Th., Kiel

P.S. Ob ihr eure Zeitung nun Arbeiterkampf oder Rumpelstilzchen nennt, ist mir egal; entscheidend sind für mich inhaltliche Dinge.

Meiner Meinung nach sollte die zentrale Zeitung des Kommunistischen Bundes „Widerstand!" heißen: In den 80er Jahren kämpft die Linke aus einer Position der Defensive. „Widerstand!", das heißt Kampf gegen den Monopolkapitalismus, den Imperialismus mit seiner Arbeitslosigkeit, seiner Umweltzerstörung, seiner Kriegstreiberei, seinen Krisen. „Widerstand!", das assoziiert den mutigen Widerstand der Antifaschisten gegen die NS-Herrschaft über Deutschland und dann Europa. „Widerstand!", das ist subjektiv Hoffnung und Quelle neuen Mutes.

Mit kommunistischen Grüßen
Dirk aus Kiel

Aus der Zeitungsdiskussion mit AK-Lesern kann ich noch folgende Vorschläge übermitteln:
– Lerchenstraße
– Rotkäppchen
– Buntzeitung
– Kontraposition
– Freiheit und Vernunft
– An-und-für-sich

P./Ein Genosse aus Münster

P.S.: Nach dem einige unmögliche Titel wie
– Ja bitte
– Greift zu!
genannt worden sind, will ich hiermit die Serie der Titelvorschläge beenden. Spaß war dabei!

1. Zur Frage des neuen Titels fiel mir „Gegen den Strom" bzw. „Gegenströmung" ein. Es ist sicher schwierig, einen neuen Titel zu finden, der nicht zu platt wird.
2. Die Notwendigkeit des AK zeigte sich mir am Trepper-Artikel. Die „taz" reicht nicht aus. Ich wünsche mir aber, daß die Zeitung lesbar bleibt und nicht so intellektuell wird wie die MOZ z.B.
3. Daß viele Bereiche zusammengebrochen sind, merkt man: z.B. fehlt Internationales, Eritrea, Sahara etc.
4. Theorie per Zeitung nahezubringen, finde ich gut, da nicht jeder den Nerv und die Zeit hat, dicke Bände zu lesen. Voraussetzung ist allerdings, daß ich Vertrauen in die Artikel habe, also daß sie „seriös" recherchiert sind und die Quellen hieb- und stichfest sind.

Eiszeit —
Land in Sicht
Waffe der Kritik
Gegen den Strom
Für unsere Sache
Treibsand

5. Noch'n Tip, den ich schon mal geschrieben habe: Anmerkungen sollten immer unter der betreffenden Spalte eingefügt werden, da es sonst zu lästigem Blättern führt, nur die Quellen nachzulesen.
So, das war's,
Schöne Grüße
Philipp

Etwaso wie oben skizziert könnteich mir ein neues Gesicht unserer Zeitung vorstellen: „KB-Streitschrift für Sozialismus statt Barbarei" fänd ich ganz passabel. Ins Auge sollte „Streitschrift" fallen. „KB" würde ich etwas dezent im Hintergrund lassen. Etwa so, wie oben skizziert mit keinen Buchstaben über unserem Zeichen. So umgehen wir zwar etwas den Antikommunismus vieler potentiellen Leserinnen und Leser, aber begehen trotzdem nicht die Peinlichkeit, unsere Identität zu verstecken. „Sozialismus" steht zwar noch nicht auf der Tagesordnung, aber ich bin der Meinung, daß der Zusatz (in einer etwas kleineren Schrift) „statt Barbarei" unserer realistischen Einschätzung der ungünstigen Kräfteverhältnisse Rechnung trägt und das ganze nicht so ruckzuckigvorwärtsimkampfpeinlich wirkt. Das KB-Zeichen könnte verändert werden, wobei m.M nach die schematisch dargestellte, aufgehende rote Sonne bleiben sollte. Nur statt der Faust mit dem Schraubenschlüssel vielleicht eine Gruppe Menschen, Frauen und Männer, die kämpferisch wirken und u n t e r a n d e r e m natürlich auch unseren alten Schlüssel hochhalten sollten. Das wär's, hoffentlich kriegt Ihr noch tausend Anregungen und Vorschläge.
Rote Grüße
Hansi

Zur weiteren Zeitungspolitik einige Anmerkungen: Ich bin entschieden für eine Änderung des Titels und der aggressiven roten Farbe des Titelblattes zugunsten einer mehr seriösen ersten Seite. Darunter könnte insbesondere verstanden werden, daß mehr wichtige Informationen als kleine Meldungen auf der ersten Seite erwähnt werden (bzw. Artikel der hinteren Seiten mit zwei, drei Sätzen angekündigt werden). Die Polen-Ankündigung (wenn auch noch zu groß) auf der ersten Seite des AK 217 ist da ein richtiger Schritt.

Inhaltlich kann dem AK eine Zunahme an Theorie sicher nicht schaden. Ein Defizit an Kultur, emotionsloser Einschätzung ist sicherlich seit längerem ein Kennzeichen des AK. Zur desolaten Lage der organisierten Linken sollte nicht auch noch eine unnötige Aufgeregtheit hinzukommen.

Blick zur Realität
Ärmel hoch
Gegen den
Egoismus
Rumpelstilzchen

Mit solidarischen Grüßen
R., Leser des AK

Namensvorschlag für die neue Zeitung: Eiszeit – Minus 80 Grad
Begründung:
Die Durchsetzung des Marktprinzipes, die Ersetzung aller vorhergehenden Freiheiten durch *„die eine gewissenlose Handelsfreiheit"* durch die kapitalistische Bourgeoisie, so Marx und Engels 1848 im „Manifest...", war der Beginn einer höchst dynamischen wie aggressiven historischen Entwicklung.

Die kapitalistische Bourgeoisie kann nicht existieren ohne die fortwährende Umwälzung seiner technisch-ökonomischen Basis, also der Produktionsinstrumente wie des Militärapparates, also der Produktionsverhältnisse.

Eine ungeheuer umwälzende und vorantreibende Entwicklung, deren Endphase die eine Quelle allen Reichtums und Glückes zu untergraben bzw. in die Luft zu sprengen droht:

tärapparates, also der Produktionsverhältnisse.

Eine ungeheuer umwälzende und vorantreibende Entwicklung, deren Endphase die eine Quelle allen Reichtums und Glückes zu untergraben bzw. in die Luft zu sprengen droht: die Erde.

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist *„die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände"* (Marx/Engels, Manifest...).

Die Bourgoisie hat, einmal zur Macht gekommen, alle vorhergehenden Bindungen der Menschen *„unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung'"* (Marx/Engels, Manifest).

Die Bourgeoisie hat alle vorhergehenden Werte *„in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt"* (ebenda). Eine ungeheuer umwälzende Entwicklung, deren Endphase die andere Quelle allen Reichtums und Glückes unter meterdickem Packeis zu begraben droht: den Menschen.

Diese historische Entwicklung faßten Marx und Engels in einem Satz zusammen: die Bourgeoisie schaffe *„sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde"* ...

... E i s z e i t
Die von der kapitalistischen Bourgeoisie geschaffene Eiszeit ist historisch E n d z e i t. Die Bourgeoisie h a t eine höchst revolutionäre Rolle in der Geschichte gespielt: Sie stellt die Menschheit vor die Entscheidung, dem drohenden ökologischen wie atomaren Untergang der Erde zuzusehen oder aber zu handeln. Sie stellt die Menschheit vor die Entscheidung, in einer emotionalen Eiszeit zu funktionierenden Robotern zu erstarren oder nach neuen Formen des Zusammenlebens zu greifen.

Darum ist die von der Bourgeoisie geschaffene Eiszeit auch der Schimmer einer N e u z e i t, denn die Bourgeoisie schafft mit dieser Entwicklung zugleich ihre eigenen Totengräber. Sie, die Bourgeoisie, zwingt die Menschen, sich zu entscheiden:
– dieser naturwüchsigen Entwicklung des Kapitalismus zuzusehen, einer Entwicklung, die nicht anders endet als in Barbarei, in Eiszeit,
– oder aber einen gewaltigen, neuen Schritt in der Entwicklung der Menschheit zu tun, den Bruch mit jeglicher Klassenherrschaft, also den Bruch mit jeglicher bisherigen Geschichte überhaupt, denn alle bisherige Geschichte war die Geschichte von Klassenkämpfen.

Die Duldung einer Klassenherrschaft wird für die Menschheit zu einem tödlichen Luxus.

Brecht das Packeis!
üe

Ich bin Leser des AK seit es ihn gibt und war auch jahrelang Mitglied des KB. Nun ist es nicht so, daß ich durch meinen (schon vor drei Jahren stattgefundenen) Austritt aus dem KB auch seiner Politik den Rücken gekehrt hätte. Im Gegenteil, ich stehe dem KB weiterhin mit — wenn auch teilweise kritischer — Solidarität gegenüber.

Mir hat das, was ihr in AK 217 zur Entwicklung des KB und als politische Analyse der Gesellschaftsentwicklung geschrieben habt, aus der Seele gesprochen. Nun ist mir schon seit einigen Monaten bekannt, daß sich am AK was ändern wird, und in den letzten Ausgaben hat man das ja auch schon gespürt.

Ich finde es schade, daß der AK seinen Charakter verändert, wobei ich nicht umhin kann, die Argumentation, daß 14tägiges Erscheinen nicht mehr möglich ist, zu akzeptieren.

Allerdings finde ich es nicht gut, wenn sich der AK mehr in die Richtung verändert, daß auf aktuelle Berichterstattung verzichtet wird, und mehr grundsätzliche, analytische Artikel den AK beherrschen. Mir ist eben gerade bei den letzten Ausgaben des AK aufgefallen, daß sich diese Zeitung mehr und mehr zu einer Bleiwüste entwickelt hat, wo man sich mühsam durcharbeiten muß, als zu einem ansprechbaren Blatt, wo man bei diesem oder jenem Artikel einfach „hängenbleibt", wenn man die Zeitung durchblättert. Ich will die Frage damit nicht auf die Frage der Optik reduziern, sondern dafür plädieren, daß die Zeitung in ihrer Konzeption der Vielfalt (aktuelle Berichterstattung einerseits — grundsätzlichere Einschätzungen andererseits) erhalten bleibt. Sonst besteht meines Erachtens die Gefahr, daß dem AK nur einem Leserkreis erhalten bleibt, der auch mit ziemlich intellektuellen Ansprüchen an eine Zeitung rangeht.

Noch ein Argument für die aktuelle Berichterstattung: Mir ist wohl klar, daß der AK bei einem monatlichem Erscheinen z.B. mit der „taz" im Hinblick auf Aktualität nicht konkurrieren kann, andererseits haben mir Berichterstattungen von Genossen häufig sehr viel mehr I n f o r m a t i o n e n gebracht, als es die „taz" oder andere Tageszeitungen vermochten, denn es ist ja bekannt, daß jede Information auch unter dem Deckmantel der „wertfreien" Berichterstattung eben nicht wertfrei ist, sondern auch „Position" bezieht, und daß war mir am AK immer wichtig. Ich war zwar politisch auf dem Laufenden, habe mich aber immer wieder auf den AK gefreut, weil ich wußte, hier bekomme ich noch mehr geliefert, denn es spricht eben aus jedem Artikel auch der p o l i t i s c h e Gesichtspunkt.

Widerstand
Rotkäppchen
Buntzeitung
Kontraposition

Widerstand
Rotkäppchen
Buntzeitung
Kontraposition

Was vielleicht noch eine Idee ist, daß mit bestimmten AK-Ausgaben vielleicht auch Themenschwerpunkte gewählt werden, der Aktualität entsprechend. Dies Konzept kann man sich ja durchaus von bürgerlichen Zeitungen wie „Spiegel" oder „stern" abgucken (oder anderen Magazinen). Das muß dann aber auch auf der Titelseite ausgedrückt werden. So ist ja z.B. im letzten AK (Nr. 217) viel drin über Polen, aber nichts über Frauenfragen oder Kinder. Die Ausländerfrage ist dick im Gespräch in der bürgerlichen Presse! Das wäre dann eher die Konzeption eines Magazins. Aber durchaus diskutierenswert, wenn wirklich die aktuelle Berichterstattung trotzdem nicht fehlt. Noch was zur Namensgebung. Für mich und meinen Bekanntenkreis ist es so, daß Arbeiterkampf ein Markenzeichen ist. D.h., man weiß, um welche Zeitung es sich da handelt und weiß, welche Rangehensweise da politisch dran ist, man kann ihn einfach einordnen.

Im Grunde ist es ja schon lange so, daß der Name dem Inhalt nicht mehr entspricht. Aber wen hat's gestört? Jeder wußte, welche Zeitung das ist, und wenn ich Glück hatte, konnte ich aufgrund irgendeines Artikels jemanden motivieren, den AK oder zumindest einen bestimmten Artikel zu lesen. Das wird sich mit einem neuen Namen nicht ändern. Es wird heutzutage immer darauf ankommen, daß ein Freund des AK andere Leute anspricht, doch mal den AK zu lesen, zu diesem oder jenem Thema, worüber man sich vielleicht gerade unterhalten hat. Den Traum, daß der AK Massenzeitung wird, haben wir ja nun ausgeträumt. Von daher finde ich es müßig, sich darüber Gedanken zu machen, einen neuen Namen für den AK zu finden. Wenn ihr aber unbedingt eine Umtaufung wollt, dann sollte in dem Namen zum Ausdruck kommen, daß es sich um eine Zeitung mit revolutionärem Anspruch handelt. Es muß deutlich sein, daß es eine Zeitung ist, die links, sehr links ist. „5 vor 12" finde ich da auch nichtssagend, eher einer spontanen Strömung angepaßt (Friedensbewegung?). Der AK, auch wenn er einen neuen Namen bekommen sollte, soll doch eine kommunistische Zeitung bleiben...

Mit solidarischen Grüßen
Ein Freund des KB und des AK
Bernd aus Hamburg

Daß der Arbeiterkampf zukünftig nicht mehr Arbeiterkampf heißen soll, leuchtet mir nicht ein. Soll mit einer Namensänderung erreicht werden, daß der AK auch von Leuten gekauft wird, die sich bisher von dem Namen nicht angesprochen oder gar abgeschreckt fühlten? Ich meine, wer eine kommunistische Zeitung nicht liest, weil sie Arbeiterkampf heißt, der/die liest sie auch nicht, wenn sie anders heißt. Sollte der Name geändert werden, so darf, meine ich, keinesfalls das „AK-Emblem" auf der ‚neuen' Titelseite fehlen. Ich finde das Symbol der aufgehenden Sonne nicht nur ansprechend und treffend, sondern meine auch, daß es als Erkennungszeichen für unsere Zeitung, wie sie auch heißen mag, wichtig ist.

Zum Inhalt ist das erste was mir einfällt eine (oder zwei) Leserbriefseiten. Ich war im letzten AK (218) sehr erfreut darüber. Die Kulturseiten sollten mehr Umfang haben. Schön wäre es, wenn hier mehr Amateurtheater- und Musikgruppen, Kulturzentren und JZI's (usw.) von ihrer Arbeit und ihrem Kampf berichten würden.

Schlampig recherchiert und viel zu spät war der Artikel zu P. J. Boock (P. J. Boock — Aussteiger zwischen Rebmann und Baum, AK 213/S.17).

Ansonsten: Prima, weiter so

Frank, Hamburg

Rebmann und Baum, AK 213/S.17).

Ansonsten: Prima, weiter so

Frank, Hamburg

Im AK 218 schlägt U. (RGW-Kommission) den Namen: „Sozialistische Rundschau" vor. Die Begründung dazu finde ich echt lustig: *„Der Begriff ‚sozialistisch' ist m.E. im Gegensatz zu ‚kommunistisch' heute nicht allgemein negativ besetzt"*. Hm...: Wie nennt sich zum Beispiel die französische Regierungs-(Mehrheits-)Partei? Wie heißt diese eine „Internationale" noch, wo Brandt den Vorsitz hat? Und und und ...

(Ich könnte natürlich ganz tief schlagen und eine bestimmte Partei in Erinnerung rufen, die vor knapp 50 Jahren hier die Macht einstweilen übernahm...).

Mir scheint es ein etwas unbrauchbares Kriterium, nach der bürgerlichen Diskreditierung mancher Begriffe vorzugehen. Wenn mensch das konsequent zu Ende denkt, müßte unser gesamtes Vokabular umgestellt werden. Wir könnten statt „Rätedemokratie" vielleicht „Mitbestimmung" sagen — statt „Diktatur des Proletariats" „Sozialpartnerschaft", — usw. usf. Ich finde es eigentlich weniger aufwendig und verwirrend, wenn wir diese Begriffe wieder instand besetzen würden ... (Lieber instand besetzen als kaputt besetzen ...).

E., KB Frankfurt

Für die Namensgebung der neuen Zeitung finden wir es sehr wichtig, daß der Name keine Panikmache oder Weltuntergangsstimmung erzeugt, sondern zukunftsorientiert und optimistisch ist („Ein Marxist hat kein Recht Pessimist zu sein" —Ernst Bloch). Statt „5 vor 12" also „Aufbruch" oder so etwas.

Für die Titelblattgestaltung finden wir es gut, Artikel auf der ersten Seite großgedruckt „anzureißen" und im inneren Teil fortzusetzen.

Aufbruch
Freiheit
und Vernunft
An-und-für-sich
Streitschrift

Die bewährte Faust mit Schraubenschlüssel verschwinden zu lassen, finden wir nicht richtig. Erstens ist dieses Zeichen wahrscheinlich bei vielen Lesern und Freundinnen/Freunden des AK als typisches Merkmal bekannt und zudem unterstreicht es noch einmal, worauf es uns ankommt.

Darüber hinaus fragen wir uns in der letzten Zeit, warum in den letzten Ausgaben des AK nicht schon Abonnenten für das neue Blatt geworben wurden. Gerade am Anfang ist ein gutes Abo-Polster doch sicher notwendig. Weiterhin müßte geprüft werden, ob es nicht möglich ist, Anzeigen für die neue Zeitung, in den doch sicherlich viegelesenen Buntbuch-Büchern, unterzukriegen.

Wichtig wäre auch zu erfahren, wie hoch die Effektivität der Werbeanzeigen in der taz waren.

Mit kommunistischen Grüßen
KB-Sympathisanten Baden-B.

Seit ca. 5 Jahren lese ich mehr oder weniger regelmäßig den AK und habe seit dieser Zeit auch stets lockeren Kontakt zu KB'lern gehabt.

Zur neuen AK-Konzeption möchte ich folgendes bemerken:

Die Perspektive, den AK inhaltlich, d. h. auch qualitativ zu verändern (neuer Name, anderes Lay-out etc.), finde ich sehr gut, da dies offensichtlich der einzige Weg ist, die sinkenden Auflagenzahlen zu bremsen.

Ich möchte es sehr unterstützen, einen neuen Namen für die Zeitung zu finden, da Arbeiterkampf ein überholtes Relikt der Anfang der 70er Jahre begonnenen „Hinein in die Betriebe"-Kampagne ist. Einen Alternativ-Namen habe ich zwar nicht parat, jedoch müßte durch den Namen eindeutig hervorgehen, daß es sich um eine radikal-linke Zeitung handelt, die sich auf marxistische Grundlagen beruft und dem linken Internationalismus verpflichtet ist.

Vielleicht sollten durchaus die Köpfe von Marx und Che Guevarra im Frontblatt erscheinen??!

Soviel zu den Äußerlichkeiten. Inhaltlich ist der begonnene Weg durchaus richtig: weg von den oberflächlichen Sponti-Berichten aus aller Welt, hin zu wissenschaftlich-analytischen Artikeln. Die letzte Ausgabe des AK (218) hat mir sehr gut gefallen!

P.

Mein Vorschlag für einen U n t e r t i t e l, wenn der AK schon 'n neuen Namen kriegt: „Rebellion ist gerechtfertigt!" Denn wir wollen doch mit unserer Zeitung nicht nur dem berechtigten Unmut eine wissenschaftliche Grundlage geben, sondern auch Empörung, Unmut, Widerstand, Auflehnung, also Rebellion gegen die Verhältnisse schüren, oder? Wir wollen uns und anderen Mut machen, gegen reaktionäre oder resignative Miesmacher zu motzen, Autoritäten immer in Frage zu stellen und insgeheim oder offen zu stürzen. Wenn wir's ehrlich meinen mit unseren Zielen, Ansprüchen als Maoisten, Kommunisten, dann sind wir doch immer gefordert, der bourgeoisen Denkweise in den Köpfen, auch in den eigenen, entgegenzutreten, dem menschenfeindlichen System und seinen Handlangern und genauso den Abwieglern entgegenzutreten, und denen, die's ehrlich meinen mit ihrem Widerstand immer wieder den Rücken zu stärken! Und dafür müssen wir uns gegenseitig stärken, mit einer Zeitung, die nicht nur Einsichten, sondern auch Gefühle, Widerstandsgefühle stärkt gegen den lauen Wind, der uns verführen will und den scharfen Wind, der uns ersticken will!

Rot Front
Ein Genosse aus NRW

Der Turm stürzt ein

Der Turm stürzt ein

In meinem ersten Brief zur AK-Debatte habe ich eine Reihe Fragen aufgelistet, mit denen zu befassen m.E. für uns dringend notwendig ist. Mittlerweile hat unser Kongreß stattgefunden, die Diskussion in der Kölner Ortsgruppe nicht – aber aus verschiedenen individuellen Beiträgen sind mir einige Sachen etwas deutlicher geworden. In meinem Papier habe ich v.a. nicht deutlich gemacht,
– warum mir diese Fragen so wichtig sind und
– was zum Teufel an der „Kultur" auf einmal so Bedeutendes ist.

Diese beiden Begründungen will ich hiermit versuchen nachzureichen.

Abschied vom Proletariat ?

In den drei ersten von mir angesprochenen Fragen (Rolle des „sub- oder Lumpenproletariats"; Rationalisierung; Medienentwicklung) geht es vor allem um folgende Hintergedanken: Momentan „haben wir" über zwei Millionen Arbeitslose; in absehbarer Zeit werden es drei Millionen sein. Die kommenden Jahre, so meine These, werden eine Rationalisierungswelle von bisher ungekanntem Ausmaß, speziell durch die Mikroelektronik, bringen. Die Folge ist ein wachsendes Heer von Dauerarbeitslosen, Menschen, die für die kapitalistische Maschinerie überflüssig sind. Diese Menschen werden wohl in den Metropolen eine – wenn auch große – Minderheit bleiben; umso größer wird ihre Zahl weltweit sein. Insofern ist die jetzige Jugendarbeitslosigkeit auch deshalb so besonders erschreckend, weil ein Großteil dieser Jugendlichen tatsächlich nie einen Job kriegen wird – sie werden nicht gebraucht, nicht mal (jedenfalls nicht in relevanter Zahl) als industrielle Reservearmee.

Soweit, so schlecht – ich behaupte nun weiter, daß die herrschenden Parteien diese Entwicklung erkannt haben und sich dementsprechend verhalten: sie versuchen nämlich nicht mehr, alle Teile der Bevölkerung in ihre Gesellschaft zu integrieren. Vielmehr gehen sie allmählich zur billigeren Variante des bürgerlichen Umgangs mit „Ausschuß" über: sie sondern aus, sie stellen um ihre Zentren ein paar Bullen mit MPs, sie bereiten sich darauf vor, auszurotten. Kann sein, in den Metropolen geht's noch einigermaßen glimpflich ab und es wird unter den Brücken nicht zu eng – aber in den „Entwicklungsländern" gibt's gar nicht genug Brücken. Und solche Geschichten wie Sahel-Zone und dergleichen werden Alltag sein. Daß die Verdammten dieser Erde zu diesen Entwicklungen gar nicht so recht eine positive Einstellung finden können, leuchtet ein, und so werden in unseren Breiten Aufstände wie in England letzten Sommer des öfteren auftreten.

Meiner Ansicht nach ist diese Entwicklung von uns nicht mehr zu verhindern. Das bedeutet aber natürlich keineswegs, daß wir uns damit nicht zu befassen haben. Schließlich sind wir Kommunisten dem übrigen Proletariat in unseren theoretischen Einsichten einen Schritt voraus, gelle ?

„Oh Lord give us more money" (Holger Czukay)

Genau dieser Schritt fehlt aber m.E., wenn da als Kommentar zu den Löwenthal-Thesen diese einfach nur als Buhlen um Wählerstimmen bezeichnet werden (AK 215). Das ist viel zu kurz gegriffen. Es geht bei diesen Thesen vielmehr darum, daß die SPD ihre bisherige Politik der Klassenkollaboration noch mehr verschärft: Ganz im Sinne der Blüm'schen „Neuen Sozialen Frage" sollen die „Besitzer" eines Arbeitsplatzes „ihre" Fabrik verteidigen gegen die, die keinen mehr haben. Es geht in den Thesen einfach um die Spaltung der Gesellschaft in produktive, verwertbare Kerne und den Ausschuß. Wo dieser Ausschuß oder seine humanistischen Freund/inn/e/n noch eigene Sozialisationsinstanzen, Kontrollstationen oder einzelne, funktionalisierbare Produktionsstätten schafft, wird das zunächst hingenommen, dämpft es doch die latente Unruhe in diesem Teil des Volkes. (Das ist die Funktion, die die Bürgerlichen der Alternativszene zugedacht haben.) Wo der Ausschuß aufmuckt, wird er niedergeschlagen; wo er „Kultur" produziert, wird er vielleicht zur Belustigung der Bourgeoisie in deren Opern eingeladen – nur integriert, das wird der Ausschuß nicht mehr.

Nun höre ich so manche Genoss/inn/en sagen: „Das ist doch nix Neues, das ham' die Bürgerlichen doch schon immer so gemacht". Das stimmt ja auch, nur die Menge des ausgesonderten Rests ist neu und, dadurch bestimmt, die Härte dieses Prozesses. Und noch eins ist neu: daß nämlich der Ausschuß diesmal schon vorher weiß, was da

Fortsetzung von voriger Seite

auf ihn zukommt. Nix anderes als das ist nämlich gemeint, wenn heute Leute „No future" sagen, keine Lust mehr haben, um 'nen Job zu betteln, weil sie eh keinen kriegen, auf ihre Karriere pfeifen etc. (Zwei Anmerkungen: Vielleicht hat der Ausschuß früher doch gewußt, was kommt – soweit reichen meine historischen Kenntnisse nicht; und zu „No future" komm' ich weiter unten noch mal.)

Interessant in diesem ganzen Prozeß finde ich nun das Verhalten der revolutionären Subjekte: Die Arbeiterklasse nämlich verhält sich nicht dazu. Oder genauer gesagt: jedenfalls nicht sonderlich fortschrittlich. Weit entfernt davon, revolutionäre Gedanken zu haben oder gar zu verwirklichen, ist die Arbeiterklasse williges Opfer der bürgerlichen Politik bzw. Gesellschaftsformierung. („Ja, aber Du mußt doch mal überlegen, woran das liegt ..." .) Meiner Ansicht nach liegt das daran, daß Rationalisierung, Einsatz von Technologie, überhaupt die Gestaltung der Umwelt der Arbeiterklasse nicht allein dem kurzsichtigen Profitstreben der Einzelkapitalisten dient, sondern immer bewußter zur Erzeugung eines ganz bestimmten erwünschten Bewußtseins dieser Arbeiterklasse benutzt wird. Und so wurde seit ihrem Entstehen die Arbeiterklasse von den Kapitalisten immer raffinierter konditioniert, diszipliniert und gesteuert. Die perversen Spitzenergebnisse dieser Nutzanwendung des Satzes, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, finden sich in Hochsicherheitstrakten und der Architektur der Neuen Heimat.

Und das Ergebnis dieser Politik ist,daß wir es in den Metropolen mit einer hochgradig korrupten Arbeiterklasse zu tun haben, die für die Garantie ihrer Ausbeutung und das bißchen Dreck, das sie dafür als Lohn erhält, eben auch zusieht, wie der Rest der Welt ins KZ gesteckt wird. Denn immerhin: diese Arbeiterklasse hat nicht bloß über hundert Jahre Konditionierung hinter sich, sondern auch die spezifisch deutsche Geschichte, eine Geschichte der Niederlagen: 1848 eine durch die Angst der Bourgeoisie gescheiterte Revolution, dafür 1871 ein K a i s e r r e i c h ! 1914 der Verrat der SPD, 1918 dann die wieder gescheiterte Revolution, 1933 der Faschismus, von dem zu befreien die Sowjetunion bluten mußte, nach '45 dann auch nix mit Sozialismus oder was – Adenauer!

Das ist die kollektive Geschichte dieser Arbeiterklasse. „Hab mein ganzes Leben nichts gelernt, außer daß man besser die Schnauze hält" (Ton Steine Scherben).

Nun kann mensch all das ja auch viel netter ausdrücken: Die Arbeiterklasse in der BRD hat kein sozialistisches, wahrscheinlich nicht mal ein Klassenbewußtsein. Wo so etwas mal vorhanden gewesen sein mag, da ist es mit Erfolg verschüttet worden.

„These are the things that dreams are made of" (Human League)

„These are the things that dreams are made of" (Human League)

Angesichts dieser Dinge sollten wir uns m.E. schleunigst Gedanken darüber machen, wie hierzulande
– große Teile der Bevölkerung zu einem fortschrittlichen Bewußtsein gelangen können, und
– wie dem revolutionären Subjekt zu mehr Selbstbewußtsein zu verhelfen ist.

In solche Überlegungen muß auch das Verhältnis der anderen unterdrückten Schichten und Bevölkerungsteile zur Arbeiterklasse miteinfließen. Und zwar denke ich da an folgenden Zusammenhang:

Es ist heute in großen Teilen der Bevölkerung, speziell unter Jugendlichen, eine Stimmung von Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, Weltuntergangserwartung etc. festzustellen. Zugleich schwindet der Wille, es in diesem System noch zu etwas zu bringen, Karriere zu machen, sich an bürgerliche Normen anzupassen etc. Es kommt zu spontanen Erhebungen, sog. „blindem Vandalismus": die Bereitschaft zur Militanz ist gestiegen. Meiner Meinung nach ist all das in seiner Widersprüchlichkeit ein Ausdruck, daß immer mehr Menschen an der Legitimation des Systems zu zweifeln beginnen. Deutlichster Ausdruck dieses Bewußtseins (auf Massenebene) ist die „Neue Jugendbewegung" und ihre Avantgarde, die Punks.

(Hier jetzt mal eine kleine Anmerkung für die Genoss/inn/en, die an dieser Stelle zu lesen aufhören, mir aber unterstellen, ich würde nunmehr „die Punker" zum revolutionären Subjekt erklären: Wenn mir da gesagt wird: „Wart's mal ab, was in einem Jahr aus der Punkszene geworden ist", kann ich solch sichere Voraussicht, daß es nicht gelingen wird, oppositionelle Strömungen zu stärken, angesichts der schadenfrohen Gewißheit, mit der sie geäußert wird, nur noch als masochistisch verstehen.)

Es dürfte doch wohl klar sein, daß oppositionelle Strömungen in einer Gesellschaft, in der die Herrschenden sämtliche Medien beherrschen, nur äußerst langsam und vor allem widersprüchlich sich form(ul)ieren können.

Es ist für mich auch gar nicht entscheidend, ob die Punks konkrete politische Erfolge erringen können oder das getan haben. Entscheidend ist für mich, daß in den heute 15 - 25 jährigen ein großes Potential von Menschen heranwächst, die von ihrem Bewußtsein und ihrer Praxis her eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse leisten. Angesichts der Millionen, die ihre Ausbeutung als Geschenk Gottes ansehen und so auch hinnehmen, sind mir einige zehn- oder hunderttausende, die sagen: „Wir wollen keine Arbeit", weil sie gar nicht einsehen, warum sie für die Kapitalisten schwitzen sollen, sehr lieb und teuer. Und zwar weil ich den Wunsch, nicht mehr arbeiten zu müssen, für einen äußerst fortschrittlichen halte, vor allem aber, weil die Arbeiterklasse der BRD sich zur Formulierung einer solchen Forderung gar nicht hergeben würde.

Und weiter: in meinem ersten Papier habe ich verschiedene Formen des subjektiven Aussteigens aus der Wirklichkeit (Irrationalismus, Magie etc.) und deren kulturelle Reflexe („Der Papalagi", „Die Unendliche Geschichte" etc.) angesprochen. Ich denke, mensch sollte bei der Analyse dieser Dinge nicht übersehen, daß jemand, der/die den Wunsch nach einem Ausstieg aus dieser Wirklichkeit hat, doch an dieser Wirklichkeit leiden muß. Das heißt für uns doch, ganz genau achtzugeben, w o r a n die Menschen denn im Einzelnen so leiden, um hier dann umso gezielter nachweisen zu können, daß dauerhafte Abhilfe für dieses Leiden eben nur im Kommunismus möglich ist.

Eine Anmerkung, wie so etwas ganz praktisch werden kann: Unsere befreundete englische Organisation „Big Flame" benutzt in ihrer Zeitung und anderen Publikationen recht oft für Überschriften etc. populäre Liedertexte, Buchtitel und dergleichen. Das hat den Sinn, dem/der Leser/in, die nicht gerade aus dem engeren linken Umfeld kommt, deutlich zu ma-

für Überschriften etc. populäre Liedertexte, Buchtitel und dergleichen. Das hat den Sinn, dem/der Leser/in, die nicht gerade aus dem engeren linken Umfeld kommt, deutlich zu ma-

chen, daß die Leute von „Big Flame" durchaus nicht irgendwelche Wesen vom anderen Stern sind, sondern ganz ähnliche Interessen und Bedürfnisse haben wie andere Menschen auch. Ich denke, daß dies ein (1 !) Mittel sein kann, der weiteren Entwicklung des linken Ghettos etwas entgegen zu setzen.

Übrigens hat die Beschäftigung mit kulturellen Dingen wohl auch etwas mit dem Aspekt der „Keimform" unseres Vereins zu tun, dient (bzw. sollte) die Kultur doch der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt und also seiner allgemeinen Emanzipation, die sich entgegen allen vulgärmarxistischen „Theorien" keineswegs nur durch die Arbeit vollzieht. (Ganz im Gegenteil! denke ich manchmal.)

So! Liebe Genoss/inn/en, jetzt sind hoffentlich alle Klarheiten beseitigt; auf daß es eine lebhafte und kontroverse Diskussion werde.

Kommunistische Grüße

Ha., Köln. 27.2.82



Schöne Aussichten



Beim KB-Kongreß im Januar wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem gefordert wird, daß „*künstlerischen und kulturphilosophischen Ausdrücken des Zeitgefühls und der Suche nach Alternativen im kulturellen Bereich in Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden*" soll.

„*Aber niemand wird denken, daß mit der Verabschiedung der Kongreßresolution nun alles in Butter sei.*" Stattdessen kann dieser Beschluß „*nur die Tür zur Diskussion in unseren eigenen Reihen und zur Entwicklung einer größeren Aufnahmebereitschaft für all die kulturellen Erscheinungen um uns herum öffnen ...*"

Durch diesen Beschluß hat sich die Voraussetzung für unsere Arbeit zwar verbessert, jedoch sehen wir uns a l l e i n nicht in der Lage, diesen Beschluß umzusetzen. Wir sehen es als Aufgabe der gesamten Mitgliedschaft an, nicht nur einmal den Arm zu heben, sondern sich produktiv mit diesem Beschluß auseinanderzusetzen! (Hallo, hallo feedback: massenhaft Protokolle, Artikel, Papiere, Vorstellungen, Fragen, Karikaturen ...).

D.h., daß wir von uns aus bestimmte Projekte angehen werden, aber auch, daß wir Aktivitäten der Basis erwartungsvoll begrüßen. Wir stellen uns vor, daß es zwecks Koordinierung und Austausch der verschiedenen Vorstellungen ganz sinnvoll sein könnte, nach einer gewissen Zeit ein Arbeitstreffen aller an der Kulturarbeit Interessierten zu veranstalten.

Da wir kein Sammelsurium von unzusammenhängenden Beitragen veröffentlichen wollen, können wir nicht garantieren, daß alles so, wie's kommt, erscheinen wird. (Das trifft ja übrigens für alle Bereiche zu).

Wie wir aus verschiedenen Gesprächen und Kontakten wissen, gibt es eine Reihe von euch, die sich auch privat mit Kultur auseinandersetzen. Es soll sogar Spezialisten für bestimmte Bereiche wie Science Fiction, Gedichte-Schreiber etc. geben. Darüberhinaus geht Mensch tagtäglich mit Kultur um. Wenn nun gesagt wird, daß für die Kulturarbeit Kompetenzen fehlen,

Science Fiction, Gedichte-Schreiber etc. geben. Darüberhinaus geht Mensch tagtäglich mit Kultur um. Wenn nun gesagt wird, daß für die Kulturarbeit Kompetenzen fehlen,

dann antworten wir darauf: wer nicht singen kann, soll keine Platten hören, Filme dürfen nur Filmemacher sehen, in's Theater sollten nur Schauspieler gehen ...

Deswegen: Raus mit euren Ideen zu irgendwelchen kulturellen Fragen, zur kulturellen Gestaltung der Zeitung, raus mit euren bisher zurückbehaltenen Produkten, zumal „*diese Arbeit durch ideologische und formale Offenheit getragen sein und manches auch formal Provozierende hinnehmen können muß, wenn (daraus) nicht öde Kulturbesprechungen, sondern eine lebendige Auseinandersetzung werden soll ...*"

„*KULTUR IST POLITIK, POLITIK IST KULTUR!*"
(sinngemäß nach Dario Fo)

(Wortlaut des Beschlusses und der Begründung: siehe AK 217)

Die Genossinnen und Genossen aus der Kulturkommission

„heavy metal"
eine äußerst subjektive Kritik

Der Film wird annonciert als d a s Ereignis auf dem verfilmten Comic-strip-Markt, als Spitzenproduktion erstklassiger Zeichner, „besser als science-fiction". Versprochen wird eine „Reise ins Universum des Sex und des absoluten Bösen". In der „Szene", einem der etablierten Kulturanzeiger der Hamburger Linken, wird der Film in der Februar-Nummer als Rock-Ereignis und künstlerischer Augenschmaus empfohlen, die Schallplatte zum Film per großformatiger Anzeige gleich mit angeboten. Der Film läuft (bei Erscheinung des AK) seit nunmehr vier Wochen in drei großen Hamburger Kinos.

Ich kannte die Comic-Serie „Schwermetall", die für ein paar Mark an jedem Kiosk zu kaufen ist: öder Brutalo-Sex mit Fantasy- und Science-fiktion-Hintergrund, ein Produkt der schwarzen Linie im Bereich des z.T. durchaus gesellschaftskritischen Fantasy-Marktes, gegenüber den Spitzenprodukten des Sado-Maso-Genres à la „Dracula" und „Vampirella", allerdings noch relativ zahm. (Mensch sollte es nicht glauben, aber diese Hefte wie „Dracula" u. ä. haben einen großen Markt. Ich verfüge per Zufall über einen kleinen Einblick, weil ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, in einer Spedition zu arbeiten, die das Monopol auf Belieferung der Hamburger Kioske mit Zeitschriften und Heftchen aller Art hat ...).

Ich wollte mir also ansehen, was da mit soviel public-relations-Aufwand in die deutsche Seele gepuscht werden soll. (Ach ja, ich vergaß zu sagen: es handelt sich um eine US-Produktion). Ich war auf Obszönitäten, einigen Horror und evtl. Langeweile gefaßt — aber das! Als ich das Kino verließ, verspürte ich einen brennenden Wunsch nach Zärtlichkeit, nach menschlicher Wärme, nach vertrauten Worten, nach Gesichtern mit menschlichen Augen, und nach Menschen, die zuhörn. Ich fühlte mich total leer und menschlicher Gefühle beraubt.

Dieser Film arbeitet tatsächlich technisch brilliant mit allen Mitteln der — vor allem in der US-amerikanischen — Subkultur und Alternativ-Scene zeitgenössischen Comic-Kultur sowie einer geschickt aufbereiteten Pa-

technisch brilliant mit allen Mitteln der — vor allem in der US-amerikanischen — Subkultur und Alternativ-Scene zeitgenössischen Comic-Kultur sowie einer geschickt aufbereiteten Pa-

lette des gängigen Musik-Marktes — insoweit kann niemand sagen, es sei einer/m etwas falsches versprochen worden. Das Produkt aber ist eine gigantomanische Abfolge von Weltuntergangs-Horror und Endzeit-Visionen, von Kriegsbrutalitäten und Zivilisationsverwesung — ohne kritischen Abstand, ohne Handlungsziel, ohne erklärten gesellschaftlichen Standort. Der einzige Zusammenhalt entsteht durch einen (sogar männerfeindlichen) Plastik- und Sado-Sex, der die einzige „Perspektive" dieses Films erkennen läßt: eine wuchernde, zugleich frustrierte und brutalgeile Lust an Unterdrückung und Weltuntergang.

Dabei ist der Film zugleich so beleidigend dumm, zielt in plattester Weise auf Instinkte, Vorurteile, lebt von den trivialsten Schwarz-Weiß-Dualismen: das Gute und das Böse, die Hure und die Heilige, die Barbaren und die Wissenschaftler, und schließlich — den Grundtenor bestimmend — die Technik (science fiktion) und dagegen jene urknorpelige Naturhaftigkeit von Landschaft und Mensch.

Der Film verzichtet auf einen logischen Handlungsfaden. Er lebt vom Chaos der nacheinander angebotenen Unterdrückungs-, Mord- und Vernichtungsszenen, die ihre höchste Perfektion im sexualisierten Gewalt- und Blutrausch finden. Dabei reichen die nacheinander angebotenen Szenarios von einem asozialisierten New York brutalisierter Taxifahrer, Nutten usw. bis zu diversen Barbarismen und Gigantomanien. Die „Handlung" ist mehr als dürftig und mit wenigen Worten erzählt: Schon im ersten Bild taucht erklärungslos aus dem Nichts eine grüne Kugel auf, die „das absolute Böse" darstellen soll. Sie bedroht ein kleines Mädchen mit der Vernichtung, aber zuvor berichtet sie ihr nacheinander ihre bisherigen Zerstörungserfolge, eben jene folgenden Sequenzen. Obwohl die Kugel „das absolute Böse" und unbesiegbar sein soll, wird sie in der letzten Sequenz von der Superweib-Heldin Tarka, die „das absolut Gute" darstellt, besiegt. Die Heldin geht dabei unter, erhebt sich aber dann im letzten Bild in Gestalt eines kleinen Mädchens, durch dessen Überleben nunmehr der Sieg des Ewig Guten besiegelt wird.

So wahllos die Abfolge der Greuel, so gezielt die Mittel ihrer Darstellung: Sämtliche mir bekannten Elemente des Zeichentricks, von der aalglatten science-fiktion-Attrappe a la „2001" über die monströs tropfenden U-Comix-Verwulstungen bis hin zu „Dracula" und „Landser"-Misch-Masch in Uniformen und Militärmaschinen des 2. Weltkrieges, passieren Revue. Die Einzelbilder schwelgen in Farben und Ornamentik. Die Musik ist entsprechend: ein wohltemperiertes Potpourri von härtestem punk über elektronische Klänge zu klassisch wagnerischen Tönen. Alles zusammen: ein optimistischer und akustischer Verführungs-Versuch!

All diese Klischees und optischen und akustischen Reize sind ja soweit — was noch anginge — die typischen Muster der gängigen Trivialliteratur und -filme. Das gilt für Lore- und Bastei-Romane in anderer Form nicht minder als für den größten Teil der sog. Fantasy-Comics, die aus solchen Gegensätzen wie Gut — Böse, Hure — Nonne, Liebe — Haß uam. schon immer Ewigkeitswerte gemacht haben, die sich auch in Milliardenumsätzen auszahlen. Sie spiegeln ja nichts anderes wider als die verkümmerten oder pervertierten Kleinbürgerträume von der Rückkehr ins einfach Leben. Darin mischen sich Wünsche nach Überwindung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse und Rückwendung in feudale Verhältnisse. Und selbstverständlich ist es richtig, daß auch die europäischen Volksmärchen von sehr einfachen Mustern leben und daraus ihre „reinigende Kraft" beziehen, wenn schließlich „das Gute" über „das Böse" siegt usw. All diese Elemente finden sich im üblichen Fantasy-Genre.

In d i e s e m Film-Verschnitt aber ist das positive Identifikationsangebot gegenüber der ziellos rasenden

Elemente finden sich im üblichen Fantasy-Genre.
In d i e s e m Film-Verschnitt aber ist das positive Identifikationsangebot gegenüber der ziellos rasenden

Aggression, Frauenverachtung, Menschenfeindlichkeit gleich null. Die beschriebene Endszene, in der sich die in das Mädchen verwandelte geopferte Heldin als Bannerträgerin des absoluten Guten in die Lüfte erhebt, bleibt eine dümmlich angeklatschte Legitimation. Und selbst die positiven Helden, die dem „absolut Bösen" entgegenzutreten versuchen, sind bar jeden eigenen Willens und einer wie auch immer gearteten eigenen Zielvorstellung. Sie sind vielmehr bloße Objekte mystischer Urkräfte — und selbstverständlich im Fall der Hauptheldin Tarka auch noch Sexual-Objekt. Sie bewegen sich in heldischer Pose inmitten monumentalistischer Architektur und Landschaft, während ihre Widersacher nichts anderes sind als Gewürm. Die Glorie der weißen Rasse über die Urwaldmenschen, die in gebrochenem Deutsch (bzw. englisch) reden, sowie braun-grün oder sonstwie-häutige Barbaren läßt unverkennbare historische Vorbilder erkennen. Freiheit, selbstbestimmtes Handeln, Gleichberechtigung kennt dieser Film nicht. Er ist eine Verherrlichung von Asozialität, Irrationalismus und blindem Terror auf der einen, der „Vorsehung" und mythologisiertem Heldentum zum andern. Hier wird im Gewand subkultureller und alternativer Kultur die Abschaffung aller Kultur und die Rückkehr weit hinter die Barbarei propagiert!

Ich finde es einen Skandal und beschämend für die Linke, wenn Zeitschriften wie die „Szene" einer derartigen Verdummung und Verrohung nicht entgegentreten.

P.S.: Der Film ist freigegeben ab 16 Jahren, richtet sich also offenbar wesentlich an jugendliches Publikum.

F., 5.3.82

Dallas. Ben Cartwright sitzt auf der Veranda seines Hauses und blinzelt in die Sonne, wie sie rot über den blauen Bergen untergeht. Er hat die Beine hochgelegt, und der Schaukelstuhl knarrt vernehmlich, wenn er sich vorbeugt, um ein Stück Eis in sein Whisky-Glas zu befördern. Dieser Sonntagabend versprach wieder einmal, ein Höhepunkt zu werden. In einer Stunde würden die McDonalds da sein, und dann würden sie gemeinsam bis tief in die Nacht hinein die nächste Runde von „Fulda-Gap" spielen, jenes Spiels also, das zur Zeit das Hauptgesprächsthema in den beiden Familien bildet. Genau besehen waren es nur er und John McDonald, die beiden mächtigsten Männer am Ort, die gegeneinander spielten. Trotzdem geriet das ganze zu einem richtigen Familienspiel, und die Kinder waren Feuer und Flamme, wenn sie mit ihren Truppenteilen die Befehle des Oberkommandos ausführen durften. Cartwright war auf den kommenden Abend glänzend vorbereitet. Zwar war es seinem Gegenspieler, der den Part der Russen spielte, in der letzten Runde gelungen, ein Gefecht zwischen Giessen und Marburg unter Einsatz chemischer Waffen zu seinen Gunsten zu entscheiden, und die Situation war für die eigenen NATO-Verbände durchaus kritisch. Cartwright jedoch hatte beim nuklearen Schlagabtausch Vorteile erzielt. Er hatte sich einen detaillierten Plan zurechtgelegt, mit der Luftwaffe jetzt einen massiven Gegenschlag zu führen.

Cartwrights Frau erscheint auf der Veranda; sie hat das Spiel mitgebracht. „Weißt du eigentlich, wie sehr ich dich liebe, Ben?" Für einen langen Augenblick sehen sich die Eheleute tief in die Augen. Dann beginnen sie gemeinsam, das Spiel auszubreiten und die Truppen so aufzustellen, wie die letzte Runde ausgegangen war. „Hol doch mal einen Atlas", schlägt Ben vor. „Jetzt spielen wir schon drei Abende lang, und ich weiß immer noch nicht, wo dieses verdammte Fulda eigentlich liegt." „Guck mal hier! Da unten auf der Karte liegt Heidelberg. Da haben wir doch dieses schöne Foto von Onkel Jim, wonderfull!" Ben stellt fest, daß Fulda ungefähr 150 Meilen nordöstlich von Heidelberg liegt. „Well", sagt er nachdenklich. „Die Deutschen haben ein schönes Land. Und sie sind verdammt tapfer, sage ich dir..." Es klingelte. Die McDonalds rückten an, wie immer fröhlich lärmend. „Hallo, John, was machen die Geschäfte?"

* * * * *

If war ever again comes to Europe, the major Soviet thrust must be aimed at the powerful US forces guarding southern Germany. In order to breach the NATO defenses and break through into the heart of Europe, the armored columns of the Warsaw Pact must force their way through the...

Fulda Gap

The First Battle of the Next War

NUR EIN SPIEL...

Die Nato zündet eine Atombombe über Hattenbach. Die Hattenbacher sind einverstanden. Jedenfalls sagen das ihre Kommunalpolitiker.

„Fulda-Gap" ist nach Absicht seiner Erfinder ein *„historisches Simulationsspiel"*. Simuliert wird eine angenommene *„erste Schlacht des nächsten Krieges"*, bei der sowjetische Panzerverbände in die Senke (engl.: Gap) von Fulda einfallen, um in einem „Blitzkrieg" bis zum Rhein vorzustoßen. Dementsprechend ist die Möglichkeit, daß die NATO den Krieg beginnt, nicht vorgesehen. Die Schlacht soll sich auf einer Spielkarte abspielen, an deren Ecken Köln, Kassel, Würzburg und Kaiserslautern liegen. Mitten drin: Das Rhein-Main-Ge-

abspielen, an deren Ecken Köln, Kassel, Würzburg und Kaiserslautern lie-

gen. Mitten drin: Das Rhein-Main-Gebiet. Der sowjetische Spieler hat gewonnen, wenn ihm der Vormarsch bis zum Rhein, das Bilden eines Brückenkopfes, die (teilweise) Kontrolle des Autobahnnetzes u.a. gelingt. Dann, so die Spielanleitung, wäre ein Keil zwischen die NATO-Truppen im Norden und diejenigen im Süden getrieben, und wichtige logistische Zentren wären erobert. Umgekehrt gewinnt der NATO-Spieler, wenn der sowjetische Vormarsch zurückgeschlagen wird und NATO-Truppen in das Gebiet der DDR eindringen können. (In der Spiel-Terminologie kämpft nicht die NATO gegen den Warschauer Pakt und auch nicht die USA gegen die Sowjetunion, sondern die NATO gegen die SU, wenngleich letztere über polnische und DDR-Truppen mitverfügt). Eine solche Schlacht, so meinen die Erfinder des Spiels, könnte *„sometime in the near future"* (einmal in naher Zukunft) geschehen.

In der 16-seitigen, kleinbedruckten Spielanleitung heißt es einleitend: *„Moderne Kriegsführung ist eine komplexe Sache, und deswegen sind die Regeln von Fulda Gap auch recht komplex, besonders im Vergleich zu viel einfachereren Spielen (z.B. Monopoly)"*. Dies kann bestätigt werden. Fulda-Gap ist alles andere als ein gewöhnliches Unterhaltungsspiel, dessen Regeln man ein, zwei Stunden lang studiert, um dann die eigentliche Technik während des Spiels selber zu erlernen. Mindestens gilt das für militärische Laien. Allein das Studium der Spielanleitung erfordert, daß man sich mehrere Abende lang intensiv damit befaßt. Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb in der westdeutschen Öffentlichkeit bislang nur die Existenz eines solchen Spiels in den USA bekannt wurde, mehr aber nicht.

Das Spiel besteht, je nach angenommenem „Scenario", aus 7 bis 14 (ggf. auch mehr) „Game Turns" (Runden). Eine solche Runde kann man sich in etwa als das Kriegsgeschehen während eines Tages vorstellen. Darin kommt zunächst der „Sowjet-Spieler", dann der „NATO-Spieler" zum Zug. Ein Spielzug besteht aus drei hauptsächlichen Schritten: Erst werden Truppenteile bewegt, dann gibt es eine Gefechtsphase und anschließend wieder eine Bewegungsphase. Weitere Schritte sehen die Bestimmung der Luftüberlegenheit, den Einsatz von Nuklearwaffen und eine Reorganisation der Truppen vor. Eine Truppeneinheit wird durch ein Kärtchen symbolisiert, das auf ein Feld der schon erwähnten Spielkarte plaziert wird. Diese besteht aus insgesamt 1709 durchnummerierten, sechsecki-

wird. Diese besteht aus insgesamt 1709 durchnummerierten, sechsecki-

gen Feldern, sodaß dieser Artikel z.B, in einem militärischen Plan-Feld mit der Kennziffer 2322 geschrieben wird. In jedem dieser Felder ist die spezifische (fürs Militär interessante) Bodenbeschaffenheit durch unterschiedliche Farben festgehalten; davon gibt es fünf Kategorien, die für die Bewegungsmöglichkeit der dort eingesetzten Truppen ausschlaggebend sind. Straßen, Autobahnen, und Flüsse spielen natürlich noch eine besondere Rolle.

Alle Einheiten haben eine eigene Gefechtsstärke, die sich je nach erlittenen Verlusten bis zur Eliminierung vermindern kann. Es liegt allein in der Hand des Spielers zu bestimmen, wie er im Rahmen der Regeln seine Einheiten bewegt. Ergebnis solcher Gefechte hängt einerseits von den sich gegenüberstehenden Gefechtsstärken ab, wird aber auch durch Würfeln (also durch den Zufall) beeinflußt. Eine Niederlage zwingt zum Rückzug um eine bestimmte Zahl von Feldern und ergibt ggf. auch einen Verlust an Gefechtsstärke. Soweit das Grundmuster des Spiels.

Eine ganze Reihe von den 26 Hauptspielregeln (mit insgesamt 73 Unterregeln) ist nun bemüht, das ganze Spielgeschehen noch realistischer zu gestalten. Da geht es um den Einfluß der „Feindberührung" auf die Bewegungsmöglichkeiten, um gesteigerte Kampfkraft von integriert operierenden Divisionen, um die offensive und defensive Rolle von Artillerieeinheiten, um den Nachschub, um die Berücksichtigung der Tatsache, daß sich die reale Kampfstärke der eingesetzten Einheiten erst während einer Kampfhandlung selber bestimmt, um die spezifischen Verstärkungsmöglichkeiten der NATO durch Mobilisierung von Reservisten, um Rückzug, ohne ein Gefecht einzugehen, um spezielle „Blitzkrieg"-Taktiken (natürlich vor allem seitens des Sowjet-Spielers), um den Einsatz der Luftwaffe, um chemische und atomare Kriegsführung, um Spezialeinheiten (Hubschrauber, Fallschirmjäger) und um taktische oder strategische Doktrien. Kurzum: An alles ist gedacht.

Dem militärtechnisch recht komplizierten Spiel liegt ein propagandistisch einfaches Muster zugrunde:

– die SU ist in jedem Fall Aggressor
– nur die SU setzt chemische Waffen ein
– die SU wendet eine besonders brutale Doktrin an (Vorrücken ohne Rücksicht auf Verluste)
– sowjetische Atomwaffen sind „schmutziger" (stärkere Verseuchung angeblich) usw.

Umgekehrt ist es natürlich aufschluß-

Umgekehrt ist es natürlich aufschluß-

reich, zu untersuchen, worin das Spiel die Vorteile der NATO sieht: Luftüberlegenheit und atomare Überlegenheit. Wer aber glaubt, dem Spieler werde der Einsatz von Atombomben sozusagen als „ultima ratio" (letztes Mittel, um einer Niederlage auszuweichen) in die Hand gelegt, der irrt gewaltig. In einem Abschnitt, in welchem den Spielern strategische Empfehlungen gegeben werden, heißt es wörtlich: *„Die Prozedur des nuklearen Angriffs ist voller Überraschungen. Nukleare Schläge sollten vorbehalten werden für eine hohe Konzentration feindlicher Einheiten, ... , und für Einheiten in Städten oder in Einigelung. Einheiten, die bereits auf den schwächsten Grad ihrer Kampfstärke Ziel ab, weil ihre Eliminierung Siegerpunkte ergibt..."* Also eine Aufforderung, von Atomwaffen nach Herzens(?)lust Gebrauch zu machen.

Vorgesehen ist dabei, daß es pro Runde einen Höchstsatz von A-Bomben gibt(z.B. 10 von jeder Seite), was bedeutet, daß der NATO-Spieler spätestens in der zweiten (der Sowjet-Spieler in der dritten) Runde Nuklearwaffen einsetzen m u ß; andernfalls kann er sein Arsenal gar nicht voll ausschöpfen und verliert dadurch wichtige Vorteile. Das Spiel wird also bei einem angenommenen sowjetischen Überraschungsangriff in der Regel so verlaufen: Der SU-Spieler eröffnet mit einem massiven und schnellen Vormarsch in die „Fulda-Senke"; gleichzeitig rücken an den Flanken Verbände in Richtung Kassel und Würzburg vor; er wird vorerst auf einen Nuklearschlag verzichten, da dieser zu wenig Wirkung hätte (nirgendwo sind NATO-Einheiten auf einem Fleck konzentriert). Umgekehrt kann der NATO-Spieler seine für diese Runde zur Verfügung stehende Höchstmenge von Atomwaffen s o f o r t mit optimalem Wirkungsgrad einsetzen (ohne dadurch in späteren Runden in Nachteil zu geraten, da er ein größeres Arsenal hat). Im Klartext: Das Allererste, was der NATO-Spieler in diesem Spiel tun wird, noch bevor er die eigenen Truppen überhaupt in Bewegung setzt, ist, einen Nuklearschlag in der Fulda-Senke zu führen. So ist das Spiel nun einmal aufgebaut. Seine Anleitung schließt mit dem Satz: *„Die Spielregeln beschäftigen sich nicht mit dem umfassenderen Problem des nuklearen Krieges und der merkwürdigen Gefahr, daß der Gebrauch taktischer Waffen möglicherweise einen totalen nuklearen Holocaust auslösen könnte (was vermutlich keine der beiden Seiten will)"*.

... und die Wirklichkeit

... und die Wirklichkeit

Vor einiger Zeit strahlte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS eine fünfteilige Sendung zum Thema *„Die Verteidigung der USA"* aus. Der zweite Teil dieser Serie lief unter dem Titel *„Das nukleare Schlachtfeld"*. CBS wußte zu berichten, daß während des Militärmanövers Reforger '80 der Abwurf einer Atombombe über Hattenbach bei Fulda geübt worden war. Ein derartiges Vorgehen, so CBS, sei in militärischen Planspielen des Pentagon enthalten. „Spiegel" und „konkret" erwähnten diese Sendung, und so kam es, daß mit einiger Verzögerung eine Handvoll Leute in der betroffenen Region darauf aufmerksam wurde. Es gelang ihnen nach etlichem Hin und Her, an eine Kopie des Films heranzukommen. Das österreichische Fernsehen war so freundlich. In der BRD hatte nämlich der bayerische Rundfunk die Aufführungsrechte an dem Streifen aufgekauft – nicht um ihn zu senden, sondern um sicherzustellen, daß er im westdeutschen Fernsehen n i c h t läuft. Die Kopie wurde in Hattenbach unter größtmöglicher Zurückhaltung zunächst einer kleinen, geschlossenen Gesellschaft von „Würdenträgern" gezeigt. Trotzdem müssen sich die Initiatoren dieser Aufführung gefallen lassen, umstandslos als „Agenten Moskaus" verschrieen zu werden, obwohl es sich um einen amerikanischen Film handelt, der von einem amerikanischen Manöver berichtet. Die Hattenbacher, so wenigstens sagen es ihre amtlichen Repräsentanten, stehen zu den US-Beschützern. Deswegen wollen sie von diesen Sachen überhaupt nichts wissen. Und solche Manöver müssen sein, sonst wäre der Russe längst im Land. Die Region um Fulda steht zu 60% hinter Dregger.

Aber in dieser Frage sind sich die lokalen Parteipolitiker einig. Der Bürgermeister von Hattenbach ist z.B. Sozialdemokrat. Zu den Bemühungen einer Lehrerin, den Film der Bevölkerung bekannt zu machen, sagt er: „Wenn ich ein Schwein schlachten will, dann geh ich ja auch nicht schon vorher hin und erzähl ihm das". Sonst quiekt das Schwein nämlich. Das macht den Schlachtvorgang mitunter unappetitlich. Sage keiner, Helmut Schmidt stünde in der SPD alleine da.

Krieg ist machbar, Herr Nachbar

Die Wirklichkeit erst macht in diesem Fall das Spiel interessant. „Fulda-Gap" ist viel zu aufwendig, um den Vergnügungswert von „Mensch ärgere dich nicht" zu besitzen, und viel zu rigide reglementiert, um geistige Fähigkeiten daran zu trainieren. An das intellektuelle Niveau von „Schach" oder „Go" reicht es ebensowenig heran wie die Architektur von Manhatten an die Akropolis (antike Tempel von Athen). Aber daß es den Plänen des Pentagon so auffallend gleicht, wie ja überhaupt Realitätstreue das ausdrückliche Ziel seiner Erfinder ist, das bewirkt, daß die Diskussion über Fulda-Gap bei u n s noch einige Wellen schlagen dürfte. Als Marburger, Offenbacher, Frankfurter oder Würzburger Bürger will man doch mal sehen, wie eigentlich die eigenen Überlebenschancen... und ob überhaupt.

Aber dafür wurde das Spiel gewiß nicht erfunden. Wofür eigentlich in Wirklichkeit? Die Vermutung drängt sich auf, daß Fulda-Gap und ähnliche Spiele ihren Markt in erster Linie unter Militärangehörigen selber haben. Diese Vermutung wird beispielsweise durch die von den Verfassern angegebenen Literaturhinweise gestützt. Dort werden als Zeitschriften genannt: *„Armies and Weapons"*. Bücher, die als Quellen dienten, sind etwa *„Taschenbuch der Landstreitkräfte"*, *„Taschenbuch für Artilleristen"*, *„Staff Officiers' Field Manual Nuclear Weapons Employment Effects Data"*, *„Staff Officers'Field Manual Organizational, Technical and Logistical Data"*, *„Handbook on Soviet Ground Forces"* usw., um nur einige zu nennen. Welcher ‚reine' Spiel-Fanatiker interessiert sich schon für einen solchen Mist?!

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, daß sich Fulda-Gap speziell an Offiziere der US Army wendet, die auf diese Weise „spielerisch" die Erfüllung ihrer professionellen Aufgaben und vor allem den Überblick über das Ganze erlernen sollen, während sie ja in der Realität nur mit kleinen Teilaufgaben betraut sind. Entsprechend dürften die Erfinder solcher Spiele enge Verbindungen zum US Militär haben (um es mal ganz neutral auszudrücken). Das „Spiel" vermittelt also durchaus einen gewissen anschaulichen Eindruck von amerikanischer Kriegsführung. Vergessen wir einmal die plumpen propagandistischen Tricks wie etwa das Bild von den angreifenden und

propagandistischen Tricks wie etwa das Bild von den angreifenden und

alles überrennenden Russen. Was bleibt dann übrig?

Erstens daß der Atomkrieg aus US-Sicht in Europa führbar ist, und zwar nicht erst, seit sich die USA einen knallharten Cowboy zum Präsidenten gewählt haben. Die Publikation des Spiels wird mit 1977 angegeben. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Einsatz von Atomwaffen auf europäischem Boden in militärischen Planspielen schon zu einem Zeitpunkt pure Selbstverständlichkeit war, wo noch alle Welt an deren „Abschreckungs"-Wirkung glaubte (oder vorgab, zu glauben). Zweitens hinterläßt die A r t „moderner Kriegsführung", die hier so realitätstüchtig „gespielt" wird, einen nachhaltigen Schock. Der Krieg ist clean, technokratisch und mathematisch exakt. In einem Kriegs-Szenario, das – würde es *„einmal in naher Zukunft"* Wirklichkeit werden – immerhin so viel Tote produzieren würde, wie kaum jemals in der menschlichen Geschichte, kommen Tote schlicht nicht vor. Es gibt nur einen graduellen Verlust an Kampfesstärke von Truppen. Es gibt auch keinen Kampf. Es gibt nur Kampfergebnisse, die aus Tabellen ermittelt werden, also Wahrscheinlichkeitsrechnung. Es gibt natürlich kein grauenhaftes Atomsterben, nur eine radioaktive Verseuchung, die das Vorgehen des Militärs eine Zeitlang behindert. Immerhin kommt die Zivilbevölkerung an einer Stelle des Spiels vor: Als flüchtende Autos auf den Autobahnen, die dort zwei Spielrunden lang das Fortkommen der Truppeneinheiten verlangsamen ... Selbst der beschissenste Kriegsfilm ist um ein Vielfaches humaner als dieses „Spiel". Denn selbst wenn er noch so militaristisch ist, kann man ihm irgendwo immer noch entnehmen, daß Krieg etwas mit Morden zu tun hat.

Dieses Element hat Fulda-Gap erfolgreich eliminiert. Und das ist ein S p i e l !!!

Ein Spiel ist eine Sache, die Spaß machen, Entspannung, Abwechslung und Freude bereiten soll.

Man könnte sagen: So pervers sind die Amis. Tatsächlich aber muß es heißen: So weit hat es der Kapitalismus gebracht.

KB/Gruppe Frankfurt